

Putinismus

Die „größte geopolitische Katastrophe“ des 21. Jahrhunderts

Studienmaterialien zur russischen Zeitgeschichte

Gero Fischer

Als PDF (2,5 MB) kostenlos verfügbar, abrufbar auf:
[Forum für Hochschuldidaktik und Hochschulpolitik \(univie.ac.at\)](http://www.univie.ac.at)

Wien, 2023

Russland hat sich nicht nach dem Zerfall der Sowjetunion auf den demokratischen Entwicklungspfad begeben, sondern steuert unter Putin einen russisch-nationalchauvinistischen Kurs, der nicht nur die Nachbarländer bedroht und die Ukraine vernichten will, sondern auch die liberale demokratische Lebensweise des „kollektiven“ Westens im Visier hat. Der Putinismus steht an der Schwelle zu einer neuen Weltordnung – ob Russland dabei eine führende Rolle spielen wird, wie die Putin anstrebt, ist mehr als ungewiss.

Der vorliegende Text fasst die wichtigsten Forschungsergebnisse zum russisch-ukrainischen Konflikt zusammen und ist vor allem für Studierende gedacht, die sich einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung verschaffen wollen.

Die Recherchen wurden am 15.11.2023 abgeschlossen.

Gero Fischer

Slawist, Dokumentarfotograf

Forschungsschwerpunkte: Sprachdidaktik, Sprachpolitik, Minderheiten, Migration, Diaspora, Bildungspolitik, Arbeiten zum Britischen Bergarbeiterstreik 1984/5, u.a.

Inhalt

Vorwort	6
Die ungeklärte Frage der russischen nationalen Identität	10
Russland nach 1991	15
Putins Werdegang	21
Erste Amtsperiode als Ministerpräsident.....	23
Erste Amtszeit als Präsident Russlands (2000 – 2004)	24
Zweite Amtszeit als Präsident Russlands (2004 – 2008)	27
„Gaskrieg“	27
Zweite Amtszeit als Ministerpräsident (2008 – 2012)	29
Dritte Amtszeit als Präsident (2012–2018)	29
Vierte Amtszeit als Präsident (seit 2018)	31
Putins Verhältnis zum Westen.....	32
Putinismus – Putins „Russischer Weg“	37
Die ideologischen Grundlagen des Putinismus bzw. des „Neuen Russland“	39
Ivan Aleksandrovič Il'in	40
Russkij Mir – „Russische Welt“	43
Eurasismus [Evrazijstvo] und Neoeurasismus	44
Folgen der reaktionären Wende	49
Putinisierung Russlands	57
Ende der Pressefreiheit Umbau der Medienlandschaft.....	57
Justizwesen unter Putin	60
Vladimir Vladimirovič Kara-Murza	61
Sergej Leonidovič Magnitskij.....	62
Anna Stepanovna Politkovskaja.....	62
Michail Borisovič Chodorkovskij.....	62
Nadežda Andreevna Tolokonnikova.....	64
Aleksandr Val'terovič Litvinenko	65
Boris Efimovic Nemcov	66
Putins politische Vision für Europa und die Welt	70
Russophobie.....	73
Putin als Geschichtsfälscher und Hassredner	81
Russland und die Ukraine	85
Der Mythos des „dreieinigen russischen Volkes“	86
Der Erbstreit um die Kyjiver Rus' und die Frage der ukrainischen Nation	88

Putins Textbausteine zur Ukraine	90
Die Krim	92
Donbas / Donbass	95
Kampf um die ukrainische Staatlichkeit und der Nationswerdungsprozess.....	96
Volodymyr Oleksandrovyč Zelenskyj	101
Personenkult – Spätphase des Putinismus	105
Faschismus in Russland – Faschismus in der Ukraine	108
Russische „Nazis“.....	108
Faschistische Gruppierungen in der Ukraine.....	111
Kampf an der Kulturfront	113
Spionage im Westen, Putins Trollarmee	119
Westliche Ignoranz und Komplizenschaft	121
Westliche Ahnungslosigkeit in der Wirtschaft?	124
Friedensappelle.....	127
Konzepte und Widersprüche der Friedensinitiativen	129
„Gipfel für den Frieden in der Ukraine“	131
Kriegsbeginn und Kriegsverlauf.....	134
Prognosen zum weiteren Kriegsverlauf.....	144
Kriegsende und Nachkriegsordnung	147
Kriegsverbrechen.....	149
Leben im chauvinistisch vergifteten Russland	162
Rolle der Orthodoxie.....	174
Westliche Sanktionen – Auswirkungen auf die russische Ökonomie.....	179
Kurze Skizze der sozioökonomischen Situation der Ukraine	183
Putin unter Druck – Der Anfang vom Ende	185
Aufstand der Wagner-Söldner und Prigožins Tod	187
Militärische Rückschläge	191
Russland – wohin?.....	194
Krach der imperialen Ideologie und apokalyptischer Wahn	198
Nachkriegsszenarien	202
Schluss	205
Ausblicke	209
Ausgewählte und weiterführende Literatur	212
Anhang	218
Putin und seine Entourage – Aufstellung der Macht	218
Die Sache Viktor Fedorovyč Janukovyč.....	247

Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation vom 24.2.2022	253
Appell der Allrussischen Offiziersversammlung	259
Anmerkungen zur Verfassung der Russischen Föderation	262

Vorwort

Putins „Spezialoperation“ ist Krieg, nicht nur ein Vernichtungskrieg gegen die Ukraine sondern auch ein Krieg gegen den demokratisch-liberalen Westen. 1/3 der ukrainischen Bevölkerung befindet sich auf der Flucht, Hunderttausende wurden über Filtrationslager in verschiedene Gebiete Russlands verteilt, Zigtausende Kinder und Jugendliche wurden zur der Zwangsrussifizierung verschleppt. Zivile Infrastruktur, Kultureinrichtungen ebenso die ökonomische Basis in der Ukraine weitab der Front wurden und werden immer wieder gezielt zerstört. In Russland wurden / werden Mitglieder ethnischer Minderheiten, Angehörige sozial benachteiligter Schichten (angelockt mit der Aussicht auf einen für sie attraktiven Sold) sowie Gefängnis- und Lagerinsassen, die wegen krimineller Delikte einsitzen, für den Krieg gegen die Ukraine rekrutiert (mit dem Versprechen des Straferlasses – sollten sie den Fronteinsatz überleben). Ihre militärische Ausbildung ist unzureichend, ihre Überlebenschance gering – ist dies vielleicht gar eine beabsichtigte aber unausgesprochene ethnische und soziale Säuberung? Die Kremelführung ist nach Recherchen und Dokumentationen internationaler Institutionen verantwortlich für Kriegsverbrechen ungeahnten Ausmaßes. Spätestens mit dem 24. 2. 2022 musste man auch im Westen gewahr werden, welch verbrecherisches Regime aktuell im Kreml zu Gange ist. Aber die Anzeichen dafür, dass sich in Russland ein neostalinistisches Terrorregime etabliert, waren schon viel früher zu erkennen. Putin und seine Clique haben das Land bewusst und mutwillig in eine gefährliche Sackgasse manövriert und ihm Schaden zugefügt, den nachfolgende Generationen abzutragen haben.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, das explizite Bestreben die ukrainische Sprache, Kultur, Geschichte des ukrainischen Volkes zu tilgen, den ukrainischen Staat von der europäischen Landkarte zu löschen (Aussagen des ehemaligen Ministerpräsidenten Medvedev) und schließlich die verbohrt politische und kulturelle Feindseligkeit gegenüber dem Westen wecken die Erinnerungen an einen anderen Krieg mitten in Europa, den Bosnienkrieg (1992-5). Damals herrschten in den Staatskanzleien der führenden europäischen Staaten lange Zeit Unverständnis, Vorurteilsbeladenheit, sträfliche Ignoranz und vor allem die Unfähigkeit diesen Krieg zu beenden und ein Friedensregime in Bosnien mit nachhaltiger Zukunftsperspektive zu schaffen. Es gibt historisch viele Parallelen, Verhaltensmuster für falsch verstandene Toleranz gegenüber nationalistischem Chauvinismus und Expansionsstreben, das serbisch-nationalistische Dogma „Serbien ist überall dort, wo Serben leben“, die Rede von der „serbischen Welt“ (srpski svet) – als Chiffre für Großserbien – ist vergleichbar mit den Inhalten und Intentionen der „Russischen Welt“ (Russkij Mir) heute. „Die westlichen Politiker versagten grundsätzlich, weil sie nur auf die Symptome des Krieges starrten nicht auf seine Ursachen: so als wollten sie nicht verstehen, welcher Art Miloševićs Pläne waren. Sie versteiften sich darauf, den Krieg als ein militärisches, nicht als ein politisches Problem zu betrachten. Man wies Verantwortung zu und machte Vorwürfe, um mit dem Finger auf die Leute zeigen zu können, die da schossen, und da jetzt von zwei Seiten geschossen wurde, wurden beide getadelt. ‚Jeder ist mitschuldig an dem, was in Bosnien und der Hercegovina geschieht‘, erklärte der EG-Unterhändler Lord Carrington in einer seiner dekuvierend verständnislosen Äußerungen, und sobald wir einen Waffenstillstand haben, brauchen wir niemandem mehr die Schuld zu geben.“ Die Fixierung auf Waffenstillstände – von denen nach manchen Zählungen im weiteren Verlauf des Jahres mehr als einhundert geschlossen und gebrochen wurden – war bezeichnend für diesen Mangel an politischem Verständnis“.² Der Westen richtete seine Hauptbemühungen darauf, den Umfang der Kämpfe einzudämmen. Nach N. Malcolm kommt der größte Einzelbeitrag des Westens zur Zerstörung Bosniens aus der „Weigerung, das Waffenembargo gegen die bosnische Regierung aufzuheben. [...] Die Lieferung von Waffen an die bosnische Regierung wurde jedoch von Politikern wie

² Noel Malcolm: Geschichte Bosniens. Frankfurt 1996 (London, 1994), S. 277 – 278

Douglas Hurd abgelehnt, der behauptete, dass die Kämpfe nur verlängert würden, wenn man den Bosniern erlaubte, sich selbst zu verteidigen.“³

Und heute? Etwa zweieinhalb Jahrzehnte danach setzt Vladimir Putin das Muster um, das Milošević in Kroatien und Bosnien schon installiert hatte: Er bereitete in der Ukraine einen Bürgerkrieg vor, mit dem Argument die russischsprachigen Bürger vor Nazis, Neonazis, Antisemiten etc. zu schützen und lud sich sogleich als „Retter“ und „Beschützer“ ein. Bei der Gelegenheit verleibte sich Russland die ukrainische Halbinsel Krim ein, nachdem deren Machthaber ihre Region zuvor für „unabhängig“ erklärt hatten und Russland die Separatistengebiete als „Volksrepubliken“ anerkannt hatte. In einer Grundsatzrede meinte Putin, dass „unsere westlichen Partner“ dazu mit der Anerkennung des Kosovo selbst den passenden „Präzedenzfall“ geschaffen hätten.⁴ Schließlich überzog Russland sein Nachbarland ohne Grund oder dass es provoziert worden wäre, mit einem Vernichtungsfeldzug. „Von der neuen Weltordnung war nichts übrig geblieben. Nicht einmal der Weg zurück zur alten war noch offen.“⁵

Der Westen hat aber offenbar doch aus dem Bosnienkrieg gelernt: Der Widerstand der Ukraine hat einerseits die Blitzkrieg- und Blitzsiegpläne Moskaus vereitelt und andererseits den westlichen Ländern klar gemacht, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine in Wirklichkeit gegen die demokratischen Systeme und Lebensprinzipien des Westens gerichtet ist. Der 24. 2. 2022 hat den Westen aus seinen Illusionen bezüglich des Putin-Regimes wacherüttelt und die Existenz einer selbständigen unabhängigen Ukraine endgültig ins Bewusstsein gerufen. Anzeichen dafür, dass es Putin um die Installierung der revisionistisch und expansionistisch konzipierten „Russischen Welt“ geht, gab es schon seit dem Jahr 2000, nur der Westen hat die militärischen Aggressionen gegen Tschetschenien, Georgien, 2014 gegen die Ukraine (Annexion der Krim und von Teilen des Donbas) weitgehend ignoriert bzw. toleriert in der trügerischen Hoffnung via Appeasement Putins Aggressionsdrang einbremsen zu können. Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ist der Beweis dafür, dass die für den Westen bequeme Formel „Wandel durch Handel“ eine Illusion war und ist. Solange wirtschaftliche Interessen des Westens sich mit denen des Ostens konstruktiv trafen – billige russische Energiequellen gegen westliche Technologie und Handelsware, Finanz- und Versicherungsgeschäfte erfolversprechend schienen usw., sah der Westen bereitwillig über Repressionen gegen die russische Gesellschaft und die Kriegsgräuere von Groznyj, Aleppo und anderswo hinweg, statt dies laut zu thematisieren.

Nachdem das kaum Vorstellbare – Krieg in Europa im 21. Jahrhundert – eingetreten ist, erheben sich viele Fragen: Wie konnte es zu diesem europäischen Debakel kommen? Warum ist die Demokratisierung in Russland nach dem Untergang der Sowjetunion gescheitert? Wie konnte es geschehen, dass ein autokratisches Terrorregime in Russland die Macht errang? Wie kommt Europa wieder aus dieser Krise heraus? Fragen über Fragen. Die gegenwärtige Krise hat mehrere Ursachen, eine zentrale Rolle spielt dabei aber Vladimir Putin⁶. Er ist mit seiner Clique und seinen Unterstützern verantwortlich für den verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine, für die Vernichtung Zehntausender menschlicher Existenzen, für unfassbare Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für die Zerstörung der ökonomischen Basis der Ukraine und nicht zuletzt für die multiple Krise, in die er dadurch Europa und Länder im globalen Süden gestürzt hat.

Die Fachliteratur zu diesem Thema ist in den letzten Jahren kaum übersehbar angewachsen, „doch die Sichtweise ist relativ eng. Zum größten Teil gibt sie die Anschauung der liberalen

³ Ebda. S. 280

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Rede_Wladimir_Putins_zum_Beitritt_der_Krim_am_18.02.2014

⁵ Norbert Mappes-Niediek: Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent. Berlin, 2022, S. 362-3

⁶ Zur Transkription: Im Text wird die in der Literatur zitierte Transkription der Namen (und Begriffe) übernommen, ansonsten wird die wissenschaftliche verwendet.

Intelligenzija in Moskau und anderen großen Städten wieder, einer kleinen und isolierten Kaste, deren Einfluss nie so bedeutend war, wie sie selbst und ihre Verbündeten im Westen glaubten. Westliche Analysten haben sich außerdem viel zu sehr auf Putin als die Personifizierung der ‚Kleptokratie‘ oder des ‚Mafia-Staates‘ konzentriert – Bezeichnungen für ein System, das zu komplex ist, um allein durch das korrupte Trachten nach persönlicher Bereicherung oder die Machenschaften eines einzigen Mannes und seiner oligarchischen Gefolgsleute erklärt zu werden. Ein großer Teil dessen, was man das ‚Putin-System‘ nennt, existierte jedenfalls bereits in den Jelzin-Jahren. Ein gravierendes Problem dieser Literatur ist ihr ahistorischer Ansatz. Die heutige russische Politik wird allzu häufig ohne ausreichende Kenntnis der russischen Geschichte analysiert. Ein Verständnis der Vergangenheit ist jedoch unerlässlich, um die Entwicklungen in Russland in den letzten dreißig Jahren vernünftig zu erklären. Historische Ereignisse und Mythen – und das Regime Putins macht von beidem Gebrauch – sollten neu betrachtet werden, wenn wir verstehen wollen, wohin Russlands Geschichte führen wird.“⁷

Wie lange es dauert, bis der Putinismus überwunden sein wird, ist nicht vorauszusagen, aber erste kleine Schritte sind schon gesetzt: Die Untersuchungskommission für die Ukraine des UN-Menschenrechtsrates hat in Genf einen Report vorgelegt, in dem Russland, insbesondere Putin eine große Zahl an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (darunter: Angriffe auf Zivilisten, Zerstörung der Infrastruktur, vorsätzliche Tötungen, ungesetzliche Inhaftierungen, systematische Folter, sexuelle Gewalt, Deportationen, Verschleppung und Zwangsadoptionen von Kindern u.a.) zur Last gelegt wird. Putin ist seit dem 18. 3. 2023 international geächtet und ein ernster Anwärter für das Kriegsverbrechertribunal in den Haag. Auch wenn der internationale Haftbefehl gegen Putin gegenwärtig von relativ geringer praktischer Bedeutung erscheint (so der hämische Standpunkt Moskaus), so sind Putin und seine Clique international als Paria markiert. Allerdings gibt es dabei Probleme und Widersprüche, die der Westen auflösen muss: Die Kriegsverbrechen etwa, die die USA im Irak-Krieg, in Afghanistan und bei vielen anderen militärischen Interventionen begangen haben, wurden nie geahndet. Wenn der Westen seine (moralische) Glaubwürdigkeit behalten möchte, dann hat er nicht unbedeutende Hausaufgaben (z.B. betreffend Aufarbeitung des Kolonialismus und seiner Folgen) zu erfüllen. Dabei geht es nicht um ein formales Aufrechnen der Missetaten des Westens gegen die Russlands, sondern es muss versucht werden, Verbrechen gerichtlich zu verfolgen, demokratisch legitimierte internationale Institutionen zu so stärken, dass sie im Stande sind Konflikte bzw. deren Prävention auch zu managen. Der Kreml leugnet beharrlich unwiderlegbare Tatsachen eigener Involviertheit in kriegerischen Konflikten, stellt sich selbst als Opfer dar, das vom Westen bedroht wird und sich nur verteidigt. Moskau vertritt nach innen wie außen die Vorstellung, Russland sei eine Weltmacht und verlange daher Respekt und die Zubilligung von Einfluss- und Interessenssphären. Außerdem gesteht sich der Kreml nicht ein, dass sich Russland am absteigenden Ast befindet, demographisch, politisch, ökonomisch. Diese Realität will Putin nicht akzeptieren und riskiert in Verfolgung seines Weltmachtwahns selbst die Beschädigung bzw. Zerstörung Russlands. Die Zukunft dieses Landes steht in der Tat auf schwachen Beinen:

- Die Energieressourcen (Gas, Öl) verlieren angesichts des intendierten Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen tendenziell an Bedeutung. Damit erodiert auch absehbar die ökonomische Basis Russlands,
- Repression und Perspektivlosigkeit, der Aggressionskrieg gegen die Ukraine haben Hunderttausende gut ausgebildete junge Menschen aus Russland ins Exil getrieben, die dem Land technologisch, wissenschaftlich fehlen werden,

⁷ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 364

- Russland befindet sich in Systemkonkurrenz mit China, Indien rückt mächtig auf, Brasilien, Indonesien, Nigeria sind Länder, die Russland in verschiedener Hinsicht Konkurrenz machen (werden),
- der Bevölkerungsschwund insbesondere im asiatischen Teil Russlands hat gravierende negative Auswirkungen auf die gesamte Entwicklung des Landes,
- der größte Teil der jungen Generation hat sich bequem und konfliktvermeidend systemloyal eingerichtet. Staatliche Repression hat zu Desinteresse am politischen Geschehen, zu Empathie- und Visionslosigkeit geführt, Eigeninitiativen, gesellschaftliches Engagement unterdrückt. Die Erziehung im Sinne eines russisch-nationalchauvinistischen Untertanengeistes hat Verantwortungsbewusstsein und Empathie zerstört und kritische Selbstreflexion verkümmern bzw. gar nicht erst aufkommen lassen. Das Weltbild der jungen Generation ist geprägt vom realitätsbefreiten Wahn eines allmächtigen, unfehlbaren, unbesiegbaren heldenhaften Russlands. Die Jugend jenseits dieses Main-streams versucht irgendwie zu „überwintern“, etwa durch innere Emigration, viele haben sich auch ins Ausland abgesetzt.

Diese Fakten, die gesellschaftspolitischen wie ökonomischen Parameter müssten dem Kreml bekannt und bewusst sein und es müsste der politischen Führung allmählich klar werden, dass sie sich in eine ausweglose Position gebracht hat, dass dieses Einbunkern in einer nationalchauvinistischen, imperialistischen und revisionistischen Schein- und Wahnwelt keine Zukunft hat, dass Russland seine Stellung als berechenbarer Partner in der Völkergemeinschaft verliert. Das herrschende Regime koppelt sich vom Westen ab, nimmt ihm gegenüber eine zunehmend feindliche Haltung ein und schickt sich an einen eigenen „eurasiatischen“ Weg zu gehen. Russland versucht die Abkehr von Europa durch unterwürfiges Anbieten an China (in der Erwartung, sich gemeinsam am Westen zu rächen) zu kompensieren. In Wirklichkeit dient sich das zusehends international isolierte Russland als kleiner Bruder an den großen an in der Hoffnung, dass dieser zu ihm auch lieb und brav sein wird.

Die vorliegende Studie untersucht die scheinbar gegensätzlich verlaufenden Prozesse der Umsetzung des Weltmachtwahns und der (daraus folgenden) gleichzeitigen Selbstzerstörung und den Finalakt des Abschieds Russlands vom zivilisierten Europa unter V. Putin. Ausgehend von diesen Prämissen werden auch mögliche Zukunftsperspektiven für die Zeit nach Putin bzw. dem Putinismus skizziert.

Die ungeklärte Frage der russischen nationalen Identität

Der Untergang der Sowjetunion bedeutete für die ehemaligen (nichtrussischen) Sowjetrepubliken einen Akt der Befreiung von der sowjetischen / russischen Herrschaft und gleichzeitig die Festigung und Klärung ihrer nationalen Identität. Dies galt für Russland nicht. Serhij Plochy beschreibt dieses Dilemma wie folgt: „Die russische Frage, verstanden als eine Gesamtheit von Problemen, die sich auf die historische und moderne russische Identität beziehen, ist keineswegs gelöst. Mangelnde Klarheit bei der Definition der russischen Nationalität und der kulturellen und territorialen Grenzen des Landes trug dazu bei, den virtuellen Identitätskonflikt zwischen dem russischen und dem ukrainischen Nation-building-Projekt in eine offene kriegerische Auseinandersetzung zu überführen. Hier ringt ein aus dem 19. Jahrhundert stammendes Modell einer sprachbasierten Nation mit einem modernen Modell einer politischen Nation auf der Basis gemeinsamer Werte. Die langfristigen Folgen des Konfliktes und seine Auswirkungen auf das Nation-building in der Region lassen sich gegenwärtig nicht sehen, aber, entgegen den Wünschen derjenigen, die in anzettelten, beschleunigt er den Zerfall eines großen russisch dominierten kulturellen Raums und fördert die Entwicklung eigenständiger Identitäten auf den Ruinen der panrussischen Projekte der Vergangenheit. Die Lösung der russischen Frage liegt nicht in territorialer Expansion, sondern im Aufbau einer rechtsstaatlichen demokratischen Gesellschaft, die in der Lage ist, in Eintracht mit ihren Nachbarn zu leben und in der modernen Welt eine positive Rolle zu spielen.“⁸

Die „Russische Frage“ stellte Aleksandr Isaevič Solženicyn schon 1994 in seinem programmatischen Text „Die russische Frage am Ende des 20. Jh.“⁹ Es geht ihm dabei um das Überleben der russischen Nation, die verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt sei, wie moralischem und wirtschaftlichem Niedergang aufgrund des zunehmenden Einflusses westlicher Werte und Institutionen. Er befürchtet die Möglichkeit einer Aufspaltung Russlands durch neu geschaffene Staatsgrenzen. Er fordert, Russland solle sich von den nichtslawischen Republiken trennen, die russische Nation solle sich als großrussischer Kern mit anderen russischsprechenden Republiken konstituieren. Seine Ideallösung wäre demnach eine Russische Union, die aus Russland, der Ukraine, Weißrussland und Nordkazachstan bestehen sollte. Autonome ethnische Regionen sollten dort eingerichtet werden, wo die Russen die Mehrheit stellen. Seine Vorstellungen zur inneren Strukturierung Russlands orientierten sich an der verklärten Vergangenheit bäuerlicher Lebensformen der Dorfgemeinschaft *obščina*.¹⁰ In Wirklichkeit handelte es sich dabei um eine Feldgemeinschaft mit gemeinschaftlicher Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen, die so aufgeteilt wurden, dass jeder Haushalt entsprechend der Zahl seiner Mitglieder sich selbst erhalten sowie Verpflichtungen gegenüber dem Staat bzw. den Grundbesitzern erfüllen konnte. Da die Grundstücke periodisch neu verteilt wurden, wurde eine rationelle Bewirtschaftung verhindert, weil die Bauern keine engere Verbindung mit den zugeteilten Grundstücken, d.h. kein nachhaltiges Interesse entwickeln konnten, um z.B. den Boden zu verbessern, fortschrittliche Techniken einzuführen udgl. Nach Solženicyn hat die „Russische Erde“ auch eine moralische Bedeutung und Verpflichtung, so dürfe Privateigentum nicht zum Ausverkauf der natürlichen Reichtümer Russlands führen. Gesellschaftspolitisch empfahl er statt des Parlamentarismus wie im Westen eine „Landesversammlung“ [*Zemskij sobor*] – übrigens eine Wortschöpfung des Slawophilen Konstantin Sergeevič Aksakov – wie in altrussischer Zeit (erste Einberufung im 16. Jh. durch Ivan IV). Die Institution des *Zemskij sobor* hatte in Wirklichkeit jedoch nie die Bedeutung, die ihr nach dem Ende der Sowjetunion zugeschrieben wurde, sie hatte kaum einen

⁸ Serhij Plochy: Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konfliktes wurde. Hamburg, 2022, S. 417-8

⁹ Alexander Solschenizyn: Die russische Frage am Ende des 20. Jh. Wien, 1994

¹⁰ Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1: 1917–1945, Frankfurt, 1976

Einfluss auf die Gesetzgebung oder auf wirklich wichtige politische Entscheidungen. Nach Manfred Hildermeier steht es aber in jedem Fall „in der jüngeren Forschung völlig außer Frage, was auch die liberale russische so gesehen hat: dass jeder Versuch verfehlt ist, die Zemskie sobory in die Nähe einer Ständevertretung zu rücken. Das Kunstwort ‚Landesversammlung‘ führt (bewusst) in die Irre. Für eine tatsächliche Vergleichbarkeit fehlten dem vermeintlichen russischen Äquivalent, genau besehen alle charakteristischen Eigenschaften: Die russischen Sobory waren nicht nach festen Regeln zusammengesetzt; es gab weder tradierte Standschaften noch fixierte Wahlverfahren. Sie wurden nach Belieben des Zaren zusammengerufen und hatten in keiner Frage einen gewohnheitsrechtlichen noch gar einen urkundlich verbrieften Anspruch darauf, gehört zu werden. Sie tagten nicht periodisch und waren als ad-hoc-Veranstaltungen keine ordentliche Institution einer bestimmten Herrschaftsverfassung. Alles spricht deshalb dafür, sie als temporäre Einrichtung zu betrachten, die in einer Epoche des Dynastiebruchs, des ‚Bürgerkriegs‘ zwischen adeligen Klientelverbänden und schwerer sozialer wie wirtschaftlicher Verwerfungen half, das zu befrieden und den Wiederaufbau durch die Wahl einer neuen Dynastie auf den Weg zu bringen.“¹¹ Die Zemskie sobory hatten besten Falls beratende Funktion, die letzte Entscheidung lag jedoch beim Zaren. Klar ist, die Idealisierung und Verklärung der Vergangenheit konnte keine brauchbaren Konzepte für die Lösung der künftigen staatlichen Ordnung bieten, die westlichen demokratischen Institutionen und die Zemskie sobory schlossen einander aus. Letztere waren auch kein Weg zu einer gleichberechtigten Mitbestimmung – somit auch keine Projektionsfläche für spätere Interpretationen im Sinne demokratischer Verklärungen.

Mit seinen Vorstellungen bezüglich der Schaffung einer panslawischen Nation hingegen lag Solženicyn gar nicht so falsch, denn in der Tat war sie am Ende der Sowjetunion keineswegs unrealistisch, jedenfalls realistischer als beim Untergang des russischen Zarenreiches. Zwar waren Ukrainer und Belorussen als eigene Nationen in der Sowjetunion anerkannt, aber das Ausmaß der Russifizierung – durch das Bildungswesen, durch die Landflucht, die Binnenmigration in russifizierte Zentren – hat seine Spuren hinterlassen. Die Sowjetunion ging nicht aufgrund ihrer ethnischen und sprachlichen Vielfalt zugrunde, sondern weil sie politisch implodierte. Ihr Zerfall förderte wiederum die Entwicklung eigenständiger politischer und kultureller Identitäten in den neuen, nun selbständig gewordenen Staaten. Zweifellos traf das Ende der Sowjetunion die Russen härter als andere Nationalitäten: Die jetzt autonomen Staaten Ukraine, die baltischen Staaten, Georgien, Armenien, Kasachstan usw. konnten sich als Nationalstaaten definieren, da sie mit dem Kollaps der Sowjetunion Autonomie, Eigenstaatlichkeit, nationale Emanzipation und Befreiung von russischer Herrschaft bzw. Vormundschaft errangen. „Die drei baltischen Republiken sind auch die einzigen, in denen parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat schon Fuß gefaßt haben. Das ist umso bemerkenswerter, als in Lettland und Estland große russische Minderheiten leben, deren Unzufriedenheit mit den Nationalstaaten und ihrer diskriminierenden Sprachpolitik aber durch den wirtschaftlichen Aufschwung weitgehend neutralisiert werden konnte. Die Georgier und Armenier waren als Nationen ebenfalls seit langem konsolidiert.“¹² Russland (als Russisches Reich bzw. die Sowjetunion) war nie ein Nationalstaat, das „Russische“ (Sprache, Kultur, etc.) war stets als dominante Identität präsent. Wer sozial aufsteigen wollte, musste sich mit dem Russischen auseinandersetzen, ja identifizieren. Da Russland auch nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch ein multiethnischer Staat war, konnte er sich nicht plötzlich mononational, sozusagen als „nur russisch“ verstehen. Die postsowjetische russische Nation kann sich nun nur auf das Territorium beziehen, das vom russischen Staatsterritorium definiert wird, umfasste vorher aber einen viel größeren kulturellen und sprachlichen Raum und ist in den Begriffen russkij („russisch“) vs.

¹¹ Manfred Hildermeier: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution. München, 2013, S. 317

¹² Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. München, 2019³, S. 321

rossijskij („rusländisch“) abgebildet, die die russische Sprach- und Kulturzugehörigkeit vs. Zugehörigkeit zum Staat Rossija („Russland“) bedeuten. Damit hat Russland aber ein neues Problem, nämlich das der außerhalb des eigenen Staatsterritoriums lebenden Russen bzw. russischen Minoritäten. Aber darin ähnelt es Ländern, die einen ähnlichen historischen Zerfallsprozess durchgemacht haben wie Österreich-Ungarn oder Jugoslawien u.a.). Serhij Plochy versucht die russische Identität mit einem anschaulichen Bild zu beschreiben: „Die moderne russische Identität lässt sich wahrscheinlich mit einer Reihe ineinander verschachtelter Matroschka-Puppen vergleichen. Den Kern bildet die Puppe der russischen Staatsbürgerschaft, die nicht nur ethnische Russen einschließt, dann von der Puppe der ostslawischen Identität und, am größten von allen, der Puppe derjenigen, die der russischen Kultur angehören – den russischsprachigen Menschen in der ganzen Welt.“¹³

Der Macht- und Systemwechsel nach dem Untergang der Sowjetunion hinterließ im Lande Orientierungslosigkeit, die die neuen politischen Eliten mit verschiedenen Reminiszenzen an die glorreiche russische Vergangenheit zu übertünchen suchten, mit Appellen an den Patriotismus, wobei die eigene glorreiche Geschichte, historische Symbole (wie z.B. die Nationalfarben), bedeutende Persönlichkeiten (buchstäblich von Aleksandr Nevskij bis Josif Vissarionovič Stalin, Lev Nikolaevič Tolstoj und Pëtr II'ič Čajkovskij, etc.) dafür instrumentalisiert wurden. Putin verstand es die Bedeutung der russischen Geschichte durch seine selektive Neuinterpretation zu politisieren und machte diese zu einem tragenden Teil seiner Herrschaftsideologie, die jedoch inkonsistent war und kein politisches Programm darstellte. „Das war eher ein ‚All-inclusive‘-Gemisch mit dem Ziel, allen zu gefallen. Es war ein Abbild der Ideologie Putins auf der Grundlage seiner Deutung der russischen Geschichte – einem Fachgebiet, in dem er sich für eine Koryphäe hält.“¹⁴ Kern von Putins Denkweise ist ein nationalistisches Staatskonzept, in das unterschiedliche Vorstellungen einfließen, da finden sich Versatzstücke des Ministerpräsidenten des letzten russischen Zaren Pëtr Arkad'evič Stolypin, dem Zarentum, der Slawophilen, der Eurasier, der Russisch-orthodoxen Kirche etc. – alles mit dem Ziel der Wiederherstellung Russlands als Großmacht. Putin meint die liberalen Freiheiten in Russland seit 1991 stellten universale Werte dar, wogegen Russlands Werte im Patriotismus, Kollektivismus und in der Unterwerfung unter den Staat begründet seien. In seinem sog. „Millenium-Manifest“ (Dezember 1999), dem sog. „Manifest des Putinismus“ schließt Putin für Russlands Zukunft dezidiert demokratische Ansätze aus. Für Russen sei ein starker Staat keine Anomalie, nichts wogegen man kämpfen müsste, sondern im Gegenteil die Quelle und der Garant der Ordnung, der Initiator und Motor für jegliche Veränderungen.¹⁵ Putins ideologisches Projekt postuliert die zivilisatorische Eigenständigkeit Russlands, gleichbedeutend mit einer Abkehr von „Europäismus“ und „Atlantismus“. Auch sei die Rolle der Staatsmacht in Russland größer gewesen als in der westlichen politischen Kultur. Russland sei immer eine Großmacht gewesen und werde und müsse das auch in Zukunft sein, weil Russland durch die untrennbaren Merkmale geopolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Existenz bestimmt sei. Diese historisch begründete Gesamtheit sei auch der die Mentalität des russischen Volkes und die Politik der russischen Führung dominierende Faktor. Das heißt nun, dass Putins Russland die russische Identität aus dem imperialen Denken sowohl der zaristischen als auch der sowjetischen Epoche bezieht. Um der Gefahr vorzubeugen, dass Russland seinen führenden Großmachtstatus einbüßt, müsse Putin die Staatsmacht stärken und sich als starker Staatsmann (gosudarstvennik) und Führer einer Großmacht (deržavnik) inszenieren. In seiner Milleniums-Rede erwähnt er auch die „universellen Werte“ der Redefreiheit und des freien Unternehmertums, „allgemeinmenschliche

¹³ Serhii Plochy: Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde. Hamburg 2022, S.415

¹⁴ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 370-1

¹⁵ V. Putin: Russia at the Turn of the Millenium. Vladimir Putin's first paper as president: 'Russia at the Turn of the Millennium' - A Strategy for Russia's Revival - Puppet Masters - Sott.net (31.12.1999; Aufruf 27.01.2023)

Werte“ (darunter allgemeine Rechtsgrundsätze und Menschenrechte), aber wie sich später in der politischen Praxis herausstellt, entspricht das Gesagte nicht dem Gemeinten und Ersteres ist offensichtlich eher zur Beschwichtigung westlicher Adressaten bestimmt. Putin präsentiert zu Beginn seiner Amtszeit mit Rücksicht auf den Westen eine Sammlung modischer Schlagwörter aber kein politisches Programm, statt dessen instrumentalisiert er Elemente aus Demagogie und Populismus und insbesondere Imagepflege. Seine Präsidentschaftskandidaturen sind präzise geplant und abgestellt auf Betonung der positiven persönlichen Eigenschaften des Kandidaten, wie z.B. Nüchternheit, Durchsetzungsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Geradlinigkeit, Stärke, Jugend, Gesundheit, Garant der Ordnung, etc. Putin als ein von Spin-Doktoren designerter Hoffnungsträger wird als Gegenmodell zu Boris El‘cin und Michail Gorbačëv aufgebaut und präsentiert: Putin, der auch über internationale Kontakte verfügt und international anerkannt ist, soll schließlich den Großmachtstatus Russlands, dessen „gerechten“ Platz in der Weltgemeinschaft wiederherstellen. Die Kandidatur Putin für das Präsidentenamt erschien vor allem als Kontrast zu seinen Vorgängern nicht nur der russischen Wählerschaft attraktiv, sondern erhielt auch Applaus von vielen Beobachtern im Westen.

Betrachten wir die ukrainische Frage, so ist sie nach A. Kappeler „eng mit dem bis heute nicht gelösten Problem der russischen nationalen Identität verknüpft: Ist es der Staat, das Imperium, oder ist es die Sprache, ist es der orthodoxe Glaube, oder ist es die ostslawische Kulturgemeinschaft, die die russische Nation ausmacht?“¹⁶ Alte Streitfragen sind geblieben: Was ist „russisch“ am Kiewer Reich? Gab es damals schon eine ukrainische Sprache oder erst im 14., 16. oder 19. Jh.? Wie „russisch“ war die Sprache der Kiewer Rus‘? Wie „russisch“ oder „ukrainisch“ war dieser Staat? Die Verlockung, heutige Verhältnisse und Zuordnungen in die Vergangenheit zu projizieren, ist groß und fälschlich vereinfachend. Wir müssen bei der Kiewer Rus‘ wohl von einem Vielvölkerreich ausgehen, dessen Bevölkerung mehrheitlich Ostslaven ausmachten. Erst im Laufe der Zeit bildeten sich Vorformen der nationalen Einzelsprachen (Russisch, Ukrainisch, Weißrussisch) heraus. Eine große Rolle bei der Identitätsbildung und Staatswerdung spielt die Orthodoxie, die eine klare kulturelle und politische Grenze zum Westen (Katholizismus) und zum Osten und Süden (Turktataren, Islam) definiert. Die Ukraine hatte eine kulturelle Brückenfunktion zwischen dem Westen und der Steppe inne, insofern als kulturpolitische Strömungen des Westens, wie Humanismus, Reformation, Barock etc. über die Ukraine Litauen, Polen nach Russland gelangten. Seit dem 16. Jh. entwickelt sich allmählich ukrainische Identität, es entsteht ukrainisches Nationalbewusstsein, das sich schließlich im 20. Jh. in den breiten Schichten der Bevölkerung durchsetzt, ein Prozess, der immer wieder (vor allem durch Russland und Polen) unterbrochen wurde. „Die russischen imperialen Eliten des 18. Jh. schufen ausgehend von der Vorstellung einer dynastischen, religiösen und kulturellen Gemeinsamkeit ein neues Modell der russischen imperialen Identität, das in historischer, kultureller, territorialer und nicht zuletzt ethnischer Hinsicht panrussisch war.“¹⁷ Nach dem Ende der Sowjetunion gab Russland (eher unfreiwillig) die nichtslawischen Teile des Landes auf – wie Solženicyn geraten –, hat aber „heute enorme Schwierigkeiten, die geistigen Karten russischer Ethnizität, Kultur und Identität mit der politischen Landkarte der Russischen Föderation in Einklang zu bringen, vor allem was die Nachbarstaaten Ukraine und Belarus‘ betrifft.“¹⁸ Die Schaffung einer ungeteilten russischen Nation mittels Vereinigung der Ostslaven auf der Grundlage der russischen Sprache und Kultur ist ab 2000 mit der nationalistischen Wende zur Leitlinie der russischen Politik geworden. Russland möchte nun offensichtlich an der Ukraine dieses Modell außerhalb der Russischen Föderation erproben.

Die überkommene Vorstellung von einem Staat, der von Menschen gleicher bzw. gemeinsamer Geschichte, Herkunft, Sprache, Kultur, Volkszugehörigkeit, usw. bewohnt wird, erlebt seit dem

¹⁶ Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München, 2022⁶, S. 277

¹⁷ Serhii Plokyh, Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konfliktes wurde. Hamburg 2022, S. 406

¹⁸ Ebda. S. 397

Untergang der Sowjetunion (und nicht nur dort, siehe Balkan und anderswo) eine ausgesprochene Renaissance. Diese Idee (oder besser: Ideologie?) besitzt ein brisantes, gefährliches Potenzial: Diese Ethnonationalismus genannte Vorstellung dient einerseits der Ab- und Ausgrenzung (sozus. im Inneren, z.B. bei der Definition von Hierarchien beteiligter Ethnien, ethnischer Gruppen etc.) und kann auch als Grundlage für die Formulierung von Ansprüchen auf (nun) fremde Territorien mit identischen (oder ähnlichen) ethnischen, sprachlichen, religiösen, etc. Verhältnissen außerhalb der (neuen) Staatsgrenzen dienen. Die Idee des Ethnonationalismus kann jeder Zeit Ursache für eine erhebliche regionale politische Instabilität darstellen und auch schwerwiegende Konflikte hervorrufen.

Im Gegensatz zur ungeklärten russischen nationalen Identität ist die Frage der ukrainischen nationalen Identität gelöst: Die russische Aggression vom 24. 2. 2022 hat die Identität der ukrainischen Nation eindeutig geklärt und definitiv gefestigt. „Zweisprachigkeit und Multikulturalität sind in der postsowjetischen Ukraine zur Norm geworden und haben die Zugehörigkeit zur ukrainischen Nation auf Menschen mit unterschiedlichen ethnischen und religiösen Hintergründen ausgeweitet. Das hatte unmittelbaren Einfluss auf den Verlauf des russisch-ukrainischen Krieges. Entgegen den Erwartungen des Kremls erfuhren die russischen Angriffe 2014 nicht die Unterstützung ethnischer Russen außerhalb der unmittelbar von der russischen Armee kontrollierten Gebiete – der Krim und der Teile des Donbas, die von russischen Söldnern und von Russland unterstützten Aufständischen in Beschlag genommen wurden. Die Hoffnungen, bei der Invasion im Februar 2022 auf die Unterstützung ethnischer Russen und russischsprachiger Ukrainer im Land bauen zu können, wurden vom entschiedenen Widerstand der Ukrainer zunichte gemacht. Niemand in der Ukraine, egal welchen ethnischen Hintergrund er oder sie hatte, stellte sich auf die Straße, um die Russen mit Blumen zu begrüßen, wie sie es erwartet hatten. Selbst in mehrheitlich russischsprachigen Städten wie Cherson oder Melitopol´ gingen die Menschen den russischen Panzern mit ukrainischen Flaggen entgegen.“¹⁹ Wie aber konnten die Kremlherren die Situation so falsch einschätzen, lagen doch die Fakten schon längst auf dem Tisch? Nach den Umfragen des Internationalen Kiewer Institutes der Soziologie [Kyjivskyj mižnarodnyj instytut sociologiji KMIS] gelten 17% der Bevölkerung der Ukraine als „Russen“, wobei der allergrößte Teil von ihnen sich gleichermaßen als „russisch“ wie „ukrainisch“ identifizieren, nur 5% als ausschließlich russisch. Betrachtet man jedoch kulturelle Zugehörigkeiten und Grenzlinien z.B. östliches vs. westliches Christentum, die Hinterlassenschaften des habsburgischen Galiziens, Transkarpatiens, der moldauischen Bukovina, des polnisch regierten Wolhynien, der Gebiete des kosakischen bzw. tatarischen Hetmanats usw., so stellen sich die ethnisch-kulturellen Verhältnisse erheblich komplexer dar. „Wir sehen uns heute einem Flickenteppich aus sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Übergangsbereichen gegenüber, die verschiedene Regionen miteinander verbinden und das Land zusammenhalten. In der Praxis gibt es keine einfach auszumachende kulturelle Grenze, die die Krim von den benachbarten Regionen scheidet würde. Keine der historischen Regionen hat ein starkes Bedürfnis offenbart, die Ukraine zu verlassen, und ihren Führungsschichten ist es auch nicht gelungen, die Bürger zur Unterstützung der Sezession zu bewegen.“²⁰

¹⁹ Ebda S. 501-2

²⁰ Ebda S. 503

Russland nach 1991

Zu Beginn der 1980-er Jahre befand sich die Sowjetunion in einer schwierigen Lage, die Ökonomie stagnierte, Korruption blühte, die Herrschaft der Gerontokraten an der Staats- und Parteispitze schien die wachsenden Schwierigkeiten nicht mehr bewältigen zu können. Nach Brežnevs Tod 1982 folgte Andropov als neuer Generalsekretär, der die Wirtschaft dezentralisieren, die Arbeitsdisziplin verbessern und die Produktivität steigern wollte, und schließlich der Korruption den Kampf ansagte. Andropov meinte, es genüge, den Staat straffer, rationaler zu führen, er nahm sich das System eines Polizeistaats zum Vorbild. Er setzte seine Hoffnungen auf die jüngere Generation wie Michail Sergeevič Gorbačev oder Nikolaj Ivanovič Ryžkov, denen er die entsprechenden Reformen und Modernisierungen zutraute. Mit ihnen wollte er ein Gegengewicht zur alten Garde um Konstantin Ustinovič Černenko schaffen. Er starb jedoch nur 15 Monate nach Amtsantritt, Černenko trat die Nachfolge an, der jedoch sein Amt auch nur wenige Wochen ausüben konnte. Damit wurde 1985 Michail Gorbačev Partei- und Staatschef, musste aber bei Reformen vorsichtig vorgehen, da er wusste, dass seine Vorhaben nicht die mehrheitliche Zustimmung in den Führungsgremien des Staates und der Partei finden würden. Er setzte in seinem ersten Amtsjahr einen „Beschleunigungsprozess“ (uskorenie) der Wirtschaft auf die Agenda. Erst 1987 trat er mit seinem Programm der Perestrojka („Umbau“) an die Öffentlichkeit. Er hatte die Absicht, die Kommandowirtschaft zu verändern ebenso wie das gesamte politische System. Dabei berief er sich auf Lenin (als er die NĚP / Neue ökonomische Politik / Novaja ěkonomičeskaja politika einführte) – ein kluger Schachzug seine Vorhaben zu legitimieren. In der Tat hatten die NĚP und Gorbačevs Perestrojka Gemeinsamkeiten, indem beide auf der Annahme beruhten, dass die sozialistische Wirtschaft um Elemente der Marktmechanismen erweitert und ergänzt werden müssten, um die Produktion zu steigern und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. 1987 lockerte Gorbačev die staatlichen Kontrollen der Preise und Löhne, Kooperativen wurden ermöglicht etc. Doch diese Maßnahmen reichten nicht aus, denn die Plan- und Kommandowirtschaft blieben in ihrem Kern bestehen. Es war, so Figes, „eine Reform, die 1987 noch zu weit gegangen wäre und doch im August 1990 zu spät kam, als innerhalb von 500 Tagen der Übergang zu einer marktorientierten Wirtschaft ins Werk gesetzt wurde.“²¹ Das nachhaltigste und „revolutionärste“ Element von Gorbačevs Reformen war die „Glasnost“, sie sollte mehr Offenheit, Transparenz der Politik gegenüber der Bevölkerung bringen.

1989 beschrieb Ernest Mandel²² die von M. Gorbačev angestoßenen gesellschaftspolitischen Veränderungen als „das bedeutendste Ereignis seit der chinesischen Revolution von 1949“, die „sich noch jahrzehntelang weltweit gesellschaftlich und politisch auswirken“ werden. Mit M. Gorbačev öffnete sich zum letzten Mal für die Sowjetunion ein Zeitfenster, in der ein umfassender Demokratisierungsprozess hätte stattfinden können. In seiner Analyse behandelte Mandel Ziele und Widersprüche von Glasnost‘ und Perestrojka stellte mehrere mögliche Optionen für die weitere Entwicklung der Sowjetunion vor, kam aber zum Schluss, dass die widrigen Umstände (Wirtschaft, soziale Lage, Nomenklatura etc.) das „Gorbatschow-Experiment“ wohl scheitern lassen werden. Mit dieser Prognose lag Mandel richtig.

Der lang andauernde Zerfallsprozess der Sowjetunion verlief an seinen Rändern durchaus blutig, Kriege und militärische Interventionen, ungelöste Regionalkonflikte betrafen Moldau 1991, Georgien 1991-4, Armenien-Azerbajdžan 1992-4 (Nachfolgekriege 2020, 2023), Tadžikistan 1992-7, Tschetschenien 1994-6 und 1999-2009.

Das Ende der Sowjetunion (31. Dezember 1991) eröffnete neue Perspektiven für einen Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems, es brachte das Ende des Einparteiensystems und

²¹ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 1922, S.353

²² Ernest Mandel: Das Gorbatschow-Experiment. Frankfurt, 1989, S. 9 ff.

des sowjetischen Wirtschaftsmodells. Das von Michail Sergeevič Gorbačëv ererbte Präsidialsystem schien sich für seinen Nachfolger Boris Nikolaevič El'cin für schnelle und radikale top-down Reformvorhaben als besonders günstig anzubieten. Allerdings war „das politische Regime, das während der Präsidentschaft Boris Jelzins seit der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 entstand, ein Torso geblieben. Die Konturen des Staates waren ebenso unscharf wie die Organisation der Gesellschaft.“²³ Die Vorstellungen hinsichtlich eines demokratischen Aufbaus des Staates waren unkonkret und widersprüchlich, dies war einerseits wohl der Unkenntnis bzw. mangelnder Erfahrung mit demokratischen Prinzipien zuzuschreiben, andererseits fehlte es auch am Konsens unter den politischen Eliten über Inhalt und Richtung des zu bewältigenden gesellschaftspolitischen Transformationsprozesses. Dieser verlief auch in den einzelnen ehemaligen postkommunistischen Ländern sehr unterschiedlich, in den meisten wurden Lustrationsgesetze erlassen, die es ermöglichten, politisch belastete Personen, sowie Personen, die im Staatssicherheitsdienst tätig waren, ihres Amtes, ihrer Funktion etc. zu entheben, sozus. den Arbeitsplatz zu „reinigen“. In der Ukraine wurde unter der Regierung Pedro Porošenko 2014 ein Lustrationsgesetz erlassen, aber nicht in Russland und in Belarus‘. In diesen beiden Ländern konnten die alten Kader ungehindert ihre Arbeit fortsetzen, ohne je zur Verantwortung gezogen bzw. bestraft zu werden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, einige besondere Merkmale der Lustration in den postkommunistischen Ländern und der Entnazifizierung in Deutschland und Österreich²⁴ nach 1945 zu betrachten. Die Vier-Mächte-Politik nach 1945 zielte darauf ab, den Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie auf Gesellschaft, Kultur, Medien, Justiz, Ökonomie, Bildungswesen usw. in Deutschland und Österreich zu beenden. Diese beiden Länder sollten demokratisiert und demilitarisiert werden. Als vordringlichste Aufgabe stellte sich die Auflösung der NSDAP (und ihrer angeschlossenen Organisationen) und die Verfolgung von Kriegsverbrechen. Unter den Entnazifizierungsprozess fiel auch das Verbot nationalsozialistischer Gesetze, Symbole, Schriften u.a. Maßnahmen. Grundlage für die Entnazifizierung bildeten die Beschlüsse der Konferenz von Jalta (Februar 1945) sowie der Potsdamer Konferenz (August 1945). Dass die Praxis der Entnazifizierung oft anders aussah, d.h. die Entnazifizierungsgesetze (nicht selten mit prominenter Hilfe) missachtet, unterlaufen oder umgangen wurden, steht auf einem anderen Blatt. Voraussetzung für die Entnazifizierung als Grundlage des Demokratisierungsprozesses war die militärische Niederlage Nazideutschlands. Der Zerfall bzw. die Implosion der Sowjetunion stellt keine vergleichbare Niederlage dar, es gab auch keine übergeordnete Instanz oder Macht (wie die Alliierten), die die Durchführung des Demokratisierungsprozesses überwachen bzw. erzwingen hätte können. In den postkommunistischen Ländern, in denen Lustrationen durchgeführt wurden, gab es hingegen demokratische Grundstrukturen, zivilgesellschaftliche Kräfte, die diese Verfahren forderten und ihre Durchsetzung erzwangen und überwachten. Dafür waren in Russland und Belarus‘ die Voraussetzungen nicht gegeben.

Der Aufbau eines demokratischen Staatswesens hatte in der Geschichte Russlands nur innerhalb kurzer Zeitfenster eine Chance. 1917 und 1991 ist der autokratische Staat zusammengebrochen – aber er wurde nicht durch ein (nachhaltiges) demokratisches Regime abgelöst. 1917 gab es durchaus demokratische Ansätze, die jedoch in den Revolutionswirren, Machtkämpfen, im Weltkrieg und in den folgenden Interventionskriegen zerrieben wurden, sodass alte autokratische Strukturen in neuem Outfit wieder auflebten. 1991 implodierte das herrschende sowjetische System, zu ihm gab es aber keine Alternativen, d.h. Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Strukturen, etc., die die Macht hätten übernehmen und den Staat führen können. Die

²³ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S.15

²⁴ Clemens Vollnhals (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München, 1991

Alexander Perry Biddiscombe: The denazification of Germany. A history 1945–1950. Stroud, 2007

Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München, 1991

Momente, wo sich vor dem Weißen Haus in Moskau Menschen gegen den Putsch 1991 stellten, waren viel zu kurz und fanden keinen nachhaltigen Widerhall in der russischen Gesellschaft. Nach Umfragen des Levada-Instituts haben nur 7% der Bevölkerung den Sturz des Sowjetregimes als Sieg der Demokratie empfunden.²⁶ Die überwältigende Mehrheit sah darin eine Tragödie mit möglichen furchtbaren Auswirkungen.

Die alten Eliten tauchten in Russland alsbald wieder in postsowjetischen Spitzenpositionen auf. Personen des Repressionsapparates übten wieder in öffentlichen Ämtern ihre Funktion aus, sogar Putschisten wurden schnell (schon im Februar 1994) amnestiert, viele ehemalige Funktionäre des alten Regimes fanden in der Industrie und in der Wirtschaft Unterschlupf. Diese Entwicklung wurde durch die z.T. überstürzten Reformen El'cins ermöglicht, die viele Glücksritter im Zuge der Privatisierungswelle zu Millionären werden ließen. In einer ersten Phase (1991 – 1999) schuf El'cin, der als Präsident vom Parlament dazu mit zusätzlichen Vollmachten ausgestattet wurde, gemeinsam mit Regierungschef und Wirtschaftsreformer Egor Timurovič Gajdar die Grundlagen der Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft. Er setzte sich für einen sofortigen Übergang zur Marktwirtschaft nach neoliberalen Muster („Schocktherapie“) ein. Es gab dem gegenüber aber durchaus auch andere, alternative und weniger radikale Vorstellungen der Umgestaltung der Wirtschaft, die sich jedoch nicht durchsetzten. Zu Beginn 1992 wurden für den größten Teil der Produktions- und Konsumgüter die Preise freigegeben und gleichzeitig ein umfassendes Privatisierungsprogramm verabschiedet. Diese Maßnahmen hatten einen enormen Inflationsschub vor allem der Verbraucherpreise (Preisanstieg bis Jahresende um das 18-Fache) zur Folge. So konnte bis 1997 unter großen Opfern der Gesellschaft eine wirtschaftliche Stabilisierung erreicht werden. Im Volksmund wurde diese Privatisierung [privatizacija] als „prichvatizacija“ bezeichnet, eine Wortschöpfung, die sich aus den Begriffen privatizacija und prichvatit' – sich aneignen, stehlen – zusammensetzt.

Den Kern der Wirtschaftsreform bildete die Privatisierung. El'cin wollte, bildhaft formuliert, dass „Millionen von Eigentümern und keine Handvoll von Millionären“ entstehen. Es sollten von der Privatisierung möglichst viele Menschen profitieren, eine eigens eingerichtete Kommission unter der Leitung des El'cin-Vertrauten Anatolij Borisovič Čubajs wurde die sog. Coupon- (oder Voucher-)Privatisierung ins Leben gerufen (in der postkommunistischen Tschechoslowakei etwa geschah Ähnliches). Jeder Bürger (vom Säugling bis zum Greis) erhielt einen Coupon / Voucher im Wert von 10 000 Rubel, konnte ihn verkaufen, sich den Gegenwert von einer Bank auf einem Konto gutschreiben (aber nicht auszahlen) lassen, oder Aktien erwerben. Diese Entscheidungsmöglichkeiten setzten jedoch ein entsprechendes Kenntnis der bzw. ein Verständnis der Marktmechanismen voraus, was aber beim überwältigenden Teil der Bevölkerung so gut wie nicht gegeben war. Es musste allerdings der Regierung klar gewesen sein, dass unter diesen Umständen die Aktien nicht lange im Streubesitz der Bevölkerung blieben. Wer clever war und das nötige Kapital besaß, konnte leicht Couponbesitzer zum Verkauf dieser Anteilsscheine überreden, was angesichts des dramatischen Werteverlustes nicht schwierig war. So floss auch Geld aus der Schattenwirtschaft in den Couponmarkt und wurde dadurch „sauber“. „Im Resultat ergab sich ein ökonomisch wenig förderlicher und politisch höchst unerwünschter Effekt: Hauptprofiteur der Privatisierung war die vermeintlich entthronte Nomenklatura. Von einigen unternehmerisch fraglos höchst agilen Parvenus abgesehen, verwandelten sich die alten Herren in die neuen. Kein Volk von Eigentümern entstand, sondern eine schmale Schicht ‚neuer Russen‘, von denen einige auch bald enorme Reichtümer anhäuferten [...]. Zumindest leistete die Voucher-Privatisierung, die im Sommer 1994 [...] zu Ende ging, nicht, was das demokratische Russland politisch und gesellschaftlich am dringendsten gebraucht hätte:

²⁶ Alexander Kolesnichenko: Effects of 1991 August Putsch still felt in Russia. Russia Beyond the Headlines, 23. August 2012

http://www.rbth.com/politics/2013/08/23/effects_of_1991_august_putsch_still_felt_in_russia_29171.html
(aufgerufen 20.1.2023)

den Grundstein für Kleineigentum und eine neue Mittelschicht zu legen.²⁷ Es passierte genau das Gegenteil von dem, was El'cin anstrebte: Die Entstehung einer kleinen Gruppe von Superreichen erregte bei der Mehrheit der Bevölkerung, die soziökonomisch abstürzte, Missmut, was sich in wachsendem Widerstand der Bevölkerung äußerte. Diese Spannungen widerspiegelten sich auch in einem Dauerkonflikt zwischen Präsident und Parlament, ein Problem, das El'cin dadurch aus der Welt schaffen wollte, dass er 1993 per Dekret den Volkskongress und den Obersten Sowjet auflöste, womit er allerdings seine Kompetenzen überschritt. Der Konflikt war trotzdem nicht bereinigt, im Gegenteil, er eskalierte, das Parlament erklärte den Präsidenten für abgesetzt, es entstand ein Machtvakuum, das Anfang Oktober 1993 Putschisten nützten und das Parlament stürmten, das Bürgermeisteramt eroberten und die Fernsehstation Ostankino besetzten, worauf El'cin 1300 Mann der regulären Armee aufmarschieren und das „Weiße Haus“ beschießen ließ. 145 Menschen verloren dabei das Leben. Sofort nach diesen Gewaltexzessen am 4. 10. 1993 ließ El'cin eine neue Verfassung ausarbeiten, wobei es darum ging, der Position eines starken Präsidenten die entsprechende demokratische Legitimation zu verschaffen. Dieses neue Staatsgrundgesetz wurde einer Volksabstimmung vorgelegt und angenommen. „Jelzin trachtete jedenfalls nach schneller Durchsetzung einer möglichst mächtigen Präsidentschaft. Er war traumatisiert von den langen Verfassungskämpfen mit dem Übergangsparlament um die Vormachtstellung von Legislative und Exekutive. [...] Jelzin wollte zusammen mit seinen ‚Jungreformern‘ nach der Annahme der neuen Verfassung, die in einem Plebiszit bestätigt werden sollte, den endgültigen Triumph der Exekutive ausspielen und auf dem Weg zur Marktwirtschaft keine weitere Zeit mehr verlieren. So fasste der ‚Superpräzidentialismus‘ rasch Wurzeln. Dabei half die landesübliche obrigkeitsstaatliche Kultur, die sich in der tiefen Überzeugung ausdrückte, dass die Nummer Eins im Staate, ob Zar, Generalsekretär oder Präsident, alle anderen staatlichen Institutionen an Autorität überrage.“²⁸ Das Ansehen El'cins hatte aber unter den politischen Turbulenzen gelitten, es kamen bei diesen Unruhen an die 200 Menschen ums Leben. Damit nicht genug, der ökonomischen Krise folgten im Oktober 1994 ein Kurssturz des Rubels, ein Kollaps der öffentlichen Ordnung, ein Anstieg der Kriminalität (vor allem Diebstähle, Einbrüche) usw.

1995 begann die zweite Phase der Privatisierung mit dem Verkauf von Aktienpaketen großer Konzerne, Großbanken gewährten dem Staat durch Verpfändung aus dem Verkauf eines Großteils der Mineralölindustrie und Schwerindustrie an große Kapitalgruppen notwendige Kredite. Dazwischen brach der Erste Tschetschenienkrieg aus, der 1996 ohne wirkliche Konfliktlösung beendet wurde. Dazu ein Rückblick: Über zwei Hundert Jahre lang hat Russland versucht das Gebiet z.T. mit genozidaler Gewalt zu unterwerfen. Stalin hatte 1944 den größten Teil der tschetschenischen Bevölkerung deportieren lassen, ca. ein Drittel der Bevölkerung bezahlte das mit dem Leben. Großes gegenseitiges Misstrauen zwischen der tschetschenischen Führung und Moskau verhinderten eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Integration dieses Gebietes. Ab 1990 gelang es der Al Qaida Netzwerke und Kampfgruppen aufzubauen. 1991 erklärte die Führung Tschetscheniens (unter Džochar Dudaev) die Unabhängigkeit, worauf El'cin 1994 versuchte das Land unter Kontrolle zu bringen, was nicht dauerhaft gelang, Tschetschenien blieb ein gesamtrussischer Unruheherd von erheblicher politischer Sprengkraft.

Die Dumawahlen (Dezember 1995) brachten für El'cin eine schwere Niederlage, was ihn veranlasste ein Präsidialkabinett ohne parlamentarische Basis zu bilden. Diese fatale Methode wurde fortan zur Regel. Die Folge war, dass sich Parteien kaum entwickeln konnten und dass der Prozess des demokratischen Aushandelns von Interessen(skonflikten) zugunsten der Präsidentialadministration (übrigens in der Verfassung eine Randnotiz) in den Hintergrund trat. Lag in der Sowjetunion die eigentliche Regierungsmacht beim Politbüro und dem Generalsekretär

²⁷ Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion. 1917 – 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München, 1998, S. 1132 - 1133

²⁸ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienste. München, 2017, S. 16

der KPdSU, so entstand in El'cins Umfeld ein informelles Netz von Mächtigen bestehend aus seinen engsten Mitarbeitern und Vertrauten, Oligarchen, etc., das politische Entscheidungen beeinflusste bzw. bestimmte. Die politischen Gewichte verschoben sich nun allmählich z.T. eingefahrenen Traditionen folgend und sich veränderten Verhältnissen anpassend zu Ungunsten demokratischer und transparenter Spielarten. Unter diesen Verhältnissen häuften sich „kreative“ und umstrittene Entscheidungen und Skandale. „Der schlimmste [...] war das 1995 eingeführte Schema ‚Darlehen für Anteile‘. Die Regierung Jelzin war knapp bei Kasse und konnte kaum die öffentlichen Bediensteten bezahlen, die zum großen Teil seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen hatten. Vor der Wahl von 1996 drohte die Regierung die Macht an eine wiedererstarkende kommunistische Partei zu verlieren, die aus den Duma-Wahlen vom Dezember 1995 als stärkste Fraktion hervorgegangen war. [...] Tschubais lud die führenden Oligarchen ein und bot ihnen einen Deal an, der ihnen gestattete, für den ‚vorübergehenden Besitz‘ einer Mehrheitsbeteiligung an staatlichen Öl- und Bergbauunternehmen Geld zu zahlen – in der Form von ‚Darlehen‘ an die Regierung Jelzin. Die Anteile sollten über manipulierte Auktionen verkauft werden, um zu gewährleisten, dass diese nationalen Vermögenswerte auch wirklich in den Händen der von der Regierung handverlesenen Tycoons landete – einer neuen Klasse von Oligarchen. [...] Diese Anschaffungen gingen in dauerhaften Besitz über, als die Regierung, wie allgemein erwartet, bei den Darlehen in Zahlungsrückstand geriet²⁹. Auf diese Art bekam El'cin seine Wahlkampfkosten zustande. Führende Magnaten und Bankiers (wie z.B. die Medienmogule Boris Abramovič Berezovskij und Vladimir Aleksandrovič Gusinskij sowie amerikanische Berater) unterstützten ihn bei der Wahlkampagne (die übrigens extreme manipulative Höhepunkte erlebte) und versuchten bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen im Sommer 1996 eine weitere Schwächung des Präsidenten und eine erfolgreich scheinende Kandidatur der kommunistischen Bewerbers Gennadij Andreevič Zjuganov mit allen Mitteln (d.h. auch unter Einsatz von Spin-Doktoren etc.) zu verhindern. Im zweiten Wahlgang wurde El'cin schließlich gewählt. Wenn er auch die Wahl formal gewann, so hat er aber letztlich die Macht verloren, sie blieb von nun an bei den Oligarchen, die den Preis für ihre finanzielle, logistische und politische Unterstützung in Form von entsprechenden Posten und Funktionen im Machtapparat einforderten. El'cin wurde zunehmend an den Rand gedrückt, sein Gesundheitszustand und seine Trunksucht verschlimmerten noch zusätzlich die politische Situation. Die Spannungen zwischen Parlament und Präsidialamt waren nicht beseitigt, es kam zu raschen Wechseln an der Regierungsspitze, Sergej Vladilenovič Kirienko, Viktor Stepanovič Černomyrdin, Evgenij Maksimovič Primakov wurden als Ministerpräsidenten nacheinander ausgetauscht. Die Krise verschärfte sich, als schwere Korruptionsvorwürfe gegen El'cin und seine Entourage seitens der Staatsanwaltschaft erhoben wurden, außerdem geriet das Land wegen zerrütteter Finanzen in schwere Turbulenzen, schließlich übernahm Sergej Vadimovič Stepašin für ca. ein halbes Jahr das Amt des Ministerpräsidenten. Diese Unsicherheiten resultierend aus El'cins prekärem Gesundheitszustand, seiner offenen und nicht bereinigten Korruptionsaffäre veranlassten Kremlführung und Finanzkreise einen Nachfolger zu finden, von dem sie sich die Herstellung von Stabilität auch in ihrem Interesse versprochen. Diese Rahmenbedingungen machten schließlich den Weg frei für Putin.

Die gesellschaftspolitische Entwicklung seit dem Ende der Sowjetunion und der Ära El'cin hat grundlegende Veränderungen erfahren, wobei die ökonomische Transformation in Richtung Liberalisierung und Privatisierung eine neue Oberschicht entstehen ließ, die es verstand aus der Privatisierung (oft auch bloß Verschleuderung) von Staatsbesitz enormen Profit zu ziehen. Zur politisch dominierenden Kraft wurden die Oligarchen und lokale Eliten, sie konnten weitgehend ungehindert ihre persönlichen Vorstellungen durchsetzen, weil die Verfassung von 1993 die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der breiten Schichten der Bevölkerung stark

²⁹ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart 2022, S. 367

David E. Hoffman: The Oligarchs. Wealth and Power in the New Russia. New York 2001

begrenzte. Auf Grund des konstitutionell geschwächten Parlamentarismus hatten politische Parteien unter den gegebenen Bedingungen kaum Gestaltungsmöglichkeiten und konnten politisch nicht zu einer bestimmenden Kraft werden. Die Durchsetzung demokratischer Grundsätze war den neuen Macheliten kein primäres Anliegen, sondern vor allem die Absicherung ihrer eigenen Position und die Mehrung ihres Vermögens. Dies bedeutete aber nicht, dass sie gleichsam immun waren, sie konnten – dies gilt insbesondere dann für die Putin-Ära – in (z.T. existenzbedrohende) Konflikte mit dem herrschenden Regime geraten. Der Vermögenserwerb war sehr oft in Erpressungen, sogar Morde „eingebettet“, auch höhere Staatsbeamte waren an diesem „Erwerbsprozess“ beteiligt. Einen Großteil ihres Geldes parkten bzw. versteckten die Oligarchen diskret im Ausland, z.B. auf Zypern, mit dem kein Auslieferungsabkommen mit Russland besteht, nützten dabei die Kanäle, die auch westlichen Steuerflüchtigen offen stehen. Bei dem oft hemdärmeligen Prozess der Vermögensbildung war nach Walter Laqueur „zwischen regulärer Wirtschaftstätigkeit und den Aktivitäten der kriminellen Unterwelt kaum noch zu unterscheiden. Es ist zu bezweifeln, dass die Geschichte dieser gewalttätigen Jahre jemals ganz ans Tageslicht kommen wird. Falls doch, könnte sie die Geschehnisse in der Ära der amerikanischen Raubbarone vergleichsweise wie Gezänk in einem Kindergarten erscheinen lassen“³⁰ Das Resultat der sozioökonomischen Umschichtung ist nach Laqueur, dass in Moskau mehr Milliardäre (78) als in jeder anderen Metropole leben und die Einkommensungleichheit in Russland stark zugenommen hat: Die 110 reichsten Personen Russlands verfügen über ca 35% des Bruttonationaleinkommens, demgegenüber besitzen 93% der Russen über weniger als 10 000 USD. Die wachsende Ungleichheit ist aber ein Unsicherheitsfaktor und starke soziale Spannungen und Auseinandersetzungen sind für die Zukunft zu erwarten. Was die Herkunft der Oligarchen betrifft, so kommen sie nicht nur aus der Nomenklatura sondern auch durchaus aus ärmeren Schichten. Viele von ihnen haben Naturwissenschaften, Technik, Jus etc. studiert und auch schon gewisse Positionen in der akademischen Welt erreicht. Etwa 1/3 von ihnen fasste im Bank- und Finanzwesen Fuß, ein weiteres Drittel in der Metallindustrie, Erdöl- oder Erdgaswirtschaft. Manfred Hildermeier zieht ein ernüchterndes Resümee der ersten postsowjetischen Jahrzehnte: „Erst im Rückblick lässt sich voll ermessen, welch hohen Preis das Land für diese tragische Verquickung von demokratischem Gehversuch, ungehemmter Marktwirtschaft und staatlicher Autoritätskrise zahlte – die weitgehende Diskreditierung der neuen postsowjetischen Ordnung samt seiner liberalen Verfassung. [...] Sein [El‘cins] Eingeständnis, es seien ‚nicht alle Erwartungen erfüllt‘ worden, darf den Anspruch erheben, zu den größten Untertreibungen des vergangenen Jahrhunderts zu gehören. Dennoch konnte Jelzin, trotz aller Missgriffe, sozialer Blindheit und allzu großem Vertrauen in den Segen unverwässerter Marktwirtschaft amerikanischer Prägung, trotz Korruption und oligarchenfreundlicher Klientelpolitik auf den einen Erfolg verweisen, der ihm besonders am Herzen lag und der im vorliegenden Zusammenhang vorrangige Aufmerksamkeit verdient: die Rückkehr zum Sowjetsozialismus verhindert und der Demokratie in Russland samt ihrer Wirtschaftsentwicklung trotz allem den Weg gebahnt zu haben.“³¹

³⁰ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022, S. 63

³¹ Manfred Hildermeier: Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen. München, 2022, S. 228

Putins Werdegang

Die Quellen zu V. Putins Biographie sind dürftig und nicht allzu zuverlässig. Putin selbst hat durch Äußerungen in der Öffentlichkeit des Öfteren einige Details relativiert. Putins Vater Vladimir Spiridonovič Putin (1911 – 1999) war Fabrikarbeiter in einem Werk für Waggonbau und Mitglied der Kommunistischen Partei. Die Mutter, Maria Ivanovna Šelomova (1911–1998) arbeitete ebenfalls in einer Fabrik, überlebte die Belagerung Leningrads von September 1941 bis Januar 1944. V. Putin wurde als drittes Kind 1952 in Leningrad geboren, die beiden älteren Brüder starben im Kindesalter. Bei einem Weihnachtsgottesdienst 2012 sagte er, dass seine Mutter ihn heimlich taufen ließ und dies ihrem Mann verheimlicht hat. Nach Putins Darstellungen soll sein Großvater väterlicherseits Koch von Lenin und Stalin gewesen sein.³³ Putin wuchs unter bescheidenen Verhältnissen auf, seine Familie lebte in einer Leningrader Kommunalka, d.h. in ca. 20 m² Wohnfläche, Bad und Küche musste mit anderen Bewohnern geteilt werden.³⁴ Putin war als Jugendlicher dermaßen unangepasst, dass die kommunistische Pionierorganisation sich weigerte, ihn in ihre Reihen aufzunehmen. Nach seinen Aussagen entwickelte er frühes Interesse für Kampfsport, Boxen, Sambo, wird Leningrader Stadtmeister im Judo, mit 18 Jahren erhält er den Schwarzen Gürtel. Sehr bald zeigt er Interesse für geheimdienstliche Tätigkeit, beginnt ein Jus-Studium in Leningrad, 1975 – 1982 ist er bereits als KGB-Offizier zuständig für Auslandsspionage.

Von 1983 bis 2013 war Putin mit Ljudmila Aleksandrovna Putina (geborene Škrebneva) verheiratet und hat zwei Töchter, Marija Vladimirovna Voroncova und Katerina Vladimirovna Tichonova. Andere Lebensdaten Putins wurden gewissermaßen rekonstruiert aus Andeutungen und Recherchen, so etwa seine Scheidung. Putin begründete die zunehmende Absenz seiner Frau bei öffentlichen Auftritten damit, dass der mit seiner Funktion verbundene öffentliche Lebensstil seiner Frau schwer falle und sie sich daher der Öffentlichkeit entziehe. Diese Erklärung hielt er so lange aufrecht, bis 2014 die Scheidung offiziell bekannt gegeben wurde. Angeblich ist er seit 2008 mit der wesentlich jüngeren russischen Olympionikin Alina Maratovna Kabaeva liiert und soll mit ihr mehrere Kinder haben.

Putins Kommunikationsverhalten gilt als einigermaßen paranoid, es heißt, er benutzt weder Internet noch Mobiltelefon, Informationen über die Außenwelt bezieht er ausschließlich aus dem Kreis seiner engsten Vertrauten. Für Reisen im Inland benutzt er bevorzugt gepanzerte Sonderzüge, die aber als normal ausgestattete Züge getarnt sind. Ins Bild eines Geheimdienstler gehört, dass er über verschiedene Residenzen verfügt mit identisch ausgestatteten Büros, von denen er über das Fernsehen mit der Öffentlichkeit kommuniziert, sodass ihre Lokalisierung nicht auszumachen ist. Dieser Logik folgend werden in den Staatsmedien auch über den jeweils aktuellen Aufenthalt des Präsidenten Desinformationen verbreitet. Putins Vermögensverhältnisse können nur Gegenstand der Spekulation sein. Nach der offiziellen Vermögensfeststellung (2007) besaß er zwei alte Autos aus den 1960er Jahren, ein Barvermögen in Höhe von 150.000 US-Dollar, eine kleine Wohnung sowie ein Stück Land. 2012 deklarierte Putin ein Jahreseinkommen von 5,70 Mio Rubel (ca 142 000 €). Die Opposition hingegen hat demgegenüber gänzlich widersprechende Informationen: 2007 sprach der Politologe Stanislav Aleksandrovič Belkovskij in einem Interview von einem Vermögen von ca. 40 Mrd. USD, angelegt vorwiegend in Aktien (Surgutneftegas, Gazprom, Gunvor).³⁵ Die Sunday Times schätzte 2014 Putins Vermögen auf 130 Milliarden Dollar, der langjährige Russland-Investor Bill Browder 2015 eine

³³ Putin says grandfather cooked for Stalin and Lenin | Reuters (11.3.2028)

³⁴ Vgl.: Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München, 2022, S. 324 ff.

³⁵ Man sollte die aktive Rolle Putins nicht überschätzen - WELT 12.11.2007 (Zugriff 18.5.2023)

Summe von bis zu 200 Milliarden Dollar (Aktienpakete, Konten, Industriebeteiligungen).³⁶ Karen Dawisha schätzte (2014) das Privatvermögen Putins auf 40 Milliarden US-Dollar.³⁷ Außerdem sollen laut Recherchen der Autorin von den 50 Mrd USD, die für die Abhaltung der Olympischen Winterspiele 2014 vorgesehen waren, mehr als die Hälfte in das persönliche Umfeld von Putin geflossen sein.³⁸ Mit einem geschätzten Vermögen von 40 Mrd USD wäre Putin der reichste Russe und würde auf der Forbes-Liste (Stand 2019) der Position des viertreichsten Europäers einnehmen.³⁹ Es ist also nicht leicht, einen objektiven Überblick über die Vermögensverhältnisse des russischen Präsidenten zu gewinnen, da Transparenz fehlt. „Die Herausforderung besteht darin, dass es nicht einfach ist, eine Linie zu ziehen zwischen dem, was er tatsächlich selber besitzt, und dem, was er nur kontrolliert“. Vladislav Inozemcev konstatiert im Umfeld Putins eine „komplette Verschmelzung des staatlichen Sektors mit privaten Geschäftsinteressen“.⁴⁰ Auch über die Panama Papers wurden komplexe Verflechtungen Putins mit der Finanzwelt bekannt.⁴¹ Im Zusammenhang mit dem Bau von Putins Palast, der Villa Sellgren (nahe der finnischen Grenze)⁴² und weiteren Luxusimmobilien sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten bekannt geworden, die aber vertuscht wurden. Rechercheteams der Opposition unter Boris Nemcov und Aleksej Navalnyj haben sehr zum Missfallen des Kremls viel Licht in die dunklen Machenschaften des Präsidenten und seines Umfeldes gebracht – wofür ihre Exponenten auch den entsprechenden Preis zu bezahlen hatten.

Aus Putins Biographie ist bekannt, dass er ab 1985 in der DDR arbeitete, vor allem in Dresden und den Majorsrang erreichte. Er war dort vor allem für die Personalrekrutierung zuständig. Es werden ihm auch Verbindungen zur 3. Generation der RAF (Rote Armee Fraktion in der BRD) nachgesagt. 1989 stieg Putin in den Rang eines Oberstleutnants auf. Zu Beginn des Jahres 1990 ging Putin in die UdSSR – ob freiwillig (wie er selbst behauptet) oder aus Gründen mangelnder Leistung (wie vermutet) sei dahingestellt. Putin begann mit einer Dissertation, Anatolij Aleksandrovič Sobčak – sein ehemaliger Hochschullehrer, nun im Gemeinderat von Leningrad, ab 1991 Bürgermeister von St. Petersburg – holte ihn in sein Beraterteam. Putin wurde in führender Position für Außenbeziehungen zuständig. Zu Beginn des Militärputsches im August 1991 verließ Putin vorübergehend den KGB. 1992 wurde er zu einem der Vizebürgermeister von St. Petersburg ernannt. Gerüchte, wonach Putin für Unregelmäßigkeiten bei der Erteilung von Exportlizenzen verantwortlich gewesen sein soll, konnten nicht definitiv verifiziert werden. Aber immer wieder tauchten Vermutungen über mafiöse Verstrickungen und Bestechungsaffären im Zusammenhang mit Putin auf, die ebenfalls nie eindeutig geklärt werden konnten.⁴³ Belegt ist jedoch, dass er befreundeten Oligarchen ermöglichte sich beim Exporthandel mit billigen Rohstoffen und deren Verkauf zu Weltmarktpreisen zu bereichern. In seine Funktionsperiode fällt auch schon die Verfolgung von Kritikern⁴⁴. Aus dieser Zeit stammen auch seine Bemerkungen über die chilenische Militärdiktatur unter Pinochet, die er für ein wünschenswertes Politikmodell für Russland zur Lösung aller Probleme hält.⁴⁵

³⁶ „Путин может начать войну, чтобы выжить“ (svoboda.org) 22.11.2014 (Zugriff 18.5.2023)

³⁷ Karen Dawisha: Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia? New York, 2014

³⁸ ‘Putin's Kleptocracy,’ by Karen Dawisha - The New York Times (nytimes.com) 25.11.2014 (Zugriff 18.5.2023)

³⁹ Liste der reichsten Europäer – Wikipedia

⁴⁰ Wie reich ist Wladimir Putin? | Die Weltwoche, Ausgabe 4/2015 (archive.org) 1.q11.2016 (Zugriff 18.5.2023)

⁴¹ Wladimir Putin und seine Freunde: Spur in Panama Papers (sueddeutsche.de) (Zugriff 3.11.2023)

⁴² Putin's 'hideaway' exposed by rival Alexei Navalny (thetimes.co.uk) 1.9.2017 (Zugriff 18.5.2023)

⁴³ Radio Svoboda Deletes Interview Accusing Putin of Graft (Memento vom 25. Mai 2015 im Internet Archive), The Moscow Times, 24. Mai 2015.

Роман Шлейнов: С кем приходилось вести дела Владимиру Путину. In: vedomosti.ru.7.Juni 2015 (abgerufen am 22. 01 2023)

⁴⁴ Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht: Wladimir Putin – eine Enthüllung. München, 2012, S. 167–183

⁴⁵ Pinochet als Vorbild. In: Neues Deutschland. (31. Dezember 1993, S. 6)

https://www.nd-aktuell.de/artikel/461493.pinochet-als-vorbild.html (abgerufen 22.01.2023)

1994 wurde Putin erster Vizebürgermeister von St. Petersburg und damit zum Vertreter von A. Sobčak, organisierte den Wahlkampf der Regierungspartei „Unser Haus Russland“ (Naš dom – Rossija / NDR). Nachdem Vladimir Anatol’evič Jakovlev 1996 die Wahl zum Bürgermeister gegen Sobčak gewonnen hat, trat Putin von seinen kommunalen Ämtern zurück und engagierte sich im Wahlkampf für die Präsidentenwahl von Boris El’cin. 1997 wurde er zum „Kandidaten der Wirtschaftswissenschaften“ [kandidat ékonomičeskich nauk] promoviert. Als bald tauchten aber (nie definitiv geklärte) Plagiatsvorwürfe auf.⁴⁶ Putin übernahm in El’cins Team verschiedene leitende Funktionen, 1998 wurde er schließlich stellvertretender Chef der Präsidialverwaltung [Administracija Prezidenta Rossii]. Vom 25. Juli 1998 bis August 1999 leitete er als Direktor den Inlandsgeheimdienst FSB, ab März 1999 wurde er Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation [Sovet Bezopasnosti Rossijskoj Federacii]. Im Mai 1999 entließ El’cin den Ministerpräsidenten Evgenij Maksimovič Primakov (er sollte auf El’cins Wunsch dessen rechtlich bedenkliche Manipulationen, insbes. den Geldwäscheverdacht „glattbügeln“, was er aber abgelehnt hat) und setzte (nach einem kurzen Intermezzo mit Sergej Stepašin) Putin als Ministerpräsident ein (9. 8. 1999) ein. Die Duma bestätigte diese Entscheidung. Von da an kannte die Karriere Putins nur noch den Weg nach Maximierung der persönlichen Macht im Staat.

Erste Amtsperiode als Ministerpräsident

Zu Beginn der politischen Karriere Putins befand sich Russland in einer tristen Situation, weder der Staat noch die Wirtschaft funktionierten, politisch drohten chaotische Verhältnisse. Es war einigermaßen verwegen von Putin, unter diesen Umständen die Führung im Land zu übernehmen, noch dazu wenn man bedenkt, dass er (als Nichtökonom) vordringlichst die Wirtschaft zu sanieren hatte. Offensichtlich glaubte er mit seinem Patriotismus und persönlichem Machtstreben diese Mängel kompensieren zu können. Nach dem Chaos seit dem Untergang der Sowjetunion und den leitenden politischen Figuren wie Leonid Il’ič Brežnev, Konstantin Ustinovič Černenko schien der junge, dynamisch und unverbraucht scheinende Putin Hoffnungsträger für eine sicherere Zukunft zu sein – das wurde auch im Ausland so wahrgenommen.

Im selben Jahr kam es zu folgenschweren Bombenexplosionen in Moskau (Einkaufszentrum, Wohnblocks), die nie wirklich aufgeklärt tschetschenischen Terroristen in die Schuhe geschoben, mit großer Wahrscheinlichkeit aber vom FSB inszeniert worden waren.⁴⁸ Diese Vorfälle gaben jedenfalls Putin den Anlass dafür, am 1. Oktober 1999 russische Armeeeinheiten in Tschetschenien einmarschieren zu lassen um Terroristen zu bekämpfen – so die offizielle Darstellung. Wenige Wochen vorher waren tschetschenische und arabische Fundamentalisten in Dagestan eingefallen und haben unter Šamil Salmanovič Basaev eine „Islamische Republik Dagestan“ proklamiert. Im sechswöchigen Dagestankrieg ließ Putin wieder (allerdings nur für kurze Zeit) die „Ordnung herstellen“. Der Zweite Tschetschenienkrieg dauerte von 1999 bis 2009. Dieser Krieg lief unter dem Motto des Kampfes gegen den islamistischen Terror (der erste Krieg wurde gegen „Separatismus“ geführt). Dieses rücksichtslose Vorgehen, in dessen Folge die Hauptstadt Groznyj fast völlig zerstört wurde und unter der Zivilbevölkerung erhebliche Opfer erforderte, brachte Putin in Russland hohe Zustimmungswerte (und kaum Proteste oder Kritik im Westen, denn auch er kämpfte gegen „Islamisten“ und „islamistische

⁴⁶ Katja Gelinsky: Russland. „Dr. Putins Arbeit ist ein Plagiat“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. (28. 03 2006).

<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/russland-dr-putins-arbeit-ist-ein-plagiat-1305688.html>
(Zugriff 22.01.2023)

⁴⁸ Florian Hassel (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt, 2003
Webseite zur Kommission und ihren Ergebnissen, terror99.ru (aufgerufen 22.01 2023)
[Christian Stöcker: Mediale Gleichschaltung in Russland – Morden und Manipulieren für Putin.](#)
In: Spiegel Online 3.4. 2022 (abgerufen am 20.1.2023)

Terroristen“). Dieser lange Krieg spülte Ramzan Kadyrov mit dem Segen Moskaus in das Präsidentenamt der tschetschenischen Republik. Seine Loyalität gegenüber Moskau wurde vom Kreml mit zahlreichen „Boni vergütet“ (Demontage von ansonsten in Russland gültigen Frauenrechten, Vielehe, Mädchenheirat, Menschenrechtsverletzungen usw., Kadyrov wurde / wird für die Ermordung von N. Ėstemirova, A. Politkovskaja, B. Nemcov u.a. von Menschenrechtsorganisationen u.a. verantwortlich gemacht). Mittlerweile hat Kadyrov seine eigene Machtposition gegenüber Moskau deutlich ausgebaut und ist zu einem wichtigen Mitspieler Kampf gegen die Ukraine geworden.

Putin stärkte durch sein Tschetschenienengagement seine Position in Moskaus Machtpyramide. Am 31. 12. 1999 trat El‘cin als Präsident der Russischen Föderation von seinem Amt zurück und Putin übernahm verfassungskonform dessen Amtsgeschäfte bis zur regulären Wahl eines Nachfolgers. Ein am selben Tag erlassenes Dekret brachte für El‘cin und seine Familie eine umfassende Amnestie für begangene Straftaten. In der für den 10. 1. 2000 angesetzten Präsidentenwahl erzielte Putin schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit an Stimmen, womit Putin rechtmäßiger Präsident der Russischen Föderation wurde.

Erste Amtszeit als Präsident Russlands (2000 – 2004)

Der Start von Putins Präsidentschaft gelang unter günstigen Vorzeichen: Die ökonomischen Aussichten waren durchaus vielversprechend, die Rohölpreise stabilisierten sich ab 1999 deutlich und Wirtschaftsaufschwung setzte ein. Der Übergang von El‘cin zu Putin brachte eine Festigung informeller politischer Entscheidungsprozesse durch eine zunehmende intransparente Verfilzung von Wirtschaft und Politik. Die Verfassung war hinsichtlich Anwendung und Interpretation nicht stabil, dies nützte Putin, um seine Macht zuungunsten der demokratischen Einrichtungen weiter zu festigen. Wichtige Schritte dazu waren die Kontrolle der Medien (bzw. deren Übernahme durch Vertraute und Parteigänger), ein Ende des politischen Wettbewerbs und die Manipulation der Bevölkerung durch „politische Technologie“ (d.h. Spin-Doktoren, Politikberater, etc.). Dabei war Aleksandr Stal‘evič Vološin führend tätig. Putin gestaltete den Machtapparat entsprechend der „Vertikalen der Macht“ so um, dass er in Wirklichkeit nach dem Prinzip eines Kommandosystems funktionierte, wobei Entscheidungsfindung aber auch Verantwortung weitgehend intransparent blieb. Der „Superpräsidialismus“ sowie der oligarchische Kapitalismus der Ära El‘cin waren günstige Voraussetzungen für die Errichtung eines monozentrischen Machtsystems, einer Einpersonenherrschaft mit einem inneren Kreis von politischen Entscheidungsträgern (insbesondere der Siloviki „Machtträger“ d.h. Vertreter der Geheimdienste und des Militärs). Es werden seither Veranstaltungen organisiert, die ritualisierten Loyalitäts- und Unterwerfungsbezeugungen dienen, ähnlich den Inszenierungen wie unter der Zarenzeit bzw. auch der Stalin-Ära, die vergleichbaren Zwecken dienen. Ein besonders charakteristisches Beispiel dafür ist die legendäre „Schaschlik-Party“ vom Sommer 2000. Es handelte sich um ein als Gesellschaftsereignis verbrämtes informelles Übereinkommen zwischen Putin und Oligarchen (der sog. „El‘cin-Familie“) der Art, dass ihre Unternehmen (egal wie die Oligarchen in deren Besitz gelangten) unangetastet bleiben sollten – für den Preis der absoluten Loyalität und der Enthaltung von politischer Einflussnahme (darunter fiel insbesondere die Unterstützung oppositioneller, regimekritischer Kräfte, Medien, NGOs, der Zivilgesellschaft, etc.).⁴⁹ Die Schaschlik-Party, bei der Putins Freunde und Bekannte aus der Petersburger Zeit zum Zug kamen, war ein Zeichen für das „Wiederaufleben des Patrimonialprinzips, das mindestens seit dem 16. Jahrhundert die Beziehungen des Zaren zu seinen Oligarchen definiert hatte. Die Bojaren durften sich nur so lange auf Kosten der Bevölkerung bereichern, wie der Zar es ihnen gestattete. Der innere Ministerkreis Putins wusste über diese Tradition Bescheid. Unter sich nannten sie die Unternehmen, die protegiert werden sollten, ihr ‚Weideland‘

⁴⁹ Vladimir Gelman: *Authoritarian Russia. Analyzing Post-Soviet Regime Changes*. Pittsburgh, 2015, S. 91 f.

(poljanie) – eine moderne Version des kormlenie-Systems, das bis in die Kiewer Rus zurückreicht, wo es Beamten erlaubt war ‚sich selbst zu ernähren‘ (kormit‘), indem sie den ihnen unterstellten Regionen Geld abpressten.“⁵⁰ Die Mitspieler in diesem (Selbst-)Bereicherungs-system waren in einem Zwangsregime nach dem Muster gefangen, wer sich Illoyalität gegenüber dem Putinregime „erlaubt“, den drangsaliert eine willfährige Justiz. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Verfahren gegen Michail Borisovič Chodorkovskij (dem ehemaligen Jukos-Chef), dem formal wegen Steuervergehen der Prozess gemacht wurde, in Wirklichkeit aber für Illoyalität, Finanzierung von Oppositionsparteien, u.a. bestraft wurde. Er war Teil des kleptokratischen Systems, wie er selbst beschreibt. „Hier herrschte in den Übergangszeiten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion [in den 1990-er Jahren, G.F.] das Gesetz des Dschungels. Keiner wusste genau, welche Vorschriften noch galten – ich nutzte das aus“, erklärte er 2002 und beschrieb sich selber als „Räuberbaron“ in jenen Jahren.⁵¹ Er geriet offen in Konflikt mit Putin, als er begann die Opposition finanziell zu unterstützen, dessen „gelenkte Demokratie“ er kritisierte und 2001 in London die „Open Russia Foundation“ gründete. Diese Stiftung hatte das Anliegen, Offenheit und Integration der Menschen in Russland und der Welt zu fördern, sie förderte Lehrerbildung und kulturelle Aktivitäten, sie wurde 2006 in Russland aufgelöst. Im Februar 2003 kam es zum definitiven Eklat zwischen Putin und dem Oligarchen Michail Chodorkovskij vor laufenden Kameras über die Frage der Korruption, Ende Oktober wurde er festgenommen und wegen Unterschlagung und Steuerhinterziehung und der Schädigung des Staates in der Höhe von mehr als einer Milliarde USD vor Gericht angeklagt und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Mit diesem Prozess und dem Urteil sandte Putin ein deutliches Warnsignal in Richtung (potenziell) ungehorsamer Oligarchen aus.

So wie die Privatisierung Putin als Herrschafts- und Kontrollinstrument diente, konnte er so auch als Mittler zwischen rivalisierenden Gruppen, Seilschaften und Clans agieren (auch um Kontrolle und innere Stabilität zu sichern).⁵² So wurde die Renaissance des Netzwerkstaates, gleichsam eine „Sowjetisierung“ der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen inklusive Kontakte zum organisierten Verbrechen⁵³ zur systemischen Stütze der Machtausübung. Die Symbiose von offiziellem und inoffiziell Staat (= „sistema“) erlaubt es Putin per „Handsteuerung“ quasi als feinmotorisches Instrument den Ablauf der Regierungsgeschäfte in seinem Sinne zu präzisieren bzw. gegebenenfalls „nachjustieren“. Um die sich verstärkenden Rivalitäten unter den Clans in den Griff zu bekommen wurde eine eigene Institution gegründet, das sog. Sledstvennyj Komitet (pri prokureture Rossijskoj Federacii). Putin baute vor, er war interessiert, am Vorabend der geplanten Stabübergabe im Präsidenschaftsamt loyale Leute auf wichtige Posten zur eigenen Machtabsicherung zu platzieren und gleichzeitig die Clans auf seine Linie zu bringen. Das funktionierte z.B. so: „Mithilfe Aleksandr Ivanovič Bastrykins (ein enger Vertrauter Putins⁵⁴, G.F.) erreichte der [Nikolaj Platonovič] Patrušev – [Igor‘ Ivanovič] Sečin-Clan weitere Verhaftungen, die als Hiebe gegen den Viktor Vasil’evič Čerkessov-Klan gedacht waren. Einer dieser Vorgänge legte so ganz nebenher offen, dass die in den Sicherheitsorganen amtierenden Putinkader ursprünglich mit dem Organisierten Verbrechen gemeinsame Sache gemacht hatten. War doch eine der verhafteten Personen niemand anders als Vladimir Barsukov alias Vladimir Vladimirovič Kumarin, der Pate der sogenannten Tambov-Mafia [Tambovskaja prestupnaja gruppirovka]. Mit dem Arrest sollte vor allem General Viktor Vasil’evič Zolkotov, der Leiter des Präsidialen Sicherheitsdienstes, ein enger Freund und Verbündeter Čerkessovs und Putins langjähriger Leibwächter, getroffen werden. Die

⁵⁰ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 373

⁵¹ Michail Chodorkowski (Hrsg.): Briefe aus dem Gefängnis. Mit einem Essay von Erich Follath. München, 2011

⁵² Alena Ledeneva: Can Russia Modernise? Sistema, Power Networks and Informal Governance. Cambridge, 2013

⁵³ Boris Reitschuster: Putins verdeckter Krieg. Wie Moskau den Westen destabilisiert. Berlin, 2016

⁵⁴ Manfred Quiring: Putins russische Welt. Wie der Kreml Europa spaltet. Berlin, 2017, S. 31

Generalstaatsanwaltschaft wurde beauftragt, etwaige Verbindungen zwischen Zolotov und dem führenden Mafiaboss zu untersuchen. Das Ziel bestand wohl darin, Zolotov wegen Verbindungen zum Organisierten Verbrechen öffentlich anzuschwärzen.“⁵⁵

Putins eigene ökonomische Interessen gaben immer wieder Anlass zu Spekulationen, die Quellenlage dazu ist zugegebener Maßen komplex und reichlich intransparent. Aber anzunehmen, Putin sei von Kleptokratie gefeilt, die Teil seines Herrschaftsprinzips darstellt, und habe eine reine Weste, wäre wirklichkeitsfremd anzunehmen.⁵⁶

Die radikale Umgestaltung des Staats- und Machtapparates nahm an Geschwindigkeit und Intensität zu. Die Verfilzung von Politik und Wirtschaft wurde zur zentralen Grundstruktur des Herrschaftssystems, dem „Putin-Syndikat“ (M. Mommsen). Parallel dazu startete das Putin-Regime einen Frontalangriff auf (Reste) demokratischer Strukturen und freier Meinungsäußerung mit dem Ziel ihrer Unschädlichmachung bzw. definitiven Liquidierung. Es strebte die absolute Macht über die Informationspolitik an, verstärkte die staatliche Kontrolle über die Medien, indem es unabhängigen Medien die Lizenz entzog bzw. mit anderen Mitteln ihre Aufgabe erzwang. In der politischen Oppositionstätigkeit sah Putin zunehmend die Behinderung des Staates, diffamierte sie als unpatriotisches Verhalten, in der Arbeit zivilgesellschaftlicher Institutionen der NGOs witterte er Subversion, Destruktion, unterstellte ihnen Spionage, Sabotage, Fremdsteuerung vom Ausland udgl.). Was die persönliche Präsenz in den Medien betrifft, so zeigt sich Putin humorlos, unempfänglich für Kritik oder Satire. Von daher war es nur logisch, dass er die wichtigsten Medienmogule Boris Abramovič Berezovskij⁵⁷ und Vladimir Aleksandrovič Gusinskij unter dem Vorwurf von Steuerdelikten u.a. zwang, ihre Fernsehkanäle (und auch andere Beteiligungen) zu „verkaufen“ (übrigens an Roman Abramovič, einem Mitglied der sog. „Kremlfamilie“). Ob und inwieweit die Vorwürfe von Rechtsvergehen ihre Richtigkeit haben, muss angesichts der nicht wirklich unabhängigen Justiz dahin gestellt bleiben. Als 1996 die Wiederwahl El'cins anstand, der damals den Kommunisten Gennadij Andreevič Zjuganov als einen gefährlichen Gegner hatte, schlossen Gusinskij und Berezovskij ein Zweckbündnis mit fünf weiteren Oligarchen zur sog. „Sieben-Bankiers-Bande“ / „Semibankirščina“ zusammen und finanzierten El'cins Wahlkampf. Das Zerwürfnis mit Putin zwang aber später beide zur Emigration, Gussinskij ging nach Israel, wo er einen Fernsehkanal betreibt, der auch via Satellit in Russland empfangen werden kann. Berezovskij setzte sich nach England ab, wo er 2013 unter nicht geklärten Umständen starb. Ab diesem Zeitpunkt war der Weg frei für eine absolutistische „Videokratie“ und „Telepopulismus“⁵⁸, der totalen Meinungskontrolle und Manipulation der Massen, die vor allem das Fernsehen konsumierten und kaum bzw. so gut wie keinen Zugang zum Internet und damit zu alternativen Informationsquellen hatten und haben. Diese Mechanismen der Machtausübung brachten den schleichenden Übergang von der „defekten Demokratie“ El'cins zur „gelenkten Demokratie“, oder wie es im westlichen Diskurs auch hieß, „illiberalen Demokratie“ Putins (eigentlich ein Widerspruch in sich: Kann Demokratie überhaupt illiberal sein?). Die gleichgeschalteten Medien beförderten einen allumfassenden Personenkult um Putin, sie generierten das Bild des „starken Präsidenten“ in allen möglichen Szenarien (z.B.: Putin auf dem Pferd, als Judoka, Eishockey-Spieler, Pilot usw.). Die Inszenierung Putins als Staatsmann blieb trotzdem widersprüchlich, zwiespältig – als liberaler Politiker und autoritärer Führer. Putin wollte als „Manager-Präsident“, als ein vom Volk

⁵⁵ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienste. München, 2017, S.81-82

⁵⁶ Karen Dawisha: Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia? New York, 2014

⁵⁷ Paul Klebnikow: Der Pate des Kreml: Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen. München, 2001

⁵⁸ **Ben Judah: Fragile Empire. How Russia Fell In and Out of Love with Vladimir Putin. Yale, 2013, S. 41**

angestellter „Manager des Großunternehmens Russland“⁵⁹ gesehen werden, wobei er durchaus technokratische Vorstellung von Politik pflegte. Seiner Meinung nach könne sich der Staat den „Luxus“ Demokratie erst nach Konsolidierung der Wirtschaft leisten. In demokratischer Meinungsvielfalt – ein von ihm abgelehntes westliches Trugbild witterte er grundsätzlich Chaos und letztlich Verrat, was er auf alle Fälle und mit allen Mitteln zu verhindern trachtete. M. Mommsen bringt die Essenz der ersten Amtszeit Putins als Präsident auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Dem Beginn von Putins erster Präsidentschaft haftete daher das Odium eines großen Betrugs an der russischen Gesellschaft an.“⁶⁰

Zweite Amtszeit als Präsident Russlands (2004 – 2008)

Die Präsidentschaftswahl 2004 gewann Putin klar mit 71 Prozent der Stimmen. Nach übereinstimmenden Berichten der Beobachter kam es zu keinen Unregelmäßigkeiten im formalen Ablauf der Wahlen, kritisiert wurde allerdings, dass durch das de facto existierende staatliche Medienmonopol alternative Kandidaten chancenlos waren. Putin setzte sogleich die Festigung seiner Macht weiter fort, indem er die (direkte) Wahl der Gouverneure aussetzte und sich ein ausschließliches Vorschlagsrecht von Kandidaten vorbehielt, die die regionalen Parlamente bloß bestätigen (gegebenenfalls auch ablehnen) konnten. Die Demontage der Demokratie in Russland konnte jedoch seiner Popularität nichts anhaben. Seit seinem Amtsantritt war er der bei weitem populärste Politiker Russlands, er erreichte Zustimmungsraten bis 88 Prozent (2007). Dazu trug entscheidend die bis dahin positive Wirtschaftsentwicklung und der damit verbundene wachsende Lebensstandard bei, der auch bei der Bevölkerung ankam.

Putin strebt(e) nach Höherem: Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 hatte dieses Land den Status einer Supermacht eingebüßt, diese Demütigung der „größten geopolitischen Katastrophe der Geschichte“, will Putin nun korrigieren. Dazu versucht(e) er den Einfluss auf die Nachbarstaaten Russlands, ehemalige Sowjetrepubliken, jetzt das „nähere Ausland“ [bližnee zarubež'e] zu verstärken und entsprechenden Druck auszuüben. Der Ukraine spricht er Eigenstaatlichkeit ab, für ihn ist die Ukraine Teil des russischen Imperiums (obwohl die Ukraine seit 1991 ein selbständiger, international anerkannter Staat ist). Diese Ansicht hat er immer wieder, anfangs eher verklausuliert, später aber immer offener und unmissverständlich geäußert. Er mischte sich nun ganz klar und immer stärker in die ukrainische Innenpolitik ein, indem er bei der Präsidentschaftswahl 2004 offen für Viktor Fedorovyč Janukovyč eintrat, der eine engere Anbindung der Ukraine an Russland statt an den Westen (die EU) befürwortete. Nach einigen innenpolitischen Turbulenzen siegte aber der westlich orientierte Viktor Andrijovyč Jušenko, der während des Wahlkampfes mit Dioxin vergiftet wurde aber überlebte. Wer hinter diesem offensichtlichen Mordanschlag steckte, konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Die Niederlage seines Favoriten Viktor Janukovyč empfand Putin als persönliche Niederlage und Beleidigung.

„Gaskrieg“

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine verlagerte sich nun auf die Ebene eines Wirtschaftskrieges und wurde in Form eines periodisch aufflammenden Streits („Gaskrieg“) über die Erdgaslieferungen an und durch die Ukraine ausgetragen, der auch auf Europa Auswirkungen hatte. Die Ukraine verbraucht ca. 80 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich. Ein Viertel davon stammt aus eigener Produktion, etwa knapp die Hälfte kommt aus Turkmenistan, etwa ein knappes Viertel erhält die Ukraine als Gegenleistung für den Transit russischen Erdgases nach Europa, den Rest kauft die Ukraine aus Russland zu. Durch die russische Subventionierung war der Gaspreis in der Ukraine bisher deutlich niedriger als in Russland selbst, einen Teil

⁵⁹ Margareta Mommsen / Angelika Nußberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. München, 2007, S. 224 f.

⁶⁰ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S. 47

des russischen Gases verkaufte die Ukraine gewinnträchtig weiter, z.B. etwa um das Fünffache an Rumänien. Das sowjetische Schema, das ganz offensichtlich obsolet geworden war, nach dem die Abnehmerländer Gas zu im Vergleich mit dem Weltmarkt vergünstigten Bedingungen (die zu Lasten des russischen Budgets gingen) kaufen konnten, wollte Russland aus verständlichen Gründen aufgeben. Die Ukraine spielte im internationalen Gashandel deshalb eine große Rolle, weil etwa 65% (2005) bzw. 75% (2010) des russischen Gasexports über die Ukraine nach Europa flossen. Die Ukraine selbst ist weltweit viertgrößter Importeur und sechstgrößter Verbraucher von Erdgas (Ineffizienz, Verschwendung, etc. miteinberechnet). Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weist die Ukraine den höchsten Gasverbrauch weltweit auf. Im Jahre 2005 legte Russland die Bedingungen für den Transit und den Gaspreis entsprechend den Weltmarktusancen neu fest. Als die Ukraine sich weigerte diese Bedingungen anzunehmen, stellte Russland die Gasexporte 2006 ein, was Lieferengpässe in den europäischen Importländern zur Folge hatte. Es traten Differenzen bei der Interpretation der laufenden Verträge zu Tage, es kam zu schwierigen Neuverhandlungen, die Ukraine musste schließlich die höheren Preise akzeptieren, obwohl sie die ukrainische Industrie, die um Profitabilität kämpfte, erheblich belasteten. Ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis wurde nach harten Verhandlungen schließlich erreicht, als der Generalsekretär des Europäischen Rates Javier Solana vermittelnd in den Gasstreit eingriff. Interessanter Weise betrachtete die österreichische EU-Präsidentschaft (Ratsvorsitz zu Jahresbeginn 2006) eine Vermittlung nicht als dringend notwendig. Der Konflikt war aber nicht nachhaltig beigelegt, er brach 2007 erneut kurz nach der ukrainischen Parlamentswahl aus, als der Gazprom-Konzern ultimativ von der Ukraine die Begleichung der Schulden (900 Mill. €) verlangte. Nach der Präsidentschaftswahl in Russland 2008 drosselte Gazprom die Gaslieferungen um 25%, weil die Ukraine nach Meinung des russischen Konzerns die Schulden nicht beglichen hatte, was von der ukrainischen Regierung bestritten wurde. Gegenseitige Vorwürfe zwischen Gazprom der ukrainischen Regierung bzw. dem ukrainischen Gaskonzern Naftohas konnten nicht bereinigt werden, der Konflikt brach 2008 mit neuer Heftigkeit los. Die Höhe der ukrainischen Schulden stand zu Diskussion, inzwischen war eine internationale Finanzkrise ausgebrochen, die die ukrainischen Währungsreserven angriff. Gazprom nannte die Begleichung der Schulden als Bedingung für den Abschluss eines neuen Vertrages im Jahr 2009. Am 1.1.2009 stellte Gazprom die Gaslieferung in die Ukraine ein. In Österreich, das zu mehr als 80% vom russischen Gasimport abhängig war, ging die Versorgung um 90% zurück. Da mehrere europäische Länder vom eskalierenden Gasstreit betroffen waren, schaltete sich die EU in die Verhandlungen ein. Das Problem der ausstehenden Schulden wurde bereinigt, offener Streitpunkt blieb aber der Gaspreis. Die Ukraine war nicht bereit, den vollen Weltmarktpreis zu zahlen. Außerdem erhob Gazprom gegenüber der Ukraine den Vorwurf illegal Gas abzuzapfen. Die Streitbeilegung verzögerte sich, weil die Ukraine neue Bedingungen stellte. Die Länder, die am meisten unter den Gaslieferblockaden litten, waren insbesondere die Slowakei, Bulgarien, Serbien und Moldawien, vor allem deshalb, weil sie über zu geringe Gasspeicherkapazitäten verfügten. Auch Russland, das täglich bis 120 Mill USD an Umsatzeinbußen zu verkraften hatte, zählte zu den Verlierern dieses Konfliktes. Um Blockaden durch die Ukraine künftighin zu vermeiden, sollte eine Ostsee-Pipeline schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Die innenpolitische chaotische Situation der Ukraine, widersprüchliche Interessen und Machtkonstellation erleichterten nicht gerade eine Konfliktlösung.

Nach der Annexion der Krim wurde von Russland die Gültigkeit der 2010 geschlossenen Verträge in Frage gestellt. Es ging wieder um Rabatte, offene Rechnungen etc. Am 30. Oktober 2014 kam es in Brüssel schließlich zu einer Einigung zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Union, die die Gasversorgung der Ukraine – und damit letztlich auch Europas – während des Winters 2014/15 sichern sollte. Die Lage blieb aber dauerhaft labil. Der 24.2. 2022 stellte für die europäischen Gasabnehmer eine Zäsur dar, als die überwiegende Mehrheit der Länder der EU einen Boykott russischer Gas- und Ölimporte beschloss und sich um nachhaltige Alternativen bemühte.

Die Hartnäckigkeit der langjährigen Konfliktaustragung stellt die Frage nach deren politischen Hintergrund. Nach übereinstimmender Ansicht der meisten Fachleute wollte Russland über Preis, Lieferbedingungen, Lieferstopp etc. die Ukraine für die Orange Revolution (2004) bestrafen und ihrer Westorientierung und Öffnung gegenüber demokratischen Lebens- und Politikentwürfen einen Riegel vorschieben. Der russische Druck schüchternete die ukrainische Politik nicht ein, Russland verstärkte dagegen stufenweise seine aggressive Haltung schließlich über die Annexion der Krim, die Ausrufung der Marionettenregime Luhans'k und Donec'k als „Volksrepubliken“ bis hin zum regulären Krieg gegen die Ukraine. Putin dreht(e) immer wieder an der Energieschraube, um seinen Einfluss, seine Machtposition auszubauen und den Druck auf die europäischen Staaten zu erhöhen. Er findet dabei auch willige Mitspieler: So eröffnete er im November 2005 zusammen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi in Samsun (Türkei) die russisch-türkische Erdgaspipeline Blue Stream (Goluboj potok) durch das Schwarze Meer von Beregovaja nach Durusu.

Zweite Amtszeit als Ministerpräsident (2008 – 2012)

Gegen Ende seiner Amtszeit als Präsident landete Putin einen besonderen Coup, um sich weiter eine Position an der Macht zu erhalten, indem er die Verfassung austrickste: Nach der russischen Verfassung sind für Präsidenten nur zwei Amtszeiten à vier Jahre vorgesehen. Um diese Regelung zu umgehen, tauschten Putin und Dmitrij Medvedev ihre Funktionen, Putin rutschte auf den Sessel des Ministerpräsidenten und Medvedev wurde durch die Wahl im März 2008 Präsident. Putin wurde zum Chef der Partei „Einiges Russland“ (Edinaja Rossija) gemacht, ohne deren Mitglied zu sein und führte sie zu einer Zweidrittelmehrheit bei den Dumawahlen Ende 2007. Einen Tag nach der Amtseinführung Medvedevs als Präsident wählte die Duma auf seinen Vorschlag hin Putin mit überwältigender Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten.⁶¹ Im September 2011 kündigte Putin bei einem Parteitag „seiner“ Partei an, 2012 wieder als Staatspräsident kandidieren zu wollen, nachdem ihn zuvor Präsident Medvedev ihn für diese Wahl vorgeschlagen hatte. Selbstverständlich nahm der Parteikongress den Vorschlag mit großer Mehrheit an – eine ganz offene Verhöhnung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Mit dem Ausscheiden Putins aus dem Präsidentenamt mehrten sich die Rivalitäten der Geheimdienste (Interessens-, Wirtschafts-, Verteilungskonflikte udgl.) und drohten zu einem potenziellen Sicherheitsproblem zu werden. Putin entwickelte ein neues „Staatsordnungsmodell“, das viele Weggefährten aus dem KGB in leitenden Stellen der Sicherheitsbehörden einschleust. Die eigentliche Macht im Staate hat nun ein engerer Kreis um Putin, die sog. „Siloviki“, das sind Vertreter der Geheimdienste und des Militärs, verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen, und persönlichen Beziehungen. In der Bezeichnung silovik steckt die Bedeutung von Macht, Kraft, Stärke, Gewalt. Im politischen Diskurs ist damit meist der Machtapparat gemeint. „Das Putin-Syndikat tritt uns als die Gesamtheit der einflussreichsten wirtschaftlichen und politischen Akteure Russlands mit direktem Kontakt zum Präsidenten entgegen. Sie sind es, die in der Politik das Sagen haben. Sie verteilen sich auf die Spitzen der mächtigsten Großunternehmen und auf die Leiter der höchsten staatlichen Ämter.“⁶²

Dritte Amtszeit als Präsident (2012–2018)

Nachdem die Amtszeit des russischen Präsidenten bereits 2010 auf sechs Jahre verlängert worden war, gewann Putin die Präsidentschaftswahl 2012 schon im ersten Wahlgang. Nach Unregelmäßigkeiten bei der Zulassung von Kandidaten und den Wahlen selbst fanden in Moskau Massenkundgebungen gegen Putin statt, der daraufhin das politische Regime verschärfte. Bis

⁶¹ Richard Sakwa: Power and Policy in Putin's Russia. London, 2013

⁶² Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S. 78

2013 sank die Beliebtheit Putins, auch der wirtschaftliche Optimismus ging zurück, die Annexion der Krim hob jedoch die Zustimmungswerte und versteckte die politischen und ökonomischen Probleme in nationalistischer Euphorie.⁶⁴ Zur Absicherung bzw. Stabilisierung der Macht initiierte im Hintergrund Vladislav Surkov im Rahmen der sog. „gelenkten Demokratie“ künstlich Parteien, Jugendorganisationen mit dem alleinigen Zweck der Unterstützung Putins und seiner Politik.

Als 2013 in der Ukraine die Bevölkerung im Zuge des sog. „Euromajdan“ (Präsident Janukovyč hatte sich geweigert, das ausverhandelte Assoziierungsabkommen mit der EU auf Druck Moskaus zu unterzeichnen) aufbegehrte und sich zu Massenprotesten formierte, die schließlich zum Sturz des Präsidenten führten, erhöhten sich die Spannungen Russlands mit dem Westen. Daraufhin intervenierte Russland (schlecht) verdeckt auf der Krim und im Donbas militärisch, inszenierte eine Scheinabstimmung über den Anschluss der Krim an Russland und ließ – nach vorhersehbarem positivem Ergebnis – die Krim völkerrechtswidrig annektieren (in russischer Propagandasprache „heimholen“, „wiedervereinigen“). Seit diesem Zeitpunkt herrschte im russisch-ukrainischen Grenzgebiet Krieg, der viele Tausend Opfer forderte. Der Westen reagierte mit Sanktionen, in Folge dessen der Wert der russischen Währung abstürzte, auch der sinkende Ölpreis trug zur Verschärfung der ökonomischen Situation bei. Von 2011 bis 2015 ging die Wirtschaftsleistung in Russland zurück.⁶⁵ Nach der Verschlechterung der Beziehungen zum Westen schloss Russland gleichsam als Kompensation im Mai 2014 einen langfristigen (30 Jahre) Gasliefervertrag mit China.

Die Majdan-Bewegung in der Ukraine stellte eine Gefahr für das System Putin dar und daher ließ der Kreml regimetreue Demonstrationen organisieren, die Hetze gegen die Opposition in den Staatsmedien verschärfen und nach bewährter Methode Andersdenkende als Vaterlandsverräter diffamieren. Im westlichen Ausland unterstützte Moskau rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien, z.B. den Front National mit einem Kredit von 9,4 Millionen Euro im Gegenzug für die politische und propagandistische Unterstützung der russischen Krimpolitik.⁶⁶ Beobachter des Front National, der FPÖ, der UKIP wurden als Wahlbeobachter für die Abstimmung auf der Krim eingeladen, die auch die Annexion der Halbinsel als legitim und korrekt bezeichneten. 2015 lud die Putin-nahe Partei Rodina – eine linksnationalistische Partei, die von Putin als Konkurrenz zur Kommunistischen Partei der Russischen Föderation [Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii] gegründet wurde, um ihr einen Teil der Wählerstimmen wegzunehmen – Vertreter rechter und rechtsradikaler westeuropäischer Parteien wie der griechischen Chrysi Avgi, der British National Party und der deutschen NPD nach Moskau ein, um „den Erhalt traditioneller Werte“ wie Familie und Christentum zu besprechen, was ein erhebliches Medienecho im Westen zur Folge hatte.⁶⁷ Putin versuchte mit Hilfe der rechten Kräfte und dem weit verbreiteten Antiamerikanismus die EU politisch zu spalten. Darüber hinaus unterhielt der Kreml enge Kontakte zur ungarischen Jobbik-Partei, der Slowakischen Nationalpartei (Slovenská národná strana) und der bulgarischen faschismusaffinen Partija Ataka. Ideologisch vereint diese Parteien vor allem kultureller sowie antidemokratischer Konservatismus, Autoritarismus, extremer Nationalismus und Chauvinismus, Ablehnung „homosexueller Propaganda“ und die Verteidigung des „christlichen Erbes der europäischen Zivilisation“. Putin

⁶⁴ [Kommentar: Warum hat Putin den Kurs geändert? | Russland-Analysen | bpb.de](#) (18.12.2017, (aufgerufen 6.3.2023))

⁶⁵ [2022–2023 Russia–European Union gas dispute - Wikipedia](#) (aufgerufen 30.3.2023)

⁶⁶ https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/russland-rechtsparteien-npd-udo-voigt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F (22.3.2015, aufgerufen 29.3.2023)

⁶⁷ Michaela Wiegel: Front National: Mit Putin die christliche Zivilisation retten.

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 22. 5. 2014.

Jean Batou: Putin, the War in Ukraine, and the Far Right.

In: New Politics. 15, Nr. 3, 2015, S. 62–67

Daniel Wechlin: Rechtspopulisten: Der Flirt des Kremls mit Europas Rechten.

In: Neue Zürcher Zeitung. 7. 6. 2014

verschärfte weiter seine reaktionäre Gangart: 2014 und 2015 verteidigte er den Hitler-Stalin-Pakt (Ribbentrop-Molotov-Pakt) vor russischen Geschichtslehrern und jungen Wissenschaftlern. Bei der Abstimmung 2015 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über eine Resolution über die Verurteilung des Massakers von Srebrenica als Völkermord legte Russland gegen die Resolution ein Veto ein.⁶⁹ Seit Herbst 2015 unterstützt Putin militärisch den syrischen Präsidenten Assad. Dmitrij Trenin meint, es gehe weder um die Ukraine noch um Europa, sondern letztlich um eine neue, freilich noch unbestimmte Weltordnung.⁷⁰ Putin handelt politisch aus dem Gefühl der Unterlegenheit, sein aggressives Auftreten wird als eine Art der Überkompensation gewertet.⁷¹ Innenpolitisch lässt er vor allem jüngere Vertraute aus Geheimdienstkreisen in verschiedene Funktionen nachrücken, damit verschiebt sich die Macht von der Bürokratie zum Präsidenten.

Vierte Amtszeit als Präsident (seit 2018)

Während des Wahlkampfs versprach Putin die Halbierung der Armut, die Steigerung der Lebenserwartung auf über 80 Jahre und ein jährliches Produktivitätswachstum von fünf Prozent. In allen genannten Bereichen war es in den vergangenen Jahren zu gegenteiligen Entwicklungen gekommen. Als wichtigsten Trumpf seiner Wahlkampagne stellte er „neue unvergleichliche Waffen“ in Aussicht, was von russischen Politikern wie auch von hohen russisch-orthodoxen Kirchenvertretern mit Jubel quittiert wurde. Die Wiederwahl Putins 2018 galt zu keinem Zeitpunkt als gefährdet. Trotzdem war die Optik ungünstig, vor allem das Ausland sah die Wahlen kritisch, da es meist kaum realistische Alternativen gab und die Hürden für die Zulassung zur Kandidatur z.T. extrem hoch waren. Schließlich gab es außer Putin doch noch sieben Personen, die die Registrierung als Präsidentschaftskandidaten schafften. Im Oktober 2017 kündigte Ksenija Anatol'evna Sobčak, die Tochter des früheren Bürgermeisters von St. Petersburg ihre Kandidatur an, kein politisches Schwergewicht, die sich als Glamour-Girl einen Namen gemacht hatte und so ein passendes Bild für die Vorspiegelung von Pluralismus im Präsidentschaftswahlkampf abgeben konnte. Sie trat mit dem Slogan „Ksenia Sobčak – gegen alle“ an. In ihren programmatischen Stellungnahmen befand sie, die Leute „hätten genug von Korruption, Propaganda und internationaler Isolation“. Sie erklärte, sie wolle für Bürger eintreten, die ihre Position zeigen wollten, deren Kandidat aber zu den Wahlen nicht zugelassen sei. An der Wiederwahl Putins gab es jedoch keinerlei Zweifel.

2020 kündigte Putin eine Verfassungsreform an, nach der nationales Recht über internationales gestellt werden solle. Die Verfahren und Vorgänge dieser Reform verliefen unter dubiosen Umständen, wie M. Quiring analysierte:⁷⁸ „Am 15. Januar verkündete Putin in seiner Rede zur Lage der Nation dem erstaunten Land, es notwendig, die Verfassung zu ändern. Unter anderem, so regte er an, solle das Parlament mehr Einfluss erhalten und das nationale Recht über das internationale gestellt werden. Die Frage der Amtsübergabe sprach er nicht an, wohl wissend, dass seine Mannschaft das schon erledigen werde. Dann ging es rasend schnell. Putin hatte seine Rede kaum beendet, da trat die Regierung unter Premier Dmitrij Medvedev zurück. Putin ernannte Michail Vladimirovič Mišustin, zuvor oberster Steuereintreiber des Landes, zum neuen Premier. Innerhalb weniger Tage stand sein neues Kabinett. Außenminister Sergej Viktorovič Lavrov, Verteidigungsminister Sergej Kužugetovič Šojgu und Innenminister Vladimir Aleksandrovič Kolokol'cev behielten ihre Posten. Medvedev blieb Chef der Kreml-Partei

⁶⁹ Putin's Diplomatic Strategy — Don't Offer Solutions, Create New Problems – A Disaster for All, Moscow Analysts Say (interpretermag.com) 27.9.2015 (aufgerufen 30.3.2023)

⁷⁰ <https://carnegiemoscow.org/2015/05/17/ukraine-crisis-causes-strategic-mental-shift-in-global-order-pub-60122>

⁷¹ Hans-Henning Schröder: Großmacht und Geschichte. Über geistige Grundlegung der russischen Außenpolitik heute. In: Russland-Analysen Nr. 314, 22.4.16, S. 16 - 20

⁷⁸ Manfred Quiring: Russland. Ukrainekrieg und Weltmachträume. Berlin, 2022, S.228 ff.

Einiges Russland und wurde stellvertretender Chef des Sicherheitsrates. Schon drei Tage nach Putins Rede trat die flink zusammengestellte 75-köpfige Verfassungskommission zusammen, die die vom Kreml gewünschten Veränderungen einarbeiten sollte. [...]“ Weiters wurde die Aufnahme eines Artikels vorgeschlagen, „der es dem Präsidenten erlaubt, sobald die neue Verfassung in Kraft ist, wie jeder andere Bürger des Landes für die Präsidentschaft zu kandidieren.“ Damit, d.h. mit dieser ‚Lex Putin‘ wurde Wladimir Putin formallegistisch die Möglichkeit eröffnet, dass sich mit diesem Verfassungszusatz Macht bis zum Jahr 2036 zu sichern. Somit etabliert sich der Putinismus als Unrechtsstaat mit selektiver, abhängiger Justiz, in dem allgemeine Gesetzlosigkeit, Ungleichheit der Bürger vor dem Gesetz die Norm ist. Die „Machtvertikale“ hat die verfassungsrechtlich garantierten Prinzipien der Unabhängigkeit der Justiz und der Rechtssicherheit ausgehebelt. Es herrscht Rechtsnihilismus im Land: Recht gilt nichts⁷⁹ statt dessen nutzen Verbindungen der Putin-Kohorte zur Mafia bzw. zum Organisierten Verbrechen die Schwäche der staatlichen Institutionen hemmungslos aus.⁸⁰ Lev Dmitrievič Gudkov, Direktor des Meinungsforschungsinstituts Levada, konstatiert einen moralischen Niedergang und Schwäche der staatlichen Institutionen. Der korrupte Unrechtsstaat habe die Deutungshoheit von Eigentum, Moral, Kultur und Gesetz übernommen. Die Eingliederung der Justiz in die Machtvertikale gilt nach ihm als Hauptursache für die Entstehung dieser Verschmelzung von Korruption, Staat und der dazugehörigen Gesetz- und Rechtlosigkeit.⁸¹

Putins Verhältnis zum Westen

In den Beziehungen Russlands bzw. der Sowjetunion zum Westen wechselten Phasen von Spannungen mit Phasen ruhiger Entwicklung einander ab. Es bedurfte immer wieder einer Intensivierung von Kontakten, Gesprächen, Äußerungen des guten Willens um die Beziehungen einigermaßen stabil zu halten. Während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Verhandlungen und Abkommen zu Rüstungsbegrenzungen bzw. zur Abrüstung, diese Zeit war geprägt von einem ständigen Bemühen, mehr noch, einem Kampf um Sicherheitsarchitekturen, es war ein Krisenmanagement zwischen „Friedlicher Koexistenz“ und einem „Gleichgewicht des Schreckens“. Immerhin konnte auch in Krisensituationen immer wieder eine Eskalation zum Äußersten, eine atomare Auseinandersetzung verhindert werden. Der ausgehandelte Modus vivendi ermöglichte einträgliche Wirtschaftsbeziehungen es konnte immer wieder gegenseitige Stabilität durch kalkulierbare Pakttreue erwartet und erzielt werden. Die (Auf-)Teilung der Welt in Einflusszonen wurde respektiert, Abstandsregeln wurden eingehalten, kurzum die Entwicklung der Welt war einigermaßen kalkulierbar.

Mit dem Ende der Sowjetunion trat jedoch eine Phase der Ungewissheit ein: Da gab es z.B. die Frage der Verfügungsgewalt über die Atomwaffen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Gültigkeit internationaler Abkommen, es waren Grenzfragen zu klären, neue Nachbarschaftsbeziehungen zu entwickeln, usw. Durch die Unabhängigkeit einer Reihe ehemaliger Sowjetrepubliken hatte Russland einen erheblichen Verlust seines ursprünglichen Territoriums zu verkraften. Das hatte wiederum Auswirkung auf die russische Verteidigungspolitik und Sicherheitsarchitektur, die z.T. neu aufgestellt werden musste.

Nachdem sich der Warschauer Pakt aufgelöst hatte, war Russland auch seiner Verbündeten ledig geworden, die sich sogleich um eine Mitgliedschaft bei der NATO bewarben, damit sah sich Russland in seiner Umzingelungs- / Einkreisungsphobie bestätigt. Russland schien auf die Rolle einer Regionalmacht zurückgestuft. Führende Kräfte in Russland empfanden das Ende des Kalten Krieges als Demütigung, ja als Niederlage. Einzig und allein auf Grund der Nuklearstreitkräfte konnte Russland dem Westen, insbesondere den USA glaubhaft Paroli bieten.

⁷⁹ Angelika Nussberger (Hrsg.): Einführung in das russische Recht. München, 2010

⁸⁰ Boris Reitschuster: Putins verdeckter Krieg. Wie Moskau den Westen destabilisiert. Berlin 2016

⁸¹ Lev Gudkov: Russland in der Sackgasse. Stagnation, Apathie, Niedergang.
In: Osteuropa 61. Jg., Heft 10/2011, S. 21-45

Wirtschaftlich, technologisch, auch im Bereich der konventionellen Streitkräfte geriet Russland jedoch eindeutig ins Hintertreffen. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde das Land von ökonomischen und politischen Krisen geschüttelt, Russland musste seinen Platz in der Welt neu finden und schließlich hinsichtlich seiner Identität klar kommen. Der lange gehegte Traum vom Ein- und Überholen des Westens in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft schien definitiv erledigt. Nach Jahren des Chaos schien mit Putin ab 2000 eine neue Ära anzubrechen – allerdings wurde übersehen, dass er (allerspätestens ab 2012) alte Ziele verfolgte, nämlich nationalrussischen Imperialismus, Revisionismus, die Restauration der Großmacht in der Dimension der Sowjetunion bzw. der Russischen Reiches und nicht die Demokratisierung der Gesellschaft und die Annäherung an den Westen (wie sie noch El'cin angestrebt hatte). Hauptziel der Ära Putin war und ist die Wiedererlangung des Weltmachtstatus und die Umgestaltung der Weltordnung nach den Vorstellungen des Russkij Mir. Damit riskiert Putin eine neue Version des Kalten Krieges, eine politische Spaltung des europäischen Kontinents. Um die Bevölkerung auch ideologisch „mitzunehmen“ verschärft er den Kampf an der Propagandafront: russischer Nationalismus und Expansionismus, Großmachtchauvinismus, Vermittlung von Überlegenheit (Motto: „Wir sind wieder wer“) und das Schüren von Angst vor dem Westen mobilisiert, dem er unterstellt, dieser wolle (immer schon) Russland zerstören, sind die ideologischen Grundelemente und Instrumentarien, mit denen er sich die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung sichern kann. Nationale Begeisterung erzielte Putin durch resolutes Vorgehen gegen Tschetschenien – hier ging er gegen Separatisten vor und kämpfte gegen islamistische Terroristen – letzteres sicherte ihm die Duldung wenn nicht auch die Zustimmung seitens des Westens. In Georgien unterstützte er separatistische Bewegungen mit militärischen Interventionen und schuf Vasallenterritorien. Nachdem die Reaktionen des Westens auf seine völkerrechtswidrigen Militäraktionen eher verhalten blieben, eskalierte er die vorerst propagandistischen Angriffe gegen die Ukraine, der er vorwarf von Drogensüchtigen, Homosexuellen, Faschisten, Nazis, Kriminellen, Terroristen, Russophoben etc. regiert zu werden. Putin schuf ein Feindbild eines Regimes, von dem die Bevölkerung „befreit“ werden müsse. Er bemühte das Argument, dass der Westen mit Hilfe der Ukraine Russland angreifen und zerstören wolle und dass sich daher Russland in einem Verteidigungsmodus befinde. Dazu instrumentalisierte / missbrauchte er Bilder vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion aus dem Zweiten Weltkrieg, die in der russischen / sowjetischen Bevölkerung geradezu traumatisch (nach)wirken. Was er der Ukraine vorwirft, münzt Putin zunehmend auf den Westen, den (potenziellen) Feind und doch auch notwendigen ökonomischen Partner, der gegebenenfalls bestraft bzw. auf den richtigen, d.h. Russland genehmen Weg gebracht werden müsse, wie I. Krastev ausführt, denn „... es geht Moskau nicht nur um die innere Verfasstheit der Ukraine. Der Kreml verbindet damit gern seine – vorerst verbalen – Angriffe auf die NATO und den Westen generell. Inmitten der Spannungen um die Ukraine hatte Putin die NATO und die USA bereits im Dezember 2021 zu ‚sofortigen‘ Verhandlungen über ‚rechtliche Garantien für die Sicherheit unseres Landes‘ aufgefordert. Eine weitere Osterweiterung des Militärbündnisses sowie die Stationierung von Waffensystemen in der Ukraine und anderen Nachbarstaaten Russlands müsse ausgeschlossen werden.“⁸⁵ Diese ultimativen Forderungen wurden umgehend vom Westen als unerfüllbar abgelehnt. Die Ukraine war und ist für Putin ein Versuchsballon bei der Installierung einer politischen Neuordnung des europäischen Kontinents nach seinen Vorstellungen. Putin will nach Ivan Krastev einen „symbolischen Bruch mit den 1990-er Jahren, er will die Ordnung begraben, die nach dem Kalten Krieg entstand. Das hätte ein neues europäisches Sicherheitsgefüge zur Folge, innerhalb dessen Russlands Einflussphäre im postsowjetischen Raum anerkannt würde und die westlichen Werte keine universelle Gültigkeit hätten. Das Ziel ist nicht die

⁸⁵ Manfred Quiring: Russland. Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin, 2022, S. 239

Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern die Wiederherstellung dessen, was Putin als das ‚historische Russland‘ betrachtet.“⁸⁶

Nach dem Untergang der Sowjetunion wurde eine Reihe von Verträgen und Abschluss von Vereinbarungen geschlossen, die (später Putin alle brach), die die postsowjetische Ordnung garantieren sollten, wie die Belovežsker Vereinbarungen [Belovežskie soglašenija] 1991 (Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / GUS) über die Unverletzlichkeit der zu dem Zeitpunkt der bestehenden Grenzen, der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft 1997 u.a. Putin strebte in seiner ersten Amtszeit (ab 2000) engere Beziehungen mit dem Westen an, in verschiedenen seiner Reden hielt er die Möglichkeit des Beitritts zur EU, sogar zur NATO für nicht ausgeschlossen. Das förderte beiderseitige große Erwartungen. Putin betonte wiederholt den europäischen Charakter Russlands, die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten hinsichtlich Kultur, wirtschaftlicher Beziehungen. Die 300-Jahr-Feier von St. Petersburg bot eine besondere Möglichkeit die europäische Zugehörigkeit und Identität Russlands hervorzuheben und zu präsentieren. Die Aufnahme von zehn Ländern in die EU im Jahre 2004 trübte vorübergehend die euphorische Grundstimmung. Zu einer nachhaltigen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Russland und der EU kam es ab der zweiten Amtsperiode (2004 – 2008). Daran scheiterte eine Verlängerung bzw. Neuauflage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (von 1997). Bemühungen der EU um eine „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) sowie eine „Östliche Partnerschaft“ mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland provozierten eine dazu negative Haltung Russlands. Putin formulierte „legitime russische Einflussphären“ im postsowjetischen Raum, bezeichnete den Zerfall der Sowjetunion als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jh.“ Letztlich waren europäisches Desinteresse und fehlende Entschlossenheit, mangelnde Sensibilität (gegenüber russischen Trauma des Niedergangs und dem Syndrom der „gekränkten Großmacht“) seitens der EU mit dafür ausschlaggebend, dass der Konflikt letztlich ständig weiter eskalierte.

Ab 2013 verfügte Moskau Schikanen gegenüber den Nachbarstaaten, es demonstrierte offensiv eigene Machtinteressen und Interessenssphären in Armenien, Moldawien und wiederholt in der Ukraine. Im Sommer 2013 unterwarf Moskau den russisch-ukrainischen Grenzverkehr strengster Kontrolle, der eigentliche Hauptgrund war, dass Moskau dezidiert das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU ablehnte und dies bei jeder Gelegenheit demonstrierte. Diesem Pakt mit der EU stellte Russland das eigene Konkurrenzprojekt – die Eurasische Wirtschaftsunion / EWU – entgegen, in die die Ukraine eintreten sollte. Politisch eskalierten in Kyjiv die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem „Euromajdan“, da sich Präsident Janukovyč auf Druck Moskaus weigerte das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen (das er selbst ausgehandelt hatte). Es kommt zu Massenprotesten, als Schüsse in die Menge fallen – vermutlich von Janukovyč-Leuten –, es bricht die Majdan-Revolution aus, am 22. 2. 2014 ist Kyjiv in der Hand der Demonstranten, Janukovyč flieht in die Ostukraine und dann nach Russland. Dieser Sieg der Zivilgesellschaft über ein autoritäres Regime und der Sieg über Putin-Protegé Janukovyč war eine schwere Niederlage und Demütigung für Putin. Die neue Regierung in der Ukraine 2014 wollte er nicht anerkennen sondern versuchte Janukovyč zu reinstallieren (Details siehe Anhang), unterstellte Verfassungsbruch und setzte wiederholt und unbeirrt die Fama in die Welt, dass in der neuen ukrainischen Regierung (vom Westen gesteuerte) Faschisten und Nazis politisch das Sagen hätten. Der Geheimdienstler Putin konnte sich, gefangen in seinen Denkschablonen, offenbar nicht vorstellen, dass spontan aus dem Volk von der Basis kommend Widerstand und der Wille nach eigenständigem politischen Handeln entstehen könnte. Er vermutete (wie) immer ausländische Drahtzieher und Urheber und sah nie mögliche Ursachen (oder gar Schuld) im eigenen Bereich. Putin antwortete spontan (aus Rache

⁸⁶ Ivan Krastev: Mächtig ist, wer Schmerz erträgt. Gastbeitrag von Ivan Krastev: Europa, die Ukraine und Putins Taktik - Kultur - SZ.de (sueddeutsche.de) (9.2.2022, abgerufen 10.3.2023)

und Zorn auf den Westen), er nützte das Zeitfenster vorübergehender politischer Instabilität in Kyjiv sich die Krim einzuverleiben, im Putin-Sprech „heimzuholen“, mit Russland „wiederzuvereinigen“. Das brachte Putin mit einem nationalistischen Höhenflug Spitzenwerte in der Beliebtheitsskala in Russland. Es gibt jedoch Hinweise, dass die Annexion der Krim schon länger geplant war. Das inkriminierte Sprachengesetz, durch das Putin die russischsprachige Welt (den Russkij Mir) bedroht sah, wurde in der Ukraine zurückgezogen. Die von Russland kritisierte Beteiligung rechtsextremer Kräfte an der Majdan-Bewegung schlug sich parteipolitisch bei den Wahlen nicht nieder, sie erreichten insgesamt nur 2% der Stimmen. Der vom Machtvakuum in Kyjiv und Moskaus Entschlossenheit uneinige und überrumpelte Westen bot ein erbärmliches Bild.

Nach den ergebnislosen Annäherungsversuchen an die EU zu Beginn seiner Präsidentschaft liebäugelte Putin zunehmend mit politisch reaktionären Kräften in Europa, antiwestlichem Nationalismus, setzte vorsätzlich auf christliche traditionelle Werte und forcierte die Abkapselung Russlands gegen westliche Vorstellungen von Liberalismus, Demokratie, Freiheit. Trotzdem: Orlando Figes⁸⁷ spricht von einer verpassten Gelegenheit, als 1999 die NATO-Osterweiterung zur Diskussion stand. Putin steht (nach wie vor) auf dem Standpunkt, dass eben sie den Bruch eines mündlichen Versprechens nach dem Fall der Berliner Mauer darstellt, wonach sich die NATO „nicht einen Zoll weit“ in östliche Richtung ausbreiten werde. Dieses von Russland behauptete, angeblich vom Westen gegebene mündliche Versprechen wurde von verschiedenen Seiten mehrfach dementiert oder zumindest abgeschwächt (das Problem: es gibt keine schriftlichen Vereinbarungen oder Protokolle, nur unterschiedliche individuelle Erinnerungen an solche Gespräche etc.). Faktum ist, dass die Osterweiterung der NATO das Verhältnis zu Russland dauerhaft schädigte. Eines kann als sicher angenommen werden: Die Möglichkeit, die Ukraine als Brücke zwischen Russland und der EU / dem Westen zu sehen, wurde weder vom Westen noch von Russland ernsthaft verfolgt. Diese Chance wurde allerdings vertan – mit verheerenden Folgen, wie man jetzt sieht.

Russlands unflexible Haltung, die unerbittliche Gewaltpolitik haben zu gänzlich gegenteiligen Ergebnissen geführt, zur Erweiterung der NATO (um Finnland und Schweden), zur Festigung der EU, Entfremdung zu Kazachstan und Armenien, zur Verschärfung der Sanktionen und Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Russland. Aber mit der Einforderung von Respekt auf internationalem Parkett kann Putin auf die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit in Russland rechnen aber auch auf die Unterstützung der zahlreichen sog. „Putinverstehler“ im Westen. Aber dadurch, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung Putin in seiner Gewaltpolitik legitimiert, macht sie sich mitschuldig daran, dass Russland in eine totalitäre Diktatur abglitt und einen desaströsen Krieg zu verantworten hat, dessen Folgen das Land noch Jahrzehnte zu tragen haben wird.

Im XIX Jh. sprach der Historiker Sergej Michajlovič Solov'ev von Russland als einem „überflüssiger Raum, der zur Expansion verleitet, der gleichzeitig die Intensität sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen erschwert.“⁸⁸ Russland scheint seinen Herrschern nicht groß genug zu sein. Durch die militärische Intervention Russlands in Syrien an der Seite von Bashar Hafiz-al-Assad meldete es seine Schlüsselrolle im Nahen Osten an, es engagiert(e) sich in Zentralafrika und erhebt Anspruch auf etwa die Hälfte der gesamten Arktis und verstärkt seine militärische Präsenz in dieser Region. Russland rechtfertigt dies als Verteidigung gegen eine der NATO unterstellten Vorbereitung eines Angriffs auf Russland.

Russland operiert auch mit anderen Waffen. Seit Anfang April 2023 hat es den UN-Vorsitz inne. In der ersten Sitzung kam per Video die russische Kinderrechtsbeauftragte Marija Alekseevna L'vova-Beleva zu Wort, gegen die ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs / IStGH wegen Kriegsverbrechen (Verschleppung und Zwangsadoption von Kindern und

⁸⁷ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 385

⁸⁸ Felix Philipp Ingold: Russische Wege. Geschichte Kultur Weltbild. München, 2007, S. 50

Jugendlichen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet) vorliegt. Als sie eine „Diskreditierungskampagne“ gegen ihr Land anprangerte, verließen die Abgeordneten mehrerer Länder den Sitzungssaal. Russland, das den IStGH nicht anerkannt hat, wies dies als Unverschämtheit zurück und kündigte an, die „wahre Situation“ der Kinder im Sicherheitsrat mit „objektiven Informationen“ zu belegen. Wie immer liefert Russland zu Vermutungen und Anschuldigungen an seine Adresse keine oder nicht ausreichende oder widersprüchliche Informationen, lässt auch keine unabhängigen Beobachter zu und stellt sich grundsätzlich als unschuldig Opfer dar. Unter derartigen Umständen ist es schwierig der Objektivität zum Durchbruch zu verhelfen. Recherchen der Nachrichtenagentur AP hatten aber ergeben, dass Vertreter Russlands ukrainische Kinder ohne Zustimmung von deren Eltern nach Russland deportiert haben – diese Tatsachen sind durch internationale Recherchen belegt und nicht zu bestreiten. Wenn L‘vova-Belova von „Adoptionen“ und „Evakuierungen“ spricht, so haben diese Begriffe im aktuellen politischen Jargon Russlands eine Zusatzbedeutung angenommen, nämlich die des Kinderraubes, eines der schlimmsten Kriegsverbrechen überhaupt.⁸⁹

Putin hat sich mehrfach verkalkuliert. Er selbst muss nun in weltweit 123 Staaten mit der Verhaftung rechnen und statt die Osterweiterung der NATO zu verhindern hat er das Gegenteil erreicht: die bis dahin neutralen Staaten Schweden und Finnland treten nun dem Bündnis bei. Den Vertrauensverlust in der westlichen Welt hat sich Russland bzw. die Kremlführung selbst zuzuschreiben. Noch 2008 betonte Putin in einem Interview, dass die Krim kein strittiges Gebiet sei, und dass Russland die Grenzen der Ukraine anerkannt hat.⁹⁰ Die postsowjetische Ordnung insbesondere im „Nahen Ausland“ war nicht stabil, kriegerische Konflikte mit Russlands steuernder Hin Moldawien führten zur Abtrennung des östlichen Teiles Transnistrien (1990), Russland intervenierte militärisch in Tadschikistan (1992), in Georgien (1992-4, Fünf-Tage-Krieg 2008), 2014 brach es das Völkerrecht durch den Anschluss der Krim an Russland, kaschierte diese Intervention durch eine Abstimmungsfarce und rechtfertigte die Intervention vorgeblich durch den (von Russland garantierten) Schutz der ethnischen Russen vor „ukrainischen Faschisten“ und einem Genozid durch die Ukraine. Diese blutigen Konflikte waren Teil des Planes der territorialen Rekonstruktion des russischen Machtbereiches der ehemaligen Sowjetunion bzw. des russischen Zarenreiches. Spätestens mit dem Überfall auf die Ukraine 2022 wurde klar, dass Russland nach Gutdünken die alten Regeln außer Kraft setzte und statt dessen neue zu seinen Gunsten etablierte bzw. instrumentalisierte. Mit der Hinwendung zu revanchistischer nationalistischer Machtpolitik gab Russland die Rolle als verlässlicher und berechenbarer Vertragspartner definitiv auf.

⁸⁹ Vladimir Klitschko – Tatjana Kiel: Gestohlene Leben. Die verschleppten Kinder Ukraine. München, 2023

⁹⁰ Tagesschau v. 2.8. 2008, <https://www.tagesschau.de/ausland/putininterview-ts-104.html>

Putinismus – Putins „Russischer Weg“

Als Putinismus kann man mehrere Phänomene verstehen: Die historische Epoche Russlands, die von Putins Herrschaft bestimmt wird, also die Zeit seit 2000 bis in die Gegenwart, die spezifische Form der Herrschaftsausübung Putins und schließlich die Ideologie und die politischen Ziele des Systems Putin. Historisch lassen sich zumindest drei Phasen des Putinismus unterscheiden, die unterschiedliche politische und ideologische Entwicklungen des Putinismus darstellen.

Phase 1 (2000 – 2008) umfasst die ersten zwei Funktionsperioden Putins als Präsident, die zumindest im Westen von gewissen liberalen Erwartungen / Hoffnungen getragen wurden und durchaus einige Berechtigung hatten.

Phase 2 (2008 – 2012) betrifft die Zeit, in der Putin und Medvedev trickreich die Verfassung umgehend die Funktion des Präsidenten und des Ministerpräsidenten untereinander austauschten, um sich die Kontinuität der Machtausübung zu sichern. In dieser Periode wurden innenpolitische Weichenstellungen gesetzt, insbesondere Eingriffe in die Verfassung, die in die Richtung einer autoritären Staatsführung mit zunehmendem Druck auf die Zivilgesellschaft und einer generellen Entdemokratisierung wiesen.

Phase 3 ist die Zeit nach 2012, in der wir es gleichsam mit einem „entfalteten“ Putinismus zu tun haben, der gekennzeichnet ist von einem autoritären, reaktionären Konservatismus, ultranationalem Chauvinismus, Geschichtsrevisionismus und Militarismus (siehe dazu insbes. die Arbeiten von Richard Sakwa⁹³). Unter El'cin wurde die Macht vom Zentrum in die Regionen verlagert, Putin machte diesen Prozess wieder rückgängig. Die Gouverneure wurden entmachtet und unter die Kontrolle der Präsidentenvertreter gestellt, Parteien – weitgehend künstlich geschaffene bzw. regierungsabhängige oder hörige Gebilde – wurden in die „Machtvertikale“ integriert. Edinaja Rossija (Einiges Russland) wurde Putins neue Partei der Macht. Die Duma hat(te) nur noch formale Bedeutung, sie konnte / kann im Prinzip nur noch Beschlüsse und Gesetzesvorlagen des Kremls abnicken. Nach Eltchaninoff⁹⁴ hat Putin spätestens ab 2014 eine Entwicklung zum Imperialisten vollzogen, in dieser (noch anhaltenden) Phase versucht er seine Visionen des Russkij Mir auch mit (militärischer) Gewalt umzusetzen. Diese Periode stellt (mit Sicherheit) die Endphase dar, d.h. das Ende des Regimes Putin, aber nicht notwendigerweise den Beginn der Demokratisierung Russlands. Wir haben es mit dem Beginn einer neuen historischen Epoche zu tun, in der Politik, zwischenstaatliche Beziehungen (nicht nur in Europa) neu geordnet werden können und müssen.

Der Putsch von 1991 bildet eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Putinismus als Machterhaltungssystem. Es war eine Attacke der alten sowjetischen Garde gegen Präsident Gorbatschow, angezettelt von Putins ehemaligen Vorgesetzten. Der Putsch endete in einer Niederlage, die aber eine kurzfristige Chance für neue Entwicklungen in Russlands Gesellschaft eröffnete: freie Wahlen, Freizügigkeit, freies Reisen ins Ausland usw. wurden möglich, sie beförderte die definitive Unabhängigkeit der kleineren (ehemaligen Sowjet-)Republiken: Diese kurze Zeitspanne hätte es Russland (zumindest theoretisch) ermöglicht die imperialen Fesseln der Sowjetunion abzustreifen und ein normaler Nationalstaat zu werden – aber es kam völlig anders. Die Putschisten wollten das sowjetische System erhalten bzw. retten. Das Imperium

⁹³ Richard Sakwa: *Developments in Russian Politics*, 9th Edition. London, 2018
Richard Sakwa: *The Crisis of Russian Democracy: The Dual State, Factionalism and the Medvedev Succession*. Cambridge, 2011

Richard Sakwa: *The Quality of Freedom: Putin, Khodorkovsky and the Yukos Affair*. Oxford, 2009
Richard Sakwa: *Putin: Russia's Choice*, fully rev. And updated 2nd ed. London and New York, 2008

⁹⁴ Michel Eltchaninoff: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten. Stuttgart, 2022, S. 13

schien ihnen wichtiger als die inhaltlichen Konzeptionen von Sozialismus und Sowjetvolk. Natürlich wollten die Akteure auch die eigene Haut retten. Die Putschisten waren aber aus der Zeit gefallen, sie zerstörten in ihrer ideologischen Erstarrung und ihrem Ignorieren der realen Verhältnisse und durch das Festhalten an den erstarrten, überlebten sowjetischen Strukturen die Sowjetunion selbst, boten auch den nichtrussischen Republiken keine Perspektive mehr, in der Sowjetunion bzw. einem Nachfolgemodell zu bleiben. Der Putsch entschied über die weitere Entwicklung der (post)sowjetischen Gesellschaft: Entweder würde im Falle des Sieges der Putschisten der „russische Sonderweg“ autoritärer Abschottung beschritten, oder es würde sich das Land in Richtung Liberalisierung, Demokratie dem Westen öffnen. Es stand also viel auf dem Spiel, der Widerstand wuchs, Massenproteste vor dem Weißen Haus, Prominente (wie Elena Georgievna Bonner, Evgenij Evtušenko, Eduard Amvrosievič Ševardnadze, Mstislav Leopoldovič Rostropovič u.a.) setzten die Putschisten unter Druck. Letztere hatten in ihrer „Operation Donner“ auch den Einsatz von Fallschirmjägern und anderen Armee- und KGB-Einheiten eingeplant, das Weiße Haus sollte gestürmt und El'cin verhaftet werden. Da die Situation aber riskant und der Ausgang alles andere als sicher war, wollte von den Putschisten niemand für die letzten Entscheidungen die Verantwortung übernehmen. Je länger die „Operation Donner“ andauerte, desto mehr Soldaten und Entscheidungsträger verweigerten den Gehorsam, sodass sich die Putschisten letztlich gezwungen sahen, sich zurückzuziehen und schließlich aufgaben. Der gescheiterte Putsch war letztlich der entscheidende Anlass für eine Reihe von Unabhängigkeitserklärungen ehemaliger Sowjetrepubliken. Wichtig ist die Feststellung (entgegen der Geschichtsdarstellung Putins), dass die Sowjetunion implodiert ist und nicht durch gewaltsame Einwirkung von Außen – dem Westen, den USA – zerstört wurde.

Wo aber war Putin während des Putsches? Dazu gibt es wenig zuverlässige und nachprüfbar Quellen. Er selbst sagte in mehreren Interviews, er habe dem KGB am zweiten Tag des Putsches gekündigt und arbeitete offiziell beim Bürgermeister von St. Petersburg Sobčak, der Gorbacëv unterstützte. Andererseits, so Putin, „waren die Sicherheitsdienste auf der Seite derer, die den Putschversuch umsetzten“. Das kann so interpretiert werden, dass er sich offenbar nicht entscheiden konnte. Er wartete offensichtlich opportunistisch ab, wie sich machtpolitisch die Situation entwickeln würde. Interessant (oder amüsant?) ist die Erzählung Putins, dass er neben der Arbeit für Sobčak und Aufklärungstätigkeit für den KGB als Taxifahrer gejobbt habe, um seine Brötchen zu verdienen – wirklich, haben seine Auftraggeber so schlecht gezahlt? Auf jeden Fall hat sich Putin zwar vom Putsch distanziert, die Putschisten aber nie verurteilt. Gleich nach dem Putsch trat er wieder in den KGB ein und wurde dann sogar Chef dieser Institution, also eine Karriere mit einigen Schlingen und Schleifen.

Die demokratische Euphorie hielt einige Jahre, bis Putin von El'cin 1999 das Amt des Ministerpräsidenten erhielt. Ab dann galt auch das Putinsche Dogma, das zur Staatsdoktrin erhoben wurde, dass der Untergang der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe“ gewesen sei, denn die Regierung hätte die Unionsaustritte nicht verhindert. Aber wie hätte sie das tun sollen bzw. können, mit welchen Mitteln? Die durch und durch marode gewordene sowjetische Staatsmacht ist implodiert, in sich zusammengestürzt. Auf jeden Fall überwinterten die Putschisten in den El'cin-Jahren und wurden unter Putins Regime wieder aktiv, sodass heute der Geist der Putschisten im Lande herrscht. Gorbacëv und El'cin werden für den Untergang der Sowjetunion verantwortlich gemacht, im Gegenzug werden die Väter des Putsches in Ehren gehalten. M. Mommsen beschreibt die „reale Herausbildung des Putinismus als Herrschaftssystem“ als Anknüpfung an Grundmerkmale der El'cin-Zeit: „...an den ‚Superpräsidentialismus‘ und den ‚oligarchischen Kapitalismus‘. Das Missverständnis von einer alles überragenden Rolle des Staatspräsidenten setzte sich fort. Russischen Autoren zufolge entstand deshalb ein ‚monozentrisches System‘. Kundige Beobachter wussten indessen, dass von einer klaren ‚Einmannherrschaft‘ keine Rede sein konnte. Vielmehr teilte sich der Präsident die politische Entscheidungsfindung zunächst mit dem verbliebenen Personal Jelzins, später mit engsten Vertrauten aus St. Petersburg. Es bildete sich ein innerer Kreis, in informelles Machtkartell, das

manche auch das ‚Putin-Syndikat‘, die ‚Kreml-AG‘ oder das neue ‚Politbüro‘ nannten. Der undurchsichtige Charakter des Machtsystems nahm weiter zu. Der ‚oligarchische Kapitalismus‘ wandelte sich insoweit, als sich zu den Wirtschaftsbossen der Ära Jelzin nun auch Oligarchen gesellten, die aus Putins Entourage stammten. Die Verschmelzung von Politik und Wirtschaft blieb eine zentrale Grundstruktur des Systems.“⁹⁵

Die ideologischen Grundlagen des Putinismus bzw. des „Neuen Russland“

Ab 2012 musste Putin stärker auf die Stimmung in der Gesellschaft achten, die alten Erzählungen verloren an Glanz, noch problematischer war die Stimmung bei seiner Entourage, seinen Vasallen. Er suchte und fand einen Ausweg in einer nationalkonservativen Wende, in einer Renaissance einer nationalen Idee, d.h. in einer Neudefinition bzw. Belebung des „russischen Weges“, der „russischen Welt“ (Russkij Mir). Das schlug sich auch in der Valdaj-Konferenz 2013 nieder, die ganz im Zeichen der nationalen Identität stand, der Bestimmung Russlands und seiner Stellung in der Welt. Die Frage der russischen Identität, der Identität Russlands hat nach dem Ende der Sowjetunion an Brisanz gewonnen, schon El'cin hatte quasi einen „Suchauftrag“ nach einer neuen russischen Idee im Sinne russischer nationaler Eigenständigkeit und Einzigartigkeit gegeben – jedoch ohne greifbares Ergebnis. Die Wiederaufnahme des Diskurses zur „Russischen Idee“ des 19. Jh., der von den Slawophilen geführt wurde, erschien erfolgversprechend. Putin selbst näherte sich zunehmend diesen Vorstellungen an, indem er Russland als Hort traditionell russischer, konservativer Werte darstellte und sich vom postmodernen und vor allem „ultraliberalen“, vorgeblich dem Chaos zugeneigten Westen abgrenzte und die traditionellen Werte der Familie sowie des religiösen Lebens beschwor.⁹⁶ Seiner Ansicht nach verneine der Westen seine Wurzeln, insbesondere die christlichen, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. Die Folge sei, dass in diesen Staaten moralische Grundlagen und jede traditionelle Identität verneint würden. Putin betonte besonders die Bedeutung nationaler, religiöser, kultureller und geschlechtlicher Identitäten, ein besonderes Anliegen sei ihm die strikte Ablehnung der Heterogenität von Familien mit gleichgeschlechtlicher Partnerschaft. Seiner Ansicht nach setze diese Politik den Glauben an Gott mit dem Glauben an den Satan gleich. Er wirft den westlichen Staaten vor, anderen Ländern dieses Modell aufzwingen zu wollen. Dies hält er für den direkten Weg zum Verfall und zur Primitivisierung der Kultur und dies sei im Westen die Ursache für tiefe demographische und moralische Krisen. Auffällig sind die zahlreichen religiösen Bilder und Metaphern, die Putin für seine Darstellungen verwendet, die den Auftakt für einen Kulturkampf gegen den „satanischen“ Westen einläuten. Dagegen setzt er die zivilisatorische Eigenständigkeit Russlands. Seine Darlegungen blieben nicht ohne Widerspruch.⁹⁷ Es war offensichtlich, dass die Diffamierung und Diskreditierung des Westens Ziel dieser neuen ideologischen Ausrichtung war und ist. Die Rede von der Eigenständigkeit russischer Werte sind bloß Deckmantel für einen Angriff auf die westliche Welt. Putin und der Patriarch von Moskau Kirill vertraten / vertreten dieselbe gesellschaftspolitische Linie, der Kampf gegen den Westen sei ein Kampf zwischen Gut und Böse. Die autokratisch verordnete Mythologisierung der russischen nationalen Geschichte führt zu einer Indoktrinierung, wonach die Russen nicht europäisch sondern vielmehr in ihrem „Russischsein“ einzigartig und exzeptionell seien. Dies führe, so Andrei Kolesnikov, Mitarbeiter am Carnegie Russia Eurasia Center in Moskau, nur zu einer Archaisierung des Bewusstseins und paternalistischen Einstellungen.⁹⁸

⁹⁵ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S.45

⁹⁶ Alexander Rahr: Russia in Search of an Identity: Standing Separate From the West While Remaining a European Nation. Valdai Discussion Club / Moskowskije Novosti, 10.10.2013

Waldai-Diskussionsklub, Youtube.com 19.9.2013

⁹⁷ Hannes Adomeit: Innenpolitische Determinanten der Putinschen Außenpolitik. In: SIRIUS, 2017, Heft 1, S. 33 - 52

⁹⁸ Andrei Kolesnikov: Russian Ideology after Crimea. Canegie.ru/2015/09/22 (Zugriff 20.8.2023)

Zentraler – um nicht zu sagen missionarischer – Bezugspunkt für Putin wird das ideologische Konstrukt der „Russischen Welt“ [Russkij Mir]. Diese Plattform, getragen und befördert von Putin selbst und der orthodoxen Hierarchie, vereint (traditionelle) antiwestliche Ressentiments, die Ablehnung des Liberalismus jeglicher Ausrichtung und befürwortet neoimperiale Vorstellungen.⁹⁹ Es ist dies ein westlichen Vorstellungen konträres Konzept und baut auf die zivilisatorische Eigenständigkeit und Sonderstellung Russlands. Man könnte auch sagen, Putin setzt zunehmend auf Bigotterie und Repression statt Aufklärung und Humanismus. Der Politologe Vladimir Pastuchov sieht in den ideologischen Grundlagen des Putinismus ein „Durcheinander von sich größtenteils widersprechenden Ideologien, die die russische Propaganda in jahrzehntelanger Arbeit amalgamiert und zu einem großen Ganzen stilisiert hatte. Kommunismus, Orthodoxie, (biologistischer) Nationalismus, Stalinismus, Imperialismus, Mystizismus – das verstückelweise Bedienen aus diesen Ideologien und Denkweisen bildet demnach die Grundlage des heutigen Putinismus. [...] Wie die meisten anderen Theorien dieser Art basiert sie auf einer hypertrophierten Vorstellung von der Rolle und Bedeutung der russischen Nation, der man Züge eines einzigartigen und unvergleichlichen historischen Subjekts verleiht. Diese These hat zwei Vektoren: einen äußeren und einen inneren. Der innere Vektor impliziert die Anerkennung des bedingungslosen Vorrangs der Nation vor dem Individuum. Der äußere – die Anerkennung einer absoluten Überlegenheit der russischen Nation gegenüber allen anderen Nationen und Völkern.“¹⁰⁰ Daraus folgt die Minderwertigkeit der anderen Nationen mit beschränkter Souveränität, die nichts anderes als Vasallen der USA seien. Die unterste Stufe der „Minderwertigkeit“ nehme dabei die Ukraine ein, die nur auf Grund der Unterstützung von Außen existiere. Die Einzigartigkeit der russischen Nation liege darin, dass nur sie im Stande sei einen vollwertigen souveränen Staat zu bilden. Die absolute Überlegenheit der russischen Nation liege nach Ansicht des ehemaligen Kulturministers (2012-20) und Schriftstellers Vladimir Rostislavovič Medinskij darin – hier argumentiert er unwissenschaftlich dafür aber „lupenrein“ rassistisch – dass die Russen über ein zusätzliches Chromosom verfügten (!). Der Putinismus ist eine revan-chistische Herrschaftsideologie, die Denksätze aller (auch der widersprüchlichsten und widersinnigsten) Art vereint, die der Rechtfertigung der herrschenden Politik dienen.

Ivan Aleksandrovič Il'in

Der wichtigste Ideengeber Putins war Ivan Aleksandrovič Il'in (1883- 1954), ein russischer Philosoph, Slawophiler, Schriftsteller und Publizist, Gegner der Bol'sheviki, Anhänger der Weißen Armee, konservativer Monarchist und (bekennender) Faschist. Er übte mit seinen Ansichten über die Gesellschaftsorganisation in Russland großen Einfluss auf andere russische Schriftsteller, Intellektuelle und Politiker aus, darunter auf Aleksandr Solženicyn. 1906 absolvierte I. Il'in ein Jus-Studium an der Kaiserlichen Moskauer Universität, 1909 wurde er Privatdozent an der Jura-Fakultät und begab sich Ende 1909 mit seiner Frau auf einen Forschungsaufenthalt nach Westeuropa – zwei Jahre lang hielten sie sich in Deutschland, Italien und Frankreich auf. 1922 wurde er zusammen mit 160 anderen Intellektuellen auf dem sog. „Philosophenschiff“ aus Russland nach Deutschland verbannt, ging 1923 nach Berlin zu Nikolaj Aleksandrovič Berdjaev, der eine „Religionsphilosophische Akademie“ gegründet hatte, an der Il'in bis 1934 als Professor am „Russischen Wissenschaftsinstitut“ beschäftigt war. In dieser Zeit wurde er zu einem der wichtigsten Ideologen der Weißen Bewegung im Ausland. In seinem Werk „Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse“¹⁰¹ rief er zum Mut auf, „zu verhaften, zu verurteilen und zu erschießen“, was Maksim Gor'kij ein „Evangelium der Rache“ nannte und N.

⁹⁹ Thomas Bremer: Die Russische Orthodoxe Kirche und das Konzept der Russischen Welt. In: Russlandanalysen, Nr. 289 (30.1.2025), S. 6-8

¹⁰⁰ [Totale Aufarbeitung? | dekoder | DEKODER | Journalismus aus Russland in deutscher Übersetzung](#) 07.04.2022 (Zugriff 20.8.2023)

¹⁰¹ Ivan Iljin: Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse. Wachtendonk, 2018 (Neuaufgabe)

Berdjaev als „Čeka Gottes“ bezeichnete und der bolschewistischen Čeka (Geheimpolizei Sowjetrusslands unter Feliks Dzierżyński zur Bekämpfung der Konterrevolution) gegenüberstellte. Weil Il'in für die europäischen Republiken keine Zukunft sah, hielt er die Demokratie für schädlich für Russland. Stattdessen entwickelte er ein reaktionärfundamentalistisches Staatskonzept und plädierte für eine „erzieherische und wiedergebärende Diktatur“. Unterrichtsgegenstände der „nationalen Erziehung“ sollten neben Geschichte, Armee, Territorium und Wirtschaft auch Gebete, Märchen und Heiligenlegenden sein. Ein faschistischer Putsch in Russland zur Erreichung dieser Ziele schien ihm durchaus willkommen. Zwischen 1927 und 1930 war er Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Russische Glocke“ (Russkij kolokol). Hitlers Machtergreifung begrüßte er, sah er doch im Faschismus eine Antwort auf die bolschewistische Barbarei; er feierte sogar Hitler als Verteidiger Europas, kritisierte jedoch den areligiösen Charakter der NS-Bewegung. 1934 wurde er von den Nationalsozialisten kurzzeitig verhaftet und erhielt in der Folge ein Lehr- und Schreibverbot.

In der Sowjetära war Il'in weitgehend unbekannt, er erlebte eine Wiederentdeckung als im Oktober 2005 einer seiner Verehrer, der Regisseur Nikita Sergeevič Michalkov, gemäß Il'ins testamentarischer Verfügung die Überführung von dessen sterblichen Überresten und der seiner Frau nach Moskau und die Beisetzung im Donskoj-Kloster [Donskoj monastyr] organisierte. Der russisch-orthodoxe Patriarch Alexis II. sah in der Umbettung ein Zeichen einer wiederhergestellten Einheit zwischen der russischen Nation und der orthodoxen Kirche. Il'ins Nachlass wurde mit Mitteln des Oligarchen Viktor Feliksovič Veksel'berg aufgekauft und der Moskauer Universität übergeben. Damit erlangten Il'ins Schriften sozusagen die höheren akademischen Weihen. Putin berief sich publikumswirksam wiederholt in seinen föderalen Ansprachen der Jahre 2005, 2006 und 2014 auf Il'in und zitierte ihn als Gewährsmann für eine genuin russische Gesellschaftsordnung, die auf religiösen Werten beruht. Alsbald wurden mehrere Bände von Il'ins Werken herausgegeben und ein Film „Il'ins Testament“ gedreht. Mittlerweile gehört er zu den kanonischen Autoren der russischen Geistesgeschichte, deren Texte u.a. auch bei der zentralen russischen Matura verwendet werden. Die russische Präsidialverwaltung verteilte im Januar 2014 Il'ins Werk „Unsere Aufgaben“ an Gouverneure, wichtige Beamte und die Kader der Putin-Partei Einiges Russland und empfahl es als Lektüre.

Viele der großmachtchauvinistischen Ideen, die Putin adoptiert hat, gehen auf Nikolaj Jakovlevič Danilevskij (1822-85) zurück. In seinem Buch „Russland und Europa“ [Rossija i Evropa], 1868), einem Manifest des Panslawismus, charakterisiert er Russland als ausgeprägt multikulturelle Zivilisation, die von Europa weder verstanden noch anerkannt werde. Europa sehe in Russland lediglich einen Aggressor und wolle es zerstückeln und vernichten. Russland müsse sich gegen den Westen wehren, wenn es seine eigenen kulturellen wie religiösen Traditionen verteidigen wolle. Es sei Vorbild insbesondere für Polen und die Ukraine, wo er sich für eine konsequente Russifizierungspolitik einsetzt. Danilevskij strebt(e) eine Panslawistische Union [Sveslavjanskij sojuz] unter russischer Führung durch Expansion nach Mittel- und Fernostasien, was auf Zustimmung in Kreisen der russischen Intelligenz (z.B. bei den Schriftstellern Valerij Jakovlevič Brjusov, Aleksandr Aleksandrovič Blok, Andrej Belyj [eigentlich Boris Nikolaevič Bugaev], Vladimir Solov'ëv) stieß bei gleichzeitigen Warnungen vor einer „gelben Gefahr“. Zur Untermauerung seiner Thesen zur Besonderheit der russischen Kultur und Zivilisation arbeitete Danilevskij Charakteristika heraus, die die Wesensunterschiede zum (von ihm so bezeichneten) „germanisch-romanischen Kulturtyp“ ausmachen. Im Grunde handelt es sich bei ihm um eine Bündelung von (empiriebefreiten) Idealisierungen, Stereotypen und Vorurteilen, die auch im Neoeurasismus und damit im aktuellen Putinismus ihre Gültigkeit behalten haben. Eine wichtige Rolle spielen in Danilevskijs Gedankengebäude religiöse Aspekte. Für ihn erscheinen drei gegensätzliche Merkmalstypen bei der Konfrontation „westlicher“ mit „russischen“ Wesenseigenschaften relevant:

Westliche Gewaltbarkeit vs. russische duldsame Rechtgläubigkeit

Gewaltsamkeit sei ein gemeinsames Wesensmerkmal aller Völker des sog. „germanisch-romanischen Kulturtyps“ insofern, als die eigene Selbstwertschätzung und Individualität bei Menschen dieses Kulturkreises dermaßen stark ausgeprägt sei, dass diese ihre eigene Überzeugung und ihre eigenen Interessen versuchten anderen aufzuzwingen. Diesem Prinzip der westlichen Gewaltsamkeit stellt Danilevskij die Duldsamkeit des russischen Typs gegenüber. Während Europa den christlichen Glauben gewaltsam deformiert habe, habe der russische Typ seine „Rechtgläubigkeit“ erhalten, woraus folge, dass der Russe von Natur aus ein friedlicher Mensch sei.

Westlicher Parteienstreit versus russische „Volksseele“

Europas Geschichte charakterisiere nach Danilevskij der permanente Verdrängungskampf gegensätzlicher Parteien und Interessengruppen, dabei hätten sich die brutaleren Parteien durchgesetzt und die friedfertigen wurden unterdrückt. Demgegenüber hätten in Russland geschichtliche Entwicklungen auf rein innerer Basis, in der Tiefe der „Volksseele“ gleichsam „unsichtbar“ und „geräuschlos“ stattgefunden. Historische Prozesse verlaufen nach Danilevskij so, dass sich das Volk innerlich von dem lossagt, was der Ablösung oder Veränderung unterliegt. Diese Auseinandersetzung verlaufe im Inneren des Volksbewusstseins. Wenn die Zeit kommt, das Alte durch das Neue in der Tat zu ersetzen, so vollziehe sich dieser Prozess überraschend schnell, ohne sichtbaren Kampf. Daraus leitet Danilevskij ab, dass Parteien in Russland Fremdkörper seien, sie seien fremdländische Einflüsse in das russische Leben – damit sind für ihn demokratisch legitimierte Politikmodelle für Russland undenkbar.

„Verlogener Katholizismus und Protestantismus vs. wahre orthodoxe Kirche“

Katholizismus und Protestantismus identifiziert Danilevskij mit Lüge, die orthodoxe Kirche mit Wahrheit. Aus dieser dichotomischen Weltsicht leitet er die welthistorische Mission ab, die Russland zu erfüllen habe, weil die Russen das einzige gottesfürchtige Volk seien, das die Welt retten (können) würde. Nur die Orthodoxen hätten das göttliche Bild Christi in all seiner Reinheit bewahrt und könnten als Führer der anderen Völker auftreten, die vom richtigen Weg abgekommen seien. Diese Vorstellungen waren im 19. Jh. weit verbreitet und sind säkularisiert nahezu kontinuierlich in die Sowjetära übergegangen und als politischer Messianismus aufstanden etwa im Glauben an den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ etc.

Aus diesen Kontinuitäten ergibt sich, dass die Orthodoxie, vor allem die Volksgläubigkeit eine wichtige Stütze der Putin-Ideologie (der Russischen Welt) geworden ist. Die Reputation der Kirche in Russland vor 1917 war miserabel, Ungebildetheit, Käuflichkeit, niedrige moralische Maßstäbe der Priester etc. wurden mit ihr assoziiert. Die orthodoxe Kirche überlebte die Revolution und den Stalinismus durch Kollaboration mit dem herrschenden Regime allerdings zum Preis ihrer Unterwanderung durch den Geheimdienst. Aber hat sich die Kirche nach dem Epochenwandel gewandelt, in welchem Sinne? Walter Laqueur drückt dies so aus: „Die Kirche hat gesündigt. Doch nach dem Sturz des Kommunismus hat sie ihre Sünden gebeichtet und dieses Kapitel ihrer Geschichte als abgeschlossen angesehen. [...] die Geistlichkeit nahm ihre Tätigkeit wieder auf und die neuen Herrscher betrachteten die Religion als wesentlichen Bestandteil der neuen Ordnung.“¹⁰² Ungeklärt blieb aber ihr Verhältnis zum Staat, vor 1917 war sie de facto eine Staatskirche. Für die große Mehrheit der Russen stellt die Kirche zwar einen wichtigen Faktor dar, aber nur eine Minderheit (etwa 20 Prozent) praktiziert den Glauben. Walter Laqueur: „Die Rituale der orthodoxen Kirche waren klar, aber was sollte sie predigen? Christliche Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Anteilnahme? Die Liebe zu Gott oder den Hass auf Satan – in Gestalt der Juden, Katholiken (einschließlich des Papstes), Freimaurer, Liberalen und aller Feinde Russlands? Was war mit Patrioten, die keine Christen waren? Dies waren einige der Fragen, denen man sich im Zuge der orthodoxen Wiedererweckung, wenn auch

¹⁰² Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin 2022², S. 14

widerstrebend stellen musste.“¹⁰³ Putin betonte anlässlich der Unterzeichnung des Aktes der kanonischen Gemeinschaft zwischen dem Moskauer Patriarchat und der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland (am 17. 5. 2007) die Renaissance der kirchlichen Einheit als eine wesentliche Bedingung zur Wiederherstellung der verlorenen Einheit der gesamten „Russischen Welt“, für die der orthodoxe Glaube immer eines der geistigen Fundamente gewesen sei.¹⁰⁴ Diese beschworene Einheit sei in der politischen Praxis aber nur unter der Führung Moskaus möglich. Der 2003 ausgebrochene Konflikt zwischen dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel (dem die russische Diaspora untersteht) und dem Patriarchat von Moskau, das den Anspruch auf Alleinvertretung stellt (mit der Forderung nach Rückübereignung der vor der Revolution erbauten Kirchen und Kathedralen in Europa) ist gewissermaßen Ausdruck eines russisch-orthodoxen Imperialismus.

Der Putinismus sieht Europa im ökonomischen und moralischen Verfall Europas insbesondere befördert durch amerikanische Gender-Theorien, Homosexualität, Zuwanderung, Liberalismus, etc. – Gefahren, die angeblich zu gewaltigen anthropologischen Veränderungen führen (würden). In vielen seiner Reden und Schriften festigt Putin sein Engagement im Kampf der Kulturen, er will Europa dabei unterstützen, seinen christlichen Wurzeln und seinen traditionellen Werten treu zu bleiben. Putin tritt als Herold des Antimodernismus auf. In diesem Geiste müsse die russische konservative Wende (ganz im Sinne Danilevskijs missionarischer Aufforderung) exportiert werden. Vorbild sei das „Heilige Russland“ und die beschworene Formel von Russlands Einzigartigkeit und die Besonderheit der russischen Identität und Wesenheit: Die Orthodoxie – sei das wahre Christentum, der wahre Glaube. Daraus ergibt sich aber ein grundsätzliches Problem: Da Ausländern Russophobie (d.h. der Wille und die Absicht Russland zu zerstören) unterstellt wird und mangelnde Bereitschaft zur Konversion angenommen werden muss, ist mit einem konfliktorischen Verlauf eines russisch-orthodoxen Missionierungsprozesses zu rechnen.

Russkij Mir – „Russische Welt“

Der Begriff des Russkij Mir („Russische Welt“) ist ein russisch-imperiales Denkmodell des 19. Jh. „[...] als geopolitische Konzeption vereint [es] eine Reihe verschiedener Strömungen des antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Denkens. Die tragenden Säulen dieses imaginierten von Russland dominierten Raums sind vor allem russische Sprachkultur und Geschichtsbewusstsein und nicht zuletzt emotional aufgeladene Symbole wie die ‚Heilige Rus‘. In dieser Form akkumuliert die Konzeption des ‚Russkij Mir‘ zahlreiche Ausprägungen der russischen Sonderweg-Ideologie – von literarisch artikulierten Raum- und Gemeinschaftsmodellen über die politisch-ideologischen Großmachtvisionen der Sowjetunion und der Denker des russischen Eurasismus bis hin zu der Suche nach einer einigenden ‚nationalen Idee‘ nach dem Zerfall der UdSSR. In ihrer jüngsten Manifestation bietet die Idee des ‚Russkij mir‘ eine wichtige Legitimationsgrundlage für das militärische Engagement Russlands in der Ostukraine und beeinflusst darüber hinaus das ideologische Klima in der Russischen Föderation.“¹⁰⁵

Die Vorstellung der „Russischen Welt“ lässt sich auf Nikolaj Karamzin zurückverfolgen, der in seinem konservativen Hauptwerk „Geschichte des russischen Staates“ [Istorija gosudarstva Rossijskogo 1818] in der Selbstherrschaft [samoderžavie] des Zaren das Wesen des russischen Volkscharakters sah, in dem das einfache Volk und den Adel im Geiste der Liebe zur Orthodoxie vereinigt sein sollte. Diese Gedanken hat Sergej Semënovič Uvarov weiterentwickelt und als Minister für Volksbildung 1832-49 umgesetzt. 1833 formulierte er die Leitprinzipien der

¹⁰³ Ebda S. 15

¹⁰⁴ Zit nach: Michel Eltchaninoff: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten. Stuttgart, 2016, S. 163

¹⁰⁵ Oleksandr Zabirko: „Russkij Mir“. Literarische Genealogie eines folgenreichen Konzeptes.

In: Russland-Analysen. Nr. 289 / 2015 »Russkij Mir«. Literarische Genealogie eines folgenreichen Konzepts | Länder-Analysen (laender-analysen.de) (2023), S. 1

Erziehung des Volkes, die im einheitlichen Geist von Orthodoxie (pravoslavie), Autokratie (samoderžavie) und Nationalität (narodnost) umgesetzt werden sollen. Diese Leitlinien standen im klaren Gegensatz zu den Forderungen der Französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Um diese Entwicklung, die von konservativen Kräften zunehmend als Bedrohung erkannt wurde zu bannen, hat 1848 Pëtr Andreevič Vjazemskij, der beste Freund A. Puškins, als Gegenmittel den orthodoxen Glauben, die Liebe zum Zaren, die russische Geschichte und schließlich – als wesentliche Erweiterung – die russische Sprache, in der der russische Mensch mit Gott kommuniziert, empfohlen, womit er die Sakralisierung des Russischen vollzieht. In diesem Geist sieht Dostoevskij die Mission Russlands darin, „mit den russischen Worten der Wahrheit die tragischen Missverständnisse der west-europäischen Zivilisation zu korrigieren“, wie er in seinem „Tagebuch eines Schriftstellers“ formulierte.¹⁰⁶ Im Manifest des Zaren vom 14. 3. 1848 (mit dem Titel „Über die Vorkommnisse im westlichen Europa“) waren die Grundelemente der geistig-politischen Orientierung formuliert: Die Religion sei als Erbe der Vorfahren zu beschützen, Russland müsse nicht nur an seinen Grenzen verteidigt werden, weil Russlands Feinde allgegenwärtig seien. Die Positionen des „Russkij Mir“ waren also festgelegt und religiöse Begrifflichkeiten insbesondere die „Heilige Rus“, die als eine maximale Distanz zum gesetzlosen, unmoralischen, verdorbenen etc. Europa verstanden wird, integraler Bestandteil des öffentlichen Diskurses. „Da der russische Raum als ein sakraler Raum verstanden wurde, war es unterdessen kaum möglich, ihn topografisch zu verorten – das Verständnis vom entgrenzten, transzendenten Russland (insbesondere in Form der ‚heiligen Rus‘) stimulierte die literarische Produktion ‚idealtypischer Landschaften‘, die nicht lokalisiert werden konnten. Die sakrale Komponente blieb über Jahrhunderte auch ein Element des russischen Nationsprojekts.“¹⁰⁷

Eurasismus [Evrazijstvo] und Neoeurasismus

Der Eurasismus war (ist) eine Gegenbewegung zur Auseinandersetzung mit der europäischen Geistes- und Kulturwelt. Im 19. Jahrhundert hatte diese Denkrichtung nur einen beschränkten Einfluss auf die russischen Intellektuellen. Die Literaten holten sich ihre Anregungen und Inspirationen vom Westen, Maler wie Vasilij Vasil'evič Kandinskij vom Volk der Komi, andere sahen im Japonismus Möglichkeiten der Erneuerung. Unter den Komponisten gab es stärkere Bestrebungen sich vom Westen abzugrenzen. Am deutlichsten waren dieser Bestrebungen bei den sog. „Großen Fünf“, dem „Mächtigen Häuflein“ [Mogučaja kučka] – Milij Alekseevič Balakirev, Aleksandr Porfir'evič Borodin, César Antonovič Kjuj, Modest Petrovič Musorgskij und Nikolaj Andreevič Rimskij-Korsakov. Sie verarbeiteten östliche, orientalische Motive – besser wohl, was sie dafürhielten – und so entstanden originelle Werke wie die sinfonische Dichtung „Scheherezade“ von Rimskij-Korsakov, oder die orientalische Phantasie für Klavier „Islamej“ von Balakirev“, u.a.¹⁰⁸ Bei genauerem Hinsehen handelte sich eher um Inspirationen aus der arabischen und islamischen als aus der tatarisch-mongolischen Welt der Steppe. Die „Eurasier“ waren auch eher theoretisch und aus Distanz von der fremden, orientalischen Kultur enthusiastisch. Sie beschäftigten sich weder mit asiatischen Sprachen (insbes. Sprachen der Steppe) oder Kulturen, bereisten auch nicht die erträumte, imaginäre Gegend, lebten auch nicht bzw. auf keinen Fall für längere Zeit in der Steppe, sondern erphantasierten sich eine metaphysische Landschaft, eine abstrakte Idee. Es war keine reale Welt, mit der sie sich konkret auseinandersetzten, sondern sie schufen sich eine Welt der künstlerischen Inspiration und Imagination. Die Oktoberrevolution unterbrach diesen Diskurs, in der Emigration erfuhr das Konzept des

¹⁰⁶ [RusslandAnalysen289.pdf \(laender-analysen.de\)](#) Nr. 289 / 2015

Reinhard Lauer: Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart. München, 2000

¹⁰⁷ Oleksandr Zabirko: „Russkij Mir“. Literarische Genealogie eines folgenreichen Konzepts.

[RusslandAnalysen289.pdf \(laender-analysen.de\)](#) 30.01.2015 (Zugriff 20.8023)

¹⁰⁸ Walter Laqueur, Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022, S. 124-125

Eurasismus hingegen eine Erweiterung. Nach 1917 in der Emigration haben Schriftsteller, Historiker, Autoren, Philosophen, Theologen, Linguisten (darunter insbesondere N.S. Trubetzkoy (1890 – 1938), Pëtr Nikolaevič Savickij (1895-1968), Lev Platonovič Karsavin (1882-1952), Roman Jakobson (1896-1982), Georgij Vladimirovič Vernadskij (1887-1973), Georgij Vasil'evič Florovskij (1883-1979) und Pëtr Petrovič Suvčinskij (1892-1985) das Konzept des Eurasismus als geopolitisches Projekt entwickelt. In Berlin wurde ein „Eurasischer Verlag“ gegründet, das Zentrum der Bewegung war aber Prag. Die „Eurasier“ (oder auch „Eurasisten“) hatten vor eine antibolschewistische Untergrundpartei zu gründen und die staatlichen Strukturen der Sowjetunion zu unterwandern und schließlich die Herrschaft der Bolschewiken zu beenden.

Die Eurasier gehen von der Existenz eines dritten Kontinents „Eurasien“ – zwischen Europa und Asien – aus, der im Prinzip das Territorium des russischen Zarenreiches umfasst und von einem unüberwindlichen Gegensatz zwischen einer gesamtromanogermanischen Zivilisation Westeuropas und der eurasischen Kultur des russischen Zarenreiches bestimmt wird. N.S. Trubetzkoy spricht von einem „gesamtromanogermanischen Chauvinismus“ gegenüber den übrigen Völkern der Welt.¹⁰⁹ Zielvorstellungen der Eurasier (vor ihrer Spaltung) war die Vereinigung der christlichen Kirchen unter der Führung der russisch-orthodoxen Kirche (auch die Juden unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit sollten einbezogen werden). Ein Zar sollte in christlicher Liebe in einem zu schaffenden „Staat der Weisheit“ regieren, in dem alle Nationalitäten gleichberechtigt sein sollten. Die Ukraine solle ihren festen Platz in diesem eurasischen Staat haben. Die Bewegung war jedoch vom sowjetischen Geheimdienst infiltriert, es kam dann (1929) zu einer Spaltung in einen anti- und einen proswjetischen Flügel.

In den 1950-er Jahren entwickelte Lev Nikolaevič Gumilëv¹¹⁰ (Sohn von Anna Achmatova und Nikolaj Stepanovič Gumilëv) die eurasische Ideologie in der Sowjetunion weiter und bereicherte sie durch biologistische Elemente an, indem er z.B. versuchte, die Wellen der Nomadenwanderungen, die die große Steppen Eurasiens jahrhundertlang durchzogen, auch mit geographischen und physikalischen u.a. Faktoren wie die jährlichen Schwankungen der Sonneneinstrahlung zu erklären, weil sie für die Viehzucht nutzbaren Weideflächen relevant sind. Entsprechend diesem Konzept sollen die Nomaden Zentralasiens, als die Steppengebiete drastisch schrumpften, auf die fruchtbaren Weiden Europas ausgewichen sein.

Politisches Ziel der Eurasier sei nach Gumilëv die Vereinigung der großen christlichen Kirchen unter Führung der russisch-orthodoxen Kirche, jedoch mit großer Distanz zum Katholizismus, weil dieser die Urgedanken des Christentums verfälscht habe. Dieses Utopia, dieser „Staat der Weisheit“ solle von einem Zaren regiert werden, die Ukraine solle ausdrücklich ihren Platz in diesem eurasischen Reich finden und nicht in Europa, diesen Gedanken verwirft Gumilëv als historisch unbegründet und nationalistisch. Er versteigt sich schließlich zu der These, wonach die Russen ein „Super-Ethnos“ sind und behauptet ihre Verwandtschaft mit den türkisch-mongolischen Völkern der eurasischen Steppe. Der wichtigste Nachbar Eurasiens sei China, die geeignete Wirtschaftsform sei eine weiterentwickelte Planwirtschaft.¹¹¹ Seriöse Forscher haben die Ideen der Eurasier und besonders stark kritisiert. Gumilëv wurde von verschiedenen Seiten vorgeworfen, er bediene antisemitische Klischees, wenn er etwa u.a. behauptet, die jüdische Kultur sei von Natur aus kaufmännisch und existiere außerhalb und im Gegensatz zu ihrer

¹⁰⁹ N.S. Trubetzkoy: Europa und die Menschheit. München, 1922

In: N.S. Trubetzkoy: Russland Europa Asien. Ausgewählte Schriften zur Kulturwissenschaft. (Hg. Von F.B. Poljakov) Wien, 2005, S.31 – 90

Das Erbe Dschingis Chans. Ein Blick auf die russische Geschichte nicht vom Westen, sondern vom Osten. (1925). In: ebda, S. 91 - 154

¹¹⁰ Siehe zu den Vorstellungen der Eurasier: Stefan Wiederkehr: Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland. Wien, 2007

¹¹¹ Otto Böss: Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden, 1961, S. 72, 85–87, 98–104

Umgebung. W. Laqueur formulierte es ironisch: „Den Anhängern des Eurasianismus schwebte sozusagen eine Heirat von Anna Karenina und Dschingis Khan vor“.¹¹²

Der Neo-Eurasismus in der Konzeption von Aleksandr Gel'evič Dugin¹¹³ baut auf erheblich weniger akademisch fundierte Grundlagen als der klassische Eurasismus. Dugins Gedankengebäude muss als hochgradig konspirologisch bezeichnet werden, es versammelt einfach oft Ideen aus dem internationalen antiliberalen Denken.¹¹⁴ Nach Andreas Umland ist der Neo-Eurasismus „somit keine Elaboration des klassischen Eurasismus, als vielmehr ein weitgehend neues Hybridgebilde mit eigener Vorgeschichte, Prioritätensetzung und Entwicklungsdynamik. Dugin vermischt in seinen zahlreichen Pamphleten und Vorlesungen auf schwindelerregende Art und Weise geopolitische Theorien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit der erwähnten Konservativen Revolution, dem europäischen Nationalbolschewismus, dem britischen Satanismus, der französischen Neuen Rechten, dem italienischen Faschismus, dem Integralen Traditionalismus und einigen anderen nichtrussischen radikalen intellektuellen und politischen Bewegungen. [...] Die klassischen Eurasier bezogen sich bei der Begründung ihrer politischen Theorie auf soziale, kulturelle und geografische Besonderheiten des russischen Reiches. Dagegen kombiniert Gumiljow in seinen Schriften in kühner Art und Weise Argumente aus den Geisteswissenschaften mit angeblichen Erkenntnissen der Naturwissenschaften, vor allem aus der Biologie. Seine zahlreichen ausgefallenen novitistischen (beziehungsweise pseudo-innovativen) Konzepte über den natürlichen Charakter von Ethnoi, d.h. über ethnische Gruppen, hatten und haben einen erheblichen Einfluss auf die Weltanschauung spät- und postsowjetischer Intellektueller und Forscher, insbesondere in der Geschichts- und Politikwissenschaft, Anthropologie und Geografie. Seine umfangreichen Schriften haben zur Entstehung spezifisch postsowjetischer sozialwissenschaftlicher Subdisziplinen wie politische Anthropologie, Zivilisationenkunde, Ethnopolitologie, Geopolitik und Kulturologie beigetragen. Nach dem Zerfall der UdSSR ist Gumiljovs Einfluss ungeachtet seiner vielen fantastischen Behauptungen über den Verlauf und die Gesetze der Geschichte stetig gewachsen.“¹¹⁵ Gumiljovs Arbeiten werden an den Oberschulen und an Universitäten ungeachtet ihrer antiwestlichen und antisemitischen Inhalte verwendet. Die Autoren Clover wie auch Bassin deckten Gumiljovs Verbindungen zur spät- und postsowjetischen russischen Elite auf, wie etwa seine indirekte Verbindung zu Aleksandr Jur'evič Borodaj, dem zeitweiligen „Ministerpräsidenten“ der „Volksrepublik Donezk“.¹¹⁶ Um dieses Umfeld zu komplettieren, sei noch auf den Politiktheoretiker Aleksandr Sergeevič Panarin, Professor der Fakultät für Philosophie der Moskauer Staatsuniversität,

¹¹² Walter Laqueur: *Putinismus. Wohin treibt Russland?* Berlin, 2022, S. 19)

¹¹³ Mark J. Sedgwick: *Neo-Eurasianism in Russia. In: Against the Modern World. Traditionalism and the Secret Intellectual History of the Twentieth Century.* New York, 2004

Andreas Umland: *Alexander Dugin, the Issue of Post-Soviet Fascism, and Russian Political Discourse Today.* In: *Russian Analytical DigHst.* 14, Nr. 7, 2007, S. 2–5

Marlene Laruelle (Ed.): *Russian Nationalism and the National Reassertion of Russia.* London, 2009

¹¹⁴ Vgl.: Samuel Salzborn: *Messianischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von eurasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium* (researchgate.net) Jänner 2014

¹¹⁵ Andreas Umland: *Wahlverwandtschaften der russischen extremen Rechten Der Neo-Eurasismus, das Putin-System und die Verbindungen nach Westeuropa.*

www.pw-portal.de/putins-russland/40295-wahlverwandtschaften-der-extremen-rechten, S. 4-5 (Zugriff: 30. 4. 2023).vgl. auch: Anton Shekhovtsov: *Russia and the Western Far Right.* London, 2017 . Lanham, 2016

Vgl. Auch: Samuel Salzborn: *Messianischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von eurasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium.*

https://www.researchgate.net/publication/349059590_Messianischer_Antiuniversalismus_Zur_politischen_Theorie_von_Aleksandr_Dugin_im_Spannungsfeld_von_eurasischem_Imperialismus_und_geopolitischem_Evangelium (2014)

¹¹⁶ Charles Clover: *Black Wind, White Snow. The Rise of Russia's New Nationalism.* New Haven, 2016

Mark Bassin: *The Gumilev Mystique. Biopolitics, Eurasianism, and the Construction of Community in Modern Russia.* Ithaca, 2016

hingewiesen, der Ende der 1990er-Jahre mithilfe, sowohl dem klassischen als auch dem Neo-Eurasismus in der akademischen Welt Russlands Anerkennung zu verschaffen. Gegen Ende seines Lebens schloss Panarin sich Dugins kurzlebiger Eurasischer Partei an. Hinsichtlich der verschwörungstheoretischen Narrative und demagogischen Strategien zeigt die („alte“ wie „neue“) eurasische Bewegung deutliche ideologische Parallelen mit dem italienischen Faschismus.

Wie schon erwähnt, ist der Neoeurasismus mit dem Namen Aleksandr Dugin (geb. 1962) verbunden. Seine Bildungskarriere ist unklar, sicher ist jedoch, dass er schon früh mit esoterischen Kreisen in Berührung kam. Einer seiner wichtigsten Mentoren war Evgenij Golovin, ein bekennender faschistischer Mystiker. 1987 wurde Dugin Mitglied der radikal-nationalistischen und antisemitischen Gruppierung Pamjat', in der er auch Leitungsfunktionen übernahm. 1989 reiste er ins westeuropäische Ausland und traf mit verschiedenen Ultranationalisten zusammen, wie u.a. dem französischen rechten Publizisten und Philosophen Alain de Benoist, dem belgischen Politiker der Neuen Rechten Jean-François Thiriart, dem französischen Esoteriker René Guénon, dem italienischen Esoteriker und metaphysischen Rassentheoretiker Julius Evola, dem NS-Parteigänger Carl Schmitt und dem Geopolitiker Karl Haushofer.

2010 wurde Dugin Professor an der Lomonosov-Universität, wo er den Lehrstuhl für Soziologie der Internationalen Beziehungen an der Soziologischen Fakultät innehatte. Dugin verbindet antiwestliche und antiliberalen Positionen mit dem „geopolitischen Konzept eines Neo-Eurasismus auf der Basis eines in Opposition zu den Vereinigten Staaten stehenden „großrussischen Reiches von Dublin bis Vladivostok“ unter der Führung Russlands.¹¹⁷ Über die Frage, ob und welcher großen Einfluss Dugin auf die Politik der Putin- Ära hat(te), gibt es keinen Konsens. Plausibel erscheint die Ansicht von M. Eltchaninoff, wonach auch ohne Dugin Putin „seinen reaktionären Weg“ gegangen wäre, weil Putin wie Dugin aus der russischen Philosophie und der Konservativen Revolution in Deutschland zwischen 1918 und 1933 geschöpft haben. Sicherlich hat Dugin als Katalysator und Scharfmacher gewirkt. Er trägt wesentlich dazu bei, die Ideen und Vorstellungen führender europäischer Neofaschisten, Obskuranten und Verschwörungstheoretiker in Russland bekannt zu machen und zu verbreiten. Wie St. Wiederkehr ausführte¹¹⁸, sagt Dugin voraus, dass die Jahrhunderte alte Gegnerschaft zwischen den hierarchisch organisierten Landmächten Eurasiens unter russischer Führung und den liberalen atlantischen Seemächten unter der Führung der USA zu einem Entscheidungskampf führen wird, dessen Erfolg von der Wiedergeburt des imperienbildenden russischen Volkes abhängt. Sein Utopia ist ein eurasisches Imperium von Dublin bzw. Cádiz bis Vladivostok unter der Führung Russlands deshalb, weil dort die wahren, geopolitisch gerechtfertigten Grenzen Russlands liegen. Europas Bestimmung sei es letztlich Teil Eurasiens zu werden. Sein leidenschaftliches Engagement für den Eurasismus wird von einem eigentümlichen Widerspruch konterkariert – er berücksichtigt bei seinen Überlegungen nur europäische Quellen und Autoren, jedoch keine einzige asiatische (er hat sich auch nicht mit einer einzigen asiatischen Sprache beschäftigt). Wenn angesichts der Lektüre von Dugins Schriften Zweifel am Geisteszustand des Autors auftauchen, dann findet man sich in guter Gesellschaft. W. Laqueur formuliert dies unzweifelhaft:¹¹⁹ „Dugin ist ein belesener Mann, aber das, was er liest, scheint für ihn umso interessanter zu sein, je mehr es dem gesunden Menschenverstand widerspricht. Das Gesamtbild ergibt jedenfalls keinen Sinn. Man könnte von tiefer, echter Geistesverwirrung sprechen, und in der Tat hat selten jemand so erfolgreich Verwirrung gestiftet.“

¹¹⁷ Stefan Wiederkehr: Kontinent Evrasija – Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins. In: Markus Kaiser (Hrsg.): Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa. Bielefeld, 2004

¹¹⁸ ebda S. 125 - 138

¹¹⁹ Walter Laqueur: Putinismus: Wohin treibt Russland? Berlin, 2015, S. 106-7

2003 hob Dugin in Moskau die „Internationale Eurasierbewegung“ aus der Taufe.¹²⁰ Besondere Aufmerksamkeit erregte diese Gruppierung u.a. durch Kranzniederlegungen am Grabe Stalins.¹²¹ 2007 gründete V. Putin die Stiftung Russkij Mir („Russische Welt“). Ziel und Aufgabe dieser Organisation ist die Förderung der russischen Sprache und Kultur vor allem in den vor allem besonders westaffinen ehemaligen Sowjetstaaten. Russkij Mir – formell ein Kulturprojekt ist zu einem wichtigen Instrument der Festigung und Verbreitung der Ideologie der russischen Dominanz im sog. „Nahen Ausland“ (Bližnee Zarubež'e) gemacht worden. Für die Russisch Orthodoxe Kirche / ROK, die offiziell der Stiftung Russkij Mir beigetreten ist, gilt die russische Sprache nicht nur „als kulturelles Band zur (ehemaligen) Heimat, sondern ebenso als Bekenntnis zur Orthodoxie.“¹²² Kreml und ROK sehen sich auch ideologisch vereint im Konzept der „Heiligen Rus“, d.h. der Annahme einer gemeinsamen ostslawischen Identität und dem daraus vermeintlich ableitbaren historischen Anspruch auf die Kiewer Rus als dem Ursprung Russlands und im Dogma, nach dem die Ukraine ihren unverrückbaren Platz ausschließlich im orthodoxen Russkij Mir hat.¹²³ Die Leitung der ROK verteidigt daher auch den Krieg gegen die Ukraine und macht sich damit an diesem Verbrechen mitverantwortlich.

Der belarussische Dichter Ihar Babkoŭ beschrieb das Wesen des Russkij Mir 2022 mit folgenden Worten: „Wenn wir über die ‚Russische Welt‘ sprechen, meinen wir eine bestimmte ideologische Doktrin und die ihr entsprechenden Praktiken des russischen Staates, die bereits seit einigen Jahrzehnten in latenter Form im politischen und kulturellen Bereich präsent sind, aber erst 2014/2015 vollständig zum Vorschein gekommen sind. Üblicherweise setzen wir diese neue ‚Russische Welt‘ in Anführungszeichen und markieren damit die Abgrenzung zur ideologischen Bedeutung des Begriffs in der Zeit davor, in der er die ‚kulturelle und wirtschaftliche Unterstützung der Russen im Ausland‘ bezeichnete, ebenso wie die allgemeine Bedeutung dieser Wortgruppe, die tatsächlich alles Mögliche heißen kann (darunter auch die schöne Utopie der russischen Kultur jenseits von Barrieren, Grenzen und Mächten). Die heutige ‚Russische Welt‘ umfasst Praktiken des brutalen und aggressiven Ne imperialismus, die vor allem gegen die direkten Nachbarstaaten gerichtet sind. Sie trägt aber auch eine allgemeine ‚geopolitische‘ Vision von der ganzen Welt in sich. Die Vorstellung von einer Zukunft der Menschheit, in der starke Herrscher effektiv und straffrei Ressourcen und Territorien unter sich aufteilen. Die wichtigste konzeptionelle Emotion, die der ‚Russischen Welt‘ zugrunde liegt, ist die postkoloniale Haltung eines Beleidigten, die an die Oberfläche tritt als ein ‚Warum mag man Russland nicht‘, ‚Warum werden Russlands Interessen nicht berücksichtigt‘ und ‚Warum haben sie Russland vergessen‘. Daher sind die Kriege an der Peripherie und die Destabilisierungsversuche der globalen Ordnung nur als Instrumente von Bedeutung, um Russlands Eintritt in die schöne neue Welt zu ebnen, in der es auch ‚Rechte haben‘ wird. Recht auf Krieg. Auf Lügen. Auf Mord und Inhaftierung kritischer Stimmen. Auf zynisches Ignorieren der öffentlichen Meinung. Auf eine Welt, in der mit Russland ‚gerechnet werden‘ muss. Diese postkoloniale Kränkung reift schon seit Längerem heran. Entsprechende Symptome findet man seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Doch der Übergang zur brutalen und aggressiven Phase geschah so abrupt und unerwartet, dass es ein wirklicher Schock für Intellektuelle war – sowohl in Russland als auch in Europa. Selbst heute kann ich nicht eine richtungsweisende Arbeit nennen, ob nun auf Deutsch oder Französisch, die über den Versuch der situativen Beschreibung der Ereignisse und Schuldzuweisungen hinausgeht und hinter dem ideologischen Konzept eine bestimmte Denkweise

¹²⁰ [ЕВРАЗИЯ - информационно-аналитический портал \(evrazia.org\)](http://evrazia.org)

¹²¹ [Евразийцы почтят память Иосифа Сталина. evrazia.news.org](http://evrazia.news.org), 16. 12. 2015 (Zugriff 3.4.2023)

¹²² Thomas Bremer: Die Russische Orthodoxe Kirche und das Konzept der „Russischen Welt“.

In: Russland-Analysen Nr. 289/2015 S.6-8

¹²³ Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. Berlin, 2014

Vgl. auch: Andreas Kappeler: [Revisionismus und Drohungen Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern. Microsoft Word - oe_7_2021_VIII_S_67_76.docx](#) (zeitschrift-osteuropa.de) 2021

erkennt und ihre Funktionsweise versteht.“¹²⁴ Dem aufmerksamen Beobachter Walter Laqueur war schon lange klar, dass diese neue herrschende Doktrin Russlands sich ideologisch und politisch in der autoritären Rechten angesiedelt hat.¹²⁵

Folgen der reaktionären Wende

Der russische Ökonom und Soziologe Vladislav Leonidovič Inozemcev,¹³⁹ ein bedeutender Kenner und Analytiker der Ära Putin, Gründungsdirektor des Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft [Centr issledovanij postindustrial'nogo obščestva], bezeichnete im Frühjahr 2018 den neuen Kalten Krieg zwischen dem Westen und Russland als eine Auswirkung des Abhandenkommens der Rationalität in der russischen Außenpolitik. Ein Ziel Putins sei nicht zu erkennen, außer es wäre jenes, in einem Land, das nicht einmal den Schein einer Demokratie wahre, Diktator zu werden. Auch die Versuche der Wiedererrichtung der Sowjetunion durch Integration sähen nicht vielversprechend aus.¹⁴⁰ Im Frühjahr 2022 erklärte Inozemcev, dass Putin „mustergültig den Katalog dessen erfülle, was Faschismus ausmacht“ und nannte in diesem Zusammenhang vier Säulen:¹⁴¹

1. Irredentismus und Militarisierung als Kernstücke der Ideologie,
2. eine fortschreitende Etatisierung der russischen Wirtschaft (im Sinne einer durch Bürokraten beherrschten Wirtschaft),
3. eine Umstrukturierung der Verwaltung hin zu einem absoluten hierarchischen Durchgriff von Macht und Gewalt sowie
4. Formen und Ausprägung der Symbolik und Propaganda.

Mit Bezug auf den russischen Überfall auf die Ukraine im Frühjahr 2022 meinte Inozemcev, dass Sanktionen alleine die Bevölkerung Russlands nicht dazu bringen werde, einen Putsch gegen das Putin-Regime durchzuführen. Für die „Mehrheit der Russen“ sei „die Ukraine tatsächlich ein abtrünniger Teil ihres Landes“. Ein Putsch und Kriegsende sei laut Inozemcev dann am aussichtsreichsten, wenn der Westen Putin wegen Kriegsverbrechen verurteilt, aber den größten Teil der politischen Elite davon ausnimmt und der Elite ein Ende der Sanktionen in Aussicht stellt, wenn Putin im Gegenzug „mit den designierten Generälen“ an den Internationalen Gerichtshof überstellt wird.¹⁴² Rückblickend glaubt Inozemcev, dass der Machtantritt von Vladimir Putin und die nachfolgende Errichtung eines korporativen, autoritären Regimes im Land keineswegs Zufall ist. Die Ursprünge des Putinismus liegen in der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik des neuen Russland, und zwar von seiner Gründung an – und die Demokraten von heute können allein sich selbst die Schuld für ihre Lage geben. Sie haben in den 1990-er Jahren ihre Chancen verspielt, an der Macht zu bleiben. Da waren es die ungestümen (neoliberalen) Wirtschaftsreformen, die dazu führten, dass die Wirtschaft um 30 % einbrach und infolge dessen die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze abrutschte. Dazu gesellte sich die extrem ungeschickte Verwaltung der Staatsfinanzen, die zur Entwertung des Rubels (1998) führte und schließlich die Absetzung der Regierung Primakov, der kompetentesten der postsowjetischen Ära. Voraussetzungen und Grundlagen für das Gewaltregime der Ära Putin wurden insofern geschaffen, als eine „superpräsidentielle“ Verfassung angenommen wurde, die dem Staatsoberhaupt praktisch außerordentliche Vollmachten verlieh. Die Unabhängigkeit von

¹²⁴ Ihar Babkou: [Von Fischen und Menschen | dekoder | DEKODER | Journalismus aus Russland und Belarus in deutscher Übersetzung](#) (17.3.2022, Zugriff 8.4.2023)

¹²⁵ Walter Laqueur: *Putinismus: Wohin treibt Russland?* Berlin, 2015, S. 237 ff.

¹³⁹ [Wladislav Inozemzew | dekoder | DEKODER | Journalismus aus Russland und Belarus in deutscher Übersetzung](#) (18.10.2016, abgerufen 3.4.2023)

¹⁴⁰ [Ошибка 401 \(snob.ru\)](#) (abgerufen 3.4.2023)

¹⁴¹ [Wladimir Putin ist ein Faschist, wie er im Lehrbuch steht \(nzz.ch\)](#) (10.3.2022, abgerufen 3.4.2023)

¹⁴² [»Russland ist eine klassische Diktatur« - sagt der russische Ökonom Wladislav Inozemzew - DER SPIEGEL 20.03.2022](#), abgerufen 3.4.2023)

Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht wurde beseitigt so konnte sich eine geschlossene Bürokratie und Finanzoligarchie bilden, die für den Erhalt des bestehenden Regimes arbeitete. Russland hat einerseits das Zeitfenster der demokratischen Regierungsjahre nicht genutzt, sich vom Imperialen der Vergangenheit zu verabschieden und andererseits kaum etwas für den Aufbau einer europäischen demokratischen Gesellschaft zu Wege gebracht. Im Gegenteil, die Politik des gewaltsamen Vorgehens gegen Oppositionelle, die unheilvolle und kriminelle Verfilzung von Geld und Bürokratie sowie eine Verklärung der imperialen Vergangenheit u.a.m. – alle diese besonderen Kennzeichen typisch für die Putin-Ära waren bereits angelegt, Putin brauchte dieses bereits vorhandene repressive Instrumentarium bloß zu bedienen – und gegebenenfalls zu verschärfen. Russland griff immer wieder auf Elemente des vorrevolutionären Imperiums zurück und verbaute sich die damit zukünftige Entwicklungsperspektiven in Richtung Entwicklung neuer (konfliktbereinigter) Beziehungen. Damit geriet Russland immer mehr in Selbstisolation, die Bevölkerung wurde durch nahezu unausweichliche und allgegenwärtige Indoktrinierung durch gleichgeschaltete Medien mit autoritärem, intoleranten, empathielosen, ignorantem, militaristischem und imperialem Denken ausgesetzt und buchstäblich zombisiert. Wenn auch die Idee einer Integration mit dem Westen („Europa von Lissabon bis Vladivostok“, „Gemeinsames Haus“) noch unter Gorbatschow eine mögliche Zukunftsvision darstellte, so hätte dieses Konzept bedingt, dass Russland das Imperiale aufgibt und sich mit den anderen Partnern auf eine Ebene stellt, es hätte die Akzeptanz demokratischer Lebensentwürfe und staatlicher Strukturen erfordert. Das war mit den Führungsansprüchen der „Russischen Welt“ nicht vereinbar. Mit der Machtübernahme Putins waren diese Öffnungen in Richtung demokratischer Lebens- und Politikentwürfe ohnedies zu Grabe getragen. Das Putin-System war schon im alten System angelegt, es hat ja keine „demokratische Revolution“ stattgefunden, die die reaktionären Elemente beseitigt hätte, so erschien die Restauration des Alten fast unausweichlich. Die dritte Präsidentschaft Putins stand im Zeichen der Kontinuität des gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Verfalls und machte eine neue Erzählung notwendig. 20 Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion war die Identitätsfrage noch nicht geklärt, ebenso wenig wie die des Verhältnisses Russlands zum Westen, Russlands Platz in der Welt. Die inneren und äußeren Krisen standen klar im Gegensatz zum Image eines sich stark gebenden Präsidenten. Putin vollzog eine konservative Wende mit antiwestlicher Ausrichtung, richtete die Staatsphilosophie neu aus mit einer Abkehr vom Liberalismus, demokratischen Prinzipien, etc. hin zu autoritären Politikformen. Dazu wurde die Bevölkerung ideologisch und propagandistisch mobilisiert und emotionalisiert durch Hebung des Nationalstolzes, Popularisierung der Großmachtphantasien, Konstruktion eines Bedrohungsszenarios durch den Westen, insbesondere einer Einkreisungsphobie, durch Mythologisierung der 1000-jährigen Geschichte Russlands, der Orthodoxie, der Kiewer Rus‘, ... Die neue Erzählung fußt auf dem Nationalismus, dem russischen Weg, dem Eurasismus, der Betonung der besonderen Kultur und Zivilisation des russischen Volkes. In dieser Verschmelzung historischer Konzepte wird eine reaktionäre Staatsideologie etabliert, nach der die Russische Föderation als Gegenmodell zu westlichem Multikulturalismus dargestellt wird. Der Putinismus forciert eine sehr einseitige, russisch-nationalistische demagogische Geschichtsinterpretation, aufbauend auf Dogmen von der Unbesiegbarkeit, der „ewigen Unschuld“, des „Opfers“ infolge westlicher Macht- und Herrschaftsansprüche (Motto: „Westen will immer schon Russland zerstören“), des Mythos Russland habe nie einen anderen Staat angegriffen etc. Diese manipulative Geschichtsdarstellung blendet die koloniale Vergangenheit Russlands aus ebenso wie die sowjetischen Interventionen (z.B. „Brüderliche Hilfe“ in Ungarn 1956, der ČSSR 1968, Afghanistan) und die postsowjetischen Kriege (Georgien, Ukraine usw.). Manipulative Geschichtsdarstellung und patriotische Legenden von der russischen Unbesiegbarkeit (trotz der zahlreichen Niederlagen in der Vergangenheit), die grenzenlose Heldenverehrung münden schließlich in einem neuen, „gesäuberten“ Geschichtsbild, in dem Stalin als Sieger über Hitler und den Nazismus in neuem Glanz (und neuer Unschuld) erscheint, der Stalinsche Terror wird tabuisiert. Die Glorifizierung und gleichzeitige

„Russifizierung“ des Sieges über Nazideutschland – russisches Heldentum, russische Opfer, etc. – sind ein Reflex des russischen Kolonialismus insofern, als der Beitrag der Ukraine und Weißrusslands im Kampf gegen Hitlerdeutschland minimalisiert und marginalisiert wird. Im Fall der Ukraine arbeitet die Kremlpropaganda besonders die Kollaboration einiger (insbesondere antisowjetischer) Kräfte mit Nazideutschland (wie Stepan Bandera) heraus (unterschlägt aber den sog. „Hitler-Stalin-Pakt“, als den folgenschwersten Fall der Kollaboration Nazi-deutschlands mit dem Sowjetimperialismus) und redet den Anteil der Ukraine an der Befreiung vom Nazijoch klein. „Die Ukraine, einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkrieges, war im Jahre 1945 weitgehend zerstört. Nur 19 Prozent der Industrieanlagen waren noch intakt, die Industrieproduktion war auf etwa ein Viertel des Vorkriegsstandes gesunken. Die meisten Städte lagen in Trümmern. Die Bevölkerung der Ukraine hatte erneut gewaltige Verluste erlitten, die Schätzungen bewegen sich zwischen 6 und 8 Millionen. Im Ganzen waren in der Ukraine zwischen 1930 und 1944 zwischen 12 und 14 Millionen Menschen durch Terror, Hungersnot [Holodomor, G.F.] und Krieg ums Leben gekommen. [...] Nachdem der größte Teil der Juden von den Deutschen Besatzern ermordet worden waren und auch die Ukraine-Deutschen ausgesiedelt worden bzw. ausgewandert waren, hatte die Ukraine ihren polyethnischen Charakter, der ihre Geschichte seit Jahrhunderten geprägt hatte, verloren. Die einzige nichtukrainische Gruppe bleiben die Russen, und das russisch-ukrainische Verhältnis ist bis heute ein zentrales Problem geblieben.“¹⁴⁷

Eine differenzierte Sicht auf die russisch-ukrainischen Beziehungen widerspiegelt sich nicht in der aktuellen russischen Erzählung, so wurden der Slogan „Krym naš“ (Die Krim gehört uns), die Rede von der „Heimholung“ der Krim und des Donbass zum alles übertönenden Kampfruf der russischen Propaganda. Der russische Nationalismus und Chauvinismus ist skalierbar, wie Putin vorführt: „Wenn jemand Russland zerstören will, haben wir das Recht zu antworten. Das wäre eine Katastrophe für die Menschheit und die Welt. Aber als Bürger frage ich: Wozu brauchen wir eine Welt, in der es kein Russland gibt?“ (Aussage Putins anlässlich der Wiederwahl im TV-Interview 18. 3. 2018¹⁴⁸). Diese Aussage hat es in sich, Putin unterstellt darin, Russland sei wichtiger als andere Nationen, Russen mehr wert als andere Menschen. Eine Welt ohne Russland rechtfertige die Zerstörung der Welt, der menschlichen Zivilisation, sie verliere das Existenzrecht. Putin stellt die Drohung mit der Zerstörung der Welt in den Raum sieht sich legitimiert durch die Überhöhung der eigenen Nation auf Kosten der anderen. M. Thumann kennt Putin seit 1990 und weiß, dass dieser nicht immer diese Position vertreten hat. Putin hat sogar vor Nationalismus gewarnt (zumindest allgemein, ob er den russischen Nationalismus damit auch gemeint hat, ist eine andere Frage), er ist erst später zum Nationalisten geworden. Zweifellos kann Putin verschiedene Rollen einnehmen, wenn es die Opportunität der Machterhaltung erfordert, warum dann nicht auch die des Gelegenheitsnationalisten. Zu Beginn seines nationalistischen Strategiewandels zeigte er noch nicht sein Macho-Gehabe sondern war eher zurückhaltend, aufmerksam, sogar vorsichtig. Dem Westen bot er (durchaus glaubwürdig) die Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind des Terrorismus an – er führte auch gerade Krieg in Tschetschenien, den er auch mit antiislamistischen Argumenten rechtfertigte. Im Inneren schien Putin der Garant von Stabilität zu sein, steigende Öl- und Gaspreise erlaubten wirtschaftlichen Aufschwung, Investitionen in Infrastruktur wurden getätigt – allerdings musste die Bevölkerung den steigenden Wohlstand mit zunehmendem Verzicht auf Mitsprache, also Konsum statt Teilhabe bezahlen. Die Idee – Russland als Imperium vieler Völker unter russisch-ethnischer Leitkultur, eurasischer Russozentrismus, Russkij Mir (wie ihn A. Dugin predigt) im Gegensatz zum Multikulturalismus europäischer Prägung wurde von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung getragen – eine Folge der intensiven medialen Indoktrination.

¹⁴⁷ Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München, 2022⁷, S.224-225

¹⁴⁸ Zit. bei Michael Thumann: Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München, 2023, S. 93

Nach Außen pflegt(e) Putin „Autokratensolidarität“ mit Potentaten wie Erdoğan, Trump, Xi Jinping, Orbán, Baschar al-Assad, Lukašenka, Kassym-Šamart Tokaev usw., die ebenfalls den Nationalismus aus Gründen des persönlichen Machterhalts fördern und hochhalten. Ideologisch ist das Terrain schon vorbereitet, Solženicyns Idee der dreifaltigen slawischen Gesamt-ethnie in Bezug auf Russland, die Ukraine und Belarus‘ musste nur noch adaptiert werden gleichsam als Export der Idee der „Russischen Welt“ in die Nachbarländer. Das ethnisch-russische Weltbild, das Ziel Russlands als Imperium unter russischer Führung zu reinstallieren – diese Erzählung „kam an“: Putins Popularität erreichte seinen Höhepunkt nach der Annexion der Krim. „Im Krieg gegen die Ukraine hat er die Nationalisten von der Leine gelassen, um aufkeimenden Unmut im Land über die Mobilmachung und die Niederlage der Armee sofort zu ersticken. Bis heute lässt er sich an der Macht von einer Welle des Nationalismus tragen, der sich aus militärischen Abenteurern und der scharfen Konkurrenz zum Westen nährt.“¹⁴⁹

Auch Erdoğan hat sich aus Gründen des Machterhalts zum Nationalisten und konservativen Moslem gewandelt. 2015 suchte er Konflikte mit der Kurdenpartei, ging ein Bündnis mit der MHP ein (Bündnis von Panturkisten, Ethnonationalisten, Faschisten) ein, mischte in den Konflikten um Berg-Karabach und in Libyen mit, schürte eine Krise mit Griechenland usw. Xi Jinping machte China zur nationalistischen Festung (mit imperialistischen Ambitionen), Donald Trump träumte von einem wieder groß zu machenden Amerika, V. Orbán wandelte sich zum glühenden Nationalisten und Mitläufer Putins usw. Die neuen Nationalisten vereint außerdem die Ablehnung der Klimaziele, der Sanktionen gegen Russland, die Aversion gegenüber freien Medien, demokratischen Strukturen, Diversität, Frauenrechten usw. Zu dieser ideologischen Wende trägt auch wesentlich die Führung der russischen Orthodoxie bei. Patriarch Kirill, ein Vertrauter Putins, ist zu einer Art Chefideologen aufgestiegen. Er verleiht Putin sozusagen die höheren Weihen, indem er ihn als „Gottgesandten“ bezeichnet.¹⁵⁰ Zu weiteren führenden Persönlichkeiten, die führend im ideologisch-politischen Machtapparat integriert sind, zählen:

Igor‘ Vsevolodovič Girkin, Pseudonym Igor Ivanovič Strelkov, war bis 2013 Reserveoberst des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB und kämpfte in den Tschetschenienkriegen. Darüber hinaus war er im Transnistrienkonflikt und auf dem Balkan im Einsatz sowie bei der Annexion der Halbinsel Krim tätig. Er gilt nach übereinstimmender Sichtweise als einer der Hauptinitiatoren der Aufstandsbewegung im Donbas. Er ist ein Scharfmacher der Sonderklasse.

Igor‘ Nikolaevič Panarin,¹⁵¹ Politologe, Psychologe und Ökonom. Er lehrt an der Diplomatischen Akademie des Ministeriums für äußere Angelegenheiten der Russischen Föderation [Diplomatičeskaja akademija Ministerstva inostrannyh del Rossijskoj Federacii]. Aus seiner Feder stammt eine Reihe jenseitiger Ideen, z.B. dass Trotzki der wahre Vater des Nationalsozialismus sei, und: er wisse, wer Hitler zwang, Stalin anzugreifen¹⁵² u.ä. Absurditäten. Er erstellt(e) verschiedene Prognosen z.B. für die US-amerikanischen Konjunkturaussichten und den Zustand des russischen Staates, sagte für das Jahr 2010 den möglichen Beginn des Untergangs der USA voraus udgl. Ein Bürgerkrieg würde zum Zusammenbruch der USA führen – das Land würde ein ähnliches Schicksal erleiden wie Jugoslawien und die Sowjetunion. Erstaunlich sind nicht seine Ergüsse, die eher an miese Science Fiction erinnern, sondern die Tatsache, dass ein Lehrender an der diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums sich nicht entblödet, so eine Menge an Unsinn von sich zu geben.

¹⁴⁹ ebda, S. .99

¹⁵⁰ [Der Kriegstag im Überblick: Kirill sieht Putin als Gottgesandten - Ukraine ruft Kremltruppen zur Meuterei auf - n-tv.de 07.10.2022](#) (Aufruf 17.4.2023)

¹⁵¹ Siehe auch [Аналитический сайт Игоря Панарина \(panarin.com\)](#) (Seite nicht sicher, abgerufen 6.14.2023)

¹⁵² <http://orientalreview.org/2010/11/04/episode-6-leon-trotsky-father-of-german-nazism-ii> (Zugriff 14.34.2023)

Nikolaj Viktorovič Starikov, er ist Schriftsteller und Publizist sowie politisch tätig, ist Mitglied des Izborskij-Klubs an. Er ist Autor von Publikationen zweifelhaften Inhalts. So vertritt er die Ansicht, dass Stalin bei der Entwicklung des Landes eine positive Rolle gespielt hat und dass dieser 1953 von westlichen Geheimdiensten vergiftet worden ist. Zu Lebzeiten von Michail Gorbatschow agitierte er dafür, dass man ihn wegen Vaterlandsverrats vor Gericht stellen und den Aktivistinnen der Punk-Band Pussy Riot die russische Staatsbürgerschaft entziehen und sie aus dem Land verbannen sollte. Er tritt als Verteidiger der traditionellen Familie und strikter Gegner von Homo-Ehen auf. Im Jahre 2017 veröffentlichte er das Buch „Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen“ in deutscher Sprache (im einschlägigen litauischen Verlag Baltosios Gulbes, wo er schon andere Bücher auf Russisch wie auf Litauisch herausgebracht hat). Es trägt den Untertitel: „Dieses Buch erzählt die wahren Ursachen, Hintergründe und Inspiratoren des schrecklichsten und grausamsten Krieges in der Geschichte der Menschheit“. Seine historisierenden Texte verzichten weitgehend auf wissenschaftliches Fundament der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung, auch wenn er viele seiner Quellen korrekt zitiert, bietet statt dessen allerlei verschwurbelte Theorien und Erklärungen an. Von ähnlicher Qualität ist sein Buch „Die Tragödie der Ukraine: Ein geopolitisches Tagebuch“ aus dem Jahr 2014.¹⁵³ Starikov sieht sich als Friedensaktivist und tritt auch bei entsprechenden Veranstaltungen in Westeuropa auf.

Aleksandr Andreevič Prochanov, gehört zu den umstrittensten Schriftstellern und politischen Akteuren Russlands. Er bezeichnet sich als sozialistischen Patrioten (was auch immer dies im Kontext des zeitgenössischen Russland bedeuten mag), er vertritt extrem nationalistische, russisch-großmachtchauvinistische und antisemitische Positionen. Während des Augustputschs 1991 stand er auf der Seite der Aufständischen. Prochanov ist der Gründer und Vorsitzender des nationalistisch ausgerichteten Think Tanks Izborsk-Klub und Gründer und Chefredakteur der umstrittenen, rechtsradikalen Zeitung *Zavtra* (Morgen). Er war u.a. Berater des Präsidentschaftskandidaten der Kommunistischen Partei Gennadij Andreevič Zjuganov (2000), erstand auch in Kontakt mit dem Holocaustleugner und Ku-Klux-Klan-Chef David Duke, den er nach Moskau einlud. 2013 nannte er Michail Gorbatschew das „Synonym des Bösen“. Er sei verantwortlich gewesen „für das Scheitern einer großen Zivilisation“. 2014 erklärte er, er sei ein Befürworter des Kalten Krieges, zum Jahresende 2014 behauptete er im iranischen Fernsehen, Israel und die USA würden die Terrororganisation Islamischer Staat unterstützen, um Russlands Einfluss im Nahen Osten und im Nordkaukasus zurückzudrängen, usw. Schon 2009 zählten Alexander J. Motyl und Irmgard Hölscher Prochanov zu den „Mainstream-Faschisten“ Russlands.¹⁵⁴ In seiner literarischen Arbeit polarisiert Prochanov seine russische Leserschaft insbesondere durch seine z.T. vulgäre Sprache und provokante Behauptungen. In seinem 2001 veröffentlichten surrealistischen Kriminalroman „Herr Hexogen“ (*Gospodin Heksogen*), einem Bestseller, wird ein antisemitisches Stereotyp bemüht, wonach Juden gesunden Russen Blut und Organe entnehmen wollen, um sie an Kliniken in Israel zu verkaufen. Die Rezensenten seiner literarischen Arbeiten heben positiv insbesondere seine Originalität, das Abarbeiten post-moderner Ethik hervor, andererseits stoßen sie sich an der provokant vorgetragenen imperialistischen und extrem nationalistischen Propaganda.

Sergej Aleksandrovič Karaganov, ist Politikwissenschaftler, seit 1983 stellvertretender Direktor des Europa-Institutes an der Russischen Akademie der Wissenschaften, Dekan der Fakultät für Weltwirtschaft und internationale Angelegenheiten an der Wirtschaftshochschule Moskau (*Nacional'nyj issledovatel'skij universitet „Vysšaja škola ekonomiki“ (NIU VŠĖ)*), seit 1998 Mitglied der Trilateralen Kommission, Berater von El'cin, Putin, Mitbegründer des Valdaj-

¹⁵³ <http://zentrale-friedenspolitik.biz/book/die-tragoedie-der-ukraine-ein-geopolitisches-tagebuch/>

¹⁵⁴ Alexander J. Motyl and Irmgard Hölscher: *Russland: Volk, Staat und Führer: Elemente eines faschistischen Systems on JSTOR* (2009, Zugriff 8.4.2023)

Klubs; usw. Seiner Ansicht nach soll das Modell eines eurasischen Wirtschaftsraums mit russischer und chinesischer Führungsrolle umgesetzt werden, um die Dominanz der USA zu beenden. Dabei blendet er unrealistischer Weise die Frage der unterschiedlichen bis gegensätzlichen hegemonialen Ansprüche und Vorstellungen Russlands und Chinas aus. Das nach dem Untergang der UdSSR von ihm entwickelte neoimperialistische Konzept, die sogenannte „Karaganov-Doktrin“, besteht darin, dass Moskau sich als Schutzmacht für die Einhaltung der Menschenrechte ethnischer Russen im sog. „Näheren Ausland“ aufstellen soll, um in diesen Regionen (speziell in den baltischen Staaten) politischen Einfluss zu gewinnen.¹⁵⁵ Das Modell Eurasien ist für ihn ein Großraum, der auf der engen Zusammenarbeit Russlands mit China in der Form der Zusammenführung der Eurasischen Wirtschaftsunion und dem Projekt der Neuen Seidenstraße beruhen soll. Seiner Vorstellung nach könne Russland zu einem eurasischen ökonomischen und politischen (Macht-)Zentrum zu werden, das als Exporteur von Rohstoffen, Produzent energieintensiver und einiger hochtechnischer Produkte und als Hauptanbieter von Sicherheit für den Kontinent fungieren könne.¹⁵⁶ Als Endresultat werde ein Groß-Eurasien einem Groß-Amerika gegenüberstehen, wobei Russlands relative ökonomische Schwäche das riesige Rohstoffpotenzial und durch die wirtschaftliche Stärke Eurasiens ausgeglichen werden könne: „Wir wollen eine weitere Destabilisierung der Welt verhindern. Und wir wollen den Status einer Großmacht. Wir können darauf leider nicht verzichten – dieser Status ist in den vergangenen 300 Jahren zum Teil unseres Erbguts geworden. Wir möchten das Zentrum eines großen Eurasien sein, einer Zone von Frieden und Zusammenarbeit. Zu diesem Eurasien wird auch der Subkontinent Europa gehören.“¹⁵⁷ 2021 sah Karaganov die Weltpolitik an einer Wasserscheide, es entscheide sich, welche Staaten zu einem Groß-Eurasien und welche zu einem Groß-Amerika gehören werden. Ein neuer Kalter Krieg habe seiner Ansicht nach bereits begonnen, den Russland und China jedoch vereint gewinnen würden.¹⁵⁸ Mit China verbinde Russland fast eine Allianz, jedoch habe Russland auch gute Beziehungen zu Indien, den arabischen Staaten, dem Iran und den EU-Staaten Österreich und Ungarn aufgebaut. Man müsse Peter dem Großen für die Europäisierung danken, die eine große Kultur und die russische Armee geschaffen habe, aber nun wirklich zu Eurasien werden. Man brauche nichts mehr von Europa, auch keinen Rat.¹⁵⁹ Die bisherige Sicherheitsarchitektur Europas solle mittels konstruktiver Zerstörung obsolet gemacht werden, deren Beginn stelle die Ende 2021 im Rahmen der Ukraine Krise erfolgte ultimative Aufforderung Russlands an die NATO dar, den Aufbau militärischer Strukturen nahe Russland generell zu unterlassen und auf jede Erweiterung im Osten zu verzichten. So solle die nach dem Kalten Krieg entstandene Ordnung durch neue Beziehungen zum Westen ersetzt werden. Interessanter Weise bezeichnete er das „Sammeln der Länder“, die Russland verloren gingen, als Fehlentwicklungen der Geschichte, die korrigiert werden müssten und warnte vor zu ehrgeizigen Zielen Russlands. Das Einverleiben weiterer Territorien (z.B. der Ukraine) sei unrealistisch und zu kostentintensiv. Kurz vor Invasionsbeginn nannte er eine Eroberung der Ukraine und die Herrschaft über ein zerstörtes Land mit feindlicher Bevölkerung noch ein „Worst-Case-Szenario“. Die Ukraine solle ein Pufferstaat sein.¹⁶⁰ Die Ukraine sei lediglich eine auszuschaltende Gefahr und eine Last für Russland, für die man keine ökonomischen Ressourcen verschwenden solle. Statt dessen würde der Aufbau Sibiriens Siedler aus der ehemaligen Sowjetunion anziehen, darunter auch Ukrainer. Der Gedanke, Russland würde nach

¹⁵⁵ David J. Smith: *The Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania*. London, 2002, S. 161

¹⁵⁶ Sergej Karaganov: *From East to West, or Greater Eurasia — Russia in Global Affairs* (15.10.2016)

¹⁵⁷ Sergej Karaganov: *The new Cold War and the emerging Greater Eurasia* - ScienceDirect 2.7.2018

¹⁵⁸ Russland: Sergej Karaganow droht mit Vernichtung von Nato-Waffen - DER SPIEGEL 11.07.2016,

¹⁵⁹ Renowned Russian Academic Karaganov: 'The U.S. Helped China Build Its Current Strength; When They [The U.S.] Came To Their Senses, It Was Too Late' | MEMRI (29.12.2021)

¹⁶⁰ Karaganov: Russia shall not attack Ukraine. Its future lies with Eurasia and with China - FRONTIERE 26.1.2022

Kyjiv vorstoßen wollen, sei gänzlicher „Nonsens“.¹⁶¹ Im Juni 2022 bekräftigte er jedoch, dass der Krieg gegen die Ukraine von Russland als existentiell angesehen werde, im Falle einer Niederlage drohe der Zerfall des Landes, worauf westliche Kräfte auch hinarbeiteten. Deswegen Sorge er sich um eine Eskalation, eine Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO würde die Schwelle zur nuklearen Eskalation weiter senken. Zur Zukunft der Ukraine meinte er, dass dieses Land der große Verlierer sein werde, das Land würde irgendwie geteilt werden müssen, damit Russland in irgendeiner Form siegreich bliebe, wie immer das auch aussehe. Denkbar sei darum eine Aufteilung der Ukraine unter verschiedenen Staaten.¹⁶²

Im Juni 2023 forderte Karaganov in einem Fachaufsatz¹⁶³ die glaubwürdige Drohung mit und gegebenenfalls den Einsatz von Atomwaffen gegen westliche Länder wie beispielsweise Polen oder die USA. Atomwaffen seien „Gottes Waffe“, die dieser den Menschen bewusst (!) geschenkt habe, ihr Auftreten habe durch den damit verbundenen Schrecken dafür gesorgt, dass Mächte nebeneinander friedlich existieren konnten. Der Westen habe diese Lektion aber vergessen, sie müsse erneut verdeutlicht werden. Ein Angriff auf westliche Länder würde es den westlichen Mächten erlauben, ihre Unterstützung für die Ukraine zu beenden. Der Einsatz von Atomwaffen sei eine schwere moralische Entscheidung, die aber die Menschheit vor ungewollter Vernichtung durch unkontrollierte Eskalation retten könne, denn danach würden die USA eine multipolare und multikulturelle Welt akzeptieren und ihren – so Karaganov – totalitären Anspruch aufgeben. Ein konventioneller Sieg in der gesamten Ukraine alleine würde Russland nicht reichen, denn danach begäbe eine schwierige Besatzungszeit über eine feindliche und vom Westen weiterhin unterstützte ukrainische Bevölkerung, deren Umerziehung (Karaganov spricht auch von „Erlösung“) mindestens ein Jahrzehnt dauern würde und wertvolle Ressourcen, die besser im Osten Russlands und in Sibirien eingesetzt werden sollten, verbrauchen würde. Nur der nuklear erzwungene Fortfall westlicher Unterstützung ermögliche den erstrebten Sieg, den Karaganov in einem umfassenden strategischen Rückzug und einer Kapitulation des Westens und in der russischen Sicherung südlicher und östlicher Gebiete der Ukraine und einem unbewaffneten westukrainischen Rumpfstaat als Puffer sieht. China und andere nicht-westliche Staaten würden öffentlich einen Atomwaffeneinsatz zwar nicht unterstützen, die durch ihn verursachte Schwächung der USA und der ehemaligen Kolonialherren insgeheim aber bejahen. Schließlich würden Sieger nicht verurteilt werden und den Rettern werde gedankt. Russland müsse den Westen insgesamt in die Schranken weisen und Putin hätte dementsprechend erste eskalatorische Schritte, wie die Verlegung von Atomwaffen nach Belarus‘, getätigt, denen aber weitere folgen müssten. Die USA würden sich fürchten, auf nukleare Schläge in Europa nuklear zu antworten und das bedeute den russischen Sieg.

Vladimir Aleksandrovič Kučerenco, Pseudonym *Maksim Kalašnikov*, gilt als Experte für russische Geschichte, Wirtschaft und Militärwesen. Er hat sich einen Namen als russisch-nationalistischer Agitator gemacht, kritisiert das moderne Russland und verteidigt den Stalinismus, d.h. die Sowjetunion minus L. Brežnev und M. Gorbachëv. Er befürwortet ein russisches Imperium bestehend aus der Russischen Föderation, der Ukraine, Belarus‘, Transnistrien, Abchazien und Südossetien. Er hat mehrere rechtsextreme und rassistische Bestseller verfasst, in seiner Philosophie spielen auch abgewandelte Theorien vom Übermenschen eine tragende Rolle. „Für den Wiederaufstieg Russlands nennt Kalaschnikow zwei Bedingungen: Erstens müsse ein neuer russischer Mensch geschaffen werden. Die gegenwärtige russische Mentalität sei hoffnungslos dumm, da die Russen nicht einmal ihr eigenes Interesse erkennen. Das Land sei unheilbar

¹⁶¹ [Renowned Russian Academic Karaganov: NATO Is A 'Cancer': As The Americans Threaten Us With Crippling Sanctions, They Should Remember That Together, Russia And China Can Cripple The West Through Cyber War | MEMRI 8.2.2022](#)

¹⁶² [“Russia cannot afford to lose, so we need a kind of a victory”: Sergey Karaganov on what Putin wants - New Statesman 23.2.2023](#)

¹⁶³ [Тяжкое, но необходимое решение — Россия в глобальной политике \(globalaffairs.ru\) 13.6.2023](#)

krank, werde untergehen und verschwinden, wenn nicht ein neues Geschlecht von Russen auf den Plan trete. Es müsse eine neue Nation entstehen, ein neues Geschlecht von Übermenschen. An diesem Punkt betritt Kalaschnikow ein Gebiet, das nicht gar so neu ist, nämlich dasjenige des NS-Projektes ‚Ahnenerbe‘, das darauf abzielte, eine neue nordische Rasse zu schaffen. [...] Als zweite Bedingung nennt Kalaschnikow die Geheimhaltung. Die Entwicklung der neuen Rasse, der neuen Wirtschaft der neuen Sowjetunion: alles müsse im Geheimen geschehen. Andernfalls würden dunkle Kräfte den Fortschritt sabotieren ...“¹⁶⁴

¹⁶⁴ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022, S. 113-4

Putinisierung Russlands

Ab 2012 wird erkennbar, dass Putin die politische Macht auf einen inneren Zirkel konzentriert, das informelle „Putin-Syndikat“,¹⁶⁶ dem folgende Personen zugezählt werden: der ehemalige Präsident Dmitrij. Medvedev, der Vorsitzende der Präsidentialadministration Sergej Ivanov, Igor‘ Ivanovič Sečin (Vorstandsvorsitzender Rosneft), Gennadij Nikolaevič Timčenko (Aufsichtsratsvorsitzender der Gasfirma Novatek, Mitinhaber der Ölhandelsfirma Gunvor,), Sergej Viktorovič Čemezov (Generaldirektor von Rostechnologija), Sergej Seměnovič Sobjanin (Oberbürgermeister von Moskau), Vjačeslav Viktorovič Volodin (Stellvertreter des Präsidentialamtsleiters S. Ivanov). Dieser Kreis übt die wirkliche Macht im Staat aus, die Duma wurde auf eine rituelle Rolle der beschränkt – sie segnet bloß ab bzw. winkt durch, was das Syndikat beschlossen hat. Mitte März 2020 wurde vom Parlament (mit einer einzigen Gegenstimme) eine Verfassungsänderung verabschiedet, die es Putin ermöglichte, ein weiteres Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren. Gleichzeitig wurde ein Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe beschlossen – und Populismus pur: Vor der Parlamentswahl im September 2021 erwirkte Putin Zahlungen an alle Rentner sowie an Eltern für jedes schulpflichtige Kind (einmalig circa 10.000 Rubel – 115 Euro), an Mitglieder von Armee, Polizei und anderen uniformierten Sicherheitskräften (15.000 Rubel – 173 Euro).

Ein großes Anliegen Putins war und ist der Rückbau bzw. die Auflösung demokratischer Entwicklungen. So schwächte er mit einem folgenschweren Eingriff in die Realverfassung die Regionen gegenüber der Zentrale in Moskau, indem er sie unter Aufsicht der (insgesamt acht) Föderationskreise [Federal’nyj okrug] – Fernost, Nordwestrussland, Sibirien, Südrussland, Nordkaukasus, Ural, Wolga, Zentralrussland – stellte, in deren Führungspositionen er vornehmlich ehemalige Geheimdienst- und Militäroffiziere installierte. Föderationskreise sind in der Verfassung nicht vorgesehen, sie wurden per Dekret des Präsidenten im Jahr 2000 eingeführt. Jedem Föderationskreis steht ein vom Präsidenten der Russischen Föderation ernannter persönlicher und bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten (Polnomočnyj predstavitel‘ prezidenta) vor, der mit Kontrollfunktion ausgestattet ist. Seit 2004 kann der Staatspräsident auch die Gouverneure ernennen und damit im Föderationsrat und dem Gesamtparlament seine Vorhaben steuern, ohne wirksame Einsprüche befürchten zu müssen. Der Kreml hat sich auch das Durchgriffsrecht erwirkt und kann missliebige politische Parteien und unabhängige Kandidaten von Wahlen ausschließen. So hat sich Putin ein kaum zu durchdringendes Netz von Kontrollen und Sicherheitsinstanzen geschaffen, das intern sein politisches Überleben garantiert, indem es so gut wie jede Form von „Palastrevolutionen“ im Kern ersticken kann. In ihrem Buch „In Putins Russland“¹⁶⁷ beschreibt Anna Politkovskaja Putins Herrschaft als Konglomerat aus mafiosen Unternehmern, der Justiz und der Staatsmacht, der Stärkung der Geheimdienste, Filz von Organisiertem Verbrechen, Polizei und Justiz, staatlicher Duldung rassistischer und neofaschistischer Organisationen, der Existenz brutaler und korrupter Verhältnisse in der Armee.

Ende der Pressefreiheit Umbau der Medienlandschaft

Laut russischer Verfassung ist die Pressefreiheit in Russland garantiert. Seit Beginn von Putins Amtszeit wurde aber die Möglichkeit der freien und unabhängigen Berichterstattung, die noch unter El‘cin möglich war, sukzessive eingeschränkt. Mit Amtsantritt 2000 machte sich Putin daran, nicht loyale Medienbesitzer zu entmachten mit dem Ziel der Abschaffung der Meinungs- und Pressefreiheit und der Gleichschaltung der Diskurse. Das erste Opfer war Vladimir

¹⁶⁶ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S. 116-117

¹⁶⁷ Anna Politkovskaja: In Putins Russland. Köln, 2005

Aleksandrovič Gusinskij, dem durch entsprechend zurecht frisierte Gerichtsverfahren der Sender NTV entrissen wurde, ein ähnliches Los traf Boris Abramovič Berezovskij, dessen Sender ORT (Ostankino RT, ab 2002 Kanal 1 [Pervyj kanal]) und die Zeitungen Nezavisimaja gazeta und Kommersant“ entrissen und Putin-loyalen Besitzern übertragen wurden. Nach diesen juristisch-politischen Husarenstücken musste Putin in Russland keine oppositionellen Meinungen seitens der großen Fernsehstationen mehr fürchten. Alternative Medien hatten eine zu geringe Reichweite, als dass sie ihn hätten schädigen können. Nach 2014 (Angriff auf die Ukraine, Annexion der Krim) wurden alle landesweiten Medien gleichgeschaltet, die Corona-Epidemie 2020 war dann der Probedurchgang für die Kriegszensur. Das Arbeitsklima für Journalisten hat sich drastisch verschlechtert: Laut Reporter ohne Grenzen müssen sie mit Gewalt oder gezielten Anschlägen rechnen, sofern sie kritisch über bestimmte politische Zusammenhänge Missstände oder Negatives über die Regierung berichten. Gewalttaten und Morde an Journalisten wurden und werden selten erfolgreich von der Justiz verfolgt.¹⁶⁸ Daher rangiert Russland (Stand Mai 2021) auf Platz 150 von 180 im Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen.¹⁶⁹ Seit dem 24. 2. 2023 gibt es in Russland de facto keine unabhängige Medienberichterstattung mehr (der einzige freie Radiosender Écho Moskvj wurde stillgelegt), viele kritische Journalisten haben sich ins Ausland abgesetzt, um drohenden drastischen Strafen zu entgehen. Die dort produzierten und von dort gesendeten Nachrichten und Fernsehprogramme haben jedoch in Russland eine geringe Verbreitung. Somit verfügt der Kreml über ausschließliches Medienmonopol und kann ungehindert seine Sichtweise durchsetzen. Die staatliche Kontrolle über die Medienberichterstattung fand durch die Gründung des Medienunternehmens Rossiya Segodnja per Dekret des russischen Präsidenten 2013 einen weiteren Höhepunkt: Zweck und Ziel ist die Verbreitung gezielter Kreml-Propaganda im In- wie im Ausland. Chef des Unternehmens ist Dmitrij Konstantinovič Kisel’ev, erste Chefredakteurin ist Margarita Simonovna Simon’jan, die als Zentralfigur der russischen und Falschinformationen gilt, deswegen wurde sie auf die Sanktionsliste der EU gesetzt. Seither wird Russland zur Gänze von der Staatspropaganda beherrscht. Hauptverantwortlich für die Medienkontrolle ist Aleksej Alekseevič Gromov. Er studierte Geschichte der süd- und westslawischen Völker an der Universität Moskau und arbeitete nach seinem Studienabschluss 1982 für die Regierung im Außenministerium, seit 1996 direkt für den Präsidenten seit 2008 als stellvertretender Stabschef. Er hat enge Beziehungen zu den Oligarchen Oleg Deripaska und Roman Abramovič. Er gilt als einer der engsten Vertrauten von Vladimir Putin. Nach übereinstimmenden Berichten erfolgt im Sinne der Message Control die Medienarbeit gleichsam militärisch organisiert mit täglicher Befehlsausgabe u.dgl. In dieser Atmosphäre wird ein erheblicher Konformitätsdruck auf junge aufstiegsbewusste Personen ausgeübt, dem sich viele beugen und um persönliche Karriere zu machen und sich ihren Vorgesetzten andienen, ihnen auf Wunsch z.B. Verleumdungen u.ä. liefern.

Propaganda, Medienmanipulation, Zensur sind unter Putin selbstverständlicher Alltag in der russischen Medienarbeit geworden. Sprachregelungen der Art „Spezialoperation“ statt „Krieg“ müssen bei Androhung von hohen Gefängnisstrafen eingehalten werden. Abweichungen von offiziellen Darstellungen und Dogmen können als Sabotage, Verunglimpfung usw. gerichtlich belangt werden, es wurden und werden diesbezüglich drastische Strafen ausgesprochen. Die Folge ist weitverbreitetes Duckmäusertum, Untertanenmentalität, Tendenz zur Denunziation – Widerstand in der Gesellschaft wird damit weitgehend lahmgelegt, die wichtigsten Exponenten der Opposition sind bereits entweder im Gefängnis oder im Exil. So garantieren Justiz und Medien in der Hand des Kremls stabile Machtverhältnisse. Die derart gleichgeschaltete russische Medienlandschaft¹⁷⁰ schafft und transportiert eine Kreml-hörige Erzählung mit anti-

¹⁶⁸ Siehe Liste während der Berufsausübung getöteter Journalisten – Wikipedia:

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_w%C3%A4hrend_der_Berufsaus%C3%BCbung_get%C3%B6teter_Journalisten (Zugriff 25.3.2023)

¹⁶⁹ [Rangliste der Pressefreiheit – Wikipedia](#) (Zugriff 19.4.2023)

¹⁷⁰ Siehe den Überblick in: [Medien in Russland – Wikipedia](#) (Aufruf 20.4.2023)

westlichen amerika- und europafeindlichen Verschwörungstheorien sowie neoimperialistischen und demokratiefeindlichen russisch-chauvinistischen Thesen mit Hilfe von Faktenverdrehungen sowie zu Halbwahrheiten und wirklichkeitsbefreiten Darstellungen. Da die Kremlnahe Medienlandschaft de facto eine Monopolstellung innehat, kommt die gewünschte Botschaft auch in der Bevölkerung an. Interviewte reproduzieren – vor allem wenn sie vor der Kamera befragt werden – (unreflektiert) die Text- und Meinungsbausteine, die in den Medien – d.h. letztlich vom Kreml – vorgegeben werden. Klarer Weise kann dieses Verhalten auch als eine Art Selbstschutz interpretiert werden, d.h. das, was öffentlich gesagt wird, muss ja nicht mit dem, was gemeint wird, übereinstimmen (das ist unter solchen Bedingungen auch das Problem der empirischen Sozialforschung, was sind Meinungsumfragen wert, was sagen sie aus?) Der Spielraum für Journalisten zu berichten ist sehr eng geworden, es lauert hinter den sprachlichen Formulierungen, die sich bloß in der Nähe einer Kritik an der Regierung verorten lassen, stets die Gefahr aus den verschiedensten Gründen angeklagt zu werden. Die größte Lüge und Dreistigkeit produziert ja selbst Putin, wenn behauptet, Russland sei angegriffen worden und mache daher nur von seinem selbstverständlichen Recht auf Verteidigung Gebrauch – dieses Dogma muss in Putinland als Wahrheit anerkannt werden. Um auch die Gouverneure, wichtige Beamte, die Kader von Einiges Russland, u.a. ideologisch auf Linie zu bringen ließ im Jänner 2014 die Präsidentialverwaltung die Werke „Unsere Aufgaben“ von Ivan Il'in, „Die Philosophie der Ungleichheit“ von Nikolaj Berdjajev oder auch „Die Rechtfertigung des Guten“ von Vladimir Solov'ëv verteilen, mit der Absicht, dass sich diejenigen, die das Empfohlene lesen (oder vorgeben das zu tun) mit der konservativen Doktrin für die Innenpolitik, der Theorie des „russischen Weges“ sowie dem eurasischen Projekt inhaltlich auseinandersetzen bzw. identifizieren.

Der Moskauer Philosoph Aleksandr Sergeevič Zipko unterzieht den geistig-moralischen Zustand seines Landes infolge der ideologischen Homogenisierung durch den Putinismus einer kritischen Betrachtung.¹⁷¹ Er hält die Theorie von der „besonderen russischen Zivilisation“, gegründet auf Konstantin Nikolaevič Leont'ev für verlogen, nach der Staat, Familie und Gott die größte Rolle spielen sollten. Eine angeblich dem Westen überlegene besondere russische Zivilisation und Moral sei jedoch „weder besonders christlich, noch stimmt sie“, sondern vielmehr mit Elementen des Rassismus durchsetzt. In diesem Zusammenhang vermerkte Putin 2018, bei einem Atomkrieg würden die Amerikaner verrecken, während die Russen in den Himmel kämen. In einem Interview¹⁷² rückte Zipko die Dinge zurecht: „Dass das heutige Russland religiöser und näher an Gott sein soll als Westeuropa, ist ein Mythos. Lediglich fünf bis sechs Prozent der Russen sind Kirchgänger, weniger als in den meisten katholisch oder protestantisch geprägten Ländern Die Tragödie des heutigen Russland besteht darin, dass es den Westen wegen dessen angeblicher Ungläubigkeit und der Aufgabe traditioneller Werte kritisiert, aber selbst nicht an grundsätzliche christliche Werte glaubt. Die Zahl der Abtreibungen ist hoch. Der Kirchenführer Kirill wird nur von sehr wenigen als moralische Autorität wahrgenommen. Die Hälfte aller Russen verehrt immer noch Stalin, einen Mann, der Millionen Menschen ermorden ließ. [...] Die Rehabilitierung Stalins kommt nicht von oben, sondern von unten. Unser Patriotismus ist meist aufgesetzt, hinter ihm verbergen sich Angst und Ungewissheit“. Zipko hat seit längerem den Eindruck, sein Land sei in die Hände von „verrückt gewordenen Patrioten“ gefallen.

Es gibt noch einzelne Widerstandskämpfer, die allen widrigen Umständen trotzen. Der Schriftsteller und Journalist Dmitrij Alekseevič Gluchovskij, ein scharfer Kritiker des Systems Putin, opponierte öffentlich gegen den russischen Überfall auf die Ukraine 2022. Im Juni desselben Jahres ging er ins Exil. Er wurde formell auf die russische Fahndungsliste gesetzt und im

Russlandanalysen7.indd (laender-analysen.de) (Aufruf 20.4.2023)

¹⁷¹ Moskauer Philosoph rechnet ab: „Russen sind unfähig zu Mitleid“ | BR24 11.05.2022, Zugriff 17.4.2023

¹⁷² <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/145101382> (Der Spiegel 23/2016, Zugriff 17.4.2023)

Oktober als „ausländischer Agent“ eingestuft. 2023 wurden russische Buchhandlungen und Bibliotheken angewiesen, seine Werke aus dem Angebot zu nehmen. Das Kulturministerium in Moskau dementierte allerdings (was zu erwarten war), dass es Listen mit „verbotenen Büchern“ gebe.¹⁷³ Der mittlerweile in Exil in Spanien lebende Autor wurde am 21. März 2023 in Moskau angeklagt und am 7. August 2023 von einem Moskauer Gericht zu acht Jahren Straflager verurteilt.

Eine herausragende Gestalt des demokratischen Widerstandes ist Dmitrij Andreevič Muratov, der Chefredakteur der „Novaja gazeta“, die vom Committee to Protect Journalists / CPJ schon im Jahr 2007 als „einzige wirklich kritische Zeitung mit nationaler Reichweite“ in Russland bezeichnet worden war.¹⁷⁴ 2021 wurde ihm gemeinsam mit der philippinischen Journalistin Maria Ressa der Friedensnobelpreis zuerkannt. Beide erhielten die Auszeichnung „für ihre Bemühungen um die Wahrung der Meinungsfreiheit, die eine Voraussetzung für Demokratie und dauerhaften Frieden ist“. Muratov widmete den Preis den ermordeten Journalistinnen und Journalisten Anna Politkovskaja, Jurij Ščekočichin, Igor Domnikov, Anastassija Baburova, Stanislav Markelov und Natalja Estemirova und seinen lebenden Kollegen bei der Novaja gazeta. Muratov spendete das gesamte Preisgeld, etwa eine halbe Million US-Dollar, in Absprache mit seiner Redaktion unter anderem einer Stiftung für Kinder mit spinaler Muskelatrophie, an eine Krebs-Stiftung und an Hospize. Am 22. März 2022 gab er bekannt, seine 175 Gramm schwere Goldmedaille des Friedensnobelpreises zugunsten ukrainischer Flüchtlinge versteigern zu lassen. In diesem Zusammenhang appellierte er: „Stoppt das Schießen, tauscht Gefangene aus, unterstützt Geflüchtete.“ Die Auktion fand am 20. Juni 2022 in New York statt und erbrachte 103,5 Millionen Dollar. Der Erlös kam geflüchteten Kindern aus der Ukraine zugute. Am 28. März 2022 stellte die Zeitung im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Ukraine 2022 vorläufig ihr Erscheinen ein, um einem drohenden Publikationsverbot zuvorzukommen.¹⁷⁵ Am 6. Mai erschien in Zusammenarbeit mit einem lettischen Verlag erstmals eine gedruckte Ausgabe der „Novaja gazeta. Europa“, die von inzwischen ins Ausland geflohenen Redakteuren betrieben wird.¹⁷⁶ Am 5. September 2022 wurde der „Novaja gazeta“ die Drucklizenz und am 15. September 2022 die Webseitenlizenz von einem Moskauer Gericht entzogen.¹⁷⁷ Am 1. 9. 2023 schließlich setzte der russische Staat Muratov auf die Liste „ausländischer Agenten“.

Justizwesen unter Putin

In seiner Amtszeit hat Putin das Rechtswesen konsequent und sukzessive zu seinem Herrschaftsinstrument umgebaut. Seither gibt es in Russland keine unabhängige und freie Justiz mehr. Das Justizwesen ist der Garant dafür, dass sich die Opposition nicht mehr wirksam entfalten kann und politisch kaum mehr eine Rolle spielt: Deren wichtigste Galionsfiguren sitzen entweder im Gefängnis oder haben sich im Ausland in Sicherheit gebracht. Gerichtlich verfolgt wird, wer gegen die staatlich verordneten Dogmen verstößt, z.B. die offiziell vorgebrachten Gründe für den Krieg gegen die Ukraine in Zweifel zieht, oder sogar öffentlich dagegen auftritt. Angeklagte werden zu absurd hohen Strafen verurteilt, oft für Vergehen, die im Westen schlimmstensfalls - wenn sie überhaupt einen Straftatbestand darstellen - als Bagatellen durchgehen würden. Unter diesen Bedingungen werden Selbstzensur und innere Emigration, formale Anpassung aber auch Duckmäusertum und Untertanenmentalität, Bereitschaft zu Denunziation

¹⁷³ Zensur in Russland: Wie Wladimir Putin die Literatur bekämpft - DER SPIEGEL (11.03.2023, Zugriff 26.11.2023)

¹⁷⁴ Dmitry Muratov, Editor of Novaya Gazeta, Russia - Committee to Protect Journalists (cpj.org) (Awards 2007, Zugriff 26.10.2023)

¹⁷⁵ Russland: Unabhängige Zeitung „Nowaja Gaseta“ setzt Tätigkeit vorerst aus - WELT (28.03.2022, Zugriff 26.10.2023) Z

¹⁷⁶ Erste Printausgabe der „Nowaja Gaseta. Europa“ erschienen - news.ORF.at (6.5.2022, Zugriff 26.10.2023)

¹⁷⁷ Russische Justiz entzieht „Nowaja Gaseta“ auch Lizenz für Website - news.ORF.at (15.9.2022, Zugriff 26.10.2023)

für viele Menschen zu Überlebensstrategien. Politisch missliebigen Personen und Oppositionellen werden oft (auch erfundene, nicht belegbare) Standarddelikte unterstellt, wie Steuerhinterziehung, Geheimnisverrat, sog. „Falschinformationen“ über das Militär und „Spionage“ udgl. Menschen werden auch verurteilt für Taten, die sie nicht begangen haben. Die Betroffenen können sich aber so gut wie nicht dagegen wehren, weil die Justiz nicht mehr unabhängig agieren kann. Viele dieser Gerichtsverfahren erinnern an Muster, die in der stalinistischen Ära die Regel waren. Anhand einiger prominenter auch im Westen bekannt gewordener Fälle (Vladimir Kara-Murza, Leonid Magnitskij, Anna Politkovskaja, Michail Chodorkovskij, Nadežda Tolokonnikova / Pussy Riot, Aleksandr Litvinenko, Boris Nemcov,) wird nun anschließend skizziert, wie das herrschende russische Justizsystem funktioniert.

Vladimir Vladimirovič Kara-Murza

Kara-Murza schloss in Cambridge ein Studium in Kunstgeschichte ab, besitzt die russische und britische Staatsbürgerschaft. Zwischen 2001 und 2008 war er Mitglied der Union der rechten Kräfte [Sojuz pravych sil / SPS], 2015 war er Berater des in Moskau ermordeten Boris Efimovič Nemcov. Ab 2014 arbeitete Kara-Murza für Open Russia [Otkrytaja Rossija], eine Stiftung des Kremlkritikers Michail Borisovič Chodorkovskij. 2015 wurde ein Giftanschlag auf ihn verübt, den er nach einem Koma überlebte und ein halbes Jahr in den USA auskurierte. Seit der Ermordung Boris Nemcovs (2015) wird Kara-Murza vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB auf seinen Reisen überwacht. Anfang 2017 wurde er erneut ein Opfer eines Giftanschlages. Ende Februar 2022 Ende Februar gründete er mit Garri Kimovič Kasparov, Michail Chodorkovskij und anderen ein Antikriegs Komitee. Am 11. April 2022 wurde Kara-Murza in Moskau von der Polizei festgenommen und tags darauf in einem Eilverfahren zu 15 Tagen Haft wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt. „Das Urteil vor einem Moskauer Gericht erging demnach wegen einer ‚Bewegungsänderung im eigenen Hof‘. Der 40-jährige Kara-Murza war am Montagabend nach dem Verlassen seines Wohnhauses den Angaben zufolge der Polizei ausgewichen. [...] Im Polizeiprotokoll hieß es, Kara-Murza habe sich ‚beim Anblick der Polizeibeamten unangemessen verhalten, änderte seine Bewegungsrichtung, beschleunigte seinen Schritt und versuchte, nach der Aufforderung stehen zu bleiben, zu fliehen‘. Von anderen Vorwürfen war zunächst nichts bekannt.“¹⁸¹ Die Kette von Vorladungen vor Gericht, Verurteilungen etc. riss nicht ab, die Anklagen wurden auch immer absurder. Am 22. April 2022 wurde er in Russland als ausländischer Agent eingestuft und gegen ihn ein Strafverfahren wegen „Falschaussagen über die russische Armee“ eröffnet.¹⁸² Die Anschuldigung bezieht sich auf eine (übrigens grandiose und beeindruckende) Rede, die Kara-Murza am 15. März 2022 vor dem Repräsentantenhaus des Staates Arizona gehalten hat.¹⁸³ Am 17. April 2023 wurde Kara-Murza aufgrund seiner öffentlichen Kritik am Ukraine-Krieg wegen Hochverrats und wegen Verbreitung von „Falschinformationen über die Armee“ und Arbeiten für eine „unerwünschte“ Organisation schuldig gesprochen und zu 25 Jahren Strafkolonie verurteilt (der möglichen Höchststrafe und trotz seiner Polyneuropathie-Erkrankung). Bei seinem letzten Auftritt vor dem Moskauer Stadtgericht sagte er: „Ich habe mir nur eins vorzuwerfen: dass es mir in den Jahren meiner politischen Tätigkeit nicht gelungen ist, meine Landsleute sowie die Politiker demokratischer Länder von der Gefahr zu überzeugen, die das gegenwärtige Regime des Kremls für Russland und die Welt darstellt. Heute ist das für jeden offensichtlich, aber der Preis dafür ist schrecklich: Es ist der Preis des Krieges“¹⁸⁴

¹⁸¹ [Oppositionsaktivist Kara-Murza zu 15 Tagen Haft verurteilt - ZDFheute 12.4.2022](#) (Aufruf 30.4.2023)

¹⁸² [Kremlin Critic Kara-Murza Faces Prison on War ‘Fakes’ Charges - The Moscow Times 22.4.2022](#) (Aufruf: 30.4.2023)

¹⁸³ [Russian Opposition Leader Vladimir Kara-Murza Addresses the Arizona House of Representatives - YouTube](#) (Video-Aufzeichnung) 15.3.2022, Aufruf: 30.4.2023)

¹⁸⁴ [Opposition in Russland: 25 Jahre für einen „Feind des Volkes“ - taz.de 17.4.2023](#)

Sergej Leonidovič Magnitskij

Magnitskij war Wirtschaftsprüfer und Berater des amerikanischen Investment-Unternehmens Hermitage Capital. Er veranlasste eine behördliche Untersuchung, um auffällig hohe Steuer-rückerstattungen an Beamte des Innenministeriums aufzuklären. Dabei handelte es sich um einen gigantischen Korruptionsfall, in dem Beamte einen Betrag in der Höhe von insgesamt 230 Mill. USD für sich abgezweigt hatten. Kurze Zeit später wurde Magnitski im November 2008 unter dem Vorwurf der Mittäterschaft an einer Steuerhinterziehung verhaftet. Er kam in Untersuchungshaft, wo er unter Druck gesetzt wurde, seine Zeugenaussage zurückzunehmen, was er trotz erlittener Misshandlungen ablehnte. Er wurde mehrfach in andere Gefängnisse verlegt, er starb am 16. November 2009 im Moskauer Untersuchungsgefängnis Matrosenruhe [Матросская тишина]. Ein russisches Gericht sprach ihn posthum vier Jahre nach seinem Tod wegen Steuerhinterziehung schuldig.¹⁸⁶ Da der Prozess unfair und die medizinische Versorgung in der Haftanstalt unzureichend gewesen sei, verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Mai 2019 Russland zu einer Strafzahlung.¹⁸⁷

Anna Stepanovna Politkovskaja

Anna Politkovskaja war eine russisch-amerikanische Reporterin, Autorin und Menschenrechtsaktivistin. Sie besaß die russische und die amerikanische Staatsbürgerschaft, ihre ukrainischstämmigen Eltern arbeiteten im diplomatischen Dienst der Sowjetunion. Sie wurde bekannt durch Reportagen und Bücher über brisante Themen, vor allem über den Krieg in Tschetschenien, über Kriegsverbrechen, die das russische Militär in diesem Land begangen hat, über Korruption im russischen Verteidigungsministerium u.dgl. Mit ihren Publikationen belastete sie unter anderem den berühmten Tschetschenenführer von Putins Gnaden Ramzan Kadyrov.¹⁸⁸ Mit ihren kritischen Berichten wurde sie Hassobjekt vieler Mächtiger, die in kriminelle Machenschaften verwickelt waren. Ihre Berichte wurden international viel beachtet. Im Jahr 2004 wurde Politkovskaja bei einem Flug Anfang September nach Bezlan Opfer eines Giftanschlags und musste im Krankenhaus behandelt werden. Am 7. Oktober 2006 wurde sie im Aufzug ihres Wohnhauses ermordet. Die Untersuchungen nach den Schuldigen und Verantwortlichen dieses Verbrechens verliefen widersprüchlich, es wurden Personen verurteilt, allesamt Tschetschenen. Viele Fragen blieben aber offen, vor allem die, inwieweit der russische Geheimdienst in diese Affäre verstrickt war.

Michail Borisovič Chodorkovskij

Chodorkovskij ist Unternehmer, Oligarch, war ehemaliger Vorstandsvorsitzender des heute insolventen Ölkonzerns Jukos. In der Endphase der Sowjetunion und in der El'cin-Ära nahm Chodorkovskij verschiedene hohe Funktionen im Finanzsektor ein, 1992 wurde er Mitglied im Beraterstab des russischen Premierministers und im März 1993 Stellvertretender Minister für Brennstoffe und Energie. 1993 beteiligte er sich an der Finanzierung und Organisation des Wahlkampfes für Präsident El'cin während der Parlamentswahlen im Dezember 1993. Bei den Präsidentenwahlen 1996 engagierte er sich massiv für El'cins Kandidatur. 1997 übernahm er den Vorstandsvorsitz der Holding aus Rosprom und Jukos. Ab 1998 geriet er in Konflikt mit der Staatsmacht: Nachdem er in der Zeitung Vedomosti – bis 2015 ein Gemeinschaftsprojekt von Financial Times, The Wall Street Journal und dem russischen Verlagshaus Independent Media Sanoma Magazines ID – erklärt hatte, dass die Bildung eines Reservefonds für die

¹⁸⁶ [Absurder Prozess: Gericht spricht toten Anwalt Magnitski schuldig - WELT 11.07.2013](#) (Aufruf 1.5.2023)

¹⁸⁷ [EGMR in Straßburg: Russland im Magnitski-Fall verurteilt | tagesschau.de \(archive.org\)](#) 27.8.2019 (Aufruf 1.5.2023)

¹⁸⁸ [Russland: Termin mit dem Tod | ZEIT ONLINE 11. 10. 2006](#) (Aufruf 1.5.2023)

Erdölexportquote den Diebstahl fördere und es auch erlaube, Exportrechte ohne Kontrolle zu verteilen, verklagte ihn das Ministerium wegen Beleidigung. Chodorkovskij sorgte als Vorstandsvorsitzender von Jukos für größere Transparenz und führte westliche Standards bei der Buchführung ein und erklärte „Ehrlichkeit, Offenheit und Verantwortung“ zum Leitmotiv, setzte sich für Corporate Governance, forderte das russische Unternehmertum auf, mehr Verantwortung zu übernehmen, finanzierte auch soziale Vorhaben udgl. Als Bankier (seit Zeiten der Semibankirščina) hatte er Einfluss auf die russische Innenpolitik, er finanzierte Oppositionsparteien, wie 1999 zur Wahl der Duma die liberale Partei Jabloko, aber auch die Kommunistische Partei Russlands und die Regierungspartei Einiges Russland. Eine Erklärung für die Unterstützung dieser ideologisch unvereinbaren Parteien lieferte Ivan Gračov, ehemaliges Mitglied des Zentralrates der Partei Jabloko: „Erdöl-Lobbyisten kauften im Grunde genommen Jabloko, aber das bedeutet nicht, dass sie auch die Ideologie dieser Partei teilen. Das Ziel ist, über Jabloko Plätze in der Duma zu bekommen und eigene Leute dorthin zu schleusen, die die Interessen der Großindustrie vertreten werden.“¹⁹¹ Er versuchte US-Unternehmen an Jukos zu beteiligen, er führte Verhandlungen mit den US-Ölkonzernen ExxonMobil und Chevron Texas über eine mögliche Beteiligung. 2002/2003 erreichte er erneut eine Steigerung der Förderungsleistungen von Jukos und brachte nun die Fusion mit Sibneft zustande. Chodorkovskij war und ist ein Kritiker der „Gelenkten Demokratie“ (und machte sich damit zum Gegner des russischen Präsidenten Vladimir Putin). Er gründete 2001 in London die Open Russia Foundation. Diese Stiftung hatte das Anliegen, Offenheit und Integration der Menschen in Russland und der Welt zu fördern.¹⁹² Die Stiftung in Russland wurde 2006 durch den russischen Staat geschlossen.¹⁹³ Der Streit zwischen Chodorkovskij und Putin eskalierte, als am 19. Februar 2003 beide vor laufender Fernsehkamera über die Frage der Korruption heftig aneinander gerieten.¹⁹⁴ Sodann wurde Chodorkovskij am 25. 10. 2003 bei einem Zwischenstopp mit seinem Privatjet in Novosibirsk festgenommen und in Moskau inhaftiert, es wurde ihm Unterschlagung und Steuerhinterziehung in Höhe von über einer Milliarde US-Dollar vorgeworfen. Der Staatsanwalt forderte eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren. 2005 wurde das Urteil über neun Jahre Straflager ausgesprochen. Ein Revisionsgericht reduzierte im September desselben Jahres die Strafe auf acht Jahre Haft. Die Reaktionen im Westen auf diese Gerichtsverfahren waren eindeutig, die Haftstrafen wurden als Reaktion auf Chodorkovskijs demokratiefreundliche Haltung im Allgemeinen und im Besonderen oppositionelle zu Putin und seinem Regime interpretiert. Amnesty International hielt Chodorkovskijs Verurteilung für politisch motiviert und bezeichnete ihn als „prisoner of conscience“,¹⁹⁵ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte qualifizierte im September 2011 seine Verurteilung hingegen als „nicht politisch motiviert“.¹⁹⁶ Von Oktober 2003 bis zum 20. Dezember 2013 befand er sich in Haft. 2009 wurde Chodorkovskij nach Moskau überstellt, da ihm weitere Prozesse gemacht wurden, es lagen Anklagen wegen Unterschlagung von ca 20 Mrd € in der Zeit von 1998 und 2003. 2010 wurde er wegen Unterschlagung von 218 Mio t Öl und wegen Geldwäscherei zu weiteren sechs Jahren H, was international heftige Kritik hervorrief.²⁰⁰ Es wurde bekannt, dass auf den Richter Druck ausgeübt wurde, Chodorkovskijs Anwalt kündigte an, diesen Sachverhalt vor den Europäischen

¹⁹¹ Viktor Timtschenko: Chodorkovskij. Legenden, Mythen und andere Wahrheiten. München, 2012, S. 262

¹⁹² Siehe Homepage: [Vision for Russia \(khodorkovsky.com\)](http://www.visionforrussia.com)

¹⁹³ [Russia Effectively Closes a Political Opponent's Rights Group - The New York Times \(nytimes.com\) 18.03.2006](https://www.nytimes.com/2006/03/18/world/europe/18russia.html) (Zugriff 2.5.2023)

¹⁹⁴ Margareta Mommsen, Angelika Nußberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Rußland. München, 2007, S. 132

¹⁹⁵ Amnesty International: <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/russian-businessmen-declared-prisoners-conscience-after-convictions-are-upheld-2011-24-5-2011> (Aufruf 2.5.2023)

¹⁹⁶ [The European Court of Human Rights: KHODORKOVSKIY v. RUSSIA \(coe.int\) 31.5.2011](https://www.coe.int/t/Document/ECHR/2011/20110315_Khodorkovskiy_v_Russia.pdf) (Aufruf 2.5.2023)

²⁰⁰ [Chodorkovskij-Schuldsspruch stößt international auf Kritik | tagesschau.de \(archive.org\) 16.12.2010](http://www.tagesschau.de/2010/12/10_chodorkovskij_schuld_spruech_101.html) (Zugriff 2.5.2023)

Menschenrechtsgerichtshof zu bringen. 2011 kam es zu einer Berufungsverhandlung, in deren Folge das Strafausmaß um ein Jahr verringert wurde. Als Begründung gab das Gericht an, dass eine weit kleinere Menge Öl unterschlagen worden sei. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied im Januar 2020 einstimmig, dass Russland „das Menschenrecht der Antragsteller [Chodorkovskij und Mitangeklagter Lebedev, G.F.] auf einen fairen Prozess verletzt“ habe. Der EuGH stellte fest, dass Chodorkovskij und Lebedev wegen Handlungen verurteilt wurden, die keine Straftaten waren. Die Anerkennung eines solchen Verstoßes gegen Artikel 7 der Konvention bedeutet, dass das Urteil nichtig wäre. Nach einigen Interventionen auch aus Deutschland, Spekulationen hinsichtlich einer Begnadigung wurde Chodorkovskij schließlich in die Freiheit entlassen und fand in der Schweiz Aufnahme. Seit 2015 lebt er mit seiner Familie in London. Seine politische Tätigkeit setzt er fort, er unterstützt die Opposition in Russland wie in der Ukraine (z.B. Euromajdan). In einem BBC-Interview meinte er, der Westen sei nüchtern betrachtet gezwungen, der Ukraine für eine russische Niederlage zu helfen, da vor Putins Niederlage kein Ende denkbar sei.²⁰¹

Nadežda Andreevna Tolokonnikova

von der Punk-Gruppe Pussy Riot, wurde (zusammen mit Marija Vladimirovna Alëchina und Ekaterina Stanislavovna Samucevič) für ihren Auftritt am 21.2.2012 in der Christ-Erlöser-Kathedrale [Chram Christa-Spasitelja] wegen Anstiftung zu religiösem Hass“ zu zwei Jahren Straflager verurteilt. Sie trugen das „Punkgebet“: „Mutter Gottes, verjage Putin!“ vor:

„Mutter Gottes, Jungfrau
Vertreibe Putin! [...]
Der KGB-Chef, ihr oberster Heiliger,
Er wirft die Demonstranten schnell ins Gefängnis
Um die Höchsten nicht zu beleidigen
Müssen Frauen gebären und lieben.
Scheiße, Scheiße, Gottesscheiße! [...]
Mutter Gottes, Jungfrau,
Werde Feministin!“²⁰²

Der Auftritt war auch als Protest gegen Patriarch Kirill I (u.a. Kritik an seinem luxuriösen Lebensstil), der sich im Wahlkampf für Putin eingesetzt hatte, zu verstehen. Der Auftritt steht für Kritik an Priestern, die als Offiziere der Staatssicherheit ihren Dienst taten und tun. Unterstützung erhielten die Aktivistinnen von sozialen Medien, Bloggern. Die etwa 90 Sekunden dauernde Darbietung brachten den Aktivistinnen zwei Jahre Straflager ein (sie wurden wegen Anstiftung zu religiösem Hass, Verletzung religiöser Gefühle, Verunglimpfung der geistigen Grundlagen des Staates verurteilt). Die aus der Zeit gefallene Reaktion Patriarch Kirills: Die drei Frauen seien vom Teufel besessen.

Tolokonnikova²⁰³ hielt in ihrem Prozess (2012) ein bemerkenswertes Schlussplädoyer, in dem sie sagte: „Wir müssen politisch handeln und leben, weil wir uns nicht damit abfinden können, dass die Gesellschaft mit Zwang und Gewalt regiert wird, dass die wichtigsten politischen Institutionen die staatlichen Disziplinarapparate sind – Armee, Polizei, Geheimdienst – die politische Stabilität mit Hilfe von Gefängnissen, Präventivhaft und repressiver Kontrolle der Bürger sichern sollen. Wir können uns damit nicht abfinden, dass die meisten Menschen dieses Landes zu politischer Passivität gezwungen werden und dass die Exekutive volle Kontrolle über die Parlamente und Gerichte hat.“ Es setzte eine dreiste Medienkampagne ein, die Elemente

²⁰¹ Михаил Ходорковский: "Путинский режим не переживет поражения в Украине" - BBC News Русская служба 22. 04. 2022 (Zugriff 2.5.2023)

²⁰² www.songtexte.com/uebersetzung/pussy-riout/mnother-of-gpod-putin-put-deutsch-23d6c8c7.html

²⁰³ Dokumentation: „Atmet mit uns den Duft der Freiheit“ in: Osteuropa, 62. Jg., Hefte 6-8/2012, S. 219-224

mittelalterlicher Inquisition trug, die drei Frauen wurden wegen Blasphemie verurteilt. Der Vorsitzende der Moskauer Anwaltskammer, Genri Markovič Reznik kritisiert die Verurteilung in der Novaja Gazeta vom 29. 8. 2012 wegen „offensichtlicher Stümperei, vollkommener Missachtung aller Regeln der Prozessordnung“, der politische Charakter des Auftritts der Gruppe Pussy Riot habe die Religion nicht verunglimpft.²⁰⁴ Die Berichterstattung über den Prozess war selektiv, Fakten wurden verschwiegen oder verdreht, daher stand die Mehrheit der Bevölkerung auf Seiten des Gerichts. Das Urteil sollte Stimmung gegen Oppositionelle, Liberale anfachen und im Gegenzug die orthodoxe Kirche als Verteidigerin von Moral und traditionellen Werten darstellen und festigen. Putin verschärfte als Reaktion auf dieser Protestwelle die rechtsnationale Mobilisierung. Zu diesem Zeitpunkt hielt Medvedev die Verurteilung der Frauen (noch) für ungerechtfertigt, er verschärfte erst später den Ton.

Auftritt der Punk-Gruppe wie Prozess erregten weltweite Aufmerksamkeit²⁰⁶ und wurden filmisch verarbeitet (russisch-amerikanischer Dokumentarfilm „Pussy Riot: A Punk Prayer“ und der russischen Produktion „Pussy vs. Putin“ sowie im Spielfilm „Die Moskauer Prozesse“²⁰⁷). Mit ihrem Auftritt wollte die Gruppe keineswegs die Religion attackieren, Ziel ihrer Aktionen waren hingegen Putin und sein Regime. Die Justiz konstruierte einen Vorwurf der Blasphemie und der Religionsfeindlichkeit, um die Polit-Punk-Gruppe und etwaige Nachfolge(täterschaften) präventiv einzuschüchtern. Nicht nur im konkreten Fall war im Vergleich zur Rechtspraxis im Westen das Urteil exzessiv hoch. Die Haftbedingungen wurden auch von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch als „extrem ernst und beunruhigend“ bezeichnet.²⁰⁸ Dezember 2013, im Vorfeld der Olympischen Winterspiele 2014 in Soči, wurden im Zuge einer Amnestie 25.000 in Russland Inhaftierte erlassen, in deren Genuss auch die Angeklagten von Pussy Riot kamen. Genri Reznik hielt auch in seiner Einlassung zum Urteil fest, dass die Verfasser des Urteils sich selbst wegen der Unhaltbarkeit der Begründung entlarven, er ließ auch die Interpretation zu, dass das Urteil von vom Machtapparat der Exekutive der Richterin in die Hand diktiert worden ist.²⁰⁹ Es kam zu einer Überprüfung des Urteils durch den russischen Obersten Gerichtshof Anfang Dezember 2013 mit dem Resultat, dass der im Urteil genannte Teilaspekt „Hass“ nicht ausreichend bewiesen worden sei, außerdem seien „weder das junge Alter der Angeklagten, noch ihre familiäre Situation oder die Gewaltfreiheit ihrer Taten berücksichtigt“ worden etc. und verwies das Urteil an das zuständige Moskauer Gericht zurück. Außerdem gab es Formalfehler – es wonach die schriftliche Fassung des Urteils nicht mit dem im Gerichtssaal im August 2012 verlesenen Richterspruch übereinstimmte.“²¹⁰ Russland musste angesichts der kommenden Olympischen Winterspiele auf seine Reputation achten und war daher interessiert, die Affäre einigermaßen ohne großes Aufsehen aus der Welt zu schaffen. Im Dezember 2013 wurde eine Amnestie erlassen, im Zuge die Verurteilten frei kamen.

Aleksandr Val‘terovič Litvinenko

Litvinenko war ein russischer Geheimdienstler, der 2003 zum britischen Geheimdienst überlief. 1998 trat er erstmals als Kritiker der russischen Regierung an die Öffentlichkeit: Auf einer Pressekonferenz in Moskau beschuldigte er – zusammen mit einigen anderen maskierten Geheimdienstlern – die Führung des Geheimdienstes FSB der Anstiftung zum Mord. Sie hätten von dieser den Auftrag bekommen, den damaligen Sekretär des Staatssicherheitsrats, Boris

²⁰⁴ Genri Reznik: „Damit jeder weiß, was verboten ist“. Eine Einlassung zum Urteil gegen Pussy Riot.

In: Osteuropa, 62. Jg. Hefte 6-8/2012, S. 226-228

²⁰⁶ Siehe dazu Dokumentation: [Pussy Riot – Wikipedia](#)

²⁰⁷ [Die Moskauer Prozesse – Wikipedia](#)

²⁰⁸ [Pussy-Riot-Aktivistin Tolokonnikowa: Sie behandeln uns wie Vieh | ZEIT ONLINE \(26.9.2013\)](#)

²⁰⁹ Herni Reznik: „Damit jeder weiß, was verboten ist“. Eine Einlassung zum Urteil gegen Pussy Riot.

In: Osteuropa. 62 Jg. Hefte 6-8/2012 S. 226-228

²¹⁰ [Gericht muss Pussy-Riot-Urteile überprüfen | Tages-Anzeiger \(tagesanzeiger.ch\) 12.12.2013, Zugriff 2.5.2023](#)

Abramovič Berezovskij, zu töten.²¹¹ Litvinenko beschuldigte andere russische Geheimdienstler Sprengstoffanschläge auf Wohnhäuser verübt, an Geiselnahmen beteiligt und viele andere Straftaten begangen zu haben. Im März 1999 wurde Litvinenko erstmals verhaftet, in einem Strafverfahren im November desselben Jahres aber freigesprochen. Noch im Gerichtssaal wurde er erneut festgenommen, im Jahr 2000 schließlich aus der Haft entlassen. Litvinenko behauptete, die Anschuldigungen gegen ihn seien konstruiert gewesen, er habe sich verpflichten müssen, nicht aus der Russischen Föderation auszureisen. Ein drittes Strafverfahren gegen ihn wurde eröffnet, Litvinenko und seine Familie fühlte sich vom FSB bedroht, sodass er beschloss noch im Jahr 2000 illegal das Land zu verlassen. In London beantragte er im November 2000 politisches Asyl, arbeitete als Journalist und Buchautor, wurde teilweise finanziert durch Boris Berezovskij, der damals ebenfalls in London lebte. Im Oktober 2006 erhielt Litvinenko die britische Staatsbürgerschaft. Laut Daily Mail war er in London auch als MI6-Agent tätig.²¹² In der Nacht vom 1. zum 2. November 2006 zeigten sich bei Litvinenko starke Vergiftungssymptome, wie häufiges, heftiges Erbrechen, Übelkeit, starke Bauchschmerzen und Atemnot. Am 3. November wurde er in ein Krankenhaus eingewiesen. In den folgenden Tagen verschlechterte sich sein Zustand rasant. Erst wenige Stunden vor dem Ableben fand man große Mengen des radioaktiven Polonium-Isotops 210 im Urin.²¹³ Litvinenko starb am 23. November 2006 an den Folgen der durch Polonium verursachten Strahlenkrankheit. Nur wenige Stunden bevor er das Bewusstsein verlor, erklärte Litvinenko in einem Interview mit der Times, dass er vom Kreml zum Schweigen gebracht worden sei.²¹⁴ 2016 wurde der britische Abschlussbericht fertiggestellt, in dem es heißt: Der Richter „Sir Robert Owen kam in seinem Schlussplädoyer zu der klaren Aussage, dass der russische Geheimdienst den Mord in Auftrag gegeben habe. Die Anordnung dazu sei ‚wahrscheinlich‘ [...] von dem damaligen Leiter des FSB, Nikolai Patruschew, und ‚wahrscheinlich‘ auch von dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Auftrag gegeben worden.“²¹⁵ Moskau reagiert, indem es Täter und Opfer vertauscht: Litvinenko sei der Täter, der mit Polonium hantiert hat, zieht die Untersuchungen und Anschuldigungen der britischen Behörden ins Lächerliche. Dazu M. Mommsen: „Insgesamt spiegelt sich in dem Fall Litwinenko auf besonders drastische Weise der Charakter des heutigen Russland als Geheimdienststaat wider. Der Ablauf der Affäre bis hin zur ruchlosen Beseitigung eines illoyalen und aufmüpfigen Agenten brachte typische Merkmale dieses Systemtyps an den Tag: die undurchsichtigen staatlichen Macht- und Entscheidungsmuster, verdeckte Kriminalität und Vermengung von Mafia- und Geheimdienststrukturen, dazu die politische Kultur der Lüge, die notorische Vertuschung aller Missetaten und die Exkulpation der Verantwortlichen, wobei man so weit ging, die Vollstrecker krimineller Taten auch auszuzeichnen.“²¹⁶

Boris Efimovic Nemcov

B. Nemcov war von 1991 bis 1997 Gouverneur der Oblast' Nižnij Novgorod, unter Präsident Boris El'cin zwischen 1997 und 1998 Vizeministerpräsident der Russischen Föderation. Er galt als einer der Architekten der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsreformen des Landes, dabei wurde er unterstützt von Robert Gale (International Finance Corporation, IFC) und dem russischen Ökonomen Grigorij Aleksevič Javlinskij. Hauptaufgabenbereich Nemcovs als Vize-Ministerpräsident waren die Sozial- und Wohnungspolitik, sowie die Reform des Energiesektors

²¹¹ [Russland: Geheimdienst-Oberst: Ich sollte Litwinenko ermorden - WELT \(15.02.2007, Zugriff 2.5.2023\)](#)

²¹² [Revealed: Poisoned ex-Russian spy Litvinenko WAS a paid-up MI6 agent | Daily Mail Online 27.10.2007, Zugriff 2.5.2023\)](#)

²¹³ [Giftanschlag in London: Ärzte finden radioaktive Substanz im Körper des toten Ex-Spions - DER SPIEGEL 24.11.2006, Zugriff 2.5.2023](#)

²¹⁴ Der Fall Litwinenko: ["Die Bastarde haben mich gekriegt" - DER SPIEGEL 24.11.2006, Zugriff 2.5.2023](#)

²¹⁵ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München, 2017, S.175.

²¹⁶ Ebd. S. 176-177

mit der Umstrukturierung von Monopolen bei Gas-, Strom- und Eisenbahnunternehmen. Im Gegensatz zu den wirtschaftsliberalen Anatolij Borisovič Čubajs und Egor Timurovič Gajdar galt Nemcov als Praktiker. Nemcov sah sich selbst als Wirtschaftsliberalen und Anhänger eines starken Staates und wurde in seinen politischen Reformen von der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher bestärkt. Widerstand gegen den politischen Mainstream zeigte er in der Ablehnung der Tschetschenienpolitik. Im Januar 1996 kam es in der Oblast Nižnij Novgorod zu Unterschriftensammlungen gegen den Ersten Tschetschenienkrieg. Innerhalb von drei Wochen wurden mehr als eine Million Unterschriften gesammelt, die Nemcov El'cin übergab. Zu dieser Zeit war Nemcov überaus populär und rangierte als einer der wichtigsten Kandidaten für die Präsidentenwahl (2000). Im Sommer 1997 erreichte er in Meinungsumfragen einen Beliebtheitsgrad von 50 %. Mitte 1998 erlitt seine politische Karriere im Zuge der Wirtschaftskrise (Kurseinbruch der russischen Börse mit nachfolgender ökonomischer Krise in Russland) jedoch einen Rückschlag. Nemcov fühlte sich verantwortlich und bot als einziges Mitglied des Kabinetts seinen Rücktritt an, den El'cin am 28. August 1998 annahm. Nemcov und Čubajs wurden auf Druck des Parlaments entlassen. In der Nachfolgefrage entschied sich El'cin bekanntlich für Putin. Nemcov wurde Fraktionsvorsitzender der Union der rechten Kräfte [Sojuz pravych sil / SPS]. Am 10. März 2010 unterzeichnete Nemcov ein Manifest der russischen Opposition mit dem Titel „Putin muss gehen“ [Putin dolžen ujt].²¹⁷ Zusammen mit Vladimir Stanislavovič Milov veröffentlichte er mehrere Oppositionspapiere, darunter „Putin. Ergebnisse. Zehn Jahre“.²¹⁸ Nemcov prägte den Slogan „Putin bedeutet Krieg“ in der Politik und im öffentlichen Leben, damit positionierte er sich eindeutig gegen Putin. Bei verschiedenen Protestkundgebungen wurde er mehrmals verhaftet und zu kurzen Gefängnisaufenthalten verurteilt. Im Rahmen der Solidarnost'-Bewegung – einem breiten linksliberalen und sozialdemokratisch bis rechtsliberalen Bündnis von Oppositionellen – arbeitete er am Aufbau einer Sammelpartei mit dem Namen „Partei der Volksfreiheit“ [Partija narodnoj svobody „Za Rossiju bez proizvola i korrupcii“], abgekürzt PARNAS mit dem Ziel des Antritts bei den Duma-Wahlen 2011. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Mitstreiter an seiner Seite waren der ehemalige Schachweltmeister Garri Kimovič Kasparov, Il'ja Valer'evič Jašin, Mitglied der Jabloko-Partei, Roman Aleksandrovič Dobrochotov, Menschenrechtsaktivist und Gründer der russischen Internetzeitung The Insider (2013), der Vorsitzende der Allrussischen Bewegung „Za prava človeka“ („Für Menschenrechte“) Lev Aleksandrovič Ponomarëv. Durch seine Unterstützung des Machtwechsels in der Ukraine und den Ambitionen dieses Landes sich der NATO und der EU anzunähern und seiner strikten Ablehnung der Interventionen Russlands in der Ostukraine zog sich Nemcov die direkte Feindschaft Putins auf sich. In der englischsprachigen ukrainischen Wochenzeitung Kyiv Post schrieb er, dass Putin den Krieg mit der Ukraine anfang, weil er eine Wiederholung des Majdan in Moskau fürchtete, um zu demonstrieren, dass eine Revolution im Chaos endet und die Menschen die Staatsmacht nicht auf diese Art beseitigen können.²¹⁹ In einem Interview mit der ARD am 10. Dezember 2014 sagte er, Russland sei ein klassischer Mafia-Staat mit dem „Mafioso“ Putin an der Spitze. „Es gibt einen engen Kreis von Personen, die von diesem Mafioso gefüttert werden und vollkommen von ihm abhängig sind. Für sie gelten keine Gesetze [...] Sie kontrollieren alle wichtigen Massenmedien.“ Putin sehe überall Feinde: Zur Annexion der Krim sagte Nemcov, Sanktionen gegen die russische Bevölkerung seien schlecht. Gut seien Sanktionen gegen die „Dreckskerle, Halunken und Banditen aus dem Umfeld von Putin“, die zu Milliarden geworden seien. Man dürfe mit Putin keine Kompromisse machen. „Er hat sich die Krim genommen. Als Nächstes wird er sich Kiew nehmen, danach ist die Republik Moldau dran, dann Polen und dann die baltischen Staaten. Das ist ein Räuber. Er versteht nur die Sprache der Stärke, keine andere Sprache.“²²⁰

²¹⁷ [Enthüllungsbuch: Russische Politiker rechnen mit Putin ab - WELT](#) (18.06.2010, Zugriff 2.5.2023)

²¹⁸ [PUTIN: What 10 Years of Putin Have Brought « Путин. Итоги. \(putin-itogi.ru\)](#) (o.J., Zugriff 2.5.2023)

²¹⁹ [Interview mit Boris Nemzow vom 10. Dezember 2014 - YouTube](#)

²²⁰ [Russischer Oppositionspolitiker Nemzow erschossen \(faz.net\) 28.02.2015](#) (Aufruf 10.5.2023)

Zu Jahresbeginn 2015 kündigte Nemcov neue Enthüllungen über den Krieg in der östlichen Ukraine an.²²¹ Er glaubte, dass der Versuch, den Krieg zu beenden, echter Patriotismus sei. Der Krieg mit der Ukraine sei ein abscheuliches und zynisches Verbrechen, niemand in Russland brauche diesen Krieg, außer Putin und seinem Gefolge. Mitarbeiter Nemcovs veröffentlichten den Bericht posthum.²²²

Am 27. Februar 2015 wurde er auf der Großen Moskva-Brücke im Zentrum Moskaus erschossen. Die Untersuchungen zum Mord an Nemcov erbrachten durchaus widersprüchliche Ergebnisse, fünf Tschetschenen (wieder einmal) wurden festgenommen, von offiziöser Seite wurden als Gründe für die Tat ein Rachemord von Islamisten, Eifersuchtsdrama, amerikanische Sicherheitskräfte etc. darunter auch Verschwörungstheorien genannt. Russisch-nationalistische Kreise sahen in ihm einen Verräter, einen Vertreter der Fünften Kolonne, usw. Es ist klar, dass Nemcov als unbequemer Kritiker im Fadenkreuz unterschiedlicher Interessen stand, die ihn liquidieren wollten und dies schließlich auch umsetzten. Aus der Vorgehensweise der Justizbehörden konnte man nicht den Eindruck gewinnen, dass es der Kremlführung ein besonderes Anliegen gewesen wäre, im Fall Nemcov schnell der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Der ausgewiesene Russland-Kenner und Korrespondent der „Zeit“ Michael Thumann, kommentierte, Nemcov sei ein „Opfer des staatlich geförderten Hasses“ geworden: „In Russland herrscht eine Hexenjagd, in der die öffentliche Bloßstellung von Oppositionellen und politischen Gegnern Putins zum Tagesgeschäft gehört. Das Fernsehen hetzt gegen die Opposition, behauptet, sie sei vom Ausland bezahlt und würde den vom Volk geliebten Putin stürzen wollen. Putin selbst spricht immer wieder von ‚Staatsfeinden im Innern‘, die Russland zerstören wollten. Es ist der staatlich geförderte Hass, der Boris Nemzow umgebracht hat.“²²³

Die Auswahl der geschilderten Fälle zeigt, wie die Justiz das System Putin stützt und schützt, wie sich unter diesem Schirm Terror, Repression, Mafiastrukturen etabliert haben, Menschenrechte in „Putinland“ keine Rolle mehr spielen. Durch umfassende Repression versucht das Regime Putin die politische Situation zu stabilisieren. Spitzelwesen, Denunziantentum wie zur Stalinzeit leben wieder auf. Strafen für Dinge, die im Westen nicht einmal als Vergehen (vielleicht als kleine Verwaltungsdelikte, wenn überhaupt) eingestuft würden werden mit horrendem Strafausmaß belegt. Die Justiz ist willfährig, Angeklagte haben kaum eine Chance einen fairen Prozess zu bekommen. Demokratische Freiheiten, wie z.B. das Versammlungsrecht gelten nicht für Vertreter oppositioneller Meinungen, unter fadenscheinigsten Gründen wurde / wird die Arbeit von NGOs behindert und verboten. Die aktuellen Methoden und Herrschaftsstrukturen erwecken Reminiszenzen an die Stalin-Ära. Und in der Tat: Der GULAG, das Stalin'sche System der Straflager, wurde 1991 nicht aufgelöst sondern nur umbenannt und heißt seit 2004 FSIN [Federal'naja služba ispolnenija nakazanij]. Unter Putin nahm die massenhafte Verurteilung von Oppositionellen dramatisch zu. Willkür, Ignorieren von Gesetzen sind an der Tagesordnung. Eine Anklage endet fast immer mit einem Urteil. Es herrscht Korruption bis in die Spitzen der Justiz und in die Strafanstalten. Dazu kommt noch, dass Massenanklagen sich gut für die eigene Karriere der Richter auswirken. In dieser Atmosphäre der Verunsicherung, Repression gedeihen Mitläufertum, Denunziantentum auch innerhalb von Familien, funktionieren wie unter dem Stalin-Regime. Das Putin-Regime hat sozusagen alle Regungen im Lande fest im Griff – noch – es muss und wird aber nicht so bleiben. (Auch das sog. „Tausendjährige Reich“ hielt bloß ein Dutzend Jahre.).

²²¹ Posthum fertiggestellt: [Nemzow-Report wirft Putin verdeckten Krieg in der Ukraine vor | Euronews 12/05/2015](#) (Zugriff 10.5.2023)

²²² [EUFAJ-Special-NemtsovReport-150521.pdf \(libertas-institut.com\)](#) Mai, 2015 (Zugriff 10.5.2023)
[Russischer Oppositionspolitiker Nemzow erschossen \(faz.net\) 28.02.2015](#) (Zugriff 10.5.2023)

²²³ [Boris Nemzow: Opfer des staatlich geförderten Hasses | ZEIT ONLINE 28. Februar 2015](#) (Zugriff 10.5.2023)

Hand in Hand arbeiten das putinisierte Justizwesen und der „Archipel Putin“ – so nennt Michael Thumann Russlands System der Straflager²²⁴ – zusammen. Zur menschenverachtenden Tradition, Angeklagte im Gericht wie wilde Tiere in einem Käfig vorzuführen, kommen insbesondere die Bedingungen der Lager- bzw. Gefängnishaft, die oftmals als menschenrechtswidrig beschrieben und dokumentiert worden sind, z.B. von Ol’ga Evgen’eva Romanova, der Gründerin der NGO „Rus’ sidjaščaja“ („Russland hinter Gittern“)²²⁵, oder vom Menschenrechtsaktivisten Vladimir Valer’evič Osečkin²²⁶. Eine wichtige unabhängige Aufklärungsplattform ist Mediazona²²⁷, gegründet von Marija Vladimirovna Alëchina („Maša“) und Nadežda Andreevna Tolokonnikova, die mit der Gruppe von Rechtsanwälten Zona prava („Zone des Rechts“) zusammenarbeitet. Folter, Gewalt, Misshandlungen in Gefängnissen und Lagern sind dermaßen erdrückend und gut dokumentiert, dass sogar Putin (pro forma, imagewahrend) reagieren musste – zu Jahresende 2021 entließ er den Leiter und mehrere Beamte der FSIN und verfügte einige Anordnungen, die ein Saubermachen und größere Transparenz simulieren sollten. In der Realität mussten hingegen alle bedeutenden Menschenrechtsorganisationen, die sich in Russland um Gefangenenlager, Haftbedingungen etc. kümmern, Russland verlassen bzw. ihre Tätigkeit einstellen. Menschen, die sich für Gefangene einsetzen, müssen selbst mit Gefängnisstrafen rechnen. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass sich Widerstand aus feministischen Kreisen organisiert, wie die Bewegung Feministkoe antivoennoe soprotivlenie / FAS (Feministischer Antikriegswiderstand).²²⁸ Diese engagierten und furchtlosen Frauen haben Netzwerke im Untergrund aufgebaut, um Hilfe für ukrainische Deportierte, für Familien Gefallener in Russland und speziell auch Fluchhilfe,²²⁹ Protestaktionen im Internet, Demonstrationen als Women in Black zu organisieren, setzen Kreuze für Gefallene in 73 Städten, geben eine Untergrundzeitschrift heraus, verbreiten Informationen über Facebook, Telegram, VKontakt, Odnoklassniki, verfassen offene Briefe, Petitionen udgl., sie unterstützen auch Partisanenaktivitäten. Dass der Widerstand in Russland weiblich ist, davon zeugt die hohe Zahl der bis Sept. 2022 Festgenommenen: 70% der Inhaftierten sind weiblich.²³⁰

²²⁴ Michael Thumann: Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München, 2023, S. 127 ff.

²²⁵ Ольга Романова: Русь сидящая (Russland hinter Gittern), 2018

²²⁶ auf <https://gulagu.net>

²²⁷ mediazona.ru - Search (bing.com)

²²⁸ [Феминистское антивоенное сопротивление \(svoboda.org\)](https://svoboda.org) (1.7.2022, Zugriff 30.10.2023)

²²⁹ [Russland: Feministinnen als Fluchthelfer – DW – 24.10.2022](https://www.dw.com) (Zugriff 30.10.2023)

²³⁰ reports.ovdinfo.org/nasilie-nad-zhenshchinami-vo-vremya-antivoennyh-akciy-v-rossii (Zugriff 30.10.2023)

Putins politische Vision für Europa und die Welt

Putin hat eine Vision für Europa, wenn nicht für die ganze Welt, sie heißt „Russkij Mir“ (Russische Welt)²³¹. Es handelt sich um ein konservatives Konzept, bei dessen Durchsetzung Russland die Führung übernehmen soll. Hauptzielrichtung ist der Kampf gegen Homosexualität, Atheismus, Kosmopolitismus, gegen „Unordnung“ usw. Es ist eine im Prinzip neoimperialistische Ideologie der kulturellen Totalität des Russischen. V. Putin verwendet diesen Begriff seit 2001, der einen Grundpfeiler des Putinismus bildet, von dem aus er ideologische, politische und geopolitische Positionen ableitet, die ganz explizit auch die russische Diaspora (auch die Nachkommen russischer Emigranten) betreffen. M.a.W. die „Russische Welt“ ist ein anderer Begriff für die russische Einflussosphäre, d.h. das betrifft alle Gebiete, in denen das Russische präsent ist.²³²

Bald nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schlossen sich eine Reihe von Persönlichkeiten zu einem Kongress Russischer Kommunen (KRK) zusammen, der sich für die Rechte der russischen Gemeinschaften außerhalb Russlands einsetzte. Der KRK erwog auch die Verschiebung der russischen Grenzen, um Belarus, Transnistrien, Teile der Ukraine und Kazachstans zu „integrieren“ und des Weiteren das „historische Territorium“ und das „mächtige Vaterland“ wieder herzustellen (Putin stritt in einer Rede im August 2014 jegliche Eigenstaatlichkeit Kazachstans ab und behauptete, es sei stets Teil der großen Russischen Welt gewesen). El'cin lehnte dieses Ansinnen ab, Putin hingegen nahm dieses Konzept auf, wandte sich direkt an die russische Diaspora. Ein Landsmann zu sein, so Putin, sei ein Akt spiritueller Selbstidentifikation. Je mehr Menschen und Staaten der russischen Einflussosphäre zugerechnet werden konnten, desto größer würde der Einfluss der russischen Welt.²³³ Mit der Gründung der Stiftung Russkij Mir (2007) erhielt dieses ideologische Konzept auch eine organisatorische Struktur. Ihr Vorsitzender Vjačeslav Aleksevič Nikonov (übrigens Ehrendoktor der University of Edinburgh) sagte in einem Interview²³⁴, es gehe um das Überleben der russischen Nation, im April 2022 nannte er im russischen Fernsehen die Kämpfe in der Ukraine einen „heiligen Krieg“. Die offen religiös konnotierte Propaganda stützt sich auf die orthodoxe Kirche, die sie unterstützt, wenn auch Patriarch Kirill I eher den Terminus Heilige Rus' bevorzugt.²³⁵ Auch wenn immer wieder „geistig-moralische Werte“ beschworen werden, die sich angeblich grundlegend von den Idealen eines als feindlich wahrgenommenen Westens unterscheiden, bleibt inhaltlich die Ideologie des Russkij Mir aber weitgehend unbestimmt.²³⁶ Für Thomas Bremer ist das Konzept des Russkij Mir eine „diffuse mentale Landkarte“.²³⁷ Diese Unbestimmtheit sichert die Anwendbarkeit dieses Konzeptes auf vielerlei geopolitische Situationen, so rechtfertigt Putin die Annexion der Krim dadurch, dass die Russen in einer geteilten Nation lebten, und dass die russische Welt das historische Russland, nach der Wiederherstellung der Einheit strebe und

²³¹ Pëtr Šcedrovickij: www.archipelag.ru/authors/wshedrovicky_petr/?library-2015 (Zugriff 9.8.2023)

²³² Russkij Mir: "Russian World". On the genesis of a geopolitical concept and its effects on Ukraine.

Russkij Mir: "Russian World"; | DGAP 3.5.2016 (Zugriff 9.8.2023)

²³³ Пётр Щедровицкий: Русский мир и транснациональное русское.

Русский архипелаг - Русский мир и транснациональное русское (archipelag.ru) 2000 (Zugriff 9.8.2023)

Marlene Laruelle: The „Russian World” Russia’s Soft Power and Geopolitical Imagination

(PDF) “The ‘Russian World’. Russia's Soft Power and Geopolitical Imagination.” Center for Global Interests Papers, May. (researchgate.net) Mai, 2025 (Zugriff 9.8.2023)

²³⁴ №17 (619) / Политика и экономика / В России / Влиять по-русски (archive.org) 28. August 2022. (Zugriff 9.8.2023)

²³⁵ Russische Kirche hat Mitschuld an Ukrainekrieg – kath.ch 3.3.2022 (Zugriff 9.8.2023)

²³⁶ Michel Eltchaninoff: In Putins Kopf: Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten, Stuttgart, 2016, S. 7

²³⁷ Thomas Bremer: »Diffuses Konzept. Die Russische Orthodoxe Kirche und die »Russische Welt«, in: Ost-europa, 66 (2016) 3, S. 3–18 (4)

dass die russische Zivilisation vor äußeren (vor allem westlichen) Kräften geschützt werden müsse.

Der Kreml verwendet im Westen die Infrastruktur des Russkij Mir zur Unterwanderung von Bildungs- und Kulturinstitutionen, die sich der Förderung der russischen Sprache und Kultur verschrieben haben, um sie politisch zu instrumentalisieren. Kremlnahe Institutionen diskreditieren und gefährden mit ihrer subversiven Tätigkeit die seriöse Beschäftigung mit Sprache und Kultur Russlands. Der Kreml fördert in der Diaspora Projekte, indem das Netzwerk des Russkij Mir²³⁸ religiöse Vereinigungen, Wirtschafts- und Kulturverbände u.dgl. infiltriert um die russische die Diaspora im Sinne des Kremls zu instrumentalisieren. Idee und Konzept des Russkij Mir wurde 1995–2000 von kremlnahen Intellektuellen, Akademikern und Journalisten geopolitisch als russisches „Diaspora-Imperium“ konzipiert und entwickelt. Dabei wurde den „russischen Enklaven“ im „nahen Ausland“ – also den europäischen Ländern der ehemaligen Sowjetunion (wie der Ukraine, der Republik Moldau, den baltischen Ländern) stets besondere Bedeutung beigemessen. 20. Jh. Millionen Menschen sind im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Russland und der Sowjetunion emigriert, ab 2000 fand ein enormer Braindrain vor allem junger qualifizierter Menschen statt. Somit wurde für den Kreml die Diaspora zu einem wichtigen politischen Aktionsgebiet, indem sich Russland als Schutzmacht für im Ausland lebende Russen präsentiert. Diesen Schutzanspruch hat Putin in seiner Eröffnungsrede auf dem Kongress der Landsleute (Moskau 11. 10. 2001) offen angesprochen: „Die russischsprechende Gemeinschaft nimmt zusammen mit den Bürgern Russlands ihrer Größe nach den fünften Platz in der Welt ein [sehr großzügig geschätzt, G.F.]. Dutzende Millionen von Menschen, die russisch sprechen, russisch denken und – was vielleicht noch wichtiger ist – russisch fühlen, leben außerhalb der Grenzen der Russischen Föderation“.²³⁹ In weiteren öffentlichen Auftritten (auch im Ausland) präzisiert(e) Putin, worum es ihm vordergründig geht: Um die Verteidigung russischsprachiger Minderheiten und die Förderung des Russischen, das ein „Konzentrat geistiger Reichtümer“²⁴⁰ darstelle (Putin in der Eröffnungsansprache beim Treffen der kreativen Intelligencija, Petersburg 29.11.2001). Die Medien der russischen Diaspora sollen zum Zusammenschluss der russischen Welt beitragen. Die Stiftung Russkij Mir (unter dem Leiter Vjačeslav Aleksevič Nikonov) bietet Kultur- und Bildungsprogramme an, die ungefiltert die Vorstellung verbreiten, dass der Westen schon seit Tausend Jahren einen gezielten Kampf gegen Russland führt und auch niemals damit aufhören wird.²⁴¹

Das Ideenkonstrukt des Russkij Mir ist im Unterschied zum rein geopolitischen Begriff des „Neo-Eurasianismus“ von russisch-orthodoxen und slawophilen Tendenzen geprägt, die russisch-orthodoxe Kirche hat dabei eine Katalysatorenfunktion, indem sie ihre Rhetorik auf die „heilige“ ostslawisch-orthodoxe Gemeinschaft von Russen, Ukrainern und Weißrussen fokussiert und die alte Idee des Heiligen Russlands heraufbeschwört. Dabei fördert sie – hier im Einklang mit der Staatsdoktrin – bewusst die Vorstellung, dass Russen und Ukrainer im Grunde ein und dieselbe Nation seien und dass die Ukrainer nicht wirklich eine unabhängige Nation darstellen. Dies ist Teil der Herrschaftsideologie der Russisch-orthodoxen Kirche, die die Ukraine als ihr kanonisches Territorium beansprucht und das sie gewillt ist gegen Abspaltungs- und Verselbständigungstendenzen der ukrainischen Orthodoxie zu verteidigen. Die Innsbrucker Religionssoziologin Kristina Stoeckl²⁴² attestiert der russisch-orthodoxen Kirche eine wesentliche Mitschuld am Ukraine-Krieg. Sowohl das Konzept des „Russkij Mir“ als auch die Sicht von Russland als Verteidigerin der christlichen Werte gegen einen angeblich feindlichen

²³⁸ Siehe [ФОНД РУССКИЙ МИР \(russkiymir.ru\)](http://фонд_русский_мир)

²³⁹ Zit nach: M. Eltchaninoff: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten. München, 2022³, S.161

²⁴⁰ Zit. nach ebda S.162

²⁴¹ [Pravda, 8.4.2014: Вячеслав Никонов: Борьба Запада против России не прекращалась никогда. www.pravda.ru/news/expert/08-04-2014/1203736-nikonov-0/](http://pravda.ru/news/expert/08-04-2014/1203736-nikonov-0/)

²⁴² [Kristina Stoeckl: Putins Werk und Kirills Beitrag: Kristina Stoeckl - Redaktion - Publik-Forum.de - christlich, kritisch, unabhängig 26.10.2018 \(Zugriff 21.8.2023\)](http://www.kristina-stoeckl.de)

Westen, seien ursprünglich theologische Konzepte gewesen, die nach und nach Eingang in die russische Politik gefunden hätten. Die russisch-orthodoxe Kirche pflege eine enge Nähe zum russischen Militär, z.B. durch die Errichtung einer großen Kathedrale der russischen Streitkräfte am Stadtrand von Moskau (2020). Und dieses enge Verhältnis manifestiert sich natürlich auch in so symbolischen Akten wie (vom russischen Fernsehen übertragenen) Waffensegnungen udgl. Die Orthodoxie hat in Russland identitätsstiftende Funktion, seit Putin hat sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche intensiviert. Putin erläutert dies aus den Russland eigenen Traditionen der Selbstverwaltung und nicht – wie er betont – aus der Umsetzung von außen auferlegten (fremden) Standards. Russlands Sonderweg erkläre sich aus dem Hintergrund einer heroischen nationalen Geschichte. In Russland herrsche eine andere Demokratieauffassung, nämlich eine „östliche Demokratie“. Putins Missionsvorstellung endet aber nicht darin, dass er sich für die Verbreitung seiner konservativen Botschaft bei Russischsprachigen in der Welt einsetzt, er schließt in seine reaktionäre Mission auch Nichtrussischsprachige ein. Er unterstützt materiell wie finanziell konservative bis rechtsextreme Parteien und Gruppierungen in Europa, fördert die Bildung von entsprechenden Netzwerken (wie Mediengruppe Russia Today, Sputnik, Compact) u.a.m. Der Kreml unterstützt nationalistischer Politik dort, wo er einen Keil in die EU treiben kann (z.B. in Serbien besonders Präsident Aleksandar Vučić und seine Entourage). Deshalb kooperiert er mit den reaktionärsten, demokratiefeindlichsten westeuropäischen Konservativen (Marine Le Pen, Thierry Mariani, Philippe de Villiers, der FPÖ usw. usw.). Er setzt auf Vermittlung der Werte des postsowjetischen Russland, fördert Personen und Bewegungen, die die russische Außenpolitik unterstützen und mittragen mit dem Ziel der Spaltung und der Destabilisierung der europäischen Gemeinschaft, um letztlich die Macht zu übernehmen, das gesamte Territorium von „Lissabon bis Vladivostok“ in einen eurasischen Herrschaftsbereich unter Moskaus Führung einzuverleiben. Um dieses großwahnwitzige Ziel zu erreichen stehen viele Optionen der Spaltung der Gesellschaft offen: Meinungsmanipulation, Einsatz von Trollen u.a. Manipulationsinstrumenten, Unterwanderung von Parteien, politischen Gruppierungen und Interessensvertretungen, entsprechende Netzwerkbildungen, Kulturkampf im weitesten Sinne (Kampf gegen Homosexualität, Genderbewegung, Geschlechtergerechtigkeit etc.) bis hin zu militärischen Optionen. Der Kreml rechtfertigt sein Vorgehen damit, dass er dem Westen vorwirft, laut Außenminister S. Lavrov – einen NS-Textbaustein verwendend – an der „Endlösung der Russlandfrage“ zu arbeiten. Die Anleihen an NS-Sprachmustern sind nicht zufällig. Russland müsse den Respekt in der Welt wiedergewinnen und habe das Recht, Revanche für die „Demütigung Russlands“ zu nehmen, von diesem Vorhaben lässt es sich von niemandem abbringen. Der Kreml leitet seinen Anspruch auf expansives Verhalten aus einer sehr selektiven Wahrnehmung der Geschichte ab, diese lautet so: Russland habe nie jemanden angegriffen, sei unbesiegbar, stets unschuldig, Russland stehe immer auf der Seite der Guten usw. Russland müsse sich immer gegen Feinde von Außen wehren, die es zerstören wollen. Aus dieser Ideologie einer umkämpften Festung heraus leitet Russland für sich bestimmte Rechte ab, etwa das, die eigene Makellosigkeit anderen aufzuzwingen, etc. Einher gehen diese Wahnideen gleichzeitig mit einer schier grenzenlosen Selbstüberschätzung. In Wirklichkeit liegt die Stärke Russlands fast ausschließlich im militärischen Bereich – und hier wiederum im atomaren Komplex. Russland kann ökonomisch (dem BIP nach ist es mit Spanien vergleichbar) nicht mehr und technologisch immer weniger mit dem von ihm verfeimten Westen mithalten. Gleichsam reziprok dazu verstärkt Russland die ideologische und propagandistische Aufrüstung. „Um das größtmögliche eurasischer Imperium zu konstruieren, muss [Putin] die russische Bevölkerung für die Idee eines besonderen historischen ‚Weges‘ mobilisieren. Und um den Rest der Welt auf seine Seite zu ziehen, hat er entschieden, sich zum Vorkämpfer eines anti-modernistischen und erzkonservativen Paradigmas zu machen. [...] Den des nationalistischsten und protowissenschaftlichsten Zweiges der russischen Philosophie gibt Putin Russland nun seine internationale ideologische Berufung zurück. Die identitäre konservative Bewegung soll ein Leitstern für alle Völker der Welt werde. Die vom Kreml initiierte und gesteuerte

konservative Mobilisierung kennt keine Grenzen mehr. Die UdSSR war kein Land, sondern ein Konzept. Mit Putin ist Russland wieder der Name einer Idee.“²⁴³ Beim Begräbnis von Dugins Tochter (im August w2022) Darja Dugina fielen Slogans wie: „Ein Land! Ein Präsident! Und ein Sieg!“ (vgl. den NS-Slogan: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“). Die eurasische Ideologie materialisiert sich in der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (manifestiert sich in verschiedenen Versionen: EAWU, EAEU, EEU). Sie vereinigt Armenien, Belarus‘, Kazachstan, Kirgisistan und Russland zu einem Binnenmarkt mit Zollunion. Das Gründungsabkommen wurde am 29. Mai 2014 von Belarus‘, Kazachstan und Russland unterzeichnet. Lange Zeit hatte die russische Regierung erfolglos versucht, die Ukraine in die Planungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit einzubeziehen. Im August 2013 beantragte die Ukraine bloß einen Beobachterstatus in der Eurasischen Wirtschaftsunion. Am 2. Februar 2012 erfolgte die Einrichtung der Eurasischen Wirtschaftskommission, die als Aufsichtsbehörde sowohl die Zollunion als auch den gemeinsamen Wirtschaftsraum reguliert.²⁴⁴ Dem Vorsitzenden der russischen Staatsduma Sergej Naryškin zufolge sollte sich aus der eurasischen Wirtschaftsunion auch eine politische Union entwickeln mit einem eurasischen Parlament. Der erste Schritt – die Bildung supranationaler Behörden – werde bereits getan. Kazachstan äußerte diesem Projekt gegenüber Skepsis, es wollte über die bereits bestehende Vereinbarung über die interparlamentarische Zusammenarbeit nicht hinausgehen. 2013 unterstützte Lukašenka die Position Kazachstans, um dann im Oktober 2014 zu erklären, dass alle Probleme aus belarussischer Sicht geklärt seien. Der Krieg mit der Ukraine hat alle Aussichten, dass dieses Land der eurasischen Union beitreten würde, wohl endgültig zerschlagen. Die Eurasische Wirtschaftsunion dient heute u.a. auch der Umgehung der Sanktionen gegen Russland.

Interessant ist auch ein geopolitisch konzipiertes Strategiepapier, das im Februar 2014 Putin vorgelegt wurde, an dem laut Novaja gazeta Malofeev mitgearbeitet hat. Darin heißt es, dass die Regierungszeit des damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovyč wegen der Euromajdan-Proteste jederzeit enden könne und dass die russische Regierung deshalb einen „Anschluss“ der Krim, der Oblaste Donec‘k, Luhans‘k, Charkiv, Zaporizžja und anderer ost- und südukrainischer Gebiete an Russland initiieren müsse. Der Unterhalt dieser Gebiete werde zwar zu höheren Staatsausgaben führen, jedoch könne Russland damit die Kontrolle über das Gas-Transport-System der Ukraine behalten, einen slawisch-westlichen Migrationsstrom nach Russland bewirken, die geopolitische Situation in Mittel- und Osteuropa verändern und Russland wieder als Hauptakteur etablieren. Um diesem Prozess eine „politische Legitimation und moralische Rechtfertigung“ zu geben, müsse eine PR-Strategie geschaffen werden, welche die russischen Handlungen als erzwungene Reaktion darstellt. Darüber hinaus solle auf der Krim und den anderen angeschlossenen Gebieten die Durchführung von Referenda zum Beitritt in die Russische Föderation vorbereitet werden. Äußerst wichtig sei, dass die Weltöffentlichkeit möglichst wenig Gründe hat, die Legitimität und Echtheit dieser Referenda anzuzweifeln.²⁴⁵ Dieses Papier stellt tatsächlich den Fahrplan für die russische Ukraine-Politik der folgenden Jahre dar. Malofeev steht seit dem 30. Juli 2014 auf der Sanktionsliste der EU und ist mit einem Einreiseverbot und dem Einfrieren seiner Vermögenswerte im Ausland belegt.

Russophobie

Der Begriff der Russophobie bedeutet allgemein die Ablehnung Russlands, der Russen, es wäre sicherlich zu kurz gegriffen, würde man die Russophobie nur als Teilphänomen der Xenophobie begreifen. Wichtig ist die historische Dimension dieses Begriffes. Im Mittelalter und in der

²⁴³ M. Eltchaninoff: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten. München, 2022³, S. 169

²⁴⁴ Mirosław Antonowicz: Cooperation of OSJD with the International Organisations in the Field of Transport. In: OSJD Bulletin 3-4/2022, S. 1–17

²⁴⁵ Destabilisierung der Ukraine: Wie Moskau den Ukraine-Konflikt geplant haben soll. 26. 2. 2015 (Zugriff 30.7.2023)

frühen Neuzeit bezog sich die Ablehnung Russlands / der „Russen“ besonders auf religiöse Aspekte, die auf die Kirchenspaltung, das morgenländische Schisma von 1054 zurückgehen. Die Christianisierung der Kiewer Rus erfolgte von Konstantinopel aus, unter Großfürst Vladimir / Volodymyr I. (der Heilige) 988 wurde die Rus‘ zum orthodoxen Glauben bekehrt. Die Kiewer Rus‘ war zu seiner Blütezeit im 10. Jh. der größte Staat Europas. Die Einflusssphären Roms und Konstantinopels stabilisierten sich, Versuche des Großmährischen Reiches sich der Vorherrschaft der „Lateiner“ zu entwinden, scheiterten, die Grenze zwischen Konstantinopel / der Orthodoxie und Rom / dem Katholizismus verfestigte sich, die Westslawen wurden „lateinisch“, die Ostslawen (mit ihnen auch die Rumänen) „orthodox“. Die religiösen Unterschiede zwischen Orthodoxen und Katholiken wurden zunehmend dogmatisiert. Die Kirchenspaltung ruft bis heute gegenseitige Schuldzuweisungen auf den Plan, in der Vergangenheit verunglimpften sich Orthodoxe und Katholiken gegenseitig als „Ungläubige“ oder vom rechten Glauben Abgekommene, wiesen sich gegenseitig die Schuld für das Schisma zu, nahmen sich als Konkurrenz, verteufelten jeweils die Gegenseite als „Schismatiker“ usw. Die Expansion des Deutschen Ordens und die daraus resultierenden Konflikte territorialer Interessenssphären führten zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die auch religiös gedeutet wurden / werden: Der Deutsche Orden, als Vertreter der „Christen“ schlechthin gegen die Schismatiker im Osten. In der Livländischen Reimchronik, die die Ereignisse vom 12. – 13. Jh. festhält, werden die Russen als „Ungläubige“, und Plünderer christlicher Ländereien bezeichnet.

Der Zerfall der Kiewer Rus‘, die politische Zersplitterung der Nachfolge dieses Reiches in einzelne Fürstentümer und der Mongolensturm 1237–1240 bedingen Unsicherheit und Instabilität, 1242 errichtet Batu Khan seine Hauptstadt Saraj am Unterlauf der Wolga (unweit des heutigen Volgograd) und gründet das Khanat die Goldene Horde. Auseinandersetzungen mit den westlichen Nachbarn über das Erbe des Kiewer Reiches. Der Anspruch der Rurikiden-Fürsten von Moskau, Herrscher der ganzen Rus‘ zu sein, stößt auf Widerstand in der Personalunion Polen-Litauen. Um die Wende zum 16. Jahrhundert steigerten sich die Interessenskonflikte zwischen dem Großfürstentum Moskau und dem Großfürstentum Litauen und mündeten in den Russisch-Litauischen Kriegen. Nach Osten hin ist Russland offen, ohne natürliche Barrieren, die als Schutz dienen könnten, die geographische Lage zwingt das Moskowitische Reich zu wechselhaften Bündnissen (mit anderen russischen Fürstentümern, mit den Tataren, mit Litauen etc.) um das Land zu konsolidieren. Das veranlasst z.B. König Sigismund I. (1467 – 1548) die „Moskowiter“ beim Papst als Feinde des Christentums zu denunzieren, die sich mit Türken und Tataren verschworen hätten um das Christentum zu zerstören.²⁵¹

Ivan IV („Der Schreckliche“, 1530-84), Großfürst von Moskau, wird zum ersten Zar von Russland und setzt damit ein Zeichen der Befreiung von der Oberherrschaft der Tataren. Er festigt das Moskowitische Reich und vergrößert es durch das „Sammeln russischer Länder“ und durch Eroberungen. Mit ihm wird Russland als ernst zu nehmender politischer Faktor im Westen wahrgenommen. Die expandierende Größe und die gewaltvollen Formen der Machtausübung im Inneren prägen im Westen ein respekt- bis furchteinflößendes Bild, das sich in den folgenden Jahrhunderten festigt. Ivan IV, der während seiner Herrschaft ca. 5000 Menschen (Fürstenfamilien, eigene Verwandte, Personen, die ihm als Konkurrenz oder sonst gefährlich erscheinen) hinrichten lässt, trägt wesentlich zum negativen und furchteinflößenden Bild Russlands bei. Die Oprіčnina – eine separate Domäne aus Ländereien, die von den Fürsten und Bojaren konfisziert worden waren – wird bis auf Widerruf den „Oprіčniki“, den Untergebenen, die eine Art Privatarmee darstellen, zugeteilt. Die Oprіčniki müssen dem Zaren bedingungslose Treue schwören und sich verpflichten, Verräter zu melden, keinerlei Freundschaften (vor allem nicht mit den Bojaren) außerhalb der Oprіčnina zu pflegen und dem Treueverhältnis gegenüber dem Zaren oberste Priorität einzuräumen. Als Dank werden sie mit von Ivan geraubten Bojarengütern

²⁵¹ Marshall T. Poe: *People Born to Slavery: Russia in Early Modern European Ethnography, 1478–1748*. Cornell University Press. 2001, S. 21

belohnt. Von der Opričnina werden viele Adelige und Bürger getötet sowie Kirchen, Klöster und Besitztümer geplündert. Strafexpeditionen forderten Tausende Opfer. Der Westen nimmt allmählich das wachsende Russland wahr: Europäische Zeitgenossen, die Russland bereisen, berichten von der Tyrannei des russischen Zaren.²⁵² Das negative Bild von Russland, das im Westen entsteht und immer mehr durch Details vervollständigt wird, widerspiegelt auch die Angst vor einer wachsenden und unberechenbaren Großmacht. Die nach Ivan IV folgende Zeit der Wirren, dynastische Konflikte, Kriege mit den westlichen Nachbarn und die Dynamik der territorialen russischen Expansion nach Osten, Gewaltausübung im Inneren verstärken die negativen Vorstellungen über Russland. Aber auch in Russland entwickelt sich das von der Orthodoxie geförderte stereotype Gegenbild vom „perverse“, „chaotischen“, „amoralischen“ Westeuropa, von dem es sich abzugrenzen habe.²⁵³

Im 19. Jh. verstärken sich mit der Dynamik der Entwicklung nationaler Bewegungen alsbald antislawische Haltungen insbesondere in den deutschsprachigen Ländern. Napoleon sieht in Russland ein extrem rückständiges, ja barbarisches Land, das unvereinbar ist mit seinen Vorstellungen von Liberalität.²⁵⁴ Diese Haltung der eigenen Überlegenheit zeigen auch seine Soldaten während des Russlandfeldzugs 1812 gegenüber der russischen Zivilbevölkerung und gegenüber allem „Russischen“. Französische Truppen plündern Klöster und Kirchen, nutzen sie als Pferdeställe, Militärlager udgl. In der russischen Wahrnehmung wird Napoleon zum Antichrist, der dem Heiligen Russland mit dem Zaren an der Spitze gegenüber steht. Als Reaktion auf die Napoleonischen Kriege entsteht 1815 eine Heilige Allianz [Svjaščennyj sojuz] zwischen Österreich, Preußen und Russland, sie soll einen „Ewigen Frieden“ sichern. Grundlage der herrschenden politischen Ordnung sind Christentum und Gottesgnadentum der Herrscher. Zweck dieser Koalition ist die Systemstabilisierung und die Verhinderung aller liberalen, bürgerlichen und nationalstaatlichen Umwälzungen, auf die insbesondere Russland besonders sensibel reagiert und sie rigoros bekämpft, wie z.B. den Dekabristen-Aufstand 1825 oder den polnischen Freiheitskampf 1830. Letzterer löst in Europa eine große Solidarisierungswelle gegen das Zarenregime aus. Reiseschriftsteller wie Astolphe de Custine in den 1830er Jahren stützen die ablehnende Haltung gegen das Zarenregime, indem sie das Russische Kaiserreich einer scharfen Kritik hinsichtlich der Autokratie und des Alltagslebens unterziehen. Es gibt auch westliche (französische) Historiker, die Russland geringschätzen, indem sie es nicht der Mühe wert finden sich mit Russland zu befassen und es überhaupt von ihren Betrachtungen ausklammern, wie z.B. François Guizot in seiner „Geschichte der europäischen Zivilisation“ (1828) oder der Historiker Jules Michelet.

Der Grundstein für die Entstehung russophober Gedanken- und Textbausteine in der Publizistik ist somit gelegt.²⁵⁵ Das Herrschaftssystem in Russland reagiert immer allergischer gegen jegliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Landes, so wird z.B. der liberale Reformler Michail Michajlovič Speranskij (1772 – 1839) wegen seiner Analyse des russischen Staatswesens, wo er Despotismus auf der Basis der Versklavung der Gesellschaft anprangert, des Verrats bezichtigt und in die Verbannung geschickt. Die juristische Interpretation und Verfolgung von Kritik an internen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen als Landesverrat wird zu einem Reaktionsschema, das sich bis in die Putin-Ära fortsetzt.

Die Polarisierung zwischen Russland und dem Westen schreitet fort, die Slawophilen, darunter insbesondere Pëtr Čadaev in seinem „Philosophischen Brief“ schaffen und befeuern die Dichotomie des „Wir“ (d.h. des „Russischen“), des „Eigenen“ und des abzulehnenden „Fremden“,

²⁵² Ruslan Grigrojewitsch Skrynnikow Ivan der Schreckliche und seine Zeit. Mit einem Nachwort von Hans-Joachim Torke. München 1992

²⁵³ Gabriele Scheidegger: Perverse Abendland – barbarisches Russland: Kulturelle Missverständnisse in der russisch-abendländischen Begegnung im 16. und 17. Jahrhundert. Zürich, 1993

²⁵⁴ McNally, Raymond. The origins of Russophobia in France 1812–1830. In: The American Slavic and East European Review 17 (1958), S. 173–189

²⁵⁵ Dieter Groh: Russland und das Selbstverständnis Europas. Neuwied 1961, S. 189.

„Westlichen“. Auf politischer Ebene wird die Unterdrückung der ungarischen Revolution 1848/9 mit russischer Hilfe von Reaktionären und Konservativen (im Westen wie im Osten) gefeiert, von liberalen und revolutionären Kreisen verdammt. Und in der Tat, Zar Alexander profiliert sich, je stärker der Widerstand gegen das herrschende Regime wird, als treibende Kraft der Heiligen Allianz, als Verfechter christlicher Prinzipien gegen säkulare Demokratie, gegen nationale Bewegungen und setzt entsprechende Maßnahmen. Seinen General Aleksej Andreevič Arakčeev lässt er ganze Dörfer zu Militärkolonien umwandeln, in der Hoffnung, sie würden die Bauern Disziplin und Eigenständigkeit lehren, „doch sie funktionierten eher wie Prototypen der Arbeitslager des Gulag.“²⁵⁶

1833 verankerte Bildungsminister Sergej Semënovič Uvarov Orthodoxie, Autokratie und volksnahen Patriotismus (pravoslavie, samoderžavie, narodnost‘) als „russische“ Antwort auf die französischen Konzepte von liberté, égalité, fraternité im Bildungskanon der russischen Schulen. Dies entspricht den Idealen von Harmonie, Demut, Opferbereitschaft, einfacher bäuerlicher russischer Seele, gemeinschaftlicher Harmonie, der sobornost‘ der Slawophilen. Gogol‘ und Dostoevskij entwickelten in der Spätphase ihres Schaffens ein problematisches mystisches Konzept der russischen Seele, beschworen den universalen Geist christlicher Nächstenliebe, der nur dem russischen Volk angeboren sei mit der schicksalhaften Mission die Welt vor Egoismus, Habgier und allen westliche Sünden zu retten. „In diesem Mythos von der russischen Seele steckte ein messianisches Konzept von Russland als einem Reich der Orthodoxie ohne territoriale Grenzen, einem spirituellen Reich, das Moskau, das Dritte Rom, mit Konstantinopel und Jerusalem verband“.²⁵⁷

Die Gegenposition vertritt Vissarion Grigor’evič Belinskij, in einem Brief als Antwort an Gogol’s „Ausgewählte Stellen aus Briefen an Freunde“ (1846), in dem Gogol‘ (in Form einer Moralpredigt über das göttliche Wesen Russlands) ausführt, dass das Heil in der spirituellen Läuterung jedes einzelnen Bürgers liege. Seine Darlegungen erregen große Empörung in Kreisen der russischen Intelligenzija. Belinskij hält dagegen: „... Russland [sieht] seine Rettung nicht im Mystizismus, nicht im Asketismus oder im Pietismus [...], sondern im Fortschreiten der Zivilisation, der Aufklärung und der Menschlichkeit. Es braucht keine Predigten [...], keine Gebete [...] sondern das Wiedererwachen des Gefühls der Menschenwürde im Volke, das so viele Jahrhunderte hindurch in Schmutz und Unrat verlorengegangen war – es braucht Rechte und Gesetze, die nicht den Lehren der Kirche entsprechen, sondern dem gesunden Menschenverstand und der Gerechtigkeit, und die möglichst streng gehandhabt werden. Statt dessen bietet Russland den abscheulichen Anblick eines Landes, wo Menschen mit Menschen Handel treiben, [...] eines Landes, wo sich die Menschen nicht mit ihrem Namen anreden, sondern sich mit verächtlichen Spitznamen wie Vanka, Vaska, Steška, Palaška bezeichnen; eines Landes endlich, wo es nicht nur keinerlei Garantien für die Unantastbarkeit der Person, der Ehre und des Eigentums gibt, sondern nicht einmal eine Polizeiordnung, sondern nur riesige Korporationen von beamteten Dieben und Räubern.“²⁵⁸

Besonders negative Auswirkungen auf das Russlandbild im Westen hat der Krimkrieg, nach dessen Ende muss im Pariser Vertrag 1856/7 Russland sämtliche Ansprüche auf Moldau und die Walachei aufgeben und löst seine Schwarzmeerflotte auf. „Die Behandlung Russlands war beispiellos in Europa, das sich angeblich von dem Grundsatz leiten ließ, dass keine Großmacht jemals von anderen gedemütigt werden dürfe. Freilich waren die Alliierten auch gar nicht der Meinung, dass sie es mit einer europäischen Macht zu tun hatten. Sie setzten Russland mit China gleich, dem sie nach dem Ersten Opiumkrieg ähnlich erniedrigende Bedingungen auferlegt hatten“.²⁵⁹ Für Figes hatte diese Erniedrigung „einen tiefen Groll gegenüber dem Westen hinterlassen, der sich bis heute fortsetzt. Putins Rede von westlichen ‚doppelten Maßstäben‘

²⁵⁶ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 189

²⁵⁷ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S. 197

²⁵⁸ Vissarion Belinskij: Ausgewählte Schriften: Berlin, 1953, S.151 u. 146

²⁵⁹ Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022, S.210

und ‚Heuchelei‘, von einer westlichen ‚Russophobie‘ und ‚Missachtung‘ Russlands geht auf dieses historische Ereignis zurück.“

Der Theoretiker des Panslawismus Nikolaj Jakovlevič Danilevskij behauptet in „Russland und Europa“, „Europa ist uns nicht nur fremd, sondern sogar feindlich; seine Interessen können nicht die gleichen wie die unseren sein, und in den meisten Fällen werden sie den unseren entgegenstehen.“²⁶¹ Putin hat gegenüber dem liberalen Westen ähnliche Ideen entwickelt. Sein Vorwurf, Russland werde vom Westen ungerecht behandelt und als Schutzmacht der Orthodoxen nicht gewürdigt, hat schon der Historiker und Publizist Michail Petrovič Pogodin in einer Denkschrift (1853) gewissermaßen vorweg genommen: „Frankreich nimmt der Türkei Algerien weg, und fast jedes Jahr annektiert England ein weiteres indisches Fürstentum: Nichts davon stört das Machtgleichgewicht; doch wenn Russland die Moldau und die Walachei auch nur vorübergehend besetzt, ist das Gleichgewicht der Kräfte gestört. [...] Wenn aber Russland einen Vertrag verlangt, um Millionen Christen zu schützen, heißt es, es wolle seine Position im Orient auf Kosten des Gleichgewichts der Kräfte stärken. Wir können nichts anderes vom Westen erwarten als blinden Hass und Bosheit, die nichts versteht und nichts verstehen will.“²⁶²

Zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen (vor allem den deutschsprachigen Ländern) trägt Houston Stewart Chamberlains monumentale Arbeit „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ (1899) bei, die den deutschen Nationalismus zur Zeit des Wilhelminismus und darüber hinaus prägt. Der Autor stellt die Germanen als höchstentwickelte menschliche Rasse und Deutschland als ihre natürliche Führungsmacht dar, damit stuft er gleichzeitig die slawischen Nachbarvölker (insbesondere Polen und Russen) als minderwertig ein. An dieser Rufschädigung beteiligen sich neben Chamberlain insbesondere die deutsch-baltischen Publizisten Paul Rohrbach und Theodor Schiemann, die Russland als gefährliche zivilisatorisch und kulturell rückständige slawische Führungsmacht einschätzen, mit der Deutschland als germanische Führungsmacht früher oder später einen Entscheidungskampf führen werde. Durch diese Publizistik kippt das bis dahin eher positive deutsche Russlandbild ins Negative.

Gegen Ende des Zarenreiches reihen sich Korruption, die Verlotterung der Machteliten, insbesondere die Rasputin-Affäre, die brutale Niederschlagung von Aufständen, die Revolution von 1905 ein in die Kette von Ereignissen, die das negative Image Russlands in Europa förderten. In Deutschland und Österreich-Ungarn sind Slawophobie, Nationalismus und Chauvinismus verbreitete Ideologien nicht nur unter den Eliten. 1914 können sich auch große Teile der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung (bis dahin noch relativ wenig von der nationalistischen Euphorie mitgerissen) in Deutschland und in „Österreich-Ungarn mit dem Kampf gegen den reaktionären Zarismus identifizieren und schließen mit den Herrschenden einen „Burgfrieden“ und erleichtern somit den Kriegseintritt.

Der Erste Weltkrieg, die Revolution von 1917 und die Interventionskriege hinterlassen Russland (und anschließend die Sowjetunion) als ein in jeder Hinsicht verwüstetes Land. Hunderttausende fliehen vor der Revolution und den Interventionskriegen in den Westen. Die Konsolidierung der Sowjetmacht ab 1921, Modernisierung, Industrialisierung und Kollektivierung erfolgen mit Mitteln der Repression und Gewalt, die sich unter Stalin ins Unermessliche steigern. Die Gründung der Sowjetunion und die „Heimholung“ von nach der Oktoberrevolution unabhängig gewordenen Gebieten, die Etablierung von Moskau als Hauptstadt der kommunistischen Bewegung, die Perspektive der „Weltrevolution“, die in andere Länder getragen werden soll, verleiht als Reaktion im Westen dem Antikommunismus einen enormen Auftrieb. Der Antikommunismus hat verschiedene Facetten, er war und ist aber nicht notwendiger Weise „russo-phob“, er hat auch antisemitische Züge (teilweise von russischen Emigranten getragen).

²⁶¹ Nikolaj Danilewsky: Russland und Europa. Eine Untersuchung über die kulturellen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt. Stuttgart, 1920

²⁶² Orlando Figes: Crimea. London, 2010, S.134

In der NS-Zeit verbinden sich Antisemitismus und allgemeine Slawenfeindlichkeit auf rassen-theoretischer Grundlage mit dem Antibolschewismus / Antikommunismus. Hitler beschreibt die Russen als Untermenschen, die lediglich dank einer „germanischen Oberschicht“ ein Reich hätten aufbauen können. Die Sowjetunion betrachten die Nationalsozialisten bloß als für die deutsche Herrenrasse bestimmten Lebensraum im Osten. Im „Generalplan Ost“ sieht das NS-Regime nach dem Endsieg eine Dezimierung, Versklavung und großangelegte Deportation der slawischen Bevölkerungen vor, wobei Städte wie Leningrad und Moskau dem Erdboden gleichgemacht werden sollen.²⁶³ Die Freude über die Befreiung vom Naziregime, an der die Sowjetunion großen Anteil hatte, war nicht ungetrübt angesichts der Tatsache zahlreicher Verbrechen sowjetischer Soldaten gegenüber der deutschen und österreichischen Zivilbevölkerung. Diese negativen Erfahrungen haben sich tief in das kollektive Bewusstsein eingegraben und bestimmen über Generationen die ablehnende Haltung gegenüber „den Russen“. Nach 1945 formuliert der amerikanische Präsident Harry S. Truman den Weltmachtanspruch der USA gegenüber der Sowjetunion und gibt gewissermaßen ein konfliktorisches Szenario vor: „...die Russen würden bald auf ihren Platz verwiesen werden, und die USA würden dann die Führung ergreifen, um die Welt so zu regieren, wie sie regiert werden sollte.“²⁶⁴ Damit forderte der amerikanische Imperialismus den sowjetischen klar heraus, eine Runde ideologischer und (seien es „bloß“ stellvertretende) militärischer Auseinandersetzungen ist damit eingeläutet. Der Kalte Krieg erfasst die ganze Welt, er ist geprägt vom Misstrauen aus dem politisch-ideologischen Kampf zwischen dem Westen und dem „kommunistischen“, sowjetrussisch dominierten Ostblock. Seit den frühen 1950er Jahren dominiert die (reale wie die geschürte) Angst vor den Kommunisten und vor der atomaren Bedrohung das kollektive Bewusstsein in Europa und den USA und umgekehrt auch im „Ostblock“. Vladimir Putin simplifiziert die Geschichte, wenn er erklärt, die „Russophobie“ des Westens und der osteuropäischen Staaten ginge auf die Interventionen der Sowjetunion in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei zurück²⁶⁵. Diese Ereignisse wirkten sicherlich als Katalysatoren, sind aber nicht die einzige Quelle für die Entstehung russlandkritischer und russlandfeindlicher Haltungen. Die zu Grunde liegenden Konfliktlinien haben tiefere Wurzeln. Der Kalte Krieg hatte verschiedene Eskalations- und Deeskalationsphasen, die Interventionen im sowjetischen Block (Ungarn, DDR, ČSSR, Polen, Breschnew-Doktrin²⁶⁶), sowie der Afghanistan-Krieg führten im Westen zu starken Solidarisierungsbewegungen mit dem politischen Widerstand im Ostblock, die den Kampf gegen die herrschenden Regime und gegen die Sowjetunion stärkten, die neben demokratischen allerdings auch z.T. nationalistische und russophobe Positionen einschlossen. Nicht unwesentlich ist auch der Kampf an der „Kulturfront“: Film-Produktionen lassen stereotypenhafte Bilder von russischen Kommunisten und amerikanischen Agenten entstehen, die zumindest in der „Heißen Phase des Kalten Krieges“ insgesamt keine positive oder mäßigende Wirkung auf das Ost-West-Verhältnis haben.

Nach dem Zerfall des Ostblocks schien sich eine euphorische Stimmung bezüglich des Ost-West-Verhältnisses breit zu machen, die sich von der Sowjetunion abgespaltenen und nun unabhängigen Staaten arbeiteten an ihrer Identitätsbildung und an der Aufgabe, demokratische Strukturen aufzubauen. In Russland verliefen diese Prozesse widersprüchlich, demokratische Prozesse entwickelten sich nicht nachhaltig. Im Westen wird das Bild eines kleptokratischen,

²⁶³ Mechtild Rössler, Sabine Schleiermacher (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin, 1993

²⁶⁴ William Appleman Williams: The Tragedy of American Diplomacy. New York, 1959, S.168

Vgl. auch: Dennis Merrill: The Truman Doctrine: Containing Communism and Modernity.

In: Presidential Studies Quarterly. Vol. 36, No. 1, März 2006 (= Presidential Doctrines), S. 27–37

²⁶⁵ <http://archive.kremlin.ru/articles/bookchapter9.shtml> 4.3.2016 (Aufruf 15.5.2023)

²⁶⁶ Vladislav M. Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev. Chapel Hill, 2009

kriminellen Russland wahrgenommen, das auch in den 1990er Jahren Form der russischen Mafia im Westen real in Erscheinung tritt.

Der Begriff „Russophobie“ wird Anfang 1980er-Jahre popularisiert durch ein Buch „Russophobia“ des sowjetischen Mathematikers und Dissidenten Igor‘ Rostislavovič Šafarevič, das seit 1981 im Samisdat zirkulierte. Seine Thesen wurden insofern widersprüchlich aufgenommen, als sie stark nationalistische und antisemitische Züge aufweisen. Die Entstehung des Kommunismus sei auf das Wirken einer kleinen „russophoben“ Gruppe zurückzuführen, die das Ziel verfolge den russischen „Nationalcharakter“ zu zerstören. Dieser geradezu „klassische“ Topos antisemitischer Verschwörungsphantasie vom „Judeo-Bolschewismus“²⁶⁷ wurde nach der Oktoberrevolution von russischen Emigranten verbreitet und geriet rasch in das Sprach- und Begriffsinventar westlicher rechter Bewegungen und insbesondere der Nationalsozialisten.

In der Putin-Ära wird „Russophobie“ zu einem nationalistischen und ideologischen Propagandabegriff, der grundsätzlich russlandfeindliche Kritik an der – historischen oder aktuellen – Großmachtpolitik Russlands sowie an den politisch-gesellschaftlichen Systemen in Russland unterstellt. Dem Publizisten Lucian Kim zufolge wird „russophob“ in der Ära Putin zu einem Etikett für Menschen in Russland oder im Ausland, die mit dem aggressiven Verhalten des russischen Präsidenten nicht einverstanden sind.²⁶⁸

Das Konzept der Russophobie wird ein integraler Bestandteil der Mythologie russischer Nationalisten²⁶⁹. Dieser Begriff ist gegen den Westen gewandt, er soll den defensiven Charakter, Duldsamkeit, Opferstatus, die Unschuld des russischen Volkes betonen, er ist ein Argument für die Selbstverteidigung gegen einen aggressiven Westen, der z.B. nicht anerkennen will, dass die Ukraine eigentlich Russland ist und dass sich Russland nur das nimmt, was ihm sowieso gehört. Wer dieses Faktum nicht akzeptiert, ist „russophob“ – dies ist kurz gesagt, die aktuelle Interpretation des Begriffes „Russophobie“ in der Ära Putin. Der Journalist Boris Reitschuster meint zu diesem Thema: Putin selbst „ist russophob, also das, was er anderen vorwirft: Er hat eine geringe Meinung von den Menschen in Russland, weil er sie für unreif hält und wie Kinder behandelt. Kinder, die stark geführt werden müssen und auch mal Prügel wollen.“²⁷⁰

Die Diskussion um „Russophobie“ ist verfahren, Karl Schlögel moniert, dass nicht nur auf russischen Pressekonferenzen „Lügen und Demagogie“ Einzug gehalten hätten, sondern, dass russische amtliche Lügen im Westen „talkshowtauglich“ geworden seien; oft gäbe es keine Widerrede, weil die bemühten Moderatoren unter dem Druck der Objektivität stünden, wonach die Wahrheit nicht ermittelbar sei, sondern immer irgendwo in der Mitte liege. Die Medien achteten „mehr denn je auf Äquidistanz, nur um ja nicht in den Verdacht zu geraten, ‚antirussische Stereotype‘ zu pflegen.“²⁷¹ Schlögel schrieb das 2015, in der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse sogar noch verschärft.

Die politische Sprache hat sich in „Putinland“ verändert, neben den bekannten Sprachver- und Geboten haben Begriffe einen Bedeutungswandel erfahren, so z.B. der Begriff „Evakuierung“, der (üblicher Weise) Hilfe, Rettung aus Notsituationen etc. suggeriert, im Donbas und auf der Krim er in Wirklichkeit Entführung, Menschenraub u.ä. meint. Ähnliches gilt für den Begriff „Adoption“, ein Wort, das in der Putin-Ära bezogen auf die besetzten Gebiete der Ukraine Zwangsadoption – und damit ein Kriegsverbrechen – bedeutet. „Entnazifizierung“ beinhaltete ursprünglich in Deutschland und in Österreich nach 1945 die Befreiung der Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik von allen Einflüssen der NS-Ideologie und des Militarismus sowie die Demokratisierung der Gesellschaft. Unter Putin bedeutet „Entnazifizierung der Ukraine“ die Auslöschung der ukrainischen politischen Elite, der ukrainischen Identität und schließlich der Eigenstaatlichkeit mit allen Mitteln. Wenn in der Putin-Ära der Begriff „Faschismus“,

²⁶⁷ Paul Hanebrink: A Specter Haunting Europe: The Myth of Judeo-Bolshevism. Cambridge/London, 2018.

²⁶⁸ Lucian Kim: Do you suffer from Russophobia? The Kremlin thinks you might. 3.7.2016 (Zugriff 17.5.2023)

²⁶⁹ Anatoly M. Khazanov: The nation-state in question, Princeton University Press, 2003, S. 90–91, 96–97

²⁷⁰ Interview: "Putin selbst ist russenfeindlich" | tagesschau.de 2.09.2014 (Aufruf: 17.5.2023)

²⁷¹ Karl Schlögel: Entscheidung in Kiew: Ukrainische Lektionen. München, 2015

„faschistisch“ etc. verwendet wird, dann bezieht er sich stets auf andere, nie auf „Russisches“. „Russophob“ ist somit alles, was der herrschenden Kremlideologie widerspricht. Am 9. 5. 2023, dem „Tag des Sieges“ (in Europa „Tag der Befreiung“, „Europatag“) sagte Putin: „Gegen unser Vaterland wurde ein echter Krieg entfesselt“, die westlichen Eliten würden nur Hass und Russophobie säen. Mit diesen Lügen verbreitet er Angst in der Bevölkerung und sichert sich seine persönliche Macht. Nahezu alle Länder (mit Ausnahme der wenigen Freunde Russlands) seien von „Russophobie“ befallen, so die herrschende ideologische Sprachregelung. Mit dem Bann der „Russophobie“ wird belegt, wer z.B. Kritik oder nur Zweifel an der widerrechtlichen Annexion der Krim äußert, oder an der offiziellen Version des Abschusses des malayischen Verkehrsflugzeugs MH17 am 17.7.2014 (durch eine russische Rakete), an der Vergiftung von Sergej Viktorovič Skripal (und seiner Tochter), Aleksandr Val’terovič Litvinenko, Aleksej Anatol’evič Naval’nyj, an den Morden an Boris Nemcov, Anna Politkovskaja usw. oder wer Aktivitäten von russischen Trollfabriken bei Wahlkämpfen im westlichen Ausland kritisiert usw. usf. – alles dies sind aus der Sicht des Kremls Beispiele von Russophobie. In einem derart vergifteten Diskurs (im Westen wie in Russland) werden offene gesellschaftspolitische Gespräche kaum mehr möglich, die herrschenden Dogmen erschlagen buchstäblich abweichende Ansichten, Meinungen und empirisch belegte Fakten.

Die neue Russophobie – das aktuelle negative Ansehen Russlands in der Welt – hat sich die russische Politik zu einem erheblichen Teil selbst „erarbeitet“.

Putin als Geschichtsfälscher und Hassredner

Im Juli 2021 veröffentlichte V. Putin den Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ [Ob istoričeskome edinstve russkich i ukrajincev]²⁷², dieser Text wurde breit auch im Ausland rezipiert. Putin kann seriöser Weise nicht als Historiker bezeichnet werden. Methodologisch weisen alle seine Texte zu historischen Themen aus wissenschaftlicher Sicht erhebliche Mängel auf. Putin berücksichtigt z.B. wichtige Fakten oder Ereignisse offensichtlich mit Absicht nicht, wenn sie nicht in sein inhaltliches Konzept passen, er argumentiert nicht konsequent, es stört ihn auch nicht, offensichtliche Widersprüche einfach unaufgelöst stehen zu lassen. Es geht ihm überhaupt nicht um einen um Objektivität bemühten Diskurs, der fachlichen Kriterien entspricht, sondern er biegt sehr schnell in Richtung Drohungen gegenüber der Ukraine und dem Westen ab, steigert sich in eine emotionale Sprache und fabuliert von einem vom Westen gestützten „Anti-Russland“ udgl. Seine Hauptthese ist, dass es eine unabhängige ukrainische Nation nicht gibt sondern dass Russen, Ukrainer und Belorussen ein Volk seien und historisch zur „Dreieinigen russischen Nation“ [russisch: Троединый русский народ, ukrainisch: Триєдиний руський народ, belarussisch: Трыядзіны рускі народ] gehören. Die Idee der „Dreieinigen russischen Nation“ geht auf den Erzbischof der Russisch-Orthodoxen Kirche und Professor der Kiew-Mohyla-Akademie [Kievo-Mogyłjans’ka akademija] Theophan Prokopowitsch [Feofan Prokopovič] (1681 – 1736) zurück. Putin behauptet also, dass Russen und Ukrainer ein gemeinsames Erbe und Schicksal teilen und dass alle Unterschiede zwischen Russland und der Ukraine das Werk westlicher Mächte seien. Hier geht Putins russlandchauvinistischer Geist durch: Schon im 16. Jh. hätten die Polen, dann die Habsburger-Monarchie im 19. Jh. bis zur EU und den USA die Ukraine zu einem Identitätswechsel geführt bzw. sogar gezwungen. Der „erzwungene Identitätswechsel“ der Ukraine sei „vergleichbar mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns“. Die Ukrainer und die Ukraine seien ein natürlicher Teil Russlands und würden als eigenständiger Staat und eigenständige Bevölkerung nicht existieren. Putin zieht die Legitimität der gegenwärtigen Grenzen der Ukraine in Zweifel, denn die heutige Ukraine liege nach Putin auf historisch russischen Gebieten. Kyjivs pro-westliche Einstellung nur die jüngste Form der externen Einmischung des Westens. Für die gegenwärtige Krise macht Putin Intrigen und antirussische Verschwörungen des Westens verantwortlich, was den Donbas betrifft, so meint er, dass Kyjiv dieses Gebiet „einfach nicht braucht“ (Was für ein Argument!). Die Politik Kyjivs sei getrieben von westlichen Verschwörungen und von Anhängern St. Banderas. Der Westen habe also die Ukraine in ein gefährliches geopolitisches Spiel hineingezogen, um die Ukraine in ein „Sprungbrett gegen Russland“ zu verwandeln. Putin ist überzeugt, dass die Ukraine echte Souveränität nur in Partnerschaft mit Russland erreichen könne.

Im Abschnitt über die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine seit 1991 schlägt Putins Darstellung um in „Propaganda und Polemik“. Seine Ausführungen verraten ein bipolares Weltbild eines sowjetisch sozialisierten Geheimdienstlers, der sich ukrainische Staatsbürger, die von sich aus auf die Straße gingen um ihre Meinung zu äußern, nicht vorstellen kann und auch nicht, dass es die Initiative der demokratisch gewählten ukrainischen Führung ist, eine Annäherung an die EU und die NATO anzustreben. Für ihn kommt dafür nur eine gegen Russland gerichtete Konspiration der Westmächte als Erklärung in Frage. Das Faktum der Abstimmung 1991 für die Selbständigkeit der Ukraine ist Putin keine Überlegung wert, für ihn ist die Ukraine ein Instrument des Westens, um Russland zu schwächen, zu spalten, zu zerstören.

²⁷² [Article by Vladimir Putin “On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“ President of Russia \(kremlin.ru\) 12.7.2021](https://www.kremlin.ru/foreign/press/2021/07/12) (aufgerufen 20.4.2023)

Anna Reid: Putin's War on History: The Thousand-Year Struggle over Ukraine. In: Foreign Affairs, Mai/Juni 2022

[Peter Dickinson: Putin's new Ukraine essay reveals imperial ambitions - Atlantic Council](https://www.atlanticcouncil.org/insights/articles/putin-ukraine-essay-reveals-imperial-ambitions/) (15.7.2021, aufgerufen 21.4.2023)

Interessant ist, was Putin schon bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 zu eben diesen Themen geäußert hat. In letzter Konsequenz sei die Ukraine ein vom Westen kontrolliertes „Anti-Russland“. Verschiedene Autoren haben darauf hingewiesen, dass Putin (nicht nur in diesem Text) schon seit Jahren einen Völkermord angekündigt habe, so T. Snyder.²⁷³ Genozidale Rhetorik zur Ukraine war schon lange angelegt. Am 21. Februar 2022 (wenige Tage vor Kriegsbeginn) erklärte Putin, dass Russland das Recht habe, die „selber begangene irrtümliche Bildung eines ukrainischen Staats“ rückgängig zu machen. Wenn Putin von „Entnazifizierung“ der Ukraine spricht, so heißt das nichts anderes als die Zerstörung der Ukraine.

Anlässlich der Feiern zum 75. „Tag des Sieges“ [Den’ pobedy] über Nazideutschland veröffentlichte Putin einen Aufsatz, in dem er den Hitler-Stalin-Pakt und dessen geheimes Zusatzprotokoll (1939) rechtfertigte.²⁷⁴ Dazu behauptete er noch, Großbritannien, Frankreich und viel mehr noch Polen seien für den Kriegsausbruch verantwortlich gewesen. Getoppt wurde diese Aussage noch dadurch, dass am 22. Juni 2020, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, deutsche Historiker den Text mit der Empfehlung zugestellt erhielten, „den Artikel von Vladimir Putin künftig bei der Vorbereitung von historischen Beiträgen zu nutzen“. Andrej Kolesnikov analysiert in einem brillanten Essay das durchsichtige Interesse Putins für die Geschichte, er resümiert: „Die Geschichtspolitik ist zu einer Waffe des Putin-Regimes geworden. Seine Repräsentanten setzen sie zunehmend offensiv und aggressiv in der Innen- und der Außenpolitik ein. Sie dient zur Mobilisierung der Bevölkerung, zur Herrschaftsstabilisierung und zur Konsolidierung des Bildes von Russland als belagerte Festung. Die Themen sind bekannt: der Zweite Weltkrieg, Stalin und die 1990er Jahre. Die Formen des geschichtspolitischen Kampfs haben sich geändert: Erinnerungsorte werden zum Verschwinden gebracht, Opferkonkurrenzen konstruiert, negative Ereignisse zu positiven umgedeutet. Daraus erwachsen Geschichtsmymen und Propaganda. Sie erschweren es Russland, seine schwierige Vergangenheit zu bewältigen.“²⁷⁵

Am 21. Februar 2022 anlässlich Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donec‘k und Luhans‘k hielt Putin eine Rede²⁷⁶, in der er der Ukraine die Daseinsberechtigung absprach. Es sei bereits falsch gewesen, im Zuge der Oktoberrevolution den Randgebieten des früheren Zarenreichs den Status eigenständiger Republiken zuzugestehen. Diesen Fehler gelte es jetzt zu korrigieren. Die Regierenden der unabhängigen Kaukasusstaaten und der Ukraine bezeichnete er als „als Bande von russophoben Kriminellen, Terroristen und Neonazis“, die mit ausländischen NGOs, Geheimdiensten und „Geldeliten“ zusammenarbeiteten. Unverändert gilt für ihn die Absetzung von V. Janukovič als „Staatstreik“ und die Schuld bzw. Verantwortung für den Kampf in der Ostukraine (den Russland geschürt und militärisch unterstützt hat) schiebt er ausschließlich westlichen Machenschaften zu. In der Ukraine würde auch die russisch-orthodoxe Religion unterdrückt, in der NATO würden Pläne existieren Russland zu überfallen, wie die Erweiterung dieses Militärbündnisses beweise. Diese Rede ist dem Duktus nach vulgär, baut auf Lügen und Verdrehung historischer Tatsachen und, was noch schlimmer, sie ist eine Vorbereitung auf einen kommenden kriegerischen Konflikt. Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel bezeichnete im Interview mit dem Tagesspiegel Putins Rede als „Hatespeech“ im klassischen Sinne.²⁷⁷

²⁷³ Timothy Snyder: Putin has long fantasized about a world without Ukrainians. Now we see what that means. Opinion | [Putin’s genocidal language should have alerted us to his intentions](#) - The Washington Post (23.3.2023, aufgerufen 20.4.2023)

²⁷⁴ [Der mächtigste Mann im Kreml und seine Umdeutung der Geschichte](#) | MDR.DE 26.03.2021 (Zugriff 20.4.2023)

²⁷⁵ [Andrej Kolesnikov: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes Zeitschrift OSTEUROPA | Erinnerung als Waffe \(zeitschrift-osteuropa.de\) pdf 6/2020](#) (Zugriff 20.4.2023)

²⁷⁶ Krieg in der Ukraine: [Die Rede von Wladimir Putin im Wortlaut](#) | ZEIT ONLINE 24. Februar 2022, (Zugriff 11.5.2023)

²⁷⁷ Karl Schlögel im Gespräch mit Claudia von Salzen: „Putin will den Westen in die Knie zwingen“. Der Historiker Karl Schlögel über die Motive des russischen Präsidenten, das Bild der Ukraine – und die „Flucht“

Putin komme nicht damit klar, dass das sowjetische Imperium auseinandergefallen sei. „Er schleppt die ganze unverarbeitete imperiale Geschichte der Russen mit sich, die unbewältigte Vergangenheit Russlands und der Sowjetunion. Zugleich unterdrückt er die Aufarbeitung und damit das Freiwerden für die Zeit nach dem Imperium.“ Die Inhalte betreffend sei die Rede „einfach völlig irre“. Die angebliche Geschichtsinterpretation diene als Vorspann lediglich dazu, die Ukraine als eigenständige Nation zu negieren und so zu tun, als habe die derzeitige Regierung mit dem ukrainischen Volk nichts zu tun. Putin propagiert laut Schlögel schon seit Jahren den „Russkij Mir“, die „russische Welt“, ein imperiales und völkisches Konzept, demzufolge überall dort, wo Russen leben und wo Russisch gesprochen wird, ein Recht Russlands bestehe, mitzureden und zu intervenieren. Schließlich soll Putins Ideologie an Hochschulen gelehrt werden in einem neuen Unterrichtsgegenstand „Grundlagen des russischen Staates“, Details sind noch nicht bekannt. Nach A. Kolesnikov „geht es darum, Putins autoritäre Herrschaft und die Anwendung von Repression zu rechtfertigen“.²⁷⁸

Die ausgesprochen genozidale Rhetorik Putins und seiner Hardliner in Politik und Medien wurde im Westen in seiner Brisanz kaum wahr genommen. Putin hat schon lange von einer Welt ohne Ukrainer phantasiert, bevor er zu militärischen Mitteln griff, diese Ideen auch umzusetzen. Dazu schrieb die Washington Post am 23. 3. 2022: „’Denazification’ for Putin just means the license to kill or deport. Since the term ‘Nazi’ does not refer to anyone in particular, it is a justification for endless war and cleansing. So long as Ukrainians resist, there will be ‘Nazis’ to punish. [...] Putin’s words are clearly reflected by his country’s actions in Ukraine. Article II of the United Nations Convention on Genocide specifies five acts that fulfill its definition of ‘genocide’; all five have been committed by Russian forces in Ukraine. As for evidence of intention: Putin has been confessing it all along.“²⁷⁹ Und nochmals Putin im Original: „Das russische Volk wird immer in der Lage sein, wahre Patrioten von Abschaum und Verrätern zu unterscheiden und sie einfach auszuspucken wie eine Mücke, die ihm versehentlich in den Mund geflogen ist.“²⁸⁰

Historische Vergleiche und Anspielungen haben angesichts der laufenden Ereignisse Konjunktur. Putin verglich (anlässlich eines Staatsbesuchs in Kirgizstan²⁸¹) die Blockade Leningrads während des Zweiten Weltkrieges mit der Ankündigung Israels einer Blockade gegen den Gaza-Streifen als Teil des Kampfes gegen die Hamas (als Reaktion auf den Hamas-Terror vom 9. 10. 2023). Die von Putin angestellten Vergleiche sind ungeheuerlich: Er setzt den expliziten Vernichtungsfeldzug des NS-Regimes mit der Bekämpfung eines terroristischen Überfalls gleich. Er zeigte sich besorgt um das Wohl der Zivilbevölkerung, zivile Opfer (im Gaza-Streifen) wären „inakzeptabel“. Empathie für israelische Opfer bzw. Opfer der selbst angezettelten Aggression gegenüber der Ukraine äußerte er nicht. Bei seinem Vergleich verharmlost Putin die NS-Aggression auf unerträgliche Weise, setzt Israels Armee mit der NS-Wehrmacht sowie Israels Regierung mit dem NS-Regime gleich. In Leningrad hat 1941 – 44 das NS-Regime 1,1 Millionen Zivilisten gezielt dem Hungertod preisgegeben, es war die beabsichtigte Strategie des NS-Regimes die Bevölkerung verhungern zu lassen. Die Wehrmacht bombardierte intensiv die Wasserversorgung, Lebensmitteldepots, zahlreiche zivile Einrichtungen etc. mit dem Ziel der völligen Zerstörung der Stadt. Timothy Snyder bezeichnet das bewusste Aushungern Leningrads als „das größte deutsche Verbrechen in der russischen Sowjetrepublik“,²⁸² für den amerikanischen Historiker Richard Bidlack war die

der Deutschen in die Geschichte. In: Der Tagesspiegel, 27. Februar 2022, S. 4. Ebenfalls in Sächsische Zeitung, 4. März 2022

²⁷⁸ [Neues Schulfach in Russland - Putins Ideologie soll an Hochschulen gelehrt werden - News - SRF 13.01.2023](#) (Zugriff 11.5.2023)

²⁷⁹ [Opinion | Putin’s genocidal language should have alerted us to his intentions - The Washington Post 23.3.2022](#) Zugriff 24.4.2023

²⁸⁰ Margareta Mommsen, Angelika Nussberger: Das System Putin: gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. München, 2007, S. 47

²⁸¹ [Euronews, DPA, AFP 13.10.2023](#)

²⁸² Timothy Snyder: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011, S. 466.

Belagerung Leningrads „die größte Völkermordaktion in Europa während des Zweiten Weltkriegs“.²⁸³

Dass Israels Recht auf Verteidigung unbestreitbar ist, dass Kollektivstrafen und Maßnahmen, die die zivile Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen, mit dem Völkerrecht unvereinbar sind, darauf haben auch Israels Verbündete hingewiesen und es vor schwerwiegenden Fehlern, „Kollateralschäden“ betreffend die Zivilbevölkerung usw. gewarnt. Was nach der Strafaktion folgen sollte oder könnte, ist noch nicht absehbar, eine nachhaltige Lösung des Nahostkonfliktes wird sie wohl nicht bewirken. Sollte das internationale Konfliktmanagement fortgesetzt werden wie bisher, dann müssen wir uns auf weitere Kriege und kriegsähnliche Zustände einstellen. Mit diesem Statement kündigt Putin an, dass er einen opportun scheinenden Strategiewechsel vorhat – weg von einem ausgeglichenen Verhältnis Russlands zu Israel und den arabischen Ländern hin zu letzteren, um allfällige Allianzen gegen den Westen zu schmieden.

Vgl. auch: Jörg Ganzenmüller: Das belagerte Leningrad. Paderborn, 2005

²⁸³ Richard Bidlack – Nikita Lomagin: The Leningrad Blockade, 1941–1944. A New Documentary History from the Soviet Archives. New Haven – London 2012, S. 1

Russland und die Ukraine

Ще не вмерла України і слава, і воля,
Ще нам, браття молодії, усміхнеться доля.
Згинуть наші воріженьки, як роса на сонці.
Запануєм і ми, браття, у своїй сторонці.

Erste Strophe der ukrainischen Nationalhymne

Ruhm und Wille der Ukraine sind noch nicht tot,
das Schicksal wird uns zulächeln, junge Brüder;
unsere Feinde werden wie Tau in der Sonne zugrunde gehen,
wir, Brüder, werden im eigenen Lande herrschen.

„Die Geschichte der russisch-ukrainischen Wechselbeziehungen war und ist bis heute von Asymmetrien geprägt. Russland und die Russen haben seit dem späten 18. Jahrhundert die Ukraine und die Ukrainer nicht als gleichberechtigten Partner anerkannt. Der größere Bruder liebt seinen kleineren Bruder, der schön singt und tanzt, doch bevormundet er ihn und zwingt ihm seinen Willen und seine Sprache auf. Will der Kleinere sich aus der Obhut des Größeren befreien, reagiert dieser heftig und versucht das mit allen Mitteln zu verhindern.“²⁸⁴ Aber mittlerweile geht es um mehr – um Revanche für den Untergang der Sowjetunion und den Verlust des Großmachtstatus. Putin strebt eine Korrektur der Geschichte an, den Zerfall der Sowjetunion empfindet er als Ungerechtigkeit, er appelliert an das Selbstmitleid der Russen, die immer unschuldiges Opfer der Geschichte, nie Aggressor gewesen seien. Es sei der Westen, der Russophobie verbreitet und immer schon Russland zerstören will, gegen den sich Russland wehren und verteidigen muss. Aber werfen wir einen Blick auf die Geschichte der russisch-ukrainischen Wechselbeziehungen. Im 9. Jh. entstand am Handelsweg zwischen Schwarzem Meer und der Ostsee ein großes Staatsgebilde, die Kyjiver Rus‘, gewissermaßen die Wiege der Russen, Ukrainer und Belorussen. Der Streit, wem diese Wiege „gehört“, wird nicht nur von den Fachwissenschaften sondern bis heute in den Medien und in der Politik mit Leidenschaft (und Demagogie) geführt. Die Ironie: Die Kyjiver Rus‘ hat keine slawischen sondern skandinavische „Väter“ – die herrschende Dynastie der Kyjiver Rus‘, die Rurikiden, waren normannische Waräger. Die nationalen Narrative der Russen, Ukrainer und Weißrussen basieren auf der Rus‘ als Gründungsmythos. Diese drei Völker verbindet die gemeinsame Religion, die Orthodoxie, große sprachliche Ähnlichkeit, die kyrillische Schrift, seit dem 12. Jh. aber auch die Gegnerschaft zu den katholischen Nachbarn im Westen (Polen, Litauen), mit denen Russland zahlreiche Kriege geführt und an die es Territorien verloren hatte. Auf diesen Konflikten beruht das propagandistische Stereotyp, wonach Polen die Ukraine gegen Russland aufhetze. Einen gemeinsamen Gegner gab es auch im Osten, wo Tataren seit der Kyjiver Rus‘ das russische und ukrainische Territorium bedrohten und zeitweilig eroberten. Ab dem XV Jh. formierten sich dagegen Wehrgemeinschaften ukrainischer und russischer Kosaken (turkotatarisch „Freibeuter“) gegen tatarische und osmanische Übergriffe. Unter dem Begriff „Tatarenjoch“ wird vor allem von den Eurasiern Unterdrückung, Tributpflicht und andererseits Tatarenherrschaft als Katalysator des eigenständigen russischen Weges verstanden. Abseits von dieser Interpretation haben die Tataren immer wieder in Russland als (durchaus willkommene) Schiedsrichter und

²⁸⁴ Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München, 2017, S. 230

Kriegspartner) fungiert, um Streitigkeiten zwischen Fürsten und deren Nachfolger aber auch mit westlichen Nachbarländern zu schlichten.

Ukrainisches Gebiet war von der Tatarenherrschaft weitaus weniger betroffen, dies ermöglichte den Herrschern Westorientierung. Fürst Danylo (1201 – 1264) von Galizien-Wolhynien, 1253 vom päpstlichen Legaten zum rex Russiae gekrönt (Papst erhoffte – allerdings vergeblich – eine gemeinsame Front, eine Kirchenunion gegen die Tataren) war zwar dem Khan tributpflichtig, musste auch Heeresfolge leisten, hatte aber ausreichend Spielraum um Kontakte – politische, wirtschaftliche mit seinen westlichen Nachbarn zu knüpfen und zu pflegen. So holte er Kaufleute, Handwerker und Land, gründete Städte, verheiratete einen Sohn mit der letzten Babenbergerin Gertrud von Österreich usw. Fürst Danylo war eine wichtige historische Persönlichkeit in der ukrainischen Geschichte, er war ein respektiertes Mitglied der europäischen Dynastien. „Das Fürstentum Galizien-Wolhynien gilt als Vorstufe eines ukrainischen Nationalstaats und als Bindeglied zwischen der Kiewer Rus‘ und späteren ukrainischen Geschichte.“²⁸⁵

Danylos Zeitgenosse Fürst Aleksandr Nevskij (1220 – 1263) hat als Verteidiger Russlands gegen den Westen einen festen Platz in der russischen Geschichtsschreibung inne. Er besiegte 1240 die Heere der Schweden und des Deutschritterordens. Als Pragmatiker der Macht kollaborierte er teilweise mit den „heidnischen“ aber religiös toleranten Tataren, wenn es darum ging, sich gegen äußere wie innere Gegner und Feinde zu behaupten. 1547 wurde er heiliggesprochen. A. Nevskij als Heiliger nützte auch der weltlichen Macht, weil er die patriotische Erzählung nachhaltig stützte: So schuf Sergej Michajlovič Ėjzenštejn auf Stalins Auftrag hin den Film „Aleksander Nevskij“, der propagandistisch gegen den Kampf gegen Nazi-Deutschland eingesetzt wurde. 1725 wurde ein Aleksandr Nevskij-Orden eingeführt, unter Stalin erneuert und unter Putin wieder aufgenommen, was die Kontinuität der inhaltlichen Orientierung zeigt.

Im XIV Jh. kamen die meisten ukrainischen Gebiete an das Großfürstentum Litauen, 1569 zu Polen. Die Dominanz der katholischen Kirche und der Druck der polnischen Adeligen führte dazu, dass im XVII Jh. die Mehrheit der ukrainischen Adeligen zum Katholizismus übertrat und sich polonisierte. „Dabei glich das Verhältnis der Polen zu den Ukrainern demjenigen der Russen zu ihren kleinen Brüdern. Auch sie anerkannten den Cousin nicht als gleichwertig. Der kleine ukrainische Bruder musste sich also von zwei Verwandten emanzipieren.“²⁸⁶ Im XVIII Jh. wurden die westukrainischen Gebiete (Galizien) österreichisch, sie sind auch mehrheitlich griechisch-katholisch, nach 1918 wurden sie zwischen der Tschechoslowakei, Polen und Rumänien aufgeteilt. Ab 1917 beginnt die Phase der ukrainischen Staatlichkeit in der jüngeren Geschichte.

Der Mythos des „dreieinigen russischen Volkes“

Die Bezeichnungen „Großrussland“ (Velikaja Rus‘, Velikorossija) und „Kleinrussland“ (Malorossija) sind byzantinischen Ursprungs (14. Jh.), unter Kleinrussland fielen die orthodoxen Eparchien auf dem Gebiet der Fürstentümer Galizien-Wolhynien und Turov-Pinsk. Mit dem Fall von Byzanz geriet diese Terminologie in Vergessenheit. Nach 1654, als ein Teil der Ukraine zu Russland kam, wurde sie wiederum die offizielle Bezeichnung für dieses Gebiet. Der Name „Ukraine“ hingegen verschwand weitgehend aus dem öffentlichen Sprachgebrauch.

In der Westukraine sind bis ins XX Jh. die Ethnonyme Russinen, Rusnjaki, Kleinrussen, Ruthenen (insbesondere im Karpatengebiet) üblich. Die Bezeichnung „Ukrainer“ kommt in den Dokumenten seltener vor. Die zarische Regierung bevorzugte den Namen „Kleinrussen“, weil sie damit die Zugehörigkeit zum „allrussischen“ oder „dreieinigen Volk“ betonen wollte. Im XIX Jh. mit dem Erwachen der ukrainischen Nationalbewegung wird von dieser Seite eine

²⁸⁵ Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München, 2022², S. 39

²⁸⁶ ebda, S. 20

Abgrenzung von den Russen / Russland gesucht, was auch die Ablehnung der allrussischen / dreieinigen Theorie beinhaltet. Das Zarenregime verbot sogar per Zensur zeitweilig die Verwendung der Begriffe „Ukraine“, „Ukrainer“. Erst nach 1917 wurde dieses Ethnonym offiziell, wie die Bezeichnungen: Ukrainische Volksrepublik (1917-9), Ukrainische Sowjetrepublik (ab 1919) zeigen.

Zur Etymologie des Namens „Weißrussland“ (Belarus‘) gibt es unterschiedliche Theorien, aber weitgehend akzeptiert ist, dass bela- („weiß“) dem System der Turksprachen für die Bezeichnung von Himmelsrichtungen mittels Farben entstammt.²⁸⁷ Nach dem Untergang des Kyjiver Reiches haben die Tataren das westliche Gebiet der Rus‘, das Teil des Großfürstentums Litauen wurde, als „Weiße Rus“ bezeichnet. „Rote Rus“ war der südliche Teil der Rus‘, der zu Polen kam, als „Schwarze Rus“ wurde der nördliche Teil bezeichnet, der zur Goldenen Horde gehörte. Der Begriff russkij geht direkt auf die mittelalterliche Rus‘ zurück, rossijskij wurde erst im XVI Jh. üblich. Rossijskij umfasst nicht nur ethnische Russen (russkie) sondern alle, die in diesem Territorium – im zarischen Russischen Imperium oder heute in der Russischen Föderation leben. Dieser Begriff ist ab dem XVIII Jh. der offizielle Terminus für das Russländische Imperium (Rossijskaja Imperija). Überformt wurde die Terminologiefrage durch das Konzept des dreieinigen russischen Volkes. Der Mythos des „dreieinigen russischen Volkes“ (Triedinyj russkij narod) setzt an bei der Taufe des Großfürsten Vladimir I / Volodymyr I, des Herrschers der Kyjiver Rus‘ im Jahre 988 und bei der Christianisierung dieses Großreiches. Der Großfürst beabsichtigte die Einigung des Reiches über die Religion zu herzustellen. Die Kirche Kyjivs wurde als Teilkirche des Patriarchates von Konstantinopel, die ersten Metropoliten kamen aus Griechenland und Bulgarien. Der Sitz der Metropole war zunächst Kyjiv, ab 1299 Vladimir und ab 1325 Moskau. Die Annahme des griechisch-orthodoxen Glaubens bewirkte die Festigung der Macht der Kyjiver und später angesichts der Oberherrschaft der Tataren der Moskauer Großfürsten. Das hatte aber auch zur Folge, dass sich die orthodoxe Welt von der „lateinischen“ immer mehr entfremdete bzw. dass sich die religiöse Grenze zwischen dem christlich-lateinischen, römischen Westen und dem christlich-orthodoxen Osten verfestigte. Das Konzept / die Ideologie des dreieinigen russischen Volkes geht auf den in Kyjiv geborenen Erzbischof und Professor der Kyjiv-Mohyla-Akademie Feofan Prokopovič (1681-1736) zurück. Er lehrte, das (gesamt)russische Volk sei „dreieinig“, es umfasse Groß-, Klein- und Belarussen. Diese Konzeption der russischen Dreieinigkeit wurde zur offiziellen und staatsbildenden Ideologie im Russischen Kaiserreich bis 1917 (und galt übrigens auch lange Zeit international als ethnologischer Standard).

Nach der Eroberung von Konstantinopel 1453 übernahm der Großfürst von Moskau die führende Rolle der orthodoxen Christen, Moskau trat als Drittes Rom das Erbe von Byzanz (und von Rom an). Russland wurde ein spirituelles Imperium, das Heilige Russland mit der Heiligkeit des Zaren an der Spitze, übernahm die Aufgabe das wahre Christentum zu verteidigen. Die Idee von Moskau als Drittem Rom entwickelte der Mönch Filofej von Pskov um 1500, mit ihr untermauerte er die Machtstellung Moskaus auch ideologisch (auch theologisch?), er stellte die Heirat Ivans III. mit Sofia Palaiologa von Konstantinopel als zentralen Beweis der Kontinuität der byzantinischen Tradition mit Moskau dar, das auch byzantinische Kultur, Zeremonielle, Symbole, Lebensformen, nicht zuletzt den Zarentitel etc. übernahm. Die zur Heilsgeschichte geronnene Idee von Moskau als Drittem Rom hat seither das Verständnis der politischen Mission Russlands (vom Kaiserreich, über die Sowjetunion bis in die Ära Putin) geprägt, wie der Politikwissenschaftler Jörg Himmelreich feststellt: „Wie in der jahrhundertelangen Vergangenheit ist die orthodoxe Kirche auch heute wieder Dienerin ihres Herrn. Diese jahrhundertalte Staatsideologie der orthodoxen Kirche ist tief in die russische Herrschaftspsychologie

²⁸⁷ [Weißrussland/Belarus \(uni-oldenburg.de\)](http://uni-oldenburg.de) (Aufruf 28.5.2023)

Witold Mańczak: Biała, Czarna i Czerwona Ruś (Die weiße, schwarze und rote Rus‘). In: International Journal of Slavic Linguistics and Poetics 19 (1975), S. 32–39,

eingraviert [...] Selbst der Sowjetkommunismus trug orthodoxe Herrschaftsmerkmale. Er war am Ende nichts anderes als eine ins Weltlich-Politische verwandelte irdische Ideologie der russischen Orthodoxie, so wie sie der Mönch Filofej schon 400 Jahre früher formuliert hatte. Die messianische Heilserwartung des ‚Dritten Rom‘ entspricht dem weltlichen Befreiungsgedanken der kommunistischen Ideologie. Als ‚letztes Rom‘ der Christenheit allein im Besitz der letzten absoluten Wahrheit zu sein, verweist auf den totalitären Anspruch des Sowjetkommunismus. Wie schon seit Wladimirs Taufe 988 die russische Orthodoxie auch dazu diente, Ziele politischer Macht der russischen Herrschaft nur zu verkleiden, so war auch unter Stalin die Ideologie des Sowjetkommunismus nur noch notdürftige moralische Hülle nackter Gewaltausübung. Orthodoxie und Sowjetkommunismus bilden als Zwillingsspaar über ein Jahrtausend hinweg die wesentliche Legitimationsquelle russischer Autokratie und russischer Expansion. [...] So bildet die historische, orthodoxe Herrschaftsideologie auch heute wieder den Goldgrund für Putins autokratisches Regime und seinen wiederbelebten russischen Expansionismus“.²⁸⁸

Die Idee des Dreieinigen Russland lehnten die Bolschewiken als Attribut des Zarismus und konservativen Nationalismus ab und setzten in den 1920er Jahren auf das Konzept der Korenizacija („Einwurzelung“), die das Ziel hatte, die nichtrussischen Völker zu fördern zum Zweck der Integration in den neuen Staat – mit Alphabetisierungs- und Bildungsprogrammen, Förderung der Minderheitensprachen, Kulturen, etc. Mit dieser Antwort auf ein Jahrhundert der Russifizierung im Zarenreich sollte konservatives und national-imperialistisches Denken im Sinne des revolutionären Internationalismus aufgelöst werden. Die Korenizacija hatte u.a. eine regelrechte (Re-)Ukrainisierung und eine Stärkung des ukrainischen Nationalbewusstseins zur Folge. Diese Entwicklungen wurden unter Stalin ab 1931 zurückgenommen, eine neue Phase der Russifizierung setzte ein und alte imperiale die russische Dominanz bestätigende Konzepte (aus der Zarenzeit) wurden in die herrschende Staatsdoktrin integriert. In der Chrusčev-Ära wurde diese Konzeption durch die des Sowjetvolkes (sovetskij narod) ersetzt, d.h. einer neuen „sowjetischen“ Gesellschaft. Die postsowjetische Ära dominiert(e) nationales Selbstbewusstsein und nationale Selbstbesinnung. Die Russisch Orthodoxe Kirche macht sich für das Konzept des Russkij Mir stark und setzt sich für die Wiedervereinigung des dreieinigen russischen Volkes ein, ein Ziel, das auch Putin verfolgt.

Der Erbstreit um die Kyjiver Rus‘ und die Frage der ukrainischen Nation

Die Kyjiver Rus‘ wird als Gründungsmythos von der russischen wie der ukrainischen Nation beansprucht. Das sind naturgemäß zwei gegensätzliche Narrative, sie sind von politischen Implikationen kaum zu trennen. Die russische Erzählung hat sich auch im Westen weitgehend durchgesetzt, sie beginnt mit der Gründung des russischen Staates in Kyjiv, im 13. Jh. wanderte das Machtzentrum nach Vladimir-Suzdal‘ und dann nach Moskau, Peter I gründete an der Ostsee die neue Hauptstadt St. Petersburg, nach der Oktoberrevolution wurde endgültig Moskau das politische Zentrum des Landes. Das russische Narrativ, ein Geschichtswerk (1674 in Kyjiv) von Innocent Giesel (Innokentij Gisel‘), dem Rektor des Kyjiver Collegiums (gegründet 1632)²⁸⁹, stellt eine aus verschiedenen Chroniken kompilierte Synopsis dar. Es nimmt ein russisch-slawisches Volk an, eine Einheit von Russen und Ukrainern, mit Ursprung im russländischen Staat von Kyjiv, dynastisch verbunden Moskau. Diese Sicht hatte einen großen Einfluss auf die weitere russische Geschichtsschreibung insbesondere im 19. Jh. Nikolaj Karamzin (1766-1826) geht von einer Kontinuität der Staatlichkeit aus, spätere Historiker präferieren ein Konzept eines russischen Volkes, bestehend aus Großrussen und Kleinrussen (und noch später Belarussen). Vasilij Osipovič Ključevskij und Sergej Michajlovič Solov’ev machten aus der Geschichte von Volk und Staat und der Geschichte Groß- und Kleinrusslands eine „große

²⁸⁸ Putins Dienerin | NZZ 02.04.2015 (Zugriff 26.5.2023)

²⁸⁹ Vgl. Hans Rothe (Hrsg.): Sinopsis. Facsimile mit einer Einleitung. Köln, 1983

Erzählung“, eine Gesichtsdarstellung, die mit der Gründung des russischen Staates und der russischen Nation in Kyjiv ansetzt und über Moskau in St. Petersburg im russischen Imperium seine Vollendung erreicht. Laut Vasilij Ključevskij hat das großrussische Reich, d.h. der großrussische Nationalstaat seine Bestimmung das „gemeinsame Vaterland“ wiederherzustellen, wieder zu vereinen.²⁹⁰ Analog zu dieser Geschichtsauffassung wurde und wird die Geschichte der Russischen Orthodoxen Kirche dargestellt, die nach Legenden und Chroniken in der Taufe des Kyjiver Großfürsten Vladimir (ukrainisch: Volodymyr), der sich nach byzantinischem Ritus taufen ließ und das Christentum zur Staatsreligion machte, ihren Ursprung hatte. Vladimir / Volodymyr wird von Russen wie von Ukrainern als Heiliger verehrt. Die Erzählung von der tausendjährigen Geschichte des russischen Staates, der russischen Nation und der orthodoxen Kirche bildet das herrschende Geschichtsverständnis in Russland und in der Sowjetunion und ist das Fundament für die Erzählung von der Mission Russlands für die „Wiedervereinigung“ verloren gegangener russischer Territorien nach dem Untergang der Sowjetunion.

Auch die ukrainische Geschichtschreibung reklamiert das Kyjiver Erbe für sich.²⁹¹ Geschichtsdarstellungen (um 1800) betonten die Eigenständigkeit der ukrainischen Geschichte mit ihrer Kontinuität zwischen dem Kyjiver Reich und dem ukrainisch-kosakischen Hetmanat. Der bedeutende ukrainische Historiker Mychajlo Sergijovyč Hruševs'kyj, Autor eines 10-bändigen Geschichtswerks (*Istorija Ukraïny-Rusy*, 1898—1937), bestritt die russische Kontinuität der historischen Entwicklung von der Kyjiver Rus über St. Petersburg und Moskau und stellte eine ukrainische Entwicklungslinie entgegen, die im 13. Jh. über Galizien-Wolhynien, im 14. – 16. Jh. über Polen-Litauen ging.²⁹² Dieser Geschichtsinterpretation folgend, wäre das (ukrainische) Kyjiver Reich älter als die Fürstentümer im Nordosten der Rus', aus denen sich der Moskauer Staat entwickelte. „Hruševs'kyj sprach damit dem großen Bruder das Erstgeburtsrecht ab. Er entwarf ein ukrainisches nationales Narrativ, mit dem er die russische Meistererzählung dekonstruiert. Die Geschichte der orthodoxen Kirche wurde ebenfalls umgedeutet, indem die Bedeutung der von Moskau unabhängigen Metropolen von Halyč und von Kiew im 15. Bis 17. Jahrhundert als eigenständige ukrainische Kirchen hervorgehoben wurde. Hruševs'kyj entfesselte eine Kontroverse um das Erbe der alten Rus', die von den beiden Geschwistern bis heute mit Vehemenz geführt wird.“²⁹³

Interessant ist, dass in der frühen Sowjetunion eine eigenständige ukrainische Nation anerkannt und eine eigene ukrainische Geschichte akzeptiert wurde. Die Kyjiver Rus' wurde als „gemeinsame Wiege“ der Ostslawen interpretiert, erst später hätten sich die Ostslawen sprachlich wie national differenziert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann jedoch wieder die „russische“ Interpretation die Oberhand inklusive der These von der „Wiedervereinigung“ der Ukraine mit Russland. Nach dem Zerfall der Sowjetunion bildeten wieder die unvereinbaren nationalen Interpretationen und Erzählungen den Mainstream. Im Westen setzte sich weitgehend das russische Narrativ durch, d.h. mit Ausblendung einer eigenständigen ukrainischen Geschichte. Dieser Streit ist auch im Westen nicht ausgestanden. Das Problem ist aber (und das gilt auch für analoge Debatten in anderen Ländern), dass von den Verhältnissen und Definitionen (Sprache, Volk, Nation, Identität etc.) der Gegenwart auf die Vergangenheit projiziert wird. Im Kyjiver Reich konnte von Russen oder von Ukrainern oder Belorussen nicht die Rede sein. Kappeler relativiert diese strittige Frage: „Der Erbstreit ist wissenschaftlich unergiebig, [...] Die Frage,

²⁹⁰ V.O. Ključevskij: *Sočinenija*, T. 2. Kurs ruskoj istorii. č. 2, Moskva, 1957, S.114 f.

Василий Осипович Ключевский: *Сочинения*, т. 2. Курс русской истории, Москва, 1954

²⁹¹ Vgl.: Serhii Plokhy: *Unmaking Imperial Russia. Mykhailo Hrushevsky and the Writing of Ukrainian History*. Toronto, 2005

Serhii Plokhy: *Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine*. Hamburg, 2023²

Andreas Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*. München, 2022⁷

²⁹² Lubomyr R. Wynar: *Mychajlo Hruševskyj: Bibliographische Quelle 1866 – 1934*. München, 1984, S. 58 - 65

²⁹³ Andreas Kappeler: *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München, 2017, S.31

ob das erste politische Gemeinwesen der Ostslawen russisch oder ukrainisch war, ist also im Grunde müßig. Zwar liegt Kiew, der erste zentrale Fürstensitz der Rus', in der heutigen Ukraine, doch befindet sich das zweite Zentrum Nowgorod im heutigen Russland. Ungeachtet dessen haben die essentialistischen Interpretationen Hruševs'kyjs und der führenden russischen Historiker in der Ukraine bzw. in Russland heute beinahe kanonischen Charakter²⁹⁴. Die Idee der allrussischen Nation bestehend aus Russen, Ukrainern, Belarussen blieb im russischen Diskurs die dominante Ansicht, daraus folgte, dass die ukrainische Nationalbewegung eine Gefahr für den Zusammenhalt des Imperiums darstellte, eine Integration war nur als „Kleinrussen“ im Rahmen der „allrussischen Nation“ denkbar. Eine eigene ukrainische Identitätsfindung wurde als polnische bzw. jesuitische Intrige gegen Russland gewertet. Vertreter der ukrainischen Nationalbewegung gerieten somit schnell in den Verdacht des Vaterlandsverrats. Der Slawophile Ivan Sergeevič Aksakov (1791 – 1859) formulierte es unmissverständlich und legte sozusagen den zentralen Textbaustein für die Debatten für die nächsten 150 Jahre vor: „Kleinrussland, Weißrussland, Großrussland – sie sind ein Körper, etwas Ganzes und Unteilbares – und eines vom anderen wegzureißen, bedeutete das Gleiche, wie einen Körper in seine Bestandteile zu zerstückeln. Kiew abzuschneiden würde bedeuten, in einen lebenden Körper zu schneiden.“²⁹⁵ Ab der zweiten Hälfte des XIX Jh. verschärfen sich in der russischen Publizistik die Angriffe auf die ukrainische Identität, der Ukraine wurde eine eigene Geschichte, eine eigene Staatlichkeit, eine eigene ethnische Identität abgesprochen, es wurde behauptet, das ukrainische Volk sei ein „rein russisches“ Volk, etc. In einer kurzen Zeitspanne, zwischen 1855 und 1863, die eine Liberalisierung nach dem Tod Nikolaus I bedeutete, verstärkte die ukrainische Nationalbewegung ihre Aktivitäten im Kulturbereich, in der Literatur, es wurden Lehrbücher herausgegeben, Sonntagsschulen auf dem Lande eingerichtet, etc. Nach dem polnischen Aufstand von 1863 trat wieder repressive Phase ein, es wurde der Unterricht in ukrainischer Sprache explizit verboten als Beginn einer rigorosen Russifizierungspolitik gegenüber der Ukraine. Der Kampf gegen das Ukrainische war verbunden mit dem Kampf gegen Polonophilie, Separatismus und den Einfluss sozialistischer Ideen. Die Sprachverbote wurden erst infolge der Revolution von 1905 aufgehoben. In Österreich-Ungarn waren in Galizien die ukrainische Sprache und Nationalität anerkannt, die Ukrainer in wurden offiziell als Ruthenen bezeichnet. Russland verhängte ein Importverbot ukrainischsprachiger Druckwerke aus Österreich (Galizien), es interpretierte die offizielle Anerkennung des Ukrainischen und die Duldung der ukrainischen Nationalbewegung durch Österreich-Ungarn als eine gegen Russland gerichtete Intrige. Dass sich die Ukrainer in Russland – gleichsam aus Eigeninitiative – ihrer Identität besinnen und sich emanzipieren wollten, entzog sich dem Verständnis der herrschenden russischen Eliten – waren die Ukrainer doch in Teil des allrussischen Volkes, das Russen, Ukrainer und Belarussen umfasste. „Sonderwünsche“ der Ukrainer konnten nach herrschender russischer Auffassung daher nur von Außen, d.h. als gegen Russland gerichtete Aktionen kommen.

Putins Textbausteine zur Ukraine

Putin setzt in seiner Fernsehansprache drei Tage vor dem Überfall auf die Ukraine am 21. 2. 2022 bei der Behauptung der untrennbaren Einheit von Russland und der Ukraine an: „Die Ukraine ist nicht nur ein Nachbarland, sondern ein unverzichtbarer Teil unserer eigenen Geschichte, Kultur, unseres spirituellen Raums. Es sind unsere Kameraden, unsere Nächsten, unter denen sich nicht nur Kollegen und Freunde finden, sondern auch Verwandte, Leute, die mit uns durch Bluts- und Familienbande verbunden sind.“ Lenin habe ukrainische Teile des russischen Territoriums herausgerissen und Stalin nach 1945 der Ukraine zugeschlagen (die vorher zu

²⁹⁴ Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2017, S. 32

²⁹⁵ I.S. Aksakov: Pol'skij vopros i zapadno-russkoe delo. Evrejskij vopros. 1860-1886. Stat'i iz „Dnja“, „Moskvy“ i „Rusi“. Moskau (Sočinenija Bd. 5), S., 21. Zit. Nach. Andreas Kappeler vgl. FN 113, S.104 - 104

Polen, Rumänien, Ungarn gehört hatten). 1954 habe Chruščëv die Krim der Ukraine geschenkt. Der „Hauptschuldige“ sei Lenin, der Nationalisten – insbesondere den Ukrainern – Zugeständnisse gemacht habe. Dieser „Fehler“ habe es der Ukraine erlaubt beim Zerfall der Sowjetunion die Unabhängigkeit zu erringen. Was Putin in der besagten Fernsehrede ausgeführt hat, verdeutlicht er nach dem Kriegsausbruch (in einer Fernsehrede vom 24.2.2022), indem er als Begründung für die „Spezialoperation“ gegen die Ukraine (auch in späteren Auftritten in der Regel) vier Hauptargumente anführt, von denen allerdings keines irgendeine (und schon gar keine gewaltsame) Intervention im Nachbarland rechtfertigt. In seiner sehr verquerten Interpretation der Geschichte und Gegenwart stellt Putin (in der Folge immer wieder) folgende unhaltbare Behauptungen auf:

1: *Es gibt keine ukrainische Nation*

Richtig ist vielmehr, dass die Ukraine als souveräner Staat erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 entstanden ist. Die ukrainische Nationsbildung fand aber schon viel früher statt, etwa ab dem 17.Jh. (mit der Entwicklung einer eigenen Schriftsprache, Literatur usw.). Dass vorher die Ukrainer unter verschiedenen Staaten gelebt haben, ändert nichts an diesem Befund, dass die Ukrainer eine eigenständige Nation darstellen. 1991 erhielten die Ukrainer einen eigenen international anerkannten Staat.

2: *Russen und Ukrainer gehören zusammen*

Um dies zu beweisen greift Putin bis ins Mittelalter zurück und ruft den Staat der Kyjiver Rus‘ (9. Jh bis 13. Jh.) als Beleg an. Richtig ist, dass Ostslawen (Vorfahren der Russen, Ukrainer und Weißrussen) unter normannischer Führung (den Rurikiden) ein Großreich gründeten, das mit dem Mongolensturm zerfiel. Die territoriale Hinterlassenschaft kam sodann unter die Herrschaft des Königreiches Polen-Litauen, zwischen 1650 und 1800 gelangten meisten dieser Gebiete unter russische Herrschaft (Zarenreich) und 1772 gerieten im Zuge der ersten Teilung Polens Gebiete, die bis dahin zu Polen-Litauen gehört hatten, an das Haus Habsburg. Diese letzteren Territorien bestehend aus Teilen Kleinpolens, Podoliens, Rutheniens und des Karpattenvorlandes als sogenanntes Königreich Galizien und Lodomerien wurden 1804 integraler Bestandteil des Kaisertums Österreich. Galizien gehörte (nach dem österreich-ungarischen Ausgleich) von 1867 bis 1918 als Kronland zum cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns. Die Tatsache, dass Ukrainer in verschiedenen Staaten lebten, festigte das ukrainische Nationalbewusstsein (woran insbesondere Galizien einen wichtigen Anteil hatte), was aber den engen kulturellen, sprachlichen, politischen und ökonomischen Verbindungen zwischen Ukrainern und Russen keinen Abbruch tat.

3: *Die Ukraine vollführt(e) im Donbass einen Genozid*

Das ist pure empiriefreie böswillige Demagogie, eine glatte Lüge, mit der Putin bloß die Kriegspropaganda emotional zum Kochen bringen will. Dass seit 2014 der Krieg gegen (von Russland unterstützte) prorussische Separatisten im Donbass einen sehr hohen Blutzoll auf ukrainischer wie russischer Seite gefordert hat, erfüllt jedoch nicht den von Putin behaupteten Tatbestand eines von der Ukraine betriebenen Genozids. Die Ukraine hat nach 1991 das Ukrainische durch gesetzliche Fördermaßnahmen abgesichert – als Reaktion auf Jahrzehnte lange Russifizierung (in der Sowjetunion und im Zarenreich auch durch Sprachverbote) und dem Russischen aber den Status als Minderheiten- und Verkehrssprache zugeordnet.

4: *In Kyjiv regieren Nazis*

Dies ist ein stereotyper Textbaustein, mit dem Putin auf die lebendige Erinnerung an die Nazi-Kriegsverbrechen während des 2. Weltkrieges anspielt, die sich tief in das kollektive Bewusstsein der Teile der sowjetischen Bevölkerung eingegraben haben, die darunter zu leiden hatten. Allerdings war die Bevölkerung der Ukraine und Weißrusslands davon stärker als die Russlands betroffen. Die aktuelle Regierung in Kyjiv, auf die Putin zielt, hat mit diesem „Nazismus“

nichts zu tun. Der ukrainische Präsident Vl. Zelenskij selbst ist Jude, der im Holocaust mehrere Familienangehörige verloren hat.

Die Krim

Die Fragestellung Wem gehört die Krim? ist zu eindimensional gestellt. Die Geschichte dieser Region ist komplex²⁹⁶. Gehen wir den Bezeichnungen für diese Halbinsel nach, dann war es in der Antike Tauris, unter der Herrschaft der Krimtataren Qırım, im russischen Kaiserreich russisch Крым und ukrainisch Крим. Die Krim war über Jahrhunderte Raum einer multiethnischen Gesellschaft, verschiedene Völker haben diese Region geprägt: Skythen, Griechen, Römer, Goten, Sarmaten, Byzantiner, Hunnen, Chazaren, Kryptschaken, Mongolen / Tataren, Venezianer, Genueser, Osmanen. Erst Ende des 18. Jh. wurde sie Teil des russischen Reiches. Bis zum Russisch-Türkischen Krieg (6. Russischer Türkenkrieg) von 1768 – 1774 war das Khanat der Krim ein Vasallenstaat des Osmanischen Reichs. Nach mehrjährigen militärischen Auseinandersetzungen kam es schließlich zum Friedensschluss Küçük Kaynarca (1774), der formell die Unabhängigkeit der Krim (vom Osmanischen Reich) brachte, in Wirklichkeit aber die allmähliche Russifizierung bedeutete, denn 1783 wurde die Krim formell von Katharina II. dem Russischen Reich per Annexion einverleibt – „von nun an und für alle Zeiten“. Für das annektierte Gebiet wurden Kolonisten verschiedener Nationen angeworben, Deutsche, Italiener, Griechen, Bulgaren, Balten und Russen (entlassene Soldaten sowie oder Zaporoger Kosaken). Die ursprüngliche tatarische Bevölkerung wurde in das unfruchtbare Landesinnere der Krim zurückgedrängt. Die fruchtbaren Gebiete der Krim wurden an Landadelige verteilt. Die Folge dieser im Kolonialstil erfolgten Landumverteilung war, dass Hunderttausende Tataren im Osmanischen Reich Zuflucht suchten und fanden.

1921 erhielt die Krim innerhalb der Sowjetunion den Status einer autonomen Republik, der 1944 jedoch wieder aufgehoben wurde, weil Stalin die Krimtataren zu Kollaboranten Nazi-Deutschlands erklärte und ihre Deportation verfügte. Erst Ende der 1980-Jahre wurden die Krimtataren rehabilitiert und durften wieder auf die Krim zurückkehren. Ethnisch setzt sich die Bevölkerung der Krim (vor der Annexion 2014) wie folgt zusammen: 58% ethnische Russen, 24% Ukrainer, 12% Krimtataren, der Rest: Belarussen, Juden, Polen, Uzbeken, Griechen, Aserbajdžaner, Deutsche, Mordvinen, Bulgaren, u.a. 1954 wurde die Krim an die Ukraine angegliedert, in der Folgezeit kreierte Putin den Mythos von einem „Geschenk“ (d.h. einem nicht regelkonformen Vorgang des Ersten Sekretärs der KPdSU Nikita Sergeewiĉ Chruščëv, der selbst Ukrainer war) an die Ukraine. Von daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich in diesem Punkt das russische und das ukrainische Narrativ zu diesem Ereignis nicht decken. Die Unterstellung der Krim unter ukrainische Jurisdiktion und Verwaltung wurde formal eingerahmt von den Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Übereinkunft von Perejaslav im Jahre 1654, als sich die ukrainischen Kosaken per Treueeid dem russischen Zaren unterstellten. „Die Vereinbarungen des Jahre 1654 mit dem Moskauer Reich bedeuteten einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Ukraine und Osteuropas: Seither ist die ukrainische Geschichte eng mit der russischen verbunden. Das erklärt auch den heftigen Streit in der Historiographie um Perejaslav 1654.“²⁹⁷ 1954 wurde diese historische Episode erhöht zum „Jahrestag der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland“ und mit allerlei politischer Folklore, Symbolik und Pomp begangen. „Ungeachtet aller propagandistischen Anstrengungen, den Übergang der Halbinsel als einen Ausdruck der Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen den beiden Nationen darzustellen, waren die tatsächlichen Gründe prosaischer. Der entscheidende Faktor war die geographische

²⁹⁶ Kerstin S. Jobst: Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich. Konstanz, 2007

Gwendolyn Sasse: The Crimea Question: Identity, Transition, and Conflict (= Harvard Series in Ukrainian Studies). Cambridge, 2014

Orlando Figes: Crimea. The Last Crusade. London, 2011

²⁹⁷ Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München, 2022⁷, S.67

Lage. Durch die Straße von Kertsch von Russland abgeschnitten und durch Fernmeldeleitungen mit dem ukrainischen Festland verbunden, war die Krim auf die Hilfe der Ukraine angewiesen, um ihre Wirtschaft wiederaufzubauen, die nicht nur der Krieg und die deutsche Besatzung, sondern auch die Vertreibung der Krimtataren schwer getroffen hatte. [...] Als Nikita Chruschtschow im Jahr 1953 die Halbinsel besuchte, belagerten verzweifelte Siedler sein Auto und verlangten Unterstützung. Von der Krim begab sich Chruschtschow unmittelbar nach Kyjiw, um Verhandlungen über die Übergabe der Halbinsel an die Ukraine zu beginnen. Er war der Überzeugung, die Republik sei in der Lage, der wirtschaftlich angeschlagenen Region zu helfen, und ihre Landwirtschaftsexperten wüssten, wie man mit Dürreperioden umging und unter den in der Steppe herrschenden Bedingungen Getreide produzierte. Chruschtschows Anhänger in Kyjiw stimmten seinem Plan ebenso zu wie seine Kollegen in Moskau. Im Februar 1954 schließlich unterzeichneten die Obersten Sowjets der Ukraine, Russlands und der gesamten Sowjetunion die Vereinbarung.²⁹⁸ Ein weiteres wichtiges Ereignis ist Unabhängigkeitsabstimmung 1991, die auf der Krim eine (knappe) Mehrheit für die Unabhängigkeit der Ukraine ergab. 1992 wurde der Halbinsel der Status einer autonomen Republik innerhalb der Ukraine zuerkannt. Russland hat in Wirklichkeit nichts „verschenkt“, es „bekam“ auch etwas für die Krim: Die wirtschaftlichen Sanierungsabgaben, die auf der Krim dringend geboten waren, hatte die Ukraine zu tragen und die Ukraine war durch den Transfer der Halbinsel enger an Moskau gebunden, die Bevölkerung der Krim war mehrheitlich russischsprachig. Oder anders ausgedrückt: Das Scharnier, das Russland und die Ukraine zusammenhielt, war die Krim. Westliche Historiker, die sich mit dieser Thematik befasst haben, schätzten den Transfer der Krim als Zeichen der Freundschaft ein und als Pragmatismus, der dieser Entscheidung zu Grunde lag. Der Krieg hatte die Krim entvölkert, die Wirtschaft zerstört, der Transfer konnte auch als Maßnahme der Entstalinisierung im Sinne der Schwächung der Zentralmacht verstanden werden. Der Status der Autonomie der Krim innerhalb der Ukraine blieb über viele Jahre strittig und instabil. Es dauerte lange, bis die ukrainische Politik eine klare Position bezog: 1992 proklamierte das Parlament der Krim die Selbstverwaltung und verabschiedete ihre erste Verfassung. 1995 annullierte das ukrainische Parlament die Verfassung der Krim von 1992, enthob den Präsidenten der Krim seines Amtes wegen des Vorwurfes der Abspaltung und des geplanten Anschlusses an die Russische Föderation und schaffte sein Amt ab. Die Krim wurde direkt der Zentralverwaltung Kyjivs unterstellt. Im August wurden Teile der Autonomie wiederhergestellt. Am 1. November 1995 trat eine neue Verfassung in Kraft (unter Ausklammerung der Rechte der Krimtataren, weil sie die Abstimmung boykottiert hatten und nachher in einen Hungerstreik traten). 1996 trat eine weitere Novelle des Gesetzes über die Autonomie der Krim in Kraft, in einer weiteren Novelle der Verfassung der Autonomen Republik Krim vom 12. Januar 1998 gilt nun die Krim als integraler Bestandteil der Ukraine, außerdem wurden Ukrainisch, Russisch und Krimtatarisch als offizielle Sprachen festgelegt. Die Unabhängigkeit der Ukraine eröffnete aber ein weiteres strittiges Problemfeld, das der ehemaligen sowjetischen Schwarzmeerflotte mit dem Heimathafen Sevastopol‘. 1993 wurde eine Regelung nach dem Muster von Gibraltar angestrebt, wonach Sevastopol‘ zur russischen Stadt auf fremdem Territorium erklärt werden sollte, aber erst der Flottenvertrag von 1997 regelte die Aufteilung der Flotte und den Verbleib der russischen Marine auf der Krim, Russland pachtete den größeren Teil Sevastopol‘’s auf zwanzig Jahre, damit schien die Streitfrage zumindest vorläufig gelöst. Trotzdem bleiben widersprüchliche Narrative und Ansichten zur Krim bestehen, die allerlei Bruchlinien und mögliche künftige Konflikte dieses Fragenkomplexes erkennen lassen, wie Gwendolyn Sasse zusammenfasst: „Seit 1991 dominieren drei aus der Geschichte der Region abgeleitete Ansprüche die Politik der Region: der krimtatarische, der russische und der ukrainische. Der ukrainische ist der einzige völkerrechtlich legitime, der sich darüber hinaus mit den Forderungen der krimtatarischen Bewegung vereinbaren ließ. Es ist wichtig, die unterschied-

²⁹⁸ Serhii Plokyh: Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine. Hamburg, 2023², S.417-8

lichen Argumente nachzuvollziehen, um die Annexion (2014) einordnen zu können. Die Krimtataren verstehen sich als indigenes Volk der Krim, ein Status der 2021 durch das ukrainische Parlament gesetzlich verankert wurde – d.h. sechs Jahre nach der Annexion durch Russland. [...] Das Khanat der Krimtataren entstand als einer der Nachfolgestaaten des Mongolenreiches Mitte des 15. Jahrhunderts. Es existierte zunächst als unabhängiges Imperium und später als Protektorat des Osmanischen Reiches bis zur Eroberung der Krim durch das Zarenreich 1783. [...] Mitte der 1990er Jahre hatte die krimtatarische Bevölkerung sogar eine feste Anzahl von Sitzen im Krim-Parlament, so dass sie an den Verhandlungen über den Status der Region direkt beteiligt waren. Aus ihren ursprünglichen Forderungen nach einem nationalen Autonomiestatus wurde ein Beitrag zur Ausgestaltung der regionalen Autonomie und ihrer Anerkennung als indigenes Volk. Die krimtatarische Bevölkerung und ihre politische Vertretung haben dabei seit 1991 fest auf ihre Zugehörigkeit zum unabhängigen ukrainischen Staat gesetzt.“²⁹⁹

Russland leitet nach G. Sasse seinen Anspruch auf die Krim aus einer zweigeteilten selektiven historischen Erinnerung ab: Die russische Erzählung beginnt mit der Eroberung der Krim durch das Zarenreich im Jahre 1783, einem Ereignis, von dem aus die russische Historiographie Kontinuitätslinien aus dem Zarenreich über die Sowjetunion bis heute zieht. In die russische Erinnerungskultur sind die großen verlustreichen Kriege um die Krim in der Mitte des 19. Jahrhunderts und vor allem die Belagerung von Sevastopol‘ im Zweiten Weltkrieg mit den Heldenmythen um die Verteidigung dieser Stadt eingegangen. Die Kriegsnarrative machen klar, dass der Schwarzmeerflotte neben ihrer militärischen und strategischen auch eine wichtige symbolische und identitätsstiftende Bedeutung zukommt und die Aufteilung dieser Flotte naturgemäß eine sehr delikate Angelegenheit darstellt(e).

Die Kulturgeschichte der multiethnischen Krim und vor allem die orientalisierende (und oft verklärende) Sicht russischer Literaten, Künstler auf den krimtatarischen Alltag hat im russischen kulturellen Bewusstsein einen hohen Stellenwert. Die russische Version der Wahrnehmung der Krim mit Verdrängung des kolonialistischen Anteiles hat sich in ganz Europa und darüber hinaus als dominierende Sichtweise verbreitet. Dazu haben insbesondere russische Literaten und Künstler wie Alexander Puschkin, Lev Tolstoj, Marina Ivanovna Cvetaeva, Ivan Konstantinovič Ajvazovskij u.a. beigetragen.

Es ist aber auch möglich, „die Geschichte der ‚ukrainischen‘ Krim zu erzählen. Die ukrainische Krim ist neben der ‚krimtatarischen‘ und ‚russischen‘ Krim weniger ethnisch oder sprachlich definiert und in der nationalen Geschichtspolitik sowie im internationalen Diskurs weniger präsent. Es gibt ‚leisere‘ Arten von physischen und ideellen Verbindungen; die neben der russischen neo-imperialen Perspektive und der an die Deportation gekoppelte krimtatarischen nationalen Identität ein weiterer wichtiger Bestandteil der Verflechtungsgeschichte dieser Region sind.“³⁰⁰ Die Krim ist bis heute nicht in Russland vollständig integriert (trotz Bau der Brücke von Kerč‘, die die Krim mit Russland verbindet), die Versorgung mit Wasser und Energie u.a. erfolgt aus der Ukraine. Nach der Annexion der Krim wurden Repressionen gegenüber der krimtatarischen Bevölkerung verstärkt, ihre Organisationen aufgelöst, Medien verboten, sodass Zehntausende die Krim verließen, auch die ukrainischsprachige Bevölkerung leidet unter den neuen Verhältnissen (darunter repressive Sprachpolitik). Russland betreibt seither eine Siedlungspolitik, um das ethnische Gleichgewicht noch deutlicher zu Russlands Gunsten zu verschieben, ca. 180 000 Ukrainer haben die Krim verlassen, ca. 1 Million Russen (vor allem aus dem Kaukasus) wurden auf der Krim angesiedelt.

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 hat im Westen keine besondere Aufregung ausgelöst, die internationale Gemeinschaft hat diese Thematik weitgehend ausgeklammert und die Lösung dieser Thematik auf die Zukunft vertragen. Bis dahin werden wohl von Russland

²⁹⁹ Gwendolyn Sasse: Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen. München, 2022², S. 74-79

³⁰⁰ Ebda. S. 76

vollendete Tatsachen geschaffen werden, für die sich eine „Lösung“ erübrigen wird. Die Krim unter internationale Verwaltung zu stellen, um nach einer Phase der Abkühlung nachhaltige Lösungen zu entwickeln – dazu sind die internationalen Organisationen (insbesondere die UNO) nicht mehr im Stande, nachdem Jahrzehnte lang systematisch ihr Einfluss beschädigt worden war.

Donbas / Donbass

Zur Schreibung: [Ukrainisch: Donbas, Russisch: Donbass], der vollständige Name: Ukrainisch: Donec'kyj vugol'nyj basejn, Russisch: Doneckij ugol'nyj bassejn, Deutsch: Donetsker Kohlebecken.

Ab dem 19. Jh. wurde das Donbas-Gebiet zu einem wichtigen Standort der Industrialisierung (Schwerindustrie) der Kohleförderung und der Stahlindustrie, was zur Urbanisierung führte und viele ethnisch russische Arbeitskräften anzog. 30% der Bevölkerung im Donbas sind ethnisch russisch (mit großen Abweichungen in den industriellen Zentren). Russischsprachigkeit ist im Osten stark verbreitet, ist aber nicht gleichzusetzen mit russischer Ethnizität. Sprachpraxis und Ethnizität waren für das Gros der Bevölkerung von untergeordneter Bedeutung. Ein größeres Problem stellte die wirtschaftliche Vernachlässigung der Region dar. Vor Beginn des Donbas-Krieges waren separatistische Ideen nicht mehrheitsfähig. Im Donbas sprach sich (nach 1991) ein knappes Drittel für separatistische Optionen aus. Regionale Oligarchen spielten die Rolle von separatistischen Multiplikatoren, aber auch die zunehmend aktive Intervention Russlands, die Aktivitäten des militärischen Geheimdienstes (GRU) sowie nationalistische Haltung lokaler Sicherheitskräfte, die Offensive russischer Medien verstärkten den Konflikt, die immer offener gegen Kyjiv hetzten. Die Ausrufung der „Volksrepubliken“ hatte die Anti-Terror-Operation (ATO) Kyjivs zur Folge, die aber wenig erfolgreich war, es gelang nicht die volle Souveränität über die separatistischen Gebiete herzustellen. Die OSZE, eine Special Monitoring Mission und eine trilaterale Kontaktgruppe trafen zur Konfliktbereinigung in Minsk zusammen allerdings ohne nachhaltige Ergebnisse. Am 17. 7. 2014 wurde die malaysische Passagiermaschine MH17 durch eine russische Rakete abgeschossen. Internationale Untersuchungen haben die direkte russische Beteiligung bestätigt, russische Vetos haben weitere Untersuchungen Be- und Verurteilungen verhindert. Russische Darstellungen entbehrten nicht einer gewissen Lächerlichkeit: Neben allerlei Dementis und verschiedenen verlogenen Erklärungen, die Russland hintereinander lieferte, wie z.B. dass die Ukraine oder auch die NATO Urheber sein könnten, präsentierte der Kreml schließlich sogar die Möglichkeit, dass Außerirdische das Flugzeug abgeschossen haben könnten! Immerhin brachten die Gespräche am 5. 9. 2014 ein erstes Waffenstillstandsabkommen (Minsker Protokoll, „Minsk I“) zustande. Die OSZE-Beobachtungsmission sollte systematische Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen dokumentieren. Die Situation eskalierte aber weiter. Am 15. 2. 2015 wurde „Minsk II“ beschlossen, d.h. ein Plan, der die Umsetzung des Minsk-Protokolls (I) ermöglichen sollte. Russland, das sich nicht als Kriegspartei definieren lassen wollte, vermeinte sich an dieses Abkommen nicht halten zu müssen. Ein dauerhafter Waffenstillstand (Punkt 1 des Abkommens) wurde nie umgesetzt. „Aus heutiger Sicht erscheint das Minsker Abkommen [...] als von Anfang an zum Scheitern verurteilt, als Benachteiligung der Ukraine oder gar als Fehler deutsche und französischer Vermittlungspolitik. Doch waren Minsk I und Minsk II aus der Not geborene Waffenstillstandsabkommen. Minsk II konnte zu einem kritischen Zeitpunkt eine weitere Eskalation des Kriegsgeschehens verhindern.“³⁰¹

2014 sah sich die NATO noch nicht in die Pflicht genommen, die Ukraine militärisch zu unterstützen. Der Konflikt köchelte fast ein Jahrzehnt militärisch bis zum regulären Krieg (2022) gegen die Ukraine, forderte etwa 14 000 Todesopfer. Durch die Annexion der Krim und der

³⁰¹ Gwendolyn Sasse: Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen. Berlin, 2022², S.87

„Volksrepubliken“ veränderten sich auch die Seegrenzen zwischen Russland und der Ukraine. Unklarheiten, willkürliche und schikanöse Interpretationen des Seerechtes durch die russische Küstenwache provozierten immer wieder Zwischenfälle, die vor dem internationalen Seegerichtshof landeten. Die Ukraine verhängte das Kriegsrecht. Obwohl das Konfliktpotenzial erkennbar war und kein Waffenstillstand von Dauer zu erreichen war, zeigten sich weder NATO noch die USA geneigt, die Ukraine substantiell zu unterstützen. Die EU erließ Sanktionspakete gegen Russland, die jedoch aus heutiger Sicht relativ begrenzt erscheinen. Der Westen erkannte trotz deutlicher Anzeichen nicht die drohende Kriegsgefahr. Im Frühjahr 2021 zog Russland massiv Truppen an der ukrainischen Grenze zusammen, diese Drohgebärde wurde auch vom Westen verstanden, kurzfristig schien es, als ob Gespräche und Verhandlungen möglich würden. Im Dezember 2021 präsentierte Putin der NATO ultimative Forderungen, die aber klar machten, dass Russland an echten Verhandlungen nicht interessiert war: Russland forderte u.a. den Rückzug der NATO-Präsenz aus den östliche Mitgliedsstaaten, die Annullierung der 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest formulierten Absichtserklärung, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufnehmen zu wollen. Die USA hatten eine Mitgliedschaftsperspektive in Aussicht gestellt, Deutschland und Frankreich schwächten aus Rücksicht auf russische Gegenreaktionen zur uneindeutigen Formulierung ab: „Die Ukraine und Georgien werden Mitglieder der NATO werden.“ Prinzipiell ja, aber ohne Zeitperspektive, Russland konnte bzw. musste sogar dies aus seiner Sicht als Bedrohung auffassen, für die Ukraine und Georgien war dies aber zu wenig Sicherheit. Russland brachte da wieder einmal die Diskussion um das vermeintliche gesprächsweise Versprechen des Westens an M. Gorbačëv, wonach sich die NATO nicht nach Osten erweitern werde. Strittig blieb über die Jahre, ob bzw. inwieweit dieses Thema bis zur Vertragsreife erörtert wurde. Hinweise auf diese Gesprächsthemen sind von Dietrich Genscher, Douglas Hurd, James Baker, Margaret Thatcher, William Burns bestätigt. Tatsache ist aber, dass es keinerlei schriftlichen Protokolle über den Gesprächsverlauf, über allfällige Ergebnisse, keine diesbezüglichen Vertragsentwürfe etc. gibt. Sicherlich hätte dieses Thema Anlass bzw. sogar Grundstein für eine Diskussion einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur sein können. Wenn es wirklich eine Chance war, so wurde sie 1991 nicht genützt. 1997 vereinbarten NATO und die Ukraine-Zusammenarbeit, politisches Ziel der Ukraine war aber Blockfreiheit, die Nato-Partnerschaft wurde angestrebt. Die kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland hoben jedoch das Ziel einer vollen NATO-Mitgliedschaft noch unter Präsident Porošenko auf die höchste Prioritätenliste.

Kampf um die ukrainische Staatlichkeit und der Nationswerdungsprozess

„Zahlreiche ethnische Gruppen, die keinen eigenen Staat, eine unvollständige Sozialstruktur und keine eigene Literatursprache und Hochkultur hatten, sind überall in Europa im Laufe des 19. Jahrhunderts zu Nationen geworden. Die einen wie die Finnen haben den Prozess der Nationsbildung schnell und erfolgreich durchlaufen, andere mit großen Verzögerungen und Rückschlägen. Zu dieser zweiten Gruppe gehören die Ukrainer. So kommt es, dass sie als Nation bis heute nicht fest integriert sind und von außen oft nicht als eigenständige Nation betrachtet werden.“³⁰² Es gab verschiedene Vorformen nationaler Formationen, wobei die Kosaken eine dynamische Rolle spielten. Ab dem XVI Jh. schlossen sich insbesondere in an die Steppe grenzenden Gebieten (Dnepr, Don, und Ural) freie Reiterverbände zu selbständigen Gemeinschaften zusammen, um sich gegen häufige Angriffe von Reiternomaden (z.B. Krimtataren) besser wehren und sich auch der staatlichen polnischen bzw. russischen Obrigkeit entziehen zu können. In diese mehr oder weniger halbautonomen Kosakengebiete zogen flüchtige russische, ukrainische und polnische Leibeigene u.a. In der Ukraine entwickelte sich im 17. Jahrhundert das quasistaatliche Kosaken-Hetmanat (d.h. Herrschaftsgebiet der Saporoger Kosaken), Fürst

³⁰² Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München, 2022⁶, S 23

Dmytro Vyšnevec'kyj verordnete ihm sogar eine stabilere Organisation mit der Rada als oberstem Entscheidungsgremium, gewähltem einem Ataman oder Hetman als Anführer des Kosakenheeres. Die Hetmanate spielten im Sinne der Staatsmacht durchaus eine gewünschte Rolle als Militärmacht, so suchten die Könige Polen-Litauens sie mehr unter ihre Kontrolle zu bringen, indem Teile von ihnen in die reguläre Armee als sog. „Register-Kosaken“ integriert wurden, womit die Kosakengemeinschaft als staatspolitischer Faktor anerkannt wurde. „Dass die Kosaken nun die Verteidigung der Orthodoxie zu ihrer Sache machten und die kulturellen Bestrebungen in Kiew unterstützten, war von grundlegender Bedeutung für die Entstehung eines protonationalen ethnisch-religiösen Bewusstseins und einer Herrschaftsorganisation in der Ukraine des 17. Jahrhunderts.“³⁰³ Im XVII Jh. kam es zu einer Reihe von Aufständen, als der polnische Adel den Druck auf die Bauern verstärkte. Wichtigste Träger der Widerstandsbewegung waren die Kosaken der Zaporozher Sič. 1648 erhob sich ein großer Volksaufstand unter Führung von Bohdan Chmel'nyc'kyj (1595-1657) mit Plünderungen, Massakern an Juden (übrigens den ersten großen Judenmassakern in der Geschichte Osteuropas), die als Verwalter, Pächter und Steuereintreiber im Dienste polnischer Magnaten tätig waren und für die ukrainische Bevölkerung als die direkten Repräsentanten der polnischen Adelherrschaft galten. Den Kosaken ging es in erstere Linie um die Bestätigung der kosakischen Privilegien. Durch den Aufstand waren die Bauern von der Leibeigenschaft befreit worden. 1654 wurde das Abkommen von Perejaslav geschlossen, in dem sich die Kosaken dem Zaren unterordneten und ihm gegenüber einen Treueeid schworen. Dieses Ereignis wurde von den Vertragspartnern aber auch in der Historiographie unterschiedlich interpretiert: War die Verbindung mit dem Zaren eine Art Protektorat, ein Vasallenverhältnis oder eine Personalunion oder – so die russische Version – eine Eingliederung des Hetmanats in das Moskauer Reich? Die Quellenlage ist dazu nicht eindeutig und ist die Grundlage für den Streit der (nationalen) Historiographien. Unabhängig von diesen Kontroversen ist das Abkommen von Perejaslav insofern von Bedeutung, als es die Verbundenheit der russischen mit der ukrainischen Geschichte ab diesem Zeitpunkt ins Licht rückt.

Infolge des Russisch-Polnischen Krieges 1654-1667 kam es zu einer Spaltung des Hetmanats, als sich Hetman Bohdan Chmelnyckyj mit den Polen gegen Russland verbündete, folgten ihm die ihm die linksufrigen Regimenter nicht, weil sie sich an den Vertrag von Perejaslav gebunden fühlten und wählten einen eigenen Hetman. Die ausbeuterischen sozioökonomischen Verhältnisse unter der polnischen Herrschaft aber auch religiöse Diskriminierung lösten im gesamten XVIII Jh. immer wieder blutige Aufstände aus. 1793 wurde im Zuge der Zweiten Polnischen Teilung die Rechtsufrige Ukraine Russland angeschlossen.

Eine historische Persönlichkeit von Bedeutung, da um sie in der antiukrainischen Propaganda der 2020-er Jahre in Russland ein hochemotionaler Diskurs geführt wurde, ist Ivan Stevanovič Mazepa (1639 – 1709). Er entstammt dem Adel der sog. Rechtsufrigen Ukraine, studierte in Kiew an der dortigen Akademie und danach am Warschauer Jesuitenkolleg, trat in die Dienste der Kosaken des rechtsufrigen Hetmanates wechselte dann auf das linksufrige Hetmanat, wo er zum Hetman gewählt wurde. Im Nordischen Krieg (1700 bis 1721) kämpfte er auf der russischen Seite und besetzte die Rechtsufrige Ukraine (d.h. er vereinigte wieder die beiden Hetmanate – im Einvernehmen mit Peter I). Die Lebensbedingungen insbesondere die der Leibeigenschaft riefen Widerstand und zahlreiche Aufstände hervor, die auch die Zarenherrschaft in Bedrängnis brachten. Die zunehmende Unsicherheit veranlassten Mazepa zur eigenen Herrschaftssicherung sich nach neuen Verbündeten umzusehen und fand im Schwedenkönig Karl XII einen Mitstreiter, dem er gegen militärische Hilfe seiner Kosakenarmee ihm Schutz der Ukraine (bis zur Wiederherstellung ihrer Rechte) versprach. Mazepa konnte sich jedoch nicht auf seine Truppen verlassen – das Misstrauen gegenüber den protestantischen Schweden war in der Bevölkerung doch zu groß – die Schlacht von Poltava 1709 endete mit einem Debakel,

³⁰³ ebda. S. 58

Karl XII und Mazepa mussten über die Grenze ins Osmanische Reich fliehen, wo Mazepa bald starb. Interessant ist vor allem der künstlerische Widerhall auch in Westeuropa, den diese historische Persönlichkeit fand. Voltaire etwa stellte Mazepa als Volkshelden dar, Lord Byron machte ihn zum Helden eines seiner Gedichte, Faddei Benediktovič Bulgarin zur Hauptfigur eines Romans, Rudolf Gottschall zu der eines Dramas, Juliusz Słowacki, Daniel Defoe, Victor Hugo, Rainer Maria Rilke, Bertolt Brecht widmeten ihm ein literarisches Andenken und nicht zuletzt Aleksandr Puškin in seinem Gedicht Poltava, das Anstoß für P.I. Čajkovskijs Oper Mazepa und für Franz Liszts sinfonische Dichtung „Mazeppa“ gab. Horace Vernet verewigte ihn in zwei Gemälden, Regisseur Martin Berger drehte 1919 den Film „Mazeppa, der Volksheld der Ukraine“. In der Sowjetära war Mazepa negativ konnotiert, in der Ukraine nach 1991 galt er als Volksheld, in Russland hingegen als ein für die „Ukraine typischer Verräter“.

Im Nationsbildungsprozess spielen die kulturellen Entwicklungen eine wichtige Rolle. Die ukrainische Kultur erlebte ihre (erste) Blüte im XVII und XVIII Jh., es wurden Schulen, das Petro Mohyla-Kollegium in Kyjiv (1631), Druckereien gegründet, kulturelle und religiöse Aktivitäten lebten auf, es entstanden orthodoxe Bruderschaften getragen von Kaufleuten, Handwerkern, einzelnen Adeligen, die sich gegen Missstände in der orthodoxen Kirche wehrten und sich auch der Polonisierung widersetzen. Der Prozess verlief nicht einheitlich: Die ukrainische kulturelle Elite im Großfürstentum Polen-Litauen, die sich polonisiert hatte, sah auf die ukrainische Volkssprache als Bauernsprache herab.³⁰⁴ Das Bildungswesen in der Ukraine beruhte auf von katholischen Laienbruderschaften geleiteten Schulen, ihnen war die Volksbildung ein größeres Anliegen als den orthodoxen Priestern. Mit dem ökonomischen und kulturellen Aufstieg Kyjivs entstand eine ukrainische Barockliteratur, die an die katholische Kirche, konkret an die jesuitische Scholastik anband. Wichtigster Vertreter war der Philosoph und Dichter Grigorij Skovoroda (1722 – 1794), Philosoph und Lientheologe kosakischer Herkunft. Er verwendete eine Sprache, die aus einer Mischung von Altkirchenslawisch und Russisch mit zahlreichen Ukrainismen bestand. Das ukrainische Barock fand sein Ende, als Peter der Große und seine Nachfolger die Verwendung der ukrainischen Sprache unterdrückten. Gegen Ende des XVIII Jahrhunderts ging die ukrainische Kultur zwei Wege: In Russland wurde 1775 die Autonomie der Saporoger Kosaken gewaltsam beendet und deren Herrschaftsbereich der Autokratie des russischen Zaren unterstellt, die Westukraine wurde 1793 (im Zuge der Polnischen Teilungen) von Österreich annektiert und folgte vor allem kulturell eigenen Entwicklungslinien. „Kleinrussland“ galt russischen Betrachtern besten Falls als malerische, exotische Provinz Russlands mit einer klaren Hierarchie der Kulturen und Sprachen: Über die russische Sprache fand die russische Literatur Zugang zu den großen europäischen Literaturen. Allmählich steigerte sich publizistisch wie politisch der Kampf gegen alles Ukrainische betreffend Sprache, Kultur, Nation. Die Folge war, dass es im XIX Jh. zu einem Niedergang der ukrainischen Schriftsprache kam. Das Ukrainische blieb innerhalb der Grenzen des eigenen Sprachgebietes, die ukrainische Literatur ging nicht nur nicht in den Kanon der europäischen Literaturen ein, sie wurde auch nicht rezipiert. Dasselbe Schicksal ereilte andere Kunstformen, Musik, Malerei usw. Das hierarchische Verhältnis der russischen zur ukrainischen Kultur und ihre Wahrnehmung kann man bildhaft an den Biographien der beiden Nationaldichter Aleksandr Sergeevič Puškin und Taras Grigorovič Ševčenko ablesen. Puškin (dessen Großvater mütterlicherseits Abram Gannibal aus Afrika stammte) wuchs in adeligen Verhältnissen auf, Ševčенокos Vorfahren waren (des Lesens und Schreibens kundige) Leibeigene, deren Sohn das Glück hatte von seinem „Herrn und Besitzer“ aus Gründen des eigenen Prestiges gefördert zu werden und der von Künstlerfreunden freigekauft wurde.

Die gegenseitige Perzeption im XIX Jh. war widersprüchlich, Russen („Moskaly“) galten bei den Ukrainern als gefühlsbetont, brutal, arrogant, umgekehrt wurden Ukrainer („chocholy“) in Schulbüchern oft als minderwertig nach dem Muster „Große“ Russen – „kleine“ Russen, als

³⁰⁴ Kerstin S. Jobst: Geschichte der Ukraine. Stuttgart, 2015, S. 45

ungebildetes, unverdorbenes Bauernvolk dargestellt. Im Westen wurde die Ukraine – ihre Sprache, Kultur etc. – kaum wahrgenommen, das änderte sich fundamental erst mit der russischen Aggression im XXI Jh. Ein Blick auf die Sozialstruktur verdeutlicht die Unterschiede zwischen den ukrainischen und den russischen Gebieten in der Zarenzeit: 84% der russischen Bevölkerung lebten auf dem Lande, 72% waren in der Landwirtschaft tätig, in der Ukraine waren es 94% und 88%, der Anteil des Adels an der Bevölkerung betrug in Russland 1,7% in der Ukraine 0,5%, die Eliten der Stadtbevölkerung in der Ukraine hatten andere Muttersprachen (Russisch, Jiddisch, Polnisch, usw.) als Ukrainisch, in Kyjiv lebte eine klare Mehrheit von Russen (54%), die zweitgrößte Gruppe machten die Ukrainer (22%) aus, die drittgrößte (12%) die Juden. Die Analphabetenrate betrug in der Ukraine 81%, in Russland 71%. Im XIX Jh. verstärkte die Industrialisierung den Zuzug von Russen in den Donbas. Man kann zusammenfassend sagen, dass die Modernisierung und Industrialisierung aber auch die Alphabetisierung im Russischen Reich ohne Ukrainer stattgefunden haben. Soziokulturell bildete sich ein spezifisches Stadt-Land-Gefälle heraus: Das städtische Milieu war (weitgehend) russisch geprägt, während das Dorf ukrainisch geblieben ist.

Die Formierung der russischen wie auch der ukrainischen Nation wird wohl in das Ende des XVIII Jh. bzw. an den Beginn XIX Jh. zu legen sein. Die Gründe für die verspätete ukrainische Nationsbildung sind ersichtlich, das Fehlen der Eigenstaatlichkeit in der jüngeren Geschichte ist jedoch nicht der einzige Grund. In dieser Hinsicht ist die Ukraine vergleichbar mit Polen, das aber trotz Aufteilung des Territoriums und zwischenzeitlicher Liquidierung der eigenständigen Staatlichkeit zu einer selbständigen nationalen Identität gefunden hat. Die russische Nation wurde ausschließlich als all-russische, dreieinige Nation gedacht. Nach dieser Denkart gehörte die Ukraine daher untrennbar zur russischen Welt, sodass ein Russland ohne Ukraine unvorstellbar schien – ein Dogma, an das sich Putin und russisch-nationalistische Kreise bis heute klammern. Die ukrainische Nation musste sich als Abgrenzung zu Russland und Polen finden und Zukunftsperspektiven entwickeln. Die russische Aggression vom 24. 2. 2022 hat aber den ukrainischen Nationsbildungsprozess erheblich beschleunigt und gefestigt. Der Prozess der russischen Identitätsfindung hingegen wurde gewissermaßen in der Vergangenheit eingefroren. In diesem Sinn ist auch Russland als „verspätete Nation“ zu betrachten. Russland kann auf eine staatliche Tradition seit dem Mittelalter verweisen. Aber der Staat war ein Hemmschuh für die russische Nationsbildung, seine Überdimensionalität behinderte sogar die Nationsbildung. „Die autoritären Regime der Zaren und der Sowjetunion verhinderten eine demokratische Entwicklung, eine politische Emanzipation der russischen Gesellschaft und ihre Integration zu einer Staatsbürgernation, auch die Multiethnizität und die soziale Polarisierung standen der Bildung einer ethnischen Nation im Weg. [...] Das Projekt der imperialen russländischen Nation blockierte die Entstehung einer Staatsbürgernation und überlagerte die Formierung der ethnischen Nation. Der junge ukrainische Staat stand hingegen vor der Aufgabe, das Projekt der ethnischen Nation mit dem der Staatsbürgernation zu verbinden. Russland wie die Ukraine sind junge, ungefestigte Nationen, die auf der Suche nach ihrer Identität sind. Diese Instabilität wirkt sich auf ihre innere Entwicklung ebenso wie auf die bilateralen Beziehungen aus.“³⁰⁵

Das frühe Nationalbewusstsein der Ukrainer wie der Russen war stark religiös geprägt. Grundfesten bildeten der Widerstand gegen die Gegenreformation, die katholischen Polen und die unierte Kirche, und vor allem bei den Russen der göttlich legitimierte Herrscher. Der ukrainische Adel war weitgehend polonisiert und spielte bei der Nationsbildung keine bedeutende Rolle, umso mehr jedoch die Herrschaftsform des Hetmanates der Saporoger Kosaken. Im russischen Reichspatriotismus hingegen sollten die widersprüchlichen sozialen, ethnischen, nationalen, kulturellen, religiösen, sowie ökonomischen Interessen und Brüche aufgehoben und

³⁰⁵ Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2022², S. 83 ff.

quasi integriert werden, notfalls mit Mitteln autokratischer Repression. Die konservative Reichsideologie ließ aus Angst vor revolutionären und nationalen Strömungen keinerlei Konzessionen zu und verschärfte im Gegenteil deren Unterdrückung und befeuerte somit eine Spirale der Eskalation, die schließlich den Zusammenhalt des Reiches gefährdeten. Unter diesen Umständen konnte der Bereich der Sprache, der Sprachreform, der Literatur zu einer zentralen Basis der Nationsbildung werden. Michail Ivanovič Glinka schuf die erste russische Nationaloper, legte den Grundstein für Generationen bedeutender russischer Komponisten, Ähnliches geschah in der Malerei usw.

Nach 1917 wurde der Reichspatriotismus der Zarenzeit durch den Sowjetpatriotismus, der weiterhin ein großrussisch nationalistisches Geschichtsbild tradierte, ersetzt. Die Ukraine erhielt innerhalb der Sowjetunion den rechtstaatlichen Status einer Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) mit eigener Sprachgesetzgebung etc. Strategische Entscheidungen wurden aber weiterhin von in Moskau getroffen. Die russische nationale Frage blieb aber weiterhin ungelöst. Das sowjetische Konzept der Korenizacija in den 1920er Jahren sollte nicht-russischen Völkern (als Kontrast zum Zarenreich) durch eine explizite Förderungspolitik (von Minderheiten) ein Angebot zur gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung in der Sowjetunion anbieten (z.B. Alphabetisierungskampagnen, Verschriftlichung von National- bzw. Minderheitensprachen, Quotenregelungen, udgl.³⁰⁶). Russen wurden ermutigt (mancherorts auch verpflichtet), sich mit den jeweiligen lokalen Sprachen zu beschäftigen. In der Ukraine führte die Korenizacija nach einem Jahrhundert der Russifizierung im Zarenreich zu einem Aufschwung des Ukrainischen, Stalin kehrte diesen Prozess wieder um verbunden mit der sog. Entkulakisierung, d.h. der Enteignung, Entmachtung, Entrechtung besitzender, wohlhabender Bauern u.a. repressiven Maßnahmen) zurück.

Nach dem Ende der Sowjetunion war Russland (immer noch) ein Vielvölkerstaat mit ca. 200 Nationen, ethnischen Gruppen etc. Mit der Selbständigkeit von Belarus⁴ und der Ukraine schien das (in der Vergangenheit beschworene) Prinzip der Dreieinigkeit gestört. Die Ukraine erklärte sich 1991 für staatlich unabhängig und trat als „verspätete“ und sogar „unerwartete“ Nation³⁰⁷ in Erscheinung. Zahlreiche russische Politiker konnten sich nicht mit den veränderten Verhältnissen anfreunden und drohten an, die Grenzen (insbesondere zur Ukraine) nicht anerkennen zu wollen und notfalls (so El'cin) gewaltsam zu revidieren. Der Tenor war übereinstimmend – (wenn auch nicht zwingend schlüssig) – ohne die Ukraine könne es keine russische Union geben und ohne sie auch keine Ukraine. Nach 1991 erhob sich dringlich die Frage „Was ist Russland?“ Diese Frage war und ist nicht zu beantworten, wenn sich Russland nicht seiner Geschichte (insbesondere der Stalin'schen Ära), der Tradition der imperialen Nation in der Nachfolge des Zarenreiches und der Sowjetunion stellt. 1995 meinte der damalige Präsident der Ukraine, Leonid Danylovyč Kučma, dass die Ukraine eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Russland wollte, es aber dort Kräfte gäbe, die nicht verstehen wollten, dass die Ukraine ein souveräner Staat ist. Das sei das Hauptproblem in der Beziehung der beiden Länder. Moskaus wiederholte Beschwörung der „Brüderlichkeit“ des russischen und ukrainischen Volkes (vgl. u.a. den Vertrag über Freundschaft und Partnerschaft 1997) ist leere Phrase (geblieben), Russland kann sich dieses „brüderliche Verhältnis“ nur als Dominanz- bzw. Abhängigkeitsverhältnis vorstellen und meint geschlossene Verträge und Abkommen mit dem „kleineren Bruder“ gegebenenfalls, d.h. nach Belieben auch brechen zu können. Das Putin-Regime leugnet überhaupt die Existenz einer ukrainischen Identität und will nach wie vor die Ukraine von der Landkarte löschen. Diese Denkart ist das Hauptproblem im gegenwärtigen Konflikt und wird bei der Suche nach einer nachhaltigen Friedensregelung eine zentrale Rolle spielen.

³⁰⁶ Helen Liesl Krag: Die Sowjetunion - Staat, Nationalitätenfrage und Sprachenpolitik. = Sprache & Herrschaft, Nr.13 / 1983

³⁰⁷ Andrew Wilson: The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven, 2009³

Volodymyr Oleksandrovyč Zelenskyj

Volodymyr Zelenskyj kam in Kryvyj Rih in einer russischsprachigen jüdischen Familie zur Welt. Sein Vater, Oleksandr Zelenskyj war Professor für Kybernetik in Kryvyj Rih, seine Mutter, Rimma Zelenska, ist Ingenieurin. Vier Jahre lebte die Familie in Erdenet (Mongolei). Sein Großvater Semen Zelenskyj diente während des Zweiten Weltkriegs als Kommandeur. Alle drei Brüder Semen Selenskyjs und sein Vater wurden im Holocaust ermordet. Nach der Rückkehr aus der Mongolei schloss Zelenskyj das Gymnasium ab und begann ein Jusstudium, das er ebenfalls abschloss, einen Beruf als Jurist übte er aber nie aus. 1997 gründete er die Kabarettgruppe Kwartal 95, mit der er durch die ehemalige Sowjetunion tourte, wo er Popularität als Schauspieler, Komiker, Synchronsprecher, Regisseur, Fernsehmoderator, Filmproduzent und Drehbuchautor erlangte.

Gemeinsam mit dem Komiker Maksim Aleksandrovič Galkin moderierte Zelenskyj 2013 und 2014 die Neujahrsshows des größten russischen Staatssenders Rossija 1, Galkin und Zelenskyj gehörten damals zu den beliebtesten Komikern in Russland. Zelenskyjs Kritik an der Annexion der Krim besiegelte das Ende seiner Künstlerkarriere in Russland. Furore machte Zelenskyj 2015 er in der Ukraine mit der satirischen Fernsehserie „Diener des Volkes“ (wurde auch verfilmt) im populären Fernsehsender 1+1 des Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Darin trat er in der Rolle eines Geschichtslehrers auf, der von der Korruption ukrainischer Politiker angewidert ist, über soziale Medien Wahlkampf macht, Geld sammelt und unversehens zum Präsidenten gewählt wird. Die Fernsehserie wurde tatsächlich zum Grundstein für Zelenskyjs politischen Durchbruch. 2017 wurde die nach dem Film benannte Partei „Sluha narodu“ („Diener des Volkes“) offiziell registriert, die Zelenskyjs Präsidentschaftskandidatur unterstützte. Zelenskyj erschien vielen als Alternative (zu Petro Porošenko), er trat an, die Korruption, die im In- wie im Ausland als großes Problem galt und die unter den Vorgängern zu großer Blüte gedieh, zu bekämpfen. Er gewann die Wahl mit überwältigender Mehrheit (73% der Stimmen), da er sich auch glaubwürdig als Politiker darstellen konnte dieses Programm auch umzusetzen. Porošenko hatte zwar Antikorruptionspolitik betrieben, jedoch nicht mit durchschlagendem Erfolg, da er sie zu wenig konsequent verfolgte. Zelenskyj setzte die Bestrebung Porošenkos fort, der NATO beizutreten, sich dem Westen anzunähern und bestätigte die Kulturpolitik seines Vorgängers. In kurzer Zeit eignete er sich als Russischsprachiger das Ukrainische an, steigerte nicht nur dadurch seine Beliebtheitswerte. Nach seiner Wahl betonte er, die Minsker Gespräche fortzusetzen und einen Waffenstillstand anstreben zu wollen. Es galt die jahrelange Pattsituation (und den kriegsähnlichen Zustand) im Donbas zu durchbrechen. Die Hauptstreitfrage der Minsker Abkommen – was zuerst anzustreben sei, Waffenstillstand oder Kommunalwahlen blieb aber weiterhin bestehen. Putin verlangte, dass „Zur Herbeiführung des Waffenstillstandes es der gleichzeitigen Umsetzung der politischen Reformen in der Ukraine [bedürfe], die in den Minsker Abkommen vorgesehen sind.“³⁰⁸ Für Zelenskyj war klar, dass er ukrainisches Territorium unter gar keinen Umständen gegen Frieden tauschen würde. Die von Russland geforderten Verfassungsreformen hätten dem Donbas den Sonderstatus verliehen, außerdem hätten die Regionalwahlen unter einem russischen Besatzungsregime stattfinden sollen. Porošenko zeigte sich in diesem Punkt kompromissbereit, was zu Massenprotesten führte. Zelenskyj lehnte diese Forderungen in Paris, als er mit Putin zusammentraf, ab. Als Ausweg bot sich die Hinwendung zur NATO und zum Westen an. Im Dezember 2019 verabschiedete das ukrainische Parlament eine Resolution (von Zelenskyjs Partei „Diener des Volkes“), die den Kurs in Richtung NATO befestigte. Die Ukraine intensivierte ihre Avancen gegenüber der NATO, die aber diesbezügliche

³⁰⁸ Taras Kuzio: „Russia is quietly occupying Ukraine’s information space“:
<https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/russia-is-quietly-occupying-ukraines-information-space/> (Zugriff 15.8.2023)

Entscheidungen vertagte. Die Schließung von russischen Fernsehstationen in der Ukraine, die Kremlpropaganda betrieben (und dem Oligarchen Medvečuk) gehörten, verschlechterte das Klima zwischen Russland und der Ukraine weiter, wobei Russland dagegen protestierte, die USA hingegen Zelenskys Entscheidungen guthießen. Im April 2021 eskalierte Putin, indem er Militär an der ukrainischen Grenze aufmarschieren ließ – die größte Aktion seit dem Krieg 2014/5. Zelenskyj appellierte an die NATO den Beitrittsantrag der Ukraine noch einmal zu prüfen. Die USA kündigten Unterstützung für die ukrainische Souveränität an. Im Mai zog Russland den größten Teil der Truppen zurück. Im Frühjahr 2021 jedoch meldeten britische und amerikanische Geheimdienste unter Auswertung von Satellitenbildern eine Konzentration von russischen Truppen an der ukrainischen Grenze, die als mögliche Vorbereitung einer Invasion der Ukraine gedeutet werden konnten. Im Oktober schienen sich die Hinweise zu verdichten. US-Geheimdienste gingen davon aus, dass Putin in der Ukraine einzumarschieren gewillt war: „Wir gehen davon aus, dass sie einen breit gefächerten strategischen Angriff auf die Ukraine aus mehreren Richtungen gleichzeitig planen“ (so Mark A. Milley, Vorsitzender der Generalstabschefs) und dass der Angriff auch die „Entfernung von Präsident Zelenskyj“ vorsehe.³⁰⁹ Es gab noch Konsultationen der Geheimdienstchefs der USA und Russlands, die aber kein Ergebnis brachten.

Am 17. 12. 2021 stellte Russland dem Westen einen umfangreichen Forderungskatalog als Ultimatum. Darin waren enthalten u.a.: Eine schriftliche Verpflichtung der NATO, jede weitere Erweiterung des Bündnisses zu unterlassen, multinationale Truppen aus Polen und den baltischen Staaten abzuziehen (d.h. die Grenzen des Bündnisses auf den Stand von 1997 zurückzulegen) und sogar die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Europa rückgängig zu machen. Die NATO sollte förmlich zusagen, dass die Ukraine niemals dem Bündnis beitreten dürfe. Angesichts von 200 000 Mann an der ukrainischen Grenze und der unerfüllbaren Forderungen des Ultimatus war klar, dass Putin eine große Militäroperation beginnen werde. Die NATO wies die Forderungen Russlands als unerfüllbar zurück. Weitere Gespräch(sversuch)e blieben ergebnislos, die USA verhielten sich abwartend deeskalierend, schlossen eine militärische Intervention aus, vor allem auch deshalb, weil sie davon ausgingen, dass im Ernstfall innerhalb kürzester Zeit ein ukrainischer militärischer Widerstand zusammenbrechen würde. Unter diesen Gesichtspunkten blieb dem Westen nur die Möglichkeit mit Sanktionen dagegen zu halten und mit einer Medienkampagne, die Putin als Kriegstreiber an den Pranger stellt und ihn vielleicht deshalb von seinem Vorhaben abbringt – eine grundlose Erwartung. Sollte eine Invasion trotzdem stattfinden, so würden die USA allfällige Aufstände in der Ukraine gegen die Invasoren unterstützen.

Westliche Warnungen (auch von US-Präsident J. Biden) an Zelenskyj Mitte Jänner 2022, er möge Anstrengungen um seine persönliche Sicherheit und seine Familie intensivieren, quittierte dieser damit, dass er Kyjiv keineswegs verlassen werde. Die Lage wurde immer ernster. Am 19. 2. 2023 war Zelenskyj bei der Münchner Sicherheitskonferenz, wo er die Konferenzteilnehmer daran erinnerte, dass die Großmächte 1994 mit der Unterzeichnung des Budapester Memorandums Verantwortung übernommen haben: „Die Ukraine hat Sicherheitsgarantien für den Verzicht auf das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt erhalten [...] wir haben diese Waffen nicht mehr. Wir haben auch keine Sicherheit mehr. Und wir haben auch einen Teil unseres Staatsgebietes nicht mehr, der flächenmäßig größer ist als die Schweiz, die Niederlande oder Belgien. Und das Wichtigste – wir haben Millionen von Bürgern nicht mehr. Dafür haben wir etwas anderes. Nämlich das Recht, eine Abkehr von der Beschwichtigungspolitik hin zu Sicherheits- und Friedensgarantien zu fordern“³¹⁰

³⁰⁹<http://www.washingtonpost.com/national-security/interactive/2022/ukraine-road-to-war/?itied-hp-top-tab-lemain> 16.8.2022 (Zugriff 15.8.2023)

³¹⁰ <https://kyivindependent.com/national/zelenskys-full-speech-at-munich-security-conference/> (19.2.2022)

Zwei Tage vor der Invasion wurde Zelenskyj von US-Geheimdienst gewarnt, dass die Russen ihn ermorden wollten. Ein Ansinnen westlicher Politiker, Zelenskyj solle im Westen eine Exilregierung gründen, lehnte er dezidiert ab. Von einem Präsidenten, der ohne jegliche politische Erfahrung sein Amt übernommen hat, haben viele eine solche Haltung nicht erwartet. So unwahrscheinlich und überraschend die Kandidatur und die politische Karriere Zelenskyjs erscheinen mag, sie sind vor dem Hintergrund des kranken politischen Systems der Ukraine, wo Medien im Besitz von Oligarchen die Politik bestimmen, zu verstehen. Allmählich flickte er etwas zusammen, was wie ein Programm aussehen sollte, da war von Beteiligung aller Ukrainer am nationalen Reichtum von Geburt an die Rede, über freie Universitätswahl für herausragende Abiturienten bis hin zum Straßenbau auf europäischem Niveau udgl.³¹¹ Zelenskyj gewann die Präsidentschaftswahl und darauf seine Partei die absolute Mehrheit. Nach der Wahl formulierte er so etwas wie politische Vorhaben, z.B. der Korruption an den Kragen zu gehen. Nachdem es ihm nicht gelang, die Oligarchen (darunter Rinat Leonidovyč Achmetov, Ihor‘ Valer‘evyč Kolomojskyj, Viktor Michajlovič Pinčuk, Dmytro Vasil‘ovyč Firtaš) zu mehr sozialer Verantwortung zu bewegen, erwirkte er mit dem Parlament ein Lobbygesetz, das ihre Einflussmöglichkeiten etwas beschnitt, z.B. was die Parteienfinanzierung betrifft, er schuf Instrumente, die Sanktionen gegen Oligarchen verhängen können, ließ im Jahr 2021 drei prorussische Fernsehsender verbieten und machte sich als erster Präsident der Ukraine damit einen Namen, dass er eine konfrontative Politik gegen Oligarchen führte.³¹² Im Jahr 2020 machte Zelenskyj das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana zum nationalen Feiertag. Wirtschaftspolitisch setzte er sich für den freien Markt, für Deregulierung und für ein investorenfreundliches Klima und für Privatisierungen ein. Letztere waren allerdings schon von den USA, der EU und dem Internationalen Währungsfonds / IWF gefordert worden.³¹³ Die Ukraine sollte auch stärker seine Rolle als Transitland zwischen Asien und Europa nutzen. Zelenskyj setzte im April 2020 eine Bodenreform durch, die den Kauf und Verkauf von ukrainischem Agrarland erlaubte. Die Bodenreform hatte der IWF zu einer Bedingung für weitere Kredite gemacht. Dabei schieden sich die Geister, es wurden nicht unberechtigte Befürchtungen laut, die Regierung gebe sich zu sehr in die Abhängigkeit von Wirtschaftsinteressen. Als nächstes Projekt machte sich die Regierung an eine Reform des Arbeitsrechtes, wobei die Rechte der Gewerkschaften beschnitten werden sollten, was deren Protest hervorrief.³¹⁴ Auch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder Human Rights Watch³¹⁵ übten Kritik an mehreren der Gesetzesentwürfe, die die Regierung auf Grund dieser Proteste dann wieder zurücknahm. In der Energiepolitik strebte die Regierung Zelenskyj eine größere Unabhängigkeit von Russland an, der (schon hohe) Anteil der Atomenergie an der Stromversorgung sollte noch weiter erhöht werden. Der US-Konzern Westinghouse und der ukrainische Staatskonzern Energoatom sollten enger zusammenarbeiten.³¹⁶ Als weiterer Schritt ist geplant, das ukrainische Stromnetz vom russischen zu trennen und mit dem kontinentaleuropäischen Netz zu synchronisieren.

Nach dem 24. 2. 2023 stiegen Zelenskyjs Ansehen und Unterstützung durch die Bevölkerung nach Umfrage steil von 25 Prozent auf 90 Prozent, vor allem, als er ein Angebot der USA, ihn aus Kyjiv in Sicherheit zu bringen, ablehnte. Politisch setzte Zelenskyj nach dem Überfall auf die Ukraine zwei Akzente: Verbot der Tätigkeit aller als prorussisch, antiliberal oder euroskeptisch geltenden Oppositionsparteien (insgesamt 11) für die Dauer des Kriegsrechts (dabei hatte

³¹¹ [Ukraine: Dieser Mann will Präsident werden - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\) 4.2.2019 \(Aufruf 30.3.2023\)](#)

³¹² [Ukraine: Warum spricht Wolodymyr Selenskyj von einem Putsch in Kiew? – Der Spiegel 1.12.2021 \(Aufruf 30.3.2023\)](#)

³¹³ [Kiew will Privatisierung vorantreiben \(nzz.ch\) 30.10.2019 \(Aufruf 30.3.2023\)](#)

³¹⁴ [Ukraine Gewerkschaftsmonitor. 2020-ukraine.pdf \(fes.de\) Februar 2020 \(Aufruf 30.3.2023\)](#)

³¹⁵ [Ukraine: Draft Law Threatens Trade Union Rights | Human Rights Watch \(hrw.org\) 29.7.2020 \(Aufruf 23.3.2023\)](#)

³¹⁶ [Energoatom, Westinghouse sign memorandum on construction of power units - Zelensky \(ukrinform.net\) 31.3.2023 \(aufgerufen 31.3.2023\)](#)

er insbesondere Viktor Volodymyrovyč Medvedčuk, den Vorsitzenden der größten prorussischen Oppositionspartei und persönlichen Freund von Vl. Putin im Visier. (Im Zuge eines Gefangenenaustausches gelangte dieser nach Russland). Die zweite Maßnahme betraf die Vereinheitlichung der Informationspolitik (Zusammenlegung aller Fernsehanstalten).

Personenkult – Spätphase des Putinismus

Nach Mommsen³²⁰ war der Putinkult „von Anfang an ein zentrales Merkmal des ‚Putinismus‘ überhaupt.“ Schon im Jahr 2000 warnte der amerikanische Journalist William Safire (NYT, 31. 1. 2000) vor einer neuen Art des Personenkults mit Tendenz zur Unterdrückung der Wahrheit, des Wiederauflebens von Russlands Machtanspruch. Ab 2012 (weitere Präsidentschaft Putins) war der „Putinismus“ gleichzusetzen mit propagandistischer wie militärischer Aufrüstung der Führerschaft.³²¹ Mit der „Heimholung“ der Krim, der „Wiedervereinigung“ des Donbas mit Russland etc., das militärische Engagement in Syrien machte Putin Russland wieder zu einem international ernstzunehmenden Machtfaktor. Der Sieg in der Ukraine (2014) trieb die Zustimmungsqoten zu Putin in geradezu schwindelerregende Höhen von 80-90 Prozent. Zur zusätzlichen Stabilisierung seiner Herrschaft ließ Putin eine nur ihm unterstellte „Nationalgarde“ von 400 000 Mann (zum Vergleich: die im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 der Bundesrepublik Deutschland zugebilligte maximale Truppenstärke: 370 000) installieren. Der Weg in eine Einpersonenherrschaft war vorgezeichnet, begleitet von einer gewaltigen propagandistischen und militaristischen Aufrüstung, exzessiven patriotischen Inszenierungen (Olympische Winterspiele in Soči), Pomp, Militärparaden, nationalistischer Mobilisierung durch Umdeutungen und Adaptierungen der Geschichte und schließlich mit zunehmend antiamerikanischer und antiwestlicher Rhetorik. Putin verschmolz mit Russland, unter Slogans wie „Solange es Putin gibt, gibt es Russland. Ohne Putin gibt es kein Russland“³²², Putin als „von Gott gesandt“, als der „gute Zar“ usw. An dieser Inszenierung hat Vjačeslav Viktorovič Volodin (stellvertretender Ministerpräsident, Chef des Generalstabs der russischen Regierung, seit 2014 auf der Sanktionsliste der EU) großen Anteil. Er gilt als rücksichtsloser, skrupelloser Propagandist, der z.B. bei einer Rede im Parlament in Nicaragua behauptete, die „Spezialoperation“ sei eine „friedensstiftende Operation“, die der Entmilitarisierung diene, 2022 behauptete er, Russland hätte ein „Anrecht auf Schadenersatz“ wegen der verhängten Sanktionen, die „ukrainischen Nazi-Verbrecher“ seien für ihn Kriegsverbrecher und sollten nicht gegen gefangene Russen ausgetauscht werden, sondern er forderte für sie die Todesstrafe. Er tat sich als Hauptorganisator des Kampfes gegen die sogenannte „Schwulenpropaganda“ und Initiator der neuen extrem restriktiven Anti-Homosexuellen-Gesetze hervor. Zu Beginn des Jahres 2023 schlug er die Enteignung von Kriegsgegnern vor. Im Mai 2023 forderte er die Bestrafung Polens für den „historischen Verrat“ an der Sowjetunion, der das Land seine Existenz zu verdanken habe, sowie die Zahlung von 750 Milliarden Dollar als Entschädigung für die sowjetischen Investitionen in der Volksrepublik Polen.³²³ Zu all dem gilt Volodin als möglicher Nachfolger von V. Putin. Für den massiven Personenkult gibt es zweifellos Vorbilder im Stalinkult. Ein besonderes Merkmal des Putinkultes (an dem vereinzelt auch diese überdimensionierte Omnipräsenz kritisiert wurde,³²⁴) ist das Macho-Image,³²⁵ die Maskulinisierung der Macht, die sich auch in der öffentlichen Visualisierung Putins, in der massenmedialen Imageproduktion, niederschlägt: Putin als Actionheld in Detektivfilmen (quasi als „russischer James Bond“), Putin als Popikone, Putin als Darsteller eines willensstarken Herrschers, eines modernen Feldherrn, eines siegesgewissen Patrioten, eines charismatischen Retters, Putin als gottesfürchtiger Landesvater, Putin

³²⁰ Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München 2017, S. 187

³²¹ Vgl. Julie A. Cassidas and Emily D. Johnson: Putin, Putiniana and the Question of a Post-Soviet Cult of Personality. SEER, Vol 88, No. 4, October 2010

³²² Nach: Jens Siegert: Putin! Russland-Analyse Nr. 285, 7.11.2014, S. 31.f

³²³ <https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/szokujace-slowa-rosyjskiego-polityka-chce-od-polski-re-kompensaty/4xs4zc9,79cfc278> (21.5.2023, Zugriff 6.8.2023)

³²⁴ Aleksej Merinov: Putinki. Moskau, 2002

³²⁵ Valerie Sperling: Putin's macho personality cult. 1.3.2016 (Zugriff 6.8.2023)

<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0967067X15000604>

als vielseitiger und heldenhafter Sportler, Judoka, Schwimmer, Eishockeyspieler, Reiter (bevorzugt mit entblößtem Oberkörper), Putin beim Schwimmen in einem sibirischen Fluss, mit der Angel in der Hand, am Schießstand, als Pilot in einem Jagdbomber, in einem Löschflugzeug, Putin auf einer Harley, beim Schießen auf (selbstverständlich gefährliche) Wildtiere, usw. usf. dazu eine nicht enden wollende Folge selbstdarstellender „public stunts“.³²⁶ Putin „kann auch anders“, im Kontrast zur „hyperbolischen Kraft der Virilität“³²⁷ tritt Putin tierliebend gegenüber Hunden, Pferden, Elchen, usw. vor der Kamera auf, er zeigt aber auch eine musische Seite, als Künstler, Maler, Sänger, Klavierspieler usw. usf., kurzum Putin als vielseitiger Staatspräsident (geradezu ein Universalgenie). Um das abzuschließen: Es gibt auch eine Wodkamarke namens „Putinka“.

Nach der Andeutung einer Annäherung an den Westen um 2000 änderte Putin seine politische Zielsetzung und setzte auf Distanz zum Westen und schaltete zunehmend auf Kriegsdiskurs und Konfrontationsmodus um. Seine Sprache zeigt jetzt deutliche Merkmale der Sozialisation der Petersburger kriminellen Szene (er hatte Judo-Trainer mit ausgiebiger Gefängnisserfahrung und entsprechender Sozialisation, usw.), seine Rhetorik ist die eines Gewaltmenschen mit Machogehabe, glaubwürdiger Brutalität und Kompromisslosigkeit, wenig Rücksicht auf Wahrheit, Humorlosigkeit, Drohungen und Selbstinszenierung. Nach 2012 sehen wir in Putins Rhetorik Chauvinismus, Autokratie, Sexismus, feindselige Haltung gegenüber LGBTQI* und vulgär sexualisierter Sprache (vgl. die Vergewaltigungsmetapher Putins gegenüber der Ukraine: „Ob du es willst oder nicht, du wirst es hinnehmen müssen, meine Schöne“), untrennbar verbunden. In diesem Kontext ist auch erwähnenswert, dass Russland der Istanbulen Konvention des Europarates für Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen nicht beigetreten ist, sie wurde und wird von Konservativen wie von der Russisch-orthodoxen Kirche vehement bekämpft und abgelehnt. In ihrer interessanten Dissertation hat Alexandra Engelfried³²⁸ den Putin-Kult untersucht und spricht von einem „kulturellen Bildgedächtnis, das sich aus sowjetischen, zaristischen und russisch-orthodoxen Bildvorlagen“ speist. Sie beschreibt die Schaffung einer charismatischen Aura, einer politischen Ikonographie. Für Andrew Foxall ist auch die fotografische Bildersprache des Putinkultes charakteristisch³²⁹: die gewählten Mittel (Bildwinkel, Bildausschnitt, Licht, Komposition usw.) inszenieren das Bild des stählernen Willens, der Gesundheit und Jugendlichkeit, den strahlenden Held. Anleihen bei westlicher Glamour-Fotografie seien nicht zu übersehen. Diese bis in Detail politische Fotografie bebildert eine „Macho-Autokratie“, die gleichzeitig eine Verbundenheit mit dem Land und den Menschen suggeriert und Machtansprüche auf Grund der Größe des Territoriums sublimiert.³³⁰ Im Dokumentarfilm „Der Präsident“ (zum 15-jährigen Regierungsjubiläum) verleugnet Putin die Selbstaflösung der Sowjetunion und formuliert einen Herrschaftsanspruch als politisches Programm, wobei Putin als weitsichtiger Stratege, erfolgreicher Feldherr, geschickter Taktiker, Rükeroberer russischen Territoriums, Verteidiger Russlands gegen den Westen in Szene gesetzt wird.

Die im Putinkult propagierten Feindbilder sind aufgegangen, der Soziologe Lev Gudkov spricht von einer Reaktivierung von Bewusstseinsstrukturen aus sowjetischer und vorsowjetischer Zeit. Die (imaginierte) Demütigung Russlands sei durch Wiedereingliederung der Krim und der Donbas-Gebiete kompensiert worden aber auch durch eine temporäre Verbesserung des

³²⁶ Valerie Sperling: Sex, Politics & Putin. Political Legitimacy in Russia: Oxford – New York, 2015, S. 294 ff.

³²⁷ Helena Goscilo (Hrsg): Putin as Celebrity and Cultural Icon. Milton Park, 2013, S. 65 - 81

³²⁸ Alexandra Engelfried: Alexandra Engelfried: Zar und Star. Vladimir Putins Medienimage, in: OSTEUROPA, 62. Jg., 5/2012, S. 47-67 (Diss. Universität Bochum)

Michail Sygar: Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin. Köln 2015

Heinrich Vogel: Manifestation der Macht. Russland und der Putinismus.

In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik ZFAS (2015) 8: 177 – 183

³²⁹ Vgl.: Andrew Foxall: Photographing Vladimir Putin: Masculinity, Nationalism, and Visuality in Russian Political Culture. In: Geopolitics 18 (2013), S. 132 - 156

³³⁰ NZZ 13.12. 2014

Lebensstandards (durch Erlöse aus den gestiegenen Energiepreisen auf dem Weltmarkt). Auf die Wirtschaftssanktionen durch den Westen reagiert(e) die Bevölkerung mit einer Trotzhaltung, nach dem Motto „Das schaffen wir selber, den Westen brauchen wir nicht.“³³¹ Die Zustimmungswerte stiegen sogar noch an, nach dem Motto: „Unser Putin schafft das und zeigt es dem Westen.“ Nach Steven Blank (be)fördert und setzt der Putinsche Personenkult besonders auf paternalistische Bewusstseinsstrukturen und die politische Apathie in der Gesellschaft.³³² Putins Persönlichkeit ist gekennzeichnet von Widersprüchlichkeit und Unsicherheit, ein konsistentes Weltbild ist schwer auszumachen, er zeigt sich – je nach Situation und Intention – als Liberaler, Antikommunist, in letzter Zeit aber immer mehr als Stalinist, Traditionalist, Nationalist, etc.³³³ Seine „Imidžmejker“ wollen ihn als nationalen Führer präsentieren, aber das zeitigt(e) nicht nimmer den erhofften Erfolg. Daher wurde der Druck auf die Medien, Kontrolle der Nachrichten und Informationen verschärft und eine „Doktrin zur Informationssicherheit“ angekündigt, mit der Informationsdebakel wie anlässlich des Untergangs des Unterseebootes Kursk verhindert oder zumindest abgewedelt werden sollen. Kritik an seiner Person oder an seiner Politik auszuhalten ist eine große Schwäche Putins, auch Humorlosigkeit ist eine seiner Charaktereigenschaften, er unternimmt daher alles, um in den Medien, seinen Vorstellungen entsprechend präsentiert zu werden.³³⁴ Freien Medien unterstellt er Mittel der Massendesinformation, Instrumente zur Bekämpfung des Staates zu sein. Es dauerte auch nicht so lange, bis er die freien Medien unter Kontrolle gebracht und freie, unabhängige Berichterstattung in Russland endgültig abgewürgt hat.

„Das russische Volk sollte keine anderen Putins neben Putin haben. Die Personalisierung des Regimes gab ihm eine pharaonenhafte Machtfülle, in der er Herr über Krieg oder Frieden, über Leben oder Tod seiner Bürger wurde. Da aber alle um diese) wussten, konnte er die Verantwortung auch nicht mehr abschieben. Alle Gewalt ging von Putin aus. ‚Wenn es keinen Putin gibt, dann gibt es auch kein Russland‘, sagte einer seiner Lakaien einmal. [...] Wenn der Stabielokrat Putin stürzt, wird die pyramidale Architektur Russlands ins Wanken kommen. Erschütterungen sind wahrscheinlich, die bei Personalwechseln nur den Apparat betreffen, aber bei einem Elitenwechsel die ganze Gesellschaft durchrütteln würden. Die Einsätze sind höher als nie zuvor. Deshalb darf Putin sich keine halben Sachen erlauben, keine Kompromisse, keine Zugeständnisse, keine Niederlagen. Andere verlieren. In den Augen des Volkes darf er nur siegen.“³³⁵

³³¹ Lev Gudkov: Interview mit „The Village“. Über die Wirksamkeit der Propaganda in Russland. In: Russland-Analysen Nr. 308, 22.1.2016. S. 7 - 13

³³² Julie A. Cassidy and Emily D. Johnson: Putin, Putiniana and the Question of a Post-Soviet Cult of Personality. In: The Slavonic and East European Review, Vol. 88, No. 4 (October 2010), pp. 681-707

³³³ Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht – Eine Enthüllung. München 2013

³³⁴ Siehe Margareta Mommsen: Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München, 2004²

³³⁵ Michael Thumann: Revanche: Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München 2023, S. 265

Faschismus in Russland – Faschismus in der Ukraine

„Der Nazismus war die stolz verkündete Verachtung der freiheitlichen, humanitären und internationalistischen Ideale, zu denen die meisten Nationalstaaten zumindest ein Lippenbekenntnis ablegten“, so definierte Telford Taylor, der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Prozess. Das wichtigste Legitimierungsnarrativ des Kremls zur Ukraine lautet: Die Ukraine ist ein faschistisches Land, in Kiew sind Nazis und Faschisten an der Macht, das ist für den Kreml ein wichtiger Grund in der Ukraine militärisch einzuschreiten und nach dem Rechten zu sehen. Es lohnt sich daher, der Interpretation der Begriffe „Nazi“ bzw. „Faschismus“ aus der Sicht des Kremls nachzugehen. Im Westen aber auch in der Ukraine haben diese Begriffe eine andere Bedeutung, die sich an der Geschichte bzw. der Geschichtswissenschaft orientiert. Der Begriff „Nazismus“ – die Kurzform von Nationalsozialismus – ist seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten unter Hitler üblich. Bei der Verwendung dieses Begriffs durch die russische Propaganda im Ukraine-Konflikt geht es nicht um historisch korrekte Bezüge sondern um die eine möglichst effektive Diffamierung der Ukraine durch Instrumentalisierung der kollektiven Erinnerung an den Überfall der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland und eine entsprechende Emotionalisierung durch diese – unzulässige – begriffliche Gleichsetzung.

Russische „Nazis“

Die ideologischen Positionen nationalistischer und ultranationalistischer Bewegungen in Russland unterscheiden sich z.T. nur marginal von denen der Regierungsparteien, in den gemeinsamen ideologischen Schnittmengen liegen Imperialismus, Russkij Mir, russischer Chauvinismus, Militarismus, Patriarchalismus, Totalitarismus, Stalinnostalgie und Neostalinismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Gewaltbereitschaft, z.T. spielen auch religiöse Elemente eine gewisse Rolle. Als Schnittstelle zwischen den rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien in Russland und der Regierung fungieren ultrakonservative nationalistische Think-Tanks mit direkter Einbindung in die russischen Machtzentren, das sind in erster Linie der Izborskij-Klub und der Zinov'ev-Klub. Diese Klubs stehen in engem Kontakt mit westeuropäischen Gesinnungsgenossen.

Izborsk(ij)-Klub

Dieser Think Tank wurde mit Unterstützung des Kremls unter Federführung des Publizisten und Schriftstellers Aleksandr Andreevič Prochanov 2012 gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen mehrere bekannte ultranationalistische und traditionalistische Intellektuelle Russlands, darunter der Putin-Berater Sergej Jur'evič Glaz'ev, der schon 2014 auf eine Sanktionsliste der EU gesetzt wurde, Aleksandr Dugin. Besonders zu erwähnen sind die dem russischen Publikum sehr präsenten Fernsehmoderatoren Michail Vladimirovič Leont'ev und Maksim Leonardovič Ševčenko. Der Stellvertretende Ministerpräsident, auch der ethnonationalistische Politiker Dmitrij Olegovič Rogozin ist nach A. Dugin Mitglied der Denkfabrik. Weitere Mitglieder sind u.a. der Militärexperte Leonid Grigor'evič Ivašov, der sich übrigens öffentlich gegen den Krieg gegen die Ukraine geäußert hat, die Historikerin und Diplomatin Natalija Alekseevna Naročnickaja, der Schriftsteller Jurij Michajlovič Poljakov und Maksim Kalašnikov [Pseudonym für Vladimir Aleksandrovič Kučerenko], der Publizist und Aktivist Nikolaj Viktorovič Starikov und der Schauspieler und Regisseur Ivan Ivanovič Ochlobystin.³⁴⁷

³⁴⁷ Andreas Umland: Analyse: Neue rechtsextreme Intellektuellenzirkel in Putins Russland: das Anti-Orange Komitee, der Izborsk-Klub und der Florian-Geyer-Klub | Russland-Analysen | bpb.de 3.5.2013 (Zugriff 7.5.2023)

Im Jahr 2013 veröffentlichte der Izborsk-Klub ein Manifest, in dem er als Leitbilder für die aktuelle Politik Peter den Großen und Josef Stalin nennt.³⁴⁸ Darin heißt es, die auf Faktizität und Liberalismus beruhende westliche Gesellschaftsordnung sei das Werk von „hinter den Kulissen agierenden“ Kräften, deren Kern „zionistische Führer“ seien. Zuspriech findet Putins Eurasische Union als „Projekt der Wiederherstellung Russlands als eurasisches Imperium“ (sog. „Fünftes Imperium“). Vordringlich seien Rüstungsfabriken und Altäre zu forcieren. Eine wichtige Figur in diesem Klub ist der Ökonom und Publizist sowie einstige Beamte der russischen Präsidentialverwaltung Michail Leondovič Chazin, der bereits 2016 öffentlich darüber sprach, die Ukraine Moskau zu unterstellen – dabei die Liquidierung etlicher Ukrainer in Kauf nehmend.

Zinov'ev-Klub

Eine weitere bedeutende Propaganda-Institution wurde vom Biographie-Institut Aleksandr Zinov'evs und der Mediaholding Rossija Segodnja gegründet. Der Philosoph und Soziologe Aleksander Zinov'ev, der Namensgeber des Klubs, war 21 Jahre im deutschen Exil (von 1978 an lebte er in München). 1999 kehrte er nach Russland als Professor an der philosophischen Fakultät der Moskauer Lomonosov-Universität zurück. In den letzten Lebensjahrzehnten beschäftigte er sich mit den Strukturen des Postsowjetismus und der Globalisierung. Dabei verhedderte er sich in abstrusen Theorien über eine westliche Verschwörung gegen Russland.³⁴⁹ Zur Chefredakteurin der erwähnten Medienagentur Rossiya Segodnya avancierte Margarita Simonovna Simonjan, eine exponierte Propagandistin der Kreml-Ideologie, die sich ebenfalls auf der internationalen Sanktionsliste befindet. Weitere Mitglieder des Klubs sind: Ol'ga Mironova Zinov'eva, Leiterin des Internationalen Zinov'ev-Wissenschafts- und Bildungszentrums an der Fakultät für globale Prozesse der Staatlichen Lomonosov-Universität Moskau, Dmitrij Kulikov, der habilitierte Historiker Oleg Nazarov, der Dozent für integrierte Kommunikation an der Higher School of Economics in Moskau Pavel Rod'kin, der „Polittechnologe“ (Eigenbezeichnung) Timofej Nikolaevič Sergejcev, der Publizist, Neurophysiologe Iskander Sulejmanovič Valitov und der Philosoph Vladimir Anatol'evič Lepëchin, Direktor des Instituts der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, Leiter des Zentrums für humanitäre Projekte von Rossija Segodnja. Er hat die These von der Umcodierung der russischen Gesellschaft durch den Westen ausgearbeitet (von Putin wiederholt zitiert) sowie Sinn und Inhalt der Umcodierungsprozesse des russischen nationalen Bewusstseins zu entschlüsseln versucht. Das liest sich dann so: „Bekannt ist, dass Russland mit der Machtübernahme der Bolschewiki total umcodiert wurde, weil das neue Regime sich zum Ziel setzte, die meisten traditionellen russischen zivilisatorischen Werte durch die neuen quasizivilisatorischen zu ersetzen. Orthodoxie wurde durch Atheismus ersetzt, die organisch gewachsene Struktur der Gemeinden durch Kolchos-Pseudokollektivismus, das Imperiale durch das Einparteiensystem, das Schichtenmodell durch eine klassenlose Gesellschaft. Das traditionell bäuerliche Land wurde industrialisiert und urbanisiert. Jahrhunderte währende Werte – sowjetisiert und marginalisiert. Es liegt auf der Hand, dass die sowjetische Macht gerade wegen des künstlichen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, die die für die Völker Russlands natürlichen Formen und Methoden der Organisation ersetzen sollte, sich im Endergebnis selbst vernichtete. Die sowjetische Perestroika und die anschließenden liberalen Reformen im postsowjetischen Russland wurden von verschiedenen zivilisatorischen Prozessen begleitet. Ein bedeutender Teil der national gesinnten Kräfte (Patrioten) bestand auf einer notwendigen DECODIERUNG [sic] des sowjetischen Bewusstseins und der Lebensart und die Rückkehr des Landes zu den Werten des vorrevolutionären und imperialen Russlands. Ein bedeutender Teil der liberalen Kräfte (Demokraten) unterstützte eine prinzipiell andere Strategie.

³⁴⁸ Andrei Yakovlev: Russian Modernization: Between the Need for New Players and the Fear of Losing Control of Rent Sources - Andrei Yakovlev, 2014 (sagepub.com) (Zugriff 7.5.2023)

³⁴⁹ Nazis, Faschisten und Gayropa | Digitale Desinformation | bpb.de <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/digitale-desinformation/513194/nazis-faschisten-und-gayropa/> (Zugriff 8.5.2023) Von

Diese Kräfte bringen — bewusst oder nicht — Technologien einer weiteren UMCODIERUNGSWELLE [sic] des nationalen Lebens und des russischen Selbstbewusstseins voran, die die Ablösung des sowjetischen Entwicklungsmodells der Russischen Föderation durch ein weiteres prowestliches bzw. übernationales Modell vorsieht, das in den russischen und ausländischen Medien ein europäisch-amerikanisches Konsum- und Oligarchenmodell genannt wird. Wegen der Umcodierung des nationalen Bewusstseins und des Übergangs des Soziums zunächst zu einem experimentellen, kommunistischen und kosmopolitischen Entwicklungsparadigma und dann nach drei Generationen zu einer weiteren großangelegten Umcodierungswelle, jetzt in Richtung Ablösung der postsowjetischen Zivilisation durch einen modernen (liberalen bzw. neokonservativen) Lebensstil – wurde der soziokulturelle Raum Russlands stark eklektiziert. Dabei wurden Merkmale verschiedener Zivilisationen miteinander vermischt. Damit negieren sich verschiedene im postsowjetischen Raum funktionierende Prozesse gegenseitig, bringen neue Marginalisierungswellen (die als Modernisierung und soziokulturelle Emanzipierung dargestellt werden) und Gegenmarginalisierung zum Leben – die Überwindung des wertemäßigen und rechtlichen Chaos bzw. Vakuums nicht durch die Stärkung und Verbesserung des säkularen rechtlichen Systems und der Werte für Russland sondern durch die Stärkung der Rolle von konfessionellen, ethnischen, korporativen und Marketing-Regulatoren. Die Stärkung dieser Regulatoren geschieht vor allem in den fragilsten Segmenten des zivilisatorischen Gewebes, vor allem in Familien bzw. persönlichen Beziehungen sowie in anderen Bereichen des menschlichen Lebens, die traditionell vor allem mit geistlich-moralischen Richtlinien, Normen und Prinzipien gefüllt werden. Damit muss man heute nicht nur eine von außen gesteuerte Zombifizierung der russischen Gesellschaft befürchten. Der Westen stellte sich de facto die Aufgabe der Säuberung der russischen Zivilisation, wonach an deren Stelle etwas prinzipiell anderes entstehen soll. [...] Die gesamteuropäischen Werte mit dem Schwerpunkt — Freiheit für die sexuellen Minderheiten bzw. völlige Gleichgültigkeit gegenüber Morden an Hunderttausenden unschuldigen Menschen, darunter Kinder im Irak, Syrien oder Neurussland, sind seit langem eine Karikatur geworden.“³⁵⁰ Dieser letzte Absatz ist interessant, insbesondere was den Irak, Syrien und „Neurussland“ betrifft, verdreht der Autor schlicht und einfach die Tatsachen, die russischen Kriegsverbrechen in Syrien und in der Ukraine sind nicht wegzudiskutieren und auf keinem Fall „dem Westen“ in die Schuhe zu schieben. Die Freiheit für sexuelle Minderheiten ist kein Schwerpunkt der westlichen Demokratie sondern Teil allgemeiner demokratischer und humanistischer Lebensformen, die der „Russischen Zivilisation“ fremd sind.

Die Russische Imperialbewegung (RID) [Russkoe Imperskoe Dviženie]

Die RID hat sich die „Rettung des russischen Volkes“ und die Schaffung eines „neuen russischen Imperiums“ unter Führung eines Zaren auf der Grundlage von Orthodoxie, Autokratie und Nationalität auf die Fahnen geschrieben. Russland solle „wieder“ den Russen gehören – warum wieder? Das russische Volk habe derzeit keinen eigenen Nationalstaat, Russland sei in eine Reihe von Halbkolonien aufgeteilt, die von Marionetten des Westens regiert würden, die in Wirklichkeit einen „großen Austausch“ oder gar „Völkermord“ des „russischen Volkes“ verfolgten.³⁵¹ Den Slogan vom „Bevölkerungsaustausch“ teilt die RID übrigens mit deutschen (u.a.) rechtsradikalen Gruppierungen. Die RID rekrutiert außerdem Kämpfer für ihren paramilitärischen Arm „Reichslegion“ bzw. „Russian Imperial Legion“ (gegründet 2008). Eigenen Angaben zufolge koordinierte sie im Februar 2014 eine prorussische Bewegung in Kyjiv als Gegenpart zum Majdan und ab März den russischen nationalen Widerstand gegen das „ukrainische Separatistenregime auf der Krim, in Simferopol‘ und in Sevastopol““. Die RID ist Teil einer Koalition rechtsextremer, monarchistisch-nationalistischer Gruppierungen die unter dem

³⁵⁰ [Westlicher Angriff auf die russische Seele / Sinowjew-Klub \(zinovievclub.com\) 25.11.14](#) (Zugriff 8.5.2023)

³⁵¹ Vgl.: Miroslav Mareš – Martin Laryš – Jan Holzer: *Militant Right-Wing Extremism in Putin’s Russia: Legacies, Forms and Threats*. London, 2019

Namen Russkie („Russen“) firmiert. Dazu zählen die Slavjanskaja Sila („Slawische Kraft“), die ultranationalistische und antisemitische Pamjat‘ und die orthodox-monarchistische nationalistische Organisation „Bund des russischen Volkes“ [Sojuz russkogo naroda] u.a. Gemeinsam ist diesen Gruppen jedoch die ideologische Anknüpfung an die berüchtigte Schwarze Hundert [Černaja sotnja] der Zarenzeit. Die RID steht für eine noch radikalere russische Außenpolitik, spricht der ukrainischen Nation die Existenzberechtigung ab und hat Kämpfer für die Krieg in der Ostukraine rekrutiert. Sie steht mit der linksnationalistischen Partei Rodina in engem Kontakt, die aus dem Umfeld von V. Putin als Konkurrenz und zur Schwächung der Kommunistischen Partei Russlands KPRF [Kommunističeskaja Partija Rossijskoj Federacii / KPRF] gegründet wurde.

Die Nationalbolschewistische Partei [Nacional-Bolševistskaja Partija / NBP]

Die NBP vertritt offen nationalistische, antidemokratische und sozialpopulistische Positionen, in der Symbolik sind Anlehnungen an bolschewistische wie auch nationalsozialistische Elemente erkennbar. Sie bekämpft die das ihrer Ansicht nach „antihumane System der Troika, die aus dem Liberalismus, der Demokratie und dem Kapitalismus besteht“. Das globale Ziel des Nationalbolschewismus sei die Schaffung eines Imperiums von Vadivostok bis Gibraltar auf der Grundlage der russischen Zivilisation. Die Partei der „Nationalbolschewisten“ hat Parteichef Eduard Veniaminovič Limonov 1993 gemeinsam mit dem Neofaschisten Aleksandr Dugin gegründet, mit dem ihn die Vorstellung einer konservativen Revolution, Antifeminismus, Homophobie, Rassismus und die Kritik an einer angeblichen Dekadenz der westlichen Welt verbindet.

Alle genannten rechten Zirkel und Propagandainstitutionen, rechtsnationalistische Parteien in Russland vertreten im Prinzip dieselben Ideen, nur in anderen Formulierungen und unterschiedlichen Schattierungen, das gemeinsame gedankliche Grundkonzept ist: Der Westen will Russland zerstören, wirtschaftlich, politisch, militärisch, kulturell, ideologisch. Er nütze dabei alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel. Die Autoren dieser Thesen versteigen sich dabei zu immer drastischeren Ausdrucksmitteln, Bildern und (kaum für möglich gehaltenen Steigerung von) absurderen Thesen. Sie vertreten ein verheerendes Menschenbild bar jeglichen Humanismus. Sie schaffen ein toxisches politisches Klima, machen die Menschen blind für realistische Zukunftsperspektiven. Sie sind es, die in Wahrheit die russische Bevölkerung zombifizieren.

Faschistische Gruppierungen in der Ukraine

Der Faschismus („Naziideologie“) in der Ukraine ist beschränkt auf bestimmte Gruppen, die politisch von geringer Bedeutung sind, aber ihr militärisches, organisatorisches Potenzial ist nicht zu unterschätzen. In Russland ist die „Naziideologie“ Teil der Staatsdoktrin. So könnte man den Unterschied auf den Punkt bringen. Die offizielle Ukraine – im Gegensatz zu Russland – unterhält keine Beziehungen zu westlichen rechtradikalen, profaschistischen, demokratiefeindlichen Parteien. Putin und seine Präsidialadministration sind in der Vergangenheit immer wieder unterschiedliche Bündnisse mit Ultrarechten aus Europa und Russland eingegangen, so mit Marine Le Pen, deren Kandidatur 2017 zur französischen Präsidentenwahl Putin unterstützte. Die italienische „Lega“ ebenso wie die FPÖ – sie hat sogar einen Freundschaftsvertrag mit der Putin-Partei abgeschlossen – und die AfD pflegen rege Kontakte zum Kreml. Das ukrainische Monitoringprojekt „Marker“³⁵² beschreibt die wichtige Rolle ukrainischer Freiwilligenbataillone in den frühen Jahren des Kriegs in der Ukraine und dokumentiert Vertreter faschistischer oder nazistischer Ideologie bei militärischen und paramilitärischen Formationen und rechtsextremen Gruppen. „Azov“ ist die bekannteste und wohl auch größte, aber nicht die einzige extrem rechte Einheit. Von diesen teilten laut „Marker“ viele nationalistische

³⁵² <https://www.facebook.com/violencemarket/>

Ideologien. Über die Zahl der Azov-Kämpfer gibt es stark divergierende Angaben (von 850 bis 5000). Gegründet wurde das einstige Bataillon im Frühjahr 2014 von Oleh Ljaško, Dmytro Oleksandrovyč Korčyn'skyj und anderen zur Unterstützung der ukrainische Armee im Kampf gegen prorussische Separatisten in der Ostukraine. Die aus „Azov“ entstandene Partei „Nationales Korps“ formuliert in ihrem Parteiprogramm Ukrainozentrismus, d.h. einen Vorrang der ukrainisch-nationalen Interessen. Dieses Konzept beruht auf dem spezifisch ukrainischen Faschismus, der Natiokratie, mit einem Staat als optimaler Existenzform der Nation, in der alle Gesellschaftsmitglieder sich um eine gemeinsame Idee vereinen, es somit keiner Parteien mehr bedarf, sondern lediglich „Führer“ auf allen Ebenen. „Revenge“ ist ein weiteres Bataillon, dessen Totenkopfsymbolik als SS-Hommage verstanden werden dürfte. 2016 gründeten ehemalige Aktivisten von „Revenge“ die extrem rechte ukrainische Gruppe „Tradition und Ordnung“. Am Kriegsgeschehen nehmen noch weitere Nazigruppierungen teil, so das Freiwilligenbataillon „Karpatensič“ gegründet im Jahr 2010 von Mitgliedern der „Svoboda“-Partei und des Sportverbands „Sokil“, der gute Kontakte zu der deutschen neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ unterhält. „Sič“ bezieht sich auf die historische Bezeichnung für Verwaltungszentren der Kosaken im Südosten der heutigen Ukraine im 16. bis 18. Jahrhundert. Mit dem Namen „Karpatensič“ wird außerdem an die 1938-1939 in Transkarpatien tätige gleichnamige Organisation angeknüpft, die anfänglich polizeiliche und paramilitärische Aufgaben wahrnahm, dann 1939 am deutschen Einmarsch in Polen teilnahm. Auf dem Majdan fungierte die „Sič“ als Teil des „Rechten Sektors“.

Trotz aller militärischen und nationalen Gegensätze haben die russischen wie ukrainischen paramilitärischen Gruppen viele ideologische Gemeinsamkeiten, insbes. hinsichtlich Gewaltbereitschaft, autoritäre Herrschaftsmodelle, Organisationsstrukturen, politischen Vorstellungen etc. und zeigen auch in der Symbolik viele Übereinstimmungen auf, die auf faschistische bzw. nationalsozialistische Quellen verweisen.

Kampf an der Kulturfront

Kriege finden nicht nur auf dem Schlachtfeld statt, sondern auch auf kulturellem Gebiet und das sehr emotional. Der aktuelle „Kulturkrieg“ tobt in Russland, in der Ukraine und auch außerhalb des eigentlichen Kriegsgebietes. In Russland findet eine gewaltsame Homogenisierung, der Medienberichterstattung statt, eine Gleichschaltung des Kulturbetriebes, eine russischchauvinistische, imperialistische Gehirnwäsche im Bildungswesen schon vom Kindergarten an, Pädagogik im Sinne der Unterwerfung unter autoritäre und hierarchische Strukturen, Patriotismus als Pflicht, eine bössartige Hetze gegen den Westen und dessen Werte usw. Putins Kampf gegen die (eigenständige) ukrainische Identität, Sprache und Kultur ist politisches Programm, das durch mutwillige und planmäßige Zerstörung ukrainischer Kulturgüter durch die russische Armee (Museen, Büchereien, Theater, Bildungseinrichtungen etc.) umgesetzt und in Russland selbst wie in den annektierten Gebieten der Ukraine begleitet wird von Bücherverbrennungen, der Demontage von Gedenktafeln ukrainischer Literaten, Künstler etc. Kulturschaffende in Russland stehen unter starkem Druck des Regimes, sich in dessen Dienste einspannen zu lassen. Wer kann / konnte, kehrt(e) Russland den Rücken oder geht / ging in innere Emigration, oder sucht doch mit dem herrschenden Regime irgendwie auszukommen – durch systemkonformes Verhalten, Schweigen, Wegducken, usw.

Bis zum 24. 2. 2022 schien die Ukraine auch weit vom westlichen Wahrnehmungshorizont zu liegen. Dass diese Region – zwar lange Zeit Teil des russischen Imperiums bzw. der SU – aber seit mehr als 30 Jahren eine selbständige international anerkannte Republik darstellt, war noch nicht überall ins allgemeine Bewusstsein eingedrungen. Dass das Ukrainische eine selbständige Sprache darstellt (eben keine Variante oder „bloß ein Dialekt“ des Russischen), dass es eine eigenständige ukrainische Kultur, ein eigenständige Literatur-, Musikschaffen etc. gibt, war nur Wenigen bekannt. Die weitgehende Unkenntnis der Geschichte der Ukraine (aber auch Russlands), stereotype Vorstellungen, aber schließlich auch mangelndes Interesse an dieser Region (Russland, Ukraine, Belarus‘) ließen darüber hinaus ein Biotop entstehen, in dem Desinformationen, auch gestreut vom Kreml bzw. dessen Mitläufern im Westen buchstäblich wild wuchern konnten. Als Folge der großrussischen chauvinistischen Propaganda sind viele Russen für antiukrainische Propaganda zugänglich, auch Schriftsteller wie Iosif Aleksandrovič Brodskij (geb. 1940 in Leningrad, 1972 aus der UdSSR ausgebürgert, amerikanischer Staatsbürger seit 1977, 1987 Literaturnobelpreisträger), der politisch stets abstinent war und als Freigeist galt, ließ sich (1992) zu einem Hassgedicht³⁷⁹ „Auf die Unabhängigkeit der Ukraine“ hinreißen. Er verkräftete nicht (noch 40 Jahre nach seiner Ausbürgerung aus der Sowjetunion!), dass die Ukraine nach dem Ende der Sowjetunion die Selbständigkeit erklärte und sich seiner Meinung nach von der russischen Kultur abgespalten hat. In diesem unerträglichen hasserfüllten Schmähgedicht, das er erst 2014 veröffentlichte, es aber schon vorher vorgetragen hatte, outet er sich als radikaler russischer Nationalist, bezeichnet die Ukrainer als „Kürbis-Melonenvolk“, als „chocholy“, Verräter, die die russischen Brüder nicht das erste Mal betrogen und sich auf die Seite der Feinde geschlagen haben (da bezieht er sich auf den Frontwechsel Mazepas). Damals seien es die Schweden gewesen, jetzt die Hanse (d.h. die Deutschen), zusammen mit den „Polacken“, die die Ukrainer gegen Russland getrieben hätten. Die Ukrainer seien ein „Drecksack, ein Volk der Stickerereien, Teigtaschen und Kürbisse“. Sie hätten keine eigene Kultur und haben die Nabelschnur zur großen russischen Kultur durchtrennt. „Auf dem Totenbett werdet ihr röcheln, an den Rand der Matratze gekrallt, die Verse von Alexander [Puškin] und nicht das Geschwätz von Taras [Ševčenko].“ Dieses Gedicht wurde in Russland 2014 zum

³⁷⁹ Zit. aus: [Literaturnobelpreisträger - Wie Joseph Brodsky zum Ukraine-Hasser wurde | deutschlandfunkkultur.de](https://deutschlandfunkkultur.de) (4.3.2015, Zugriff 18.07.2023)

bedeutendsten des Jahres vorgeschlagen und empfohlen.³⁸⁰ Brodskijs Haltung muss als Ausreißer gelten, viele Ukrainer und Russen sind freundschaftlich und / oder familiär verbunden. Auch Puškin – trotz seiner phänomenalen Leistungen für die (nicht nur russische) Literatur – geriet angesichts des Gedichtes „Klevetnikam Rossii“ („An die Verleumder Russlands“),³⁸¹ das er anlässlich des polnischen Aufstandes von 1830 schrieb – aus dem Gesichtspunkt eines Familienstreits unter Slawen, von dem er meinte, er ginge niemanden anderen etwas an. Puškin war von den Widersprüchen seiner Zeit, des XVII Jh. geprägt. Für ihn, den freiheitsliebenden Dichter, war die Freiheit unabdingbar – aber nicht für jeden, da ist er als Angehöriger des russischen Adels gefangen in der politischen Sozialisation seiner Zeit. Was in diesem Zusammenhang ersichtlich wird: Es ist eine kritische Diskussion zu führen über den Missbrauch der Kultur zur imperialen bzw. kolonialen Unterdrückung anderer Völker, Kulturen und Sprachen, ein wichtiges, schwieriges Unterfangen – nicht nur in Russland.

Die russische Aggression gegen die Ukraine hatte eine Reihe entsprechender Gegenreaktionen zur Folge, wie z.B. Wellen sog. „Entrussifizierung“, d.h. Entfernung von Denkmälern / Statuen russischer Schriftsteller, Umbenennung von Straßennamen etc. Damit soll die Erinnerung an ukrainisch-russische historische Gemeinsamkeiten aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden. Dieser Furor erinnert stark an das sog. odrahouštění (etwa: „Entösterreichung“)³⁸² nach 1918 in der neu gegründeten Tschechoslowakischen Republik.

Im Kriegsgetümmel kochen allerlei revanchistische nationalistische Tendenzen hoch, da gerät auch die Kulturpolitik im Westen in Wallung: So wurden und werden Konzerte russischer Musiker, Auftritte russischer Kunstschaffender abgesagt etc. ohne genau zu differenzieren, in welchem Verhältnis die Betroffenen zum Kremlregime stehen, oder ob sie das kulturpolitische Projekt des Kreml „Russische Welt“ (Netzwerke zur Unterstützung der politischen Einflussnahme des Kremls im Westen unter Missbrauch der russischen Kultur) befördern. Gänzlich absurd ist es, russische Komponisten des XIX Jh. vom Spielplan zu streichen – dies ist dem aktuellen Cancel-culture-Aktionismus geschuldet, der auch sonst in westlichen Ländern abartige Blüten treibt. Was hat – nur um ein Beispiel zu nennen – P.I. Čajkovskij – wirklich mit dem aktuellen russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine zu tun, usw.? Dieser Diskurs erfordert zumindest von Außenstehenden mehr Distanz, weniger Emotionen, vor allem aber mehr Sachkenntnis, kritische Objektivität. Soll man Richard Wagner nicht mehr aufführen, ihn gleichsam tabuisieren oder ihn aus der Musikgeschichte wegretuschieren, weil er ein (übrigens ziemlich rabiater) Antisemit war (Übrigens: eine solche Diskussion gab es tatsächlich in Israel)? Wer von den deutschsprachigen Intellektuellen, Künstlern etc. war im XIX Jh. nicht deutsch-national, monarchistisch, militaristisch, antisemitisch, undemokratisch, frauenfeindlich, homophob etc. eingestellt? Löschen wir diese dunkel erscheinenden Flecken aus unserer Geschichte und lassen sie rein hellweiß erscheinen, heller und „weißer“ als sie je war, dann lassen wir uns auf Geschichtsmanipulationen ein, die mit dem Gebot des Humanismus und der Zivilisation nicht zusammen gehen. Widersprüchlichkeiten sind auszuhalten, mehr noch, wir müssen uns mit ihnen kritisch auseinandersetzen, als einem Teil unserer Geschichte und Kultur. Ja, Wagner war ein Widerling und Genius zugleich, in ihm nur als das eine oder nur das andere zu sehen würde ihm nicht gerecht, Brodsky ein ekelhafter Ukraine-Hasser und gleichzeitig ein genialer Dichter usw.³⁸³ Retuschen, Löschungen unliebsamer oder in Ungnade Gefallener aus dem

³⁸⁰ Literaturnobelpreisträger - Wie Joseph Brodsky zum Ukraine-Hasser wurde (deutschlandfunkkultur.de) 4.03.2015, Zugriff 2.6.2023

Joseph Brodsky und das hässlichste Gedicht über die Ukraine (nzz.ch) 31.05.2022, Zugriff 2.6.2023

³⁸¹ Gedicht mit Analyse: Александр Пушкин - Клеветникам России: читать стих, текст стихотворения полностью - Классика на РуСтих (rustih.ru) (zugriff 9.11.2023)

³⁸² Das betraf die Entfernung von Symbolen, die an die Monarchie erinnerten, ebenso wie zweisprachige Aufschriften etc.

Siehe: Dagmar Hájková – Pavel Horák (eds.): *Republika československá 1918–1939*. Praha 2018

³⁸³ Vgl. René Pfister: *Ein falsches Wort. Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht*. München, 2022³

kollektiven Gedächtnis war gängige Praxis in den Diktaturen des XX Jh. – sie ändern aber trotzdem nichts an den historischen Tatsachen und blinde Cancel culture ist keine Lösung, vor allem dann, wenn die Gefahr besteht, dass jeglicher Dialog vom Dogmatismus erwürgt wird. Größere Irritation erregte vor allem im deutschsprachigen Feuilleton die polemische These zur russischen Literatur von Oksana Stefanija Zabužko, einer führenden ukrainischen Literatin, als sie behauptete, „Europa habe sich durch einen als Leidenskult getarnten vermeintlichen Humanismus“ blenden lassen, der letztlich zum Massaker von Buča geführt habe.³⁸⁴ Russland und die russische Kultur gehörten nicht zu Europa, strenggenommen gehören sie nicht einmal zur Welt der Menschen. Denn Russland sei das Reich des Bösen. Darauf hat Jens Herlth³⁸⁵ in einer scharfen Replik Einspruch erhoben. Er wirft Zabužko vor ein falsches Weltbild vor und dass sie sich nicht auf Prozesse in der realen historischen und politischen Welt einlässt. Wenn sie sogar zu einem generellen Boykott der russischen Literatur aufruft, dann ziehe sie sich auf Positionen eines nationalen Besitzstandsdenkens des 19. Jahrhunderts zurück. „Die russische Literatur ist vielfältig und divers. Sie versucht alle möglichen Sphären der menschlichen Erfahrung zu erfassen. Vor allem vereinfacht sie die Welt nicht unzulässig, sondern mutet uns Komplexität zu, eine Komplexität, die Oksana Zabužko hinter ihrer ethnonationalistischen Brille nicht wahrhaben möchte.“ Angenommen, die russische Literatur würde getilgt (wie auch immer), hätte sie dann nie existiert, müssten nicht auch Einflüsse der russischen Literatur auf andere Literaturen gelöscht werden? Was würde damit erreicht? Nach Herlth denkt Zabužko nicht historisch, sondern mythisch; ihrem Weltbild entziehen sich Prozesse in der realen historischen und politischen Welt, in der selbst Putin und seine Schergen Menschen mit Motiven und Interessen sind, die sich beschreiben und analysieren lassen. „Überhaupt schaut sie auf die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts mit einer bemerkenswerten Brille: Es gibt nur ukrainische Opfer.“ – Dieser exklusive Autismus – nur Empathie für die eigenen Opfer zu zeigen – verbindet sie mit ähnlich denkenden und fühlenden Menschen in Russland. „In ukrainischen sozialen Netzwerken werden die russischen Soldaten wahlweise als ‚Orks‘ oder als ‚Nichtmenschen‘ beschrieben, und es wird davon schwadroniert, dass man mit ihrem verbrannten Fleisch die ‚ohnehin schon sehr fruchtbare ukrainische Erde‘ düngen wolle. Eine solche Rhetorik mag emotional nachvollziehbar sein, aber sie bleibt doch menschenverachtend. Oksana Zabužko nimmt in ihrer Polemik rundweg die ganze russische Literatur in Haftung.“ Tolstoj war Autor pazifistischer Traktate und wurde seiner Zeit de facto exkommuniziert, weil er sich über die Dogmen und liturgischen Rituale der orthodoxen Staatskirche lustig gemacht hatte. Mit dem Erlös aus dem Verkauf des Romans „Die Auferstehung“ finanzierte er übrigens die Übersiedlung der Angehörigen der Sekte der Duchoborcy (Geisteskämpfer) aus dem Zarenreich nach Kanada (die sich dort nach dem Vorbild der Hutterergemeinschaften ansiedelten). Die Duchoborcy wurden verfolgt, weil sie es ablehnten, Kriegsdienst zu leisten. Deshalb verwendete sich Tolstoj für sie. Ja, Tolstoj's Welt ist komplex. Oksana Zabužko hat offensichtlich ein Problem zu akzeptieren, dass es in Russland eine Reihe bedeutender regimekritischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen gibt (wie Vladimir Sorokin, Ljudmila Ulickaja, Michail Šiškin, Sergej Lebedev, Boris Akunin, ...), die zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zu den Verbrechen des Putin-Regimes hervorragende Texte publiziert haben. Man muss aber auch an jene Autoren in der Vergangenheit erinnern, die als Gegner dem (stalinschen) Totalitarismus zum Opfer gefallen sind. Auch viele „Klassiker“ hatten in der Zarenzeit mit dem damaligen Regime zu kämpfen, Dostoevskij wurde zum Tod verurteilt, weil er Mitglied eines oppositionellen Zirkels war, an Tolstoj getraute sich die Polizei nicht heran, weil er damals ein weltberühmter Autor war. Vereinfachungen, einfache Schwarz-Weißbilder ohne Zwischentöne sind vielleicht

³⁸⁴<https://www.nzz.ch/feuilleton/lektionen-aus-einem-bluff-russische-literatur-nach-butscha-ld.1681267?reduced=true> (28.4.2022, Zugriff 5.8.2023)

«Jedes Land ist auf seine eigene Weise unglücklich» – Oksana Sabuschko über die Ukraine, Russland und Polen | NZZ 11.01.2019 (Zugriff 5.8.2023)

³⁸⁵ Zit. nach: [Was kann denn Tolstoj dafür? Replik auf Oksana Sabuschkos Polemik \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/feuilleton/lektionen-aus-einem-bluff-russische-literatur-nach-butscha-ld.1681267?reduced=true) 06.05.2022

leichter zu lesen, aber sie bilden die Wirklichkeit nicht ab und verstellen den Blick auf Auswege. Vladimir Sorokin ist ein Autor, der in seinem Buch, „Der Tag des Opritschniks“, einer Antiutopie (sie spielt im Jahr 2027) beschreibt, wohin Putins Weg führen könnte. In diesem Roman hat sich Russland eingemauert und wird von einem Autokraten regiert, der seine Macht auf eine ihm völlig loyale blutige Schlägertruppe – die Opritschniks – abstützt. Übrigens sind die Begriffe opritschnina und opritschnik für Machtmissbrauch und Repression in den allgemeinen russischen Sprachgebrauch eingegangen. Sorokin über sein Buch:³⁸⁶ „In Putins Entourage finden sich viele Anhänger solcher isolationistischer Gedanken. Ich wollte mit literarischen Mitteln in die Zukunft eines solchen Landes sehen. Die Situation erscheint ähnlich wie in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals gab es den Eisernen Vorhang, bei mir gibt es die Große Mauer. Früher gab es die kommunistische Propaganda, jetzt die orthodoxe Kirche.“

Der Filmregisseur Sergej Loznica (geb. 1964 in Belarus, lebt seit 2001 in Berlin), warnte vor dem Boykott russischer Kunst (speziell der russischen Filmkunst) und wurde deshalb aus der ukrainischen Filmakademie ausgeschlossen. Seine Haltung zum russischen Krieg hat er in den Medien unmissverständlich dargelegt („wahnsinniger, suizidaler Akt, der zum unausweichlichen Kollaps des kriminellen russischen Regimes führen wird. Die Ukraine wird siegen“). In seinem Schaffen bearbeitet er auch kritisch das Thema ukrainischer NS-Kollaboration („Babi Yar“), womit er sich bei ukrainisch nationalistischen Geistern keine Freunde gemacht hat.³⁸⁷

Auch in einigen westlichen Ländern zeichnet sich eine Tendenz ab, als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Werke russischer Kultur, vor allem der Literatur umzu- und abzuwerten. Noch radikaler äußert sich diese Tendenz, wo die Werke russischer Komponisten aus Spielplänen entfernt und russische Künstler entlassen werden.³⁸⁸

Die Sängerin Anna Netrebko – zweifelsohne politisch unbedarft – geriet gleich zweifach unter die Räder: Sie stand / steht dem Putinregime nahe, hat nach westlichen Vorstellungen zu lange gezögert zum Ukraine-Krieg kritisch Stellung zu beziehen, was als ihr opportunistisches Lavieren ausgelegt und deshalb gleich von Bühnenauftritten gebannt wurde. Ihr verspäteter Positionswechsel hat viele in Russland dazu gebracht, sie als „Verräterin“ zu qualifizieren und mit Auftrittsverboten zu belegen. Heather Mac Donald hat in einem ausführlichen Essay „Denounce Putin, or Be Blacklisted“³⁸⁹ einige Fälle von Diskriminierung von Künstlern und Künstlerinnen aus Russland beschrieben, von denen verlangt wurde, sich öffentlich von Putin zu distanzieren, um ihre Arbeitsplätze und Auftritte im Westen zu erhalten. „Sich aus dem Getümmel herauszuhalten ist keine Option, und den Krieg anzuprangern, wird die Absage nicht verhindern. Russische Musiker müssen Putin namentlich kritisieren oder auf die schwarze Liste gesetzt werden.“ Besondere Ziele der Häme waren Anna Netrebko, Valerij Gergiev, von denen der Westen mehr Distanzierung vom Kreml erwartet hätte. Aber selbst diese reichte nicht, wie Heather Mac Donald im Falle des jungen Pianisten Aleksandr Dmitrievič Malofeev schreibt, der „keine bekannten Verbindungen zu Putin und weder Putin noch die ukrainische Invasion verteidigt [hat]. Nichtsdestotrotz kündigte die Vancouver Recital Society seinen Vertrag für ein Konzert im August 2022. Die künstlerische Leiterin Leila Getz erklärte in einer schriftlichen Stellungnahme, sie könne „zum jetzigen Zeitpunkt nicht guten Gewissens ein Konzert eines russischen Künstlers präsentieren, wenn er nicht bereit ist, sich öffentlich gegen diesen Krieg auszusprechen.“ Mit ähnlichen Erklärungen wurde er auch von anderen Konzerten ausgeladen. Von russischen Künstlern Kompromisse und Loyalitätserklärungen zu verlangen, die Künstler anderer Länder nie eingehen mussten, ist Arroganz, so Heather Mac Donald. „Erzwungene

³⁸⁶ [Sorokin im STANDARD-Interview](#): "Das russische Volk war immer gehorsam" - Russland - der-Standard.at > International 5. 3. 2008 (Aufruf 21.5.2023)

³⁸⁷ Vgl. Interview mit S. Loznitsa in Profil 23.10.2022

³⁸⁸ [Classical Music Cancels Russians | City Journal \(city-journal.org\)](#) (16.3.2022)

³⁸⁹ Heather Mac Donald: Denounce Putin, or Be Blacklisted

https://www.city-journal.org/classical-music-cancels-russians?wallit_nosession=1 16.3.2022 (abgerufen 24. 1. 2023)

Loyalitäts- und Anti-Loyalitätsschwüre sind ein rutschiger Abhang, der das internationale Projekt des Musizierens erschweren, wenn nicht sogar eliminieren würde. Wer entscheidet, welche nationalen Aktionen und Führer getadelt werden müssen? Die USA haben sich an Bombenangriffen beteiligt, die nicht allgemein gelobt wurden. Sollten amerikanische Musiker verpflichtet werden, umstrittene Außenpolitik anzuprangern, und wenn ja, warum sollten diese Anklagen nur auf die amerikanische Außenpolitik beschränkt werden? Und warum sind nur Russen am Haken, weil sie Putin denunzieren? Warum nicht jeder Musiker?“ Die NZZ berichtet von nationalistisch motivierter Diskursverweigerung, als ein ukrainischer Zeichner nicht gemeinsam mit der russischen Schriftstellerin Ljudmila Ulickaja geehrt werden wollte: Die russische Autorin „lebt seit Putins Angriff in Berlin. Ihre Bücher sind in Russland seit Februar dieses Jahres verboten. Den Ukraine-Krieg hat sie als ‚Schande‘ bezeichnet und ihn in einem mit anderen Künstlern verfassten offenen Brief schärfstens verurteilt. Der Kriegsherr Wladimir Putin ist für sie ein ‚Verbrecher‘. Reicht das nicht als Ausweis ihrer Dissidenz? Begründung des in Kiew lebenden Künstlers: ‚Ich muss meine Psyche schonen und vermeide derzeit heftige Gefühle. Ich habe genug russische Präsenz in meinem Leben.‘ Der auf der Krim geborene Journalist Nikolaj Klimenjuk kritisierte die ‚Versuche der wohlmeinenden deutschen Öffentlichkeit, ukrainische Künstler und Intellektuelle zum Versöhnungsdialog auf eine Bühne mit Russen zu locken. Das ist grundsätzlich keine gute Idee, auch wenn diese Russen ausgewiesene Gegner des Putin-Regimes sind.‘ Noch grösser war die Aufregung um den ukrainischen Autor Jurij Andruchovyč, der es wagte, im Rahmen eines norwegischen Literaturfestivals mit dem russischen Kollegen Michail Pavlovič Šiškin auf einer Bühne über die aktuelle Lage zu diskutieren.“³⁹⁰

Um die Szenerie abzuschließen, muss auch die vom russischen Staat massiv geförderte sog. „Z-Dichtung“ erwähnt werden. Die „Z-Poeten“ lobpreisen den Krieg gegen die Ukraine und den Westen. Es handelt sich um „Lyrik“ (ohne literarische Qualitäten) im Dienste der Kriegspropaganda des Kreml, der sie als die wichtigste russische literarische zeitgenössische Strömung in den Medien präsentiert und kostenlos zum Download bereitstellt.

Der emotionalisierte kulturpolitische Diskurs wird auch mit Kriegsende nicht zur Ruhe kommen. Es besteht die Gefahr, dass sich nationalistischer Chauvinismus Bahn bricht. Eine kritische Auseinandersetzung der „ungleichen Brüder“³⁹² mit der Geschichte Russlands und der Ukraine, dem Verhältnis der beiden Länder ist unausweichlich. Die Slawistikinstitute sind gefordert, die Entwicklung der Ukraine und Russlands zu analysieren um von Stereotypen und Vorurteilen loszukommen und der ukrainischen Sprache, Literatur, Kultur einen adäquaten Platz in Forschung und Lehre einzuräumen und eine Plattform für einen wünschenswerten offenen Diskurs zu schaffen. Zu dieser Thematik sind immerhin bereits einige Konferenzen angekündigt bzw. in Vorbereitung.

Russlands Einmarsch in der Ukraine ist ein Desaster für die russische Kultur, die Sprach- und Kulturvermittlung im Ausland. Russischlehrende im Ausland sehen sich vielfach vor die Notwendigkeit gestellt, ihrem Fach eine neue Orientierung zu geben, sich von der Tagespolitik nicht überrollen zu lassen und eine kritische Haltung zu Russland zu entwickeln bzw. zu pflegen. Nicht wenige versuchen einfach in Lehre und Unterricht das Thema des russischen Aggressionskrieges auszublenden, zu tabuisieren, was auf Dauer nicht gelingen wird. Sergej Sergeevič Lebedev greift diese Frage auf, indem er sagt:³⁹³ „Wenn die russische Kultur von der Last des Regierungsmissbrauchs befreit wird, wenn sie sich von ihrem Großmachtanspruch trennt, wird sie wieder sehr gut gedeihen.“ Bis dahin ist aber die Vergangenheit aufgearbeitet werden, sein Roman „Titan oder die Gespenster der Vergangenheit“ (er handelt vom russischen

³⁹⁰https://www.nzz.ch/feuilleton/erich-maria-remarque-preis-symbolische-geste-sorgt-fuer-eklat-id.1734976?mktcid=nled&mktcval=174&kid=nl174_2023-4-28&ga=1 (28.04.2023, Zugriff 5.8.2023)

³⁹² A. Kappeler: Ungleiche Brüder Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München, 2022²

³⁹³ In einem Interview in Presse am Sonntag, 22.10.2023: „Wir sind keine große Kultur mehr!“

Krieg gegen die Ukraine seit 2014) ist ein solcher Versuch Geschehenes zu reflektieren „Wir müssen uns fragen, welche intellektuelle Landschaft den Krieg ermöglicht hat.“
Russland und Ukraine werden immer Nachbarn bleiben, beide Kulturen (und Sprachen) haben viele Gemeinsamkeiten und historische Wurzeln, Verleugnung und Verstecken dieser Zusammenhänge wäre zwecklos. Der Ausweg kann nicht in einem sich abschottenden Nationalismus gefunden werden, weil er in eine perspektivlose Isolation (nämlich des Ethnonationalismus) führt. Für die Nachkriegszeit müssen alle ausgestreckten Hände ergriffen werden, um dieses Jahrhundertdesaster zu überwinden und Befreiung der ukrainischen, belorussischen und auch der russischen Kultur von den fatalen imperialen und nationalistischen Ideen führen.

Spionage im Westen, Putins Trollarmee

In mehreren Ländern agieren Agenten Putins um politischen Einfluss zu nehmen, Wahlen zu beeinflussen, ebenso wie politisch oder wirtschaftlich relevante Entscheidungen und schließlich Stimmung gegen die Ukraine und für die Politik der „Russischen Welt“ zu machen. Im Sinne subversiver Tätigkeit im Staatsinteresse funktionierte die Spionage schon während des Kalten Krieges. Neu ist hingegen die durch die technische Entwicklung ermöglichte Cyberkriegsführung mit einem wachsenden Arsenal von digitalen Waffen – Abschneiden ganzer Regionen vom Internet, Eindringen in Kontrollsysteme und Störung (Energieversorgung, Eisenbahnverkehr, Verwaltung, Datendiebstahl, Datenvernichtung etc.), Meinungsmanipulationen mittels Trollen, Putinbots („Kreml-Bots“ [kremleboty]), sog. „Sockenpuppen“ (Fakeaccounts, fingierten Identitäten), usf. Mit diesem Instrumentarium versucht der Kreml, eine Verschiebung der öffentlichen Stimmung im Sinne der russischen Regierung zu bewirken, indem er mit (mehr oder weniger verdeckte) Desinformationskampagnen in Wahlkämpfe in Frankreich, den USA usw. manipulativ eingreift. Cyber-Angriffe werden auf Unternehmen, Medien, Infrastruktur, staatliche Behörden, udgl. im Ausland gestartet, um zu (zer)stören, manipulieren, Propaganda zu verbreiten. Späh- und Kontrollsoftware wird (im Inland wie im Ausland) gegen Oppositionelle, Regimegegner eingesetzt um sie politisch auszuschalten oder mundtot zu machen. Die unlängst westlichen Medien zugespielten NTC Vulkan-Files⁴⁰⁶ haben sichtbar gemacht, wie Russland ein riesiges Arsenal an Cyber-Waffen aufbaut und es gegen den Westen einsetzt. Nicht weniger effektiv und intensiv unterwandert der Kreml im Westen (sozusagen mit „klassischen Mitteln“) Vereine zur Pflege der russischen Sprache und Kultur, religiöse Organisationen oder Gruppierungen, Wirtschaftsverbände, Emigrantenzirkel, Internetforen, Social Media udgl. um sie nach Möglichkeit im Sinne russischer Interessen zu instrumentalisieren. Zu einem besonderen Schwerpunkt ist der Cyberkrieg im Zusammenhang mit der Ukrainepolitik des Kremls geworden. Dabei geht es darum, im Westen antiukrainische Stimmungen zu schüren und die Unterstützung für dieses Land zu schwächen bzw. zu stören, die Bevölkerung zu spalten. Führende westliche Medien wie die Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Washington Post und Le Monde haben die Vulkan Files ausgewertet und das Ausmaß der russischen Wühlarbeit beschrieben und direkte Zusammenarbeit mit rechtsnationalistischen und rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien oft sogar formell, z.B. Freundschafts-, Kooperationsverträge udgl. aufgedeckt.⁴⁰⁷

Ziel russischer Spionage- und Wühlarbeit (insbesondere über Social Media) ist es, Schwachstellen westeuropäischer Energiepolitik, die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl auszunutzen und Positionen, die einer Verhinderung der Diversifizierung, der Dekarbonisierung, Strategien für den Ausstieg aus fossilen Energieformen usw. das Wort reden, propagandistisch zu bekämpfen. Mitläufer und Akteure sucht und findet der Kreml in einem politisch breit gestreuten Spektrum, die auch Anliegen des Kremls auf der Straße vertreten. In Österreich kann rege Tätigkeit ausländischer Agenten auf eine lange Tradition zurückblicken, Wühlarbeit gab es schon während des Kalten Krieges und oft komplizenhaft anmutende Nähe von Spitzenmanagern aus der Wirtschaft und Entscheidungsträgern mit Kreml-nahen Partnern waren keine Ausnahme.

⁴⁰⁶ <https://www.theguardian.com/technology/2023/mar/30/vulkan-files-leak-reveals-putins-global-and-domestic-cyberwarfare-tactics> 30.3.2023 (Zugriff 12.5.2023)

Süddeutsche Zeitung: Nr. 77, 1./2.4. 2023 „Im Netz der Krieger“ Einblicke in die Waffenkammer von Putins Cyberarmee – die Vulkan Files“

⁴⁰⁷ [Putins Agenten-Netzwerk in Deutschland: Es arbeitet offenbar am Stimmungsumschwung \(merkur.de\)](https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-deutschland-bevoelkerung-putin-agenten-umstimmen-meinungsbeeinflussung-92011499.html) 06.01.2023 (Zugriff 12.5.2023)

<https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-deutschland-bevoelkerung-putin-agenten-umstimmen-meinungsbeeinflussung-92011499.html>

Das Auftreten russischer staatlicher Trolle wurde im Jahr 2003 beschrieben, ab dem Beginn der heißen Phase der Ukraine-Krise 2013/4 traten sie auch stärker ins öffentliche Bewusstsein.⁴⁰⁸ Die für die staatlichen Trolle zuständige Organisation sind die „Agentur für Internet-Forschung“ (Agenstvo internet-issledovanij), und „Föderale Nachrichtenagentur“ (Federalnoe agenstvo novostej /FAN).⁴⁰⁹ Reichlich Literatur über die Tätigkeit russischer Trollfabriken findet sich auf der Internet-Seite Russian web brigades - Wikipedia⁴¹⁰.

Bekannt bzw. aufgedeckt wurden eine Reihe von russischen Desinformationskampagnen im Westen etwa zu Angela Merkel, zum Brexit, Agitationen in den USA (Präsidentenwahlkampf 2016), Störung des französischen Wahlkampfs udgl. Auffällig war und ist, dass seit 2014 russlandfreundliche Kommentare im deutschsprachigen Internet zahlenmäßig zunahmen – im Gegensatz zu den entsprechenden Umfragen. Ähnliche Entwicklungen konnten auch in anderen internationalen Medien (wie Forbes Magazine, The Guardian) festgestellt werden. Als führende Persönlichkeit in der Troll-produzierenden Industrie ist auch Evgenij V. Prigožin zu nennen, der über eigene Trollfabriken verfügt und auch Blogger in der Ukraine finanzierte, die krenlfreundliche Informationen ins Netz stell(t)en, darunter Mitarbeiter der Agentur Novostnoe Agenstvo Charkova. Angesprochen auf diese Vorfälle antwortete Putin auf Frage von Journalisten am 1. Juni 2017 betreffend der anstehenden deutschen Bundestagswahl 2017, ob Russland entsprechende Aktionen vorbereite, schlitzohrig: „Auf staatlicher Ebene machen wir so etwas nicht“⁴¹¹. Dass private patriotische Landsleute dies tun könnten, schloss er nicht aus.⁴¹² Im November 2022 schrieb Evgenij Prigožin auf Vkontakte bezüglich russischer Einmischung in US-Wahlen: „Wir haben uns eingemischt, wir tun es und wir werden es weiter tun“.⁴¹³

Es war und ist jedoch möglich im Westen solide, evidenzbasierte Informationen sowohl zur Ukraine als auch zu Russland zu erhalten und so ein einigermaßen fundiert, abgesichert Informationen zu liefern. Eine Reihe hervorragender internationaler Wissenschaftspersönlichkeiten insbes. aus den Fachbereichen osteuropäischer Geschichte, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft haben Publikationen vorgelegt, anhand derer es möglich ist solide, faktenbasierte Informationen über Russland, die Ukraine und Weißrussland zu erhalten bzw. sich zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage können Fakten und Spekulationen, Unsicherheiten einigermaßen zuverlässig auseinander gehalten werden, es besteht so gesehen keine Notwendigkeit, russischen Fakes auf den Leim zu gehen – so man will.

⁴⁰⁸ (PDF) [Corrupting the Cyber-Commons: Social Media as a Tool of Autocratic Stability \(researchgate.net\)](#) März 2015 (Zugriff 12.5.2023)

[Russische Staatstrolche in St.Petersburg \(faz.net\)](#) 19.3.2015 (Zugriff 12.5.2023)

⁴⁰⁹ [One Professional Russian Troll Tells All \(rferl.org\)](#) (25.3.2015, Zugriff 13.7.2023)

In: [medium.com](#). 24. September 2020, abgerufen am 14. Juni 2022. Die Autoren erwähnen auch die Rolle von Daria Platonova alias Darja Dugina und die Denkfabrik Katehon.

[Disinformation campaign removed by Facebook linked to Russia's Internet Research Agency | by @DFRLab | DFRLab | Medium](#) (24.9.2020, Zugriff 13.7.2023)

⁴¹⁰ [Internet brigades in Russia - "Web Brigade's" - CNN iReport \(archive.org\)](#) 21.3.2009 (Zugriff 12.5.2023)

⁴¹¹ [Google News исключил из поисковика новости порталов, связанных с «кремлевским поваром» Пригожиным — Новая газета \(novayagazeta.ru\)](#) 2.11.2027 (Zugriff 13.7...2023)

⁴¹² NZZ, 2. Juni 2017, S. 2

⁴¹³ [Russische Einflussnahme auf den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten 2016 – Wikipedia](#) (Zugriff: 13.7.2023)

Westliche Ignoranz und Komplizenschaft

Das großrussische, imperialistische politische Programm, das Russland nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion realisierte, musste eigentlich klar und deutlich zu verstehen gewesen sein – für alle die, die es wollten und genauer hinsahen (seit 30 Jahren gab es dazu die Gelegenheit!)⁴¹⁴. Die militärische Aggression Russlands gegenüber seinen Nachbarländern und insbesondere gegen die Ukraine hat nicht wirklich eine neue Epoche eingeleitet. Russische Gebietsansprüche auf die Ukraine wurden vom Kreml aus der Geschichte – d.h. genauer aus der sehr eigenwilligen Interpretation der historischen Entwicklung – abgeleitet. Der Westen hat die völkerrechtswidrigen militärischen Operationen und Gebietsaneignungen gegen Georgien, die Ukraine ohne entsprechende Antwort akzeptiert, dessen schweigende Toleranz der mit Gewalt erzwungenen Grenzveränderungen an Russlands Rändern hat der Kreml offenbar als Zustimmung interpretiert und gedachte weiter in seinem Sinne die „Geschichte korrigieren“ zu können, so als müsse er keine internationalen Vereinbarungen, Regelwerke, Institutionen zur Konfliktbearbeitung etc. beachten. Mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. 2. 2022 hat Putin aber eine rote Linie überschritten: Die brutale Intervention in Tschetschenien, das Engagement in Syrien ging in der Weltöffentlichkeit noch als Kampf gegen den „islamistischen Terror“ durch, die Militärationen in Georgien quasi als postsowjetische Bereinigungen udgl. die Intervention in der Ostukraine und die Annexion der Krim gleichsam als territoriale Abklärung unter „Brüdern“ usw. – jedenfalls schätzte der Westen die Situation als für ihn nicht bedrohlich ein und reagierte bestenfalls verhalten (rhetorisch). Mit dem Vernichtungskrieg gegen die Ukraine, gegen ein Land vor den Toren Europas, war der Bogen überspannt, die demokratische Völkergemeinschaft war nicht mehr gewillt einseitige imperialistisch motivierte Grenzverschiebungen einhergehend mit dem Bruch des Völkerrechts und zahlreicher internationaler Vereinbarungen und Kriegsverbrechen ohne Gegenreaktion bloß zur Kenntnis zu nehmen. Erst jetzt wurde der Putinismus als Gefahr für den Weltfrieden erkannt, insofern als die „Heimholung der Ukraine“ für Putin einen ersten Schritt zu einer neuen Weltordnung nach dem Muster der „Russischen Welt“ darstellt.

Die Ukraine ist erst im Zuge einer internationalen Krise (besonders seit dem 24. 2. 2022) in Europa ins breitere Bewusstsein gedrungen, Jahrzehnte lang verharnte die Existenz dieses Landes als Staat, Volk, Kultur etc. knapp unter der Wahrnehmungsschwelle. Das Wiederaufleben alter russischer Macht- und Besitzstandsansprüche in der postsowjetischen Nachfolge hat in der Person Putin einen Kulminationspunkt erreicht. Er hat sowjetisches Denken mit großrussisch-nationalistischen imperialistischen Ideologien vereint und in Russland zur verbindlichen Staatsdoktrin gemacht. Die revisionistischen politischen Ziele fußen aber auf älteren Traditionen. Putin lässt an seinen politischen restaurativen und revisionistischen Ambitionen, die er in Reden, Artikeln unverblümt kundtut, keinerlei Zweifel. So eindeutig die Ziele und Vorhaben des Kremls gelesen werden können (eigentlich müssten), so widersprüchlich sind die Reaktionen der Intellektuellen im Westen. Da stellte M. Pollack⁴¹⁵ schon 2014 die berechtigte Frage: „Warum fällt es ausgerechnet linken Intellektuellen in diesen Tagen so schwer, einen einigermaßen vernünftigen (und redlichen) Diskurs zu führen? Warum verschließen sie so hartnäckig die Augen vor der Wirklichkeit? Etwa vor den Plänen Putins, die er in seiner Rede nach der Annexion der Krim offen darlegte. Dort sprach er davon, ‚dass in den Herzen und Gedanken der Menschen die Krim immer ein integraler Teil Russlands war und bleiben wird‘. Aber die Krim genügt ihm nicht. Auch das brachte er in der Rede ganz unverblümt zum Ausdruck. Die Krim

⁴¹⁴ Vgl. dazu: Leonid Wolkow: Putinland. Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens. München, 2022

⁴¹⁵ M. Polack: Abducken und Kopfeinziehen. Über die Macht der Lügen. in: Euro. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Hg. von Ju. Andruchowytsh: Berlin 2014, S. 173 - 182 (S. 181)

ist erst der Anfang. Wie sonst soll man verstehen, wenn Putin darauf hinweist, dass Ukrainer und Russen ‚faktisch eine Nation‘ darstellen. Das bedeutet, dass er sich die ganze Ukraine einverleiben möchte. Weil sie nach seinem großrussischen Verständnis untrennbar mit Russland verbunden ist. ‚Kiew ist die Mutter der russischen Städte. Die Kiewer Rus ist unsere gemeinsame Wiege. Trotz allem können wir ohne einander nicht leben.‘“ Der Westen nahm die Entwicklungen in der Ukraine entweder nicht wahr oder nicht ernst und schlitterte blind und gänzlich unvorbereitet und uninformiert in die Ukrainekrise 2022. Da passt ins Bild, wenn ein ehemaliger Spitzenfunktionär der KPÖ (Juli 2023) die Auffassung vertritt, dass das Ukrainische ein russischer Dialekt und der gegenständliche Konflikt eher eine innerrussische Angelegenheit sei und eher vom Westen aufgebauscht werde. So viel Ignoranz und Mangel an Sachkenntnis bei einem Vertreter einer traditionell russlandfreundlichen Partei überrascht denn doch, zeugt es doch von verblüffender Ignoranz und Desinteresse an der Struktur eines (zumindest vormals) befreundeten Regimes. Das Weltbild einer signifikanten Mehrheit (ehemals linker bzw. linkssozialistischer) Anhängerschaft bestimmen noch immer eine kritikfreie Verklärung der sowjetischen Vergangenheit, Solidarität mit dem Nachlass der Sowjetmacht, die offensichtliche Nichtzurkenntnisnahme (bzw. Verharmlosung) der Zerstörung aller noch nach dem Untergang der Sowjetunion vorhandenen sozialemanzipatorischen Ansätze sowie die Verfolgung revisionistischer russisch-imperialer Ziele und die systematische Unterdrückung jeglicher demokratischer Regimekritik, das Nichterkennenwollen der Tatsache, dass Russland sich auf dem Weg in eine faschistische Einmandiktatur befindet.

Bedeutender ist jedoch ein anderes Ereignis: Beim (lange Zeit von Parlamentsparteien umstrittenen) Videoauftritt von Präsident Zelenskyj im österreichischen Parlament (30.3.2023) kam es zum Eklat: Die FPÖ verließ geschlossen den Sitzungssaal, von der SPÖ blieb mehr als die Hälfte fern. Das Wochenblatt Falter befragte die SPÖ-Abgeordneten nach den Gründen ihres Fernbleibens⁴¹⁶. Die Ausreden waren billig (Terminkollisionen usw.), aber auch z.T. putinophil bzw. Kreml-affin, etwa der Art, Zelenskyj setze Phosphorbomben (eine SPÖ-Abgeordnete sprach von „Phosphatbomben“) gegen Zivilbevölkerung ein, etc. Redakteur Florian Klenk stellt da die Frage, „Was wird da sichtbar? Eine SPÖ, die keine Empathie entwickelt mit einem Präsidenten, dessen Volk ermordet wird. Das ist nicht nur geschichtsvergessen, es ist auch ignorant gegenüber der ukrainischen Zivilgesellschaft.“⁴¹⁷ Die Antworten geben auch Aufschluss über den politischen Bildungsgrad und darüber, woher die Betroffenen ihre Informationen beziehen und wie sie mit ihnen umgehen. Aber vielleicht überfordern solche Fragen die Betroffenen intellektuell. Zumindest hätte wahrgenommen werden können, dass es ukrainische Städte, Wohnviertel, Krankenhäuser, Schulen etc. sind, die zerstört werden und dass nach allen seriösen Berichten, Dokumentationen internationalen Organisationen nicht das ukrainische Militär dafür die Verantwortung zu tragen hat. Wenn schon nicht Putin-Affinität, so ist doch Ignoranz ein weithin gültiges Charakteristikum. Das Verhalten der FPÖ ist erklärlich, hat sie doch einen Vertrag über Zusammenarbeit mit der Putin-Partei „Einiges Russland“ geschlossen. Dieses Übereinkommen stammt aus dem Jahr 2016, es sieht gemeinsame Beratungen und Informationsaustausch vor, sowie regelmäßigen gegenseitigen Besuch von Parteidelegationen auf verschiedenen Ebenen, Expertentreffen und Kontakte auf regionaler Ebene. Internationales Aufsehen erregte die Einladung von V. Putin durch die FPÖ-Exaußenministerin zu ihrer Hochzeitsfeier ein, Bilder von ihrem Hofknicks gingen um die Welt, sie hat mittlerweile ihren Wohnsitz jetzt auf dem russischen Land aufgeschlagen ...

Statements wie z.B. das von Peter Weibel (und anderen), die Ukraine sei ein failed state, zeugen von präpotenter Ignoranz und völlig fehlender Sachkenntnis. Solche Äußerungen sind der Sache nicht dienlich und fallen auf die Autoren zurück. Die politischen Ziele Putins bezüglich der Ukraine mussten allerspätestens seit 2014 bekannt sein, Putin konnte eigentlich nicht

⁴¹⁶ <https://www.falter.at/morgen> (4.4.2023, abgerufen 4.4.2023)

⁴¹⁷ Florian Klenk: Die ignoranten Sozis und der ukrainische Präsident. In: Falter 14/23, S.7

missverstanden werden und er hätte vom Westen ernst genommen werden müssen. An der Vorbereitung zur Umsetzung seiner Ziele arbeitete Putin systematisch, bis er acht Jahre später seine berüchtigte „militärische Spezialoperation“ befahl.

Der 24. 2. 22 war ein Weckruf für Intellektuelle im Westen, die in offenen Briefen forderten den Krieg zu beenden, in Verhandlungen einzutreten udgl. Diese Appelle gingen und gehen aber aus Unkenntnis und auch an Desinteresse, sich mit den Ursachen des Konfliktes seriös zu beschäftigen, an der Realität vorbei. Aktuell fehlt bei den Konfliktparteien die Bereitschaft zu gemeinsamen Gesprächen, Verhandlungen und zwar aus zwei Gründen: Solange erstens der Aggressor von seinen Zielvorstellungen nicht abrückt bzw. im Gegenteil sogar noch gegenüber der EU mit Drohungen, Vertragsbrüchen usw. die Situation noch weiter eskaliert und keinerlei Kompromisse erkennen lässt und zweitens die Ukraine auf Einhaltung international verbriefter Rechte und Verträge sowie der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität und Verteidigung ihrer Souveränität beharrt, bleibt für Friedensverhandlungen keinerlei Spielraum. Nicht wenige Friedensappelle fordern von der Ukraine Lösungen der Art „Land für Frieden“. Dabei wird völlig der Wille der Ukrainer nach Freiheit und Selbständigkeit ignoriert, es wird von ihnen schlicht verlangt sich der Einschätzung unbeteiligter und fachlich weitgehend unbedarfter Beobachter aus dem Westen zu unterwerfen. Außerdem: Garantiert das Konzept „Land für Frieden“ Nachhaltigkeit? Fremdbestimmung haben die Ukrainer zu ihrem Nachteil in ihrer Geschichte schon oft erfahren, jetzt stehen sie für ihre Freiheit, Autonomie selbst ein und sind bereit dafür zu kämpfen. Was zählt ist der Wille der Ukrainer und nicht die Befindlichkeit vermeintlich wohlmeinender Außenstehender.

Um die Frage eines möglichen Dialoges aufzugreifen, meint der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan, dass dieser solange unmöglich sei, „solange die russische Gesellschaft nicht die kollektive Verantwortung für alles übernimmt, was sie in der Ukraine getan hat“. Die Voraussetzung für eine nachhaltige Veränderung des Bewusstseins der russischen Bevölkerung sei eine reale Berichterstattung über die Entwicklungen auf dem Kriegsschauplatz und eine Atmosphäre einer freien Diskussion und kritischen Reflexion über den Kriegsschuldanteil Russlands. Dieser Prozess habe noch nicht begonnen. Der Politologe Herfried Münkler schreibt in der NZZ über die Forderungen nach einem Waffenstillstand in der Ukraine: „Wer auf dem Schlachtfeld überlegen ist, setzt in der Regel auf die Weiterführung des Krieges, den er durch einen umfassenden Sieg beenden will. Für ihn ist jeder Verhandlungsfrieden ein Verzichtfrieden. Dieses Problem kennen auch jene, die jetzt ein sofortiges Kriegsende fordern; deswegen haben sie ihre Forderungen an die im Kriegsgeschehen unterlegene Seite adressiert. Den Überlegenen, der obendrein der Angreifer ist, sprechen sie nicht an. Sie ahnen, dass sie bei ihm auf taube Ohren stoßen würden. Sobald sie konkret werden, geht es bei ihnen nur noch um die Beendigung westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine. Wenn man keine Waffen hat, erübrigt sich deren Niederlegen. Und da Russland im Vergleich mit der Ukraine die sehr viel größeren Reserven an Waffen und Munition hat, läuft die Einstellung westlicher Waffenlieferungen auf ein Wehrlosmachen der Ukraine – und das heißt: einen russischen Siegfrieden – hinaus. Die Einstellung der Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine ist eine politische Parteinahme für Russland, die sich als neutral tarnt.“ Putin bringe man nur an den Verhandlungstisch, indem man die russische Aussicht auf den Sieg schwächt: „Je grösser für Putin die Aussicht auf einen lange währenden Erschöpfungskrieg ist, an dessen Ende aller Voraussicht nach dann doch ein Verhandlungsfrieden steht, desto eher wird er bereit sein, sich jetzt auf einen Verhandlungsfrieden einzulassen. Er zieht dann den baldigen Frieden einem ungewiss gewordenen Sieg vor, um die Erschöpfung zu vermeiden, die Russland auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hin paralisieren würde.“ Um einen solchen Verhandlungs- oder Kompromissfrieden zu erreichen, bleibe nur die Option, „die Ukraine so stark zu machen, dass sie sich nicht nur gegen Russland behaupten kann, sondern auch in der Lage ist, ihm die Aussicht auf einen Sieg zu nehmen. Das ist jedoch

nur durch westliche Waffenlieferungen möglich.“⁴¹⁸ Für die nähere Zukunft Russlands lasse die von Putin verfochtene demokratiefeindliche Ideologie keine optimistischen Prognosen zu. Es werde lange dauern, die politischen Diskurse wieder zu entgiften.

Zu Beginn seiner politischen Karriere zeigte sich Putin gegenüber dem Westen offen, trat für wirtschaftliche Kooperation, Terrorismusbekämpfung ein usw. Aber konnte man ihm damals auch wirklich glauben? Damals, als er einen brutalen Krieg gegen Tschetschenien losbrach? Wie konnte 2004 der damalige deutsche Bundeskanzler G. Schröder von Putin als einem „lupenreinen Demokraten“ sprechen, nachdem auch innenpolitisch klar geworden war, welche Art von Umgestaltung Putin in seinem Land vorhatte? Auch nach den massiven Beschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten, nach dem Mord an Anna Politkovskaja (2006), nachdem schon längst klar war, dass Russland den Weg der Demokratisierung verlassen hat und sich in Richtung Präsidentialdiktatur, Abschaffung eines unabhängigen Rechtswesens bewegte und die gefährliche Richtung Restauration allmählich zur Staatsdoktrin gemacht wurde, ... nach all diesen eindeutigen Indizien wiederholte Exkanzler Schröder seine Einschätzung⁴¹⁹. Mit dieser Blindheit und Blauäugigkeit war nicht er alleine geschlagen, auch viele seiner Parteigenossen folgten ihm, auch in den meisten anderen Parteien wollte und konnte man die Realität nicht sehen. Putin wurde buchstäblich schön geredet, die dunklen Flecken auf seiner Weste wurden partout nicht bemerkt, kritische Sichtweisen blieben Randerscheinungen. Es fanden sich im Westen politische Parteien, die sich ganz offen die Positionen des Kremls vertraten (und dies noch immer tun). Putins Schritte in Richtung neoliberale Wirtschaftspolitik erfreuten westliche Konzerne und Investoren, versprachen (sich) eine prosperierende Zukunft, die russischen fossilen Energiequellen sicherten im Westen Wirtschaftswachstum und alles gab der Hoffnung Ausdruck, dass doch „Wandel durch Handel“ ein zielführendes, nachhaltiges friedenssicherndes Konzept sein würde – bis 2014 die Welt durch den Angriff auf die Ukraine eines Besseren belehrt wurde. Da war man „überrascht“, konnte sich das nicht erklären etc. Anzeichen gab es aber seit Langem genug, man hätte sie nur wahr und ernst nehmen müssen. Aber selbst nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, der Farce um die Abstimmungen die Ostukraine und die Ausrufung der Donbas-Volksrepubliken) änderte sich die Haltung gegenüber dem Kreml nur geringfügig. Es wurde nicht erkannt, dass die russische Aggression gegen die Ukraine Teil eines größeren Konzepts war und ist, nämlich die Wiederherstellung der russischen Großmacht in den Grenzen des Zarenreiches bzw. der Sowjetunion unter der Flagge des Russkij mir und des Eurasismus.

Westliche Ahnungslosigkeit in der Wirtschaft?

Jahrzehntelang hat westliches wirtschaftliches Engagement in Russland (und in der Sowjetunion) gute Geschäfte gesichert, es etablierte sich der Glaube an den „Wandel durch Handel“ als ungedeckter Scheck an ein zukünftig demokratische(re)s Putin-Regime / Russland. Diese positiven Erwartungen nährten sich vor allem in Deutschland von Putins Rede vor dem Bundestag 2001, die ein Putin- bzw. Russland-freundliches Bild entstehen ließ. Da entstand viel Verständnis seitens der deutschen wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands, da biligte man Russland einen „autoritären Weg zur Demokratie“ zu usw. und da zeigten sich erste Ansätze, „Putin zu verstehen“, indem die Schuld an den Spannungen mit Russland bei den USA, im Westen, der Nato gesucht, Russland hingegen als Gegengewicht zur imperialistischen Hegemonie der USA, dem Wall-Street-Imperialismus dargestellt wurde. Damit wurden aber auch die negativen Entwicklungen innerhalb Russlands in Richtung Autoritarismus, Repression

⁴¹⁸ Herfried Münkler: Verhandeln, aber wie“:

<https://www.nzz.ch/meinung/ukrainekrieg-verhandeln-aber-unter-welchen-bedingungen-ld.1695098?>
30.07.2022 (Zugriff 27.8.2023)

⁴¹⁹ Vgl.: Bingener, Reinhard – Wehner, Markus: Die Moskau Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit. München, 2023

unter dem Putin-Regime kaschiert, an den Rand gespielt. Jedenfalls entstand eine Stimmung, die Marktchancen für Finanz und Industrie zu nutzen und auszubauen, Erwartungen auf stärkere Verflechtungen des deutschen und des russischen Marktes bündelten sich im Schlagwort von der „Modernisierungspartnerschaft“. In diesem Geist wurde das Projekt Nordstream I realisiert. Die zweite Pipeline Nordstream II erweckte jedoch den Widerstand seitens der USA und Polens, das sich buchstäblich „umgangen“ fühlte. Weitere Verflechtungen auf dem Energiesektor (Verkauf des größten deutschen Gasspeichers an Gazprom) nährten die Befürchtungen von kritischen Stimmen, dass sich hier ein problematisches Abhängigkeitsverhältnis entwickeln könnte, die aber in der Aufbruchseuphorie untergingen. Nach 2012 funktionierte der „Wandel durch Handel“ mit Putin nicht mehr. Es wurde offensichtlich, dass für ihn Wirtschaft wenig im Verhältnis zu imperialistischen, revanchistischen Zielen zählt. Putin flutet(e) den Westen mit seiner revisionistischen und großrussisch-chauvinistischen Interpretation von Geschichte. Weit verbreitete Ignoranz, Blindheit, absolutes Fehlen von fundiertem Wissen über die Ukraine kam ihm dabei zu Pass, sodass seine Propaganda auch im Westen Anhänger / „Versteher“ fand.

Am 18. 3. 2014 – nach der getürkten (und international nicht anerkannten) Abstimmung auf der Krim über ihre künftige Zugehörigkeit der zu Russland hielt Putin eine Rede vor den beiden Häusern des russischen Parlaments, in der er die Legitimität des Referendums bekräftigte, mit dem die „Wiedervereinigung“ (bewusste Anspielung an die deutsche Wiedervereinigung) der Krim mit Russland erzielt wurde. Es war eine Art Abrechnung mit der Niederlage im Kalten Krieg, gewissermaßen eine Revanche für die Demütigung Russlands. Dazu bemühte der selbsternannte „Historiker“ Putin eine pseudowissenschaftliche Geschichtsinterpretation, nach der der politische Anspruch Russlands beginnend vom Gründungsmythos der Kiewer Rus über die angebliche kontinuierliche Verbindung zwischen der Krim und Russland ableitbar sei. Die wichtigsten Fakten ließ er dabei aus: Die Kiewer Rus war und ist nicht Russland, die Krim war über Jahrhunderte unter krimtatarischer bzw. osmanischer Herrschaft und später Teil der Ukrainischen SSR, die 1991 unabhängig wurde. Dass die Krim und die Donbass-Gebiete nach 1991 zur Ukraine gehörten, interpretierte Putin als „Raub“, der der frühen Sowjetzeit geschuldet sei, eine historische „Ungerechtigkeit“, die es zu korrigieren galt. Putin beließ es in seiner Rede nicht nur bei der Rechtfertigung der angeblich legitimen territorialen Ansprüche sondern attackierte auch die Regierung in Kiew mit dem Vorwurf, das Russische, die Erinnerung an die russische Kultur verbieten, die Russen zwangsweise assimilieren zu wollen. Deshalb sei Russland „um Hilfe gebeten“ (analog zur Invasion der „sozialistischen Bruderstaaten“ in der ČSSR 1968) worden, denn Russland fühle sich zum Schutz der russischen Bevölkerung außerhalb des russischen Staatsterritoriums verpflichtet. Die basisdemokratischen, zivilgesellschaftlichen Euromaidan-Proteste gerieten aus Putins Mund zu „Putsch“, „Terror“, „Pogromen“ gesteuert von „Neonazis“, „Nationalisten“, „Russophoben“, „Antisemiten“ (allesamt aus dem Westen) udgl. Dieser Tenor des Diskurses hielt in der Medienpropaganda an und verschärfte sich sogar noch in den nächsten Jahren. Interessant ist nur am Ende seiner Rede, dass er verspricht, die nationalen Gefühle der Ukrainer und die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und kein Interesse an anderen Territorien der Ukraine zu haben. Diese letzteren Aussagen waren wohl zur Beruhigung und Beschwichtigung für das Ausland bestimmt, wurden in der Folgezeit von Putin selbst und in der offiziellen Propaganda sukzessive zurückgenommen und durch aggressivere Töne ersetzt. In Wirklichkeit war die Annexion der Krim Teil der Vorbereitung für den Krieg gegen die Ukraine 2022. Innenpolitisch bewirkte die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ein Hoch patriotischer Gefühle, das die gelebte Realität vernebelte und Putin gewaltigen Popularitätsschub bescherte. Außenpolitisch hatte die Aggression gegen die Krim UN-Resolutionen (die Russland jedoch mit einem Veto belegte) und Sanktionen zur Folge.

Putin schuf in Tschetschenien, Syrien, Georgien, im Donbas und schließlich mit der Annexion der Krim realpolitische Tatsachen, die zumindest im Westen weitestgehend akzeptiert wurden – ob aus grober Unkenntnis der Geschichte und (bewusster) Ignoranz der revisionistischen Ziele des Kreml oder aus Konfliktvereidungsstrategie sich nicht mit Russland anzulegen um

schließlich die florierenden Geschäftsbeziehungen nicht zu gefährden. Auf jeden Fall glitt das Tolerieren russischer „Geschichtsbereinigungen“ in eine Art Appeasementpolitik (ungute Erinnerungen und Parallelen erweckend) gegenüber Putin. Die Hoffnungen auf gutnachbarliche Beziehungen mit Russland sind nicht aufgegangen, im Gegenteil, viele Länder im Westen sind in eine problematische Rohstoffabhängigkeit von Russland geraten, aus der sie sich nur mit Mühe befreien können. Das betrifft in besonderem Maß Österreich. Geradezu fahrlässig hat die österreichische Energiepolitik sich in eine sehr einseitige Abhängigkeitsstruktur zu Russland begeben, 80% des Gasbedarfs wurde/wird aus Russland bezogen. Diversifizierung wurde erst nach dem 24.

2. 2022 angedacht. Zahlreiche (die Mehrheit) österreichische Unternehmen sind nach wie vor in Russland engagiert (einige unterlaufen mit verschiedenen Tricks die Sanktionen⁴²⁰ andere haben ihre wirtschaftliche Tätigkeit bzw. Zusammenarbeit eingestellt. Die RBI / Raiffeisenbank International hoffte offenbar, die Krise aussitzen zu können, geriet aber ins Visier der US-Behörde Office of Foreign Assets Control / OFAC und in die Bredouille. Russland hat bisher die Dominanz auf dem Energiesektor auch für politische Dominanz und Einflussnahme genützt und auf Spaltung der Gesellschaft und insbesondere der EU gesetzt, um seine Großmachtambitionen, die Wiederherstellung von Großrussland möglichst ungestört verfolgen zu können. Mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. 2. 2022 hat sich allerdings Putin verrechnet. Dieser Gewaltakt hat die EU näher zusammenrücken lassen. Für die westlichen Unternehmen stellte sich aber die Frage danach, inwieweit die laufenden Wirtschaftsbeziehungen mit dem Aggressor weiter verantwortbar sind. In einem Kommentar fordern die Wirtschaftsethiker Thomas Beschorner (St. Gallen), Guido Palazzo (Lausanne), Peter Seele (Lugano) und Markus Scholz (Wien) in einem Gastbeitrag unter dem Titel „Raus aus Russland. Jetzt.“ Unmissverständlich Verantwortung von Unternehmen ein: „Westliche Konzerne, die noch immer in Russland aktiv sind, machen sich zu Komplizen Wladimir Putins. Es gibt keine richtigen Geschäfte im falschen Krieg.“⁴²¹ Zur Erinnerung Die Krim-Annexion, der Donbass-Krieg hat nicht die Unterzeichnung des Nordstream-Vertrages 2015 verhindert oder verzögert.

Nach dem 24. 2. 2022 hat sich der Westen für Russland überraschend schnell auf die Unterstützung und das Versprechen geeinigt, die Ukraine militärisch (d.h. mit Waffen und Infrastruktur) so lange wie notwendig zu unterstützen. Damit hat der Westen eine gewaltige Hypothek und moralische Verpflichtung übernommen.

„Wenn der Krieg einmal zu Ende ist, darf es kein Zurück zur Normalität mit Russland geben. Sollte sich Russland ganz oder auch nur teilweise aus der Ukraine zurückziehen und Putin an der Macht bleiben, wird er alles daransetzen, die Niederlage als Resultat einer Aggression der NATO darzustellen. Das tut er bereits im Herbst 2012. Er wird auf Rache sinnen. Das Gleiche gilt, wenn Putin aus welchen Gründen auch immer gehen sollte und ein ähnliches Regime die Macht übernimmt. Und selbst wenn Menschen an die Macht kommen, die umsteuern, wird das nicht reichen. Die russische Gesellschaft muss sich grundlegend ändern. Deshalb ist es dringend geboten, all jene zu unterstützen, die die Chance haben, in die russische Gesellschaft hineinzuwirken und Debatten in Russland anzustoßen. Bleibt das aus, besteht die Gefahr weiter, dass die russische Gesellschaft einen neuen nationalistischen Tyrannen und weitere Kriege gutheißt. [...] Das Wichtigste ist, der Ukraine und andern von Russland bedrohten Staaten zu helfen. Damit das noch lange möglich ist, gilt es, die eigene Wehrhaftigkeit zu stärken. Das betrifft nicht nur das Militär, es geht besonders um die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn die Gefahr ist nicht vorbei, wenn das Morden in der Ukraine aufhört.“⁴²²

⁴²⁰ Vgl. Profil 35/27.8.2023: #SberbankFiles: Millionen-Deal trotz Sanktionen

⁴²¹ Verantwortung von Unternehmen: Raus aus Russland. Jetzt. | ZEIT ONLINE 20. März 2022 (Zugriff 28.8.2023)

⁴²² Gesine Dornblüth – Thomas Franke: *Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft.* Freiburg – Basel – Wien, 2023, S.203

Friedensappelle

Bald nach dem Kriegsausbruch traten Friedensinitiativen, inklusive „offene Briefe“, Unterschriftenaktionen, Appelle an die (deutsche) Regierung udgl. auf den Plan, die dem Ende der Kriegshandlungen das Wort sprachen. Gemeinsam waren den Initiativen meist zwei Forderungen: Aufnahme von Verhandlungen und Beendigung von Waffenlieferungen an die Ukraine. Forderungen nach Verhandlungen in den meisten Intellektuellenbriefen und Statements verfolgten ein humanistisches Ziel, gingen aber an der Realität der Machtverhältnisse vorbei. In Wirklichkeit gab und gibt es kaum reale Chancen auf Friedensgespräche: Russland besteht auf seinen Eroberungen und der Vernichtung der Ukraine als selbständiger Staat und der Liquidierung der ukrainischen Nation. Putin setzt mit diesem Krieg eine Art Strafaktion gegen den Westen, er nimmt Rache für den Untergang der Sowjetunion, für den er den Westen verantwortlich macht. Die Ukraine beharrt auf seiner staatlichen, territorialen und nationalen Integrität und der Einhaltung internationaler Rechte. Die Positionen der Konfliktparteien sind unversöhnlich und es gibt im Grunde keinen Verhandlungsspielraum. Russland hat mehrere internationale Vereinbarungen gebrochen, ungeheuerliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die irgendwann vor internationalen Tribunalen landen werden. Die politische Situation steckt in einer Sackgasse: Russland hat sich auf seine restaurativen Ziele festgelegt, der Westen hat wiederholt Hilfe an die Ukraine zugesagt und kann nun auch keinen Rückzieher mehr machen. Der Ukraine-Russland-Konflikt hat aber schon längst die bilaterale Ebene überschritten. Russland kämpft gegen den Westen, seine demokratische Ordnung, es führt einen „Heiligen Krieg“, einen „Kreuzzug“ gegen den „Antichrist“ Zelenskyj, es kämpft für die „Entsatanisierung“ der Ukraine und des Westens usw. Als Nebenschauplatz erleben wir die Sakralisierung der Machtpolitik im 21. Jh. Russland behauptet die eigene Unschuld, der Westen habe provoziert und die Ukraine stellvertretend Russland angreifen lassen. Daher müsse sich Russland wehren. Putin hat auch ein neues Jalta vorgeschlagen, also eine Konferenz, in der eine neue Aufteilung der Welt in Einflusszonen ausgehandelt werden sollte, wobei Russland eine führende Rolle übernehmen wolle.

Der Historiker Klaus Gestwa unterzieht einige deutsche Public Intellectuals einer scharfen Kritik, wenn er schreibt: „Die neuen „Osteuropa-Expert*innen“ fallen sowohl durch Meinungsstärke als auch durch häufige Ahnungslosigkeit auf. Sie verfügen vielfach weder über Kenntnisse der Sprachen und der Länder des östlichen Europas, noch machen sie sich die Mühe, sich über den Stand der Osteuropa-Forschung zu informieren und mit den vom Krieg betroffenen Menschen in Dialog zu treten. Stattdessen bilden sie Zitations- und Meinungskartelle, um im Kreise von Gleichgesinnten Diskursmacht zu erlangen.“⁴²⁸ Er weist auch darauf hin, dass „die von russischen Soldaten massenhaft begangene sexualisierte Gewalt in der Ukraine trotz eindeutiger Dokumentation wenig Beachtung“ findet, dieses Desinteresse ausgerechnet bei Alice Schwarzer und Juli Zeh erachtet er als irritierend. Wenn gleichzeitig gefordert wird, die militärische Hilfe an die Ukraine einzustellen (weil diese kriegsverlängernd wirke), so wird damit Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft unterstellt – die es nicht gibt, wie schon ausgeführt, aus unterschiedlichen Gründen. Gestwa zufolge pflegen viele „Osteuropa-Promis“ „einen mehr oder weniger dezenten Anti-Amerikanismus und bemühen sich aus unterschiedlichen Gründen,

⁴²⁸ Klaus Gestwa: Meinungsstark, aber vielfach ahnungslos. Deutsche Public Intellectuals und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. In: Einsichten und Perspektiven 1/23 S. 43-59, ep_1-23_web-0227-0909-15.pdf (bayern.de) (Zugriff: 15.6.2023) S. 43

Siehe dazu auch: Kl. Gestwa: 8 Thesen zum Ukraine-Krieg (Zugriff 7.11.2023)

Klaus Gestwa antwortet auf Fragen zur aktuellen Lage in der ... – YouTube (Zugriff 4.11.2023)

Russland Ukraine | Faktencheck | Prof. Dr. Klaus Gestwa – YouTube (Zugriff 6.11.2023)

Russland | Aufbruch ins Ungewisse | Dr. Klaus Gestwa – YouTube (Zugriff 5.11.2023)

dem Westen und der Ukraine zumindest eine Teilschuld am Kriegsgeschehen zuzuschreiben. Die Motive, warum sie mit ihrem ‚postfaktische[n] Expertentum‘ den seit langem auf Kriegskurs befindlichen Putin entlasten wollen, bleiben merkwürdig unklar. Martin Aust schrieb von der deutschen ‚Lust an der Unvernunft‘, Karl Schlögel sprach vom politisch blind machenden ‚Russlandkitsch‘ und einem tiefsitzenden deutschen ‚Russland-Komplex‘. Ulrike Guérot's Beiträge zum Thema offenbaren verschwörungstheoretisches Denken bar jeglicher wissenschaftlichen Basis und schaden eher der Diskussion. In jedem Fall führt das dazu, dass der russische Neoimperialismus auch den Blick vieler deutscher Public Intellectuals auf das östliche Europa prägt und ihn oftmals verstellt. Die Empathie für den vermeintlich bedrängten, fortwährend erniedrigten Putin korreliert mit einer merkwürdigen Empathielosigkeit für die Ukraine.⁴²⁹ Die Tatsache, dass die Ukraine seit dem Zerfall der Sowjetunion (1991) ein demokratischer Staat ist, der seit 2014 militärisch angegriffen wird und dass Russland der von niemandem provozierte Aggressor ist, scheint noch nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen zu sein. Es konnte nicht ausbleiben, dass sich einige medienpräzente Promis mit ihren Aussagen und Einschätzungen gehörig blamiert haben, wie etwa H. Welzer, der in der (übrigens mit Standing ovations bedachten) Preisrede des Friedenspreisträgers S. Zhadan⁴³⁰ in Frankfurt keinen „Beitrag zur Zivilisation“ sondern zu einem „dezivilisierenden Prozess“ zu erkennen glaubte und dem Publikum „gesinnungsethische Überanstrengung“ andichtete.⁴³¹ Was meinte der Autor mit diesen dequalifizierenden, pejorativen Bemerkungen?

Der Kreml droht wiederholt (theatralisch) mit dem Einsatz von Atomwaffen, vermittelt dabei den Eindruck, dass Russland selbst dabei unbeschadet davon kommen könnte, nach der Fiktion, Russland sei unbesiegbar, unverwundbar etc. Orgien atomarer Vernichtungsphantasien feiern Kreml-Propagandisten im Fernsehkanal 1 (Pervyj kanal) fast täglich, indem sie dem Fernsehpublikum genüsslich schildern, wie wenige Minuten nach Abschuss einer atomar bestückten Rakete etwa nach Berlin, diese Stadt in Schutt und Asche gelegt würde. Dass ein solcher Angriff wohl kaum unbeantwortet bleiben und die Folgen für Russland ebenfalls furchtbar sein würden, bringen sie nicht zur Sprache. Wenn Deutschland derart als Angriffsziel definiert wird, dann kann es keinen Zweifel geben, dass Putins „Spezialoperation“ über die Ukraine hinaus reicht und der gesamte Westen sich dem Diktat des „Russkij Mir beugen müsste. Aus dieser Logik heraus fordert Putin auch (etwa seit 2000) ein neues Jalta (wie nach dem 2. Weltkrieg), um die Welt in neue, d.h. Russlands imperialen Interessen entsprechenden Vorstellungen neu zu ordnen. Putin Friedenswillen zu unterstellen ist absurd. Er ist beharrlich Fakten negierend (zumindest derzeit) zu keinerlei Zugeständnissen oder Kompromissen bereit. Ihn als Verhandlungspartner zu akzeptieren heißt das hohe Risiko seiner Vertragsbrüchigkeit einzugehen. Es ist zum medialen Alltag geworden, dass sich Personen zum russisch-ukrainischen Konflikt menungsstark zu Wort melden, ihre wissenschaftlich unhaltbaren Ansichten und z.T. abenteuerlichen Thesen zum Besten geben. Viele – auch öffentliche – Medienportale machen da mit, gestützt auf ein formales bothsidesing, das Meinungspluralität und Quasiobjektivität vorspiegelt, indem einer wissenschaftlich fundierten, Fakten abwägenden, den State-of-the-art repräsentierenden Position eine verschwurbelte, unreflektierte Meinung dagegen gestellt und unwidersprochen stehen gelassen wird. So werden Putin-affine Narrative unters Volk gebracht. Die in vielen Talkshows präsenten Public intellectuals (wie U. Guérot, G. Krone-Schmalz, S. Wagenknecht, A. Schwarzer u.a.)⁴³² bedienen direkt bzw. sublim Putinsche Denkschemata und

⁴²⁹ Ebda S. 58 ff.

⁴³⁰ Serhij Zhadan: Lass es einen Text sein, aber nicht über den Krieg. Dankesrede v. 23.10.2022 www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/serhij-zhadan

⁴³¹ [Harald Welzer kritisiert langen Applaus für ukrainischen Friedenspreisträger Serhij Zhadan - n-tv.de](https://www.n-tv.de/News/Harald-Welzer-kritisiert-langen-Applaus-fuer-ukrainischen-Friedenspreistraeger-Serhij-Zhadan) 27.10.2022, (Zugriff 29.2023)

⁴³² Postfaktisches Expertentum: „Entwicklung“ bei Gabriele Krone-Schmalz und Erich Vad – DIALOG FORUM | Themen aus Deutschland und Polen (forumdialog.eu) 27.12.2022 (Zugriff 27.9.2023)

Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht.: Mamnifest für den Frieden.

Argumentationen, indem sie der Ukraine nur begrenzte Souveränität zubilligen, weil – ihrer Unkenntnis der Geschichte gemäß dieses Land immer schon „russisch“ war. Eine häufig vorgebrachte Ansicht ist auch das Bild der Ukraine einer verspäteten Nation (nach J. Habermas „allerspätste Nation in Europa“) – selbst wenn man diese Auffassung teilt, was hat das zu bedeuten? Es sei der Kampf um nationale Selbständigkeit und Anerkennung nicht mehr zeitgemäß usw. – wirklich? Die Public intellectuals blenden die Entwicklung des Putinismus zu einer aggressiven und repressiven Diktatur aus ebenso wie die revanchistische Machtpolitik, die Bedienung historischer Mythen und die Instrumentalisierung gefälschter Geschichtsdarstellung als Staatsdoktrin, sie improvisieren faktenbefreit und kritikresistent über das deutsch-russische Verhältnis⁴³³ usw. Bei genauerem Hinsehen zeigen viele der veröffentlichten Denkkategorien Querverbindungen zu esoterischen, verschwörungstheoretischen und rechtsextremen Strömungen (repräsentiert von R. T. Niemeyer, Ch. R. Hörstel u.a.), die starke Resonanz in Querdenkermedien, „Alternativmedien“ und putinaffinen Echoräumen finden.⁴³⁴ Nicht zu vergessen ist ein weit im linken wie im rechten politischen Spektrum verbreiteten mehr oder weniger offener Antiamerikanismus und der Versuch der Ukraine und dem Westen zumindest eine Teilschuld am Krieg anzuhängen und Putin, der angeblich permanent missverstanden wird),⁴³⁵ zu entlasten und ihm Friedenswillen zu unterstellen, usw. Walter Laqueur⁴³⁶ findet es „es merkwürdig und sogar aberwitzig, dass die Linke außerhalb Russlands die ideologischen und politischen Veränderungen kaum wahrgenommen hat und Russland weiterhin für ein irgendwie linkes Land hält.[...] aber vielleicht hat es auch damit zu tun, dass zwischen linkem und rechtem Populismus mit bloßem Auge nur schwer Unterschiede zu erkennen sind.“

Konzepte und Widersprüche der Friedensinitiativen

Was Putin wirklich von Friedensmissionen hält, wurde anlässlich einer Initiative afrikanischer Staatschefs sichtbar, die Mitte Juni 2023 mit Putin zusammentrafen. Putin beharrt darauf, dass es Friedensgespräche und Frieden nur dann geben könne, wenn die Ukraine und der Westen den Verlust der von Russland annektierten Gebiete akzeptiert – diese Position ist unmissverständlich und aus russischer Sicht unverhandelbar und für die Ukraine nicht akzeptabel. Die Grenzen und Möglichkeiten für Friedensappelle sind damit abgesteckt. Bei vielen Friedensappellen bleibt die Tatsache seltsam unterbelichtet, dass es russische Raketen, Bomben etc. sind, die ukrainische Zivileinrichtungen (Schulen, Theater, Krankenhäuser, Universitäten etc.) zerstören und nicht umgekehrt, dass russisches Militär ukrainische Kinder entführt haben und russische Behörden sie zwangsadoptieren lassen, etc. unzählige gut dokumentierte Kriegsverbrechen begangen haben und noch immer begehen. Buča hat nicht das ukrainische Militär „angerechnet“ und der Kachovka-Staudamm ist nicht von selbst ins Wasser gefallen, usf. Über die Urhebererschaft der Zerstörung des Damms gibt es keine ernsthaften Zweifel. Und um noch einmal in Erinnerung zu rufen: Am 24. 2. 2022 war es nicht das ukrainische Militär, das die Grenze zum Nachbarland mit der Absicht überschritten, um es niederzuwerfen, zu erobern, zu vernichten etc. Mittlerweile wird die „Liste der Kriegsverbrechen immer länger. Die Schuld ist

www.chzancge.org/p/,manifest-für-frieden

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ulrike-guerot-ist-eine-heldin-der-querdenkerszene-in-ihrem-buch-plagiiert-sie-18079968/die-politikwissenschaftlerin-17310836.html> 3.6.2022 (Zugriff 27.9.2023)

⁴³³ siehe dazu: Stefan Creuzberger: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung. Hamburg, 2022

⁴³⁴ Pia Lamberty – Corinne Heuer – Josef Holnburger: Belastungsprobe für sie Demokratie. Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft.

https://cemas.io/publikationen/belastungsprobe-fuer-die-demokratie/2022-11-02_ResearchPaperUkraineKrieg.pdf (8.2.2023, Zugriff 28.9.2023)

⁴³⁵ Thomas Urban: Der verstellte Blick. Die deutsche Ostpolitik. Berlin, 2022

⁴³⁶ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2015, S. 11

ungeheuerlich und jeder der im Westen sich prorussisch äußert, macht sich an diesen Kriegsverbrechen mitschuldig.“⁴³⁷

Die Friedensinitiativen und Friedensappelle verfolgen unterschiedliche Ansätze. Die Forderung nach Verhandlungen jetzt, um das Blutvergießen zu beenden, bedingt zwei Prämissen, den beidseitigen Verhandlungswillen und den Gegenstand der Verhandlungen. Erstens: Putin muss aus innenpolitischen Gründen ein Ergebnis vorweisen können, das er als Ziel der „Spezialoperation“ selbst propagiert hat, sonst ist seine Machtposition selbst in Gefahr. Zweitens: Für die Ukraine geht es darum, die territoriale Integrität sicherzustellen bzw. wiederherzustellen, die 1991 mit der Unabhängigkeit in mehreren Verträgen zugesichert wurde. Gegenstand der Verhandlungen für einen gerechten Frieden kann aus ukrainischer Sicht nur sein, dass Russland die Grenzen der Ukraine, die Ukraine als Staat und Nation anerkennt, seine Truppen zurückzieht und für die angerichteten Schäden aufzukommen hat. Von keinem dieser Punkte ist zu erwarten, dass es Zugeständnisse von russischer Seite geben wird. Darin beruht das Hauptdilemma im Grunde aller Friedensinitiativen.

Einige Friedensappelle versuchen Widersprüchliches zu vereinen und simplifizieren Problematisches, wenn sie die Forderung nach Waffenstillstand aufstellen ohne weitere Bedingungen für den Aggressor (der oft als solcher auch nicht benannt wird) und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine mit der sehr bizarren Begründung ablehnen, dass dem ukrainischen Staat derzeit kein Recht auf Selbstverteidigung mehr zustünde, weil dieses für ihn nur bis zum April 2022 und dem (von NATO und Großbritannien verursachten) Scheitern von russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen in Istanbul bestanden habe. Durch das NATO-Engagement sei der Krieg mehr zu einem Stellvertreterkrieg geworden und sei kein Verteidigungskrieg mehr. Da wird Wesentliches übersehen: Putin kämpft schon seit geraumer Zeit nicht nur gegen die Ukraine sondern dezidiert gegen den Westen, den er für dekadent hält und den er „entsatanisieren“ usw. möchte, wo hat da der von Friedensinitiativen „Stellvertreterkrieg“ Platz? Wenn daraus die strikte Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine folgen soll, weil diese den Krieg verlängern etc. so ist dies eine Argumentation, deren Logik kaum nachzuvollziehen ist.

Wieder andere Initiativen befürworten den Vorschlag Territorium für Frieden, der jedoch die Ursachen und Ziele der russischen Aggression ausklammert. Wer die russische Geschichte kennt, dem ist klar, dass die revanchistischen Bestrebungen der Wiederherstellung des russischen Imperiums nicht vor Kyjiv halt machen. Umfragen in Deutschland ergeben für einen „Verzichtfrieden“ (Motto Land für Frieden) eine Mehrheit, sie sind aber irrelevant, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine berücksichtigt werden soll (und muss). Ca 90% der ukrainischen Bevölkerung lehnen einen solchen Frieden ab, selbst wenn Moskau mit dem Einsatz von Atomwaffe droht. Was die Ukraine für sich richtig hält und was es zu tun beabsichtigt, ist Sache derjenigen, die für ihr Land für Freiheit, Souveränität, territoriale Integrität eintreten und kämpfen und nicht die der Einlassungen westlicher Meinungsinitiativen, die vorgeben zu wissen, was für die Ukraine gut und richtig sei. Der Ukraine westliche Friedensvorstellungen auferlegen zu wollen, ist ein extrem paternalistisches, geradezu kolonialistisches Konzept. Die Ukraine stand über Jahrhunderte unter fremder Herrschaft – von Polen, Litauen, Russland – und hat nun die Möglichkeit ergriffen einen selbststimmten Weg gehen selbst unter schweren Opfern. Vorgeblich gutmeinende paternalistische aber fremdbestimmte Zurufe aus dem Westen hat dieses Land nicht nötig. Auf jeden Fall muss aber die Frage nach der Nachhaltigkeit von Friedensregelungen des Musters „Land für Frieden“ gestellt werden: Wird diese Strategie akzeptiert, dann ist sie eine Bestätigung für das Recht Russlands auf seine imperialen Ambitionen.⁴³⁸ Der Kreml (insbesondere über seine Medien und propagandistischen Scharfmacher) hat übrigens Drohungen gegenüber Moldawien, Litauen, Polen und sogar der Türkei

⁴³⁷ Marcus Keupp in Interview ARD Tagesschau 25.9.2023

⁴³⁸ Vgl.: Argumente gegen diese Strategie von A. Umland:

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247582500/Warum-die-Ukraine-nicht-Gebiete-fuer-Frieden-opfern-darf.html> (22.9.2023, Zugriff 23.1.2024)

ausgesprochen. So wie sich ehemalige westliche Kolonialmächte von ihren Ambitionen verabschieden mussten, muss sich Russland von seinem imperialen Wahn befreien (oder befreit werden), oder es zerstört sich selbst. Erst dann kann Russland zu einer zivilisierten Völkergemeinschaft zurückkehren.

Schließlich gibt es Friedensinitiativen, die die Rückgabe der annektierten ukrainischen Festlandgebiete empfehlen, wobei die Krim aber bei Russland bleiben sollte. Eine Variante spricht sich dafür aus, die Krim für 15 Jahre unter internationale Verwaltung zu stellen und dann eine Volksabstimmung über die weitere Zukunft abzuhalten. Das Problem dabei ist die internationale Verwaltung, der Abzug aller russischer Truppen von der Krim u.a.m., alles Voraussetzungen, denen Russland zustimmen und sich an die entsprechenden getroffenen Vereinbarungen auch halten müsste, was auch garantiert werden müsste – ein reichlich unsicheres und eher unwahrscheinliches Konstrukt.

Ein Blick auf die jüngere Geschichte zeigt etwas Anderes: Schon 1954 wurde aus pragmatischen ökonomischen und logistischen Gründen von der Sowjetführung entschieden, die Krim bei der Ukraine zu belassen, weil sie vom russischen Festland aus kaum wirtschaftlich rational zu halten wäre. Die Krim war kein „Geschenk“ an die Ukraine, wie Putin immer wieder behauptet. Heute als dauerhafte russische Exklave ist die Situation noch schwieriger geworden: Süßwasserversorgung, westlicher Boykott machen erhebliche jährliche Subventionen notwendig, die das gesamt-russische Budget dauerhaft belasten. Es gibt da noch ein innerrussisches politisches Problem, wie Andreas Umland meint: „[...] bei einer hypothetischen russischen Rückgabe der frisch annektierten Gebiete [steht] für den Kreml politisch immer mehr auf dem Spiel. Was hätte die Opferung vieler zehntausend russischer Menschenleben und die Isolierung des Landes vom Westen gebracht, wenn Moskau nach Verhandlungen dem Status quo ante vom 22. Februar 2022, das heißt dem Tag vor Russlands Großinvasion, oder sogar vom 19. März 2014, sprich dem Tag nach Russlands illegaler Krim-Annexion, zustimmen würde? [...] Es ist eine Illusion zu glauben, dass es eine praktikable Alternative zum laufenden Kampf der Ukraine um die Befreiung ihrer Gebiete gibt. Die Forderungen nach einem raschen Waffenstillstand stehen nicht nur in offenkundigem Widerspruch zu den ukrainischen Wünschen. Sie stellen sich auch gegen nationale Interessen westlicher Staaten und gegen weltweit geltende völkerrechtliche Prinzipien.“

„Gipfel für den Frieden in der Ukraine“

Vom 10. – 11.6. 2023 fand in Wien ein „Gipfel für Frieden in der Ukraine“⁴³⁹ statt, nach Selbstdarstellung der Organisatoren die größte internationale Friedenskonferenz zu Waffenstillstand und Verhandlungen seit Beginn der russischen Aggression. Im Aufruf zum Frieden beim Friedensgipfel in Wien heißt es u.a.: „Wir verurteilen die illegale russische Invasion in der Ukraine. Wir sind uns der Mitverantwortung der NATO für diesen Langzeitkonflikt als eines von vielen Beispielen für Verstöße gegen das Völkerrecht voll bewusst. Gleichzeitig sind wir betroffen von den Folgen, die dieser Krieg und alle Kriege für die Gesellschaften haben – von Verletzungen und Todesfällen bis hin zu langfristigen Einschränkungen, die die Frauen trifft, die selbst in Kriegszeiten lebenswichtige Pflege leisten und trotz Menschenrechtsverletzungen für ihren Lebensunterhalt und Frieden kämpfen. Er zerstört die Umwelt und die Infrastruktur des Landes, verursacht weltweit steigende Lebensmittel- und Energiepreise, verschärft Armut und Hunger – insbesondere im globalen Süden – und bedroht die ganze Welt mit einem Atomkrieg. Es ist an der Zeit, dass die Waffen schweigen und dass die Diplomatie beginnt, den Konflikt zu lösen. Wir müssen der Logik des Krieges die Logik des Friedens entgegensetzen. Lassen Sie uns zusammenkommen, um den Stand und den weiteren Kontext des russisch-ukrainischen Konflikts,

⁴³⁹ Friedensgipfel „International Summit for Peace in Ukraine“ im Juni in Wien (internationale-friedensfabrikanfried.org) (9.5.2023) Zugriff 18.6.2023

die Positionen unserer verschiedenen Regierungen, die Bemühungen, Hindernisse und Möglichkeiten der verschiedenen Friedensbewegungen und vor allem die Frage zu erörtern, wie wir uns wirksamer für einen Waffenstillstand und Verhandlungen sowie für friedliche Lösungen als Alternative zum Krieg einsetzen können. Frieden ist nicht nur die Aufgabe von Staaten und Diplomaten, sondern heutzutage immer mehr auch die der globalen Zivilgesellschaft. Was wir jetzt dringend brauchen, ist eine globale Bewegung, die von allen Parteien verlangt, dass sie aufhören zu kämpfen und anfangen zu reden. Die internationale Unterstützung durch den weihnachtlichen Waffenstillstandsappell des Internationalen Friedensbüros, die Appelle in der UN-Generalversammlung und von vielen Regierungen, ja sogar die Äußerungen einiger politischer Führer Russlands und der Ukraine zeigen, dass sich vielleicht ein Fenster der Gelegenheit öffnet. Es liegt in der Verantwortung der Friedensbewegungen in aller Welt und aller friedliebenden Völker, diese Bemühungen zu verstärken. Der Wiener Friedensgipfel in der Ukraine kann ein starkes Zeichen der Hoffnung und ein Katalysator für mehr und stärkere Friedensaktionen auf der ganzen Welt sein. Die Zukunft der Menschheit hängt in der Schwebe; wir müssen den Moment nutzen, bevor es zu spät ist.“ Für die Veranstaltung wurde allerlei Prominenz aufgeboten, Noam Chomsky hielt (per Videoschaltung) eine Rede, in der er der Ukraine zwar nicht ihr Verteidigungsrecht absprach aber vage meinte, dass es doch sehr viele Alternativen gebe, wie Frieden geschaffen werden könnte, diese führte er aber nicht aus. Seiner Meinung nach sei die Weltgemeinschaft für einen Frieden in der Ukraine bereit, doch die USA würden die Fortsetzung des Krieges fördern. Sean Conner vom International Peace Bureau trat dafür ein, dass der Frieden nicht nur zwischen Staaten entstehen, sondern „zwischen uns entstehen“ müsse, er räumte ein, dass er selbst nicht die Lösung für diesen gerechten Frieden parat habe. Die Rede von Jeffrey Sachs (ab 1991 Wirtschaftsberater in Russland) war eigentlich eine klassische Verschwörungserzählung, der Redner berief sich auf Insiderinformationen aus dem Weißen Haus, die seiner Ansicht nach belegen würden, dass alle großen internationalen Konflikte auf die USA zurückzuführen seien, etc. Befremdlicher Weise fand das Thema russischer Kriegsverbrechen keinen gebührenden Platz, die meisten Wortmeldungen oszillierten zwischen Antiimperialismus und Phantasieerzählungen. Die Sprengung des Kachovka-Staudammes und die (nationalen wie globalen) Folgen blieben unterbelichtet, ebenso wie die Tatsache, dass es dem Kreml um Vergeltung und imperiale Restauration und nicht um die Lebensinteressen der Menschen in den besetzten Territorien geht. Fragen nach konkreten Wegen zum Frieden wurden umgangen und z.B. durch vage Forderungen nach Umgestaltung des UN-Sicherheitsrats, einem Lehrstuhl für Friedensforschung in Österreich und nach „ernsthafteren Diskussionen über den Frieden“ ersetzt. Was die Bereitschaft ehemaliger Staaten der Sowjetunion der NATO beizutreten betrifft, so fehlte in der Konferenz ganz offensichtlich das Verständnis dafür, dass souveräne Staaten sich in die Sicherheitsarchitekturen begeben (können sollen), die sie für sich am geeignetsten erachten. Dass diese Länder Russland nicht mehr vertrauen und sich von diesem Staat bedroht fühlen, darf nicht verwundern, es hat seine restaurativen imperialen Ansprüche nicht aufgegeben. Es fehlte nicht an Allgemeinheiten wie etwa dem Slogan „Kriegslogik durch die Friedenslogik ersetzen“. Das ist einfach und schnell gesagt, setzt aber Mitspieler voraus, die das auch wirklich wollen und umsetzen. Dass Putin in diesem Sinn kein Mitspieler ist, muss aus dem Kontext der Geschichte Russlands verstanden werden, Putin hat – seit er an der Macht ist – den Einsatz von Gewalt innerhalb wie außerhalb Russlands stetig gesteigert, die Dosis der Erhöhung des Gewalteinsetzes wählte er gerade so, dass sie der Westen ohne allzu großen Widerstand immer wieder letztendlich akzeptierte. Dazwischen gab er die große Show der Olympischen Spiele in Soči, um wenige Monate danach quasi im Schatten dieses Großevents die Ukraine anzugreifen und mit durchsichtig inszenierten Scheinabstimmungen die Krim zu annektieren. Der 24. 2. 2022 mit der „militärischen Spezialoperation“ war dann doch ein Wendepunkt. Putin hat den militärischen Widerstand der Ukraine und die Solidarität des Westens mit dem attackierten Land dramatisch unterschätzt. Dass er nach den blamablen Niederlagen auf dem Schlachtfeld 2022 zu keinem Einlenken oder zu ernsthaften Gesprächen hinsichtlich einer

dauerhaften Friedensregelung bereit war und dies bis heute nicht ist, zeigt die Grenzen der bisherigen Friedensbemühungen. Reale Hoffnungen auf einen schnellen Frieden sind verschwindend gering. Territoriale Zugeständnisse an die jeweilige Gegenseite erscheinen unrealistisch: Große Teile der russischen Elite folgen dem Dogma des russisch-nationalen Imperialismus, wonach die Annexionen ukrainischer Gebiete gerechtfertigt und nicht verhandelbar sind. Am deutlichsten ist dies im Fall der Krim: Hier besteht in der russischen Gesellschaft ein nahezu vollständiger Konsens über die Berechtigung der Krim-Annexion, wobei starke emotionale Bindungen an die Krim (Urlaubsparadies, Sehnsuchtsort etc.) eine wichtige Rolle spielen. Ausgehend von diesen Prämissen ist die Unvereinbarkeit der Positionen klar: Das russische radikale Lager (und mit ihm ein Großteil der Bevölkerung) beharrt auf den territorialen Gebietsgewinnen, die Ukraine (d.h. der überwältigende Teil der Bevölkerung) besteht ohne Zugeständnisse auf der Einhaltung völkerrechtlicher Normen. Auch wenn die Friedensappelle ehrlich und gut gemeint sind, so sind sie oft inhaltlich mangelhaft und haben sich selbst durch das Ignorieren bzw. auch die Unkenntnis historischer Gegebenheiten und ideologischen Grundlagen (imperiale und koloniale Ambitionen, hegemoniales Gehabe) in diskursive und illusionäre Sackgassen manövriert.⁴⁴⁰

So tragisch es ist, im Augenblick gibt es keinen realistischen Weg, den Krieg zu beenden und Bedingungen für eine dauerhafte Friedenslösung für Osteuropa zu schaffen.

⁴⁴⁰ Vgl. Andreas Umland: Die Sirengesänge der voreiligen Friedensstifter – wer meint, Russland und die Ukraine könnten schon bald einen Kompromiss finden, ist schlecht informiert. (NZZ, 11.6.2023)

Kriegsbeginn und Kriegsverlauf

Die Auflösung der Sowjetunion erforderte eine international verbindlich anerkannte Festlegung der Grenzen, Sicherheitsgarantien und schließlich eine Klärung der Verfügbarkeit über die Atomwaffen, die in Kasachstan, Belarus⁴ und in der Ukraine verblieben waren. Letztere besaß zu dem Zeitpunkt das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt, hatte de facto aber keine operative Kontrolle darüber, da nur die Russische Föderation über die entsprechenden erforderlichen Freischaltcodes verfügte. Die formale Kontrolle über die Atomwaffen in diesen drei Ländern oblag der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / GUS. Das sog. Budapester Memorandum (1994) war das entsprechende Forum, für diese Problematik eine definitive Lösung zu finden. Bis 1996 wurden alle Kernwaffen der früheren Sowjetunion in die Russische Föderation gebracht, die in der Rechtsnachfolge der UdSSR das Recht auf den Besitz von Atomwaffen hatte. Das Dokument wurde von allen beteiligten Ländern unterzeichnet und als völkerrechtlicher Vertrag bei den Vereinten Nationen hinterlegt. China und Frankreich gaben zur Sicherheitsgarantie der Ukraine eigene Erklärungen ab. Das Memorandum wurde in sechs Artikeln formuliert:

- Artikel 1 bekräftigt erneut die Verpflichtung der Signatarstaaten, Souveränität und bestehende Grenzen zu achten und verweist auf die Schlussakte von Helsinki als Grundlage für die Prinzipien der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität.
- Artikel 2 bekräftigt erneut die Pflicht zur Enthaltung von Gewalt und verweist auf die Charta der Vereinten Nationen als Grundlage des Gewaltverbotes.
- Artikel 3 bekräftigt mit nochmaligem Verweis auf die Schlussakte von Helsinki erneut die Verpflichtung, wirtschaftlichen Zwang zu unterlassen, der darauf abzielt, die Ausübung der Souveränität innewohnenden Rechte durch die Ukraine ihren eigenen Interessen unterzuordnen und sich so Vorteile jeglicher Art zu sichern
- Artikel 4 bekräftigt erneut die Verpflichtung unverzüglich den Sicherheitsrat der UN zur Unterstützung der Ukraine einzuschalten, falls diese als Nicht-Nuklearwaffen-Staat und Teilnehmerin des Atomwaffensperrvertrages mit Nuklearwaffen bedroht würde.
- Artikel 5 bekräftigt erneut die Verpflichtung zur Enthaltung vom Einsatz von Nuklearwaffen gegenüber Nicht-Nuklearwaffen-Staaten, die Teilnehmer des Atomwaffensperrvertrages sind.
- Artikel 6 enthält das Versprechen, sich bei Konflikten zu beraten.

Allgemein herrschte die Meinung vor, dass das Memorandum nach dem Völkerrecht verbindlich sei, es habe aber keine Mittel zu seiner Durchsetzung. Es nehme jedoch Bezug auf andere Verträge, die schon für sich genommen die Bestimmungen des Memorandums garantierten. In der Nachfolgezeit gab es verschiedentliche Anlassfälle, die eine Aktivierung des Budapester Memorandums nahelegten, so erwog die ukrainische Regierung unter Präsident Viktor Juščenko, etwa im Laufe des russisch-ukrainischen Gaskonfliktes 2005/06 die Unterzeichner des Memorandums zur Hilfe für die Ukraine in Anspruch zu nehmen. Die Annexion der Krim 2014 durch die Russische Föderation bewog die USA und Großbritannien das Verhalten Russlands als Nichteinhaltung des Memorandums und klare Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine zu interpretieren. Russland konterte mit seinem zum Dogma geronnenen Narrativ, die Drohungen von Seiten der EU und der USA während der Unruhen in Kiew, Sanktionen gegen die ukrainische Staatsführung (unter Präsident Janukovyč) zu verhängen sowie die spätere Anerkennung des „Staatsstreichs in Kiew“ sei als Bruch der Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum zu werten. Mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 verstieß Russland gegen das Budapester Memorandum, wodurch die Frage der Zuverlässigkeit von

Sicherheitsgarantien seitens der Großmächte gegenüber Staaten ohne Atomwaffen aufgeworfen wurde und damit die grundsätzliche Frage über die Zukunft der internationalen Ordnung. Eine Intervention von außen welcher Art auch immer ist ein Bruch internationaler Rechte, Vereinbarungen etc.⁴⁴¹ Der Überfall auf die Ukraine war keine spontane von außen erzwungene „Abwehrreaktion“, wie die offizielle russische Erzählung glauben machen will, sondern von langer Hand geplant. Nach Putins Machtantritt brach Russland die Vereinbarungen des Memorandums mehrmals durch militärische Interventionen im von ihm beanspruchten „Näheren Ausland“ – Dagestan, Georgien, Unterstützung separatistischer Bewegungen, durch das Engagement in Syrien für Assad und durch Gewaltanwendung im eigenen Staatsgebiet (Tschetschenien). Die eigentliche Vorbereitung auf den Krieg gegen die Ukraine begann mit der Annexion der Krim und dem Donbas-Krieg 2014. Die Annexion der Halbinsel war die Voraussetzung für den Donbas-Krieg. Als Grund für die militärische Intervention gibt der Kreml den Kampf um den Erhalt des Russischen, der russischen Kultur und der russischen Werte an, die er in der Ukraine bedroht sieht, er wirft der Ukraine unbewiesener Maßen Genozid vor. Separatistische Ideen fanden im Donbass nicht überall Unterstützung. Im Zuge des Euromajdan fanden hier auch kleinere Protestaktionen statt. Andererseits unterstützten auch nicht alle Janukovyč. Die Lage war also nicht eindeutig, in Odesa kamen bei einem Brand im Gewerkschaftshaus, in das 200 Menschen geflüchtet waren, 48 Separatisten ums Leben – unter bis heute ungeklärten Umständen. Nur im Osten und Süden der Ukraine konnten die Separatisten Fuß fassen. Bis zur Annexion gab es dort jedoch keine organisierten und strukturierten separatistische Bewegungen, die in der Mehrheit der Bevölkerung verankert gewesen wären. Aktivisten besetzten handstreichartig Regierungsgebäude, erklärten die Unabhängigkeit der „Volksrepubliken“ Luhans‘k und Donec‘k. Am 11.5. 2014 fanden sog. „Referenden“ und zu Jahresende sog. „Präsidentenwahlen“ statt. Bei Umfragen gab es in Luhans‘k und Donec‘k Umfragen, wonach etwa ein Drittel der dortigen Bevölkerung eine Abspaltung befürworteten. Das erklärt sich z.T. daraus, dass in diesem Gebiet der Anteil ethnischer Russen etwa 30% beträgt. Jedenfalls war diese Region für prorussische Agitation und für ein Eingreifen des russischen Militärs günstiger als andere Regionen. Aber aus den ethnischen und sprachlichen Gegebenheiten lassen sich nicht zwingend besonders proseparatistische Einstellungen ableiten. Es waren wirtschaftliche Fragen entscheidender, insbesondere die Angst vor dem Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft, Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, Angst vor Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Vieles stand ja damals zur Disposition, die Unabwägbarkeiten der Frage eurasisches Wirtschaftskonzept vs. Annäherung an die EU. Eine weitere Rolle spielten regionale Oligarchen, von denen manche ihre eigenen Interessen durch eine stärkere Anlehnung an Russland in besseren Händen wähten, konkrete Interventionen Russlands durch den militärischen Geheimdienst (Glavnoe razvedyvatel’noe upravlenie / GRU), und massive Medienpropaganda (durch Medien in Russland wie lokale Medien), die die Regierung in Kyjiv als „Nazi- bzw. „Faschistenregierung“ diffamierte. Die Interimsregierung, die sich nach dem Euromajdan konstituierte, versuchte die Kontrolle über die Separatistengebiete wieder zu erlangen. Am 17.7.2014 wurde das Passagierflugzeug MH17 durch eine russische Rakete abgeschossen mit 298 Toten (Russland bestreitet bis heute trotz der eindeutigen internationalen Untersuchungsergebnisse jegliche Verantwortung). Die militärischen Auseinandersetzungen mündeten in einen (brüchigen) Waffenstillstand und in das Minsker völkerrechtlich geltende Abkommen (Minsk II). Russland definierte sich bei diesem Abkommen jedoch nicht als Kriegspartei, sah sich daher auch nicht an das Abkommen gebunden. Der zentrale Punkt eines dauerhaften Waffenstillstandes wurde nie umgesetzt, eben so wenig wie der im Abkommen festgelegte Punkt über den „Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen“. Dieses Abkommen benachteiligte die Ukraine, es nicht

⁴⁴¹ Zum Kriegsverlauf siehe die Dokumentation: [Russian Offensive Campaign Assessment | Institute for the Study of War \(understandingwar.org\)](#) (Beginnend ab März 2022, Zugriff 26.4.2023)
[Follow the Russia-Ukraine Monitor Map – bellingscat](#) (Zugriff 26.4.2023)

zu akzeptieren hätte für die Ukraine höhere Kosten und eine Gefährdung der Staatlichkeit bedeutet. Auch die Unterstützung des Westens (EU, NATO) war nicht gegeben, die ukrainischen Streitkräfte fanden sich in einer problematischen Position. Dieses Abkommen bildete aber den einzigen Rahmen für direkte Gespräche der Konfliktparteien. Es wurden zumindest temporäre Waffenstillstände erzielt, insgesamt kostete dieser Konflikt bis Ende 2021 14 000 Menschen das Leben, 1.5 Millionen Menschen flohen in das ukrainische Hinterland, eine Million nach Russland. In den „Volksrepubliken“ vergab Russland russische Pässe, stellte das Bildungswesen in Richtung ideologische Russifizierung um, schränkte ukrainische Medien ein. „Russlands Krieg gegen die Ukraine hatte somit schon in den ersten zwei Phasen eine übergeordnete staatliche Identität gestärkt, anstatt intern polarisierend zu wirken. Putins Intention war klar gescheitert.“⁴⁴² Russland verschärfte die Interpretation der Seegrenzen (Azovsches Meer, Straße von Kerč), provozierte militärische Konfrontationen. In der folgenden Entwicklung verleibte sich Russland weiteres ukrainisches Gebiet ein. Die EU erließ halbherzig Sanktionen als Reaktion auf den Donbas-Krieg gegen Russland. Das Projekt Nordstream 2 war aber davon ausgenommen, es hätte zu sehr deutsche u.a. Interessen betroffen. Insgesamt hoffte man, dass der Konflikt so weit „einfriert“, dass die Wirtschaftsbeziehungen nicht dauerhaft beschädigt würden. Der Westen erkannte nicht, dass die Linie von den Kaukasus-Interventionen, dem Tschetschenien-Krieg, der Krim-Annexion und die Interventionen im Donbas eine Erprobungsphase war, in der Russland, d.h. Putin, austestete, wie weit der Westen seine restaurativen Expansionsvorhaben akzeptierte. Konnte Moskau die Annexion der Krim und die Intervention im Donbas durch scheindemokratische Abstimmungen quasi legitimieren, so musste es den Krieg gegen die Ukraine mit einer fundierteren Erzählung untermauern. Auf der Webseite der Europäischen Kommission ist dieses Narrativ unter dem Titel „Zwölf Mythen über den Krieg Russlands in der Ukraine – und die Wahrheit“ zusammengefasst und widerlegt:⁴⁴³

- Mythos 1: Ein russischer Sieg in diesem Krieg ist unausweichlich. Entweder gewinnt Russland den Krieg, oder der Konflikt mündet in den dritten Weltkrieg. Die militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen führt dazu, dass die Lage eskaliert und das Leiden in die Länge gezogen wird. Der einzige Weg zum Frieden führt über die Entmilitarisierung der Ukraine.
- Mythos 2: Russland befindet sich im Krieg mit dem Westen. Die Ukraine ist nur ein Strohhalm der NATO und ein Kampfgebiet. Russland verteidigt sich gegen den Aggressor Ukraine.
- Mythos 3: Die Ukraine möchte Kernwaffen, greift die zivile Nuklearinfrastruktur an und versteckt Waffen in Kernkraftwerken. Die Ukraine arbeitet an der „schmutzigen Bombe“. Es wäre legitim, wenn Russland taktische Kernwaffen gegen die Ukraine einsetzt.
- Mythos 4: Ganz Europa hat einst den Überfall der Sowjetunion durch Nazideutschland unterstützt, und jetzt unterstützt Europa die Nazi-Ukraine. Russland setzt den Großen Vaterländischen Krieg in der Ukraine fort, um die Welt von den Nazis zu befreien.
- Mythos 5: Die Ukraine ist eine künstliche Schöpfung, kein souveräner Staat. Die ukrainischen Gebiete gehören historisch zu Russland. Die Bevölkerung dieser Gebiete hat sich in einer freien politischen Willensäußerung dafür ausgesprochen, nach Russland zurückkehren zu wollen, und es ist die patriotische Pflicht Russlands, sie zu befreien und zu beschützen.
- Mythos 6: Russland kämpft in der Ukraine gegen den westlichen Imperialismus und Neokolonialismus, um eine multipolare Weltordnung zu schaffen, in der sich die Länder nicht in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten einmischen.

⁴⁴² Gwendolyn Sasse: Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen. München, 2022², S. 91

⁴⁴³ Zwölf Mythen über den Krieg Russlands in der Ukraine – und die Wahrheit (europa.eu) (Zugriff 13.9.2023)

- Mythos 7: Die Ukraine begeht seit Jahren Völkermord im Donezbecken, und Russland musste eingreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Außerdem führt die Ukraine Operationen unter falscher Flagge durch und täuscht Gräueltaten vor, um Russland Kriegsverbrechen vorzuwerfen.
- Mythos 8: Russland führt einen heiligen Krieg gegen gottlose Satanisten in der Ukraine, um das Christentum und die traditionellen Werte zu schützen.
- Mythos 9: Die USA haben die Entwicklung biologischer Geheimwaffen in ukrainischen Laboren finanziert und organisiert, diese biologischen Waffen an der lokalen Bevölkerung ausprobiert und die Ukraine für einen Angriff auf Russland damit bewaffnet.
- Mythos 10: Die EU kann ohne die russischen Energieressourcen nicht überleben. Die USA haben die EU zu politischen Maßnahmen gedrängt, die zu einer weltweiten Energiekrise geführt haben, da diese den US-amerikanischen Energieunternehmen zugutekommt.
- Mythos 11: Die EU hat eine weltweite Nahrungsmittelknappheit herbeigeführt, indem sie die russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Düngemittel auf die Verbotsliste setzte. Russland trägt keine Verantwortung für die weltweite Nahrungsmittelkrise. Die EU behält das gesamte Getreide aus der Ukraine selbst und hungert andere Länder aus.
- Mythos 12: Die westlichen Sanktionen gegen Russland sind illegal und verursachen weltweiten Schaden. Sie destabilisieren die Weltwirtschaft und treiben die Lebenshaltungskosten der Menschen auf der ganzen Welt in die Höhe. Die Sanktionen haben keine Wirkung auf die russische Wirtschaft, und Russland hat bewiesen, dass die Sanktionen nicht greifen.

Im Frühjahr 2020 unterstützte Putin bei der Niederschlagung der Proteste gegen die gefälschten Wahlen des belarussischen Präsidenten Lukašenka und machte Belarus‘ schließlich de facto zu einem Vasallenstaat Russlands. Am 21. 2. 2022 (wenige Tage vor dem Aggressionskrieg gegen die Ukraine) anerkannte Russland in einer pompösen Zeremonie die „unabhängigen Volksrepubliken“ Donec‘k und Luhans‘k. Putin hielt dabei eine Rede, in der er behauptete, dass die Ukraine keine gefestigte Tradition der Staatlichkeit habe. Insbesondere Lenin habe der Ukraine Elemente der Staatlichkeit zugesprochen und der Ukraine Gebiete zugesprochen, die eigentlich russisch seien. Die Ukraine sei in künstliches Gebilde, 1954 sei die Krim noch diesem Kunstkonstrukt zugeteilt worden. Nach 1991 habe die Ukraine versucht westliche Modelle zu adaptieren, die aber in „Bürgerkrieg“ und Staatstreich (Vertreibung von Janukowitsch aus seinem Amt) geendet hätten. Dann beschuldigte er noch die NATO, die Ukraine als möglichen / künftigen Kriegsschauplatz missbrauchen zu wollen. Putin bestand auf eine Rückkehr zum Zustand von 1997 vor der NATO-Osterweiterung. Den möglichen Casus belli formulierte Putin in dem absurden Vorwurf, die Ukraine betreibe im Donbas einen Genozid an der Bevölkerung, die bloß ihre Sprache, Kultur und ihre Traditionen pflegen und erhalten wolle. International (z.B. OSZE) wurde festgestellt, dass es zu keiner Zeit im Donbas einen Genozid oder auch nur Anzeichen dafür gegeben hätte. Diese Behauptung war eher für die Bevölkerung in Russland bestimmt, die auf einen ernsteren Konflikt mit dem „verruichten“, „wortbrüchigen“ Westen und dem „Kunstgebilde von Lenins Gnaden“ Ukraine eingestimmt werden sollte.

Den eigentlichen Ukraine-Krieg bereitete Putin schon 2021, d.h. ein Jahr vor dem Angriff mit nicht enden wollenden Manövern, Truppenzusammenziehungen udgl. vor. Im Dezember machte Putin seine ultimativen Bedingungen / Forderungen bekannt und signalisierte, dass er an Verhandlungen nicht interessiert war. Seine Forderungen waren: Rückzug jeglicher NATO-Präsenz aus den östlichen Mitgliedsstaaten, Annullierung der 2008 formulierten Absichtserklärung, die Ukraine und Georgien in der Zukunft in die NATO aufnehmen zu wollen. Russland replizierte auf das angebliche Versprechen Gorbačëvs (im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung), wonach sich die NATO nicht über Deutschland hinaus gegen Osten

erweitern würde. Umstritten ist dieses Versprechen auch deshalb, weil es keine schriftliche Vereinbarung dazu gibt, und jede Seite die Gespräche für sich interpretieren konnte. Neue weltpolitische Konstellationen waren entstanden: Die Sowjetunion hatte sich aufgelöst und der Warschauer Pakt war obsolet geworden. Die Möglichkeit beim Schopf zu packen und eine grundlegend neue Friedensordnung für Europa zu entwickeln, wurde nicht ergriffen. Nach 1991 bekundeten die ostmitteleuropäischen Staaten ihr Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft. Die Ukraine arbeitete ab 1997 mit der NATO (NATO-Ukraine-Charta) in gemeinsamen Militäreinsätzen zusammen. 2010 machte die Ukraine deutlich, dass sie an einer NATO-Mitgliedschaft interessiert sei, aber weiterhin blockfrei bleiben möchte. 2020 sprach die NATO der Ukraine den Status eines „Enhanced Opportunities Partner“ zu. Mitgliedschaft bei diesem Militärbündnis standen nicht auf der Tagesordnung. Allerdings machte sie klar, dass ein genereller Beitrittsstopp weiterer mittelosteuropäischer Länder für sie nicht in Frage käme, ließ aber einen gewissen Verhandlungsspielraum in dieser Frage bezüglich NATO-Präsenz an der Ostgrenze offen. Putin stellte wiederholt und unabdingbar seine ablehnende Haltung gegenüber Verhandlungen, die seine Forderungen abschwächen sollten, klar.

Wenige Tage vor dem Angriff auf die Ukraine (21.2.22) anlässlich der Sitzung des russischen Sicherheitsrates) führte Putin noch einmal die Rechtfertigungen aus, in der Ukraine militärisch einschreiten zu „müssen“. ⁴⁴⁴ Seine Darstellung beruht auf Tatsachenverdrehungen, Unwahrheiten und dreisten Lügen. Im Prinzip wiederholte, was er schon seit Jahren stereotyp der Welt weis zu machen versucht und der eigenen Bevölkerung zum Glaubensvorsatz machte. Am 24. 2. 22 6h morgens – die „Spezialoperation“ lief bereits – wandte sich Putin in einer Fernsehrede (englische Version siehe im Anhang) an sein Volk, die im Prinzip inhaltlich seine Rede vom 21.2. wiederholte bzw. bekräftigte. Russland werde angegriffen und sei gezwungen sich zu verteidigen. Ziel der „militärischen Spezialoperation“ sei die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine und diejenigen vor Gericht zu bringen, die schwere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, auch gegen Bürger der Russischen Föderation begangen haben. Am Schluss seiner Rede appellierte Putin an die unbesiegbare Kraft der Vaterlandsliebe. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass er fest entschlossen war, die Ukraine zu überfallen um sie zu annektieren, physisch zu liquidieren, weil er die Mission des Russkij Mir erfüllen wollte. Ähnliche Lügenkonstrukte und Rechtfertigungsmythen legte der damalige Präsident der Sowjetunion und Generalsekretär der KPdSU Leonid Brežnev 1968 der Weltöffentlichkeit vor, als er die ČSSR (mit seinen Verbündeten) überfiel, weil das Land angeblich vom Westen bedroht war (in seiner Diktion überfallen und annektiert zu werden) und daher „geschützt“ werden müsste. In Wirklichkeit ging es der Kremelführung um die Unterdrückung und Liquidierung demokratischer Reformen in der ČSSR, die er als große Gefahr für den gesamten Ostblock sah. ⁴⁴⁵

Die „militärische Spezialoperation“ erklärte Putin als globalen Kampf gegen den feindlichen Westen und den vom Westen unterstützten ukrainischen Faschismus. Dabei schob er der Ukraine in die Schuhe, was er selbst in die Tat umsetzte. In diesem Kontext ist aber ein ungewöhnlich scharfer von Generaloberst i.R., Präsident der russischen Akademie für geopolitische Probleme und Vorsitzender der allrussischen Offiziersversammlung Leonid Grigor’evič Ivašov unterzeichneter mutiger Appell, bemerkenswert, in dem sich die Veteranen gegen einen Angriff Russlands auf die Ukraine wenden. Gleichzeitig fordern sie alle Bürger zum Widerstand gegen

⁴⁴⁴ Russia’s War in Ukraine: Military and Intelligence Aspects. www.polygraph.info/a/fact-check-russia-lies-ukraine-war/317485164 (9.3.2022, Zugriff 10.8.2023)

www.dw.com/ru/putin-vral-cto-vojnny-s-ukrainoj-ne-budet-hronologija-obmana/a-60904218 (24.2.2022, Zugriff 10.8.2023)

⁴⁴⁵ vgl. u.a. Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe, Planung, Durchführung. Bremen, 1995

Martin Schulze Wessel: Der Prager Frühling: Aufbruch in eine neue Welt. Ditzingen, 2018

einen Krieg und Staatspräsident Wladimir Putin zum Rücktritt auf.⁴⁴⁶ (Der Wortlaut des Appells im Anhang).

In der Ansprache vom 24. 2. braucht man nur die Wörter „NATO, „Ukraine“ durch „Russland“ zu ersetzen, dann kann diese Rede als konkreter Vorhabensbericht des Kreml gelesen werden: „Die NATO-Länder, die nur ihre eigenen Ziele verfolgen, unterstützen die rechtsextremen Nationalisten und Neonazis in der Ukraine, die den Menschen auf der Krim und in Sewastopol niemals verzichten werden, dass sie sich aus freien Stücken für die Wiedervereinigung mit Russland entschieden haben [...] Sie werden zweifellos versuchen, die Krim mit Krieg zu überziehen, sowie sie es im Donbas getan haben, um unschuldige Menschen zu töten, sowie es die Mitglieder der Strafeinheiten aus ukrainischen Nationalisten und Hitlers Komplizen während des Großen Vaterländischen Krieges getan haben. Sie haben auch ganz offen Anspruch auf weitere russische Territorien erhoben.“⁴⁴⁷ Selbst wenn die Putin'sche Erzählung stimmen sollte, sie würde eine Annexion, oder einen militärischen Überfall oder eine militärische Intervention in der Ukraine oder auch nur in einem Teil der Ukraine einen völkerrechtswidrigen Akt darstellen, der durch nichts gerechtfertigt werden kann. Putins „Spezialoperation“ ist ein Kriegsverbrechen. Die Vorwürfe des Genozids an die Ukraine sind frei erfunden (und die Hilfsersuchen der „Volksrepubliken“ eine Farce und erinnern an die Hilferufe konservativer reformfeindlicher und L. Brežnev-ergebener Genossen um Intervention in Prag 1968) und selbst wenn auch sie zutreffen würden, wäre die UNO als Vermittlungsinstanz einzuschalten gewesen. Putin wollte sich darauf nicht einlassen, weil er wohl damit rechnen musste, dass er mit seinem Vorhaben nicht durchkommen würde und meinte selbst kurzen Prozess machen zu müssen / können. Putin hatte seit Jahren seine Absicht, gegen die Ukraine militärisch vorgehen zu wollen, stets geleugnet und als er am 24. 2. 2022 tatsächlich losschlug, log er den von ihm angezettelten Krieg in „militärische Spezialoperation“ um, mit dem Ziel die Ukraine zu „entnazifizieren“ und zu entmilitarisieren, sowie diejenigen vor Gericht zu bringen, die zahlreiche schwere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, auch gegen Bürger der Russischen Föderation, begangen haben sollen.

Putin startete die „militärische Spezialoperation“ gegen die Ukraine mit dem Ziel, die Regierung in Kyjiv abzusetzen und durch eine ihm genehme zu ersetzen, das Land zu „entnazifizieren“ (was immer das auch bedeutete) und „entmilitarisieren“. Wenn sich die ukrainische Armee widerstandslos ergebe, dann würde ihr auch nichts geschehen. Dass die „Spezialoperation“ gründlich und von langer Hand vorbereitet war, dafür gibt es verschiedene Hinweise:⁴⁴⁸ „Wenige Tage zuvor hatten die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen gewarnt, russische Geheimdienste würden Listen von Menschen erstellen, die „getötet oder in Lager geschickt werden sollen“. Dazu gehörten russische und belarussische Dissidenten im ukrainischen Exil, Journalisten und Korruptionsbekämpfer sowie gefährdete Bevölkerungsgruppen wie religiöse und ethnische Minderheiten und LGBTQI+-Personen. Auch bestand kaum ein Zweifel, dass jeder, der den Invasoren Widerstand leistet, getötet oder vor Gericht gestellt würde. Putin forderte das ukrainische Militär auf, „sofort die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen.“ So diffus die Ziele der „Spezialoperation“ anfänglich formuliert waren, umso klarer formulierten sie S.

⁴⁴⁶ Manfred Quiring: Russland Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin 2022, S. 234

⁴⁴⁶ Roger Näbig: Hochangiger russischer Drei-Sterne-General a.D. Iwaschow plädiert gegen einen Einmarsch Russlands in die Ukraine. Konflikte&Sicherheit, 6.2.2022:
[https://konflikteundsicherheit.wordpress.com/2022/02/06/hochrangiger-russischer-drei-sterne-general-russ.](https://konflikteundsicherheit.wordpress.com/2022/02/06/hochrangiger-russischer-drei-sterne-general-russ/) Original: <https://ooc.su/news/obrashhwniw-obshherossijskogo-officerskogo-sobranija> (keine sichere Webseite!)

⁴⁴⁷ „Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation“ 24.21.2022
<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

⁴⁴⁸ Dan Sabbagh: Russia is creating lists of Ukrainians to be killed or sent to camps, US claims Guardian 21.2.2022
www.theguardian.com/world/2022/feb/21/us-claims-russia-creating-lists-of-ukrainians-to-be-killed-or-sent-to-camps-report

Lavrov und D. Medvedev: Es ging in Wirklichkeit um die Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit und der Existenz einer eigenständigen ukrainischen Nation. Doch so einfach wie die Intervention der „sozialistischen Bruderstaaten“ in der ČSSR 1968 verlief die Aktion nicht. Der ukrainische militärische Widerstand überraschte nicht nur den Aggressor sondern auch den Westen, der sich schon vorausblickend auf Sanktionen wie die Aussetzung der Zertifizierung von Nordstream 2 geeinigt hatte. Im Juni erfolgte ein weiteres Sanktionspaket betreffend Einzelpersonen, den Finanzmarkt, Export, Restriktionen bei Visabestimmungen, Kohlen- und Rohölembargo, Technologietransfer u.a. Maßnahmen mit mittel- und längerfristigen Folgen für die russische Wirtschaft. Vom Kreml war ein Blitzkrieg geplant, in dessen Folge die überfallene Bevölkerung ihre „Befreier“ mit Blumen, Salz und Brot empfangen würden, was aber eine vollständige Fehleinschätzung war. Die russischen Truppen gingen mit äußerster Brutalität vor, richteten enorme Zerstörungen an, schonten die Zivilbevölkerung nicht. Den „Genozid“, „Nazimethoden“, Kriegsverbrechen aller Art etc. die der Kreml der Ukraine propagandistisch vorwarf, begangen russische Truppen selbst vielerorts, besonders sticht dabei Buča bei Kyjiv hervor, dem international besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde⁴⁴⁹. Die Vorgänge in Buča (inklusive Hinrichtung von Zivilisten) wurden eindeutig als Kriegsverbrechen klassifiziert. Die russischen Aggressoren kam die „Spezialoperation“ teuer zu stehen, das Ziel Odesa zu erobern, in Cherson u.a. ebenfalls ein Vasallenregime zu installieren wurde nicht erreicht. Als Reaktion auf die militärischen Misserfolge verlegte sich der Kreml auf die massenhafte Terrorisierung der ukrainischen Zivilbevölkerung durch gezielte Zerstörung der Infrastruktur (Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Energieversorgung usw.) – darin ähnelte die russische Kriegsführung durchaus den Methoden des NS-Regimes während des Zweiten Weltkrieges (nicht nur in der Sowjetunion), die die russischen Propaganda der Ukraine andichtete. Der Westen unterstützte zunehmend die Ukraine mit Waffenlieferungen, zuerst zögerlich, im Verlauf des Krieges aber mit immer wirksameren Systemen, Panzern, Abwehrraketen, Defensivwaffen und diskutierte schließlich über die Lieferung von Kampfjets. Die Frage ist allerdings, ob die Unterstützung quantitativ für die Defensivaufgaben der Ukraine ausreicht, ob und wie lange der Westen diese Unterstützung aufrecht erhalten kann und auch wann in Russland selbst die Sanktionen und auch die enormen erlittenen Verluste Wirkung zeigen. Was die Sanktionen betrifft, so tragen viele Länder diese nicht mit, wie z.B. China, Indien, Israel, Türkei, Südafrika, Brasilien, Nicaragua usw. – aus verschiedenen Gründen – was aber andererseits zeigt, dass Russland in der internationalen Staatengemeinschaft doch nicht gänzlich isoliert ist. Andererseits hat der Krieg die Geschlossenheit des Westens und der NATO gestärkt, wobei eine direkte Konfrontation mit der Atommacht Russland vermieden aber trotzdem die Ukraine wirksam unterstützt werden soll. Unmittelbare Folgen des Krieges waren Fluchtbewegungen: Mindestens 4-5 Millionen Ukrainer haben (zumindest vorübergehend) ihr Land Richtung Westen verlassen, dazu kommen etwa sieben Millionen Binnenflüchtlinge. Aber auch Russland ist massiv von Flucht- und Absetzbewegungen betroffen: Auf Grund der zunehmenden Repression des sich immer faschistoider gebärdenden Regimes haben Hunderttausende Russen das Land verlassen und die vom Kreml verkündete Teilmobilmachung hat Hunderttausende Wehrpflichtige ins Ausland getrieben.

Die Kriegszerstörungen in der Ukraine lassen sich noch nicht annähernd beziffern. Für die ersten Hundert Kriegstage wurden die materiellen Zerstörungen etwa 100 Milliarden € geschätzt (Kyjiv School of Economics), der Einbruch der ukrainischen Wirtschaft laut IWF 2022 ca 40-45%. Die Kosten für den Wiederaufbau wurden Mitte Mai 2022 auf ca. 600 Milliarden bis eine Billion US-Dollar geschätzt. Nach Berichten der ukrainischen Regierung sind 2000 Bildungs-, 600 medizinische Einrichtungen, über 24 000 km Straßen, das Eisenbahnnetz, 11 von 36 Flughäfen, usw. betroffen, Zerstörungen der Energieinfrastruktur sind da noch gar nicht enthalten.

⁴⁴⁹siehe ausführliche Dokumentation und Quellenangaben:
https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Butscha

Dazu kommen noch zerstörte und geplünderte Kulturgüter aus Kirchen, Museen udgl. Viele Zerstörungen und Verwüstungen sind irreparabel, die Zerstörung des Kulturerbes ist irreversibel.⁴⁵⁰ Zu den schlimmsten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählen wohl die Verschleppungen, Zwangsadoptierungen, „Russifizierungsprogramme“ für verschleppte Kinder⁴⁵¹ (Bericht der Yale-Universität, Amnesty International u.a.). Auch dieses Verbrechen hatten schon die „wirklichen“ Nazis begangen, zwischen 1940 und 1945 haben sie 60 000 „arisch“ aussehende Kinder verschleppt, nur ein Bruchteil von ihnen wurde nach dem Krieg wieder gefunden. Russland dementiert diese verbrecherischen Maßnahmen nicht einmal, sondern redet die Angelegenheit als humanitären Akt für traumatisierte Waisenkinder schön. Im erwähnten Bericht der Universität Yale ist die Rede von 6000 identifizierten ukrainischen Kindern (die tatsächliche Zahl ist ein Vielfaches höher), die den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten weggenommen wurden und die in bislang identifizierten 43 Lagern festgehalten werden, auch die wirkliche Zahl der Lager dürfte höher sein. Russland betreibt systematische Umerziehung, Russifizierung, Indoktrinierung, das Regime spricht von „Integrationsprogrammen“ beinhaltend russische Geschichte, Kultur, Landeskunde, auch militärisches Training udgl. Putin und seine Clique haben in ihrem neoimperialen Wahn nicht nur ein Nachbarland weitgehend zerstört sondern auch einen Krieg gegen das eigene Volk angezettelt, indem sie Hunderttausende vertrieben, ein diktatorisches Regime errichtet und die Perspektiven künftiger Generationen ruiniert haben. Für viele Menschen ist Russland nicht mehr lebenswert, Putin hat das Land auf einen Pariastatus gebracht. Für die Ukraine ist die Westintegration als Folge des Krieges unausweichlich. Inwieweit sich in der Ukraine demokratische Strukturen nach dem Krieg und in welcher Zeit fest etablieren können, wird sich noch zeigen, Voraussetzungen sind jedenfalls gegeben. Die Reparatur des Verhältnisses zwischen Russland und der Ukraine wird ein Jahrhundertprojekt bleiben. Bis zum Krieg war Zwei- / Mehrsprachigkeit gelebter Alltag, infolge des Krieges zeichnet sich jedoch eine stärkere Hinwendung zur ukrainischen Sprachpraxis und zu einer Identifikation mit dem Ukrainischen auch bei der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung ab. Politisch hat sich die Zivilgesellschaft in der Ukraine gestärkt und wird beim Aufbau einer neuen demokratischen Ukraine eine wichtige Rolle spielen, auch die Rückwanderung Geflüchteter aus dem Westen wird helfen das Land zu modernisieren, offener und demokratischer gestalten können. In Russland wurde die Zivilgesellschaft gewaltsam zerstört, ihre Proponenten verhaftet, hinter Gitter gesetzt, zu Lagerhaft verurteilt, vertrieben, ermordet. Die Bevölkerung wurde „umgedreht“, ideologisch vergiftet.⁴⁵²

Die Welt war am, 24. 2. 2022 fassungslos. Putin „weiß, dass sich sein Land weltweiter Missbilligung und massiven Sanktionen gegenüberstehen wird, was die Russen, eingesperrt hinter einem neuen Eisernen Vorhang, in Elend und Schrecken stürzen wird. Doch in seinem Geist gilt: Gesagt, getan. Er will im Hinblick auf seine geduldig erarbeitete Vision von der Geschichte der Welt, Russlands und der Ukraine konsequent sein. Der Kriegseintritt ist vorbereitet gewesen, wahrscheinlich seit Jahren. Jenen, die sich fragten, warum der russische Präsident nach seiner dritten Wiederwahl ‚den Spieleinsatz nicht erhöhte‘, gab er so die denkbar extremste Antwort. Während er lediglich seine mit Hilfe von Iljin, Gumiljow und anderen russischen Denkern entwickelte Weltanschauung in die Praxis einführte, fragten sich manche noch: Hat

⁴⁵⁰ Eine wirklich brutale Fotodokumentation zum Krieg:
«Этого просто не может быть». Год войны в рассказах фотокорреспондентов (zona.media) (24.2.2023, Zugriff 13.9.2023)

⁴⁵¹ <https://hub.conflictobservatory.org/portal/apps/sites/#/home/>
Wladimir Klitschko – Tatjana Kiel: Gestohlene Leben. Die verschleppten Kinder der Ukraine. Unter Mitwirkung von Mykola Kuleba, Dorte Kruppa, Nina Paul und Sabine Oelman. München, 2023

⁴⁵² Vgl.: Gesine Dornblüth – Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg – Basel – Wien, 2023

Wladimir Putin den Verstand verloren? Jedenfalls hat er sich in einen abgeschlossenen, immer zwanghafteren und von der Realität abgeschnittenen Diskurs eingesperrt.⁴⁵³

Doch dieser Krieg nahm einen anderen Verlauf, als Putin geplant hatte. Das russische Heer erlitt eine Reihe schwerer Niederlagen, mit dem Widerstand der (ukrainisch- wie russischsprachigen) Ukrainer und der massiven Unterstützung durch den Westen hatte er nicht gerechnet, er erwartete allen Ernstes, seine Invasionstruppen würden als „Befreier“ mit Brot, Salz und Blumen empfangen. Mit seinem Regime ist Russland in der Welt isoliert, Putin hat ein Debakel für sich persönlich, seine Entourage und sein Land mutwillig heraufbeschworen und unsägliches Leid und Elend für Millionen Menschen gebracht. Seine Kriegsführung erinnert an Grozny, Aleppo, sein Krieg nimmt keine Rücksichten auf die Zivilbevölkerung (die Putin ja eigentlich „befreien“ wollte). Kriegsverbrechen durch seine Soldaten reihen sich an Kriegsverbrechen. Brutal ist die russische Militärführung auch gegenüber den eigenen Soldaten, enorme Verluste werden in Kauf genommen. Putins „Erzählung reaktiviert die sowjetische Mythologie des ‚Großen Vaterländischen Krieges‘. Er lässt ihn Wirklichkeit werden um den Preis einer gewaltigen Verdrehung, wenn nicht Umkehrung der Realität: Weder die Armee noch die politische Führung der Ukraine sind Nazis. Und die russische Armee, losgezogen, um ein friedliches Land zu überfallen, hat nichts mit einer Befreiungsarmee zu tun. Der russische Präsident will, dass sein Krieg ein Weltkrieg sei, wie der Zweite. Niemand weiß, [...] ob Wladimir Putin den Verstand verloren hat. Doch diese Videosequenz [nämlich die Rede vom 3. 3. 2022], in der er eine mystifizierte Vergangenheit in eine neu erfundene Gegenwart umschmilzt, legt nahe, dass er in einer Parallelwelt vor sich hingedämmert hat. Und er würde gern ein ganzes Volk dort mit hineinziehen. Es ist ungewiss, ob das Volk ihm bis zum Schluss in diese Deformation der Geschichte und der Ereignisse folgen wird.“⁴⁵⁴ Die „Spezialoperation“ sollte ursprünglich bloß die – in Putins Rhetorik – „nazistische“ Führung von Kiew ausschalten. Die Etablierung eines moskautreuen Vasallenregimes – „Denazifizierung der Ukraine“ genannt – war das wahre militärische und politische Ziel. Angesichts des Widerstandes der Ukraine und der Solidarität des Westens und der sich häufenden Misserfolge auf dem Schlachtfeld schwenkten Zielsprache und Rhetorik der russischen Führung um in Richtung Verteidigung Russlands, das vom Westen mit der Absicht Russland zu vernichten angegriffen werde. Der Westen missbrauche die Ukraine für seine eigenen expansionistischen Ziele. Russland befinde sich daher in einer legitimen Defensivposition und lasse nicht zu, dass eigenes Territorium (das es der Ukraine entrissen hat) angegriffen wird. Mittlerweile führt Russland einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine mit Elementen des Genozids und zahlreichen dokumentierten Kriegsverbrechen. Das russische Narrativ ändert sich, indem es Tatsachen und historischen Wahrheiten verdreht, entstellt, es kommt sogar zu Adaptierungen des NS-Jargons: Außenminister Lavrov spricht sogar in Rechtfertigung des russischen Vorgehens von einer „Endlösung der Russland-Frage“, die der Westen angeblich intendiere, vom „Existenz- / Überlebenskampf Russlands“ udgl. Die russische Propaganda spricht anfänglich von „ukrainischen Nazis“, dann vom dekadenten Westen, jetzt konkreter vom „nazistischen Deutschland“ – damit ist wohlgemerkt das heutige Deutschland gemeint. Die Propagandisten im russischen Staatsfernsehen sprechen von „nazistischem Abschaum“, „neuen Nazis“, wenn sie vom deutschen Bundeskanzler Scholz, Verteidigungsminister Boris Pistorius, der Außenministerin Annalena Baerbock sprechen. Gipfel dieser absurden Hetze ist die Forderung nach einer „Denazifizierung Deutschlands“. Der Kampf in der Ukraine sei die Wiederauflage des Zweiten Weltkrieges, der Krieg gegen die Ukraine eine Fortsetzung des Kampfes um Stalingrad usw. – geschichtsbefreite Hetzsprache.

Die Historikerin und Publizistin Galja Akkerman antwortet in einem Interview auf die Frage wie der Krieg mit der Ukraine ausgehen könnte: „Er darf nur mit dem Sieg der Ukraine enden.

⁴⁵³ Michel Eltchaninoff: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autorkaten. Stuttgart, 2022, S. 194-5

⁴⁵⁴ Ebda, S.196

Russland muss die besetzten Gebiete räumen. Dafür müssen wir einstehen“.⁴⁵⁵ Putin verfolgt das völkermörderische Ziel die Ukraine auszulöschen als Rache an ihrer „Untreue“, ihrem „Verrat“ an Russland, „die russische Welt“ zu verlassen und sich dem Westen anzuschließen. Damit ist das Existenzrecht einer freien und selbständigen Ukraine bedroht, das Putin nicht akzeptiert, er möchte die ganze Ukraine „heimholen“ (wie die Krim 2014). Es sei patriotische russische Pflicht, die Ukraine zu hassen und zu zerstören etc., diesen Abschaum und diese Verräter zu vernichten, wie TV-Moderator V. Solov'ëv es in seinen Hetzsendungen herausbrüllt (das ist keine Übertreibung, er tut dies tatsächlich). Diese Propaganda kann sich auf Mythen des Kalten Krieges und des Zweiten Weltkrieges stützen, die noch im Bewusstsein eines großen Teiles der Bevölkerung vorhanden sind, Mythen und Erzählungen, auf die sie zurückgreifen bzw. die sie abrufen kann. So funktioniert auch der vom Kreml generierte Nazi-Mythos über die Ukraine, ein Diskurs, der Stalins Diktion ähnelt. Er formuliert einen Appell an alle loyalen und patriotischen Bürger, sich in die Spezialoperation befürwortende Front einzureihen und sei es nur mit Denunziationen oder anderen Loyalitätsbezeugungen. Vor allem die ältere Generation fühlt sich angesprochen, die im Zweiten Weltkrieg, dem „Vaterländischen Krieg“ sowohl unter der NS-Besatzung als auch unter Stalin enorm zu leiden hatte, sie ist besonders prädestiniert Opfer einer perfiden Propaganda zu werden. Das Putin-Regime hat eine Atmosphäre des Hasses, der Verunsicherung, der Einschüchterung und Angst geschaffen, was lebhaftere Erinnerung an den Stalin'schen Terror wachruft und Überleben sichernde Verhaltensmuster wie Anpassung, Duckmäusertum, Untertanenmentalität, Komplizenschaft, Bereitschaft zu Denunziation eher hervorruft als Formen des Widerstandes. Putin kämpft mittlerweile nun nicht mehr nur gegen die Ukraine sondern gegen die westliche liberale Demokratie als Lebensform insgesamt. Diese soll durch ein autoritäres Regime unter russischer Dominanz ersetzt werden, das Europa gewissermaßen von Lissabon bis Vladivostok kontrolliert. Als Wegmarke dahin kann das von Dmitrij Medvedev (der im Westen oft als liberal missverstanden wurde) geäußertes Statement gesehen werden, das er speziell an die Balten richtete und schließlich ganz Europa meinte: „Dass ihr in Freiheit seid, ist nicht Euer Verdienst, sondern unser Versäumnis“.⁴⁵⁶ Ab Mitte Februar 2021 wurden im Donec'becken überdurchschnittlich viele Waffenstillstandsverletzungen von der OSZE dokumentiert. Ab Frühjahr 2021 zog Russland rund 100 000 Soldaten sowie schwere Waffen an der ukrainischen Grenze zu (Dauer-)Manövern zusammen. Diese Truppenmassierung wurde von der Ukraine, der EU und NATO kritisiert, an Putin wurde appelliert die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und keine aggressiven Akte zu setzen. Gleichsam im Gegenzug forderte Russland von der NATO die Erklärung vom Gipfel 2008 in Bukarest zurückzunehmen, bei der standen die Anerkennung des Kosovo, militärische Maßnahmen in Afghanistan, die Erweiterung des Bündnisses, der Beitritt Kroatiens, Albaniens und Mazedoniens sowie der Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO auf der Tagesordnung standen. Dabei berief sich Moskau auf die 1997 in Paris unterzeichnete völkerrechtliche Absichtserklärung zwischen der NATO und Russland (sog. NATO-Russland-Grundakte). Dabei ging es um die Anerkennung der Veränderungen seit dem Ende des Kalten Kriegs und die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, und die Etablierung eines gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraumes. Grundsätze, auf die man sich geeinigt hatte, waren:⁴⁵⁷

- Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander oder gegen irgendeinen anderen Staat, seine Souveränität, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit sowie
- Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie ihres naturgegebenen Rechtes, die Mittel zur Gewährleistung ihrer

⁴⁵⁵ Interview im Standard, 28. 1. 2023

⁴⁵⁶ Zit. nach: Michael Thumann: Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München, 2023, S. 11

⁴⁵⁷ NATO-Russland-Grundakte – Wikipedia (aufgerufen 14.4.2023)

eigenen Sicherheit sowie der Unverletzlichkeit von Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker selbst zu wählen.

- Politische Ziele waren die Schaffung freier Marktwirtschaften und deren Schutz sowie die Mitwirkung an Konfliktverhütungen durch die Vertragsparteien unter dem Dach und der Verantwortung des UNO-Sicherheitsrates.
- Um diese Ziele zu verwirklichen, wurde der NATO-Russland-Rat geschaffen. In ihm stehen die Beteiligten in direkter Verbindung und konsultieren sich gegenseitig sowohl regelmäßig in Routineangelegenheiten als auch bei Bedarf im Fall von Spannungen.
- Der dritte Teil der Akte handelt von gemeinsamem Engagement in einer Vielzahl von Feldern, darunter Rüstungskontrolle, gemeinsame Friedensoperationen sowie der Kampf gegen Rauschgift. Dazu sollen auch bestehende Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa genutzt werden. Diese werden durch den neuen Vertrag ausdrücklich nicht in ihren Tätigkeitsfeldern eingeschränkt.

Im Bereich der direkten politisch-militärischen Angelegenheiten ist der Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in den neuen Mitgliedsstaaten der NATO in Mittel- und Osteuropa enthalten. Abhängig von der Sicherheitslage begrenzt der Vertrag die Stationierung von Truppen in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten, wobei eine Truppenaufstockung nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird. In diesem Zusammenhang können, falls erforderlich, Verstärkungen erfolgen für den Fall der Verteidigung gegen eine Aggressionsdrohung und für Missionen zur Stützung des Friedens.“

In der Nacht 24. 2. 2022 appellierte noch UN-Generalsekretär António Guterres an Präsident Putin, „halten Sie ihre Truppen davon ab, die Ukraine anzugreifen. Geben Sie dem Frieden eine Chance.“ Am 24. Februar startete Russland entlang der gesamten ukrainischen Grenze Russlands sowie aus Belarus‘ den lange vorbereiteten als kurze Kommandoaktion geplanten Angriff auf die Ukraine. Das Kriegsziel der Einnahme Kiews und der Sturz der herrschenden Regierung wurde nicht erreicht, die Regierung blieb, Präsident Zelenskyj floh nicht ins Ausland, die Ukraine leistete überraschenden militärischen Widerstand und vertrieb die Invasionstruppen aus dem Raum Kiew, die russischen Streitkräfte mussten sich aus diesem Raum zurückziehen, dabei begangen sie zahlreiche unbestreitbar dokumentierte Kriegsverbrechen.

Prognosen zum weiteren Kriegsverlauf

Nach mehr als einem Jahr Krieg hat sich die militärische Lage für Russland erheblich verschlechtert, folgt man dem Militärökonom Marcus Keupp (ETH Zürich). Enorme Verluste der russischen Armee, die Abnutzungsrate der schweren Systeme, Panzer etc. haben zu einer Entzauberung der russischen Armee geführt.⁴⁵⁸ Europa sei so sehr durchseucht von russischer Propaganda, weil es den russischen Angaben mehr vertraut als den Konsensschätzungen renommierter Forschungsinstitutionen. Wie Keupp in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung sagte,⁴⁵⁹ stützte er sich bei seiner Vorhersage auf Quellen wie die schwedische Verteidigungsagentur FOI oder das International Institute for Strategic Studies (IISS) aus London. Keupp führte aus, wenn man den „Technologieboost bei den Ukrainern sowie die russische Verlustrate und die sich erschöpfenden Ressourcen“ zusammenrechnet, dann „ist eigentlich gar kein anderer Verlauf denkbar als eine russische Niederlage.“ Die enormen Materialverluste

⁴⁵⁸ https://www.youtube.com/watch?v=V7Xdqgwz_NQ (5.4.2023, abgerufen 5.4.2023)

[Niederlage für Russland im Oktober - ZDFheute \(04.04.2023\)](#) Zugriff 11.4.2023

[Militärökonom: In diesem Monat verliert Wladimir Putin den Ukraine-Krieg \(merkur.de\) 06.04.2023](#)

⁴⁵⁹ [Marcus Keupp: «Deswegen sage ich: Russland verliert den Krieg» \(nzz.ch\) 27.03.2023](#) (Zugriff 11.4.2023)

fürten zu einer Eskalation zu minderwertigeren und älteren Technologien. Abnutzungsrate, die Russland nicht durchhalten könne. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Reserven ausgingen. Die Konzentration der westlichen Medien fast ausschließlich auf Bachmut verstelle den Blick auf das Ganze. Die von Russland kolportierte Einberufung von Hunderttausenden neuer Rekruten müsse hinsichtlich ihres Einsatzwerts, ihrem Ausbildungsstand und nicht nach der bloßen Anzahl der Einberufenen (inklusive „kontraktniki“, Zeit- / Vertragssoldaten) bewertet werden. Die russische Winteroffensive ist militärisch ein Desaster (wird auch vom britischen Geheimdienst u.a. bestätigt), ein „massives Hinopfern von Reserven für minimale Fortschritte“. Technologisch gesehen eskaliert Russland nach unten, immer ältere Techniken werden mobilisiert. Es gäbe einen großen Unterschied zwischen Paraden, Rüstungsshows und der Wirklichkeit. Dadurch sei die Aussicht, dass im Oktober die Ukraine Russland besiegen wird – hochgerechnete Abnutzungsrate der schweren Systeme durchaus real. Russlands schweres Gerät „schmilzt mit einer ungeheuren Geschwindigkeit ab“, Russland werde bald in eine Situation kommen, in der es nicht mehr in der Lage sein werde, überhaupt noch Operation durchzuführen. Außerdem gehe im Frühjahr die Ukraine von alter sowjetischer Militärtechnologie auf westliche über. Dieser Effekt dürfe auf keinen Fall unterschätzt werden. Bisher kämpfte Sowjetmaterial gegen Sowjetmaterial. Dieser Technologieeffekt werde in der Frühjahrsoffensive der Ukraine deutlich zu sehen sein und zu noch größerer Verlustrate der Russen führen. Keupp sieht seine Voraussagen und Einschätzungen von anderen Experten gedeckt, Konsens unter westliche Militäranalysten.⁴⁶⁰ Prognosen zu einem baldigen Kriegsende sind unterschiedlich. Die Einschätzungen hinsichtlich des weiteren Kriegsverlaufes sind jedoch nicht einheitlich, manche Forscher gehen davon aus, dass der Krieg wohl noch andauern wird, weil die Unterstützung dafür in der russischen Bevölkerung groß ist und Putin die eigenen Verluste einfach hinnehmen wird. Das geht aber auch nicht endlos und ohne Konsequenzen so weiter. Auch wenn Keupps zeitliche Einschätzungen nicht treffsicher waren, so sind seine Analysen hinsichtlich des Zustandes der russischen militärischen Ressourcen grundsätzlich in Erwägung zu ziehen. Die Versuche Putins, sich mit Kriegsgerät aus Nordkorea zu versorgen (Treffen mit Kim Jong Un 13.9.2023), die herben Schläge, die russische Truppen vermehrt einstecken müssen, sind deutliche Hinweise auf Schwachstellen in der russischen Kriegsführung und Ausrüstung. Der Militärökonom Marcus Keupp (ETH Zürich) aber ist überzeugt, dass Russland im Oktober 2023 den Krieg verloren haben wird. Er erwarte ab April eine Gegenoffensive der Ukraine mit westlichen Panzern und meint auch auf der Grundlage entsprechender fachlicher Analysen, dass Russland allmählich Material und Menschen ausgehen⁴⁶¹. Beim Kriegsgerät eskaliere Moskau unter „technologisch nach unten“, so Keupp. Es seien die Uralt-Panzer T-55 und T-64 mobilisiert worden, während der schon 2014 angekündigte moderne T-14 Panzer bisher nur auf Paraden statt im Kampfeinsatz zu sehen gewesen sei. Es gebe bereits Spott im Internet, ob als Nächstes Pferde mobilisiert werden würden, so Keupp. Diese Abnutzungsrate könne Russland nicht durchhalten. Wenn man sich anschau, mit welcher unglaublichen Rate die russischen Reserven abschmelzen würden, sei abzusehen, dass Russland bald überhaupt nicht mehr in der Lage sei, noch Militäroperationen zu führen. „Das einzige, was sie dann tun können, ist sich einzugraben.“ Kriegsentscheidender Faktor werde auch nach Keupp die Umstellung von alter sowjetischer auf neue westliche Technologie darstellen, was sich bei der zu erwartenden Frühjahrsoffensive herausstellen würde und zu noch höheren Verlustrate der Russen⁴⁶² führen werde. Keupps Argumente werden auch durch das Desaster der russischen Winteroffensive bestärkt, die zu enormen Verlusten auf russischer Seite aber zu keinen nennenswerten Erfolgen in

⁴⁶⁰ [Attack On Europe: Documenting Russian Equipment Losses During The 2022 Russian Invasion of Ukraine - Oryx \(oryxspioenkop.com\)](#) (Zugriff 5.4.2023)

⁴⁶¹ [Militärexperte Keupp: Niederlage für Russland im Oktober - ZDFheute](#) (04.04.2023) Zugriff 11.4.2023
[Militärökonom: In diesem Monat verliert Wladimir Putin den Ukraine-Krieg \(merkur.de\)](#) 06.04.2023

⁴⁶² Vgl. auch: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/russland-militaer-verluste-alkohol-ukraine-krieg-london-100.html> (2.04.2023, Zugriff 12.4.2023)

militärischer Hinsicht geführt hat. Wie er in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung sagte,⁴⁶³ stützte er sich bei seiner Vorhersage auf Quellen wie die schwedische Verteidigungsagentur FOI oder das International Institute for Strategic Studies (IISS) aus London. Die Einschätzungen hinsichtlich des weiteren Kriegsverlaufes sind jedoch nicht einheitlich, manche Forscher gehen davon aus, dass der Krieg wohl noch andauern wird, weil Putin die eigenen Verluste einfach hinnehmen wird, er hat auch auf Kriegswirtschaft umgestellt mit massiver Erhöhung des Rüstungsbudgets zu Lasten der Produktion ziviler Güter, der Ausgaben für Kultur, Soziales udgl. Damit hofft Putin seine militärischen wie politischen Ziel doch noch zu erreichen. Keupps Einschätzungen und Prognosen hinsichtlich des Kriegsendes werden nicht einheitlich geteilt: Manche Wissenschaftler gehen davon aus, dass ein baldiges Ende des Kriegs nicht in Sicht ist, da der Rückhalt für Putin aus Teilen der russischen Gesellschaft noch zu groß ist und Putin über Verluste aller Art hinweggeht. Diese Ansicht vertritt unter anderem der bulgarische Philosoph und Politologe Ivan Krastev.⁴⁶⁴ Andere Experten (z.B. Francis Fukuyama) hingegen teilen eher die Meinung Keupps und zweifeln nicht daran, dass Putin den Ukraine-Krieg schließlich verlieren wird (nicht unbedingt ein totaler Widerspruch zu Krastev). Putin hat mutwillig und ohne Provokation von außen den Krieg begonnen, den er schon viele Jahre systematisch geplant und vorbereitet hat. Er hat sich ein Gedankengebäude zurecht gelegt, nach dem er als Vollstrecker revanchistischer Großmachtphantasien, der Restauration des russischen Imperiums als unumschränkte europäische Führungsmacht, einen Ehrenplatz in der russischen Geschichte einnehmen werde, wie vor ihm Peter I, Aleksander II, Katharina II. Putin „will sich einen herausragenden Platz in der russischen Geschichte sichern. Ein Herrscher, der mutwillig einen Atomkrieg beginnt, darf vielleicht noch mit Hitler in der Küche des Haders Kartoffel schälen, bekommt aber sicher keinen Ehrenplatz im Pantheon der Menschheitsgeschichte. Putins Albtraum ist sein politisches Ende, dessen Zeitpunkt und Umstände er nicht selbst bestimmt.“⁴⁶⁵ Er hat zweifellos seinen Platz in der russischen Geschichte schon erklommen – den des größten Verbrechers gegen die Menschlichkeit seit Stalin.

Die Sache hätte allerdings einen anderen Verlauf nehmen können: Beim NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest ging es hoch her, die Aufnahme der Ukraine in das Bündnis stand auf dem Programm und die Entscheidung zugunsten Mitgliedschaft war zum Greifen nahe. Vor allem am Widerstand der damaligen deutschen Kanzlerin A. Merkel und des Außenministers Frank Walter Steinmeier (sowie Frankreichs, Italiens, Spaniens, der Benelux-Länder, Portugals und Norwegens) scheiterte das Unternehmen – eine für die Ukraine fatale Entwicklung nahm ihren Lauf. Eine umfassende, wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung dieses Schlüsseljahres der Ukrainefrage ist bislang steht noch aus. Für den damaligen Präsidenten Viktor Andrijovyč Juščenko, selbst Opfer eines russischen Giftanschlages, konnte nur eine volle NATO-Mitgliedschaft Sicherheit, Freiheit und Souveränität der Ukraine garantieren, ansonsten bliebe das Land in einer semikolonialen Abhängigkeit von Moskau. Die Ukraine kam jedoch bei den Reformen die erforderlichen Standards einer NATO-Mitgliedschaft zu erreichen nicht voran. Hauptproblem war das enorme Ausmaß der Korruption (116, Russland 137). Im Jänner 2008 sandte die ukrainische Regierung das Beitrittsansuchen nach Brüssel ab. Unterdessen erhob sich der Massenprotest der Janukovyč-Anhänger und NATO-Beitrittsgegner, der das Parlament Wochen lang blockierte, worauf sich Regierung und Opposition auf ein Referendum zu dieser Frage einigte. Rivalitäten zwischen Juščenko und Tymošenko – Präsidentschaftswahlen standen an – vermittelten nach Außen widersprüchliche bis chaotische Stimmungsbilder. In den USA hofften man, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde auch das Korruptionsproblem lösen

⁴⁶³ [Marcus Keupp: «Deswegen sage ich: Russland verliert den Krieg» \(nzz.ch\) 27.03.2023 \(Zugriff 11.4.2023\)](#)
Zur Einschätzung der aktuellen militärischen Lage vgl. die Berichte des Institute for the Study of War (Washington): www.understandingwar.org/

⁴⁶⁴ [Ivan Krastev: "Putin inszeniert sich als neuer Stalin" | STERN.de \(8.2.2023, Aufruf 12.4.2023\)](#)

⁴⁶⁵ Michael Thumann: *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat.* München, 2023, S. 268

(helfen) und Russland gegenüber der Ukraine und Georgien zu einer gemäßigten Haltung veranlassen. In den USA blieb letztendlich die Meinung unbestimmt bezüglich der Konsequenzen eines NATO-Beitritts der Ukraine, Deutschland wollte Belastungen im Verhältnis zu Russland minimieren und setzte auf Wandel durch Verflechtung und fürchtete Verschlechterungen der wirtschaftlichen Beziehungen. Außerdem gab es da das Problem der Schwarzmeerflotte (Hauptstützpunkt auf der Krim), was zwangsläufig zu Konflikten mit Russland führen müsste – und Länder mit regionalen Konflikten könnten nicht der NATO beitreten. Den USA – im Irak in einen kriegerischen Konflikt verwickelt trauten deutsche Spitzenpolitiker eine friedensstiftende Lösung nicht zu, sie plädierten eher für eine Äquidistanz zwischen Russland und den USA, verhielten sich ablehnend gegenüber einer Osterweiterung der NATO durch die Ukraine. Vor versammelten Staats- und Regierungschefs hielt Putin eine Rede, in der er unmissverständlich die Intentionen seiner Politik darlegte, die Ukraine bestünde aus polnischem, tschechoslowakischem, rumänischem und vor allem russischen Territorium, die Krim sei durch einen Willkürakt des sowjetischen Politbüros der ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen worden etc. Putin drohte, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Existenz dieses Staates infrage stellen. Diese Aussagen waren allarmierend, insbesondere für die polnische Delegation. Bukarest 2008 versagte der Ukraine einen raschen NATO-Beitritt und öffnete Putin das Tor zu einer aggressiven Expansions- und Eroberungspolitik. Die Zukunft der Ukraine hängt somit mehr denn je von der Bereitschaft des Westens ab, die Ukraine materiell, finanziell, militärisch zu unterstützen.

Kriegsende und Nachkriegsordnung

Wie kann der Krieg enden? Dazu gibt es naturgemäß vielerlei Überlegungen. Die Winteroffensive Russlands 2022/3 ist gescheitert, der ukrainischen Gegenoffensive ist es außer kleineren Gebietsrückgewinnungen und einigen teuer errungenen Teilerfolgen nicht gelungen, die Kontrolle über den Landzugang auf die Krim zu erlangen, in diesem Fall wäre Russland wahrscheinlich zu Verhandlungen gezwungen gewesen – oder doch nicht? Um zu rekapitulieren: Russland hat den Krieg mit dem Minimalziel begonnen, die ukrainische Regierung zu stürzen und sich das Maximalziel gesetzt die Ukraine überhaupt von der Landkarte zu tilgen (so mehrfach die Worte von Dmitrij Medvedev). Keines dieser Ziele wurde trotz enormem Einsatz von Menschen und Material erreicht, Russland muss vielmehr zusehen nicht ein militärisches Debakel zu erleiden. Die Ukraine hat mit ihrer Gegenoffensive bei Weitem nicht alle von Russland besetzten Gebiete zurückerobert, hat aber der russischen Armee eine Reihe von peinlichen Schlappen zugefügt. Im Augenblick hat sich die Front zu einem Stellungs- und Abnutzungskrieg verfestigt, was einen lange Kriegsdauer erwarten lässt. Schwenkt Putin auf einen von ihm selbst angesagten „ewigen Krieg“ ein? Was auch immer dann „ewig“ bedeuten möge, die Ressourcen Russlands sind zwar groß aber auch nicht unendlich (das wäre ja eine Bedingung für „Ewigkeit“). Der bisherige Kriegsverlauf offenbart jedenfalls den wahren Zustand des russischen Militärs, seit etwa 2008 wird es reformiert, es wurden / werden erhebliche Investitionen getätigt, trotzdem bietet es ein desaströses Bild, verknüpft mit einem kaum vorstellbaren Ausmaß an Korruption und Desorganisation. Ausgehend von diesen Bedingungen wäre ein Kriegsende auf Grund der endenden Ressourcen denkbar. Vorstellbar ist auch eine Verlängerung des Zustandes seit 2014, ein nicht wirklich enden wollender, köchelnder Krieg mit der einen oder anderen heißen Phase, nach dem Muster des Korea-Krieges. Das wäre eine elendige Perspektive, eine Zukunft ohne Frieden und Sicherheit in Europa. Eine Nachkriegsordnung nach dem Modell Koreakrieg wäre eine schaurige aber durchaus realistische Perspektive. Es sind noch andere Aspekte in Betracht zu ziehen, vor allem die propagandistische Sackgasse, in die sich Putin selbst hineinmanövriert hat. Der Forschungsdirektor der Deutschen Gesell-

schaft für Auswärtige Politik Christian Mölling⁴⁶⁷ warnte: Es funktioniere für die russische Führung immer weniger, den Krieg in der Ukraine als militärische Spezialoperation darzustellen. Putin stelle sich immer stärker auf die Seite von ultranationalistischen Kräften. Das russische Regime müsse in dieser Situation die ideologische Mobilisierungskapazität immer weiter hochjazzen. Die Rhetorik gegenüber dem Westen nähere sich mittlerweile der Beschreibung eines Kriegszustandes. In Russland gebe es natürlich Eliten, deren Unterstützung für Putin davon abhängen, dass sie materiell profitieren. Aber es gebe eben auch diejenigen, „die auf der ideologischen Schiene unterwegs sind und mit Putin zusammen den Traum eines Groß-Russland träumen“. Die wollten letztlich sehen, dass Russland Gebiete erobere. Militärisch sei die Lage für die russischen Streitkräfte aber schwierig, es gäbe kaum Fortschritte zu vermelden. Im Westen sei Russland vor Beginn des Krieges auf ganz verschiedenen Ebenen als viel fähiger eingeschätzt worden, als es sich nun erwiesen habe. Die Drohung des russischen Außenminister Sergej Lavrov, hart gegen die Europäische Union durchzugreifen, bezeichnete Mölling als Bluff. „Wenn es möglich gewesen wäre, mehr in die Waagschale zu werfen, hätte Russland das doch längst getan“, sagte er. Die Aufrechnung der russischen Ressourcen gegen die westliche Unterstützung der Ukraine muss zusätzlich noch vor dem Hintergrund des übrigen weltpolitischen Geschehens gesehen werden. Das Neuaufflammen des Nahost-Konfliktes und die chinesischen Weltmachtambitionen haben das Potenzial die Weichen für die Zukunft ganz anders zu stellen als theoriebasierte Sandkastenspiele prognostizieren. Am Ende der Kampfhandlungen geht es um Vereinbarungen um tragfähige Sicherheitsgarantien für die Ukraine und auch für Russland. Die Ukraine hat reale Perspektiven einer EU- und NATO-Mitgliedschaft. Russland hingegen steht inmitten eines Boykottregimes und steht als Aggressor am Pranger und wird wesentlich beim Wiederaufbau der Ukraine zur Kasse gebeten werden (müssen). Die wichtigste Forderung der Ukraine ist die Wiederherstellung ihrer Grenzen vor dem 24.2.2022. Dieses Ziel muss nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln erreicht werden – das wäre zumindest die westliche Hoffnung. Andrij Ivanovič Sybiha – Diplomat und Jurist: „Wenn wir unsere strategischen Ziele auf dem Schlachtfeld erreichen und an der administrativen Grenze zur Krim stehen, sind wir bereit, eine diplomatische Seite aufzuschlagen und das Thema zu diskutieren.“⁴⁶⁸ Dagegen steht die konträre russische Position: Der russische Außenminister Lavrov besteht darauf, dass allfällige Verhandlungen auf der Berücksichtigung russischer Interessen basieren müssten. „Es geht um die Prinzipien, auf denen die neue Weltordnung basieren wird.“⁴⁶⁹ Mit dieser Aussage bzw. Forderung macht aber Lavrov klar, dass es bei der „Spezialoperation“ letztlich doch nicht nur um die Ukraine ging, sondern um mehr, nämlich um eine neue Weltordnung, in der Russland eine dominierende Rolle zukommen solle. Wenn Russland die Verleugnung der Existenz der Ukraine als selbständige Nation, als souveräner Staat, als eigene Kultur etc. – eine seiner Hauptkriegsgründe – nicht aufgibt, dann sind Verhandlungen sinnlos und ein Kriegsende in der Tat nicht absehbar. Eine neue Weltordnung (die nach den Vorstellungen des Kremls in einer Neuauflage der Konferenz von Jalta ausgehandelt werden solle) unter der Prämisse der „Rückkehr Russlands als Weltmacht“ mit allen seinen (imperialistischen) Ansprüchen gemäß den Zielen des Russkij Mir ist mit der Existenz einer unabhängigen und freien Ukraine nicht kompatibel. Andererseits findet eine baldige NATO-Vollmitgliedschaft der Ukraine innerhalb des Bündnisses derzeit auch keinen Konsens – da ist einmal die Frage ihrer territorialen Integrität, die ja nicht hergestellt ist. Aber alle Sicherheitsversprechen gegenüber der Ukraine werden unterhalb der Ebene einer vollen NATO-Mitgliedschaft nicht funktionieren. Es ist eine klare Abschreckungsstrategie gegenüber Russland notwendig, damit es die Souveränität der Ukraine respektiert – ein sehr schwieriges Unterfangen dies zu erreichen.

⁴⁶⁷ Mölling: [Wladimir Putin als Gefangener der eigenen Propaganda | STERN.de](#) 4.4.2023

⁴⁶⁸ Süddeutsche Zeitung, Sa/So 8./9. 4. 2023, S. 7

⁴⁶⁹ Lawrow: [Friedensgespräche nur im Zuge neuer Weltordnung \(oe24.at\)](#) 7. 4. 2023 (Zugriff 9.4.2023)

Der Westen befindet sich in einer unkomfortablen Situation: Er ist der Ukraine im Wort, immer wieder hat er inklusive Solidaritätsbesuche in Kyjiv etc. Hilfe und auch Unterstützung mit militärischer Ausrüstung zugesagt – u.zw. ausdrücklich solange sie notwendig sei. Er hat auch Waffen geliefert – anfangs zögerlich, dann doch, zuletzt wieder mehr rhetorisch als materiell, weil die Gegenoffensive nicht die (mit Sicherheit zu hoch angesetzt) erwarteten Erfolge gezeitigt hat. Rückblickend hätte es im Jahr 2008 ein Zeitfenster gegeben, in dem die Ukraine bereit war der NATO beizutreten, wofür es aber innerhalb des Bündnisses keinen Konsens gegeben hat. Dieser Nichtbeitritt hat Putin ermuntert und es ihm letztlich ermöglicht, die Ukraine zu attackieren. Je länger der Krieg andauert, desto größer wird die Gefahr, dass die Unterstützung des Westens für die Ukraine zu bloß leerer Rhetorik verkommt, der Westen wortbrüchig wird, seine Glaubwürdigkeit verliert usw. mit weitreichenden Folgen. Der neue Nahostkonflikt lenkt außerdem die Aufmerksamkeit in eine andere Weltgegend, die Gespaltenheit Europas (und darüber hinaus) hat Russland noch immer zu seinen Gunsten ausgenutzt und wird sich auch jetzt diese Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass der russische Krieg auch noch im kommenden Jahr andauern wird. Es geht nicht mehr nur um die Ukraine, das hat Putin mehrmals klar gemacht, er spricht vom „kollektiven Westen“, dem er eine Lektion erteilen will und um eine neue Weltordnung, in der Russland eine führende Rolle spielen will. „Wir stürzen in eine neue Weltordnung“, so diagnostiziert Münkler die internationale Lage in einem Interview in der Presse (12. 11. 2012). Seiner Ansicht sind es „fünf Akteure sind, die in diesem Kontext ein wichtiges Wort zu mitreden haben: USA, China, Indien, Russland, EU. Einige europäische Länder haben schwer an ihrem kolonialen Erbe zu tragen. Der Westen wird sich um die Einbindung des globalen Südens kümmern und für eine prowestlich Stimmung sorgen (müssen) und hat da einiges an Terrain gegenüber China (vor allem in Afrika) aufzuholen. Die USA haben nach 1945 durch Putsche insbesondere in Südamerika böses Blut gemacht und können auch gegenwärtig in der Immigrationspolitik nicht positiv punkten. Das russisch-chinesische Verhältnis hat sich anders entwickelt als es sich Putin vorgestellt hat. Vom Dialog auf gleicher Augenhöhe droht Russland in die Position eines Vasallen abzurutschen, Russland ist von China abhängig und nicht umgekehrt. Russland und China sind nicht nur Partner sondern auch Konkurrenten in Zentralasien, wohin sich z.B. Kazachstan wenden wird, ist noch offen. In der Nach-Putin-Ära wird Russland sehr viele Schritte unternehmen müssen, um das Vertrauen der westlichen Staaten zurück zu gewinnen. Paktfähigkeit und Paktsicherheit hat es nicht erst seit dem 24.2.2023 verspielt, Russland hat sich als gewalttätiger Partner profiliert, Landraub und gewaltsame Grenzverschiebungen durch Russland sind ein absolutes No Go für den Westen (und selbstredend für die Ukraine). In diesen Fragen sind Kompromisse schwer vorstellbar. Der Westen hofft auf Ereignisse, nämlich auf einen militärischen Erfolg der Ukraine einen Machtwechsel innerhalb des Kremls. Zu Letzterem gibt es nicht viel mehr als Spekulationen, etwa die Gesundheit Putins betreffend, Anzeichen für Dissens innerhalb der Führung etc. Selbst wenn Putin abtritt (z.B. aus gesundheitlichen Gründen) oder entmachtet wird, bedeutet das noch lange nicht, dass sein Nachfolger mehr Einsicht in die Realität walten lassen wird und dem russischen Weltmachtstreben gleichsam abschwört. Völlig offen ist die Frage, wie die Bevölkerung auf solche Veränderungen der politischen Machtverhältnisse reagieren wird, die Passivität weiter Teile der Bevölkerung muss auch nicht für immer als Konstante angenommen werden.

Kriegsverbrechen

Im Russisch-Ukrainischen Krieg ab 2014 wurden in großem Ausmaß Kriegsverbrechen begangen, mehrheitlich durch Angehörige der Streitkräfte Russlands, nachdem der russische Überfall vom 24. 2. 2022 ins Stocken geraten ist. Die Liste der Kriegsverbrechen ist für die bisherige Dauer des Krieges enorm lang und schwerwiegend. Internationale Organisationen versuchen russische Behauptungen (die meist die eigene Unschuld beschwören) zu widerlegen, die Kriegsverbrechen zu dokumentieren und für kommende Prozesse vorzubereiten. Es werden

auch Kriegsverbrechen begangen durch die ukrainischen Streitkräfte dokumentiert und untersucht, hierbei handelt es sich meist um Vergehen gegen russische Kriegsgefangene. Die folgende Darstellung fasst nur die wichtigsten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zusammen (eine ausführliche Dokumentation findet sich auf Wikipedia⁴⁷⁰, das freie Medienarchiv Wikimedia Commons: Kriegsverbrechen im Ukraine Konflikt hat eine Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien⁴⁷¹ erstellt).

2014 – 2016

April 2014 wurde vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (UNHCHR) ein erster Bericht zur Situation der Menschenrechte in der Ukraine veröffentlicht. Hier ging es vorerst um den Vorwurf Russlands an die Ukraine, sie unterdrücke die ethnisch russische Bevölkerung im Osten des Landes. Die UN-Behörde erklärte, dass es entgegen russischen Behauptungen keine systematischen Repressionen und Übergriffe, dass wohl aber einzelne Fälle vorkämen. Die Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, forderte die Kijiver Regierung auf, die Minderheiten zu respektieren und „für deren gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben einzutreten“ sowie das Schüren von Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen nicht zu dulden. Russland habe jedoch die Berichte darüber aufgebauscht, „um ein Klima der Angst und Unsicherheit zu erzeugen“. In einem zweiten Bericht des UNHCHR vom Mai 2014 zur Menschenrechtssituation in der Ukraine⁴⁷² wird festgestellt, dass sich die Menschenrechtssituation in der Ostukraine und auf der Krim deutlich verschlechtert habe. Es herrsche dort ein „Klima der Gesetzlosigkeit“, in dem es zu Tötungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete separatistische Gruppen komme. Dasselbe gelte für die Krim, außerdem werde die ethnische Minderheit der Krimtataren diskriminiert. Das Vorgehen der ukrainischen Sicherheitskräfte im Rahmen der „Antiterrormaßnahmen“ sei in puncto Verhältnismäßigkeit „teilweise fragwürdig“. Das ukrainische Außenministerium wertete aber den Bericht insgesamt als objektiv. Die russische Regierung zeigte sich hingegen empört über das Dokument. Im Juni 2014 erschien der dritte Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Ukraine. Auch dieser Bericht hält fest, bewaffnete Gruppen hätten in den Regionen Donec‘k und Luhans‘k eine Atmosphäre ständiger Angst geschaffen. Er erinnerte zudem an das auch von Russland anerkannte völkerrechtliche Verbot von Hass- und Kriegspropaganda.⁴⁷³ Am 28. Juli 2014 meldete das UNHCHR den totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung und berichtete von einer Terrorherrschaft der bewaffneten separatistischen Gruppen mit Freiheitsberaubungen, Entführungen, Folterungen und Exekutionen.⁴⁷⁴ Am 11. Juli 2014 hatte Amnesty International 100 Entführungen mit Details dokumentiert, wonach „die meisten Entführungen [...] auf das Konto von bewaffneten Separatisten“ gingen.⁴⁷⁵ Sie versetzen die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken, es sei auch zu Erpressungen von Lösegeldzahlungen u.ä. gekommen. Das UNHCHR registrierte in seinem Bericht (vom 15. Juni 2014) 222 derartige Fälle.⁴⁷⁶ Schwere Gefechte fänden auch im Siedlungsgebiet statt, was zu Verlust von Leben, Eigentum und Infrastruktur führe und Tausende zur Flucht bewege („heavy fighting located in and around population centres, resulting in loss of life, property and infrastructure and causing thousands to flee“). Es komme in den Separatistengebieten zu Fällen von Selbstjustiz, so sagt ein Bewaffneter, „für

⁴⁷⁰ [Kriegsverbrechen im Russisch-Ukrainischen Krieg – Wikipedia](#)

⁴⁷¹ [Category:War crimes during the 2022 Russian invasion of Ukraine – Wikimedia Commons](#)

⁴⁷² [HRMMUReport15May2014.pdf \(ohchr.org\) 15.4.2014 \(Zugriff 24.4.2023\)](#)

⁴⁷³ [UN: „Separatisten verbreiten in der Ukraine Angst und Schrecken“; \(rp-online.de\) 19.6.2022, Zugriff 24.4.2023](#)

⁴⁷⁴ [Intense fighting in eastern Ukraine “extremely alarming”, says Pillay, as UN releases new report | OHCHR \(28.6. 2022, Zugriff 24.4.2023\)](#)

⁴⁷⁵ [Neuer Amnesty-Bericht: Folter und Entführungen in der Ukraine — amnesty.ch Juli 2014 \(Zugriff: 24.4.2023\)](#)

⁴⁷⁶ [Home | UN Web TV](#)

alle Verräter reicht die Zeit nicht, und so erschießen wir sie eben.“⁴⁷⁷ Amnesty International berichtet im Herbst 2014 von Kriegsverbrechen auf beiden Seiten der Konfliktparteien, es habe vereinzelt Hinrichtungen gegeben.⁴⁷⁸

Die Machthaber der Luhans‘ker und Donec‘ker Region forderten gemäß dem Chef der Humanitären Hilfe der UNO, Stephen O‘Brien, die UN-Organisationen am 24. September 2015 auf, das von regierungsfeindlichen Truppen kontrollierte Gebiet zu verlassen, darunter die Weltgesundheitsorganisation, das UNHCR sowie UNICEF. Außer dem IKRK verblieb nur ein Hilfswerk im Gebiet, in dem Hunderttausende Menschen von humanitärer Hilfe abhängig sind. Im Mai 2016 haben Menschenrechtsorganisationen in der Ostukraine 4000 Fälle von Verschleppungen und Folter dokumentiert. In den Hochburgen der Separatisten Donec‘k und Luhans‘k wurden Hinweise auf 79 Foltergefängnisse gefunden. Die Misshandlungen würden überwiegend durch prorussische Rebellen, aber auch durch russische Staatsangehörige, von denen 58 namentlich bekannt sind, verübt.⁴⁷⁹

Nach dem 24.2.2022

Nach dem Beginn der russischen „Militärischen Spezialoperation“ sind die Fälle von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller Art explosionsartig hochgeschwollen. Internationale Organisationen haben alsbald begonnen, diese zu dokumentieren um entsprechendes belastbares Material für allfällige Verhandlungen vor internationalen Gerichten zur Verfügung zu haben. Übereinstimmend übersteigt die Zahl der russischen Kriegsverbrechen die der ukrainischen um ein Vielfaches, zudem ist die Bereitschaft der ukrainischen Konfliktpartei mit internationalen Institutionen zur Aufklärung von Kriegsverbrechen zusammen zu arbeiten gegeben (die Ukraine müsste sonst die Aufkündigung der Unterstützung durch den Westen befürchten), während die russische Seite diese ablehnt und Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit kategorisch – oft gegen eindeutige Evidenz – abstreitet.

Verschleppung von Minderjährigen und Zwangsadoption

Russland deportiert mutmaßliche oder vermeintliche Kriegswaisen aus der Ukraine nach Russland und forciert dort ihre rasche Adoption. Sämtliche tatsächlichen (Vorkriegs-)Waisen hingegen waren bis zum 27. Februar 2022 aus Mariupol evakuiert worden. Die russische Propaganda benütze die Kinder als Vorzeigeobjekte einer „Befreiung“ von Ukrainern nebst der Vernichtung von „Nazis“. Laut Ivan Krastev sei die schwierige demografische Lage Russlands stets eines der für Putin „empfindlichen“ Themen gewesen und die Demografie sei für ihn „von entscheidender Bedeutung“. Auch der Militärexperte Gustav Gressel vom European Council on Foreign Relations (ECFR) nennt in diesem Zusammenhang „die Trennung von ukrainischen Kindern von ihren Familien und die Adoption zur Russifizierung, die Deportation von Ukrainern nach Russland“.⁴⁸⁰ Die Umerziehung solcher Kinder in Russland gehört möglicherweise zu den Handlungen, welche „Merkmale genozidaler Kriegsführung“ erfüllen könnten.⁴⁸¹ Das europäische Parlament verurteilte die zwangsweise Verbringung von ukrainischen Kindern nach Russland und setzte die dafür verantwortliche russische Kinderrechtskommissarin Marija Alekseevna L‘vova-Belova auf die Sanktionsliste.

⁴⁷⁷ [Geisterstadt Donezk | NZZ](#) 10.09.2014, Zugriff 22.4.2014

⁴⁷⁸ [Amnesty berichtet von Kriegsverbrechen in der Ostukraine | DiePresse.com](#) 20.20.2014, Zugriff 24.4.2023

⁴⁷⁹ [Menschenrechte: NGOs dokumentieren 4000 Fälle von Verschleppung und Folter in Ostukraine - WELT](#) 18.5.2026, Zugriff 24.4.2023

⁴⁸⁰ [Interview mit Gustav Gressel: „Darum muss Russland diesen Krieg verlieren“](#) n-tv.de 10.06. 2022 (Zugriff 24.4.2023)

⁴⁸¹ [Kinderraub von Staats wegen \(fr.de\)](#) 30.09.2022, Zugriff 24.4.2023

Im November 2022 gab die ukrainische Regierung an, dass ihr 10.764 ukrainische Kinder namentlich bekannt seien, die im Zuge des Krieges nach Russland verschleppt wurden.⁴⁸² Laut der US-amerikanischen Yale University wurden bis Februar 2023 mindestens 6000 ukrainische Kinder in 43 russische Lager bzw. Einrichtungen auf der Krim oder in Russland deportiert: „Der Hauptzweck der Lager scheint die politische Umerziehung zu sein.“ Es handelte sich laut den Recherchen bei den ukrainischen Kindern sowohl um Waisen als auch um solche mit Eltern oder Vormündern. Einige Kinder sind dem Bericht der Yale University zufolge von russischen Familien adoptiert oder in Pflegefamilien untergebracht worden.⁴⁸³

Am 17. März 2023 erließ der Internationale Strafgerichtshof aufgrund des „begründeten Verdachts“ („reasonable grounds to believe“) der Deportation von Kindern aus den besetzten Gebieten Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Vladimir Putin und die Präsidentsassistentin für Kinderrechte Marija Alekseevna L'vova-Belova.⁴⁸⁴

Nachweislich hat Russland seit Beginn des Krieges Tausende Kinder und Jugendliche ohne Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten aus der Ukraine nach Russland (bzw. auf die besetzte Krim) zum Zweck der Adoptierung und Umerziehung verbracht⁴⁸⁵. Das Humanitarian Research Lab (HRL) der Yale School of Public Health⁴⁸⁶ identifizierte 43 Einrichtungen, die seit der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 an der Inhaftierung von Kindern aus der Ukraine beteiligt waren. Der Bericht des HRL (der als Teil des Conflict Observatory erstellt wurde) dokumentiert das Netz der Einrichtungen, in denen die ukrainischen Kinder festgehalten werden, er untersucht auch das Netzwerk von Personen, die für den Transfer ukrainischer Kinder nach Russland und die Zwangsadoptierungen verantwortlich sind. Wichtige Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Untersuchungen (28.2.2023) seien im Folgenden zusammengefasst. Der Bericht basiert hinsichtlich seiner Untersuchungen methodologisch auf der Aggregation und Querverifizierung mehrerer Quellen, um das System von Umsiedlungen, Lagern, Umerziehung, Adoptionen und Pflegestellen beschreiben zu können. Einrichtungen, in denen mutmaßlich Kinder aus der Ukraine festgehalten werden, wurden durch Social-Media-Beiträge, Ankündigungen und Veröffentlichungen der russischen Regierung sowie mediale Nachrichten identifiziert. Lagerstandorte und zugehörige Einrichtungen wurden dann geolokalisiert, indem Fotos, Videos und Beschreibungen von Kindern aus der Ukraine am Standort mit Referenzfotos auf der Website des Lagers oder von Benutzern erstellten Fotos auf Kartierungsseiten (z. B. Yandex Maps) verglichen wurden. Informationen über die Aktivitäten an diesen Orten und die Erfahrungen von Kindern und Eltern wurden ebenfalls von mehreren Forschern gesammelt, analysiert und verifiziert. Spezielle Satellitenbilder mit sehr hoher Auflösung (VHR) wurden verwendet, um diese Informationen durch die Identifizierung relevanter sichtbarer Komponenten, wie z. B. Aktivitäten an einem Ort während eines relevanten Zeitraums, zu überprüfen und zu untermauern. Die wichtigsten Ergebnisse sind zusammengefasst folgende:

- Das Yale HRL hat Informationen über mindestens 6.000 Kinder aus der Ukraine im Alter von vier Monaten bis 17 Jahren gesammelt, die seit dem 24. Februar 2022 in Lagern und anderen Einrichtungen festgehalten wurden.

⁴⁸² [Ukraine-Krieg: Kiew meldet fast 11.000 verschleppte Kinder | tagesschau.de](#) (15.11.2022, Zugriff 24.4.2023)

⁴⁸³ [Russia's Systematic Program for the Re-education and Adoption of Ukraine's Children | Conflict Observatory](#) 14.02. 2023, Zugriff 24.4.2023

⁴⁸⁴ [Situation in Ukraine: ICC judges issue arrest warrants against Vladimir Vladimirovich Putin and Maria Alekseyevna Lvova-Belova | International Criminal Court \(icc-cpi.int\)](#), 17.03. 2023, Zugriff 24.4.2023

⁴⁸⁵ [Systematische Verschleppung: Russifizierung ukrainischer Kinder scheinbar ein Geschäft - n-tv.de](#) 27.02.2023 (Aufruf 10.4.2023)

⁴⁸⁶ [The Humanitarian Research Lab < Humanitarian Research Lab \(yale.edu\)](#) 28.02.2023 (Aufruf 23.4.2023) [What Russia is trying to accomplish with the alleged forced deportations of Ukrainian children | CBC Radio](#) (24.3.2023, Aufruf 23.4.2023)

- Yale HRL identifizierte 43 Einrichtungen, von denen 41 bereits bestehende Sommercamps auf der von Russland besetzten Krim und in Russland sind. Von den Lagern sind 12 um das Schwarze Meer, 7 auf der besetzten Krim und 10 um die Städte Moskau, Kasan und Jekaterinburg herum angesiedelt. Elf der Lager befinden sich über 500 Meilen von der ukrainischen Grenze zu Russland entfernt, darunter zwei Lager in Sibirien und eines im Fernen Osten Russlands. Yale HRL identifizierte auch zwei Einrichtungen, die mit der Abschiebung von Waisenkindern in Verbindung stehen: eine psychiatrische Klinik und ein Familienzentrum.
- Mindestens 32 (78 %) der von Yale HRL identifizierten Lager scheinen an systematischen Umerziehungs- d.h. Russifizierungsprogrammen beteiligt zu sein. Die Russische Föderation spricht von „Integrationsprogrammen“ mit dem offensichtlichen Ziel, Kinder, die aus dem ukrainischen Umfeld gerissen wurden, in die russische Gesellschaft zu „integrieren“ d.h. ihrem Herkunftsland zu entfremden.
- Yale HRL identifizierte mindestens zwei Lager, in denen vermeintliche Waisenkinder untergebracht waren, die später bei Pflegefamilien in Russland untergebracht wurden. Zwanzig Kinder aus diesen Lagern wurden Berichten zufolge bei Familien in der Oblast‘ Moskau untergebracht und dort in örtliche Schulen eingeschrieben.
- Inwieweit von den Eltern Zustimmung für die Teilnahme ihres Kindes an einem Camp eingeholt wird, ist unterschiedlich zu beantworten, vielfach wurde sie von den russischen Behörden ignoriert ebenso wie die Frage der Rückkehr der Kinder.
- Die gesamte Operation wird zentral von der russischen Bundesregierung koordiniert und bezieht alle Regierungsebenen ein. Yale HRL hat mehrere Dutzend föderale, regionale und lokale Persönlichkeiten identifiziert, die direkt an der Durchführung und politischen Rechtfertigung des Programms beteiligt sind.

Moskau hat erwartungsgemäß mehrfach und reflexartig dementiert, dass es gezielt ukrainische Kinder und Jugendliche verschleppt, sondern spricht von einem „Rettungsakt“, weil sie aus den Kampfzonen herausgebracht werden. Warum spricht das offizielle Russland dann von Integrationsprogrammen, warum hat die Regierung Adoptionen russischer Kinder erleichtert, ebenso wie Namensänderungen etc. Medienberichten zufolge bekommen Russen, die ukrainische Kinder adoptieren, finanzielle Anreize. Die Rede ist von einer einmaligen Zahlung in Höhe von 20.000 Rubel (ca 300 USD). Mit der Adoption erhalte der Adoptierende auch das Recht, den Namen des Kindes zu ändern. Das mache eine spätere Identifizierung noch schwerer. Im russischen Fernsehen gab es zudem Berichte, wie nach einem vereinfachten Verfahren die Adoptionsunterlagen vernichtet werden. Auch hier sei das Ziel, dass die Kinder alles Ukrainische vergessen und stattdessen eine pro-russische patriotische Erziehung erhalten. Der Historiker und Genozid-Forscher Eugene Finkel spricht in diesem Zusammenhang von einem Genozid, der an Kindern verübt wird.⁴⁸⁷ Auch das Institute for the Study of War⁴⁸⁸ befasste sich im November 2022 mit den Verschleppungen von Minderjährigen und stellte fest, dass in Russland sogar offen für die Zwangsadoptionen ukrainischer Kinder durch russische Familie geworben wird.

Eine entscheidende Rolle bei den Deportationen spielt übereinstimmend die Kinderrechtskommissarin der Russischen Föderation, Maria Alekseevna L‘vova-Belova. Es existieren Aufnahmen, in denen L‘vova-Belova zu sehen ist, wie sie an der Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an ukrainische Kinder teilnimmt. Sie äußert sich darin unter anderem begeistert über

⁴⁸⁷ Völkermord-Experte im Interview: „Russland verübt auch Genozid an Kindern“ - n-tv.de (28.12.2022, Zugriff 24.4.2023)

⁴⁸⁸ Russian Offensive Campaign Assessment, November 16 | Institute for the Study of War (understandingwar.org 16.11.2022, Zugriff 23.4.2023)

diese „fantastische Entwicklung“, dass die Kinder alles Ukrainische vergessen und sich zunehmend als Russen identifizieren. Dies kann nicht anders als eine eindeutige Bestätigung der Vorwürfe der Russifizierung bzw. „Entukrainisierung“ gewertet werden. Auch die internationale Hilfsorganisation SOS-Kinderdörfer ist in die Verschleppung verstrickt. Bilder belegen, dass ukrainische Kinder in das SOS-Kinderdorf Tomilino in der Nähe von Moskau gebracht wurden. Die Organisation bestätigte auf Anfrage, dass 13 Kinder aus der Ukraine in Tomilino betreut werden. SOS Kinderdorf Russland könne aber „keine Auskunft darüber geben, wie die Kinder nach Russland kamen und die russische Staatsbürgerschaft erlangten“ – Das weiß die Organisation nicht? Warum eigentlich hat da niemand nachgefragt?

Am 17. März 2023 erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Alekseevna L'vova-Belova, da sie „... für das Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation der Bevölkerung (Kinder) und des rechtswidrigen Transfers der Bevölkerung (Kinder) aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation verantwortlich sein“ soll. Der tschetschenische Machthaber Ramzan Achmatovič Kadyrov erklärte, er habe mit L'vova-Belova zusammengearbeitet, um „schwierige Teenager“ aus verschiedenen russischen Regionen und den besetzten Gebieten Donec'k und Luhans'k nach Tschetschenien zu bringen. Wie mit den betroffenen „schwierigen“ Kindern unter diesen verantwortlichen „Betreuern“ umgegangen worden ist, kann man sich gut vorstellen. Diesen Minderjährigen, die oft zu Waisen erklärt werden, obwohl sie Angehörige haben, habe er dann „militärisch-patriotische Erziehung“ angedeihen lassen. Diese Aussage eines der prononciertesten Hardliner lässt für die betroffenen Kinder Schlimmstes befürchten und ist ein Eingeständnis der international vorgeworfenen Menschenrechtsverbrechen.

Angriffe auf zivile Einrichtungen

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte dokumentierte bereits im März 2022 massive Angriffe Russlands auf zivile Einrichtungen wie Schulen, Kliniken und Kindergärten. Außerdem wurde über den Einsatz von Streumunition in dicht besiedeltem Gebiet berichtet. Anfang April 2022 wurde unter anderem von der französischen Nachrichtenagentur AF berichtet, dass mindestens 5.600 Kriegsverbrechen der russischen Armee untersucht würden. Diese Untersuchungen richten sich gegen 500 namentlich bekannte Personen aus den Reihen des Militärs und der Regierung in Moskau.⁴⁸⁹ Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlichte im April erste konkrete Berichte zu von russischen Streitkräften begangenen Kriegsverbrechen. Nach Einschätzung von Human Rights Watch sind Kriegsverbrechen gegen Zivilisten in der Ukraine keine Ausnahmen und werden von der russischen Armee offenbar geduldet.⁴⁹⁰ Im weiteren Laufe des Konflikts wurden zudem massive Kriegsverbrechen gegen ukrainische Kriegsgefangene bekannt.

Massaker in Kyjiver Vororten

In der Stadt Buča, bei Kyjiv, wurden während der Schlacht um Kyjiv von Angehörigen der russischen Streitkräfte eine Reihe von Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen. Nach dem Abzug der russischen Streitkräfte (Anfang April 2022) wurden bis August 2022 458 Leichen gefunden, von denen 419 Anzeichen trugen, dass sie erschossen, gefoltert oder zu Tode geknüppelt worden waren. 39 scheinen eines natürlichen Todes verstorben zu sein. Fast alle Toten waren Zivilisten.⁴⁹¹ Russland wird vorgeworfen, gezielt ein Massaker verübt zu haben, was die russische Regierung fast schon automatisch bestreitet. Nach Einschätzung des Militärexperten und Professors an der Universität der Bundeswehr in München Carlo Masala handelt

⁴⁸⁹ [Russische Kriegsverbrechen: Ukraine untersucht 5.600 mutmaßliche Fälle \(t-online.de\)](#) (11.4.2022, Aufruf: 23.4.2023)

⁴⁹⁰ [Ukraine: Apparent War Crimes in Russia-Controlled Areas | Human Rights Watch \(hrw.org\)](#) (3.04.2022, Aufruf 23.3.2023)

⁴⁹¹ [In Bucha, officials tally the dead and unidentified - The Washington Post](#) 8.08.-2022 (Aufruf 23.4.2023)

es sich bei dem Massaker um einen wesentlichen Beitrag der – schon von anderen russischen Militäreinsätzen bekannten – russischen Militärstrategie der Demoralisierung der Zivilbevölkerung. Mittlerweile kann die Täterschaft des russischen Militärs im Fall Buča auf keinen Fall mehr bestritten werden, Analysen von Satellitenaufnahmen, Zeugenbefragungen etc. sind unwiderlegbar.⁴⁹² Trotzdem behauptet der russische Außenminister S. Lavrov unbeirrt, dass die Aufnahmen von Leichen nach dem Abzug der Russen (von den Ukrainern) „inszeniert“ worden seien.⁴⁹³ (Eingeschworene Nazis behaupteten nach 1945 von den KZ Ähnliches).

Mariupol‘, Kramators‘k, Izjum, u.a.

Das Vorgehen Russlands in der Belagerung von Mariupol‘ wurde von der Europäischen Union als Kriegsverbrechen verurteilt.⁴⁹⁴ Die Rechtswissenschaftler Christian Tomuschat und Otto Luchterhandt bewerten diese Art der Kriegsführung als Völkermord.⁴⁹⁵ Während der Belagerung von Mariupol‘ wurde am 9. März 2022 das Maternity Hospital No.3 bombardiert. Ein Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beurteilte den Luftangriff als russisches Kriegsverbrechen.⁴⁹⁶ Am 16. März 2022 bombardierten die russischen Streitkräfte das Akademische Dramatheater [Donec‘kyj akademičnyj oblasnyj dramatyčnyj teatr] in Mariupol‘, in dem mehr als tausend Zivilisten Schutz gesucht hatten. Die Plätze vor und hinter dem Theater waren mit weißer Farbe in riesigen Buchstaben mit dem russischen Wort für „Kinder“ beschriftet, was darauf hinweisen sollte, dass sich in dem Gebäude vorwiegend Frauen und Kinder aufhielten.⁴⁹⁷ Dennoch wurde das Theater gezielt angegriffen. Nach ukrainischen Angaben kamen dabei etwa 300 Zivilisten ums Leben, diese Informationen wurden am 13. April 2022 durch einen Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestätigt.⁴⁹⁸ Eine Rekonstruktion der Associated Press vom Mai 2022 schätzt die Anzahl der Toten auf etwa 600.⁴⁹⁹

Am 8. April 2022 wurde der mit etwa 4000 Zivilisten überfüllte Bahnhof der Stadt Kramators‘k gezielt mit einer oder mehreren russischen Raketen mit Splittergefechtsskopf bombardiert, 57 Menschen – vorwiegend Frauen und Kinder – wurden getötet und etwa 300 zum Teil schwer verletzt. Die Zivilisten hielten sich auf dem überfüllten Bahnhofsvorplatz, in der Halle und im Zug auf. Sie wollten aus der Ostukraine in Richtung Westen fliehen, um dem erwarteten russischen Großangriff zu entkommen, nachdem ukrainische Behörden die Zivilisten zur Flucht aufgerufen hatten.⁵⁰⁰ Nach der Befreiung der ukrainischen Region Charkiv durch die ukrainischen Streitkräfte im September 2022 wurden bei Izjum über 400 Gräber entdeckt, bei der Exhumierung der Gräber wurden aber auch vielfach Anzeichen von Folter und mutwilligen Exekutionen sichtbar. Leichen trugen Folterspuren. Es wurden auch Folterkammern entdeckt, in denen ukrainische Staatsangehörige und auch Ausländer mutmaßlich misshandelt wurden. Die ukrainische Polizei sprach später von „mindestens zehn Folterräumen“ in Orten der Region Charkiv.⁵⁰¹

Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewaltverbrechen

⁴⁹² Ukraine: [Online posts 'transform' war crimes documentation - BBC News](#) 17.04.2022 (Aufruf 23.3.2023)

⁴⁹³ [Bucha killings: Satellite image of bodies site contradicts Russian claims - BBC News](#) 19.03.2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁴⁹⁴ [Ukraine-Krieg: EU verurteilt Zerstörung Mariupols als Kriegsverbrechen | ZEIT ONLINE](#) 21.3.2022 (Aufruf 23.3.2023)

⁴⁹⁵ [Mariupol: "Viele Anzeichen" für Völkermord in der Ukraine - WELT](#) 21.3.2022 (Aufruf 23.3.2023)

⁴⁹⁶ [515868.pdf \(osce.org\)](#) 13.4. 2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁴⁹⁷ [Bombenangriff: Mariupoler Theater trotz Hinweis auf Kinder angegriffen | ZEIT ONLINE](#) 17.03.2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁴⁹⁸ [515868.pdf \(osce.org\)](#) 13.4. 2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁴⁹⁹ [515868.pdf \(osce.org\)](#) 4.05.2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁵⁰⁰ [Ukraine: Raketenangriff auf Bahnhof Kramatorsk – »Blanker Terror« - DER SPIEGEL](#) 2.4.2022 (Aufruf 23.4.2023)

⁵⁰¹ [Isjum: Ukraine findet Leichen mit Seilen um Hals und gefesselten Händen \(rnd.de\)](#) (16.09.2022, Zugriff 24.4.2023)

Unbestreitbar ist es in der Ukraine zu sexuellen Gewaltverbrechen gegenüber Frauen und Kindern durch russische Armeeangehörige gekommen, teilweise wurden diese Verbrechen auch gefilmt. Die Evidenz ist erdrückend.⁵⁰² „Gewalt und Vergewaltigung wird von den russischen Invasoren als Waffe eingesetzt“, sagte Kateryna Čerepacha, Präsidentin der internationalen Organisation La Strada-Ukraine für die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Frauen, in einer Anhörung vor dem UN-Sicherheitsrat. Sie berichtete von Frauen und Mädchen, die mehrfach vergewaltigt wurden.⁵⁰³ Viele Opfer sind ermordet worden. Die Frauenorganisation der Vereinten Nationen hat eine unabhängige Untersuchung der mittlerweile zahlreichen Vorwürfe von sexueller Gewalt in der Ukraine gefordert. „Wir hören immer häufiger von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt“, sagte die Direktorin von UN Women, Sima Bahous.⁵⁰⁴ Bis Ende Oktober 2022 dokumentierte das UN-Menschenrechtsbüro OHCHR 86 Fälle von Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, Zwang zu sexuellen Handlungen an anderen Personen, Schlägen, Stromschlägen und Berührungen an Genitalien, erzwungenen Entblößungen und Androhungen von sexueller Gewalt in der Ukraine. Die Mehrzahl der 86 dokumentierten Fälle wurde durch russische Soldaten und Söldner begangen.⁵⁰⁵

Angriffe auf das Kernkraftwerk Zaporizžja

Zu Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine besetzten russische Truppen das Kernkraftwerk Zaporizžja, das größte seiner Art in Europa. Nachgewiesener Maßen benutzte das russische Militär spätestens ab Juli 2022 das Kraftwerksgelände als Depot zur Lagerung von Nachschub und Munition und als Basis für Artillerieangriffe auf ukrainische Truppen sowie auf ukrainische Städte. Damit sollte es ukrainischen Streitkräften verunmöglicht werden, direkte Gegenangriffe auf die auf dem Kernkraftwerksgelände befindlichen russischen Truppen, Munitionsbestände, Kommandozentren etc. zu unternehmen. Die russischen Truppen konnten unter dem Schutz der Kernkraftanlage relativ ungefährdet ihre militärischen Aktionen durchführen. Diese missbräuchliche militärische Nutzung eines Kernkraftwerksgeländes stellt einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konvention dar.

Einsatz verbotener Waffen

Human Rights Watch hat den Einsatz von Streumunition durch russische Streitkräfte in mehreren Städten dokumentiert, darunter in Charkiv, Mykolajiv und Vuhledar. Nach Angaben dieser Organisation kamen bei der Bombardierung von Schulen, Wohn- und Krankenhäusern mit Streumunition hunderte Zivilisten ums Leben.⁵⁰⁶ Seit Beginn des Krieges haben (Stand Juni 2022) fast ausschließlich russische Truppen völkerrechtlich verbotene Streumunition eingesetzt – die Ausnahme ist ein einziger bekannter Einsatz durch ukrainische Streitkräfte. Jedoch haben

⁵⁰² ['Part Of Russia's Arsenal': Allegations Of Rape By Russian Forces In Ukraine Are Increasing \(rferl.org\)](#) 12.4.2022 (Aufruf 24.4.2023)

[UN warns of rape and sexual violence against women and children in Ukraine | CNN](#) (12.2.2022, Aufruf 24.4.2023)

[Mounting Reports of Crimes against Women, Children in Ukraine Raising 'Red Flags' over Potential Protection Crisis, Executive Director Tells Security Council | UN Press](#) (11.04.2022, Aufruf: 24.4.2023)

⁵⁰³ [Ukraine rights group tells top U.N. body that rape used as weapon of war | Reuters](#) (11.4.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵⁰⁴ [Uno will Gewalt gegen Frauen im Ukraine-Krieg untersuchen - Ukraine - derStandard.de > International](#) (12.4.2022, Aufruf 24.4.2023)

[Mounting Reports of Crimes against Women, Children in Ukraine Raising 'Red Flags' over Potential Protection Crisis, Executive Director Tells Security Council | UN Press](#) (11.04.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵⁰⁵ [HRMMU Update on the human rights situation in Ukraine, 1 August – 31 October 2022 | OHCHR](#) (2.12.2022, Aufruf 24.4.2023)

[Report on the human rights situation in Ukraine, 1 February to 31 July 2022 | OHCHR](#) (27.9.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵⁰⁶ [Streumunition im Krieg eingesetzt: Human Rights Watch übt scharfe Kritik an Russland und Ukraine \(rnd.de\)](#) (12.5.2022, Aufruf 24.4.2023)

weder die Ukraine noch Russland das internationale Übereinkommen, das Streumunition verbietet, unterzeichnet. Bei der ukrainischen Gegenoffensive kam auch auf ukrainischer Seite Streumunition zum Einsatz, die aus den USA geliefert wurde. Es fielen russische Phosphorbomben in Irpin, Hostomel⁴, teilweise ließen russische Militäreinheiten in von ihnen besetzten ukrainischen Gebieten Sprengkörper (Landminen, Sprengfallen udgl.) zurück. Dokumentiert wurden Sprengsätze u.a. in Küchenregalen, in Kinderspielzeug, unter Betten, in Toiletten und Waschmaschinen.⁵⁰⁷ Russland hat ebenso wie die USA das im Jahr 1999 in Kraft getretene Ottawa-Abkommen, das Einsatz, Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Antipersonenminen verbietet, nicht unterzeichnet. Die USA haben trotz Protesten, offensichtlich in Ermangelung anderer Munition, Streumunition an die Ukraine geliefert. Beide Konfliktparteien setzen sie ein. Die USA erwarten hinsichtlich der ukrainischen Offensive daraus Vorteile.

Gezielte Zerstörung ziviler Infrastruktur

Nach den zunehmenden militärischen Rückschlägen des russischen Militärs verstärkte Russland die gezielten Angriffe gegen die zivile ukrainische Infrastruktur, dazu gehören die gesamte Energieinfrastruktur (Kraftwerke, Umspannwerke, Stromleitungen etc.) und das Wasserversorgungssystem (Staudämme, Wasserwerke, Wasser-Reservoirs etc.) mit dem offensichtlichen Ziel, die ukrainische Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen und zu terrorisieren.⁵⁰⁸ Dass die Angriffe auf die zivile Infrastruktur gezielt erfolgten und beabsichtigt waren, wurde am 31. Oktober 2022 übrigens vom russischen Verteidigungsministerium offiziell bestätigt. Nach dem Auslaufen des Getreidelieferungsabkommens verstärkte der Kreml Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine, insbesondere die Schwarzmeerhäfen, Getreidesilos etc. um die Wirtschaft des Landes zu (zer)stören und sich eines Konkurrenten zu entledigen. Russland gefährdet damit mutwillig die Nahrungsmittelversorgung der Welt, die so erzeugte Verknappung der Getreidelieferungen bewirkt einen Preisanstieg an den Börsen, womit Russland ein wichtiges Druckmittel gegen den Westen in der Hand hat, das es gegen die westlichen Wirtschaftssanktionen einsetzen kann um Lockerungen und nach einem gewissen zeitlichen Abstand mit neuen Blockaden weitere Bedingungen zu erzwingen usw.

Im Zuge der Zerstörungsangriffe auf Hafenanlagen und Getreidesilos in Odesa wurde auch die älteste und größte Kathedrale (Verklärungskathedrale, Spaso-Preobraženskyj sobor) (23. 7. 2023) getroffen, Weltkulturerbe der Unesco. Dieser Aggressionsakt wurde von der EU als Kriegsverbrechen eingestuft. Die Kirche war im Auftrag von Katherina II erbaut worden, wurde von Stalin 1936 gesprengt, von der unabhängigen Ukraine wieder aufgebaut, von Putin wieder zerstört. Russland lehnt – wie gewohnt – jegliche Verantwortung dafür ab und machte die Ukraine dafür verantwortlich (herabfallende Luftabwehrgeschützteile hätten die Kirche getroffen).

Sprengung des Kachovka-Staudammes

Am 6. 6. 2023 wurde einer der wichtigsten Staudämme der Ukraine der Kachovka-Staudamm (am Dnepr) zerstört, der dazugehörige-Stausee hat eine Größe von 2155 km² (230 km lang, durchschnittlich 9,4 km, maximal 24 km breit), fasst etwa 18,2 Mrd. km³ Wasser und ist bis zu 32 m tief. Die ökonomische Bedeutung dieses Stausees für die unmittelbare Region sowie auch für die Krim macht auch mögliche militärstrategische Intentionen begreifbar.⁵⁰⁹ Der Stausee wurde in den 1950-er Jahren erbaut, er hat ganz wesentlich die ursprüngliche südukrainische Steppenlandschaft verändert, weitverzweigte Bewässerungssysteme (12 000 km im Gebiet von Cherson) haben sie in fruchtbares Agrarland verwandelt, das den Anbau von Wein, Obst und

⁵⁰⁷ [Ukrainian crews clear unexploded Russian bombs - The Washington Post](#) (24.4.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵⁰⁸ [Ukraine-Krieg: Russische Raketenangriffe auf wichtige ukrainische Infrastruktur - DER SPIEGEL](#) (31.10.2022 Aufruf: 24.4.2023)

⁵⁰⁹ Ihor Pylypenko – Daria Malchykova: Der Kachovka-Stausee. Wirtschaftsfaktor und Kriegsschauplatz.

In: OSTEUROPA /73.Jg. 1-2/2023, S. 53 – 60:

<https://zeitschrift-osteuroopa.de/site/assets/files/52991/oe230105.pdf> (März 2023)

sogar Reis ermöglicht. Darüber hinaus versorgt der Stausee die süßwasserarme Krim über den Nord-Krim-Kanal mit Wasser (die Deckung des Süßwasserbedarfs der Krim erfolgt zu 85% über diesen Kanal). Durch den Stausee wird ein Flusskraftwerk betrieben und das das größte Atomkraftwerk Europas von Zaporizžja, das einen Großteil der Elektroenergieversorgung der Ukraine bestreitet, mit dem Wasser des Dnepr gekühlt. Bedeutend ist / war der Stausee auch für die Flussschifffahrt, Fischindustrie etc. Durch die Sprengung wurden Dutzende Städte und Orte in der Südukraine überflutet, die ökonomischen wie ökologischen Schäden sind nicht absehbar.

Die Frage der Schuld bzw. der Verantwortung kann nur von Dritten, Unbeteiligten einigermaßen objektiv geklärt werden, dass sich die Kriegsparteien sich gegenseitig die Schuld für dieses Desaster zuschieben ist nicht verwunderlich, handelt es sich dabei um eines der schlimmsten Kriegsverbrechen. Eine objektive Überprüfung des Herganges ist schwierig aber nicht unmöglich, westliche Experten haben anhand der spärlichen Indizien den Hergang rekonstruiert. Ausschließen lässt sich ihrer Ansicht nach, dass der Staudamm durch Raketen- oder Artilleriebeschuss zerstört wurde, da er – nach Aussagen russischer Fachleute und Kommentatoren (im russischen Fernsehen am 7. 6. 2023) – atombombensicher gebaut worden ist. In Frage kommt nur eine Sprengung von innen und das mit vielen Tonnen Sprengstoff (der nur von der russisch besetzten Seite des Damms herangebracht werden konnte), was auf eine vorsätzliche Planung von längerer Hand schließen lässt. Westliche Militärstrategen vertreten auch die Meinung, dass Russland davon militärisch kurzfristig profitieren könnte, weil die Wassermassen eine ukrainische Offensive im betroffenen Bereich behindern bzw. verzögern würden. Für die Zivilbevölkerung linksseitig des Dnepr (d.h. im russisch besetzten Gebiet) sieht die Situation jedoch anders aus, die Landschaft ist flach, das Wasser kann sich leichter schnell ausbreiten. Auf der ukrainischen (rechten) Seite des Dnipro sind internationale Hilfsorganisationen eingetroffen, es sind Fälle eindeutig dokumentiert, die wo Helfer vom russisch besetzten Ufer aus beschossen wurden. Ob und inwieweit der ostseitigen Bevölkerung geholfen wird, ist weitgehend unklar. Der von den Russen eingesetzte Bürgermeister von Kachovka hat anfänglich überhaupt das Desaster geleugnet, auch keine wirksamen Hilfs- und Evakuierungsmaßnahmen eingeleitet, hat dann aber die Moskauer Textbausteine zur Erklärung der Katastrophe übernommen.

Für die Frage der Urheberschaft und der Verantwortung gibt es zwei Versionen: Die russische Erklärung geht davon aus, dass die Ukraine selbst den Damm gesprengt hat – und verwendet dabei ein ähnliches Erklärungsmuster wie im Fall Buča (und anderen Orten, wo es russische Massaker gegeben hat) – nämlich dass die Ukraine selbst dieses Desaster hervorgerufen hat um es Russland in die Schuhe zu schieben. Die ukrainische Version besteht auf russischer Urheberschaft. Interessant ist jedoch die Analyse von Pylypenko und Malchykova, die betonen, dass der Stausee seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 Schauplatz des Kriegsgeschehens war. Er stellt eine Barriere für die Truppen der beiden Konfliktparteien dar. „In den Wochen vor der Rückeroberung des rechts des Dnipro gelegenen Teils des Gebiets Cherson durch die ukrainische Armee im November 2022 war die Sorge, große russländische Truppen könnten die Staumauer sprengen und diese Tat mit verheerenden Folgen womöglich der Ukraine anlasten. Obwohl russländische Truppen weiter das gesamte linke Ufer des Stausees kontrollieren, war nach der Befreiung von Cherson von dieser Gefahr seltener die Rede. Es gibt jedoch Anzeichen, dass sie sehr real ist. [...] Das Steuerhaus ist seit Ende Februar 2022 unter Kontrolle der russländischen Besatzer. [...] Der Rückgang des Pegels begann unmittelbar nach dem Rückzug der russländischen Truppen vom rechten Ufer des Stausees und der Aufgabe des Brückenkopfs am westlichen Ende des Damms. Mit Hilfe von Satellitenbildern lässt sich zeigen, dass neben der Turbinenhalle des Wasserkraftwerkes Kachovka über mehrere Wochen hinweg riesige Wassermassen abgelassen wurden. [...] Es gibt Grund zu der Annahme, dass die gezielte Absenkung des Wasserspiegels der Vorbereitung einer Sprengung des Damms dient, die dann erfolgt, wenn Russland gezwungen wird, auch den links des Dnipro gelegenen Teil der Gebiete Zaporizžja und Cherson zu verlassen. Bislang greift Russland nicht zu diesem Schritt, da die

Flutwelle besonders stark das noch besetzte Gebiet links des Dnipro treffen würde.“⁵¹⁰ (Dieser Artikel wurde im März 2023 verfasst.). Auf russische Urheberchaft weisen auch Indizien, wonach Russland den Staudamm schon zur Jahresende 2022 vermutet hat. Es gab schon Monate vorher westliche Einschätzungen, dass die Sprengung dieses Staudammes strategisch eingeplant war.⁵¹² Es kann aber durchaus sein, dass der Zeitpunkt der Sprengung russischem Kommando entglitten ist und sie durch Schlamperei oder Versehen ausgelöst wurde, das ändert aber nichts an der russischen Gesamtverantwortung und Täterschaft. Unmittelbare Folgen der Zerstörung des Damms sind die Gefährdung der Trinkwasserversorgung von ca. 800 000 Menschen, die Bedrohung von Menschen durch weggeschwemmte Minen, die Zerstörung der Lebensgrundlage Hunderttausender Menschen, die Vernichtung einer riesigen landwirtschaftlich ertragreichen Fläche auf Jahrzehnte, ... die sozioökonomischen Folgen sind überhaupt nicht noch nicht in Zahlen zu fassen.

Die Auswirkungen des Krieges auf die Ökologie der Ukraine (abgesehen vom Kachovka-Desaster) kann nur geschätzt werden, die bisher angerichteten Devastierungen sind enorm.⁵¹³ Die schlimmste Drohung das Kernkraftwerk Zaporizžja als Waffe einzusetzen, hat Russland noch nicht realisiert, steht aber nach wie vor im Raum. Die Zerstörung des Kachovka-Staudamms hat in Russlands TV-Debatten die Hetze gegen die Ukraine weiter angefacht, wie ein Bericht der NZZ zeigt:⁵¹⁴ „Seit Monaten scheuen sich die Teilnehmer russischer Fernseh-Talkshows nicht, ein immer drastischeres Vorgehen zu verlangen, um den ukrainischen Widerstand zu brechen. Das Kiewer Wasserkraftwerk liege leicht oberhalb der Hauptstadt, eine Sprengung des Staudamms würde Kiew hinwegfegen. Auf den Einwand, das würde das Leben so vieler auslöschen, schlug der pensionierte General Jewgeni Buschinski vor, der Bevölkerung 24 Stunden Zeit zur Evakuierung zu geben. Danach werde die Stadt dem Erdboden gleichgemacht.“

Plünderungen

Nach dem Rückzug der russischen Einheiten fanden sich unzählige Beweise für Plünderungen und Brandschatzung. Gestohlen wurde buchstäblich alles, Gebrauchselektronik, Küchenutensilien, Kühlschränke, Waschmaschinen, sanitäre Einrichtungen, Kleidung usw. und „selbstverständlich“ Wertgegenstände. Berichtet wurde in dem Kontext von einem systematischen Ausmaß an Beutezügen in Privathäusern und Geschäften. Es wurden auch Museen und Bibliotheken, geplündert, Denkmäler zerstört, etc. In einem Interview mit der Presse spricht die Vizekulturministerin der Ukraine Galyna Grygorenko von einem Versuch der Auslöschung der ukrainischen Kultur.⁵¹⁶

Deportationen über Filtrationslager

Sehr früh tauchten Berichte (internationaler Organisationen und Beobachter) über Verschleppungen von Menschen (bis zu einer Million) aus den Regionen Donezk und Luhansk nach Russland. Auch Geflüchtete aus den belagerten Städten wie Mariupol‘ waren davon betroffen, sie sollen in mindestens sieben Filtrationslagern verhört und anschließend auf russisches Staatsgebiet deportiert worden sein. Das Auswärtige Amt in Berlin spricht von übereinstimmenden Berichten, die „Schlimmstes vermuten“ ließen. „Sie beschreiben Praktiken bei den Verhören, die Zwang und auch Folter einschließen“, um bspw. eine unterstellte Tätigkeit der Zivilisten für das ukrainische Militär, auch als Arzt oder Sanitäter, zu beweisen.⁵¹⁷ Nachdem den

⁵¹⁰ ebda S. 54

⁵¹² [Kachovka-Staudamm: Kiew fürchtet russische Sprengung | DW News - Bing video](#)

⁵¹³ [Environmental damage in Ukraine during the full scale war, 2022 \(greenpeace.org\)](#) (Zugriff 26.4.2023)

⁵¹⁴ <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-russlands-propaganda-und-der-kachowka-staudamm-ld.1742136?> (13.06.2023, Zugriff 30.9.2023)

⁵¹⁶ In: Die Presse, 22.4.2023

⁵¹⁷ Siehe auch: [Die große Demütigung: Filtrationslager und die Flucht aus Mariupol | Europa | DW | 28.04.2022](#) (Aufruf 26.4.2023)

Betroffenen ihre ukrainischen Ausweispapiere und Geld abgenommen wurde, erfolgte die Deportation in den Fernen Osten Russlands. Dort wurden und werden sie entweder völlig mittellos sich selbst überlassen oder zu Zwangsarbeit gezwungen. Andere Menschen wurden offensichtlich als Geiseln nach Russland verschleppt.⁵¹⁸ In den russisch okkupierten Gebieten der Ostukraine setzte eine Politik des Terrors ein, indem pro-ukrainische Aktivisten systematisch entführt und „spurlos verschwinden“. Schon vor Kriegsausbruch 2022 wurde vor den von Russland erstellten Todeslisten gewarnt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden aus den umkämpften Gebieten in der Ukraine seit Beginn der Invasion bis zum 19. Mai 1,36 Millionen Menschen nach Russland gebracht. Mehr als 230.000 von ihnen seien Kinder. Am 1. September 2022 stellte Human Rights Watch einen 71-seitigen Bericht vor, der die Deportationen und Filtrationen dokumentiert.⁵¹⁹

Zwangsrekrutierung in den „Volksrepubliken“

Kurz vor Beginn der russischen Invasion in die Ukraine wurde ukrainischen Männern in den selbstproklamierten Volksrepubliken Donec'k und Luhans'k die Ausreise untersagt; viele wurden zwangsrekrutiert und nach einer militärischen Kurzeinführung ohne Verpflegung an die Front gegen ihre eigenen Landsleute geschickt.⁵²⁰ Nach der Mobilmachung Russlands im September 2022 hat die russische Verwaltung in den besetzten ukrainischen Gebieten, nach Angaben einer ukrainischen Menschenrechtsorganisation, mit der Zwangsrekrutierung von Ukrainern begonnen.⁵²¹ Diese Rekrutierungen verstoßen selbstredend gegen internationales Recht.

Russische Verbrechen gegen ukrainische Kriegsgefangene

Videoaufnahmen belegen, wie ukrainische Kriegsgefangene von russischen Kombattanten erschossen und (unter anderem zu Tode) verstümmelt wurden: Neben mindestens einer Erschießung⁵²² und einer Enthauptung existieren Videos, die die Abtrennung von Gliedmaßen und Genitalien von Kriegsgefangenen zeigen.⁵²³ Am 29. Juli 2022 kamen mindestens 50 ukrainische Kriegsgefangene durch einen Brand in einem russischen Kriegsgefangenenlager in der Stadt Olenivka in der Oblast Donec'k ums Leben. Mindestens 70 Personen wurden verletzt. Unter dem russischen bzw. prorussischen Wachpersonal gab es keine Toten oder Verletzten. Nach übereinstimmenden Angaben des Internationalen Roten Kreuzes, eines Sprechers der russischen Armee sowie der ukrainischen Streitkräfte handelte es sich bei den Kriegsgefangenen größtenteils um ukrainische Soldaten, die sich am Ende der Belagerung von Mariupol' im Azov-Stahlwerk nach monatelangen Kämpfen den russischen Truppen ergeben hatten und denen eine gute Behandlung und Möglichkeit auf einen Gefangenenaustausch, teils am folgenden Tag, in Aussicht gestellt worden war. Russland sprach zwar offiziell eine Einladung an das Internationale Rote Kreuz aus, um den Vorfall vor Ort neutral zu untersuchen, verweigerte jedoch einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes den Zugang zum Kriegsgefangenenlager.⁵²⁴

⁵¹⁸ [In Ukrainian villages, a desperate wait for news of the missing - BBC News](#) (3.5.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵¹⁹ [Ukrainer*innen nach Russland verschleppt | Human Rights Watch \(hrw.org\)](#) (1.9.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵²⁰ [Zwangsmobilisierung im Donbass: Von Russland unterstützte Separatisten zwingen Männer zum Kämpfen - DER SPIEGEL](#) (5.5.2022, Aufruf 24.4.2023)

⁵²¹ [Russisch besetzte Gebiete: Berichte über Zwangsrekrutierungen | tagesschau.de](#) (28.9.2022, Zugriff 24.4.2023)

⁵²² [Russian forces executed captured Ukrainian soldier after he said "Slava Ukrayini" \(updating\) - Euromaidan Press 2023/03/06](#), Zugriff 24.4.2023)

⁵²³ [Krieg gegen die Ukraine: Das Geheimnis der russischen Grausamkeit \(rnd.de\)](#) (2.8.2022, Zugriff 24.4.2023)

⁵²⁴ [Ukraine: Was ist im Gefangenenlager in Oleniwka wirklich passiert? - DER SPIEGEL](#) (5.8.2022, Zugriff 24.4.2023)

Ukrainische Verbrechen nach dem 24. Februar 2022

Ende März 2022 kursierte ein Video, das zeigen sollte, wie ukrainische Soldaten russischen Kriegsgefangenen in die Beine schießen.⁵²⁵ Die Leiterin des UN-Menschenrechtsbüros in der Ukraine, Matilda Bogner, sagte, eine Reihe von Videos würde untersucht. Die BBC konnte den Ort verifizieren.⁵²⁶ Eine im April 2022 auf Telegram veröffentlichte Videoaufnahme, deren Echtheit von der New York Times verifiziert wurde, zeigt, wie ein ukrainischer Soldat einen im Sterben liegenden russischen Soldaten erschossen hat. In dem Video ist auch ein erschossener russischer Soldat mit hinter dem Rücken zusammengebundenen Händen zu sehen.⁵²⁷ Bis Ende Juli 2022 dokumentierte das UN-Menschenrechtsbüro OHCHR 13 Fälle von durch ukrainische Soldaten und ukrainische und internationale Angehörige der Territorialverteidigung der Ukraine begangenen Gewaltverbrechen mit sexuellem Bezug. Dabei handelte es sich in 12 Fällen um erzwungene Entblößung und im anderen Fall um das Androhen von sexueller Gewalt.

⁵²⁵ [Ukraine-Krieg: Sorge um Gefangene wegen Misshandlungs-Video - ZDFheute](#) (29.9. 2023, Zugriff 24.4.2023)

⁵²⁶ [Does video show Russian prisoners being shot? - BBC News](#) (30.3.2022, Zugriff 24.4.2023)

⁵²⁷ [What Happened on Day 42 of the War in Ukraine - The New York Times \(nytimes.com\)](#) (6.4.2022, Zugriff 24.4.2023)

Leben im chauvinistisch vergifteten Russland

Das Ende Sowjetunion brachte für die Mehrheit der Bevölkerung Versorgungsengpässe, das Land konnte immer weniger mit dem Westen Schritt halten, eine Verbesserung der Lebensumstände war nicht in Sicht, viele (vor allem Männer) flohen in den Alkoholismus, in Drogen, die Kriminalität nahm zu. Obwohl ganz offensichtlich das Wettrüsten die sowjetische Wirtschaft ruinierte, formierte sich in der Bevölkerung trotzdem kein Widerstand gegen die militärische Aufrüstung, eine solche Haltung galt als unpatriotisch. Demokratische Entwicklungen während der El'cin-Jahre waren stets bedroht, gewaltsam zerstört zu werden – Geheimdienstler, die an die Macht drängten, scharrten schon in den Startlöchern. Das politische System ließ sich nicht stabilisieren, weil die ökonomischen Reformen widersprüchlich und z.T. chaotisch verliefen und einem Großteil der Bevölkerung erhebliche Opfer abverlangten. Korruption, Machtmissbrauch waren im öffentlichen Bewusstsein präsenter als die Vorteile einer liberalen Demokratie, die in Form eines rabiaten Marktliberalismus (vertreten von El'cins Reformern) keine konkrete Verbesserung der Lebensumstände in Aussicht stellte und vor allem einer Schicht von cleveren und gerissenen Glücksritter im Zuge der Privatisierung,⁵³⁰ eigentlich der Verschleuderung von Staatseigentum, zu unermesslichem Reichtum verhalf und eine neue soziopolitisch einflussreiche Schicht entstehen ließ, die Oligarchen. Die postsowjetische Gesellschaft erlebte den Epochenwandel größtenteils als Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. Das Land konnte immer weniger mit dem Westen Schritt halten, eine Verbesserung der Lebensumstände war nicht in Sicht. Die alte Geißel des Alkoholismus erreichte pandemische Ausmaße, die Kriminalität nahm dramatisch zu, eine latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit trat sichtbar an die Oberfläche, Ausländern wurde zunehmend subversive Tätigkeit, Spionage, Russophobie unterstellt. Demokratisierungsbestrebungen, ökonomische Reformen wurden als Instrumente des Westens gesehen, der es auf die Zerstörung und Vernichtung Russlands abgesehen habe. Als 1991 die staatliche Macht der Sowjetunion kollabierte, geschah dies ohne Revolution, ohne Aufstand der Massen – anders als in den anderen sozialistischen Ländern. Es gab in Russland auch keine Parteien, die einen Machtwechsel durchführen und das Land regieren hätten können. Der Untergang des Sowjetregimes wurde in Russland von der Bevölkerung auch nicht als Sieg der Demokratie über Despotismus und Diktatur oder als Befreiung sondern vielmehr als Niederlage wahrgenommen. Die El'cin-Ära war der Versuch einer Demokratisierung, sie war aber begleitet von Rückschlägen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet durch überhastete Wirtschaftsreformen („Schocktherapie“), sie brachte vielmehr eine erhebliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung. Die Errungenschaften der Demokratie versanken in einem Sumpf von Kleptokratie und Korruption. Alte Gewissheiten brachen sich an neuen gesellschaftspolitischen Orientierungen, viele Menschen fühlten sich alleine gelassen vor allem bei der Bewältigung ihrer prekärer werdenden Lebensbedingungen. El'cin selbst stellte gegen Ende seiner Amtszeit die Weichen in Richtung autoritärer Staatsführung, bestimmte Putin als Nachfolger, womit sich schließlich mittelfristig eine Ära einer neostalinistischen Renaissance öffnete.

Putins politischer Kurs war von günstigen Bedingungen begleitet: Die hohen Energiepreise um das Jahr 2000 verschafften ihm einen größeren ökonomischen Handlungsspielraum, von dem erhebliche Teile der Bevölkerung profitieren konnten. Russland konnte seine Schulden bezahlen, die Renten wurden stark erhöht, es wurde für alle spürbar wirtschaftlich besser. Unter diesen Umständen konnte sich Putin als weiser Staatsmann präsentieren, seine autokratischen Ambitionen hinter den kurzfristigen ökonomischen Erfolgen verbergen, so etablierte sich ein Regime, das Aussichten auf ein materiell besseres Leben um den Preis eines tendenziell

⁵³⁰ Im Volksmund prichvatizacija genannt, eine Kontamination von privatizacija und chvatit' – aneignen, stehen

konformistischen Verhaltens gegenüber der Staatsmacht in Aussicht stellte. Reisefreiheit, der Fall der Zensur, Medienvielfalt, (relativ) große Meinungsfreiheit, steigendes westliches Warenangebot (das für sehr viele unerschwinglich blieb aber prinzipiell zugänglich war) weckten die Illusionen auf ein besseres Leben und brachten Putin hohe Zustimmungswerte. Und Putin mit dem Image eines dynamischen Menschen schickte sich an, die Autorität Russlands auf der internationalen Bühne wiederherzustellen und man traute ihm zu, dass er auch das Land nachhaltig aus der Wirtschaftskrise führen werde, als er sich zu Beginn seiner Amtszeit auch um verbesserte Beziehungen zum Westen bemühte. Die Gelegenheit des Spannungsabbaues (sofern sie denn wirklich und nicht nur rhetorisch existierte), einer neuen Friedensordnung etc. wurde nicht genutzt. Den von El'cin „geerbten“ Tschetschenien-Krieg führte Putin mit Brutalität zu Ende, seine Macht im Inneren festigte er durch entsprechende Personalpolitik, indem er alle Versuche von Oligarchen, sich einen Teil der Macht zu sichern, mit allen Mitteln vereitelte – einige wurden vor Gericht gezerrt und verschwanden für Jahre in Gefängnissen oder in Lagern, andere wurden ins Exil gedrängt und nicht wenige verloren unter meist nie restlos eindeutig aufgeklärten Umständen ihr Leben. An die Stelle der Gemaßregelten ließ Putin frühere Kollegen aus KGB-Zeiten nachrücken und schuf damit Abhängigkeiten, die auf bedingungsloser Loyalität beruhten. Putins Führungsstil wurde immer autoritärer, allmählich schwanden Illusionen darüber, dass er liberale Reformen anstoßen könnte. Spätestens ab dem Jahr 2005 war definitiv klar, dass er konservativen nationalistischen und imperialen Anschauungen zuneigte und diese politische Wendung durch sukzessive Beschränkungen der Meinungsfreiheit, die Liquidierung der letzten Reste demokratisch-liberaler Ansätze durch die Installierung einer revisionistischen russisch-chauvinistischen imperialistischen Staatsideologie umsetzte. Der Westen glaubte (immer noch) einen Wandel durch Handel erreichen zu können und sah auch im Sinne der Wahrung eigener ökonomischer Interessen über die antidemokratische Entwicklung Russlands unter Putin zu einer imperialistischen neostalinistischen Diktatur großzügig hinweg. Der überwältigende Teil der Bevölkerung trug den Chauvinismus mit, mit der Annexion der Krim kletterte die nationale Euphorie und damit Putins Beliebtheit in unerreichte Höhen. So errang Putin ein großes Maß an Kontrolle der politischen Macht, der staatlichen Institutionen, der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Entwicklung durch Zensur, ein System regimehöriger Organisationen, durch die Ausschaltung der Opposition. So wurde in der Bevölkerung ein rein konformistisches Verhalten zum Staat zur Überlebensstrategie, nachdem klar wurde, dass dem, der sich diesen neuen Regeln nicht unterwirft, Gefängnis, Exil oder Ermordung droht – erzwungene opportunistische Anpassung, die Gesellschaft erstarrt zunehmend in kollektivem Autismus.

In der Sowjetunion waren Erwartungen der Menschen von einem gewissen (von oben verordneten) Optimismus in dem Sinne bzw. von der Hoffnung getragen, dass die Lebensbedingungen im Laufe der Zeit doch besser werden. In der Putin-Ära hingegen gilt die Macht nur noch als korrupt und egoistisch – aber als patriotisch, sie steht für nationale imperiale Interessen, damit ist der Konsens mit der Mehrheit der Gesellschaft – zumindest auf gewisse Zeit – hergestellt. Massive staatliche Propaganda sichert bisher in der Gesellschaft eine breite Unterstützung für Putin. Die Mehrheit meinte noch Ende Dezember 2022, dass die „Spezialoperation“ erfolgreich verläuft – mit dem Beginn der ukrainischen Gegenoffensive und nach den Prigožin-Ereignissen und den vermehrten ukrainischen Militärschlägen dürfte sich doch einiges bewegt haben, allmählich wird die propagandistische Phalanx brüchig, Dogmen halten nicht angesichts der Realität: Dass Russland über die stärkste Armee, Wunderwaffen etc. verfüge, stellt sich angesichts des realen Kriegsverlaufs immer klarer als Mythos heraus. Das Gros der Menschen sorgt sich wohl um die Verluste in den eigenen Reihen, das Mitgefühl gilt „unseren Männern an der Front“, kritisiert wird (systemkonform) die mangelnde Ausrüstung, Ausbildung etc. Am Krieg gegen die Ukraine wird keine Kritik geübt, wer sie trotzdem wagt, muss mit harter strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Opfer auf ukrainischer Seite spielen keine Rolle, es gibt so gut wie keine Empathie für die Ukrainer. Die Menschen identifizieren sich seit Generationen mit dem Staat, seiner offiziellen Rhetorik, seinen Rechtfertigungen des Kampfes gegen das, was er als

Faschismus und Nazismus bezeichnet, gegen die westliche Bedrohung, westliche Russophobie usw. Auch wenn die jüngeren Menschen den Krieg nicht wollen, besser informiert sind etc., sie begehren (nicht mehr) gegen ihn auf, sie tragen ihn untertänig mit. Die Bevölkerung wurde über Generationen buchstäblich formatiert zu glauben, dass der Westen Russland grundlos hasse und es vernichten wolle und Russland daher in einer Art Belagerungszustand der wachsenden Einkreisung leben müsse, dass aber umgekehrt Russland (bzw. die Sowjetunion) die Fähigkeit besitze, Amerika oder Europa im Handumdrehen in nuklearen Staub zu verwandeln, wenn es darauf ankommen sollte, udgl.

Worauf beruht überhaupt die Selbsteinschätzung der Überlegenheit Russlands (in so gut wie allen gesellschaftlichen Belangen)? Ein Blick – abseits der Metropolen – auf die Lebens- und Wohnverhältnisse (etwa die kommunalky, chruščovky⁵³¹), den Zustand der Infrastruktur, die Verkehrsverhältnisse, verlotterndes Gesundheitswesen, etc. die Alltagskorruption, den elenden Zustand des Rechtsstaates usw. erinnern vielfach an ein Leben wie im XIX Jh., so wie es die großen zeitgenössischen Romanciers beschrieben haben. „Putin ist es in den mehr als zwanzig Jahren seiner Macht gelungen, bei der älteren Generation die Angstreflexe der Sowjetunion wieder zu wecken und die junge Generation von ihren weltweit vernetzten Artgenossen in anderen Ländern weitgehend abzukoppeln. Er hat es geschafft, ein komplett falsches Bild der Geschichte und der Gegenwart in ihre Köpfe zu pflanzen. Angehörige der Generationen, deren politische Sozialisation nach Putins Aufstieg im Jahr 2000 stattfand, sind in der Masse auf Nationalismus getrimmt. Vor allem aber grenzen sie sich aggressiv von mutmaßlich anderen ab, betrachten sie als Feinde und sich selbst als Opfer und Angegriffene. Es wird Jahrzehnte dauern, das wieder gerade zu rücken, wenn es überhaupt geht. [...] Viele werden über den Zweiten Weltkrieg und die Sowjetunion nichts wissen, was nicht von massiver Propaganda verunstaltet ist. Sie werden Feindbilder and die nächste Generation weitergeben. Und sie werden denen, die die Vergangenheit erforschen, nicht glauben. Diese Generationen sind Putins gefährliches Vermächtnis an die Welt“⁵³². Lev Dmitrievič Gudkov, Direktor des Levada-Zentrums, spricht von einer verrohten Gesellschaft mit „Opfermentalität.“⁵³³ Die Propaganda hat mit ihrem Gewaltpotenzial die Menschen zu einem simplifizierten Weltbild verpflichtet: Der eigentliche Feind war immer der Westen. Die Verantwortung wird bei den USA, der NATO und Europa gesehen. Die Ukraine wird nicht als souveräner Staat verstanden. Russland sieht sich immer als unschuldige Opfer, das sich bloß seiner Haut wehren muss, um nicht vernichtet zu werden. Ein offener Diskurs über die politischen Realitäten und ihre Einschätzung ist nicht möglich. Die Gesellschaft verharrt trotzig in einer Art stumpfen sich gegen außen abschottenden systemloyalen imperialen Arroganz, die herrschende Rhetorik als persönlichen Schutzschild nützend. Damit die russische Gesellschaft von diesen Zwangsvorstellungen befreit werden kann, erscheint immer mehr Fachvertretern eine militärische Niederlage Russlands im gegenwärtigen Konflikt eine unabdingbare Notwendigkeit und Voraussetzung. Damit wäre aber das Land noch lange nicht „entputinisiert“ und reif für liberalere oder demokratische(re) Lebensformen. Es sind mehrere Faktoren, die das Alltagsleben in Russland mitbestimmen: Gewalt, Verrohung der politischen Kultur, Rechtsunsicherheit, neostalinistische Renaissance, Militarisierung der Jugend, russischnationaler Chauvinismus, der Krieg (der nicht so genannt werden darf), Staatsterror, Repression, u.a.

⁵³¹ kommunalky: Gemeinschaftswohnungen, in denen sich mehrere Familien z.B. die Küche, sanitäre Einrichtungen udgl. teilen (müssen), chruščevky: Wohnanlagen, die unter N. Chruščev errichtet wurden, klein, uniform, von schlechter Qualität, vgl. Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München, 2022

⁵³² Gesine Dornblüth – Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg – Basel – Wien, 2023, S. 64-5

⁵³³ [piqd | Eine verrohte Gesellschaft mit Opfermentalität \(23.1.2023, Zugriff 4.8.2023\)](#)

Gewalt

Im Kapitel „Schuld ohne Sühne“ beschreiben Gesine Dornblüth und Thomas Franke⁵³⁴ die Rolle der Gewalt im gegenwärtigen Russland: „Die russische Gesellschaft ist in einem Ausmaß von Gewalt und Aggression geprägt, das für Außenstehende kaum vorstellbar ist. Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung ist in weiten Teilen der russischen Gesellschaft akzeptiert.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Die Täter gehen davon aus, straffrei zu bleiben. [...] Im April 2022 zeichnet Wladimir Putin die Brigade, die in Butscha massakriert, gefoltert, vergewaltigt und geplündert hat, sogar aus. Für angeblich ‚massives Heldentum und Mut, Tapferkeit und Unerschrockenheit‘ erhält sie den Ehrentitel Gardebrigade.“ Und als Gipfel schildern Dornblüth und Franke den Inhalt eines unerträglich abstoßenden Videos, das von der Ukraine an die UNO weitergeleitet wurde: „Es zeigt einen Mann auf einer Bühne. In der rechten Hand hält er einen Schädel. Triumphierend präsentiert er ihn dem Publikum. Der Schädel gehöre einem Ukrainer, der das Asow-Stahlwerk in Mariupol verteidigt habe. ‚Soll er in der Hölle brennen‘, ruft er. ‚War das auch ganz bestimmt kein Zivilist?‘ fragt eine Stimme im Saal. ‚Ganz sicher nicht, wir haben ihn je selbst erledigt.‘ Der Mann auf der Bühne grinst. ‚Kleinrussland muss entukrainisiert werden‘, fordert er. Mit Kleinrussland meint er die Ukraine. ‚Wir müssen unsere Gebiete heimholen. Russland kämpft nicht gegen Menschen, Russland kämpft gegen die Idee der Ukraine als antirussisch Staat. Alle Anhänger dieser Idee müssen vernichtet werden.“⁵³⁵ Der Mann heißt Igor Leonowidovič Mangušev, er erlag im Februar 2022 einer Schussverletzung, die er an der Front im Donbas erlitten hat.⁵³⁶

Die Verrohung der politischen Kultur umfasst auch die Umgangsformen, sie betrifft besonders häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder. Zu einer erheblichen Verschlechterung der Situation der Frauen (siehe das Netzwerk nasiliu.net) hat eine Gesetzesnovelle beigetragen, die Gewalt gegen Frauen erst im Wiederholungsfall, d.h. beim zweiten Mal als Delikt wertet. Anzeigen bei der Polizei sind meist sinnlos. Begleitet sind Gewaltexzesse häufig von Alkohol und Drogen. Laut Statistik des russischen Strafvollzugs entfallen 356 Häftlinge auf 100 000 Ew. (Quelle Europarat 2019), das entspricht dem 3½ Fachen des europäischen Durchschnitts. Es gibt Schätzungen, dass 1/3 der Häftlinge zu Unrecht sitzt, die Verhältnisse in den Strafanstalten sind ähnlich denen des GULAG.⁵³⁷

Ein russisches Spezifikum ist die sog. dedovščina beim Militär und in Gefängnissen. Es handelt sich um ein hierarchisches Unterdrückungssystem, das im 19.Jh. im Zusammenhang mit Strafslagern (Katorga, Gulag) entstanden ist. Dabei üben die Dedy („Großväter“) über die ihnen Untergebenen nahezu unbeschränkte Macht aus. Die diesem System Unterworfenen müssen alle möglichen Arbeiten für die Dedy erledigen, den Sold zur Gänze oder teilweise an sie abliefern etc., sind vielfältigen Schikanen, Erniedrigungen, Körperverletzungen udgl. ausgesetzt (teilweise von den Lager- / Gefängnisleitungen toleriert). Viele (d.h. Tausende) Soldaten werden auch Opfer von Misshandlungen (die bis zur Invalidität gehen) ihrer Vorgesetzten, Hunderte begehen jährlich Selbstmord.⁵³⁸ Bei den Wagner-Söldnern werden Rekruten aus Gefangenenlagern vorzüglich für die „Drecksarbeit“, als Kanonenfutter (na uboj) eingesetzt, mit stark reduzierten Überlebenschancen. Es handelt sich dabei um Männer mit schwerkrimineller Vergangenheit, Gewalt- und Brutalitätserfahrung, die Terror, Erniedrigung, Unterdrückung am eigenen Leib erfahren haben, ein enormes Gewaltreservoir darstellen und extrem schwer

⁵³⁴ Gesine Dornblüth – Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg – Basel – Wien, 2023, S. 133 ff.

⁵³⁵ Ebda, S.13

⁵³⁶ [Russischer Nationalist Igor Manguschew gestorben \(faz.net\) 9.2.2023 \(Zugriff 4.8.2023\)](https://www.news.de/politik/856730702/igor-manguschew-angeschossen-auf-besetztem-russischen-gebiet-russen-kaempfer-posierte-mit-abgetrenntem-soldaten-schaedel/1/)

⁵³⁷ Siehe gulagu.net

⁵³⁸ <https://www.dw.com/de/das-faustrecht-regiert-in-der-russischen-armee/a-1912566> (23. 02. :2006, Zugriff 4. 8. 2023)

resozialisierbar sind. In geschlossenen Systemen (insbesondere Militär, Strafvollzug) sind die Opfer in der Regel absolut machtlos, Gewaltverbrechen werden nicht geahndet, Täter nicht zur Verantwortung gezogen. Die Anstaltsleitungen verhalten sich oftmals parteilich bzw. opportunistisch. Auch das ist eine Folge über Generationen anezogener Untertanenmentalität, von Passivität und Duckmäsertum. Menschen mit derart krimineller Vergangenheit, die durch Kriegsteilnahme (z.B. in der Wagner-Gruppe) amnestiert wurden und frei kamen, stellen ein gewaltiges Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung dar, noch dazu wenn man bedenkt, dass es in Russland so gut wie keinerlei Resozialisierungsmaßnahmen für Haftentlassene gibt.

Stalin-Renaissance, Neostalinismus

Die Unwissenheit, Unkenntnis der eigenen Geschichte erleichtert die Wiederkehr alter Geister: Rassismus und Nationalismus gab es schon in der Sowjetunion. Es fand keine Vergangenheitsbewältigung statt, im Gegenteil im postsowjetischen Russland wurde bzw. wird Stalin verklärt (ihm sei die Industrialisierung, der Weltmachtstatus, etc. zu verdanken), er wird als Sieger glorifiziert (hat Nazi-Deutschland besiegt), neue Stalin-Denkmäler, Gedenktafeln, ehren sein Andenken. Ein geklittertes Geschichtsbild wird abgefeiert, dabei ist keine Rede von den Opfern, die Stalins Unternehmungen gekostet haben, der Ruhm kommt ausschließlich Russland, das mit der Sowjetunion gleichgesetzt wird, zu Gute. Die Mitwirkung anderer Völker der Sowjetunion (insbesondere der Ukraine) an der Niederwerfung des Faschismus wird kleingeredet bzw. ganz ausgeblendet. Das ist ein klarer Rückfall hinter N. Chruščëvs Entstalinisierung (Rede am 20. Parteitag 1956), wie Dornblüth und Franke resümieren: „Verhängnisvoll ist aber nicht nur, dass der Massenmörder Stalin und seine Helfer ungestraft davonkamen und dass es immer mehr zur Gewissheit wurde, dass Verbrechen ungesühnt bleiben; eine große Rolle spielen auch unbewältigte Traumata, die sich bis heute im Unterbewusstsein eines jeden Einzelnen fortsetzen. [...] Das unbewusste Trauma macht die Menschen seltsam stumpf. Es gibt kein Mitleid, selbst ihr eigenes Schicksal scheint vielen schnell egal zu sein.“⁵³⁹ Vor allem St. Petersburg wurde seit 2000 zu einem Brennpunkt von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, es kommt dort regelmäßig zu Gewalttaten, Morden. Widerstand, Empathie, Solidarität mit den Betroffenen seitens der Bevölkerung gibt es so gut wie nicht, besonders gefährdet sind Afrikaner, Kaukasier, Araber. Die antifaschistische Erziehung in der Sowjetunion hat es verabsäumt, den Holocaust sowie die rassistischen Theorien des Nazifaschismus zu thematisieren, statt dessen wurden die Jugendlichen mit Heldentum im Vaterländischen Krieg abgefüttert. Eine Immunisierung gegen Nationalismus oder Rassismus fand nicht statt.

Nationalismus, Rassismus, „Russland den Russen!“

Ausgehend von diesen Prämissen ist es kein Wunder, dass rassistische Haltungen nach dem Ende der Sowjetunion aufleben. Offene Hetze rechtsextremer Gruppen, ebenso die Gründung solcher Parteien wird toleriert. Die Exekutive zeigt sich solchen Gruppen gegenüber „tolerant“ und schreitet nicht ein. Der russisch-nationale Rechtsextremist Dmitrij Nikolaevič Dëmuškin gründete 1999 die Slawische Union (Slavjanskij sojuz)⁵⁴⁰, die sich im Laufe der Jahre zu einer der größten und berüchtigtsten rechtsradikalen Vereinigungen in Russland entwickelte und als deren Anführer er agiert. Im Juni 2004 kündigte er eine „Nacht der langen Messer“ an für die Feinde Russlands, damit sind Menschenrechtsorganisationen gemeint, welche – ein geradezu klassisches Stereotyp – üblicher Weise aus nichtrussischen Bürgerrechtlern bestünden und vom Ausland, also vom FBI, MI6, Mossad udgl. finanziert würden. Ideologische Nähe zu Dëmuškin zeigen ultraorthodoxe Christen, die besonders das Feindbild der Immigration und Immigranten pflegen. Rechtsradikale Gruppierungen wie die genannten organisieren sich häufig in

⁵³⁹ Gesine Dornblüth –Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg – Basel – Wien, 2023 S. 129 u. 131

⁵⁴⁰ Porträt Dmitrij Dëmuškin 17.8.2012 (Zugriff 17.2.2023):
<https://www.tagesspiegel.de/meinung/die-deutsche-nation-ist-tot-6682270.html>

sogenannten Bürgerwehren, in denen sie Hatz besonders gegen Zentralasiaten, deren soziale Lage besonders elendig ist, organisieren – bzw. „der Polizei zuarbeiten“, indem sie Personen, die sie illegalen Aufenthaltes verdächtigen, denunzieren und Selbstjustiz üben, Amtsanmaßung praktizieren, was zwar nach russischem Gesetz verboten ist aber nicht geahndet wird.

Schaffung Putin-naher russischnationalistischer Gruppierungen

Die Angst vor sog. Farben-Revolutionen (2003 die Rosenrevolution in Georgien, 2004 die Orange Revolution in der Ukraine, 2005 die Tulpenrevolution in Kirgisistan, 2013/4 der Euromajdan in Kyjiv) und generell demokratischer Basisbewegungen veranlasste die Kremlführung sozusagen präventiv die Jugend in eigens geschaffenen, Putin-nahen Organisationen zusammen und zu „betreuen“, d.h. zu kontrollieren:

Die Gruppe *Naši* („Die Unseren“) wurde 2005 vom Staat gegründet, stand in gewisser Hinsicht in der Tradition des Komsomol, wurde 2013 aufgelöst. Anfang 2008 verfügte sie über etwa 100.000 Mitglieder. Durch ihre politische Nähe zur Partei „Einiges Russland“ galt sie als Karriereprungbrett. Sie prägten das Motto: „Putin ist gut für Russland, wer gegen Putin ist, ist gegen Russland und damit Faschist“.

Die Nachwuchsorganisation *Molodaja Gwardija* (Junge Garde) ist direkt der Regierungspartei angeschlossen. Die Bewegung wurde im Jahr 2000 gegründet (übrigens benannt nach einer sowjetischen Widerstandsorganisation im Zweiten Weltkrieg). 2016 zählte die Junge Garde 150.000 Mitglieder im Alter zwischen 15 und 30 Jahren. Sie gebärdet sich oft wie eine Bürgerwehr, arrogant sich Kontrollrechte (z.B. ob Gesetze eingehalten werden“ udgl.).

Set („Netz“) ist eine weitere Jugendorganisation, die in der Präsidialverwaltung für Innenpolitik lokalisiert ist. Diese Organisation unterscheidet sich soziokulturell von den anderen genannten, ist sehr elitär, umfasst nur etwa 1000 Mitglieder. Viele Künstler sind Mitglieder / Mitarbeiter von *Set*.

Junarmija („Jugendarmee“), 2016 durch einen Präsidentenerlass gegründet, ist, kurz gesagt, die Kinder- und Jugend-Militär-Erziehungsorganisation Russlands. Sie untersteht dem Verteidigungsministerium. Ihr gehören nach eigenen Angaben im Jahr 2023 rund eineinviertel Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 18 Jahren an. Sie pflegt und fördert Kampfsport, Schießen. Ihr Ziel ist, junge Menschen dazu zu bringen, das Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, diese Bereitschaft und Begeisterung bereits im Kindes- und Jugendalter zu entwickeln. „Die Junarmija ist die Krönung Putin’scher Jugendarbeit. Moralisch leer, auf Russlands Egoismus getrimmt, gewaltbereit und willfährig.“⁵⁴¹

Krieg und Alltag

Seit der Annexion der Krim führt Russland einen permanenten Krieg gegen die Ukraine, allmählich sickert aber durch, dass die „Spezialoperation“, d.h. der Krieg durchaus etwas „kostet“, Opfer verlangt, nicht nur materielle. Hunderttausende junge, qualifizierte Männer haben schon vor der Mobilmachung Russland verlassen. Sie fehlen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Kultur, allgemein in der Gesellschaft. Ob sie, solange der Putinismus in Russland sein Unwesen treibt, zurückkommen werden, ist alles andere als gewiss. Die anderen, die aus verschiedenen Gründen sich nicht ins Ausland absetzen können, werden in den Krieg geschickt, oft ohne ausreichende Ausbildung, Ausrüstung, Bewaffnung, werden an der Front buchstäblich verheizt. Die russischen Verluste im Donbass sind – nach in der Regel zuverlässigen – Schätzungen des britischen Geheimdienstes – horrend. In einem Interview (2022) analysiert der russische Soziologe Lev Gudkov die Lage: „Dreißig Jahre war Russland auf der Suche nach einer nationalen Idee. Jetzt hat es endlich eine gefunden. Sie heißt ‚Krieg‘. Russland ist Krieg,

⁵⁴¹ Gesine Dornblüth – Thomas Franke: *Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft.* Freiburg – Basel Wien, 2023, S.64

Russland braucht Krieg.“ Was die nähere Zukunft betrifft, meint er: „Ich sehe kein Potenzial für Massenproteste. Es gibt zwar Unzufriedenheit in der Bevölkerung, aber sie ist diffus, die Unzufriedenen sind unorganisiert. Und jeder Versuch, eine Opposition zu organisieren, wird hart unterdrückt. Veränderungen in solchen Regimes wie dem sowjetischen oder dem postsowjetischen sind nur möglich, wenn sich die Bürokratie spaltet, wenn die obere Mittelschicht nicht mehr will, wenn es Konflikte innerhalb der Elite gibt.“⁵⁴² Einzelne Ausnahmen gibt es: Russische Rock-Größen wie Jurij Julianovič Ševčuk von der Rockband DDT, die russische Sängerin Zemfira (sie emigrierte nach Frankreich) und Boris Grebenščikov von der Rockband Aquarium u.a. beziehen deutlich Stellung gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine. Von J. Ševčuk, einem der bekanntesten Rockmusiker und Sänger Russlands und engagierten Kritiker Vladimir Putins, stammt die Aussage: „Aber die Heimat ist nicht der Arsch des Präsidenten, den man ständig lecken und küssen muss [...] Die Heimat – das ist für mich die arme Oma am Bahnhof, die Kartoffeln verkauft.“⁵⁴³ Er wurde nur deshalb nicht sanktioniert, weil er so bekannt ist. Er engagierte sich schon gegen den Afghanistan-Krieg, 1995 absolvierte er eine Friedens-Tour in Tschetschenien (mit dem Lied „Schieße nicht!“).⁵⁴⁴ Er engagierte sich in Jugoslawien, als dort Krieg herrschte, er kritisierte 2012 vehement das politische Engagement der russisch-orthodoxen Kirche („Dass unsere russisch-orthodoxe Kirche mit der Politik zu verschmelzen versucht, ist ungeheuerlich“), er wandte sich vehement 2014 gegen die Annexion der Krim und 2022 gegen den Überfall auf die Ukraine.⁵⁴⁵

Umgang mit der Vergangenheit

Der Kolumnist Konstantin Sëmin, der im Fernsehen (Rossija 1) und als Blogger seine scharfmacherischen Töne von sich gibt behauptet, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit, Kritik an der eigenen Geschichte, speziell am Geheimdienst (!) die Existenz Russlands gefährde und zu Chaos führe. Diese Ansicht ist keine Ausnahme. In anderen ehemaligen sozialistischen Ländern wurden nach dem Systemwechsel in Lustrationsverfahren politisch belastete Personen aus dem öffentlichen Dienst entfernt, Rechtsbrecher der Justiz zugeführt, die entsprechenden Archive für wissenschaftliche Arbeiten (und Gerichtsverfahren) geöffnet etc.⁵⁴⁶ Institutionen, die sich in Russland mit der Vergangenheitsaufarbeitung befassten, wie z.B. Memorial wurden behindert bzw. unter windigen Vorwänden verboten. Das Regime will keine kritische Aufarbeitung des stalinistischen Terrorregimes, weil es selbst den Totalitarismus restauriert. Es gibt eine Kontinuität der Repression, die Unterdrückung der Bevölkerung setzt sich nach kurzer Unterbrechung fort. Eine Grundbedingung für die Demokratisierung der russischen Gesellschaft und Politik und eine Grundvoraussetzung für einen wirklichen Neuanfang ist, dass offen über Verantwortung, Täterschaft und das Wesen des KGB u.a. relevante Themen gesprochen werden muss. Evgenija Markovna Al'bac in ihrem Buch „Geheimimperium KGB“⁵⁴⁷ stellt sie den Geheimdienst als eine raubmörderische Organisation dar, die vor nichts zurückschreckt, nicht vor Erpressung, nicht vor Denunziation, nicht vor Mord. Das Putin-Regime unternimmt alles, damit Vergangenheitsbewältigung nicht stattfindet, alle, Täter wie Opfer sollen sich in der Einheit des immer siegreichen Volkes wieder finden. Auf diese Weise werden vor allem die Nachkriegsgenerationen in Unwissenheit gehalten und sitzen der Staatspropaganda auf, die Stalin als erfolgreichen Führer der Sowjetunion darstellt, dessen Terror gegenüber der eigenen Bevöl-

⁵⁴² Zit.nach Gesine Dornblüth – Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg _ Basel – Wien, 2023, S.120

⁵⁴³ <https://www.dw.com/de/russische-rockmusiker-gegen-krieg-ukraine-juri-schewtschuk/a-61942373>, 30.5.2022, (Zugriff 2.8.2023)

⁵⁴⁴ https://web.archive.org/web/20210127081531/https://echo.msk.ru/blog/you_shevchuk/1270298-echo/

⁵⁴⁵ <https://www.theguardian.com/world/2022/feb/25/prominent-russians-join-protests-against-ukraine-war-amid-1800-arrests-putin> (Zugriff 4.8.2023)

⁵⁴⁶ Siegmart Schmidt, Gert Pickel – Susanne Pickel: Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritärer Vergangenheit und Menschenrechtsverletzungen. Wiesbaden 2009

⁵⁴⁷ Evgenija Albaz: Geheimimperium KGB, Totengräber der Sowjetunion. München, 1992

kerung aber ausblendet, schlechtesten Falls als „guten“ Diktator durchgehen lässt. Das Brainwashing funktioniert so gut, dass die Wahrheit über Stalin von der jüngeren Bevölkerung vielmehr als ausländische (US-amerikanische) Propaganda gedeutet wird, um die historische Bedeutung Russlands in der Welt gering zu halten. Nichtwissen, Unkenntnis der eigenen Geschichte ist politisch gewollt, so konnten damals und können heute die Täter unbehelligt, Verbrechen unbestraft bleiben, Traumata aber bleiben / bleiben unbewältigt. So kann sich Stalin als „Sieger über den Faschismus“, „Modernisierer der Sowjetunion“ etc. ins kollektive Bewusstsein einprägen und letztlich als Identifikationsbasis und als Vorbild künftiger Generationen und instrumentalisiert werden. Putin nützt die historische Unbedarftheit eines großen Teils der Bevölkerung und deren unbewältigte Traumata für seine eigene Machterhaltung aus. Er spielt mit den Ängsten einer Bedrohung von Außen, dem Westen, in Form der NATO, dem besonders wirksamen Muster der Bedrohung durch „ausländische Spione, Agenten“, aber auch durch die westliche Lebensart. Besonders verteufelt wird von der orthodoxen Kirche wie vom Staat der Umgang mit Homosexualität in den meisten westlichen Ländern. Jahrzehntelange Unterdrückung und Gängelung durch Staat und Kirche haben die Menschen abgestumpft, sie sind unempfänglich gemacht worden für Toleranz, Liberalität, offenes Bekenntnis zum Humanismus, Empathie gegenüber Fremden, Diversität, ... diese Eigenschaften scheinen in der russischen Gesellschaft unbegreiflich, unwirklich geworden zu sein.

Unverblümete imperialistische Hetze und Unschuldshauptung

Ein Beispiel von vielen:

Semën Arkad'evič Bagdasarov, Mitglied der Duma, hat sich auf Zentralasien und den Mittleren Osten spezialisiert, gilt als Scharfmacher. Angesichts der verheerenden Erdbebenkatastrophe in der Türkei sinnierte er (18. 3. 2023) über die Chance, die sich Russland jetzt zum Zeitpunkt der (durch Naturkatastrophen) geschwächten Türkei bietet, sich Istanbul einzuverleiben. Vortragen hat Bagdasarov diese Idee (eigentlich den historischen Traum von Cargrad und die Herrschaft über den Bosphorus) in einer Propagandasendereihe des russischen Fernsehens unter der Leitung von Vl. Solov'ëv (die regelmäßig in einem geradezu hysterischen, hasstriefenden Gebrüll der Diskutanten oder auch der Moderatoren endet). Das Niveau dieser Veranstaltungen ist dermaßen niedrig, dass es schwer vorstellbar ist, dass die Propagandisten selbst den Unsinn glauben, den sie der Bevölkerung täglich vorlegen. Wenn ja, dann sind ernsthafte Zweifel an ihrem Geisteszustand dringend angebracht. Dieses Beispiel zeigt, wie weit sich das herrschende Regime von zivilem Umgang mit anderen Ländern (aber auch mit Einzelpersonen) entfernt hat und glaubt sich ein Recht heraus nehmen zu können, ungestraft großmachtchauvinistische Ideen auszuleben.

Bunker- und Wagenburgmentalität, Verfolgungswahn

In der Gorbačëv- und El'cin-Ära zeigten Russen bei Begegnungen mit „Westlern“ Neugierde am Westen, sahen in ihnen Chancen zum gegenseitigen Vorteil. Seit der Olympiade ist diese Neugierde einem immer aggressiver werdenden russischen Chauvinismus gewichen, gepaart mit Überheblichkeit und Besserwisserei gegenüber Vertretern des Westens, denen offiziellerseits fast grundsätzlich ablehnendes Verhalten gegenüber den Russen („Russophobie“) unterstellt wird. Rational ist kaum mehr nachvollziehbar, wenn Putin seiner Anhängerschaft suggeriert, dass ein von Russland ausgeführter atomarer Schlag vom Westen unbeantwortet bleiben und Russland unbeschadet davonkommen würde. Putin versteigt sich sogar zum absurd-perversen Versprechen, die Russen würden in den Himmel, die Westler in die Hölle fahren. „Wir kommen als Märtyrer in den Himmel, die Angreifer werden verrecken“⁵⁴⁸ – solche Argumente, eine solche Sprache kennen wir von völlig verblendeten Dschihadisten und extremen

⁵⁴⁸ Wladimir Putin: „Wir kommen als Märtyrer in den Himmel, die Angreifer werden verrecken“ - WELT (18.10.2018, Zugriff 1.5.2023)

islamistischen Selbstmordattentätern. Putin vermeint damit die Bevölkerung in Sicherheit wiegen und an der Schraube der Aggression gegen den Westen immer weiter drehen zu können. Er steigert Feindseligkeit gegenüber dem Westen bis zu gnadenlosem Menschenhass. Das stimmt auch mit der Sprache des Fernsehmoderators Vl. Solov'ev überein, der die Menschen im Westen als minderwertigen Dreck bezeichnet, mit dem auch dementsprechend zu verfahren sei. Von Menschenhass und Hysterie berichtet die Moskauer-Korrespondentin der TAZ über Begebenheiten aus dem russischen Alltag:⁵⁴⁹ „Lehrer*innen beschimpfen ihre Schüler als „Nichts“, schreien sie an, sie gehörten erschossen, weil die Jungs bei einer Schulveranstaltung nicht mitmarschieren wollten. Schüler*innen zeigen ihre Lehrer*innen an, weil diese angeblich das Handeln der Ukraine nicht vehement genug verurteilten. Väter zerren ihre Töchter zur Polizei, weil diese die „falsche“ Haltung verträten. Tiktok-Videos zeigen Kinder, die zum Spaß bei ukrainischen Kindern anrufen, um ihnen zuzuschreien, diese mögen doch endlich krepieren. Der Moskauer Juri Samoilow war mit der Metro unterwegs, als zwei Polizeibeamte erst sein Telefon sehen wollten und ihn dann abführten. 15 Tage Haft, weil er ‚falsches Material‘ im Handy angeschaut haben soll. Ein Mitfahrer hatte ihn beim Lesen von Texten beobachtet, die Russlands Taten in der Ukraine hinterfragten. Er rief die Polizei.“ Riskant ist es auch, seit dem 24. 2. 2022 Kleidungsstücke in den Farben der ukrainischen Nationalflagge zu tragen, dies wurde schon wiederholt als provokativer Akt interpretiert und mit entsprechenden Strafen belegt. Beispiele dieser Art gibt es unzählige.

Die Bunkermentalität geht mit der Diffamierung Europas als „Gayropa“, Hort des Werteverfalls, als Sündenpfuhl Hand in Hand. A. Dugin sieht die Rettung Europas in der Orthodoxie:⁵⁵⁰ Herrscht die russische Orthodoxie in Europa (und hat Russland die Hand auf den russischen Einflussphären), dann lösen sich die Probleme von selbst. So einfach und eindeutig ist das. Unaufgelöst ist aber bei aller Hassrhetorik der Widerspruch: Der Hass gegen den Westen einerseits und die Begeisterung für westlichen Lebensstil, Waren, Produkte etc.

Militarisierung der Jugend

Russland wirbt für das russische Militär schon bei den Kleinsten. Wehrtüchtigung stand auch schon zu Sowjetzeiten auf dem Unterrichtsprogramm, es fehlte jedoch der imperialistische, revanchistische Unterton. Um die angebliche westliche Bedrohung noch stärker zu dramatisieren und die Bevölkerung zu verunsichern wird der Ukraine (fälschlich, siehe Budapester Abkommen) unterstellt, sie habe Atomwaffen und würde Russland in den nächsten Jahren vernichten wollen (übrigens mit ähnlichen perhorreszierenden Argumenten versuchten die USA ihren Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen). Militaristisch-patriotische Kurse, nationalistisch-chauvinistische Lehrangebote sind heute Standard. Am „Tag des Sieges“ (9. 5.) werden in Supermärkten Granaten u.a. Kriegsgerät aus Marzipan angeboten. Das Zerlegen von automatischen Gewehren ist schon im Grundschulalter Unterrichtsgegenstand. Schüler und Schülerinnen in Uniformen werden beim Exerzieren gefilmt. In Interviews geben sie vorgestanzte patriotische Sprüche wider. In didaktischen Handreichungen für Schulen werden die Lehrenden unterstützt, den Krieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen.⁵⁵¹

Selbst das Erlernen von Fremdsprachen an russischen Schulen soll nach der Vorstellung der Duma-Abgeordneten Irina Jarovaja von der Kreml-Partei Edinaja Rossija (Einiges Russland) stark eingeschränkt werden. Das Erlernen fremder Sprachen „im gegenwärtigen Format“, so tönte sie im russischen Parlament, sei eine „Bedrohung für die nationalen Traditionen.“⁵⁵² In derselben Tonart äußert sich der Vorsitzende der Kulturkommission der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation Pavel Anatol'evič Požigajlo: „Ich bin absolut sicher, dass wir für

⁵⁴⁹ <https://taz.de/Willkuer-in-Russland/!5929033/> (Zugriff 4.8.2023)

⁵⁵⁰ [Der russische Faschist Alexander Dugin: Der Philosoph hinter Putin - taz.de](https://taz.de/Der-russische-Faschist-Alexander-Dugin-Der-Philosoph-hinter-Putin/)

⁵⁵¹ <https://zona.media/article/2022/02/28/propaganda-lessons> (aufgerufen 25.03.2023)

⁵⁵² [Newsru.com](https://www.newsru.com), 6.12.2017 (aufgerufen 25.03.2023)

eine bestimmte Periode überhaupt keine Fremdsprachen lehren sollten, damit die Menschen das Land nicht verlassen. Die russische Sprache ist alles, was sie brauchen, die russische Literatur ist alles, was sie brauchen“. Dazu noch Patriotismus und Revanchismus im Stundenplan unter dem Motto „Heimholung“ ehemaliger Besitzungen nach Russland (darunter auch Alaska!), Beschwörung einstiger Größe, Heldentum, Verklärung militärischer Siege, kritiklose Restalinisierung auch in der Schule, Stalins Verbrechen und die seiner Büttel werden nirgends angesprochen. Eine offizielle historische Aufarbeitung des Terrors unter Stalin wurde (zwar unter Chruščëv kurz angedeutet) aber nie systematisch angegangen. Die NGO Memorial, die sich dieser Arbeit angenommen hatte, wurde 2021 unter dem Vorwand, sie verstoße gegen das Gesetz über „Ausländische Agenten“, verboten. In diesem Punkt trifft die Staatspropaganda mit der überwiegenden Volksmeinung überein: Das Levada-Zentrum hat erhoben, dass fast die Hälfte der Russen (47%) der Meinung ist, dass die Größe Russlands jedes Opfer rechtfertige.⁵⁵³

Putinistischer neuer Geschichtsunterricht

In mehreren Konferenzen unter Putins Leitung und Initiative wurde die Notwendigkeit der Überarbeitung und Neuausrichtung des Geschichtsunterrichts in Russland hervorgehoben. In einer seiner TV-„Sprechstunden“ (2013) mit der Bevölkerung fand er das Angebot von 65 verschiedenen Geschichtsbüchern als „abnormal“ hoch und beklagte das mangelhafte Geschichtsbewusstsein der jüngeren Generation, weil ihr die Verbindung zu den Helden der Vergangenheit fehle. Der Geschichtsunterricht solle ein stringenteres, auf den Ruhm des Vaterlands ausgerichtetes Geschichtsbild vermitteln und dem Pluralismus in der historischen Darstellung ein Ende bereiten. Dem entsprechend wird der Geschichtsunterricht „umgestellt“ und vereinheitlicht. Der erste Band des (zentralen) Geschichtslehrbuches für die 11. Klasse liegt nur vor: V.R. Medinskij – A.V. Torkunov: *Istorija Rossii (1945 god – načalo XXI veka*. Moskau, 2023). Es unterscheidet sich von den herkömmlichen Lehrbüchern schon einmal dadurch, dass es nach Autor Medinskij mehr Geschichten über Menschen und mehr über konkrete reale Ereignisse enthält. Nach Meinung der Autoren ist es nicht in einer wissenschaftlichen Sprache über trockene Fakten und historische Realitäten verfasst, sondern appelliert an Emotionen und Gefühle. Die abstrakt scheinenden Begriffe „Russland“ oder „Russen“ werden ersetzt durch die persönlich ansprechenderen „Unser Land“ und „Wir,“ udgl. Nach Ankündigungen der Russischen Akademie der Wissenschaften sollen die neuen Bücher den inhaltlichen Schwerpunkt von Europa weg und hin zu Asien, Afrika und Lateinamerika verlagern. Der Geschichte Afrikas soll ein Drittel der Darstellung gewidmet werden. Diese Orientierung entspricht der Vorgabe Putins, wonach Moskau die „Vorherrschaft des Westens, vor allem der USA“, brechen und die Rolle des Anwalts des globalen Südens ausüben will. Das Buch bietet ein undifferenziertes Geschichtsbild, ist auch um keine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bemüht. Die Aussage Putins, wonach der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts sei, steht am Anfang des Kapitels, das die Zeit von 1945 bis 1991 behandelt. Dieser Grundeinstellung folgend wird die Stalin-Ära sehr nachsichtig beschrieben, also gemäß der Linie, Stalin war schon brutal, aber er war ein Held, er, der Sieger über Nazideutschland, hat den Platz der Sowjetunion in der neuen Weltordnung gesichert, Stalin war der erfolgreichste Führer der Sowjetunion usf. Die fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen, die „Säuberungen“, der GULAG, die gewaltsamen Umsiedlungen, der Holodomor, der Pakt mit Nazi-Deutschland, das Massaker von Katyn, usw. werden mit keinem Wort erwähnt. Dem entsprechend kommen Nikita Chruščëvs Entstalinisierung und die sog. „Tauwetterperiode“ (otepel') der fünfziger und frühen sechziger Jahre weitaus schlechter weg, seine Politik wird als „undurchdacht“ kritisiert. Dissidenten und Regimekritiker werden pauschal als Lakaien des Westens diffamiert, Leonid Brežnevs Zeit des Stillstands (zastoj) beschreiben die Autoren dagegen als eine der glücklichsten, wirtschaftlich und wissenschaftlich erfolgreichsten Perioden

⁵⁵³ www.levada.ru/2019/04/16/dinamika-otnosheniya-k-stalinu/ (16.4.2019) (aufgerufen 25.3.2023)

in der sowjetrussischen Geschichte. Für Gorbačëv hat das Buch nur Verachtung über, nicht viel besser ergeht es El'cin, der für Chaos und Niedergang verantwortlich gemacht wird, da kam gerade 1999 Putin quasi als deus ex machina recht, als er die Macht übernahm um Ordnung zu schaffen. Was dann folgt, ist eine geradezu panegyrische Verklärung der Ära Putin, das zeigt sich auch sprachlich: Putins Entscheidungen sind „überlegt“, „folgerichtig“, die „Rückholung“ der Krim und des Donbas sei ein wichtiger Beitrag zur nationalen Wiedergeburt udgl. So führt das Buch in den Personenkult um Putin ein: „Wir sehen, dass praktisch jede wichtige Tat in Russland mit dem Namen und der Aktivität von Präsident Putin verbunden ist.“ Und weiter: An Putin, der auf den kranken Boris El'cin folgte, zeige sich, wie groß die Stärke eines Präsidenten sein könne, wenn eine gesunde und dynamische Person diese Position einnehme. Im Kontrast dazu wird das Feindbild Westen groß ausgemalt, als Raum, der überall von Nazis und Faschisten besetzt ist. Die Autoren des Lehrbuchs verfolgen die These, wonach es die „feste Idee des Westens ist, die Lage innerhalb Russlands zu destabilisieren“. Dazu konstruieren sie eine Kette von sich eskalierenden Ereignissen, die die Opferrolle Russlands dokumentieren und schließlich Russlands Invasion der Ukraine rechtfertigen sollen: Beginnend vom Zerfall Jugoslawiens, wonach das „Szenario der Zerstückelung Russlands bereits von der NATO am Beispiel Jugoslawiens erarbeitet ist“, über die Ereignisse in Georgien, wonach „das proamerikanische Regime von Präsident Michail Saakašvili Südossetien angegriffen hat, das seit Jahrhunderten mit Russland in Freundschaft und gemeinsamer Geschichte verbunden ist“, über die Zerstörung sowjetischer Gedenkstätten in Osteuropa, das „Wiederaufleben des Nationalsozialismus“ in den baltischen Ländern und schließlich die Entstehung des „ukrainischen Neonazismus“. Dabei handele es sich, so die Autoren, um „erbitterte nationale, sprachliche und kulturelle Gewalt einer aggressiven Minderheit gegenüber der Mehrheit“. Das Lehrbuch will zudem vermitteln, dass das Ziel der Zusammenarbeit Europas und der USA mit der Ukraine „ein schwaches Russland“ sei und vor allem dass die „derzeitige ukrainische Junta“ mit dem „blutigen bewaffneten Aufstand von 2014“ an die Macht gekommen sei. Der Wunsch der Ukraine der NATO beizutreten ist den Lehrbuchautoren zufolge „wahrscheinlich das Ende der Zivilisation. Das darf nicht zugelassen werden.“

Im Kapitel „Russland heute – die Spezielle Militäroperation“ werden die Gründe beschrieben, die Russland zwingen, die Spezielle Militäroperation zu beginnen. Zunächst wird berichtet, dass Chruščëv die Krim völlig unter Missachtung aller (welcher?) Gesetze übergeben habe. „Dann gab es in der Ukraine einen Staatsstreich“ und der Westen habe die Russophobie gegen ein außergewöhnlich friedliebendes Russland finanziert. Die Ukraine wird als „Anti-Russland“ und als neonazistische Diktatur dämonisiert und zum Feindbild hochstilisiert, als Land, das die Rechte der Bürger mit Füßen tritt. Die Proteste auf dem Majdan 2014 („Euromajdan“) werden als „blutiger Putsch“ entstellt, die Ereignisse, die dazu führten, werden weder beschrieben noch erklärt sondern ins Unverständliche vernuschelt, im Lehrbuch heißt es dazu: „Damals, 2014, begann auch der blutige Krieg“, usw. Viele Passagen in diesem Lehrwerk erinnern an Text- und Gedankenbausteine der Hetzsendungen aus dem russischen Propagandafernsehen. So auch die ungeheuerliche Lüge: „In der Ukraine wurden US-Bio-Labore eingerichtet, die unter strengster Geheimhaltung arbeiten. Kiew äußerte den Wunsch, Atomwaffen zu erwerben.“ Dies ist unverwässerte Kreml-Propaganda, mit der Vermittlung historischen Wissens hat dies nichts zu tun. Es geht auch offensichtlich nicht darum, dass die Schüler sich eigene Gedanken machen über die Geschichte, sondern dass sie einfach das glauben und nachsagen, was ihnen vorgesetzt wird – wie in den dunkelsten Zeiten des Kalten Krieges. Dieses Lehrbuch führt eindrücklich vor, wie das Putin-Regime der heranwachsenden Generation mittels Lügen, Hetze, Entstellungen, ein ungefiltert falsches historisches Bewusstsein eingeflößt, sie vom Westen entfremdet und für die Realisierung des Russkij Mir ideologisch zurichtet – letztlich für den Putinismus nach Putin.

Akademisches Mitläufertum

Die Russische Rektorenvereinigung (Rossijskij sojuz rektorov) veröffentlichte nach Kriegsbeginn einen Aufruf zur Unterstützung der Regierung gegen die Ukraine.⁵⁵⁴ Darin hieß es u.a.: Vorrangiges Ziel der Universitäten sei es Russland zu dienen, und sein intellektuelles Potenzial zu entwickeln. Zuversicht und Widerstandskraft gegenüber wirtschaftlichen und informationellen Angriffen demonstrieren, den Präsidenten zu unterstützen, bei den jungen Menschen optimistischen Geist und den Glauben an die Kraft der Vernunft stärken, Hoffnung auf baldigen Frieden wecken. In der Formulierung dieses Aufrufs versucht die Rektorenvereinigung nicht den rhetorischen Mustern der Regierung zu folgen und damit doch einigermaßen das Gesicht zu wahren. Ein anderes Bild ergeben aber Einzelpersonen von z.T. hohem akademischem Rang (und skrupellosem Karrierebewusstsein), die in Talk-Shows jegliche Scheu ablegen und kein Problem haben, schlimmste Staatspropaganda von sich zu geben. Der Soziologe Lev Dmitrievič Gudkov erachtet „das, was in Russland geschieht, als einen langwierigen Prozess der Zerlegung des sowjetischen Systems. Wir sehen Veränderungen in unterschiedlichen staatlichen Institutionen mit unterschiedlichen Intensitäten und Erfolgen. Wenn zum Beispiel in den 90er Jahren die Zentralgewalt zusammenbrach, so erleben wir unter Putin ihre Renaissance, zum Beispiel das Wiedererstarken der politischen Polizei, die außerhalb der Gesetze handelt. Und es ist nicht nur der Geheimdienst, sondern auch die Bürokratisierung der Justiz, die quasi dem Präsidenten untersteht, das Bildungssystem, das sich nicht entwickelt und die Kontrolle über Kontrolle über moderne Kommunikationsmittel.“⁵⁵⁵

⁵⁵⁴https://tass.ru/obschestvo/13975175?ysclid=10jguz6yfu&utm_source=yandex.ru&utm_medium=organic&utm_campaign=yandex.ru&utm_referrer=yandex.ru (5.3.2022, aufgerufen 25.03.2023)

⁵⁵⁵ Lev Gudkov: Putin muss niemanden fürchten.

<https://www.fr.de/kultur/putin-muss-niemanden-fuerchten-11003102.html> (25.11.2017, aktualisiert: 06. 01. 2019)

Rolle der Orthodoxie

Die Ostslawen wurden von Byzanz aus christianisiert, unter Großfürst Vladimir / Volodymyr I im Jahr 988 nahm das Kyjiver Reich den orthodoxen Glauben an. Anfänglich unter der Kontrolle des Patriarchen von Konstantinopel, mit dem Niedergang von Byzanz erstarkte die russische Orthodoxie und wurde mit dem Fall von Konstantinopel unabhängig. Sie durchlebte einen Zyklus von Spaltungen, Wiedervereinigungen, Kollaboration mit dem Staat, z.T. spektakuläre Korruptionsfälle, übte einen erheblicher Einfluss auf die Gesellschaft bis 1917 aus. Wichtig zu erwähnen ist die Sonderstellung Kyjivs (mit einer Vielzahl der Kirchen, Klöster, kirchlicher Einrichtungen, Bildungsinstitutionen etc.) seit dem Mittelalter, es wurde als „Jerusalem des Nordens“ bzw. auch des Ostens bezeichnet.

Lange Zeit fungierte die orthodoxe Kirche in Russland als Verbündete des Zarentums, nach der Oktoberrevolution wurde die Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Die Kirche stand ab dann unter staatlicher Kontrolle mit Schikanen gegen Gläubige, Kirchenschließungen etc. Im Zweiten Weltkrieg suchte Stalin Unterstützung der Kirche im Kampf gegen Nazideutschland. Nach dem Niedergang der Sowjetunion wurde sie durch den Geheimdienst infiltriert. Auch der Metropolit von Moskau Kyrill (bürgerlich: Vladimir Michajlovič Gundjaev) war selbst Geheimdienstler (Deckname „Michajlov“ in der Schweiz), sein Privatvermögen wird auf 4 Mrd. USD geschätzt. Bischofskarrieren bzw. höhere Funktionen in der Orthodoxen Kirche waren von der Zustimmung des KGB abhängig. Diese Kollaboration mit der Staatsmacht erwies sich für das Überleben der Orthodoxie wenn schon nicht notwendig dann zumindest als vorteilhaft. Das Ende der Sowjetunion und der Untergang des kommunistischen Regimes, das den Lebensalltag bestimmte und leitete, brachte auch das Ende von (vermeintlichen) Gewissheiten, das Ende der Delegation von Verantwortlichkeiten (auch für sich selbst) „nach oben“. Viele Menschen suchten einen Ausweg aus der großen Verwirrung und Verunsicherung in der Religion, in verschiedenen Kulte, Sekten sowie in Angeboten von Scharlatanen aller Art, in monarchistischen Ideen usw. Der ideologische Zusammenbruch erschütterte Russland stärker als andere postkommunistische Staaten, die diesen als Befreiung erfuhren, Russland hingegen als Niederlage. Seit dem Ende der Sowjetunion erlebt die Orthodoxie in Russland eine Renaissance, allerdings auch Bewegungen wie Obskurantismus, Okkultismus, Spiritismus, Esoterik, Neuheidentum (rodnoverie, Neopaganismus), Reinkarnationslehre, usw. Auch der Glaube an den Satanismus, ein spezifisch russisches Phänomen, dessen Wurzeln in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg liegen, lebt wieder auf. Fast 30.000 Kirchen sind wiedereröffnet worden, mehrere große Kathedralen wurden restauriert, wiederaufgebaut oder neu errichtet. Die russisch orthodoxe Kirche (ROK) verzeichnet eine steigende Zahl an Mitgliedern. Beim Aufbau einer neuen antiwestlichen Doktrin spielte sie, meist unterschätzt, nach Laqueur eine wichtige Rolle, insofern als Persönlichkeiten eine Renaissance erleben, wie Seraphim von Sarov (Serafim Sarovskij, 1759 – 1833) und Johannes von Kronstadt (Ioann Kronštadtskij, 1829 – 1908), die eine bestimmte konservative Denkrichtung der orthodoxen Theologie entwickelten und über eschatologische Predigten zur Ankunft des Antichrist, zur Erscheinung eines falschen Messias, zu Zeitenende und Endkampf zwischen den Kräften Christi und des Satans, in dem das von Gott erwählte „heilige“ Russland eine Rolle spielen werde, eine große Anhängerschaft um sich scharen und paranoide Ängste streuen konnten. Im Zuge der späteren Säkularisierung dieses Feindbildes wurde der „Antichrist“ Platzhalter für alle Feinde des heiligen Russland, das waren die Freimaurerei, die Aufklärung, die katholische Kirche, der westliche Liberalismus, russische Verfechter der Moderne usw. usf. Als Gegenpol müsse das „heilige Russland“, das eine (göttliche) Mission zu erfüllen habe, ein mächtiges Reich errichten – auf der Grundlage der orthodoxen Kirche und des russischen Nationalismus. Diese Vorstellung von Endkampf und Zeitenwende war und ist in Russland immer noch in zahllosen Varianten aktuell, im Schrifttum ebenso wie in der Malerei. Ironischer Weise erscheint das Motiv des Endkampfes, wie Laqueur schreibt,

auch in der kommunistischen Internationale, die explizit das „letzte Gefecht“ anspricht. Laqueur meint, es müsste diese Denkrichtung, die einige Schriftsteller, wie Arkadij Maler, Michail Nazarov u.a. vertreten, indem sie paranoide Ängste vor kommenden Katastrophen und die Hoffnung auf Erlösung und den letztendlichen Sieg, genauer studiert werden, weil sie für das Verständnis der heutigen russischen Politik und vor allem deren breiten Widerhall in der Bevölkerung von grundlegender Bedeutung ist.⁵⁷⁹

Man geht davon aus, dass sich etwa $\frac{3}{4}$ der russischen Bevölkerung (aus nationaler Tradition) zur orthodoxen Kirche bekennen. Die Alltagsreligiosität – gemessen an der Zahl der aktiven Kirchgänger – liegt nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 3 und 10 Prozent (übrigens ähnlich wie in den meisten westlichen Ländern). Die Ideologie der russisch-orthodoxen Kirche deckt sich mit der staatlichen Ideologie, dem nationalistischen Konzept des „Russkij Mir“, das für die Mehrheit der Russen mehr wiegt als das religiöse Bekenntnis zur russisch-orthodoxen Kirche. Ökumene war und ist der ROK kein Anliegen, sie praktiziert in hohem Maße Intoleranz gegenüber anderen Religionen und das trotz der Tatsache, dass in Russland Millionen von Menschen anderen Konfessionen oder Religionen angehören.⁵⁸⁰ So wurde im Jahr 1993 das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“ mit dem Segen des Metropoliten von St. Petersburg neu aufgelegt (und erneut im Jahr 2013 mit dem Segen des Erzbischofs von Tarnopol‘).⁵⁸¹

Die russisch-orthodoxe Kirche ist Werkzeug des Staates geblieben, ein Transmissionsinstrument der staatlichen Propaganda. Sie „reitet regelmäßig Attacken auf den gottlosen Westen, ebenso wie Putin, der erklärt hat, viele euro-atlantische Länder hätten sich von ihren Wurzeln und damit auch den christlichen Werten entfernt. Im Westen setze man eine kinderreiche Familie mit einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft und den Gottesglauben mit dem Satansglauben gleich, das sei ‚der Weg zu Degradierung und Primitivisierung‘. Russland andererseits erscheint aus diesem Blickwinkel als Verteidiger traditioneller Werte gegen die Angriffe des Westens. Für diese Werte zu kämpfen sei das einzige Mittel, damit Russland nicht in chaotischer Dunkelheit versinke.“⁵⁸²

Laut russischer Verfassung ist Russland ein säkularer Staat, die Rechtspraxis sieht aber anders aus. Kirche und Staat bauen – um es bildhaft auszudrücken – in gemeinsamer Umarmung von Präsident Putin und Metropolit Kirill (übrigens beide sind alte Bekannte aus der St. Petersburger KGB-Zeit, siehe Details im Anhang unter „Putin und seine Entourage“) gemeinsam ihre Macht aus und festigen sie, beide verfolgen im Prinzip dieselben politischen Ziele. Staat und Kirche sind streng hierarchisch strukturiert, vertreten strikt autokratische Prinzipien, autoritäre Herrschaftsmuster, sind intolerant gegenüber Opposition, Diversität in der Gesellschaft, hängen überkommenden Familienmodellen an, lehnen strikt Homosexualität ab, tolerieren Gewalt in der Familie usw. Sie vertreten und verteidigen russische Werte in einer „Russischen Welt“, restaurativen Nationalismus und Chauvinismus. Der Staat schützt darüber hinaus „traditionelle geistig-moralische russische Werte, stellt Gotteslästerung unter Strafe, unterstützt die Kirche finanziell großzügig beim Bau und Erhalt von Gotteshäusern udgl. Umgekehrt sakralisiert die Kirche die staatliche Kriegspolitik, Putin führe einen „heiligen“ Krieg, Russland ist (daher) per se unschuldig und stets Opfer, von jeglichem internationalen Recht, Kriegsrecht etc. entbunden. So ist es selbstverständlich, dass die Führung der ROK Russlands Politik gegenüber der Ukraine bejaht. Russland führe einen heiligen Krieg, der die Entsatianisierung der Ukraine zum Ziel hat. Für Kirill ist die „Spezialoperation“ ein gerechter Kampf gegen die „Sünde und liberale Ausländer“, die „Schwulenparaden“ abhalten wollten. Russische Soldaten hätten seiner Ansicht nach die Aufgabe, die ukrainische Nation vom Boden der Erde zu tilgen. Sollten sie dabei

⁵⁷⁹ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022², S.157 - 158

⁵⁸⁰ ebda, S. 91 ff.

⁵⁸¹ <https://www.katholisch.de/artikel/33475-die-moralische-verantwortung-der-russischen-orthodoxie-im-ukrainekrieg> 13.03.2022 (Zugriff 30.7.2023)

⁵⁸² Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022², S. 99

sterben, würden sie von ihren Sünden freigesprochen. In der Predigt vom 6. 3. 2022 in der Erlöserkathedrale sagte er „... auf der Seite des Lichts stehen, auf der Seite der Göttlichen Wahrheit, auf der Seite dessen, was das Licht Christi uns eröffnet, sein Wort. [...] Christus ist auferstanden, und wir alle werden mit ihm auferstehen. Und das Leben ist ewig, deshalb zieht mutig hin und erfüllet eure Kriegerpflicht“⁵⁸³. Oder bei einer anderen Gelegenheit: „Geht mutig und erfüllt eure militärische Pflicht. Wenn ihr euer Leben für die Heimat gebt, dann kommt ihr in Gottes Reich“, „Wer sich für das Vaterland opfert, der wäscht sich von all seinen Sünden rein“, usw. – Das ist die erbarmungslose Sprache jeglichen religiösen Fundamentalismus. Auch das Opfermotto fehlt nicht: Wer fällt, der wird als Märtyrer direkt ins Paradies kommen. Radikalislamistische Prediger versprechen künftigen Märtyrern noch eine gewisse Anzahl von Jungfrauen, aber sonst sind die Opferparolen austauschbar. Der Staat steht hinter diesen Versprechungen nicht zurück: Die Entschuldung von Kriminellen durch Teilnahme am Krieg wurde auch verurteilten Verbrechern durch Prigožin zugesagt, wenn sie sich freiwillig für den „patriotischen Dienst“ in der Ukraine melden. Wer den Kriegseinsatz überlebt, ist frei. Putin steht da nicht zurück, (2018) nach der Gefahr eines Atomkrieges befragt: „Wir sind Opfer einer Aggression und kommen als Märtyrer ins Paradies.“⁵⁸⁴

Der Patriarch von Moskau hatte sich nie zur Annexion der Krim 2014 geäußert, die ROK betrieb aber Kriegspropaganda im Sinne der Staatsführung, sie rechtfertigte theologisch den Angriffskrieg gegen die Ukraine und übernimmt somit die moralische Verantwortung. 2014 lobte Kyrill Putins „Selbstaufopferung“, Putin sei bereits „integraler Teil der vaterländischen Geschichte“. Dies hatte logischer Weise Auswirkungen auf die ROK in der Ukraine, die als Hort und Quell der russischen Propaganda angesehen wurde und wird und ein wesentliches Momentum der Abspaltung der ukrainischen orthodoxen Kirche (UOK) von der ROK darstellt. Übrigens in den sog. „Volksrepubliken“ Luhans‘k und Donec‘k ist nur die ROK zugelassen. Kirill wiederholt in fast jeder Predigt fakten- und wahrheitswidrig die Mär, dass „Russland nie jemanden angegriffen hat“, dass alle Kriege in Russlands Geschichte defensiv waren und dass es nie fremde Gebiete erobert habe.

Erwähnenswert sind die Verbindungen der ROK mit der extremen Rechten im In- und Ausland. Dabei spielt der russische Oligarch Konstantin Valer‘evič Malofeev⁵⁸⁵ eine zentrale Rolle. Er ist Gründer und Geschäftsführer des internationalen Investmentfonds Marshall Capital Partners, Vorstandsvorsitzender der Stiftung St. Basilus der Große, stellvertretender Vorsitzender des Weltkonzils des Russischen Volkes, Inhaber des nationalistischen Fernsehkanals Cargrad TV und leitet die verschwörungstheoretisch orientierte Denkfabrik Katechon⁵⁸⁶, deren Hauptaufgabe die internationale Koordination der Verbreitung geopolitischer Vorstellungen des politischen Philosophen Alexander Dugin ist. Malofeev finanziert den World Congress of Families, ein ultrarechtes internationales Netzwerk, gegen Abtreibung, liberale Lebensentwürfe usw. Sich selbst bezeichnet Malofeev als „orthodoxen Monarchisten“, der Russland als „Rechtsnachfolger des russischen Imperiums“ sieht und aus diesem Grunde das Zarentum wiederbeleben will. Die Ukraine hält er für ein „auf den Ruinen des russischen Imperiums geschaffenes, künstliches Gebilde“. Der Kampf um „Neurussland“ sei ein „sakraler Krieg“ und nur mit Vladimir Putin realisierbar. „Ohne Putin wird es kein Neurussland und keine Wiedergeburt in Russland geben. Nur die volle Unterstützung für Putin als Oberbefehlshaber ist echter Patriotismus“, so Malofeev. Für den russischen Krieg in der Ukraine seien seiner Meinung nach die „Kiewer Junta“ und die Vereinigten Staaten verantwortlich. Den „einzigen Weg der Ukraine für ein glückliches Leben in der Zukunft“ sieht er in einer Vereinigung mit Russland.

⁵⁸³ Zit nach. Olaf Kühl: Kurze Geschichte Russlands, von seinem Ende her gesehen. Berlin, 2023, S.16

⁵⁸⁴ Gesine Donblüth – Thomas Franke: Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft. Freiburg – Basel – Wien, 2023, S.181

⁵⁸⁵ [Konstantin Walerjewitsch Malofejew – Wikipedia](#) (Zugriff 30.7.2023)

⁵⁸⁶ Heather A. Conley: The Kremlin Playbook: Understanding Russian Influence in Central and Eastern Europe. Langham 2016

Im Frühjahr 2014 organisierte Malofeev in Wien eine Konferenz, zu der mehrere Nationalisten, religiöse Fundamentalisten und Rechtsextremisten aus Russland und Europa eingeladen waren.⁵⁸⁷ Ehrengast war der Neo-Eurasist Aleksandr Dugin, der außerdem Chefideologe von Malofeevs Fernsehsender „Cargrad“ ist und eine eigene Sendereihe hat, in der er u.a. erzählt, dass die Europäische Union Menschen zur Toleranz gegenüber Migranten zwingt, „die alles vergewaltigen, was ihnen unter die Augen kommt.“ Malofeev schätzt Dugin als „brillanten russischen Philosophen der Moderne, der den Weg zu einer multipolaren, postamerikanischen Welt bereitet, an der wir jetzt arbeiten.“⁵⁸⁸ Weitere Gäste auf der Wiener Konferenz waren Marion Maréchal-Le Pen und Aymeric Chauprade vom Front National, Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus und Johann Herzog von der FPÖ und Volen Siderov von der bulgarischen Ataka.⁵⁸⁹

In der russisch-orthodoxen Kirche gibt es aber auch Stimmen, die mit diesem politischen Mainstream nicht übereinstimmen, so etwa der Erzpriester Pavel Adelheim (siehe Porträt von Joshua Yaffa⁵⁹⁰), der sich für Behinderte, psychisch Kranke, etc. engagierte und u.a. auch für Pussy Riot einsetzte. Er wurde am 5. 8. 2013 von einem angeblich Geisteskranken ermordet, genauere Umstände wurden nicht geklärt.⁵⁹¹ Es existiert auch ein offener Brief von orthodoxen Priestern, die sich für zu Unrecht inhaftierte friedliche Demonstranten (gegen Wahlmanipulationen) einsetzen, denen jahrelange Haftstrafen drohen. Vladimir Lapšin und Oleg Batov gehörten zu den ersten Briefunterzeichnern.⁵⁹² Vereinzelt widersetzten sich Bischöfe der Kreml-Doktrin durch Friedensappelle.⁵⁹³ Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 distanzieren sich über 250 Geistliche in der Ukraine von Kirill.⁵⁹⁴ Die von V. Putin aufgeführten angeblichen Unterdrückungen der ROK waren nur vereinzelt in Gebieten ganz im Westen der Ukraine vorgefallen, hingegen wurden Christen, die nicht der ROK angehörten, von den moskauhörigen Kräften im Osten mit allerlei Repressalien überzogen.⁵⁹⁵ Am 27. Mai 2022 erklärte die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats ihre „völlige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit“ von Moskau. Die ROK hatte schon 2018 den Kontakt zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel eingefroren, nachdem es – auf Bestreben der ukrainischen Regierung Autokephalie für die Ukrainische Orthodoxe Kirche zu erreichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Kyjiver Patriarchat) und der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche / UAOK zwei Exarchen in Kyjiv ernannt hatte. Die kanonische Ukrainische Orthodoxe Kirche / UOK (Moskauer Patriarchat), die ein wichtiges politisches Instrument Moskaus zur Propagierung und Durchsetzung seiner Interessen in der Ukraine ist, hingegen widersetzte sich vehement diesen Bestrebungen.⁵⁹⁶ Die UOK wird von der Ukraine als nationales Sicherheitsrisiko eingeschätzt. In die Zukunft gedacht ist, was der russische Politologe Vladimir Pastuchov meint, durchaus plausibel, nämlich dass eine „strikte Antiklerikalisierung“ Russlands unabdingbar ebenso wie die Forderung [ist], dass „in erster Linie – aber nicht nur – durch eine umfassende und reale Trennung der Kirche als solcher und speziell der orthodoxen Kirche von Schule und

⁵⁸⁷ Profil, 2.6. 2016 www.profil.at/ausland/oligarch-malofejew-sagt-wir-eu-sodomiten-6394808

⁵⁸⁸ [Oligarch Malofejew sehnt nach Neurussischen Reich \(faz.net\) 12.03.2016](http://faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/treffen-der-rechten-in-wien-eurasische-internationale-12972620.html) (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁸⁹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/treffen-der-rechten-in-wien-eurasische-internationale-12972620.html> 5.6. 2014 (Zugriff 30.7.2023)

⁵⁹⁰ Joshua Yaffa: Die Überlebenskünstler: Menschen in Putins Russland zwischen Wahrheit, Selbstbetrug und Kompromissen Berlin 2021

⁵⁹¹ [Russland: Russland trauert um ermordeten Erzpriester Adelheim \(g2w.eu\)](http://g2w.eu) (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁹² [Protestbewegung in der russisch-orthodoxen Kirche - Ein Brief und seine Folgen \(deutschlandfunk.de\)](http://deutschlandfunk.de) 08.04.2020 (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁹³ [«О прекращении кровопролития...». Глава приграничной с Украиной митрополии РПЦ выступил с миротворческим призывом, вопреки позиции своего руководства — Новая газета Европа \(novayagazeta.eu\) 4.7.2022](http://novayagazeta.eu) (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁹⁴ <https://novayagazeta.ru/articles/2022/03/08/tserkov-antitserkov-i-ukraina> 8.3.2022 (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁹⁵ [Welche Rolle spielt die Religion im Ukraine-Konflikt? - DOMRADIO.DE 23.2.2022](http://domradio.de) (Zugriff 31.7.2023)

⁵⁹⁶ [WWU Münster > Religion & Politik > Aktuelles > News Interview Dr. Berezhnaya zur ukrainischen Kirche \(uni-muenster.de\)](http://uni-muenster.de) 11.5.2028 (Zugriff 31.7.2023)

Staat. Die russisch-orthodoxe Kirche müsse als Institution, die sich mit ihrer Unterstützung und Rechtfertigung des Terrors endgültig diskreditiert hat, organisatorisch und ideologisch entstaatlicht werden. Sie müsse „sämtliche staatlichen Subventionen verlieren und ihrer Gemeinde überantwortet werden, die ihr Stimmrecht in kirchlichen Fragen zurückerhalten“ müsse.⁵⁹⁷ Solche Entwicklungen setzen aber das Ende des Putinismus voraus.

⁵⁹⁷ Die Blumen des postsowjetischen Bösen – Putins Herrschaft beruht auf den ideologischen Zersetzungprodukten der wilden neunziger Jahre. Russland braucht einen Exorzismus | NZZ 10.04.2022 (Zugriff 30.7.2023)

Westliche Sanktionen – Auswirkungen auf die russische Ökonomie

Dass die Einschätzungen, inwieweit die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen den erhofften Zweck erfüllen, weit auseinander gehen, hat verschiedene Ursachen. Einmal liegt das an der Frage der Zuverlässigkeit bzw. Verfügbarkeit russischer Wirtschaftsdaten, andererseits spielen partikuläre Interessen von Investoren und Unternehmer hinein, die möglichst bald wieder ungestört ihren Geschäften nachgehen wollen. Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, dass die Sanktionen vielfach umgangen werden. Unabhängig davon lassen sich aber durchaus belastbare Aussagen treffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass mittel- und langfristig die Sanktionen die russische Ökonomie um Jahrzehnte zurückwerfen werden. Russland hat es (seit dem Untergang der Sowjetunion) nicht geschafft sich von seiner Rohstoffexportabhängigkeit (dies kann als Erbe der Sowjetunion angesehen werden) zu befreien, international wettbewerbsfähige Industrien / Produktionen zu entwickeln. Infolge der zunehmenden innenpolitischen Repression und wachsenden Rechtsunsicherheit und schließlich auf Grund des Krieges gegen die Ukraine haben sich Hunderttausende junger gut ausgebildeter Techniker, Ingenieure usw. ins Ausland abgesetzt, weil sie politisch und / oder ökonomisch für sich in Russland keine Perspektiven gesehen haben, oder weil sie nicht in einem verbrecherischen Angriffskrieg verheizt werden wollten. Diese Menschen werden mit großer Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit nicht ins Land zurückkehren, zumindest nicht vor Kriegsende und dem Ende des Putinismus. Mit der Dauer der aktuellen Verhältnisse schwindet zusehends die Wahrscheinlichkeit ihrer dauerhaften Reintegration in den Wirtschaftsprozess. Abgesehen davon kämpft Russland mit einem erheblichen Bevölkerungsschwund und Überalterung, Prozesse, die das Land auch nicht durch Immigration auffangen kann.

Infolge der Sanktionen kommt die Exportwirtschaft Russlands im Energiesektor unter Druck: Russland exportiert seit Jahrzehnten gewinnbringend Erdöl und Erdgas, von dem sich viele europäische Länder in den letzten Jahrzehnten abhängig gemacht, sich aber nach dem 24. 2. 2022 um andere Versorger umgesehen haben. Der von der Klimapolitik intendierte Ausstieg aus den fossilen Ressourcen wird die Einnahmen Russlands aus eben diesen Quellen auf Dauer schwinden lassen. Beide Faktoren werden sich auf den Finanzbedarf etwa für Modernisierungsaufwendungen des Landes nach dem Krieg negativ auswirken. Sollten noch Reparationsforderungen schlagend werden, dann kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass diese die russische Wirtschaft auf Jahrzehnte schwer beeinträchtigen werden.

Vom Kreml, von westlichen Putinaffinen, vielen Vertretern der Wirtschaft etc. wird die Wirkung der Sanktionen gegen Russland kleingeredet, es wird sogar unterstellt, sie schadeten dem Westen mehr als Russland. Eine umfassende Studie der Yale School of Management unter Jeffrey A. Sonnenfeld hat die mittel- und langfristigen Folgen der Sanktionen für die russische Wirtschaft (die Studie berücksichtigt die Daten der ersten fünf Kriegsmonate) berechnet. Resümee dieser Studie⁶¹⁰: „Während die russische Invasion in der Ukraine in den fünften Monat geht, hat sich ein gemeinsames Narrativ herausgebildet, dass sich die Einheit der Welt, Russland die Stirn zu bieten, angesichts der angeblichen ‚Widerstandsfähigkeit‘ und sogar des ‚Wohlstands‘ der russischen Wirtschaft irgendwie zu einem ‚wirtschaftlichen Zermürbungskrieg entwickelt hat, der seinen Tribut vom Westen fordert‘. Das ist schlichtweg unwahr – und spiegelt weit verbreitete, aber sachlich falsche Missverständnisse darüber wider, wie sich die russische Wirtschaft angesichts des Exodus von über 1.000 globalen Unternehmen und der internationalen Sanktionen tatsächlich hält.“ Inzwischen muss aber berücksichtigt werden, dass

⁶¹⁰ Jeffrey A. Sonnenfeld: Business Retreats and Sanctions Are Crippling the Russian Economy Measures of Current Economic Activity and Economic Outlook Point to Devastating Impact on Russia. Yale School of Management. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4167193 J(20.07 2022, aufgerufen 19.3.2023)

es eine Reihe von Umgehungskonstruktionen gibt, die die Sanktionen unterlaufen (sollen). „Aus unserer Analyse wird deutlich: Rückzüge der Wirtschaft und Sanktionen lähmen die russische Wirtschaft katastrophal. [...] die russischen Importe [sind] weitgehend eingebrochen, und das Land steht vor großen Herausforderungen, wichtige Vorleistungen, Teile und Technologien von zögerlichen Handelspartnern zu sichern, was zu weit verbreiteten Versorgungsgaps in der heimischen Wirtschaft führt. Trotz Putins Wahnvorstellungen von Autarkie und Importsubstitution ist die russische Inlandsproduktion vollständig zum Erliegen gekommen, ohne dass das Land in der Lage ist, verlorene Unternehmen zu ersetzen. [...] Die Aushöhlung der inländischen Innovations- und Produktionsbasis Russlands hat zu steigenden Preisen und Verbraucherängsten geführt. Infolge des Rückzugs westlicher Unternehmen hat Russland Unternehmen verloren, die ca. 40 % seines BIP ausmachen, wodurch fast alle ausländischen Investitionen im Wert von drei Jahrzehnten rückgängig gemacht wurde [...] die Finanzen des Kremls befinden sich in viel, viel schlimmeren Nöten als gemeinhin angenommen [...] Russland [ist] weitgehend von den internationalen Finanzmärkten abgeschnitten, was seine Fähigkeit einschränkt, Kapitalpools anzuzapfen, die für die Wiederbelebung seiner gelähmten Wirtschaft benötigt werden. ...“ Die Einschätzungen der Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft durch den Europäischen Rat⁶¹¹ sind jüngerer Datums. Die Sanktionen (10 Pakete) gegen Russland (und Belarus‘) zielen darauf ab, Russlands Fähigkeit zur Finanzierung des Krieges zu schwächen und richten sich insbesondere gegen die politische, militärische und wirtschaftliche Elite, die für die Invasion verantwortlich ist. Es wird ausdrücklich betont, dass sich die restriktiven Maßnahmen „nicht gegen die russische Gesellschaft [richten]. Aus diesem Grund sind Bereiche wie Lebensmittel, Landwirtschaft, Gesundheit und Arzneimittel von den verhängten restriktiven Maßnahmen ausgenommen. Aus den Befunden des Europäischen Rates: Das russische BIP wird 2022 nach Schätzungen um 2,1% und im Jahr 2023 nach Schätzungen der OECD um 2,5 % zurückgehen. Nach Schätzungen des IWF sind Russlands Einfuhren 2022 (im Vergleich zu 2021) um 15,01 % und die Ausfuhren um 8,7 % zurückgegangen. Nach Angaben der Weltbank sind die Einfuhren Russlands 2022 um 9,7 % (im Vergleich zu 2021) und die Ausfuhren um 9,6 % zurückgegangen. 2023 werden die Einfuhren (im Vergleich zu 2022) um 8,25 % steigen, die Ausfuhren um 0,24 %. Im Januar 2023 sind die Einnahmen (aus Ölexporten) um 26,9 % (im Vergleich zum Januar 2022) zurückgegangen, im Februar 2023 (im Vergleich zu Februar 2022) um 41,7 %. Die russische Wirtschaft dürfte 2023 weiter schrumpfen. Russlands BIP wird Prognosen zufolge im Worst-Case-Szenario um 2,5 % (Prognose der OECD) oder um 0,2 % (Prognose der Weltbank) zurückgehen. Der IWF geht für 2023 von einem Wachstum (0,7 %) aus. Die Zahlen belegen, dass diese restriktiven Maßnahmen durchaus Wirkung zeigen. Reserven der russischen Zentralbank in Höhe von 300 Mrd. € sind in der EU, in anderen G7-Ländern und in Australien blockiert. 70 % der Vermögenswerte des russischen Bankensystems unterliegen Sanktionen. Rund 20 Mrd. € an Vermögenswerten von mehr als 1 500 Personen und Organisationen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, sind eingefroren. Massive Investitionen in die Kriegswirtschaft (zweite Jahreshälfte 2023) lassen die Zahlen für das Wirtschaftswachstum (wohl kurzfristig) ansteigen, werden aber allgemein nicht als nachhaltig eingeschätzt.

Was die Wirtschaftssanktionen betrifft, so hat Russland in der Zwischenzeit ausgeklügelte Konstruktionen entwickelt, diese (Import wie Export betreffend) zu umgehen, dabei spielen ehemalige Sowjetrepubliken mit, ebenso wie China, Indien, Golfstaaten, afrikanische Länder, Off-Shore-Oasen u.a. Damit werden die Sanktionen zu einer stumpfen Waffe, trotzdem ganz wirkungslos sind sie nicht, die Parallelimporte u.ä. Umgehungskonstruktionen verursachen Mehrkosten und Russland kann trotzdem nicht ungehindert mit allen Produkten handeln, die es z.B. für seine Kriegswirtschaft benötigt. Richtig ist, dass die Sanktionen nicht zu einem Kriegsende

⁶¹¹<https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/impact-sanctions-russian-economy/> 4.5.2023 (Zugriff 6.8.2023)

geführt haben oder auch nur zu einem sichtbaren Nachlassen der russischen Kampfintensität. Die Effekte sind langfristiger und haben nicht zuletzt technologische Folgen für Russland: Die westlichen Boykottmaßnahmen umfassen auch Importverbote von Hochtechnologieprodukten. Der Apple-Konzern verkauft ab sofort nicht mehr seine Produkte in Russland.⁶¹² Der Bezahlservice Apple Pay und andere Dienste wurden demnach auf russischem Gebiet eingeschränkt. Auch Samsung hat den Vertrieb seiner Smartphones und Fernsehgeräte eingestellt. Zusätzlich zum Smartphone-Boycott muss Samsung neue Exportkontrollen für strategisch wichtige Industriegüter beachten, der globale Marktführer im Bereich Speicherchips darf daher keine Halbleiter mehr an russische Auftraggeber liefern. Gleiches gilt für Intel, den größten Zulieferer von Prozessoren für Windows-Computer und Server. Russland erhält keine Halbleiter mehr, muss in Zukunft aber auch auf wichtige Software-Anwendungen verzichten: Mit Microsoft stellt ein weiterer großer Technologiekonzern den Verkauf seiner Dienstleistungen und Produkte ein. Die Entscheidung betrifft Anwendungen wie das Betriebssystem Windows oder Office. Der Softwareriese unterstützt die ukrainische Führung außerdem beim Schutz vor russischen Cyberangriffen.⁶¹³ Als weiterer Technologieriese hat Google wegen der russischen Invasion sein Werbegeschäft in Russland eingestellt. Es würden keine Online-Anzeigen mehr verkauft, teilte der weltgrößte Werbekonzern mit. Das Verbot betreffe die Suchmaschine, Youtube sowie Partnerfirmen. Auch Facebook, der zweitgrößte Werbekonzern, hat russische Unternehmen von seinem Werbesystem ausgeschlossen. Die deutschen Autobauer BMW und Mercedes-Benz stellen „bis auf Weiteres“ alle Exporte nach Russland ein. Die Stuttgarter stoppen auch ihre Produktion in dem Land und beenden die Zusammenarbeit von Daimler Truck, dem weltgrößten Lkw-Hersteller, mit dem russischen Fahrzeughersteller Kamaz (dieser stellt auch Panzer her). Toyota, der größte Autohersteller der Welt, schließt seine Produktionsstätten in Russland ebenfalls. Auch Honda exportiert keine Autos mehr nach Russland. Mazda kündigte an, keine neuen Teile mehr zu liefern. Das Gleiche gilt für die Pkw- und die Lkw-Sparte von Volvo. Harley-Davidson, General Motors, Jaguar Land Rover und Aston Martin setzen ihre Lieferungen ebenfalls aus. Siemens stellt sein Neugeschäft in Russland ein. Zudem werden alle internationalen Lieferungen nach Russland gestoppt. Die Telekommunikationskonzerne Ericsson und Nokia, die in Russland unter anderem mit dem 5G-Ausbau beauftragt wurden, setzen ihre Exporte ebenfalls aus. Der US-Flugzeughersteller Boeing erbringt keine Serviceleistungen für russische Fluglinien mehr – ein schwerer Schlag für die größte russische Fluggesellschaft Aeroflot, die die Boeing 737 und 777 in ihrem Dienst hat, im Einklang mit den internationalen Sanktionen liefert Boeing russischen Airlines auch keine Ersatzteile mehr. Gleiches gilt für Airbus: Die Niederlassung in Russland stelle ihren Betrieb ein, teilt der deutsch-französische Flugzeugbauer mit. Die Möbelhauskette IKEA stellt ebenfalls ihre Tätigkeiten in Russland und Belarus ein. Betroffen sind rund 15.000 Mitarbeiter. Auch das Bekleidungsunternehmen H&M will alle Geschäfte in Russland schließen.

Auf Grund der sichtlich zunehmenden Isolation versucht Russland seine Kontakte insbesondere zu China zu entwickeln, um die Auswirkungen der Sanktionen wenigstens zu mildern. Fraglich ist dabei, ob China im Stande sein wird, alle durch die Boykottmaßnahmen hervorgerufenen Engpässe und Ausfälle vollständig zu kompensieren und vor allem zu welchem (politischen) Preis. China drängt massiv in die Position der führenden Weltmacht, politisch, ökonomisch, militärisch, ob es Russland dabei mehr als die Rolle eines Juniorpartners zubilligen wird, ist sehr fraglich, womit die Großmachtambitionen der Kremlführung an eine Grenze stoßen werden.

Russland hat das im Juli 2022 unter Vermittlung der UN und der Türkei mit der Ukraine abgeschlossene Getreideabkommen auslaufen lassen und bombardiert seitdem ukrainische

⁶¹² [Auch BMW und Nike reagieren: Apple stoppt Verkauf in Russland - n-tv.de](#) (02.03.2022, aufgerufen 20.3.2023)

⁶¹³ [Digital technology and the war in Ukraine - Microsoft On the Issues](#) (28.2.2022, Aufruf 20.3.2023)

Hafenanlagen, über die bisher der Getreideexport lief. Nach den Daten der UN gingen nur drei Prozent der unter diesem Abkommen verschifften ukrainischen Getreidelieferungen in die Staaten, die von der Weltbank als arm eingestuft werden. 81 Prozent der Lieferungen gingen nach China und die reichen Staaten des Westens, wo das Getreide meist als Tierfutter genutzt wird. Allerdings ist das Auslaufen des Getreideabkommens für die erheblichen Preissteigerungen für Getreide (an den Börsen) verantwortlich und trifft damit sehr wohl die ärmeren Länder – womit sich Russland ein (weiteres) Image-Problem vor allem im globalen Süden eingehandelt hat. In der Krisensitzung der russischen Zentralbank vom 15. 8. 2023 stand die Stabilisierung des Rubels zur Diskussion, der ¼ an Wert seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar verloren hat, der Leitzins wurde von 8,5 auf 12% angehoben, nach Ansicht der russischen Zentralbank werde sich die Inflation bei 4% stabilisieren, ausländische Experten sind diesbezüglich skeptisch. Das grundlegende Problem ist aber die Handelsbilanz: Die Erlöse aus Exporten (im Grunde genommen Rohstoffe) gehen auf Grund der niedrigen Preise zurück, es kommen weniger Fremdwährungen ins Land. Die Importe jedoch steigen, das bedingt eine hohe Nachfrage nach Devisen, was den Rubel schwächt. Das könnte zur Folge haben, dass Gastarbeiter aus Nachbarländern (die den Alltag am Laufen halten) Russland verlassen, weil sie mit einem schwachen Rubel ihre Familien nicht mehr ernähren können. Bei all diesen Überlegungen sind die Auswirkungen der Emigration Hunderttausender infolge der politischen Restriktionen, ökonomischer Perspektiven und der Flucht vor der Mobilisierung noch nicht ausreichend eingerechnet. Russland bleiben zur innenpolitischen Stabilisierung im Grunde zwei Instrumente: der repressive Apparat und Klientelpolitik, d.h. Extraausgaben für die Bevölkerungsgruppen, die Putin unterstützen. Berücksichtigt man alle diese Faktoren, so lassen sich auf dieser Grundlage einigermaßen solide die ökonomischen Perspektiven für Russlands Zukunft diskutieren. Russland wird noch länger unter den Folgen der Boykottmaßnahmen zu leiden haben, auch abhängig davon, ob und inwieweit es für Reparationen gerade stehen muss. Die Entwicklung des Landes wird um Jahrzehnte zurückgeworfen werden aus verschiedenen Gründen: Öl und Gas werden auf Grund von Klimaauflagen (Ausstieg aus fossilen Brennstoffen) als Hauptressource der russischen Einnahmen in ihrer Bedeutung abnehmen, der Brain-Drain durch das repressive Putin-Regime und die Kriegsflucht haben viele Hunderttausende gut ausgebildete junge Menschen ins Exil gedrängt, die in den letzten Jahrzehnten rückläufigen Investitionen im Bildungswesen, die schlechtere Ausbildung der Lehrkräfte, sowie die Ideologisierung und Militarisierung im gesamten Bildungssektor, haben künftige Generationen zur Folge, die weniger bereit sein werden, Verantwortung zu tragen und sich kreativ für die Gesellschaft einzubringen. Die notwendige Modernisierung Russlands ist aufgeschoben und es ist unklar, bis wann sie aufholbar sein wird. Putin lässt statt dessen die Propagandamaschine auf Hochtouren laufen und versucht die immer deutlich sichtbaren sozioökonomischen Probleme klein zu reden. Noch im Jahr 2022 tat Putin die westlichen Sanktionen als wirkungslos ab (auf diese Melodie stimmten die westlichen Putinfreunde und Sanktionsgegner aus den Reihen der Wirtschaft ein), zu Beginn des zweiten Quartals 2023 bereitet Putin selbst öffentlich die Bevölkerung auf härtere Zeiten vor. Die russische Wirtschaft ist doch nicht so widerstandsfähig wie angenommen.⁶¹⁴ Immerhin 14 000 Sanktionen wurden über Russland verhängt, auch wenn es vielerlei Umgehungskonstruktionen gibt, sie sind nicht kostenneutral, führen zur Schwächung der Wirtschaft und längerfristig unbestreitbar zu größeren sozioökonomischen Verwerfungen. Mit den zeitweilig hohen Energiepreisen konnte Russland die Wirtschaft stabilisieren, jetzt brechen Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft weg (im Jänner 2023 um ein Drittel weniger als im Vorjahr), die Ausgaben waren um 2/3 höher. Dieser Entwicklung muss entweder durch Einsparungen begegnet werden, oder die Notenbank finanziert die Ausgaben, was zu einer Erhöhung des Inflationsdrucks führt. Die Verlagerung der Güterproduktion von der zivilen auf die militärische, der Mangel an Ersatzteilen,

⁶¹⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=8uD1LL6tB28> (5.4.2023, abgerufen 5.4.2023)

Marcus Keupp: «Deswegen sage ich: Russland verliert den Krieg» (nzz.ch) (5.4.2023, aufgerufen 5.4.2023)

Bauteilen aller Art, die den Sanktionen unterliegen, der zunehmender Personalmangel haben Auswirkungen auf die Konsumgüterproduktion und wegen sinkender Qualität auf die Wettbewerbsfähigkeit. Der Wirtschaftsboykott kann nicht vollständig durch Importsubstitution pariert werden, die angestregten Versuche Putins insbesondere mit China und anderen Ländern zu entsprechenden Übereinkommen und zu den vom Westen verweigerten Importen zu gelangen, zeugen doch von einer gewissen Nervosität.

Kurze Skizze der sozioökonomischen Situation der Ukraine

Die materiellen Schäden infolge des Krieges in der Ukraine sind enorm, sie werden auf bis zu einer Billion € geschätzt (bis zum Kriegsende wird sich diese Summe noch erhöhen). Offen ist die Frage, wie diese Mittel aufgebracht werden und inwieweit der Aggressor zur Kasse gebeten wird / werden kann. Zur Bewältigung dieser Schäden wird Russland als der Verursacher seinen Beitrag leisten müssen. Die Ukraine wird früher oder später auch Vollmitglied der EU werden, mit dem Status eines Beitrittskandidaten wird ihr der Zugang zu technischer Unterstützung und zu finanziellen Mitteln im Rahmen von EU-Programmen ermöglicht. Die Solidarität des überwältigenden Teils der EU-Länder ist diesem geschundenen Land sicher, d.h. es kann damit gerechnet werden, dass es ausreichend Investitionen und Aussichten auf einen prosperierenden Markt geben wird, die ukrainische Wirtschaft wieder (nach dem Krieg) in Schwung zu bringen. Voraussetzung ist, dass grundlegende demokratische und rechtsstaatliche Reformen, Kampf gegen die Korruption udgl. realisiert werden, Aufgaben, die erheblicher innenpolitischer Anstrengungen bedürfen. Problematisch ist die demographische Entwicklung: Ca sieben Millionen Menschen haben die Ukraine verlassen, je länger der Krieg dauert, desto unsicherer wird ihre Rückkehr. Als wichtiger Pull-Faktor wirkt der höhere Lebensstandard der Nachbarländer (Polen, Slowakei, Tschechien), zu denen die Sprachbarriere verhältnismäßig leicht überwindbar ist. Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit noch 35 Millionen Menschen in der Ukraine leben (gegenüber 50 vor Beginn des Krieges). Geringe Geburtenraten (schon vor dem Krieg) und eine zunehmende Überalterung werden das Sozialsystem belasten. Ein sich anbahnender Mangel von Fachkräften, zerstörte Infrastruktur behindern ausländische Investitionen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Steigerung der Attraktivität für rückkehrwillige Arbeitskräfte wird auch von der Lösung der Wohnungsproblematik bedingt sein. Es gibt keine Alternative dazu, dieses Land wieder aufzubauen, auch zum Wohl und zur Sicherheit Europas. Die Ukraine wird nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau über eine modern(isiert)e Industrie und Infrastruktur verfügen, im Rahmen der EU gute Handelsbeziehungen entwickeln und wird einen ähnlichen Aufschwung nehmen können wie Polen, Tschechien, die Slowakei.

Am 26. 1. Januar 2023 wurde eine Geberkoordinierungsplattform zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Erholung der Ukraine eingerichtet.⁶²⁰ Über sie können sich internationale Geber und Finanzinstitute eng abstimmen, damit die Unterstützung kohärent, transparent und nachvollziehbar erfolgt.⁶²¹ Für das Jahr 2023 erwartet der Ost-Ausschuss (OA) der Deutschen Wirtschaft – ein Verband zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Staaten Mittel- und Osteuropas, Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens – ein Wachstum der ukrainischen Wirtschaft von etwa drei Prozent. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht von einem Wachstum von zwei Prozent 2023 und 3,2 Prozent im kommenden Jahr aus. In den ersten acht Monaten 2023 wuchs der deutsch-ukrainische Handel nach Angaben des Ost-Ausschusses um etwa 30 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro. Zwar gingen die deutschen Importe nochmals leicht zurück, und zwar um 5,5 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro. Die deutschen Exporte nahmen aber zu: um 52 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro.

⁶²⁰ [Europäische Kommission: Erholung und Wiederaufbau der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

⁶²¹ [Ukraine News: Deutsche Wirtschaft sieht Investitionschancen in der Ukraine - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de) 24. 10. 2023

Ein besonderes Problem stellt für die Ukraine die demographische Krise dar, in der sich das Land befindet. Die Ukraine hat eine der geringsten Geburtenraten (1,2) in Europa, ca. sechs Millionen Menschen sind im Ausland, wie viele nach dem Krieg in das verwüstete Land zurückkehren werden, ist kaum realistisch einzuschätzen. In den nächsten zehn Jahren wird die Ukraine einen Arbeitskräftebedarf von etwa 4,5 Millionen zu stemmen haben. Trotz westlicher Finanzhilfen wird der Wiederaufbau der Ukraine schwierig – die Situation ist vergleichbar mit Europa nach 1945.

Putin unter Druck – Der Anfang vom Ende

Im Jahr 2023 befindet sich Putin in keiner angenehmen Lage: Militärisch ist seine „Spezialoperation“ aus dem Ruder gelaufen, auf dem Schlachtfeld kündigte sich ein Debakel an. Die ukrainische Gegenoffensive – auch wenn sie nicht die erwarteten Ergebnisse zeitigte, brachte immer mehr Schwachpunkte des russischen Militärs ans Licht. Putin „revanchiert“ sich mit verstärkten Angriffen auf zivile Ziele, was selbstverständlich entsprechende negative Folgen für das Image der russischen Führung zeitigt. Auch die Sanktionen greifen immer mehr. Russland – auch wenn es die Führung nicht wahrhaben will – ist international isoliert und muss ganz offensichtlich schon in Nordkorea um Waffennachschub bitten (russischer Verteidigungsminister auf Besuch in Nordkorea offiziell anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Koreakrieges). Außenpolitisch ist Putin verschiedenes gegen seinen Willen gelungen: Die Festigung der EU, die Solidarität der EU mit der Ukraine, die Erweiterung der NATO um Finnland und Schweden, die zunehmende Isolierung in der Weltgemeinschaft. Putin ist zu einer international geächteten Person geworden, er ist angeklagt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen etc. Schließlich geriet die russische Währung massiv unter Druck, sodass die Regierung zu Notmaßnahmen – mit ungewissem Effekt – gezwungen war. Letztendlich gesellte sich noch das Luna-25-Debakel (Absturz der unbemannten Raumsonde auf dem Mond im Gegensatz zur erfolgreichen indischen Mondmission). Die fehlgeschlagene unbemannte Mondmission (19. 8. 2023), Putins Prestigeprojekt, kam zu einem unrühmlichen Ende, wegen einer „außerplanmäßige Situation“ schlug das Mondgefährt auf dem Mond auf. Keine Raumfahrtnation ist bisher vor Fehlschlägen bewahrt gewesen. Es hat mehrere spektakuläre Abstürze gegeben, das Scheitern der aktuellen russischen Mondmission „Luna-25“ sagt deshalb zunächst einmal nichts über die prinzipielle Leistungsfähigkeit des russischen Raumfahrtprogramms aus, aber Putin hat es zu einem Prestigefall gemacht, er wollte beweisen, dass Russland den westlichen Sanktionen trotzen kann: „Wir lassen uns vom Ehrgeiz unserer Vorfahren leiten, vorwärtszukommen, trotz aller Schwierigkeiten und aller Versuche, uns in dieser Bewegung von außen zu behindern.“ Daher ist der Absturz von Luna 25 auch eine persönliche Niederlage für Putin, denn er ist damit angetreten, den Weltraum wieder zu einem Feld des Wettbewerbs mit dem Westen zu machen, so wie er es in den Zeiten des Kalten Kriegs schon einmal war. Dieses Debakel wiegt umso schwerer, als die fast zeitgleiche Landung der indischen Sonde von Erfolg gekrönt war. In Südafrika fand 22.– 24. 8. 2023 der BRICS-Staatengipfel Südafrika statt, bei dem Putin wegen des internationalen Haftbefehls gegen ihn nicht persönlich sondern nur per Videokonferenz teilnehmen konnte. Er präsentierte dort seine bekannten Textbausteine von der Schuld des Westens am Ukraine-Krieg etc. China und das an Prestige gestärkte Indien haben sich sehr wohl in den Diskurs eingebracht und zeigen an, dass eine neue Weltmachtkonstellation im Entstehen ist, bei der Russland keine führende Rolle mehr spielen können wird. Ende Juli 2023 lud Putin zu einem Afrika-Gipfel in St. Petersburg ein, in dem er bei afrikanischen Staatsmännern politische Unterstützung für seinen Ukraine-Krieg suchte, nachdem er das Getreidetransportabkommen nicht mehr verlängerte und dadurch den Getreidehandel der Ukraine blockiert. Ägyptens Präsident Abdel Fatah al-Sissi forderte Russland auf, das vor rund zehn Tagen ausgesetzte Abkommen zum Export ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer wieder aufleben zu lassen. Vertreter der AU (Afrikanische Union) sagten, dass das Getreideabkommen allen Ländern der Welt und insbesondere den afrikanischen Nationen zu Gute kommen sollte. Putin entgegnete, wie schon in der Vergangenheit, dass die steigenden Weltmarktpreise für Lebensmittel eine Folge von Fehlern der westlichen Politik seien, die lange vor dem Ukraine-Krieg begangen worden seien. Zudem habe das Abkommen die ärmsten Länder der Welt nicht mit Getreide versorgen können, und der Westen habe seinen Teil der Abmachung (welche?) nicht eingehalten. Russland lehnt (traditionell) jegliche Verantwortung für die Auswirkungen auf den Weltmarkt ab. Mit den Bombardierungen ukrainischer Häfen und

Getreidesilos verfolgt der Kreml ganz offensichtlich den Zweck, die ukrainische Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten bzw. zumindest nachhaltig zu beschädigen. Um die Situation etwas zu entspannen bot Putin Getreideschenkungen an afrikanische Länder an, was aber von diesen als unzureichend und als billiger PR-Gag aufgenommen wurde.

Es ist nicht zu übersehen, die Jahresmitte 2023 hat den Anfang vom Ende von Putins Ära eingeläutet. Putin schlägt auch verbal immer wilder und paranoider um sich: So sei seiner Meinung nach der Jude Zelenskyj vom Westen eingesetzt worden, um den faschistischen / nazistischen Charakter der ukrainischen Regierung zu kamouflieren.

Innenpolitisch mehrte sich in Russland der Dissens auch innerhalb der Eliten. Am spektakulärsten meldete sich die Söldnergruppe Wagner [Gruppa Vagnera] unter dem Führer Evgenij Prigožin zu Wort. Private Militärunternehmen waren in Russland per Gesetz bis 2017 grundsätzlich verboten, Artikel 359 des russischen Strafgesetzbuches untersagt in Anlehnung an das Genfer Abkommen Söldnertum (auf der Teilnahme an bewaffneten Konflikten auf dem Gebiet eines anderen Staates stehen bis zu sieben Jahre Haft, auf das Bewerben, Trainieren und Finanzieren einer solchen Gruppe bis zu 15 Jahre). Die „Gruppe Wagner“⁶²² – bezeichnet sich selbst als ein „privates Sicherheits- und Militärunternehmen“ (Častnaja voennaja kompanija / ČVK) – war (2016) als Unternehmen in Argentinien registriert. Der Kreml hebelte (seine eigenen) Rechtsvorschriften mit einer besonderen Rechtsinterpretation aus, wonach private Sicherheits- und Militärunternehmen keine Militärverbände sind. Deren Mitarbeiter gelten als Zivilisten, die militärische Aufgaben übernehmen. Damit wurden per Gesetz alle Absolventen des Grundwehrdienstes zu „russischen Militärangehörigen“. Und wer dem Militär angehört, ist per definitionem kein Söldner – so die russische Rechtsexegese. Das paramilitärische Unternehmen Gruppe Wagner wurde vom Oligarchen und Putin-Vertrauten Evgenij Viktorovič Prigožin mit Dmitrij Valer’evič Utkin gegründet. Die Wagner-Gruppe wird mit öffentlichen Mitteln finanziell unterstützt, führt hybride Kriege und verdeckte militärische Operationen im Auftrag des Kremls durch – in Syrien, in der Ukraine (2014, 2022), Armenien (2020), Belarus (2020), Venezuela (2019), Libyen (2015), Mali (2021), Mozambique (2019), Sudan (2021), der Zentralafrikanischen Republik (2018), Simbabwe, usw. Verbindungen von Teilen der Gruppe Wagner zu rechtsextremen Gruppierungen im Westen gelten als gesichert. Die Mitglieder der Gruppe Wagner sind meist frühere Angehörige der Streitkräfte Russlands, aber auch serbische Kämpfer. Ab Juni 2022 rekrutierte die E. Prigožin persönlich im Beisein von Fernsehkameras in Gefängnissen verurteilte Straftäter für die Gruppe Wagner mit dem Versprechen einer Amnestie und einem monatlichen Sold von 100.000 Rubel (etwa 1600 €), sowie einer ebenso hohen Einmalprämie – vorausgesetzt die Häftlinge verpflichten sich für einen sechsmonatigen Einsatz in der Ukraine. Die Stärke der Gruppe Wagner variiert je nach Quelle, Vl. Inozemcev schätzt sie auf etwa 37 000 Mann.⁶²³ Neben der Wagner-Gruppe sind für den Kreml einige Dutzend paramilitärische Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung tätig.

Besonders zu erwähnen ist das paramilitärische russische Freiwilligenbataillon „Legion Freiheit Russlands“ [Legion Svoboda Rossii]. Es besteht aus russischen Nationalisten, die aktuell mit ukrainischer Unterstützung und Duldung auf der Seite der Ukraine kämpfen. Offiziell bestreitet allerdings die Ukraine etwas mit dieser Gruppe zu tun zu haben. Die Legion „Freiheit Russlands“ wurde aus einer Kompanie der russischen Armee gebildet, die freiwillig auf die ukrainische Seite übergelaufen war. Heute wird die Truppe auf etwa 1000 Kämpfer geschätzt.⁶²⁴ Ihre Bedeutung liegt weniger auf militärischem als auf politischem Gebiet, indem sie mit ihrer Mitwirkung auf der ukrainischen Seite offen zeigen, dass auch Russen die Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit der Ukraine unterstützen. Das ukrainische Außenministerium

⁶²² [Gruppe Wagner – Wikipedia](#) (Aufruf: 14.4.2023)

⁶²³ [Russian Analyst Evaluates Possibility Of Putsch In Country | MEMRI November 23, 2022](#) (Aufruf 14.4.2023)

⁶²⁴ <https://www.themoscowtimes.com/2022/08/08/switching-sides-the-elusive-russian-legion-fighting-with-ukraine-a78459> (08.08.2022, Zugriff 17.07.2023)

spricht davon, dass etwa 20.000 Freiwillige aus 52 Ländern die Ukraine unterstützten. Dazu gehören auch mindestens drei tschetschenische Gruppen, die als Gegner von Ramzan Kadyrov ihr Land verlassen haben und mit ihm gewissermaßen eine Rechnung zu begleichen haben. Am 30. 10. 2023 kam es am Flughafen von Machačkala zu jüdenfeindlichen Ausschreitungen.⁶²⁵ Es wurden Israelis und Juden bedroht, laut Berichten kam es in der ganzen Region zu antisemitischen Vorfällen. Russland spricht (wieder einmal) von gezielter (vom westlichen Ausland gesteuerter) Destabilisierung. Putin berief daraufhin eine Sondersitzung der Regierung ein, bei der „Versuche des Westens, die Ereignisse im Nahen Osten zur Spaltung der russischen Gesellschaft zu nutzen“ behandelt werden sollten.⁶²⁶ Es sei „gut bekannt und offensichtlich“, dass die „Ereignisse um den Flughafen Machačkala“ Resultat einer „äußeren Einmischung“ seien, sagte Putins Pressesprecher D. Peskov. Eindeutigere Vorwürfe erhob er nicht, sondern sprach lediglich von „feindlich gesinnten (Personen)“, die den Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen für eine Provokation missbraucht hätten. Dagestans Gouverneur Sergej Alimovič Melikov hängte sich inhaltlich gleichsam an und warf „Verrätern“ in der Ukraine Destabilisierung vor. Für Russland, das zwischen der arabischen Welt und mit Israel gute Beziehungen zu unterhalten bestrebt ist, kann dieses Lavieren zwischen beiden Welten noch zum Problem werden. Vorerst kann aber Russland die durch den neuen Nahostkonflikt entstandene extreme Spaltung der Gesellschaft im internationalen Maßstab kann Russland für seine politischen Agitationen und Absichten ausnutzen. Allerdings ist oft viel Theaterdonner dabei, so z.B. die Ankündigung, dass Russland das zentrale Waffenabkommen verlässt,⁶²⁷ eine vorwiegend symbolische Maßnahme ohne wirkliche Bedeutung.

Aufstand der Wagner-Söldner und Prigožins Tod

Im Laufe des Ukrainekrieges häuften sich Differenzen zwischen Prigožin und Putin, ersterer verneinte Putins Behauptung, in der Ukraine herrschten Nazis. Die Widersprüche nähren auch die Vermutung, dass Prigožin selbst ein politisches Amt anstrebte.⁶³² Auf jeden Fall ist dies ein deutlicher Hinweis auf eine geschwächte Position des Kremlherren.⁶³³ Daneben lag Prigožin schon längere Zeit im Clinch mit der russischen Militärführung (unter Minister Šojgu) und äußerte in reichlich unflätigem Ton seine Kritik an ihr und stellte insbesondere Forderungen nach besserer Versorgung seiner Truppe mit Munition. Diese Ausfälle realistisch einzuschätzen war und ist nicht einfach, zwischen dem Gesagten und dem Gemeinten von Putins wie Prigožins Aussagen klafften oft Welten. Der Aufstand(sversuch) von Prigožin am 23. 6. 2023 und vor allem dessen politische Bewältigung hinterlassen eine Reihe von Rätseln und Widersprüchen, er macht aber eines klar: Putin hat nicht mehr alles im Griff wie zu Beginn seiner Amtszeit, er muss mit Widerstand von verschiedenen Seiten rechnen und er kann sich auf die von ihm geschaffenen Abhängigkeitsstrukturen nicht mehr vollständig verlassen. Das ist noch nicht das definitive Ende von Putins Ära, aber ihre Zeit läuft sichtbar ab.

Chronologie der Ereignisse

10.6.: Minister Šojgu legt einen Vertrag vor, dem sich alle Söldnerfirmen in Russland unterwerfen sollen. Prigožin hat einen eigenen Vertragsentwurf.

22.6: Prigožin wirft der Militärführung vor Putin falsche und lügenhafte Darstellungen über die Lage an der Front vorzulegen

⁶²⁵ [Menschenmenge stürmt Flughafen in Dagestan | tagesschau.de](#) (30.10.2023, Zugriff 3.11.2023)

⁶²⁶ [Dagestan: Putin beruft nach jüdenfeindlichen Ausschreitungen Sondersitzung ein | ZEIT ONLINE](#) (30.10.2023, Zugriff 3.11.2023)

⁶²⁷ [Eilmeldung: Russland verlässt zentrales Waffenabkommen \(msn.com\)](#) (7.11.2023, Zugriff 7.11.2023)

⁶³² [Putin unter Druck: Wagner-Chef fällt Kreml-Boss in den Rücken | Express](#) 28.03.2023 (Aufruf 14.4.2023)

⁶³³ <https://www.express.de/politik-und-wirtschaft/putin-nicht-zu-retten-russland-nach-heiklem-telefonat-in-aufruhr-540726> (28.03.2023, Aufruf 14.4.2023)

23.6.: Prigožin stellt auf Social Media die offiziellen Motive und Gründe für den Krieg in der Ukraine („Denazifizierung“ und „Entmilitarisierung“) in Frage, Gefahr für Russland durch Kyjiv habe es nie gegeben, Oligarchen hätten sich vom Krieg Vorteile erhofft. Tägliche Erfolgsmeldungen vom Kriegsschauplatz seien „kompletter Unsinn“.

23.6. 20h: Prigožin wirft in einer Audiobotschaft Šojgu vor, „tödliche Raketenangriffe“ auf Wagnereinrichtungen angeordnet zu haben, dabei seien 30 seiner Soldaten getötet worden. „... das von der Militärführung verursachte Böse“ müsse gestoppt werden,“ so Prigožin, er kündigt mit einer Sprachnachricht auf Telegram an, es sei Zeit einzugreifen: „Das Unheil, das die russische Militärführung dem Land antut, muss beendet werden.“ Das Verteidigungsministerium dementiert einen Angriff.

23.6. 22h: Prigožin ruft einen „Marsch für Gerechtigkeit“ aus und fordert die Bürger Russlands auf sich diesem anzuschließen. Der Geheimdienst FSG eröffnet ein Strafverfahren gegen Prigožin (dem dann bis zu 20 Jahre Haft drohen) und fordert die Wagner-Kämpfer auf, Prigožin festzunehmen.

23.6. 23.30h: Gepanzerte russischen Armeeeinheiten beziehen in Moskau Verteidigungspositionen

24.6. 1.30h: Prigožin meldet, seine Truppen hätten russisches Territorium betreten und würden alles zerstören, was sich ihnen in den Weg stellt.

24.6. 2.15h: Prigožin meldet den Abschuss eines russischen Militärhubschraubers

24.6. 4h: Prigožins Kämpfer umstellen das Armeehauptquartier in Rostov na Donu.

24.6. 5h Moskaus Bürgermeister Sobjanin verhängt Antiterrormaßnahmen für die Stadt

24.6. 6.30h: Prigožin meldet die Besetzung des Armeehauptquartiers in Rostov

25.6. 8h: Das Verteidigungsministerium fordert die Wagner-Truppen aufzugeben, Prigožin habe sie in ein „kriminelles Abenteuer“ manövriert.

25.6. 9h: Putin meldet sich im Fernsehen in einer Ansprache an die Bevölkerung, in der er Prigožin als Verräter bezeichnet und nennt die Meuterei seiner Truppen als „Stich in den Rücken“, darauf widerspricht Prigožin: „Wir sind Patrioten unserer Heimat“.

25.6. 10.45h: 500 km vor Moskau kommt es zu Kämpfen zwischen Wagner-Truppen und der Armee

25.6. 13h: Ramzan Kadyrov, der Führer der tschetschenischen Söldnertruppe kündigt Putin Unterstützung an, schickt seine Truppen nach Rostov los, die aber angeblich im Stau stecken bleiben.

25.6. 14h: Der Kreml dementiert eine Flucht Putins aus Moskau. Der folgende Montag wird aus Sicherheitsgründen für arbeitsfrei erklärt.

25.6. 17.30h: Auf den Straßen nach Moskau werden Sperren und Kontrollpunkte errichtet

25.6. 20.15h: Lukašenka meldet, dass Prigožin zum Rückzug überredet worden sei, was dieser wenige Minuten später bestätigt. Ca 200 km vor Moskau kehren die Wagner-Truppen in ihre Militärlager um.

25.6. 22h: Der Kreml teilt mit, dass es keine Strafverfolgung geben werde, bedankt sich bei Lukašenka für die Vermittlung und dafür, dass Prigožin in Belarus' Exil erhalte.

25.6. 22.15h: Die Wagner-Truppen verlassen Rostov unter dem Beifall der Bevölkerung.

Die Widersprüche und Kehrtwendungen im Ablauf der Aktionen und Reaktionen bleiben ungelöst, ebenso wie die Frage, ob es sich um einen Putsch, Meuterei, Aufstand, ... handelte, eine militärische Aktion, die kurz vor Moskau abgeblasen wurde, mit wenig nachvollziehbaren Erklärungen. Am Samstagmorgen (24. 6. 2023) sprach Putin noch von „Verrätern“ Putin kurz darauf aber von Straffreiheit und dem Angebot einer freiwilligen Eingliederung in die russische Armee, oder Abrüsten und Heimkehr zu den Familien, dem Anführer Prigožin statt strenger Strafe Angebot des Exils im Nachbarland Belarus'. In einer weiteren Rede sprach Putin dem russischen Volk Dank für seinen Patriotismus, und Prigožin dafür, dass er einen Bürgerkrieg verhindert habe und A. Lukašenka für seine Vermittlungsbemühungen. Widersprüche und Inkonsequenzen ohne Ende. Lukašenka kann sich als Vermittler und Friedensstifter darstellen,

sogar als Retter in Putins Not etc. Er konnte sich in gewisser Weise dafür revanchieren, dass Putin ihm immer wieder in innenpolitischen Schwierigkeiten (insbesondere 2020 nach den gefälschten Wahlen) auch militärisch ausgeholfen hat. Das muss Putin jetzt allerdings mit einem erheblichen Prestigeverlust bezahlen, er zeigte in dieser Krise mangelnde Souveränität, eklatante Schwächen im Krisenmanagement, er hat offenbart, dass er nicht die Person ist, die Stabilität erhalten oder garantieren kann. Kritik an seinen Führungsqualitäten werden auch im Inland immer häufiger (vor allem über die Sozialen Medien).

Die westeuropäische und US-amerikanische Osteuropaforschung ist sich in der Einschätzung weitgehend einig, dass Putin deutlich Kontrollverlust gezeigt hat, dass er sich auf seine von ihm selbst geschaffene Machtstruktur nicht mehr vollständig verlassen kann. Loyalitäten sind unsicher geworden, im Moment droht ihm noch nicht Unbill etwa im Sinne einer Palastrevolution, dazu bedarf es eines äußeren Anlasses – z.B. schwerer Rückschläge auf dem Schlachtfeld oder auf dem Gebiet der Ökonomie. Der Prozess des stetigen Machtzuwachses der ständig wachsenden Kontrolle, der „ewigen Stabilität“ ist zum Stillstand gekommen. Auch Prigožin hat sich überschätzt, seine Kritik an der Militärführung hat nicht die Zustimmung erhalten, die er sich erwartet hat. Offensichtlich haben viele führende Militärs kalte Füße bekommen und haben im letzten Moment zurückgezogen. Eine Verschiebung von Loyalitäten ist (noch) nicht gelungen, Prigožin hat auch kein politisches Programm, das eine glaubwürdige Alternative zu Putin darstellt. Putin hat beim Aufbau seiner Machtstrukturen stets den Sicherheitsapparat gestärkt, aus diesen Kreisen seine Mitarbeiter rekrutiert, die Oligarchen hat er schwach und abhängig gehalten. Wie man gesehen hat, könnten Privatarmeen (die in Russland per Verfassung eigentlich verboten sind) ihm gefährlich werden, deshalb möchte er sie stärker mit Verträgen an das System binden. Die (Hinter-)Gründe für den Aufstand der Wagner-Gruppe – in deren Eigenbezeichnung: „Marsch der Gerechtigkeit“ – am 23. und 24. Juni sind bislang weitgehend unklar. Man kann davon ausgehen, dass es sich bei diesem Aufstand nicht um einen spontanen Gewaltausbruch als Reaktion auf die von Prigožin behauptete Beschießung seiner Truppen durch die reguläre Armee handelt. Dafür gibt es allerdings keine Beweise. Der Entschluss zum Aufstand muss schon früher gefallen sein, denn rein logistisch (Ausarbeitung der Pläne, der Befehlsketten etc.) ist es unmöglich eine Kolonne mit 1000 Militärfahrzeugen innerhalb von wenigen Stunden zusammenzustellen und in Marsch zu setzen. Die Wagner-Truppen sind sehr schnell und ohne Gegenwehr vorgestoßen, haben Rostov (d.h. das Militärkommando Süd) besetzt und haben damit bewiesen, dass der rückwärtige Raum der russländischen Armee durch schwache Reservekräfte kaum geschützt war, die gegen die mit schweren Waffen ausgerüstete Wagner-Truppe militärisch weit unterlegen waren. Der konfliktarme Vormarsch der „Wagnerianer“ nährte die Vermutung, dass es Absprachen gegeben haben könnte. Die aufständischen Truppen waren mit Flugabwehrraketen ausgerüstet und schossen sämtliche Militärfluggeräte ab, die ihren Weg kreuzten, darunter mehrere Hubschrauber, eine Iljuschin-Maschine, die als luftgestützte Einsatzzentrale des Militärbezirks diente. Mindestens sieben Fluggeräte wurden abgeschossen, bis zu 30 Soldaten der russländischen Luftstreitkräfte verloren ihr Leben, ein Lkw der Prigožin-Truppen wurde ebenfalls getroffen. Prigožin und seine Truppen drangen bis zur Südgrenze des Gebietes von Moskau vor. Nirgends wurde der Versuch gemacht, die Söldner aufzuhalten, nirgends gab es Unterstützung für den Kreml ...

Prigožin sah sich durch seinen Erfolg bei den Kämpfen um Bachmut gestärkt, die offenkundigen Defizite der russischen Militärführung, insbesondere Verteidigungsminister Šojgu und Generalstabschef Valerij Vasil'evič Gerasimov offen zu kritisieren. Nach Joachim Krause⁶³⁴ hat dies Putin bis zu einem gewissen Grad zugelassen, aber Prigožin hat den Bogen überspannt, er gehörte nie zum engsten Kreis um Putin sondern war als sein Günstling reich geworden. Putin benützte Prigožin, der für ihn diverse „schwierige Aufgaben“ erledigte, die sonst keiner wollte.

⁶³⁴ [Die Auflösung der Wagner-Gruppe werden Mord und Totschlag folgen - FOCUS online](#) (29.06.2023, Zugriff 17.7.2023)

Auslöser für den Aufstand dürfte die Verfügung von Verteidigungsminister Šojgu vom 13. Juni (mit Billigung Putins) gewesen sein, die verbleibenden Wagner-Truppen aufzulösen und in die regulären Streitkräfte zu integrieren. Dies forderte Prigožin zu seiner überstürzten Aktion heraus. Nach seinen Angaben soll es noch etwa 25.000 Wagner-Söldner geben. Das würde aber auch bedeuten, dass die in den Gefängnissen rekrutierten Strafgefangenen zahlenmäßig dominieren würden und hinsichtlich einer Integration ob in das Militär oder dann in das zivile Leben ein erhebliches Risiko darstellen. Angeblich sollen nun die Wagner-Leute das belorussische Militär trainieren, wo sich Prigožin selbst aufhielt, ist mit Sicherheit nicht zu sagen.⁶³⁵

Nach den Turbulenzen unternahm die Kremlführung alles, um den Anschein von Normalität wiederherzustellen. Die Nervosität ist jedoch geblieben, der Bevölkerung sind diese Ereignisse doch nicht ganz entgangen. Putin gab einen Tag danach ein TV-Interview, ging aber auf den Wagner-Aufstand mit keinem Wort ein, redete gleichsam darüber hinweg: „Natürlich liegt meine Aufmerksamkeit auf die Sonderoperation im Vordergrund. Damit beginnt und endet der Tag“. Der von Prigožin wegen Unfähigkeit kritisierte Minister Šojgu und der Generalstabschef Gerasimov blieben weiter im Amt. Inzwischen wurde bekannt, dass der russische Staat die Wagner-Söldner finanzierte. Die „Wagnerianer“ bedienten russische politische Interessen in Afrika, Lateinamerika, Syrien und in der Ukraine. Im Hintergrund räumte Putin im militärischen Führungspersonal auf, es gab Rücktritte in der Generalität, die Repressionen gegenüber kritischen Stimmen nahmen noch weiter zu. Der Oberbefehlshaber der russischen Luft- und Weltraumkräfte General Sergej Vladimirovič Surovikin (nach dem Einsatz in Syrien erhielt er den Spitznamen „General Armageddon“) galt als Vertrauter Prigožins wurde nach geraumer Zeit der Heimlichtuerei offiziell von Putin entlassen.

Prigožins Tod

Am 23. 8. 2023 kam Prigožin (und andere führende Mitglieder der Wagner-Truppe, darunter Wagner-Mitbegründer Dmitrij Utkin und andere Kommandanten der Wagner-Gruppe) bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Die genaueren Umstände sind aktuell objektiv und wahrheitsgetreu schwer zu ermitteln. Die offiziellen Darstellungen des Kremls produzieren mehr Fragen als Antworten. Inwieweit der russische Geheimdienst und Putin selbst in dieses Ereignis involviert sind / waren, kann auch nicht mit Sicherheit gesagt werden, Gründe und analoge Fälle gäbe es genug. Die im Hintergrund regierende Hand Putins bei diesem „Vorfall“ erscheint mehr als wahrscheinlich. Putin weist jede Mitwirkung von sich – nach übereinstimmenden Korrespondentenberichten glaubt jedoch auch die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung, dass der Flugzeugabsturz ein Racheakt Putins war. Auf jeden Fall kann westliche Mitwirkung ausgeschlossen werden. Putin geht mit Menschen, die er als „Verräter“ qualifiziert, „final“ um. Dutzende Oligarchen, Kritiker des Regimes wurden auf offener Straße erschossen, wurden vergiftet, wurde mit tödlichen Schusswunden irgendwo gefunden, fielen sich aus Hochhausfenstern zu Tode, oder sie kamen glimpflich mit langjährigen Haftstrafen und Straflageraufenthalten davon ... Wie kann man einem Regime, das systematisch auf Lüge aufbaut, vertrauen? Interessant ist, wie das offizielle Russland mit Prigožins Tod verfährt: In einer ersten Reaktion (nach langem Stillschweigen) würdigte Putin das Werk des zu Tode gekommenen, man werde den Einsatz der Söldner im Kampf gegen die „Nazis“ in der Ukraine nicht vergessen etc. Diese positive Einschätzung steht im Gegensatz zu von Putins in früheren Interviews angekündigten Drohungen, „Verrätern“ nicht verzeihen zu können – Prigožin hat er öffentlich als Verräter bezeichnet. Außerdem hat der Putschversuch deutliche Schwächen des Kremlchefs offenbart. Daher ist es naheliegend anzunehmen, dass Putin den „Flugunfall“ veranlasst hat, um einerseits seine Reputation als harter „Macher“ wieder herzustellen und sich unbequemer Figuren zu entledigen. D.h. dieser Vorfall (Unfall, inszenierte Absturz) hat die Wagner-Gruppe der Führungsschicht beraubt. Ob sich die Gruppe auflösen oder ob sie sich in die reguläre russische Armee

⁶³⁵ Vgl.: https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/an-allen-fronten/Nikolaj_Mitrokhin, 27.6.2023

integrieren wird, ist noch nicht ausgemacht. Selbst wenn die Wagner-Söldner im Ukraine-Krieg ihre Rolle ausgespielt haben, in Afrika werden sie noch gebraucht, damit Russland seine Interessen auch militärisch durchsetzen kann. Russland gibt sich dort als antikolonialistische Macht, in Wirklichkeit jedoch geht es dem Kreml darum Russland an die Stelle der alten (post)kolonialen Mächte und Positionen gegen den Konkurrenten China zu sichern. Das einst hohe Ansehen, das die Gruppe Wagner in Russland einst genießen durfte, wird allem Anschein nach getilgt. Russland hat es abgelehnt weitere Untersuchungen zum Flugzeugabsturz zu folgen zu lassen, Prigožins Begräbnis fand ohne Öffentlichkeit statt, Augenzeugen berichten, dass z.B. ein Friedhof für gefallene Wagner-Söldner im russischen Dorf Nikolaevka dem Erdboden gleich gemacht worden sei und die Kreuze und Kränze wie Abfall aufgestapelt, die Gräber selbst mittels Planierdraht platt gewalzt worden seien.

Militärische Rückschläge

Militärisch häuften sich 2023 die Probleme für Russland. Wie kann der Krieg enden? Dazu gibt es naturgemäß vielerlei Überlegungen. Seit etwa 2008 erlebte das russische Militär Reformen, es wurde sehr viel investiert, trotzdem bietet es ein desaströses Bild eines schwer vorstellbaren Ausmaßes an Korruption und Desorganisation. Prognosen zu einem baldigen Kriegsende sind unterschiedlich. Der Militärökonom Marcus Keupp (ETH Zürich) war überzeugt, dass Russland im Oktober 2023 den Krieg verloren haben wird. Er erwartete ab April eine Gegenoffensive der Ukraine mit westlichen Panzern und meinte auch auf der Grundlage entsprechender fachlicher Analysen, dass Russland allmählich Material und Menschen ausgehen werde.⁶³⁶ Beim Kriegsgerät eskalierte Moskau „technologisch nach unten“, so Keupp. Es seien die Uralt-Panzer T-55 und T-64 mobilisiert worden, während der schon 2014 angekündigte moderne T-14 Panzer bisher nur auf Paraden statt im Kampfeinsatz zu sehen gewesen sei. Es gebe bereits Spott im Internet, ob als Nächstes Pferde mobilisiert werden würden, so Keupp. Diese Abnutzungsrate könne Russland auf Dauer nicht durchhalten. Wenn man sich anschauere, mit welcher unglaublichen Rate die russischen Reserven abschmelzen würden, sei abzusehen, dass Russland bald überhaupt nicht mehr in der Lage sei, noch Militäroperationen zu führen. „Das einzige, was sie dann tun können, ist sich einzugraben.“ Kriegsentscheidender Faktor werde auch nach Keupp die Umstellung von alter sowjetischer auf neue westliche Technologie darstellen, was sich bei der zu erwartenden Frühjahrsoffensive herausstellen würde und zu noch höheren Verlustrate der Russen⁶³⁷ führen werde. Keupps Argumente wurden auch durch das Desaster der russischen Winteroffensive bestärkt, die zu enormen Verlusten auf russischer Seite aber zu keinen nennenswerten Erfolgen in militärischer Hinsicht geführt hat. Wie er in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung sagte,⁶³⁸ stützte er sich bei seiner Vorhersage auf Quellen wie die schwedische Verteidigungsagentur FOI oder das International Institute for Strategic Studies (IISS) aus London. Die Einschätzungen hinsichtlich des weiteren Kriegsverlaufes sind jedoch in der Forschung nicht einheitlich, manche Forscher gehen davon aus, dass der Krieg wohl noch andauern wird, weil die Unterstützung dafür in der Bevölkerung groß ist und Putin die eigenen Verluste einfach hinnehmen wird und die Unterstützung des Westens für die Ukraine möglicher Weise im Abnehmen begriffen ist. Der Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Christian Mölling⁶³⁹ warnte: Es funktioniere für die russische Führung immer

⁶³⁶ Militärexperte Keupp: Niederlage für Russland im Oktober - ZDFheute (04.04.2023) Zugriff 11.4.2023
Militärökonom: In diesem Monat verliert Wladimir Putin den Ukraine-Krieg (merkur.de) 06.04.2023

⁶³⁷ Vgl. auch: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/russland-militaer-verluste-alkohol-ukraine-krieg-london-100.html> (2.04.2023, Zugriff 12.4.2023)

⁶³⁸ Marcus Keupp: «Deswegen sage ich: Russland verliert den Krieg» (nzz.ch) 27.03.2023 (Zugriff 11.4.2023)
Zur Einschätzung der aktuellen militärischen Lage vgl. die Berichte des Institute for the Study of War (Washington): <http://www.understandingwar.org/>

⁶³⁹ Mölling: Wladimir Putin als Gefangener der eigenen Propaganda | STERN.de Wladimir Putin als Gefangener der eigenen Propaganda | STERN.de 4.4.2023

weniger, den Krieg in der Ukraine als militärische Spezialoperation darzustellen. Putin stelle sich immer stärker auf die Seite von ultranationalistischen Kräften. Das russische Regime müsse in dieser Situation die ideologische Mobilisierungskapazität immer weiter hochjagen. Die Rhetorik gegenüber dem Westen nähere sich mittlerweile der Beschreibung eines Kriegszustandes. In Russland gebe es natürlich Eliten, deren Unterstützung für Putin davon abhängen, dass sie materiell profitieren. Aber es gebe eben auch diejenige, „die auf der ideologischen Schiene unterwegs sind und mit Putin zusammen den Traum eines Groß-Russland träumen“. Die wollten letztlich sehen, dass Russland Gebiete eroberne. Militärisch sei die Lage für die russischen Streitkräfte aber schwierig, es gäbe kaum Fortschritte zu vermelden. Im Westen sei Russland vor Beginn des Krieges auf ganz verschiedenen Ebenen als viel fähiger eingeschätzt worden, als es sich nun erwiesen habe. Die Drohung des russischen Außenminister Sergej Lawrow, hart gegen die Europäische Union durchzugreifen, bezeichnete Mölling als Bluff. „Wenn es möglich gewesen wäre, mehr in die Waagschale zu werfen, hätte Russland das doch längst getan“, sagte er.

Putin hat mutwillig und ohne Provokation von außen den Krieg begonnen, den er schon viele Jahre systematisch geplant und vorbereitet hat. Er hat sich ein Gedankengebäude zurecht gelegt, nach dem er als Vollstrecker revanchistischer Großmachtphantasien, der Restauration des russischen Imperiums als unumschränkte europäische Führungsmacht, einen Ehrenplatz in der russischen Geschichte einnehmen werde, wie vor ihm Peter I, Alexander II, Katharina II. Dieses Ziel strebt er, keine Verluste scheuend, von seiner größenwahnsinnigen Paranoia getrieben an. Putin hat zweifellos seinen Platz in der russischen Geschichte schon erklommen – den des größten Verbrechers gegen die Menschlichkeit seit Stalin.

Putins Pechsträhne setzt sich fort: Ausgerechnet auf Cuba, einem der wenigen Freunde Russlands, ist der Versuch aufgefliegen, Soldaten für die russische Front im Ukrainekrieg zu rekrutieren. 17 Personen wurden verhaftet. Aus der OSZE wurde bekannt, dass Russland die Organisation zur Destabilisierung, Spaltung, Unterwanderung und für Blockaden unterwandert. Schließlich muss Russland – kaum zu überbietend blamabel – die (eher als Show) gedachte Militärübung Zapad 23 wegen Mangel an Soldaten und Ausrüstung absagen.⁶⁴⁰ Das Treffen mit dem Machthaber Kim Jon-Un unter den Zeichen von „Freundschaft“ und Zusammenarbeit vor allem im militärischen Bereich – etwas anderes hat Nord Korea auch kaum zu bieten – dient nicht zuletzt Kims Bestreben der Destabilisierung der Region. Die nordkoreanische Militärhilfe an Russland segelt unter dem Motto des „gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus“. Damit meint Russland das unsägliche menschenrechtswidrige Regime Nordkoreas aufwerten und vor allem aber das eigene Waffenarsenal aufbessern zu können. Die „Freunde Russlands in der Welt“ sind nicht in der demokratischen Ecke zu Hause. Im Konflikt um Bergkarabach ist Russland als Schutzmacht Armeniens nicht gegen die hochgerüstete azerbajdžanische Armee eingeschritten, um eine Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach zu verhindern. Russland hat offensichtlich die Seiten gewechselt, bzw. hat sich zumindest mit Azerbajdžan abgestimmt. Das Engagement Russlands in der Ukraine lässt keinen weiteren Kriegsschauplatz mehr zu – eine blamable Tatsache für eine Schutzmacht. Mitte September 2023 (13. / 14. 9.) erfolgten schwere Angriffe der Ukraine auf die Militärbasis in Sevastopol, der Hafen, U-Boote und Kriegsschiffe wurden schwer getroffen, daraufhin hat Russland seine Flotte in den Osten des Schwarzmeers verlegt. Damit sind die Kapazitäten Russlands erschöpft, im Schwarzen Meer Schiffe in sicheren Häfen reparieren zu können. Im Süden und im Osten kam die ukrainische Gegenoffensive – zwar langsam – voran mutierte aber auch auf ukrainischer Seite allmählich zu einem Stellungs- und Zermübungskrieg.

Die militärische Situation Russlands verbesserte sich nicht. Der Ukraine gelangen einige spektakuläre Abschüsse und Treffer hochwertiger russischer Flugzeuge, Panzer und Kriegsschiffe.

⁶⁴⁰ [Russland sagt wohl große Militärübung ab – nicht genug Soldaten und Ausrüstung \(fr.de\)](#) 29.08.2023 (Zugriff 30.8.2023)

Laut britischen Geheimdienstangaben (vom 22. 10. 2023)⁶⁴¹ deuten die aktualisierten Zahlen auf erhebliche Verluste für Russland hin. Im Geheimdienstbericht heißt es „Russland hat wahrscheinlich bis zu 480.000 Soldaten, die im Krieg getötet oder verletzt wurden“, zu beklagen. Die Zahl von 480.000 Opfern wird in zwei Kategorien unterteilt: bis zu 190.000 Getötete oder dauerhaft Verletzte und bis zu 290.000 vorübergehend Verletzte. Die tatsächlichen Opferzahlen könnten sogar noch höher sein, da weder Wagner-Söldner noch zur Teilnahme am Kampf freigelassene Gefangene in den britischen Geheimdienstdaten enthalten sind. Putin nimmt offensichtlich eigene Verluste in schier unbegrenzter Höhe in Kauf, um Positionen zu halten und eventuell auch noch ausbauen zu können. Wie lange das so gehen wird, muss abgewartet werden. Mittlerweile kommt der Krieg auch in der Bevölkerung an: Die enorm hohen Opferzahlen lassen sich immer weniger verbergen, die Ukraine weitet ihre Gefechtszone aus durch Drohnenangriffe auf Ziele innerhalb Russlands durch z.T. spektakuläre Luft- und Angriffe auf das russische Hinterland. Es mehren sich Anzeichen dafür, dass der Protest gegen den Krieg und gegen Putin in der russischen Bevölkerung stärker wird. Putin hat im Jahr 2024 seine Wiederwahl zu bestreiten. Sein Ziel – die Vernichtung der Ukraine – hat er nicht erreicht, dieses Faktum kann er auch nicht zerreden und beschönigen. Russland führt schon seit 30 Jahren (wenn man Afghanistan dazu nimmt, dann 40) Kriege, Generationen von Menschen in Russland sind mit Kampf und militärischen Auseinandersetzungen konfrontiert, die jüngeren Generationen haben Russland vorwiegend Krieg führend erlebt. Die daraus folgenden Gewalterfahrungen und Traumatisierungen brutalisieren eine Gesellschaft, an den psychosozialen Folgen wird das Land noch über viele Generationen zu leiden haben.

⁶⁴¹ Ministry of Defence GB auf X: „Latest Defence Intelligence update on the situation in Ukraine – 22 October 2023. Find out more about Defence Intelligence's use of language: <https://t.co/weRQDP6Fwr> UA #StandWith-Ukraine <https://t.co/9eCmqEJw8k>“ / X (twitter.com)
Schockierende Opferzahlen für Putin: Neue Daten enthüllen das Ausmaß (msn.com) (23.10.2023)., Zugriff 24.10.2023)

Russland – wohin?

Wie endet der Krieg in der Ukraine und was bedeutet das für Russland? Der amerikanische Historiker Timothy Snyder äußert im Interview mit „t-online“ (1. 12. 2022) die These: „Wenn die Ukraine siegt, würde das Russland langfristig sogar helfen.“ Es sei aus der Geschichte abzuleiten, dass imperiales Machtstreben durch militärische Niederlagen gebremst werden kann. Nur eine Niederlage „kann in Russland die dringend notwendigen Reformen anstoßen“, ist Snyder überzeugt. Damit meint er die Rückkehr zur Demokratie und die Abkehr vom System Putin. „Deshalb ist es sehr wichtig, dass Russland diesen Krieg verliert.“ Die russische Geschichte zeige, dass vor allem nach Niederlagen Veränderung möglich wurde. Es sei eine grundlegende Erkenntnis der modernen europäischen Geschichte, dass erfolgreiche rechtsstaatliche Demokratien nach eindeutigen militärischen Niederlagen entstanden. Putin hat seine Macht, sein (politisches) Überleben im Kreml an den Ausgang des Ukrainekrieges geknüpft. Nach Snyder wird der Krieg enden, wenn Putin seine Macht in Russland gefährdet sieht. Eine militärische Niederlage und das Ende der Ära Putin muss von einem kollektiven Lernprozess der Bevölkerung begleitet werden ähnlich wie in Deutschland nach 1945. Selbst angesichts des Unterganges des Dritten Reiches gab es viele, die in ihrer Verblendung noch an der NS-Ideologie (über die Kapitulation hinaus) festhielten, aber die Mehrheit hat diese neue Realität akzeptiert und den Wandel zur Demokratie vollzogen. Einen analogen Prozess muss auch die russische Bevölkerung durchlaufen, indem sie russisch-imperiale sowie patriarchale Denkmuster ablegt. Wahrscheinlich ist der russische Weg steiniger und länger als der deutsche. Russland muss sich endlich kritisch mit seiner eigenen kolonialen und imperialen Geschichte auseinandersetzen und sich von diesem Erbe befreien. Man kann davon ausgehen, dass, wenn es zu einer Land-für-Frieden-Lösung (zuungunsten der Ukraine) kommt, der Frieden in dieser Region nicht dauerhaft gesichert ist. Der ungebremste russische Expansionismus wird weiter „russische Erde“ (bzw. was die Machthaber beanspruchen) einsammeln und die „abgesahnten Länder“ werden sich zur Wehr setzen. Deutschland hat sich seiner verbrecherischen Vergangenheit gestellt und einen Reinigungsprozess durchlaufen, Russland hat das nie gemacht, im Gegenteil, es hat sich in seiner rückwärtsgewandten Sicht in Kolonialismus und Imperialismus eingebunkert und sich exzeptionalistisch verklärt. Russland muss sich entkolonialisieren, so wie das französische Kolonialreich von kleineren Staaten wie Algerien oder Indochina (dann die USA in Vietnam) militärisch besiegt wurde, so wird wahrscheinlich Russland in der Ukraine eine Katharsis und Wiedergeburt erleben. Solange Russland buchstäblich alles der Wiedererlangung der imperialen Weltgeltung auf der Grundlage des untergegangenen Kolonialreiches unterordnet, wird es sich dem Anschluss an die zivilisierte Welt verwehren, mit seiner extrem rückwärtsgewandten Weltsicht, mit seinem von der Kremelführung und den Medien geradezu hysterisch propagierten Hass auf den Westen (Zapadophobie) und die Ukraine sperrt es sich einer Entwicklung zu einem Rechtsstaat und dem Zugang zu einer demokratischen Völkergemeinschaft.

Die russischen Machthaber halten (noch) an ihrer imperialistischen Ideologie fest. Medvedev hetzt, bedroht den Westen und nennt neue Kriegsziele. Russland strebe die komplette Vernichtung der Ukraine als Staat an und setze auf die Installierung einer Marionettenregierung, zu beiden Zielen habe es einen großen Zeithorizont: „Auch wenn es Jahrzehnte dauert. [...] Westliche Regierungen werden sich ändern, ihre Eliten werden müde werden und um Verhandlungen betteln und den Konflikt einfrieren.“ Der Konflikt sei für Russland ein „Selbsterhaltungskrieg.“ Das „nationalistische Regime (in Kyjiv) werde vom Angesicht der Erde gefegt werden.“ Es dürfe unter keinen Umständen zugelassen werden, dass „dieser Dreck in Kyjiv wieder zurückkehren könne. [...] Von ihm sollte nur Asche zurückbleiben.“ Russland habe keine andere Wahl: „Entweder werden wir ihre feindliche Führung zerstören, oder der kollektive Westen wird Russland am Ende auseinanderreißen. In diesem Fall wird er mit uns sterben.“ Nötig sei deshalb „die komplette Auslöschung des Staatsapparats und eine Garantie absoluter zukünftiger

Loyalität“. Dies sei nur möglich, wenn Russland die Kontrolle über alles erlange, was auf dem Territorium der früheren Ukraine geschieht und geschehen wird. Die Sanktionen des Westens gegen Russland würden dies nicht verhindern können, so Medvedev: „Die Niederlage des Westens und der Ukraine ist unausweichlich“. Für Russland hingegen sei es eine Tragödie des eigenen Volkes: „Das ist ein existenzieller Konflikt. Das ist ein Selbsterhaltungskrieg. Entweder sie oder wir.“⁶⁴² Im September kündigte Medvedev an, weitere Gebiete für Russland zu annektieren. Vjačeslav Volodin, Sprecher des russischen Unterhauses warnte, die Ukraine müsse sich zu Moskaus Bedingungen ergeben, sonst werde das Land „aufhören zu existieren“ (26. 9. 2023) usw. Diese kaum noch zu steigernde kompromisslos aggressive Sprache könnte ein indirektes Eingeständnis sein, dass Russlands Macht zu Ende geht. Anspruch und Wirklichkeit klaffen deutlich erkennbar auseinander. Klar ist, dass Russland keine Verhandlungen will und nur die totale Kapitulation der Ukraine und darüber hinaus des Westens akzeptiert. Russland hat ganz sicher nicht die Zeit, den Konflikt zu seinen Gunsten auszusitzen, es gibt abgesehen von militärischen Aspekten gewichtige langfristige Indikatoren für den Niedergang des russischen Einflusses und seiner Bedeutung in der Welt:

- Demographische Realitäten
- Die nächste Generation
- Sozioökonomische Perspektiven

Demographische Realitäten

Die demographische Entwicklung (nach den Daten des Levada-Instituts) lässt einen Niedergang Russlands als unvermeidlich erscheinen. Von aktuell 143,7 Mill. Einwohnern wird die Bevölkerung auf etwa 139 Mill. im Jahr 2030 schrumpfen. Geburtenüberschuss gibt es nur in den muslimischen Gebieten, die durchschnittliche Geburtenraten russischer Frauen beträgt 1,7. Die prognostizierte Schrumpfung der Bevölkerung von Generation zu Generation liegt bei 20%. Die Lebenserwartung betrug (2016) bei Männern 66,5 Jahre, 77,06 Jahre bei Frauen. Hauptursachen für die geringe Lebenserwartung der Männer: Alkohol und Gewalt. Eine Zuwanderung von 400 000 Personen pro Jahr kann die Bevölkerungsbilanz kaum verbessern. Sie hat zur Folge, dass die Bevölkerung um die Mitte des Jahrhunderts zu einem erheblichen Teil aus nichtrussischer Herkunft besteht. Immigration stellt hohe Herausforderungen an Akzeptanz und Integration von Einwanderern an die russische Gesellschaft. Dazu kommt, dass Russland als Einwanderungsland nicht sonderlich attraktiv ist. Der Bevölkerungsschwund hat konkrete Auswirkungen auf die Gesellschaft, es schrumpft die der Zahl der Akademiker (1990: 9% Uniabsolventen, 2030 wahrscheinlich nur noch 3%). Dies ist auch eine Folge der Kürzung der Bildungsausgaben. Es gibt offensichtliche Engpässe bei der Rekrutierung der Streitkräfte (er werden bereits vermehrt Frauen für den Kriegsdienst rekrutiert). Es fehlen zunehmend Fachkräfte in der Wirtschaft, Industrie, usw. Der Krieg gegen die Ukraine und die Repression unter Putin hat die Personalnot noch zusätzlich verschärft – durch Massenflucht ins Ausland. Walter Laqueur schlussfolgert: „Dass Russland auf lange Sicht seine vorherrschende Stellung wird halten können, ist allerdings zweifelhaft. Die russischstämmige Bevölkerung im asiatischen Teil Russlands könnte sich auf weniger als 30 und im Föderationskreis Ferner Osten auf unter sechs Millionen verkleinern. Gleichzeitig wird die Bevölkerung der fünf zentralasiatischen muslimischen Republiken wahrscheinlich auf 70 bis 880 Millionen Menschen wachsen und die chinesische Bevölkerung im Grenzgebiet auf über 100 Millionen. Solch ein Ungleichgewicht dürfte politische Auswirkungen haben. Russland wird seine Präsenz vielleicht weiter

⁶⁴² "Sollte nur Asche zurückbleiben": Medwedew nennt plötzlich neue Kriegsziele - n-tv.de (20.08.2023, 03:37)

aufrechterhalten können, aber nur als ‚jüngerer Bruder‘ Chinas. Eine solche Stellung ist es nicht gewöhnt, und es dürfte sich schwertun, sich in sie zu finden.“⁶⁴³

Die nächste Generation

Nach Erhebungen des Levada-Centers (2009 und 2014) wächst eine an gesellschaftlichen Belangen weitgehend desinteressierte Generation heran, mit überschaubarem Interesse an Politik (24%), großem Misstrauen gegenüber der Regierung, den Parteien, dem Parlament (80%). Für gesellschaftliche Anliegen wie etwa für mehr persönliche Freiheit, Gerechtigkeit in der Gesellschaft, ökologische Fragen etc. engagiert sich nur eine verschwindende Minderheit. Das überwiegende Gros dieser Generation verhält sich systemkonform und ist nur am eigenen persönlichen Fortkommen interessiert. In den 1990-er Jahren fanden Jugendkulturen des Westens durchaus Anklang – Punks, Rapper, Heavy-Metal-Anhänger, Sprayer usw., aber auch nur in den Großstädten. Die politische Gesinnung heute ist überwiegend rechts-patriotisch. Ihr Wissen über Politik ist begrenzt, konzentriert sich auf Vorstellungen wie etwa Russland solle Großmacht sein, nicht nur respektiert sondern auch gefürchtet werden. Die Regierungsmacht solle in der starken Hand des Präsidenten liegen, der für Ordnung sorgt. Die Identifikation mit der Regierungsmacht ist nahezu total, nationale Begeisterung grenzenlos, die Zustimmungsrate zu Putin nach der Krim-Annexion stieg auf 92% (Daten nach Swiss Academy for Development mit dem Levada-Center 2009 und 2014). Bei allen Umfragen muss allerdings berücksichtigt werden, ob und inwieweit die Befragten tatsächlich ihre Meinung kundtun und nicht aus persönlichen Sicherheitsgründen bloß Regierungspropaganda wiedergeben. Der Zusammenbruch der sowjetischen Gesellschaftsordnung hat zu Orientierungslosigkeit, Entfremdung, Ziel- und Hoffnungslosigkeit geführt, zum Zusammenbruch sozialer Bindungen, Generationskonflikten, hohen Scheidungsraten, vermehrter häuslicher Gewalt. Die postsowjetischen Jugendlichen wachsen ohne Visionen auf, sie hängen allem an, was Geld und Macht verspricht. Viele von der Regierung lancierte Jugendorganisationen wie z.B. „Naši“, werden als Karriereleitern benutzt. Diese Schöpfungen des Kremls sollten „farbige“ Revolutionen, Widerstandsbewegungen (wie in Georgien, der Ukraine, Belarus‘ usw.) verhindern und Diversität steuern. Diese kreml-affinen Organisationen gerieten jedoch in die Krise, als die Gefahr der bunten Revolutionen gebannt war, verloren ihre politische Bedeutung – sofern sie überhaupt eine besessen haben. Der regimenahen Organisation Naši gelang es wie vielen anderen nicht, die Jugend zu mobilisieren. Die oppositionellen Gruppen, wie Oborona, Pora, Da, Junge Linke Front (aber ohne wirklich linke Themen und Positionen zu vertreten), usw. waren / sind nur von kurzer Lebensdauer und bieten oftmals kaum Inhalte, die die Gruppen von einander unterscheiden. Selbst ideologische Differenzen zwischen Kommunisten und Neofaschisten sind nicht besonders groß, Kommunisten zeigen keine ideologische Anbindungen an Internationalismus oder Marxismus (vom Kommunismus blieb gewissermaßen bloß die Folklore), sondern sie vertreten wie die politische Rechte Nationalismus und Großmachtchauvinismus, finden in diesen Bereichen auch mit der Orthodoxie eine gemeinsame inhaltliche Plattform. Die neofaschistische Rechte hält den Nazismus in Ehren – auch formell, in der Symbolik (z.B. in Abwandlungen des Hakenkreuzes) und in einigen Theorien. Zu ihren Feindbildern zählen Liberale, Demokraten, Schwule. Die junge Generation hat kaum Möglichkeit sich im heutigen Russland liberal, demokratisch zu sozialisieren. Infolge des Krieges gegen die Ukraine hat es auch gravierende Veränderungen im Bildungswesen gegeben, wo etwa im Primarschulwesen militärische und patriotische Ausbildung Einzug gehalten hat, u.a. zu Lasten etwa des Fremdsprachenunterrichts. Reflexion über die eigene Geschichte wird in Nationalismus ertränkt, selbständiges kritisches Denken und Handeln ist nicht Lehrziel und läuft Gefahr (wenn sich engagierte Lehrkräfte trauen dies umzusetzen) als unerwünschte „Abweichung“ gebrandmarkt und sanktioniert zu werden. Die Folgen dieser ideologischen Engführung werden sich in einigen Jahren auch im

⁶⁴³ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022., S. 292

gesamten Bildungssystem zeigen. Die politische Bildung ist gering, die Jugend, nicht angehalten zu kritischer Reflexion, ist labil, leicht durch charismatische Führungspersonlichkeiten verführbar. Für die Aufgabe, nach dem Krieg eine demokratische Gesellschaft aufzubauen (ein absolutes Muss) sind dies keine günstigen Voraussetzungen. Die Jugend ist nicht belastungsfähig für große Herausforderungen und Anstrengungen. Fragen nach dem Charakter des politischen Regimes oder die Frage, ob es in Russland mehr oder weniger Freiheit gibt, scheinen sie nicht zu berühren. Die junge Generation Russlands ist kein (zuverlässiges) Hoffungsgebiet für die Opposition bzw. für den Aufbau einer anderen, aufgeschlossene(re)n Gesellschaft.

Sozioökonomische Perspektiven

Russlands ökonomisches Potenzial lag vor dem Krieg gegen die Ukraine im BIP-Maßstab gleichauf mit Spanien, nach dem Krieg wird es mit Sicherheit erheblich darunter rangieren. Die Realität spricht für ein definitives Ende der Supermachtambitionen Russlands, das werden auch die enormen Aufwendungen für die Kriegswirtschaft nicht ändern. Russland wird sich damit abfinden müssen, dass es mit dem Ende des Krieges an Macht und Einfluss in der Welt verliert. Zu Beginn der Putin-Ära hat Russland sozioökonomisch eine gewisse Stabilisierung erreicht, viele Gesellschaftsschichten haben davon profitiert, dass die Preise für Gas und Öl – die Hauptexportposten der russischen Wirtschaft – hoch waren und der Absatz gesichert schien. Russland wird nur in der Lage sein, den Preis für sein Imperium zu zahlen, wenn seine Wirtschaft floriert. Alles hängt letztendlich vom Öl- und Gaspreis ab – ein sehr unsicheres Terrain. Nach dem 24. 2. 2022 könnte diese Phase der Entwicklung definitiv vorbei sein. Der Wirtschaftsboom der 2000-er Jahre hat nichts an der Fragmentierung der Gesellschaft auf Grund der hohen Einkommensunterschiede geändert. 40% der Bevölkerung leben in Armut, weitere 34% gelten als arbeitsgefährdet. Mindestlohneempfänger verdienen weniger als Existenzminimum. Hinsichtlich der Lebenserwartung befindet sich Russland auf Rang 134 von 207 Ländern. 37% der Bevölkerung wollen das Land verlassen.⁶⁴⁴ Entgegen allem Großmachtgehabe ist Russland ein armes Land, ein Schwellenland. Außer Rohstoffen hat es so gut wie nichts, was es auf dem Weltmarkt anbieten kann. Berücksichtigt man die Kaufkraft, beträgt das pro-Kopf-Einkommen 28.000 Dollar Jahr, damit rangiert das Land hinter Rumänien. Russland muss aber einen riesigen Militärapparat finanzieren. Ein Vergleich mit den USA verdeutlicht die ökonomische Bredouille, in der sich Russland befindet: Die USA können sich als reichste Volkswirtschaft Misserfolge und Abenteuer (wie z.B. den Irakkrieg, Afghanistan) „leisten“. Dazu kommt, dass die USA den Dollar als Leitwährung besitzen, somit können sie Geld drucken und damit Importe aus dem Ausland begleichen. Das alles gilt vom Rubel nicht. Zurzeit gibt Russland doppelt so viel für das Militär aus wie die NATO-Staaten, und das dafür benötigte Geld steht nur dann zur Verfügung, wenn der Gesundheits- und der Bildungshaushalt entsprechend gekürzt werden. Eine Modernisierung der Wirtschaft in Russland in den kommenden Jahren ist mehr als zweifelhaft. Die aktuelle Kriegswirtschaft ließ die Ausgaben für militärische Verteidigung um 70% steigen gegenüber 2022 auf 103 Mrd. €, 6% des BIP. Die Ausgaben für das Militär übertreffen die Ausgaben für Soziales. 30% der gesamten Ausgaben des Staatshaushaltes gehen in den Militärssektor, realiter noch höher, weil viele Ausgaben in anderen Budgetposten untergebracht sind. Weltweit die höchsten Ausgaben. Darin sind auch enthalten Abfindungen für Tod, Invalidität etc. (SIPRI / Stockholm International Peace Research Institute und Wirtschaftsmagazin The Bell⁶⁴⁵). Verteuerung der Produktion infolge der Sanktionen, Umgehungshandel, z.T. Verdoppelung des Preises der (sanktionierten) Importe drücken auf die Wirtschaftsleistung. Die

⁶⁴⁴ Siehe: [Kennzahlen zur Armut in Russland | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](https://www.laender-analysen.de) (21.2.2020)

[Analyse: Armutsbekämpfung in Russland | Russland-Analysen | bpb.de](https://www.bpb.de) (28.2.2020)

[Armut in Russland nimmt erschreckende Ausmaße an | Ostexperte.de](https://www.ostexperte.de) (11.4.2017)

[Analyse: Armut in Russland | Russland-Analysen | bpb.de](https://www.bpb.de) (17.6.2011)

⁶⁴⁵ <https://en.thebell.io/russias-wartime-budget/> (30.9.2023, Zugriff 5.10.2023)

[SIPRI Yearbook 2023 | SIPRI](https://www.sipri.org)

Rüstungsindustrie wirbt hochqualifizierte Mitarbeiter aus anderen zivilen Branchen mit Lockangeboten ab. Die Regierung verfügt die Verdoppelung der Produktion von Panzern und Artilleriegranaten, so wird mehr Munition erzeugt als in den USA und Europa zusammen. Trotzdem gibt es Klagen über mangelhafte bzw. fehlende Munition. Die Wirtschaft soll 2024 um etwa 4% wachsen, was durch neue Unternehmensbesteuerung, Rubelabwertung u.a. erzielt werden soll. Diesem Wachstum wird keine große Nachhaltigkeit wegen der Abhängigkeit von den Kriegsereignissen vorausgesagt. Augenblicklich glaubt (noch) ein Teil der Bevölkerung, dass eine aggressive Außenpolitik wirtschaftliche Schwäche kompensieren kann, diese und insbesondere der Krieg gegen die Ukraine wird das Land auf die Dauer (Putin spricht von einem „ewigen Krieg“) ökonomisch nicht durchhalten können. Die Abkehr von fossilen Energien ist eine klimapolitische Notwendigkeit, die Russlands Exportwirtschaft langfristig empfindlich trifft. Der Westen hat sich auf diesen Wandel bereits eingestellt, Russland scheint hier den Anschluss zu verpassen.

Krach der imperialen Ideologie und apokalyptischer Wahn

Putins Vorstellungen der Erneuerung Russlands nach dem imperialistischen Modell vergangener Jahrhunderte ein Eurasien unter russischer Führung vom Atlantik bis zur Beringstraße zu errichten sind mit dem Krieg gegen die Ukraine an sein Ende gekommen. Putin hat auf die Zersplittertheit des Westens spekuliert ebenso wie auf einen Blitzsieg gegen die Ukraine, sich aber dabei dramatisch verkalkuliert. Trotzdem biegt sich der Kreml die Realität zurecht, euphemisiert sie, festigt den Mythos der russischen Unbesiegbarkeit und Unverwundbarkeit und phantasiert sich in eine heile Scheinwelt: Danach verliere der Westen die Führung in der Weltwirtschaft, auch sein militärischer Vorteil schwinde, der Westen weigere sich, den Kalten Krieg de facto und de jure zu beenden. Russlands Interessen und Einwände würden ignoriert, es werde wie ein besiegt Land behandelt, es müsse sich mit einem weniger bedeutenden Platz in der Welt abfinden, wobei sich Russland auf dem Höhepunkt seiner Macht fühle. Die Frage ist, ob mit dem Machtantritt Putins tatsächlich eine reale große Chance bestanden hat, dass sich Russland dem Westen annähert. Russland hätte dann viele seiner Ansprüche, seine missionarische Aufgabe, seinen nationalistischen Imperialismus aufgeben müssen. Sicher ist, ab 2007 wandte sich das offizielle Russland unaufhaltsam dem Revisionismus, nationalistischem Imperialismus, der Zapadophobie (Feindschaft gegenüber dem Westen) zu. Spätestens seit diesem Zeitpunkt versucht Putin Russlands alte Größe und Bedeutung wieder herzustellen, sich mit militärischer Gewalt „Respekt“ in der Welt zu verschaffen. Viele seiner Unternehmungen sind ihm durchgegangen – Tschetschenien, die Interventionen in Georgien, Syrien, im Donbas, auf der Krim – der Westen hat sie (bestenfalls zähneknirschend) toleriert und bloß zur Kenntnis genommen. Putin wähnte sich nach dem blamablen Ende des Afghanistaneinsatzes der USA in einer starken Position – nun scheint er aber mit dem Vernichtungskrieg gegen die Ukraine den Bogen überspannt zu haben. Seine erklärten Kriegsziele hat er nicht erreicht, im Gegenteil – der Westen hat sich hinter die Ukraine gestellt, Finnland und Schweden haben sich der NATO angeschlossen, was der Kremlherr eigentlich verhindern wollte. Auch militärisch hat sich Putin verrechnet, seine „Spezialoperation“, der Vernichtungskrieg gegen die Ukraine verlief nicht als Blitzkrieg, die Ukraine wurde nicht von der Landkarte gelöscht. Putin hat Russland durch den Krieg gegen die Ukraine in der Welt isoliert, nur wenige Länder kann der Kreml zu seinen Unterstützern zählen. In anderen Kontexten würde man sagen, Putin hat sich verzockt, die ökonomische Rechnung kommt noch nach. Die Zukunft Russlands erscheint in düsterem Licht. Nationalismus ist ein weltweites Phänomen, jedoch in dieser Intensität wie nationalistischer, chauvinistischer Hass in Russland derzeit in den Medien vorgetragen wird, nimmt Russland eine besondere Stellung ein. „Zu den russischen Schwächen gehört, freundlich ausgedrückt, der fatale Glaube an alle möglichen sonderbaren Ideen, der sich in Phänomenen wie dem Verfolgungswahn, dem Neoeurasianismus, der Neogeopolitik, der Konfabulation und der Zapadophobie sowie dem übertriebenen Glauben an historische Mission äußert. Darüber hinaus sind die

Russen auf nahezu beispiellose Weise für Verschwörungstheorien anfällig. Selbstkritik ist in Russland schon lange aus der Mode, wenn etwas schief läuft, sind aus russischer Sicht so gut wie immer Ausländer daran schuld. Das Gefühl, in einer belagerten Festung zu leben, ist in Russland tief verwurzelt und reicht weit in die Geschichte zurück. Denn wenn es keine solche Festung wäre, wie sollte man dann die autoritäre Herrschaft, die vielen der Bevölkerung auferlegten Restriktionen, die von ihr verlangten Opfer und die Mängel des Regimes rechtfertigen? Deshalb sind die Aussichten auf eine dauerhafte Versöhnung und ein besseres Verhältnis zum Westen gegenwärtig nicht gerade rosig.⁶⁴⁶ Putin hat sich und sein Land eingebunkert und sich rundum Feinde geschaffen, er hat die russische Bevölkerung abgeschottet, indoktriniert, verhetzt, sie freien selbständigen Denkens und Handelns beraubt, er hat Hunderttausende in die Emigration und insgesamt das Land in eine revisionistische Endlosschleife getrieben.

Russland droht dem Westen umso mehr mit einer Annäherung an China, als ihm Unterstützung in der Welt abhanden zu kommen droht. Doch in der Vergangenheit gab es immer wieder Spannungen zwischen Russland und China (z.B. den kriegesischen Ussuri-Grenzkonflikt 1969). Kasachstan und Turkmenistan sind eher China zugeneigt als Russland, Kirgizstan und Tadschikistan zeigen wenig Interesse am Eurasienprojekt. Ob sich das Verhältnis Russlands zu China auf „gleicher Augenhöhe“ entwickeln wird, wie der Krem erhofft, ist mehr als fraglich. Chinas Interesse an einer prosperierenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa ist stärker als eine gegen den Westen gerichtete Partnerschaft mit Russland. In so einem Kontext wird China, das selbst imperiale Intentionen pflegt, Russland sicher nicht den Vortritt lassen.

Die Arktis ist zu einem Zankapfel der Anrainerstaaten wegen vermuteter bedeutender Öl- und Erdgasvorräte geworden. Russland hat deshalb seine militärische Präsenz verstärkt. Dass Russland Wirtschaftsbeziehungen machtpolitisch nützt, hat es schon im sog. „Gaskrieg“ (ab 2005) gezeigt, der neben der Ukraine auch mehrere europäische Länder betraf, so auch diesmal im „Getreidekrieg“, bei dem sich Russland weigert, das Getreidelieferabkommen mit der Ukraine zu verlängern. Seine absichtsvolle Zerstörung ukrainischer Getreidelager und Hafenanlagen⁶⁴⁷ als integraler Teil des Vernichtungskrieges gegen die Ukraine zeitigt preistreibende Auswirkungen auf den internationalen Getreidehandel.⁶⁴⁸ Die Ukraine soll um Einnahmen gebracht werden und gleichzeitig will Moskau erreichen, dass die westlichen Sanktionen für den Export von russischem Getreide und Düngemitteln aufgehoben werden. Dass durch die auf dem volatilen Getreidemarkt hervorgerufenen Preissteigerungen in erster Linie Länder des globalen Südens betroffen sind, nimmt Moskau in Kauf.

Je länger der Krieg gegen die Ukraine dauert, desto lauter werden die Forderungen ultranationalistischer revisionistischer Kreise um Putin, den territorialen Machtbereich der Sowjetunion wiederherzustellen. Ausgangsdogma ist die Behauptung, dass Russland überall dort ist, wo Russisch gesprochen wird und wo Russen leben und Russland das Recht habe diese Territorien zu „beschützen“, in Wirklichkeit aber sie zu dominieren – ein klares neoimperialistisches Konzept (W. Laqueur). Dieses Muster machen sich auch serbische Nationalisten (wie der amtierende Präsident Serbiens Aleksandar Vučić) zu eigen und Viktor Orbáns Aussage die Slowakei sei ein „abtrünniges ungarisches Territorium“ weist in dieselbe Richtung. Einer, der diese Vorstellungen am unverblümtesten und aggressivsten (in Interviews, TV-Auftritten etc.) kundtut, ist Evhen Vitalijovyč Balyč’kyj (Balitski), der Gouverneur der russisch kontrollierten ukrainischen Region Zaporizžja. Seiner Meinung nach⁶⁴⁹ habe das Russische Reich mit der Revolution von 1917 „seinen Halt“ und „eine große Zahl von Menschen“ verloren, dabei sei „das gesamte

⁶⁴⁶ Walter Laqueur: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022, S. 311-14

⁶⁴⁷ [Russische Luftangriffe zerstören Getreide und Häfen in der Ukraine | agrarheute.com](#) (3.8.2023, Zugriff 9.10.2023)

⁶⁴⁸ [Getreidepreise weiter unter Druck: Wann erreicht der Regen den Markt? | agrarheute.com](#) (7.8.2023, Zugriff 10.8.2023)

⁶⁴⁹ [Zurück zum „Russischen Reich“: Kreml-Offizieller will Estland, Lettland und Litauen mit Waffengewalt erobern \(fr.de\) 4.10.2023](#) (Zugriff 8.10.2023)

Baltikum eindeutig Teil Russlands“, denn „unsere Leute leben dort“, „...sie wurden zu stimmlosen Tieren, sie wurden zu zitternden Tieren.“ Das müsse jetzt korrigiert werden. Nur „durch die Macht der russischen Waffen“ könne Russland „unser Volk, die ehemaligen Untertanen des Russischen Reiches, zurückgewinnen“, damit nicht die ganze Welt „in Sodom und Gomorrha“ verwandelt werde, wie es in Europa derzeit geschehe. Putin solle mit Waffen in diese Länder eindringen und sie gewaltsam einnehmen; weil mit Diplomatie würde man in diesem Fall nicht weit kommen. Dieses Vorhaben nennt Balyc'kyj eine „Befreiung“ des eigenen Volkes und Eigentums und sieht darin einen Auftrag, den Russland zu erfüllen habe. Weiter als Balyc'kyj geht in einem Interview mit dem Moskauer Staatssender Russia-1 der Generaloberst Andrej Nikolaevič Mordvičev, wenn er meint, die umfassende Invasion der Ukraine sei nur ein „Sprungbrett“ für einen umfassenderen Konflikt mit Europa. Auch wenn nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen ist, so ist wohl klar, dass Russland die baltischen Länder im Visier und mit ihnen nichts Gutes im Sinn hat. Bemerkenswert ist, dass diese ungeheuerlichen Aussagen (Juli 2023) im Westen so gut wie nicht rezipiert wurden. Eine besondere Erwähnung verdient auch der in apokalyptischen Phantasien schwelgende Historiker Sergej Karaganov (Honorary Chairman of the Presidium of the Council on Foreign and Defense Policy, Uni-Dekan und Institutsdirektor an der russischen Akademie der Wissenschaften. usw. usf.). Er hat in der Zeitschrift „Russia in Global Affairs“ den Aufsatz „A Difficult but Necessary Decision“⁶⁵⁰ veröffentlicht, in dem er behauptet, dass der dekadente Westen anti-humanistischen Ideologien anhängen, nämlich „allen diesen anti-menschlichen Ideologien, die die Familie, das Vaterland, die Geschichte, die Liebe zwischen Mann und Frau, den Glauben, das Bekenntnis zu höheren Idealen, alles, was das Wesen des Menschen ausmacht, ablehnen“. Diese Ideologien würden die Gesellschaft zerstören und die Menschen versklaven. Daher brauche der Westen eine Katharsis, aus der der Menschheit eine neue Chance erwachsen könne: „Indem wir den Westen zu einer Katharsis drängen und damit seine Eliten dazu, ihr Streben nach Hegemonie aufzugeben, werden wir sie zwingen, vor einer globalen Katastrophe einzulenken und sie so zu vermeiden. Die Menschheit wird eine neue Chance bekommen, sich zu entwickeln.“ Auslöser für diese Katharsis könnte ein russischer Erstschatz mit Atomwaffen auf ein Ziel in Europa sein. „Der Feind muss wissen, dass wir bereit sind, einen Präventivschlag als Vergeltung für all seine aktuellen und vergangenen Aggressionsakte zu führen, um ein Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern.“ Karaganov phantasiert weiter, dass einen Atomschatz auf ein Ziel in Europa die USA nicht in gleicher Münze beantworten würden. „Ich habe viele Male gesagt und geschrieben, dass das Risiko eines nuklearen Vergeltungsschlags oder eines anderen Angriffs auf unser Territorium auf ein absolutes Minimum reduziert werden kann, wenn wir eine Strategie der Einschüchterung und Abschreckung und sogar des Einsatzes von Atomwaffen richtig aufbauen.“ Die Amerikaner würden nicht einen russischen Atomschatz auf Boston riskieren, nur um einen solchen auf Posen (Poznań) zu beantworten, so Karaganov. Der Einsatz der Atomwaffe, die er als „Gotteswaffe“ bezeichnet, würde Russland und somit die menschliche Zivilisation retten. „Moralisch gesehen ist dies eine schreckliche Entscheidung, da wir Gottes Waffe gebrauchen und uns so zu schweren geistigen Verlusten verdammen werden. Aber wenn wir das nicht tun, kann nicht nur Russland sterben, sondern höchstwahrscheinlich wird die gesamte menschliche Zivilisation aufhören zu existieren.“ Der Entwicklungsvektor in den meisten westlichen Ländern zeige deutlich, so Karaganov dass sie sich in Richtung eines neuen Faschismus und (bisher) „liberalen“ Totalitarismus bewegen. Es bestehe kein Zweifel, dass ein harter Kampf bevorstehe. „Wir werden die verbliebenen internen Probleme lösen müssen: endlich den westlichen Zentrismus in unseren Köpfen und die Westler in der Managerklasse, die Kompradoren und ihr charakteristisches Denken loszuwerden. Es ist an der Zeit, unsere

⁶⁵⁰ <https://eng.globalaffairs.ru/articles/a-difficult-but-necessary-decision/> (13.06.2023, Zugriff 3.10.2023)

Russ. Original: Применение ядерного оружия может уберечь человечество от глобальной катастрофы (profile.ru)

dreihundertjährige Reise nach Europa zu beenden, die uns viele nützliche Erfahrungen gebracht und dazu beigetragen hat, unsere großartige Kultur zu schaffen. Selbstverständlich werden wir unser europäisches Erbe sorgfältig bewahren. Aber es ist an der Zeit, nach Hause und zu unserem wahren Selbst zu gehen, die gesammelten Erfahrungen zu nutzen und unseren eigenen Weg zu bestimmen. ... Die Konfrontation mit dem Westen in der Ukraine, wie auch immer sie enden mag, sollte uns nicht von der strategischen inneren Bewegung – spirituell, kulturell, wirtschaftlich, politisch und militärpolitisch – in den Ural, nach Sibirien und zum Großen Ozean ablenken. [...] Wir brauchen eine neue ural-sibirische Strategie, die mehrere Projekte zur Aufmunterung einschließt, darunter natürlich die Schaffung einer dritten Hauptstadt in Sibirien. Diese Bewegung sollte Teil der Bemühungen werden, die heute so dringend notwendig sind, um unseren russischen Traum zu artikulieren – das Bild von Russland und der Welt, das wir sehen wollen. [...] Ich und viele andere haben schon oft geschrieben, dass große Staaten ohne eine große Idee ihre Lebendigkeit verlieren oder einfach verschwinden. Die Geschichte ist übersät mit den Schatten und Gräbern der Mächte, die sie verloren haben. Sie muss von oben erzeugt werden, ohne zu erwarten, dass sie von unten kommt, wie es dumme oder faule Menschen tun. Sie muss den grundlegenden Werten und Bestrebungen der Menschen entsprechen und vor allem uns alle voranbringen. Aber es liegt in der Verantwortung der Elite und des Landes, sie zu artikulieren. Die Verzögerung war inakzeptabel lang. Aber diese Militäroperation kann nicht mit einem entscheidenden Sieg enden, ohne den Westen zu zwingen, sich strategisch zurückzuziehen oder sogar zu kapitulieren, und ihn zu zwingen, die Versuche aufzugeben, die Geschichte umzukehren und die globale Dominanz zu bewahren, und sich auf sich selbst und seine gegenwärtige Krise auf mehreren Ebenen zu konzentrieren. Grob gesagt muss es ‚abschwirren‘, damit Russland und die Welt ungehindert vorankommen können. Aber für die Zukunft ist es notwendig, den bösen Widerstand der Mächte der Vergangenheit – des Westens – zu überwinden, der, wenn er nicht zerschlagen wird, die Welt mit ziemlicher Sicherheit und unaufhaltsam in einen ausgewachsenen und wahrscheinlich letzten Weltkrieg für die Menschheit führen wird. Und das bringt mich zum schwierigsten Teil dieses Artikels. Wir können noch ein Jahr weiterkämpfen, oder zwei, oder drei, indem wir Tausende und Abertausende unserer besten Männer opfern und Zehntausende und Hunderttausende von Menschen zermürben, die in den Gebieten leben, die jetzt Ukraine genannt werden und die in die tragische historische Falle getappt sind. Daher ist es notwendig, den Selbsterhaltungstrieb zu wecken, den der Westen verloren hat, und ihn davon zu überzeugen, dass seine Versuche, Russland durch die Bewaffnung der Ukrainer zu zermürben, für den Westen selbst kontraproduktiv sind. Wir werden [...] die unannehmbar hoch angesetzte Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen senken und die Abschreckungs-Eskalationsleiter schnell, aber umsichtig nach oben schieben [müssen]. [...] Der Feind muss wissen, dass wir bereit sind, einen Präventivschlag als Vergeltung für alle seine gegenwärtigen und vergangenen Aggressionshandlungen zu führen, um ein Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern. [...] Wir dürfen das ‚ukrainische Szenario‘ nicht wiederholen. ...“

Die Kremlpropagandisten verharmlosen den Einsatz von Atomwaffen und stellen sie für die russische Bevölkerung als berechtigtes Instrument militärischer Gewaltanwendung dar. Die berühmte Fernsehpropagandistin Margarita Simonjan spricht sogar davon, dass es keinen anderen Ausweg als einen Atomkrieg gebe und unterstellt dabei, dass Russland ihn gewinnen werde (weil Russland noch nie einen Krieg verloren habe). Für die propagandistischen Scharfmacher gibt es nur die Alternative: Entweder Russland werde die einzige führende Weltmacht oder es solle zu Grunde gehen – auch um den Preis, dass es die gesamte Menschheit mitreißt. Die Sprache der Propaganda, die Sakralisierung, Selbstüberhöhung, Siegesgewissheit, Sprache der Gewalt, der imaginierte missionarische Auftrag etc. wird ihre Wirkung auf die systemloyale russische Anhängerschaft nicht verfehlen. Sicherlich sind die Ankündigungen und Drohungen der Propagandisten auch im Westen nicht zu ignorieren. Das Herunterspielen der atomaren Gefahr und die Aneignung des Rechts auf „Korrekturen der Geschichte“ mit militärischer Gewalt soll

einerseits die internationale Gemeinschaft einschüchtern und andererseits die russische Bevölkerung auf einen schon öfters verkündeten „ewigen heiligen Krieg“ einchwören. Festzuhalten ist, dass es solche öffentlich vorgetragenen Ansichten in der Sowjetunion nicht gab, auch nicht in der Stalin-Ära. Dies ist ein gravierender Unterschied selbst zu den düstersten Sowjetzeiten, ein gewisses zivilisatorisches Niveau wurde damals nicht unterschritten. Es war auch in der sowjetischen Führung commonsense, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger geben werde. Man kann den Zweifel anbringen, ob das, was propagandistisch gesagt wird, auch so gemeint ist, bzw. ob die Akteure das auch tatsächlich glauben, was sie öffentlich von sich geben. Klar ist aber, es ist die Putin-Ära, die diesen Verlust von Menschlichkeit ermöglicht hat. Man könnte diese Ergüsse pathologisch als Phantastereien verblendeter, kranker Gehirne abtun, aber Karaganov ist einer der wichtigsten Berater und enger Mitarbeiter Putins. Der Kreml ist im Streit mit dem Westen nur zu Gesprächen bereit, wenn an deren Ende die Durchsetzung der russischen imperialen Interessen gesichert ist. Letzten Endes wird Russland in der internationalen Gemeinschaft an Gewicht, Glaubwürdigkeit und Vertrauen verlieren und das für Jahrzehnte.

Nachkriegsszenarien

Ben Hodges, der ehemalige Generalleutnant und Befehlshaber der US-Streitkräfte in Europa sieht die Entscheidung über den Krieg für beide Seiten auf der Krim liegen: „Ein Blick auf die Karte macht das klar. Die Ukraine wird niemals in der Lage sein, ihre Wirtschaft wieder aufzubauen, solange Russland die Krim besetzt hält, denn alle ihre Häfen werden blockiert oder einfach zerstört. Das kann sich die Ukraine nicht gefallen lassen.“⁶⁵¹ Für Russland sei die Krim dagegen erstens ein Prestige-Objekt und zweitens der Brückenkopf ins Schwarze Meer. „Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der neuen Unabhängigkeit der Ukraine seit 1991 wurden die Schwarzmeer-Flotte und insbesondere die in Sewastopol stationierten russischen Soldaten zu einem wichtigen Einflussfaktor Russlands in der Ukraine. Die Schwarzmeer-Flotte war dabei Mittel und Zweck einer russischen Politik der Einflussnahme und der Verhinderung ukrainischer NATO-Ambitionen.“ Die Schwarzmeer-Flotte verhilft Russland auch zur Stützung des Assad-Regimes in Syrien. Ukrainische Strategie zielt darauf ab, die Krim für Russland unhaltbar zu machen (so Claudia Major, Sicherheitsexpertin der Stiftung Wissenschaft und Politik⁶⁵²). Die Welt ist komplizierter geworden: Der Ausgang des russischen Aggressionskrieges wird von China genau beobachtet, und dient als Anschauungsmaterial für die eigenen Weltmachtambitionen, auf deren oberster Prioritätenliste die „Heimholung des abtrünnigen“ Tajwan liegt. Die jüngste von der Hamas provozierte kriegerische Auseinandersetzung mit Israel öffnet den Blick auf ein weiteres seit Jahrzehnten unaufgelöstes Geflecht von Problemen, die nie wirklich gelöst sondern immer wieder mit Minimalritten ruhiggestellt und auf zu Zukunft verlagert wurden. Ein solches Szenario kann auch im Konflikt Russlands mit der Ukraine drohen. Für die Nachkriegszeit (wann auch immer sie beginnt) ist Russland schlecht aufgestellt, und das auf verschiedenen Ebenen, Russlands Versuch den Status einer Supermacht wieder zu erlangen kann wohl als gescheitert angesehen werden – ökonomisch, politisch und schließlich auch militärisch:

- Russland als Energielieferant verliert langfristig an Bedeutung, fossile Energierohstoffe haben klimapolitisch, technologisch ein Ablaufdatum. Russland (bzw. die Sowjetunion) hat sich in der Vergangenheit viel zu wenig um Diversifizierung gekümmert
- Die Massenemigration junger Fachkräfte wird notwendige Innovationen in Russland erschweren. Die Flüchtlinge zurückzuholen wird nur völlig anderen (derzeit sich nicht abzeichnenden) politischen Bedingungen möglich sein

⁶⁵¹<https://www.fr.de/politik/krim-ukraine-krieg-russland-marschflugkoerper-verluste-putin-gegenoffensive-92565351.html> (8.10.2023, Zugriff 11.10.2023)

⁶⁵² <https://www.swp-berlin.org/en/researcher/claudia-major>

- Durch die neoimperialistischen Ambitionen hat sich Russland isoliert und selbst eine Nato-Erweiterung (um Schweden und Finnland) verschuldet. Es hat die Rolle eines verlässlichen und berechenbaren Partners mutwillig und ohne Notwendigkeit verspielt.
- Militärisch hat Russland im Krieg gegen die Ukraine bisher ungekannte Blößen gezeigt.
- Russland ist innenpolitisch keineswegs so stabil, wie es sich offiziell gibt, Reaktionen in Krisensituationen haben mangelnde Souveränität offenbart.

Abgesehen von den ökonomischen Desastern hinterlässt Putin Russland ein schlimmes gesellschaftliches, gesellschaftspolitisches Erbe: In der Post-Putin-Ära wird die russische Bevölkerung Abschied nehmen müssen von der Idee der Wiedererrichtung des russischen Imperiums, dem Ziel einer führenden Weltmacht, sie wird die reale Größe Russlands und seiner Position in der Welt jenseits propagandistischer Selbstüberhöhung und Verblendung zu akzeptieren haben, sie wird sich vom russischen großmachtchauvinistischen Imperialismus, imperialen Phantasien befreien müssen, von eingebildeten Zwangsvorstellungen, wonach der Westen, Europa Russland zerstören wolle. Sie wird sich der Frage der (Mit-)Verantwortung an den Kriegen mit den Nachbarländern stellen müssen ebenso wie der Wiedergutmachung der Kriegsschäden, der Frage der Kriegsverbrechen, usw. Die „Entputinisierung“ wird ein ähnlich schmerzhafter wie komplexer Prozess wie die Entnazifizierung in Deutschland und Österreich nach 1945 sein. Wenn sich das postputinsche Russland kritisch und konsequent seiner Geschichte stellt und zu den Standards der Aufklärung, des Humanismus, der Rehabilitierung demokratischer und liberaler Lebensformen zurückkehrt, dann kann eine Demokratisierung, Liberalisierung der russischen Gesellschaft erwartet werden – ein Umwandlungsprozess von der Dimension einer epochemachenden Kulturrevolution.

„Der Untergang der Sowjetunion stieß, ähnlich wie die russische Niederlage im Krimkrieg und der nachfolgende polnische Aufstand, die Produktion von neuen exzeptionalistischen Ideen an, die die Verbindung von russischer Identität und imperialer Mission unauflöslich erscheinen ließen. [...] Die Feinderklärung gegenüber der Ukraine, die ebenso wie Polen im 19. Jahrhundert als ein verlängerter Arm des Westens begriffen wird, findet sich in der geopolitischen Literatur und der Politik gleichermaßen. Beiden ist gemeinsam, die Ukraine für die Restauration des Imperiums als Angelpunkt zu begreifen. Dabei wird die Ukraine allerdings nicht als eigenständiges historisches Subjekt wahrgenommen. Denn ihre Unterwerfung wird als ein Ringen mit dem weltpolitischen Gegner Russlands gesehen, dem atlantischen und europäischen Westen. Dem Westen begegnet die aktuelle russische Staatsideologie mit einem alternativen Universalismus, dessen Kern die Gegnerschaft zu westl. Gesellschaftsvorstellungen ist, vor allem im Bereich von sexuellen Beziehungen. Paradoxerweise verbindet sich der Kampf gegen den angeblichen „Nazismus“ der Ukraine mit der Polemik gegen „Gayropa“. Diesen Gegensatz hat Putin aufs äußerste gesteigert, indem er in der Rede nach der Annexion der vier ukrainischen Regionen die „Entsatanisierung“ der Ukraine forderte, während die staatliche russische Nachrichtenagentur Novosti den „radikalen Liberalismus“ des Westens als den Kern des „Satanismus“ ausmachte.“⁶⁵³

In einem Interview führt Alexander Zipko⁶⁵⁴ aus, dass dem Untergang des Sowjetregimes keine Revolution von unten vorausgegangen ist wie etwa in der DDR, Polen, der ČSSR usw., wo alsbald demokratische Bewegungen die weitere politische Entwicklung in die Hand nahmen. Gorbatschows Reformbemühungen um Perestrojka und Glasnost‘ erweckten zwar Hoffnungen auf demokratische Öffnung, mündeten aber schließlich in einer neuen autokratischen Herrschaftsform, dessen Machtapparat das Recht der Menschen auf politische Teilnahme und Opposition, Unterschiedlichkeit von Ansichten und Recht auf diverse Lebensformen im Keim erstickt hat, jeglichen Bürgersinn abhandeln kommen ließ mit der Folge, dass die Zivilgesellschaft auch dann

⁶⁵³ Martin Schulze Wessel: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte. München, 2023, S. 302-3

⁶⁵⁴ Alexander Zipko Interview im Spiegel, Nr. 28/8.7.2023

schweigt und stillhält, wenn Engagement notwendig wäre. So hat auch Prigožins Revolte kaum nennenswerte Reaktionen der Bevölkerung – weder pro noch kontra – hervorgerufen. Die Mehrheit hat geschwiegen, wartete erst einmal ab, was da kommen würde. Die Voraussetzungen für einen Übergang Russlands in Richtung Demokratie wurden schon in der Ära El'cin zerstört. Sein Staatsstreich (1993 mit 200 Toten), bot keine zivilisatorischen Bedingungen für entsprechende Transformationsprozesse. Putin fand bei seinem Machtantritt schon Bedingungen vor, auf denen er sein autokratisches Regime aufbauen konnte. Angst vor Chaos stärker als vor autoritärer Herrschaft. Resümierend hält Zipko fest: „Aber der Wunsch, den Staat und die Ordnung zu retten bei absoluter Nichtteilnahme des Volkes, führt in die Autokratie. Im Übrigen ist das nichts Neues bei uns: Wir leben für uns, die Macht jedoch legen wir in die Hände des Zaren. Der Zar ist das Symbol der wahren Göttlichkeit, Religiosität und Staatlichkeit.“ Und an anderer Stelle: „Dem russischen Menschen hat die Freiheit schon immer Angst gemacht.“

Putin als Wiedergänger des Zaren? Er führt einen „Heiligen“ Krieg gegen Brüssel (nach Prochanov und Dugin „das Zentrum des Weltfaschismus“) und um die Wiederherstellung der russischen Großmachtideologie (deržavnost'), hält mit Gewalt das Land zusammen und „in Ordnung“ etc. Putin, dessen Regime auf (ehemaligen) KGB-Leuten basiert, die professionell Misstrauen, Existenz allgegenwärtiger Feinde, Einkreisung, Verrat usw. wittern, dem Westen Aggressions- und Unterwerfungsabsichten unterstellen, konnte bislang die Illusion vermitteln, alle Widrigkeiten zu meistern. Im Vergleich zu seinen gerontokratischen Vorgängern konnte Putin durchaus bei der Mehrheit der Bevölkerung durch seinen Aktionismus punkten – seine Amtszeit ist von in der Intensität sich steigernden Kriegen gekennzeichnet. „Zar Putin“ hat sich als Machtmensch, der vor keiner Brutalität zurückschreckt, bei seinen „Untertanen“ und bei seinen Nachbarn zweifellos angstvollen Respekt verschafft. Von Putin ist ein friedlicher Ausgleich und eine Verständigung mit den Nachbarn nur dann zu erwarten, wenn sie sich dem russischen Machtstreben unterwerfen. Drohungen gegen die baltischen Länder, Moldova, Polen, auch gegen Deutschland, jetzt auch gegen die Türkei (nach dem Auslaufen des Getreideabkommens im Juli 2023⁶⁵⁵) dürfen nicht ignoriert oder verharmlost werden. Putin würde dies als Schwäche des Westens und sogar als Zustimmung zu seiner aggressiven restaurativen Politik auffassen und entsprechend (mit Gewalt) umsetzen. Die imperialen Wahnideen der russischen Machthaber, Hardliner und Propagandisten mögen paranoid erscheinen, aber sie nicht ernst zu nehmen könnte mit weiteren fatalen Überraschungen enden. Kann unter den aktuellen Bedingungen des herrschenden Putinismus eine gewaltfreie Transformation Russlands (zumindest tendenziell) in Richtung Freiheit, Demokratie, Pluralismus, friedliche Koexistenz mit dem Westen erwartet werden?

⁶⁵⁵ Russen-TV hetzt gegen Erdogan – Ex-Oberst erwartet „früher oder später Krieg mit der Türkei“ 19.7.2023 (Zugriff 19.7.2023)

Schluss

„So viel wäre möglich gewesen! [...] Die Russische Föderation hätte die Möglichkeit gehabt, alle Potenziale von Perestrojka und Glasnost‘ für seine Entwicklung zu nutzen. Sie hätte ihr riesiges Territorium, ihre Bodenschätze, die Ressourcen ihrer damals in der Sowjetunion noch gut ausgebildeten Fachleute, die innovative Kraft und Begeisterung junger Menschen, die sich von den Reformen eine Zukunft erhofften und erstmals Freiheitsluft atmen durften, dazu verwenden können, eine innerliche gefestigte und nach außen angesehene große Macht zu werden. Russland hat es nicht nur geschafft, all diese Möglichkeiten ungenutzt zu lassen, sondern auch sich in einer mentalen Festung zu verschanzen. Es hat sich in Umzingelungs-ängsten eingemauert, sich in Phantomschmerzen über verlorenes Territorium hineingesteigert und steht infolge dieser an Spaltungsirrsinn grenzenden Weltsicht endgültig einen Schritt vor dem Abgrund. Wer noch einen Zauber in diesem Anfang nach dem Ende der Sowjetunion sehen wollte – spätestens seit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist das letzte Fünkchen verfliegen. Der Krieg hat endgültig sichtbar gemacht, was sich an innerer Stagnation, Fäulnis und Gewaltpotenzial in Russland angesammelt hat. Es sind dies alles Dinge, die wir seit über zwanzig Jahren schon wissen konnten, wir haben sie nur nicht sehen wollen oder sie unter irgendwelchen Vorwänden und Rationalisierungen verdrängt.“⁶⁵⁷

Der Schriftsteller Viktor Vladimirovič Erofeev urteilt über Russland eindeutig: „Russland existiert nicht. Es ist ein illegales Land mit Pseudowahlen, Pseudoparlamenten, Pseudogerichten, Pseudoverwaltung und so weiter. Ich sehe dieses Land nicht als lebenden Organismus. Einige sagen, dass Russland sehr krank ist. Nun, ja, es gibt da einen Widerstreit zwischen der Intensivstation und dem Leichenschauhaus.“⁶⁵⁸

Solange dieses Land in diesem Zustand verharrt, wird es eine Gefahr für sich und den Rest Welt darstellen – da ist A. Umland zuzustimmen, dass ein Waffenstillstand, eine Art Minsk III nicht Teil der Lösung sondern Teil des Problems ist. Russland führt seit bald 10 Jahren einen aggressiven Krieg (nicht nur) gegen die Ukraine, hält sich nicht an Abkommen, die es selbst unterzeichnet hat und ist ganz offensichtlich darauf fixiert, Konflikte nur auf russisch-imperialistische Weise zu lösen. Wenn nicht innerer Widerstand zu einer Politikänderung führt, dann bleibt nur die militärische (in der Folge auch ökonomische etc.) Niederlage die einzige realistische Perspektive, eine Schlussfolgerung, zu der zahlreiche namhafte Osteuropa-Experten gelangt sind. Die Perspektive eines „Friedens“ der Art der Beendigung des Koreakrieges, oder der Teilung Zyperns oder die Labilität des VR China – Taiwan-Problems sind Verlängerungen des Konfliktes in die Zukunft. Putins Kampfansage an den Westen ist nicht zu überhören, sein Ziel ist die „Deeuropäisierung“, damit meint er den Kampf gegen die demokratischen Institutionen, das Selbstbestimmungsrecht der Individuen, liberale Lebensformen usw. Lev Gudkov betrachtet „das, was in Russland geschieht, als einen langwierigen Prozess der Zerlegung des sowjetischen Systems. Wir sehen Veränderungen in unterschiedlichen staatlichen Institutionen mit unterschiedlichen Intensitäten und Erfolgen. Wenn zum Beispiel in den 90er Jahren die Zentralgewalt zusammenbrach, so erleben wir unter Putin ihre Renaissance, zum Beispiel das Wiedererstarken der politischen Polizei, die außerhalb der Gesetze handelt. Und es ist nicht nur der Geheimdienst, sondern auch die Bürokratisierung der Justiz, die quasi dem Präsidenten untersteht, das Bildungssystem, das sich nicht entwickelt und die Kontrolle über Kontrolle über moderne Kommunikationsmittel.“⁶⁵⁹

⁶⁵⁷ Olaf Kühl: Kurze Geschichte Russlands, von seinem Ende her gesehen. Berlin, 2023, S.14

⁶⁵⁸ «Россия сейчас реально умерла. Это труп». Писатель Виктор Ерофеев — о том, что происходит со страной и есть ли у нее будущее — Новая газета Европа (novayagazeta.eu) <https://novayagazeta.eu/articles/2022/10/08/rossia-seichas-realno-umerla-eto-trup> (8.10.2022 (Zugriff 20.11.2023)

⁶⁵⁹ Lev Gudkov: Putin muss niemanden fürchten.

Der Ukrainekrieg ist ein Epochenbruch, es kündigt sich die Herausbildung einer neuen Weltordnung an, in der Russland – entgegen der vom Kreml vertretenen Doktrin – ganz sicher nicht mehr die dominante Rolle zukommen wird, die nach der Ansicht des Putin-Syndikats Russland zustehen soll. Der Weltmachttraum des Russkij Mir ist geplatzt, Russland wird sich langfristig mit einer weitaus bescheideneren Rolle in der Weltpolitik zufrieden geben und sich auch in nachhaltige Friedensprozesse einbinden müssen. Dies thematisiert Emil Brix in seinem Aufsatz,⁶⁶⁰ wenn er Grundpfeiler der Sicherheitsarchitektur einer künftigen Weltordnung skizziert. Darin „wird Russland nur mehr als Tankstelle mit Atommöglichkeiten gesehen und nicht mehr als ein ernstzunehmender Akteur. Russland selbst kennt diese Konsequenzen inzwischen ebenfalls. Aber es gibt derzeit aus dieser Kriegssituation eher keinen Ausweg. An mich und an andere Diplomaten wird immer wieder die Frage gestellt, ob man Putin nicht einen Ausweg aus dieser Kriegssituation anbieten müsse. Meine Antwort dazu lautet: Hier gibt es kein diplomatisches Angebot, das man machen kann. Das ist eine politische Entscheidung, die von einem Präsidenten in einem autokratischen System gewählt wurde, die nur dann beendet werden wird, wenn er nicht mehr die Chance sieht, in irgendeiner Weise erfolgreich zu sein. Wie das in einem Staat wie Russland aussehen kann und welche Auswirkungen das haben kann, das zeigt ein Blick in die revolutionäre Vergangenheit Russlands. Wie schnell das gehen kann, weiß man auch im Kreml. In der Sicherheitsarchitektur, selbst in der europäischen, findet man kaum mehr Vertreter:innen, die sagen, wir müssten nach diesem Krieg gemeinsam mit Russland eine europäische Sicherheitsarchitektur wiederaufbauen: OSZE neu, KSZE neu, Helsinki neu. Es gibt zwar Überlegungen in diese Richtung, das muss auch sein, aber meistens werden sie bereits ohne Russland angestellt. Selbst in Verbindung mit Alternativen ist man der Ansicht, dass man auf absehbare Zeit eine europäische Sicherheitsarchitektur mit Russland nicht mehr zustande bringen wird.“

Die nationalchauvinistische Wende in Russlands Politik eskalierte ab 2007 als Kampf um die Durchsetzung einer einzigen russischen Identität in den Gebieten, wo, wie Putin behauptet, Russen leben: Russland, Ukraine, Weißrussland, Teile von Kasachstan, usw. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar, dass Putin Russlands Zukunft in der Vergangenheit im „Sammeln russischer Erde“ (Anspielung auf die Emanzipation von der tatarischen Vorherrschaft und Konsolidierung der Vorherrschaft Moskaus gegenüber den russischen Fürstentümern seit dem XIV Jh.) sucht. Seine politischen Visionen sind eingebettet in Restauration, Revanchismus, Geschichtsrevisionismus. „Die Wahl Putins war nicht vorhersehbar, seine Politik indes schon.“⁶⁶¹ Mit dem Zerfall der Sowjetunion suchten die nun unabhängigen Staaten eigene Lösungen der Sicherheitsfrage und schlossen sich größtenteils der NATO an. Das restaurative Verhalten des postsowjetischen Russlands gegenüber den ehemaligen Mitgliedsländern der Sowjetunion, der Dominanzanspruch gegenüber dem „näheren Ausland“, letztlich aber die militärische Intervention in der Ukraine veranlassten auch neutrale Länder, die keine Absicht hatten, sich einem Militärbündnis anzuschließen, wie Schweden und Finnland, sich schließlich um die Mitgliedschaft bei der NATO zu bemühen. Die Vervollständigung der „Einkreisung“ hat sich Russland selbst zuschreiben. Es hat in seiner Außenpolitik mit Powerplay, Drohungen und direkter Gewaltanwendung, Vertragsbrüchen sich unprovokiert und kompromisslos in einer Art Wagenburgmentalität eingekerkert. Mit der Einkreisungsphobie – durch den „kollektiven“ Westen, den „äußeren Feind“ – identifiziert(e) das Regime „innere Feinde“ in der Opposition, die es mit allen Mitteln bekämpft(e), legislativen Mitteln einschüchtert und wehrlos macht (Einschränkung des Versammlungsrechtes, und des Vereinigungsrechtes, willkürliche Aussperrung von Kandidaten bei Wahlen, Verbot regimekritischer Publikationen usw.). Es geht mit Repression gegen

<https://www.fr.de/kultur/putin-muss-niemanden-fuerchten-11003102.html>
(25.11.2017, aktualisiert: 06.01.2019)

⁶⁶⁰ Emil Brix: *Am Weg zu einem schwachen und isolierten Russland. AiD-FuG 2_oeaw.pdf* (15.12.2022, Zugriff 14.10.2023)

⁶⁶¹ Walter Laqueur: *Putinismus. Wohin treibt Russland?* Berlin, 2022, S.9

einzelne herausragende Persönlichkeiten vor, die eine willfährige abhängige Justiz mit absurden Verurteilungen belegt, oder sie sterben an Vergiftungen, oder durch Fensterstürze, im Kugelfeuer oder anders gewaltsam, ohne dass diese „Fälle“ jemals korrekt (d.h. entsprechend den Standards einer unabhängigen Justiz) aufgeklärt würden. Wir sehen darin die Angst der Herrschenden vor dem Muster des Arabischen Frühlings, der „Orangen Revolution“ in der Ukraine, der „Gelbwesten“ in Frankreich usw. Das Putin-Regime wehrt sich gegen jegliche Systemkritik, die sie als „russlandfeindlich“, „unpatriotisch“, „fremd“ (d.h. „vom Westen“) gesteuert“) bzw. schlimmstenfalls als „Agententätigkeit“ des Westens diffamiert, delegitimiert und kriminalisiert. Die Ablehnung des Westens durch das Putinregime ist jedoch nicht durchgängig: Für Antiliberalismus, Demokratiefeindlichkeit u.a. reaktionäre und geschichtsrevisionistische Ideen hält das Regime immer die Tür weit offen und pflegt freundschaftliche Beziehungen mit Organisationen in verschiedenen Ländern wie der Nouvelle droite, Neofaschisten, der Neuen Rechten, der FPÖ usw. Rechte Parteien und Gruppen konnte Russland schnell ins Boot holen, während sich die traditionelle Linke schwer tat / tut, sich von der Vorstellung zu trennen / bzw. kritisch zu reflektieren / revidieren, dass Moskau das antifaschistische, antikolonialistische, antiimperialistische, antikapitalistische Bollwerk, Zentrum des Kampfes für den gesellschaftliche Fortschritt sei. Das offizielle Russland steht weit rechts, der überwiegende Teil der Bevölkerung steht der Demokratie kritisch bzw. ablehnend gegenüber, daher darf die ideologische Schnittmenge zwischen Russland und der europäischen extremen Rechten nicht unterschätzt werden. Es bieten sich historische Parallelen an, als nach dem Wiener Kongress (1814) Russland bis 1917 um Bündnisse mit den konservativen und restaurativen Kräften in Europa bemüht war und somit allmählich zum Hort für Unterdrückung und Unfreiheit wurde. Das zaristische Russland finanzierte Zeitungen, hielt sich ein umfangreiches Spitzelwesen, unterstützte einflussreiche Persönlichkeiten, die ein russlandfreundliches Bild produzieren sollten (indem sie Pogrome, Revolten, Hungersnöte u.a. imageschädliche Ereignisse herunterspielten und schönfärbten) u.ä. In dieser Tradition agiert auch der aktuelle Putinismus. Auch wenn der Westen sich jetzt für die Freiheit und Souveränität der Ukraine einsetzt (und speziell die baltischen Staaten in diesem Sinne unterstützt), so ist seine eigene Weste, was die Einhaltung international verbriefter Rechte betrifft, nicht fleckenlos weiß, siehe die Interventionen am Balkan, im Vorderen Orient Israel, Palästina, Vietnam u.a.), Afghanistan, den Hinterhofaktionen der USA in Lateinamerika, koloniale und postkoloniale Interventionen, usw. usf.

Um den demokratischen Aufbau der Nachkriegsukraine braucht man sich kleine allzu großen Sorgen zu machen. Die demokratischen Strukturen, Basisbewegungen, die Zivilgesellschaft wurden nicht vom Staat zerstört wie in Russland. Bevölkerung und Politik tendieren klar in Richtung Demokratie, Liberalismus und westliche Lebensformen. Das Land zahlt einen sehr hohen Preis dafür. Der Transformationsprozess nach dem Krieg wird trotzdem nicht einfach und geradlinig verlaufen und lange dauern, aber – und das ist wesentlich – er hat schon begonnen, er kann auch mit der Unterstützung des demokratischen Westens rechnen. Die Ausgangsvoraussetzungen für Nachkriegsrußland sind dazu konträr. Wenn der Putinismus (auch ohne oder nach Putin) als Ideologie und herrschendes Regime den Krieg überlebt, bleibt Russland eine Gefahr für seine Nachbarn sowie für den Westen und setzt die Repression im Inneren fort. Die Frage ist mehr als berechtigt, ob unter den gegebenen Verhältnissen in absehbarer Zeit von einer demokratischen Perspektive für Russland überhaupt zu rechnen sein wird. Auf jeden Fall ist im Westen ein neuer realistischer Russlanddiskurs nötig, befreit sowohl von Vorurteilen als auch von trügerischen Illusionen (wie „Wandel durch Handel“, „Wandel / Sicherheit durch Verflechtung“ udgl.). Ein Faktum darf nicht kleingeredet werden: Russland ist aktuell eine Diktatur, die von der Mehrheit einer Demokratie negativ eingestellten Bevölkerung unterstützt wird. Die gesellschaftlichen und politischen Transformationen, die unter der Ära Putin durchgesetzt wurden, sind so gravierend, als dass von einem einfachen Übergang zu demokratischen Strukturen ausgegangen werden könnte. Es geht schon längst nicht mehr nur um die Figur Putin, sollte er vom herrschenden System durch eine andere Person ersetzt / ausgetauscht werden,

würde das autokratische Machtgefüge trotzdem unangetastet bleiben. Schon unter El'cin wurde die Präsidialherrschaft schrittweise umgebaut, demokratischer Kontrolle entzogen, sodass die Grundlagen für die autoritäre Einpersonenherrschaft Putins schon geschaffen waren. Die Überwindung dieser Herrschaftsstrukturen erfordert einen nahezu vollständigen Umbau der russischen Gesellschaft – ideologisch, politisch, aber auch ökonomisch und ökologisch, einen vollständigen Bruch mit der herrschenden Geschichtspolitik, eine Entstalinisierung, die den Namen verdient, die Aufgabe des russischchauvinistischen und kolonialen Großmachtwahns und antiwestlicher Haltungen, den Kampf gegen eine der historischen Hauptgeiseln der russischen Gesellschaft – die Korruption, die Etablierung einer demokratischen Verfassung mit Garantie freier Meinungsäußerung, unabhängiger Medien, einer unabhängigen Justiz, Aufbau eines aufgeschlossenen und entmilitarisierten Bildungswesens, faire Sozialgesetzgebung, unabhängige Vertretung der Arbeitnehmer, Gewerkschaften, usw., weiters die Herstellung solidarischer, partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarn (dem „nahen Ausland“ / *Bližnee zarubež'e*) und dem Westen, etc., die Aufgabe extraktiver Wirtschaftspolitik, ... Schließlich muss Russland nach dem Krieg gegen die Ukraine bei der rechtlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit⁶⁶² und der Klärung der Frage der Reparationen kooperieren. Die Liste der zu bedienenden „Baustellen“ in Russland ist unendlich lang und kann offensichtlich nur im Rahmen eines buchstäblich kulturellen revolutionären Prozesses über mehrere Generationen abgearbeitet werden.

„Es spricht einiges dafür, dass der Angriff auf die Ukraine und den Westen Putins letzter Krieg und großer Auftritt auf der Weltbühne sein könnte. [...] Er hat eine Angstherrschaft aufgebaut. Die besten Köpfe und beweglichsten Menschen verlassen das Land. Wirkliche Innovationen und Entdeckungen kommen schon länger nicht mehr aus Russland. Die russische Industrie ächzt unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft. Das Ende der fossilen Epoche rückt näher, Russlands Einnahmen schrumpfen. Das Land treibt in die Abhängigkeit von China. Der Feldzug gegen das ukrainische Volk droht ein zehrendes Unterfangen zu sein, in dem die Ukraine zerstört und Russland ausgeschlachtet wird für den besessenen Krieg seines Herrschers.“⁶⁶³ Das politische Ende Putins bedeutet nicht das Ende der Feindschaft zu Westeuropa, überlebt der Putinismus, dann wird Russland als totalitärer Staat weiterhin ein Sicherheitsrisiko darstellen, zerfällt das Land, dann werden die Folgen kaum andere sein (so die Einschätzungen von M. Keupp⁶⁶⁴). Die Hoffnungen auf einen wie auch immer gearteten Demokratisierungsprozess sind aktuell unbegründet. Aktuell werden Repressionen weiter verschärft, so z.B. soll Kritik an der „Militäroperation“ mit Verlust der Staatsbürgerschaft, sowie des persönlichen Eigentums bestraft werden, Drohungen gegen den Rest der Welt eskalieren, im Bildungswesen wird die Indoktrination verschärft. Es ist nicht erlaubt, die Bedeutung der Heldentaten des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes zu schmälern. Es gibt keinerlei Anstrengungen Verschwörungstheorien abzuwehren, in den Schulen wird kritisches Denken wird weder gefördert noch entwickelt. Freiheit und Selbständigkeit des Denkens, Erziehung zu Eigenverantwortung sind die unabdingbaren Voraussetzungen für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die sich auch den anstehenden wie kommenden globalen Problemen stellen kann – dazu sind in Russland Ansätze nicht erkennbar. Wie soll mit einer in diesem Geist heranwachsenden Generation ein prosperierendes, modernes Russland aufgebaut werden? „Putinland“ ist nicht mehr attraktiv, sein stumpfer Nationalchauvinismus seine imperiale Rückwärtsgewandtheit können keinerlei Zukunftsaussichten bieten, seit dem Krieg gegen die Ukraine hat eine massive Flucht von jungen, gut ausgebildeten Menschen, Wissenschaftlern, Fachkräften verschiedenster Richtungen ins Ausland eingesetzt, sie werden für den Aufbau einer friedlichen Zukunft des Landes fehlen.

⁶⁶² <http://www.ukrainewararchive.org>

⁶⁶³ Michael Thumann: *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat.* München, 2023 S. 273

⁶⁶⁴ Militärexperte Keupp: *Niederlage für Russland im Oktober.* In [zdf.de](https://www.zdf.de). 4. 2023, abgerufen 16.10.2023

Ausblicke

Die ukrainische Juristin und Menschenrechtsaktivistin, Vorsitzende des Center for Civil Liberties Oleksandra Vjačeslavivna Matvijčuk hat in ihrer Rede an Europa am 9. 5. 2023⁶⁶⁵ das Verhältnis Europas zu Russland thematisiert und dem Westen einen Spiegel vorgehalten: Europa habe sich lange Zeit geweigert, Verantwortung gegenüber anderen Ländern der Region zu übernehmen, und dadurch die Etablierung autoritärer Regime zugelassen. Es habe vergessen, dass Länder, die Journalisten töten, Aktivisten inhaftieren und friedliche Proteste auflösen, nicht nur für ihre eigenen Bürger eine Gefahr darstellen, sondern eine Bedrohung sind für die gesamte Region, ja, für die ganze Welt. Dagegen versuche Russland die ganze Welt davon zu überzeugen, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nutzlos seien. Russland wolle beweisen, dass ein Staat mit einem mächtigen Militärapparat und Atomwaffen der gesamten internationalen Gemeinschaft die Spielregeln diktieren und sogar international anerkannte Grenzen verschieben könne. Oleksandra Matvijčuk fordert die Errichtung eines internationalen Tribunals für Putin, Aljaksandr Lukašenka und andere Kriegsverbrecher, um zu beweisen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit funktionsfähig sind und dass die Gerechtigkeit letztlich obziesigen kann. Ein zukunftsfähiges Europa müsse Entscheidungen treffen. Nur die Verbreitung der Idee der Freiheit könne unsere Welt sicherer machen. Ähnlich argumentiert S. Medvedev⁶⁶⁶, wenn er meint, jede Form der Appeasement- und Beschwichtigungspolitik gegenüber Putin sei zum Scheitern verurteilt. Nur ein Sieg der Ukraine in diesem Krieg könne zu einer Veränderung in Russland führen. Russland müsse demilitarisiert und von seinen imperialistischen Eliten befreit werden. Dass dies aber mehr ein Wunschenken als ein realistisches Szenario ist, räumt Medvedev selbst ein.

Das in ins Abseits gedrängte Russland versucht eine Annäherung an China. Beide Länder verfolgen gemeinsame Interessen in der Energiewirtschaft, in Handelsbeziehungen u.a. Bereichen. Ihr gegenseitiges Verhältnis ist jedoch von Misstrauen gespeist, insbesondere im Streben beider Länder nach mehr Weltgeltung. Russland ist stärker auf China angewiesen als umgekehrt, 1993 war die Wirtschaftsleistung beider Länder etwa auf gleiche Höhe, heute ist die Chinas viermal so groß. Sibirien und der Ferne Osten geraten in immer größere Abhängigkeit von chinesischen Dienstleistungen, Einfuhren, Arbeitskräften. Die demographische Entwicklung ist in Sibirien negativ, derzeit leben dort kaum 40 Millionen Menschen, in etwa 25 Jahren werden es nur noch 20 Mill. sein. Abwanderung ist das größte Problem, sie lässt sich auf Grund stagnierender Lebensperspektiven nicht eindämmen. Im Gegensatz nimmt die (vorerst temporäre) Zuwanderung aus China zu, was russischerseits mit Argwohn verfolgt wird. „Das Verhältnis zwischen China und Russland ähnelt immer mehr dem zweier Brüder, mit China als dem älteren. [...] Doch Russland will ein Partner sein – und kein Bruder und schon gar kein jüngerer. Solange man Amerika jedoch als Hauptbedrohung betrachtet, wird es kaum gelingen, aus dieser Rolle herauszukommen. Es ist der Preis, den Moskau wird zahlen müssen, sofern es sich nicht zu einer grundlegenden Neuorientierung entschließt, worauf zurzeit nichts hindeutet.“⁶⁶⁷

Die Krisenlösungskompetenz der internationalen Staatengemeinschaft ist rissig geworden. Putin droht mit einem „ewigen“ Krieg(szustand) zwischen Russland und dem Westen. Die Anrainstaaten sind die nächsten Opfer russischer Expansionsgelüste, wenn es nicht gelingt nachhaltige und gerechte Friedenslösungen durchzusetzen. Die Welt würde durch eine weitere Dauerkonfliktregion „reicher“. „Eingefrorene“ Konflikte sind keine Garanten für nachhaltige friedliche Zustände, sie können jederzeit „auftauen“ und akut werden. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser bzw. der arabischen Welt ist ein abschreckendes Beispiel. Israel gewinnt

⁶⁶⁵ [Oleksandra Matwijtschuk: Der Krieg um die Zukunft Europas - Kommentare der anderen - derStandard.at](#)
› [Diskurs 9.5.2023](#) (Zugriff 10.5.2023)

⁶⁶⁶ Sergei Medvedev: *The Return of the Russian Leviathan*. Cambridge 2020
Sergei Medvedev – Stephen Dalziel: *A War Made in Russia*. (Erscheint im Herbst 2023)

⁶⁶⁷ Walter Laqueur: *Putinismus. Wohin treibt Russland?* Berlin, 2022, S. 244

alle militärischen Auseinandersetzungen, nicht aber den Frieden, sondern nur für begrenzte Zeit waffentillstandsähnliche Zustände. In eine ähnliche Richtung könnte der russisch-ukrainische Konflikt treiben. Um es mit Carlo Masala zu sagen: „Die Ausstrahlungskraft des liberaldemokratischen Westens mit dem von ihm maßgeblich geschaffenen internationalen System seit 1945 sinkt beständig. Es bleibt also bei einer Weltunordnung, in der die disruptiven Tendenzen zunehmen werden und in der die auf- und absteigenden Mächte sich weiterhin nicht als Manager des internationalen Systems im 21. Jahrhundert verstehen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Kampf um die Vorherrschaft in den kommenden Jahren an Schärfe deutlich zunehmen.“⁶⁶⁸

Die Deputinisierung Russlands und Russlands Rückkehr zur Zivilisation muss den Weg der Konfrontation der russischen Bevölkerung mit Fakten, der Aufarbeitung der eigenen kolonialen und imperialen Geschichte gehen. Die längst überfällige, immer wieder vereitelte kritische Auseinandersetzung mit der Wahrheit, mit von der russischen Armee begangenen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit muss in Angriff genommen werden. Das herrschende Denken muss einen Dekontaminierungsprozess durchlaufen, der die Grundlage für die permanente Erfahrung und Reproduktion von Gewalt – Nationalismus, Sexismus und Autoritarismus – einer kritischen und aufrichtigen Diskussion stellt und ein Hinwegsehen, Ignorieren, Sich-nicht-betroffen-fühlen nachhaltig unmöglich macht. In weiterer Folge geht es um die Reinstallierung der politischen Verantwortung, die Benennung und Bestrafung der Kriegsverbrecher, Reparationen, usw. In diesem Sinne ist die Rezivilisierung der russischen Gesellschaft eine notwendige Bedingung und Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben mit Europa. Putin will gar nicht mehr Russland als Teil Europas, er hat eine willfährige Justiz installiert, hat die freie Medienlandschaft zerstört und beherrscht das Land mit Willkür und Repression, hält sich zunehmend immer weniger an internationale Abmachungen (z.B. wie unlängst die Aufkündigung des Atomwaffenteststoppvertrages), verstößt gegen Menschen- und Kriegsrechte, setzt auf Spaltung der europäischen Gesellschaft, mischt sich mit elektronischen Medien in Wahlkämpfe anderer Länder ein. Russland hat seinen Ruf als international verlässlicher Partner zugunsten eines russisch-chauvinistischen Neoimperialismus aufgegeben. Navalnyj beschreibt in seinem Essay „15 Punkte eines Bürgers, der Gutes für sein Land will“⁶⁶⁹ einsichtig den Zustand der russischen Gesellschaft: „Wir sind am Boden und müssen uns von ihm abstoßen, wenn wir wiederauftauchen wollen. [...] Die Putin’sche Diktatur muss demontiert werden. Idealerweise durch freie Wahlen und eine konstitutionelle Versammlung. Wir brauchen eine parlamentarische Republik, die auf Machtwechseln durch ehrliche Wahlen, auf unabhängigen Gerichten, Föderalismus, lokaler Selbstverwaltung, vollständiger wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit fußt. Unsere Geschichte und unsere Traditionen machen uns zu einem Teil Europas. Wir müssen dem europäischen Entwicklungsweg folgen. Einen anderen haben wir nicht, und brauchen wir nicht.“ Dieses Bekenntnis zu Europa gibt Hoffnung und ist ein Pfad für eine friedliche gutnachbarschaftliche Zukunft. S. Fischer sieht da auch Europa in der Pflicht: „Ohne die Wiederherstellung des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens können weder die Ukraine noch Europa zu nachhaltigem Frieden und langfristiger Stabilität zurückfinden. Eine vom Krieg zerstörte Ukraine bliebe für russische Angriffe verletzlich. Sie wäre ein permanenter Quell der Instabilität für ganz Europa. Die Ukraine mit allen Mitteln beim Wiederaufbau zu unterstützen, ist deshalb nicht nur eine der wichtigsten Aufgaben der EU in den kommenden Jahren.“⁶⁷⁰ Münkler führt neben dem russisch-neoimperialistischen Revisionismus (ideologisch aufbereitet durch Dugin u.a.) auch einen anderen Grund für den Putins Vernichtungskrieg gegen die Ukraine an⁶⁷¹: Es sei die Angst vor einem demokratischen Umsturz, vor demokratischer Teilhabe der Bevölkerung am (gesellschafts)politischen Prozess und vor Forderungen

⁶⁶⁸ Carlo Masala: Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens. München, 2022, S. 180

⁶⁶⁹ [Navalny.com/p/6634/](https://navalny.com/p/6634/) (20.02.2023)

⁶⁷⁰ Sabine Fischer: Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten. Berlin, 2023, S.192

⁶⁷¹ Herfried Münkler: Welt in Aufruhr., Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert. Berlin, 2023, S.88 ff.

nach Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Entstehung und Ausbreitung demokratischer Massenbewegungen in exsowjetischen Republiken und in Russland selbst – gefährde das politische Überleben der herrschenden autoritären Clique existenziell. Beide Beweggründe – Chauvinismus und Demokratiephobie – schlossen einander nicht aus. Der Putinismus sei sich dessen gewahr und versuche (bisher erfolgreich) die politische Energie in das Angebot nationalchauvinistische Erinnerung an imperiale Vergangenheit, in Reminiszenzen Heldenverehrung udgl. umzuleiten. Somit würde die „Einkreisungsphobie“ nicht nur militärisch begründbar: Ideen der Demokratie, Menschenrechte, des Rechtsstaates, der individuellen Freiheit, des Wunsches nach einem besseren Leben etc. würden im Putinismus als existenzielle Bedrohung, als westliche Aggression mit dem Ziel der Vernichtung Russlands aufgefasst. Eine Ukraine, in die EU integriert, mit höherem Lebensstandard als Russland sei für den Kreml eine unerträgliche, gefährliche Vorstellung. Deshalb erscheine Putin die präventive Zerstörung der Ukraine, Zerschlagung ihrer Infrastruktur, der exportorientierten Wirtschaft (insbes. Landwirtschaft), die Ausschaltung von Konkurrenz, Schwächung des Humankapitals durch Krieg, Flucht auch als Mittel gegen diese drohende westliche Ansteckung unumgänglich.

Um zwei Tatsachen kommen wir nicht herum, wie es Sabine Fischer formuliert⁶⁷²: „Solange Russland Teile der Ukraine besetzt hält, ist weder eine Normalisierung der politischen Beziehungen noch die Aufhebung von Sanktionen denkbar.“ Und: Grigorij Judin⁶⁷³: „Es darf keine Illusion geben, solange Putin im Kreml ist, wird der Krieg nicht enden. Er wird sich immer weiter ausbreiten.“

Es gibt jedoch keinen Grund die Hoffnung vollends aufzugeben. Der Schock durch den Kriegsbeginn 2022 war in der russischen Bevölkerung groß, es gab Demonstrationen, das Hashtag #нетвойне wurde von vielen Millionen Menschen geteilt, die Antikriegspetition von Lev Ponomarev auf change.org sammelte innerhalb weniger Tage eine halbe Million Unterschriften usw. Nicht zu vergessen, dass Moskauer Bezirksabgeordnete (Anfang März 2022 in einem offener Brief Putins Rücktritt forderten⁶⁷⁴ und dass Parlamentarier von St. Petersburg appellierten, Putin wegen Hochverrats anzuklagen.⁶⁷⁵ Der Repressionsapparat des Staates schlug hart zu, doch der Widerstand ist nicht erloschen. Frauen stellen mehr als die Hälfte derer, die protestieren, Zivilcourage zeigen, die Widerstand organisieren und von der Polizei drangsaliert und verfolgt werden. Sie treten als persönliche Mahnwachen (sog. Pikety“) manchmal auch mit leeren Plakaten auf (das scheint die Staatsmacht besonders herauszufordern). Sie gehen großes persönliches Risiko ein, wenn sie bloß ihre Männer, Brüder, Söhne aus dem Krieg zurück haben wollen. Frauen formieren sich als Feministischer Widerstand gegen den Krieg FAS (Feministskoe antivoennoe soprotivlenie), sie verfügen über Netzwerke auch ins Exil, leisten risikoreiche Widerstandsarbeit im Untergrund, etwa beim Datensammeln über Gefallene, Verluste – also Informationen liefern, die staatlicherseits unterdrückt werden, sie sind in „Partisanentätigkeit“ involviert, indem sie Anschläge auf kriegswichtige Eisenbahnlinien, Rekrutierungsbüros unterstützen, Hilfe für Deportierte, Fluchthilfe für Deserteure organisieren usw. Diesen mutigen Menschen soll die ungeteilte Solidarität und Unterstützung aller Demokratinnen und Demokraten gebühren.

⁶⁷² Sabine Fischer: Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten. Berlin, 2023, S. 114

⁶⁷³ Grigorij Judin – Margarita Ljutowa: Die imperiale Formel ist: Russland hat keine Grenzen. Russland Analysen 434/13.3.2023)

⁶⁷⁴ twitter.com/dmitry_palyuga/status/1499057254946983947 (Zugriff 27.1.2024)

⁶⁷⁵ [Russische Abgeordnete wollen Putin wegen Hochverrats anklagen \(watson.ch\)](https://www.watson.ch/russland/1092022-russische-abgeordnete-wollen-putin-wegen-hochverrats-anklagen) 10.9.2022 (Zugriff 27.1.2024)

Ausgewählte und weiterführende Literatur

- ALBAZ, Evgenija: Geheimimperium KGB, Totengräber der Sowjetunion. München, 1992
- ATAI, Golineh: Die Wahrheit ist der Feind: Warum Russland so anders ist. Berlin
- BASSIN, Mark: The Gumilev Mystique. Biopolitics, Eurasianism, and the Construction of Community in Modern Russia. Ithaca, 2016
- BELKOWSKI, Stanislaw: Die ganze Wahrheit über Putin. München, 2022³
- BIDDISCOMBE, Alexander Perry: The denazification of Germany. A history 1945–1950. Stroud 2007
- BIDLACK, Richard –LOMAGIN, Nikita: The Leningrad Blockade, 1941–1944. A New Documentary History from the Soviet Archives. New Haven – London 2012
- BINGENER, Reinhard – WEHNER, Markus: Die Moskau Connection. Das Schöder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit. München, 2023
- BÖSS, Otto: Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Harrassowitz, Wiesbaden 1961
- BOTA, Alice: Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit. Berlin, 2021
- BREMER, Thomas: Die Russische Orthodoxe Kirche und das Konzept der Russischen Welt. In: Russlandanalysen, Nr. 289 (30.1.2025)
- ČADAJEV, Aleksej: Путин. Его идеология: Москва, 2006
- CHODORKOWSKI, Michail (Hrsg.): Briefe aus dem Gefängnis. Mit einem Essay von Erich Follath. München 2011
- CLOVER, Charles: Black Wind, White Snow. The Rise of Russia's New Nationalism. New Haven, 2016
- COLTON, Timothy: Yeltsin. A Life, New York 2008
- CONLEY, Heather A.: The Kremlin Playbook: Understanding Russian Influence in Central and Eastern Europe. Langham 2016
- CREUZBERGER, Stefan: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung. Hamburg, 2022
- DAWISHA, Karen: Putin's Kleptocracy: Who Owns Russia? New York, 2014
- DANILEWSKY, Nikolaj: Russland und Europa. Eine Untersuchung über die kulturellen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt. Stuttgart 1920
- EIDMAN, Igor: Das System Putin. Wohin steuert das neue russische Reich? München 2016
- ELTCHANINOFF, Michel: In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten. Stuttgart 2022
- ERLER, Gernot: Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung. Freiburg 2005
- FIGES, Orlando: Eine Geschichte Russlands. Stuttgart, 2022
- FIGES, Orlando: A People's Tragedy. The Russian Revolution. London, 2017
- FIGES, Orlando: Natasha's Dance. A Cultural History of Russia. New York, 2002
- FIGES, Orlando: Crimea. The Last Crusade. London, 2011
- FISCHER, Sabine: Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten. Berlin, 2023
- FRICTH, Rüdiger von: Zeitenwende. Putins Krieg und die Folgen. Berlin, 2022
- GABIDULLIN, Marat: Wagner Putins geheime Armee. Berlin. 2022
- GABOWITSCH, Mischa: Putin kaputt? Russlands neue Protestkultur. Frankfurt, 2013
- GANZENMÜLLER, Jörg: Das belagerte Leningrad. Paderborn, 2005
- GELMAN, Vladimir: Authoritarian Russia. Analyzing Post-Soviet Regime Changes. Pittsburgh, 2015
- GESSEN, Masha: Der Mann ohne Gesicht: Wladimir Putin – eine Enthüllung. München, 2012
- GESTWA, Klaus: Der Russische Revolutionszyklus. München, 2019

- GLOGER, Katja: Putins Welt: Das neue Russland, die Ukraine und der Westen. München, 2016
- GOLTZ, Thomas: Chechnya Diary. A War Correspondent's Story of Surviving the War in Chechnya. New York, 2003
- GORZKA, Gabriele – SCHULZE, Peter W. (Hrsg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie. Frankfurt, 2004
- GOSCILO, Helen (Hrsg.): Putin as Celebrity and Cultural Icon, Abingdon/UK New York 2017
- GREINER, Bernd – MÜLLER, Christian Th. – MÜLLER, Tim B. – WALTER, Dierk – WEBER, Claudia – VOB, Klaas (Hrsg.): Studien zum Kalten Krieg. 6 Bände. Hamburg 2013
- GROH, Dieter: Russland und das Selbstverständnis Europas. Neuwied 1961
- GUDKOV, Lev: Russland in der Sackgasse. Stagnation, Apathie, Niedergang. In: Osteuropa 61. Jg., Heft 10/2011, S. 21-45
- HASSEL, Florian: (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt, 2003
- HANEBRINK, Paul: A Specter Haunting Europe: The Myth of Judeo-Bolshevism. Cambridge / London 2018.
- HASSEL, Florian (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt, 2003
- HELMUS, Todd C. – BODINE-BARON, Elizabeth – RADIN, Andrew – et al.: Russian Social Media Influence: Understanding Russian Propaganda in Eastern Europe. Santa Monica 2018,
- HENKE, Klaus-Dietmar – WOLLER, Hans (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991
- HERPEN, Marcel H. Van: Putin's propaganda machine. Soft power and Russian foreign policy. Lanham 2016
- HILDERMEIER, Manfred: Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen. München, 2022
- HILDERMEIER, Manfred: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution. München, 2013
- HILDERMEIER, Manfred: Geschichte der Sowjetunion. 1917 – 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München, 1998
- HOFFMAN, David E.: The Oligarchs. Wealth and Power in the New Russia, 2., aktual. Auflage, New York 2011
- HOLM, Kerstin: Das korrupte Imperium. Ein russisches Panorama. München-Wien, 2003
- ILJIN, Ivan: Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse. Wachtendonk, 2018
- IMMERMAN Richard H. – GOEDDETHE Petra (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Cold War. Oxford 2013
- INGOLD, Felix Philipp: Russische Wege. Geschichte Kultur Weltbild. München, 2007
- JACKI, Andrew: Inside Putin's Russia. London 2005
- JELZIN, Boris: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin, München 2000
- JOBST, Kerstin S.: Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Taurus. 2020
- JOBST, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine 2015
- JUDAH, Ben: Fragile Empire. How Russia Fell In and Out of Love with Vladimir Putin. Yale, 2013
- KAGARLICKIJ, Boris: Периферийная империя: Россия и миросистема. Москва, 2003
- KAISER, Markus (Hrsg.): Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa. Bielefeld 2004
- KAPPELER, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine. München, 2022⁶
- KAPPELER, Andreas: Rußland als Vielvölkerreich. München, 2019³
- KAPPELER, Andreas: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur

- Gegenwart. München, 2017
- KLEBNIKOW; Paul: Der Pate des Kreml: Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen. München, 2001
- KLITSCHKO, Vladimir – KIEL, Tatjana: Gestohlene Leben. Die verschleppten Kinder der Ukraine. Unter Mitwirkung von Mykola Kuleba, Dorte Kruppa, Nina Paul und Sabine Oelman. München, 2023
- KONONENKO, Vadim - Moshes, Arkády (Hrsg.): Russia as a Network State. What Works in Russia when State Institutions do not? Basingstoke 2011
- KRYSCHTANOWSKAJA, Olga: Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin. Köln 2004
- KURKOW, Andrej: Tagebuch einer Invasion. Innsbruck, 2022
- LAQUEUR, Walter: Putinismus. Wohin treibt Russland? Berlin, 2022
- LAQUEUR, Walter: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten. München, 1995
- LAQUEUR, Walter: Der lange Weg zur Freiheit. Rußland unter Gorbatschow. Frankfurt, 1989
- LARUELLE, Marlene (Ed.): Russian Nationalism and the National Reassertion of Russia. London, 2009
- LEDENEVA, Alena: Can Russia Modernise? Sistema, Power Networks and Informal Governance. Cambridge, 2013
- LEDENOVA, Alena V.: How Russia Really Works. The Informal Practices that Shaped Post-Soviet Politics, Ithaca, London 2006
- LEFFLER, Melvyn P. – WESTAD, Odd Arne (Hrsg.): The Cambridge History of the Cold War. 3 Bände. Cambridge 2010
- LEONHARD, Jörn: Über Kriege und wie man sie beendet. München, 2023
- LORENZ, Richard: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1: 1917–1945, Frankfurt, 1976
- MACKOW, Jerzy (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden, 2009
- MALCOLM, Noel: Geschichte Bosniens. Frankfurt 1996 (London 1994)
- MANDEL, Ernest: Das Gorbatschow-Experiment. Frankfurt, 1989
- MAPPES-NIEDIEK, Norbert: Krieg in Europa. Der Zerfall Jugoslawiens und der überforderte Kontinent. Berlin, 2022
- MAREŠ, Miroslav – LARYŠ, Martin – HOLZER, Jan: Militant Right-Wing Extremism in Putin's Russia: Legacies, Forms and Threats. London, 2019
- MEDVEDEV, Sergi: The Return of the Russian Leviathan. Cambridge and Medford, 2020
- MEDVEDEV, Sergi: A War Made in Russia. Cambridge and Medford, 2023
- MISIK, Robert: Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht. Wien, 2022
- MOMMSEN, Margareta: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler. München 2017
- MOMMSEN, Margareta – NUBBERGER, Angelika: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. München 2007
- MOMMSEN, Margareta: Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2004²
- MYERS, Steven Lee: The New Tsar. The Rise and Reign of Vladimir Putin. London, New York et al. 2015
- NEUMANN, Iver. B.: Russia and the Idea of Europa. A Study in Identity and International Relations. London & New York, 1996
- NUSSBERGER, Angelika (Hrsg.): Einführung in das russische Recht. München, 2010
- ONUCH, Olga – HALE, Henry E.: The Zelensky effect. London, 2023
- OSTROVSKY, Arkady: The Invention of Russia: The Journey from Gorbachev's Freedom to Putin's War, London 2015

- PANJUSCHKIN, Waleri: Michail Chodorkowki. Vom JUKOS-Chefsessel ins sibirische Arbeitslager. Aufstieg und Fall des russischen Ölmilliardärs. München, 2006
- PAUER, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe, Planung, Durchführung. Bremen, 1995
- PETRO, Nicolai N.: The Tragedy of Ukraine. 2022
- PLOKHY, Serhii: Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine. Hamburg 2023²
- PLOKHY, Serhii: Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konfliktes wurde. Hamburg 2022
- PLOKHY, Serhii: The Gates of Europe. A History of Ukraine. New York 2015
- PLOKHY, Serhii: Unmaking Imperial Russia. Mykhailo Hrushevsky and the Writing of Ukrainian History. Toronto, 2005
- POLITKOVSKAJA, Anna: Russisches Tagebuch. Köln 2007
- POMERANTSEV, Peter: Nothing is True and Everything is Possible. Adventures in Modern Russia, London 2015
- QUIRING, Manfred: Russland. Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin, 2022
- QUIRING, Manfred: Putins russische Welt. Wie der Kreml Europa spaltet. Berlin 2017
- REITSCHUSTER, Boris: Putins verdeckter Krieg. Wie Moskau den Westen destabilisiert. Berlin 2016
- RJABTSCHUK, Mykola: Die reale und die imaginierte Ukraine. Essay. Mit einem Nachwort von Wilfried Jilge. Frankfurt, 2005
- RÖSSLER, Mechthild – Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin, 1993
- ROSSOLIŃSKI-LIEBE, Grzegorz: The Genocidal Violence of the Organization of Ukrainian Nationalists and the Ukrainian Insurgent Army, in: Frank Jacob and Kim Sebastian Todzi, Genocidal Violence: Concepts, Forms, Impact (Berlin, 2023), 191-211.
- ROXBURGH, Angus: The Strongman. Vladimir Putin and the Struggle for Russia. London, New York 2013²
- RYKLIN, Michail: Mit dem Recht des Stärkeren. Russische Kultur im Zeichen der „Gelenkten Demokratie“. Essay. Frankfurt, 2006
- SAKWA, Richard: Power and Policy in Putin's Russia. London, 2013
- SAKWA, Richard: Developments in Russian Politics, 9th Edition, London, 2018
- SAKWA, Richard: The Crisis of Russian Democracy: The Dual State, Factionalism and the Medvedev Succession. Cambridge, 2011
- SAKWA, Richard: The Quality of Freedom: Putin, Khodorkovsky and the Yukos Affair. Oxford, 2009
- SAKWA, Richard: Putin: Russia's Choice, fully rev. And updated 2nd ed. London and New York, 2008
- SASSE, Gwendolyn: The Crimea Question: Identity, Transition, and Conflict (= Harvard Series in Ukrainian Studies). Cambridge, 2014
- SASSE, Gwendolyn: Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen. München, 2022²,
- SCHEIDEGGER, Gabriele: Perveres Abendland – barbarisches Russland: Begegnungen des 16. und 17. J. gung von Stereotypen Jahrhunderts im Schatten kultureller Missverständnisse. Zürich, 1993
- SCHLÖGEL, Karl: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München, 2022
- SCHLÖGEL, Karl : Entscheidung in Kiew: Ukrainische Lektionen. München, 2015
- SCHMID, Ulrich: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur, Berlin 2015
- SCHMIDT, Danny: Das Bild Russlands in den deutschen Leitmedien. (2015)

- SCHNEIDER-DETERS, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. Berlin, 2014
- SCHOEN, Douglas E. – SMITH, Evan Roth: Putin's master plan: to destroy Europe, divide NATO, and restore Russian power and global influence. New York 2016
- SCHRÖDER, Hans-Henning: Großmacht und Geschichte. Über geistige Grundlegung der russischen Außenpolitik heute. In: Russland-Analysen Nr. 314, 22.4.16, S. 16 - 20
- SEDGWICK, Mark J.: Neo-Eurasianism in Russia. In: Against the Modern World. Traditionalism and the Secret Intellectual History of the Twentieth Century. New York 2004
- SHEKHOVTSOV, Anton: Russia and the Western Far Right. London, 2017
- SHEVTSOVA, Lilia: Putins's Russia. Revised and Expanded Edition. Washington, 2005
- SHEVTSOVA, Lilia: Yeltsin's Russia. Myths and Reality, Washington 1999
- SHPARAGA, Olga: Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Der Fall Belarus. Frankfurt 2021
- SIEGERT, Jens: Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen. Hamburg, 2021
- SKRYNNIKOW, Ruslan Grigorojewitsch: Ivan der Schreckliche und seine Zeit. Mit einem Nachwort von Hans-Joachim Torke. München 1992
- SMITH, David J.: The Baltic States: Estonia, Latvia and Lithuania. London 2002
- SNOW, White: The Rise of Russia's New Nationalism. New Haven, London 2016
- SNYDER, Timothy: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011
- SNYDER, Timothy: Der Weg in die Unfreiheit. Russland Europa Amerika. München, 2018
- SOLDATOV, Andrei – Borogan, Irina: The New Nobility. The Restoration of Russia's Security State and the Enduring Legacy of the KGB, New York 2010
- SOLSCHENIZYN, Alexander: Die russische Frage am Ende des 20. Jh. Wien, 1994
- SPERLING, Valerie: Sex, Politics, and Putin. Political Legitimacy in Russia. Oxford, New York et al. 2016
- SPERLING, Valerie: Organizing Women in Contemporary Russia. Engendering transition Cambridge, 1999
- THUMANN, Michael: Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München, 2023
- TREISMAN, Daniel (Hrsg.): The new autocracy. Information politics and policy in Putin's Russia. Washington 2018
- TRENIN, Dmitri: Russland. Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen. Hamburg, 2005
- TRUBETZKOY, N.S.: Europa und die Menschheit. München, 1922
In: N.S. Trubetzkoy: Russland Europa Asien. Ausgewählte Schriften zur Kulturwissenschaft. (Hg. Von F.B. Poljakov) Wien 2005, S.31 – 90
- TUCKER, Spencer C. (Hrsg.): The Encyclopedia of the Cold War. A Political, Social, and Military History. 5 Bände. Santa Barbara 2008
- VAN HERPEN, Marcel H.: Putin's Wars. The rise of Russia's new imperialism. Lanham 2014
- VOLLNHALS, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München 1991
- WIEDERKEHR, Stefan: Kontinent Eurasija – Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins. In: Markus Kaiser (Hrsg.): Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa. Bielefeld, 2004
- WOLF, Larry: Inventing Eastern Europe. Standorf, 1994
- WOLKOW, Leonid: Putinland. Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens. München, 2022
- YAFFA, Joshua: Die Überlebenskünstler: Menschen in Putins Russland zwischen Wahrheit, Selbstbetrug und Kompromissen Berlin 2021
- YEKELCHYK, Serhy: Birth of a Modern Nation. Oxford / USA, 2007
- ZUBOK, Vladislav M.: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to

Gorbachev. Chapel Hill 2009
ZÜRCHER, Christoph: The Post-Soviet Wars. Rebellion, Ethnic Conflict and Nationhood in the
Caucasus. New York & London, 2007
ZYGAR, Michail: Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin, Köln 2015
ZYGAR, Mikhail: Krieg und Sühne. Der lange Krieg der Ukraine gegen die russische Unter-
drückung. Berlin, 2023

Anhang

1. Putin und seine Entourage
2. Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation vom 24.2.2022
3. Appell der Allrussischen Offiziersversammlung
4. Anmerkungen zur Verfassung der Russischen Föderation
5. Die Sache Viktor Janukovyč

Putin und seine Entourage – Aufstellung der Macht

Putins Entourage ist eine Galerie menschlicher Abgründe. Die Art, wie Putin mit Mitarbeitern und Weggefährten und vor allem mit Menschen, die in Ungnade gefallen sind, umgeht, demonstriert, wie Putin sein Land in einen Terrorstaat verwandelt hat. In dieser Aufstellung werden erster Linie Akteure, Teilhaber der Macht, sozusagen „Mittäter“ präsentiert. Es kommen aber auch Personen zum Zug, die sich von Putin abgewandt und dafür teuer bezahlt haben. Karrieren und Vernichtung von Existenzen Leichen pflastern Putins Weg – das ist keine Übertreibung. Brutale Gewalt hält das System Putin zusammen, fällt die Gewaltklammer, dann bröckelt auch das Regime, was aber nicht heißt, dass in Russland demokratische Zeiten anbrechen. Zum Verständnis der inneren russischen Machtverhältnisse und der politischen Prozesse ist es notwendig das persönliche Umfeld Putins zu beleuchten. Ausgezeichnete Arbeit zu diesem Thema hat die profunde Kennerin russischer Interna Catherine Belton⁶⁷⁷ geleistet. In ihrem umfangreich recherchierten Werk hat sie den inneren Zirkel der Macht um Putin beschrieben. Die nun folgende Materialsammlung geht von ihren Recherchen aus und folgt auch weitgehend Beltons Gliederung. Beltons Material wurde ergänzt und stützt sich auf durch weitere Informationen aus Wikipedia, der Literatur, dem Internet, aus weiteren Medien. Eine besonders wichtige Informationsquelle stellt auch das eBook 2016 von Mikhail Zygar dar, „All the Kremlin’s Men“. Die angeführten biographischen Skizzen eröffnen einen Einblick in gesellschafts-, macht- und wirtschaftspolitische Widersprüche und Kämpfe; in ein breites Geflecht von persönlichen wie strukturellen Vernetzungen hin bis zu Verbindungen des organisierten Verbrechens mit der Politik und vermitteln einen Eindruck über das enorme kriminelle Potenzial in der heutigen russischen Gesellschaft. Viele russische Internet-Quellen (insbes. Homepages, PR-Beiträge, Veröffentlichungen in russischen Medien) über den engsten Putin-Kreis (betreffend Personalien, Lebensumstände, udgl.) sind nicht mehr aufrufbar, da aber die wesentlichen Informationen in westlichen Publikationen vorliegen, ist der stillgelegte Zugang zum Original zu verschmerzen.

Putins engster Kreis: Die Siloviki

Igor Ivanovič Sečín

I. Sečín ist seit den 1990er-Jahren ein enger Vertrauter V. Putins, war bis 2008 stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, er ist hauptverantwortlich für die Zerschlagung des einst größten Ölkonzerns Jukos (jahrelang von M. Chodorkovskij geführt, nach Zerschlagung wurde Jukos von Rosneft übernommen). Bis zum 21. Mai 2012 war I. Sečín stellvertretender Ministerpräsident der Regierung der Russischen Föderation. 2016 brachte er den Wirtschaftsminister Aleksej Uljukaev unter dem (vermutlich konstruierten) Vorwurf der Korruption ins Gefängnis. Derzeit ist I.S. Vorstandsvorsitzender von Rosneft. Zur Begrenzung seiner Macht bei Rosneft

⁶⁷⁷ Catherine Belton: Buch „Putin’s People. How the KGB Took Back Russia and then Took on the West“. London 2020

setzte Putin den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder als Aufsichtsratsvorsitzenden ein.

Nikolaj Platonovič Patrušev

N. Patrušev. hat promoviert (Schiffsbauwesen), bekleidet den Rang eines Armeegenerals, wurde mit mehreren Orden ausgezeichnet, u.a. als „Held der Russischen Föderation“. War von 1992 bis 1994 Sicherheitsminister und Leiter der Abteilung des föderalen Dienstes für Spionageabwehr der Republik Karelien.⁶⁷⁸ 1999 wurde er V. Putins Nachfolger als Leiter des FSB. 2006 soll er mutmaßlich in dieser Funktion den Mord an dem russischen Nachrichtendienstler und Putin-Kritiker Aleksandr Litvinenko durch zwei FSB-Agenten gebilligt haben⁶⁷⁹ Seit 2008 ist Patrušev Hardliner.

Aleksandr Vasil'evič Bortnikov

V. Bortnikov ist ein ehemaliger Kollege V. Putins beim Leningrader KGB. Von 2008 bis 2016 war er Direktor des Föderalen Drogenkontrolldienstes Russlands. Während Putins erster Amtszeit war er stellvertretender Leiter der Russischen Präsidialverwaltung (Administracija Prezidenta Rossii) und für das Personal sowie die Planung der Reorganisation des Wirtschaftssektors verantwortlich. Von 1987 bis 1988 nahm Bortnikov als KGB-Offizier am sowjetisch-afghanischen Krieg teil. Im Oktober 1994 trat er aus dem FSB aus und wurde dem Bürgermeister von St. Petersburg, Anatolij Aleksandrovič Sobčak, von V. Putin als Leiter des Verwaltungsstabs des Bürgermeisteramts von Sankt Petersburg empfohlen. 1999 trat er die Nachfolge von Nikolaj Patrušev als Leiter der Abteilung für innere Sicherheit des russischen FSB an. Seit dem 5. Januar 2000 ist er stellvertretender Leiter des Präsidialstabs für das von V. Putin ernannte Personal. Seit dem 12. Mai 2008 ist Bortnikov Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Medvedev wurde er Nachfolger von FSB-Direktor Nikolaj Patrušev. Am 25. Juli 2014 wurde er im Zusammenhang mit der russischen Politik zur Ukraine auf die Sanktionsliste der Europäischen Union (EU) gesetzt.

Viktor Vasil'evič Čerkesov

1992 bis 1998 leitete V. Čerkesov die Sankt Petersburger Direktion des FSB. Von August 1998 bis war er erster stellvertretender Direktor des FSB unter V. Putin und N. Patrušev. Ab März 2003 war er Leiter des Föderalen Drogenkontrolldienstes Russlands. Anfang Oktober 2007 wurden mehrere hochrangige Beamte des Föderalen Drogenkontrolldienstes von Agenten des FSB festgenommen, was Analysten als Teil eines langjährigen Kampfes zwischen Čerkesov, Igor Sečín und weiteren Mitgliedern des inneren Kreises um Wladimir Putin werten. Am 27. Oktober 2007 wurden zwei Beamte der russischen Drogenbekämpfungsbehörde vergiftet, was nach dem Politikwissenschaftler Vladimir Pribylovskij Teil des Machtkampfes zwischen den Clans der russischen Siloviki war. Am 12. Mai 2008 wurde Čerkesov vom damaligen Präsidenten Dmitrij Medvedev als Leiter des Staatlichen Komitees zur Kontrolle des Verkehrs von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen entlassen (vermutlich wegen politischer Meinungsverschiedenheiten). Ministerpräsident V. Putin ernannte ihn zum Leiter der Bundesagentur für die Beschaffung von Militär- und Spezialausrüstung.

Sergej Borisovič Ivanov

S. Ivanov studierte von 1970 bis 1975 an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg Englisch und Schwedisch. Danach begann er eine langjährige Tätigkeit für den KGB, mit dem Schwerpunkt Gegenspionage. Dabei kam er mit V. Putin in Kontakt. 1990 war er nach eigenen Angaben für die sowjetische Aufklärung in einem europäischen Land (Großbritannien) tätig. 2001 unter V. Putins Präsidentschaft wurde Ivanov zum Verteidigungsminister ernannt (blieb in

⁶⁷⁸ Биография.ру :: Федеральная Служба Безопасности (fsb.ru)

⁶⁷⁹ [The Litvinenko Inquiry](http://TheLitvinenkoInquiry) [ARCHIVED CONTENT] (nationalarchives.gov.uk) Jänner 2016

dieser Funktion bis 2007). Er wurde eine Zeit lang als Spitzenkandidat für die Nachfolge von Präsident V. Putin bei den Präsidentschaftswahlen 2008 gehandelt. Vom 22. Dezember 2011 bis zum 12. August 2016 war S.I. Vorsitzender der russischen Präsidentialverwaltung. Seit 14. November 2005 hatte er zusätzlich das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten der Russischen Föderation inne und war zuständig für militärische Angelegenheiten. Am 15. Februar 2007 wurde er von Präsident Putin zum Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert. Als sein Nachfolger als Verteidigungsminister Anatolij Eduardovič Serdjukov ernannt. Ivanov wurde am 12. August 2016 als Präsidentialamtschef entlassen und zum Sonderbeauftragten für Naturschutz und Transport ernannt. Als sein Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Präsidentialamtschef Anton Eduardovič Vajno. Offensichtlich gab aber eine Affäre den Ausschlag: Der älteste Sohn von Ivanov, Aleksandr Ivanov (1977–2014) fuhr 2005 mit seinem Auto bei roter Ampel mit hoher Geschwindigkeit eine Rentnerin Tode. In dem anschließenden Gerichtsprozess wurde er freigesprochen.

*Dmitrij Anatol'evič Medvedev*⁶⁸⁰

D. A. Medvedev ausgebildeter Jurist (Zivilrecht), zu seinen Professoren gehörte Anatolij Sobčak. Bis zum Jahr 1999 lehrte er an der juristischen Fakultät seiner Heimatstadt. Daneben beriet er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Komitee für Auswärtiges beim Petersburger Bürgermeisteramt, das vom späteren Staatspräsidenten V. Putin geleitet wurde. Medvedev und Putin arbeiteten dabei eng zusammen, er wurde Putins Stellvertreter in der Petersburger Stadtverwaltung, später Leiter der Präsidentialverwaltung. Schließlich war er von 2008 bis 2012 Präsident Russlands und anschließend bis 2020 Ministerpräsident der Russischen Föderation. Seit 2012 ist er formal Vorsitzender der Partei „Einiges Russland“ und seit 2020 stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation (Sovet Bezopasnosti Rossijskoj Federacii). Er ist strikter Gegner einer parlamentarischen Demokratie, die er für eine Katastrophe für Russland hält. In der ersten Hälfte seiner Amtszeit wurde er als liberal eingeschätzt, der Reformen verwirklichen wollte und allenfalls ein Konkurrent zu Putin sein könnte. Im März 2017 kam es russlandweit zu Massendemonstrationen u.a. gegen D. Medvedev, zu denen der Oppositionspolitiker Aleksej Navalnyj aufgerufen hatte.⁶⁸¹ Seit dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt er sich jedoch öffentlich kompromisslos als großrussischer Hardliner, Kriegstreiber und Europagegner dar. Über die Treffen der Staats- und Regierungschef der EU äußert er sich in abfälligster Weise. Für den Fall an, dass in Russland nicht alles „ruhig“ bleibe, drohte er im Jahr 2022 mit der Wiedereinführung der 2009 aufgehobenen Todesstrafe und sprach sich gegen Ende desselben Jahres im Zusammenhang mit dem innerrussischen Widerstand für die Wiedereinführung aus. Geflüchtete bezeichnete er als Landesverräter. Bezüglich seiner Online-Tiraden⁶⁸² gegen Regierungen der Ukraine, der EU und der USA erklärte Medvedev im Juni 2022: „Ich werde oft gefragt, warum meine Telegram-Posts so hart sind. Die Antwort ist: Weil ich sie hasse. Sie sind Bastarde und Abschaum. Sie wollen unseren Tod, den Tod Russlands. Und solange ich lebe, werde ich alles tun, um sie verschwinden zu lassen.“ Der Ukraine drohte er für den Fall einer Rückeroberung der Krim mit dem Tag des Jüngsten Gerichts.⁶⁸³ Im selben Monat verkündete Medvedev, dass die Ukraine „die Reste staatlicher Souveränität verlieren und von der Weltkarte verschwinden könnte“.⁶⁸⁴

⁶⁸⁰ Marc Oprach: Dmitri Medwedew – Präsident auf Abruf oder ebenbürtiger Nachfolger Putins?

In: Auslandinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung. 02/2008, S. 6–30 (kas.de)

⁶⁸¹ Serhii Plokyh: Der Angriff. Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die Welt. *Hamburg 2023*, S. 288–289

⁶⁸² [Ukraine-Krieg: Dmitri Medwedews Wandel zum Kriegspropagandisten \(nzz.ch\)](#) 7.5.2022 (Zugriff 20.10.2023)

⁶⁸³ [Russland-Sanktionen: Dmitrij Medwedew warnt Europäer vor eigener Zahlungsunfähigkeit - DER SPIEGEL](#) 17.4.2022 (Zugriff 20.10.2022)

⁶⁸⁴ [Russlands Ex-Präsident: Ukraine existiert in zwei Jahren vielleicht nicht mehr - FOCUS online](#) 15.6.2022 (Zugriff 20.10.2022)

Einige Monate später drohte er Polen, Stalin 1941 zitierend, dass mit Polen ebenso verfahren werde.⁶⁸⁵

KGB-nahe Geschäftsleute

Gennadij Nikolaevič Timčenko

Gennadij Timčenko wurde 1952 in Leninakan in der Armenischen SSR geboren. 1959 zog die Familie in die DDR. Während seines Aufenthalts in Ostdeutschland erwarb er seine Deutschkenntnisse. Etwa sieben Jahre später zog die Familie in die Ukraine. Anschließend studierte er am Mechanischen Institut von Sankt Petersburg und beendete sein Studium 1977. Wegen seiner Deutschkenntnisse stieg er in Exportgeschäft ein. Von 1987 bis 1994 war er für das russische Unternehmen Kirišineftechimeksport tätig. 1989 oder 1990 hatte er, nach eigener Darstellung, ein erstes Treffen mit V. Putin.⁶⁸⁶ Später übernahm er eine leitende Funktion beim Handelsunternehmen Urals-Finland Oy. 1991 verlegte er dafür seinen Wohnsitz nach Finnland und wurde 1999 finnischer Staatsbürger. Bereits Anfang der neunziger Jahre war Timčenko als Ölhändler tätig und erhielt durch den damaligen Vizebürgermeister V. Putin Zugriff auf das Ölterminal von St. Petersburg. 1997 gründete er mit dem Schweden Torbjörn Törnqvist die Ölhandelsfirma Gunvor. Timčenko profitierte im großen Stil von Putins Machtübernahme im Jahr 2000, als dieser begann, den Ölkonzern Jukos des Oligarchen Michail Chodorkovskij zu zerschlagen. 2007 gründete er die Volga Group mit Sitz in Luxemburg. Über sie erwarb er zunächst fünf Prozent am russischen Unternehmen Novatek und erhöhte seinen Anteil durch Zukäufe bis Mai 2009 zunächst auf 13 Prozent und bis 2012 wurde er mit 20,77 Prozent Großaktionär.⁶⁸⁷ Mittels Beteiligungen an der Volga Group sowie an Gunvor sollen laut westlichen Geheimdiensten Milliarden ins Ausland geflossen sein, mit und für V. Putin. Die Vermutung entbehre jeder Grundlage, heißt es dagegen von Gunvor.⁶⁸⁸ Gunvors Hauptgeschäftssitz befindet sich in Genf, Schweiz. Es verfügt außerdem über Geschäftssitze in Singapur, auf den Bahamas und in Dubai sowie über ein Netzwerk von Vertretungen auf der ganzen Welt. Das Unternehmen ist mit Handel, Transport, Lagerung und Optimierung von Petroleum und anderen Energieprodukten beschäftigt und verfügt außerdem über Investitionen an Ölterminals und Hafenanlagen. Seine Unternehmungen bestehen aus Rohöltransport mit Pipelines und Tankern. Das Unternehmen ist der weltweit viertgrößte Rohölhändler hinter Glencore, Vitol und Trafigura. Gunvors Gewinn betrug 2016 315 Mio. USD.⁶⁸⁹ Timčenko ist Großaktionär des 2003 gegründeten Eisenbahnunternehmens Transoil, einem der größten Eisenbahntransporteure von Öl und Ölprodukten in Russland mit Sitz in Sankt Petersburg. Darüber hinaus hält er Anteile am Petrochemie-Konzern Sibur, der von Putins Ex-Schwiegersohn Kirill Nikolaevič Šamalov geleitet wird. Auch an wichtigen russischen Baufirmen ist Timčenko beteiligt, er ist Mehrheitsaktionär beim Baukonzern Strojtransgaz, der für Gazprom Pipelines verlegt. Der staatlich kontrollierte größte russische Konzern und weltgrößte Energielieferant Gazprom wird von Aleksej Miller geleitet, Putins früherem Assistenten in Sankt Petersburg. Um weniger Steuern zahlen zu müssen, verlegte er 2001 seinen Wohnsitz in die Schweiz.

Seit 20. März 2014 steht Timčenko auf der Sanktionsliste der USA, seit Ende Februar 2022 wurde er von der britischen Regierung und der EU mit Sanktionen belegt. Im Zusammenhang

⁶⁸⁵ "Dieses Land wird verschwinden": Medwedew droht Polen mit Vernichtung - n-tv.de (15.04.2023, Zugriff 3.11.2023)

⁶⁸⁶ Gerald Hosp: Gezähmter Oligarch – Gennadi Timtschenko ist einer der vielen Rohstoffmagnaten in Genf. Er ist Freund Putins. Mit seinem Erfolg, sagt er, habe das nichts zu tun. In: NZZ (Folio): Rohstoffe. Nr. 278. September 2014, S. 42 ff.

⁶⁸⁷ Kylie Jenner und Co.: Wie Superreiche die Welt verändern (handelsblatt.com) (27.03.2019, Zugriff 30.10.2023)

⁶⁸⁸ Gennadi Timtschenko – Sanktionierter Oligarch und Putin-Freund lebt in der Schweiz (22. Februar 2022, Zugriff 30.10.2023)

⁶⁸⁹ Gunvor Group (Zugriff 31.10.2023)

mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wurde sein Vermögen im Zugriffsbereich dieser Staaten eingefroren. Sein Vermögen schätzte Forbes 2022 auf über 12,7 Milliarden US-Dollar.⁶⁹⁰

Jurij Valentinovič Kovalčuk

J. Kovalčuk ist ein russischer Physiker (Abschluss an der Universität Leningrad), Finanzgeschäftsmann, Medienmogul und Milliardär. Er war von 2005 bis 2012 Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bank Rossija (St. Petersburg) und ist seit Juni 2012 Vorsitzender des Aktionärsbeirats der Bank, deren größter Einzelaktionär er mit über 37 % Aktienanteil vor Nikolaj Šamalov mit 9,6 Prozent ist. Ab 1977 arbeitete er als Wissenschaftler am Physikalisch-Technischen Institut Joffe in Leningrad. Von 1988 bis 1991 hatte er dann die Position des stellvertretenden Direktors dieses Instituts inne. Zu Beginn der 1990er Jahre war Kovalčuk an diversen Projekten in Sankt Petersburg beteiligt und arbeitete auch im Auftrag vom damaligen Bürgermeister Anatolij Sobčak. Aus dieser Zeit rührt auch Kovalčuks Freundschaft mit V. Putin. 1996 gründete er gemeinsam mit weiteren Personen (Vladimir Smirnov, Nikolaj Šamalov, Vladimir Jakunin, Viktor Mjačin, Andrej Fursenko, dessen Bruder Sergej und nicht zuletzt V. Putin) die Datschen-Kooperative „Ozero“ (Dačnyj potrebitel'skij kooperativ) in Solov'ëvka am Ostufer des Komsomolzen-Sees (Komsomol'skoe) auf der Karelische Landenge nördlich von Sankt Petersburg.

J. Kovalčuk gehörte im Jahr 2000 mit zu den Gründern der Stiftung „Zentrum für Strategische Forschung Nordwest“ und hat dort seitdem eine leitende Stellung inne.⁶⁹¹ Seit 2012 ist er Vorsitzender des Aktionärsbeirats der Bank.⁶⁹² Die Bank Rossija ist seit 2004 Eigentümerin des Versicherungskonzerns Sogaz, dem wiederum seit 2006 über 75 % Anteile der Geschlossenen Aktiengesellschaft „Lider“ (ZAO „Lider“, D. U./ CJSC Leader, D.U) gehören. „Lider“ verwaltet treuhändisch mehr als 80 Prozent der Aktienanteile der GAZFOND-Gruppe, dem Hauptaktionär der Gazprombank. Dadurch kontrolliert die Bank Rossija indirekt sowohl die Gazprombank als auch die Gazprom-Media-Gruppe, zu der unter anderem die regierungsnaher Zeitung Izvestija, die Fernsehsender NTV und TNT sowie der Radiosender Ècho Moskvj (Aktienanteil von 66 Prozent) gehören. Zum Rossija-Konzern gehört ebenfalls der in Russland einflussreichste Medienkonzern Nationale Mediengruppe (NMG), deren Verwaltungsratsvorsitzende seit September 2014 Alina Maratovna Kabaeva (die Geliebte von V. Putin) ist, nachdem diese Funktion zuvor von seinem Neffen Kirill Kovalčuk ausgeübt worden war, der dann den Vorsitz des Managements übernahm.⁶⁹³ Zur NMG gehören neben vielen Zeitungen und Webseiten unter anderem der früher regierungskritische Privatfernsehsender Ren-TV.⁶⁹⁴

Arkadij Romanovič Rotenberg

A. Rotenberg ist ein Oligarch, er gilt als Vertrauter von Präsident Putin und verdankt ihm sein Vermögen, welches im Juli 2018 laut Forbes auf etwa 2,5 Mrd. US-Dollar geschätzt wird.⁶⁹⁵

A. Rotenberg ist der ältere Bruder des Oligarchen Boris Rotenberg, eines engen Jugendfreundes von V. Putin. Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Boris Rotenberg ist er Eigentümer der „SGM Group“ (SGM steht für „Strojgazmontaž“, Bau, Gas, Montage) – die Gruppe ist ein Hauptauftragnehmer von Gazprom beim Bau von Öl- und Gasleitungen. Die Rotenberg-Brüder gründeten 2001 die SMP Bank, die in 40 russischen Städten mit mehr als 100 Geschäftsstellen operiert, davon die Hälfte alleine im Großraum Moskau, Ableger gibt es auch in Lettland. Die

⁶⁹⁰ Gennady Timchenko (forbes.com) (25.2.2022, Zugriff 30.10.2023)

⁶⁹¹ <http://eng.csr-nw.ru/about-csr-nw/directorate>

⁶⁹² <http://abr.ru/about/corp/akcioneri/>

⁶⁹³ [Алина Кабаева станет председателем совета директоров «Национальной Медиа Группы» - Газета.Ru \(gazeta.ru\)](http://gazeta.ru) 15.9.2014 (Zugriff 23.10.2023)

⁶⁹⁴ Ren TV – Wikipedia

⁶⁹⁵ [Arkady Rotenberg \(forbes.com\)](http://forbes.com) (24.10.2023, Aufruf 24.10.2023)

SMP ist nach zwölf Jahren zu einem der 40 größten Finanzinstitute Russlands avanciert. Gemeinsam mit seinem russisch-zyprischen Geschäftskollegen und Milliardär Alexander Ponomarenko gewann A. Rotenberg 2013 eine Ausschreibung für den Umbau eines Teils des staatlich betriebenen Flughafens Šeremet'evo außerhalb von Moskau.⁶⁹⁶ Im März 2014 wurde im Zuge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland eine Vermögenssperre seitens der USA und der EU gegen ihn verhängt.

Vladimir Ivanovič Jakunin

1972 schloss V. Jakunin sein Studium zum Bau von Fluggeräten am Leningrader Mechanischen Institut ab. Seine berufliche Laufbahn begann er am Staatlichen Institut für Angewandte Chemie, wo er von 1972 bis 1975 arbeitete, 1977 bis 1982 war er leitender Ingenieur in der Verwaltung des Staatskomitees für Außenhandel beim Ministerrat der UdSSR, von 1982 bis 1985 Leiter der Auslandsabteilung am Physikalisch-Technischen Joffe-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Zwischen 1985 und 1991 gehörte Jakunin der sowjetischen diplomatischen Mission bei den Vereinten Nationen an. Anfang 1991 schied er aus dem Staatsdienst aus, wurde Unternehmer und Vorstandsvorsitzender des Business Centers „Internationales Zentrum für wirtschaftliche Zusammenarbeit“. 1997 kehrte er in den Staatsdienst zurück und übernahm die Leitung der Nord-West-Regionalinspektion der Hauptkontrollverwaltung im Präsidialamt der Russischen Föderation. Am 2003 wurde er Vizepräsident der Russische Eisenbahnen AG, an deren Spitze Gennadij Fadeev stand. 2005 wurde Jakunin zum Chef der Russischen Eisenbahnen berufen.

Jakunin gilt als Freund des russischen Präsidenten V. Putin. Er wird den sog. „Silovarchen“ zugerechnet. Der Begriff „Silovarch“ ist eine Kombination aus Silovik und Oligarch. Silovarchen sind Angehörige der führenden politischen Elite Russlands unter Putin. Typischerweise handelt es sich bei Silovarchen um „führende Beamte der Sicherheitsdienste und der Strafverfolgung.“ Dem Politologen Stefan Meister zufolge, ist Jakunin innerhalb der russischen Elite einer der „Hauptvertreter eines aggressiven und intoleranten Konservatismus.“⁶⁹⁷ Er ist Vorsitzender am Zentrum des nationalen Ruhms und bei der Stiftung „St.-Andreas-Fahne“, die Projekte in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Russisch-Orthodoxen Kirche finanziert.

2016 gründete Jakunin gemeinsam mit dem Göttinger Politikwissenschaftler Peter W. Schulze und dem österreichischen Juristen und ehemaligen Politiker Walter Schwimmer in Berlin das Forschungsinstitut Dialog der Zivilisationen (DOC), dessen Aufsichtsrat er vorsteht. Zum Zeitpunkt seiner Eröffnung hatte das „Forschungsinstitut“ weder eigene Räumlichkeiten noch Wissenschaftler vorzuweisen.⁶⁹⁸ Der „Tagesspiegel“ sprach deshalb von einer „Potemkinschen Denkfabrik.“⁶⁹⁹ Er gründete ein weiteres Forum, das Jugendforum von Rhodos, das von der Bewegung Youth Time betrieben wird. Mit anderen Oligarchen hat Jakunin ein ganzes Netzwerk aus Stiftungen sowie Organisationen aufgebaut, viel Geld sei etwa an ultrareligiöse Gruppierungen in Europa geflossen, zum Kampf gegen die Abtreibung.⁷⁰⁰

Andrej Aleksandrovič Fursenko

Fursenko absolvierte die Fakultät für Mathematik und Mechanik der Staatlichen Universität in St. Petersburg. Nach dem Abschluss arbeitete er am Physikalisch-Technischen Joffe-Institut

⁶⁹⁶ [Alexander Ponomarenko \(forbes.com\)](https://www.forbes.com) (Aufruf 24.10. 2023)

⁶⁹⁷ [Russlands Silowarchen: Putin näher als die Oligarchen - Das sind die mächtigsten Männer hinter dem Kreml-Chef \(merkur.de\)](https://www.merkur.de) 26.4.2022 (Zuriff 22.10.2023)

⁶⁹⁸ [GERMANY: INTERDEPENDENCE AS VULNERABILITY from THE KREMLIN'S TROJAN HORSES: Russian Influence in France, Germany, and the United Kingdom on JSTOR](https://www.jstor.org/stable/resrep03685.6) (1.11.2016, Zugriff 24.10.2023)

⁶⁹⁹ [Wladimir Jakunin: Putin-Vertrauter weiht Denkfabrik in Berlin ein - DER SPIEGEL](https://www.der-spiegel.de) (1.7.2016, Zugriff 24.10.2023)

⁷⁰⁰ [Notizen aus Bremen: Ein Obskurant und Philanthrop - Die Geschäfte des Herrn Wladimir Iwanowitsch Jakunin | Russland-Analysen | bpb.de](https://www.bpb.de) (15.7.2016, Zugriff 21.10.2023)

der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. 1991 bis 1993 war er Vizechef des Unternehmens „Zentrum für zukunftssträchtige Technologien und Arbeitsbereiche“ und anschließend bis 2001 stellvertretender Leiter der „Regionalen Stiftung für wissenschaftliche und technische Entwicklung“ in Sankt Petersburg, die sich unter anderem mit der Gewinnung von Investoren für diverse regionale Hochtechnologieprojekte befasste. 1995 trat Fursenko der damaligen Regierungspartei „Unser Haus Russland“ (Naš dom – Rossija / NDR) bei. Von Dezember 2001 bis Juni 2002 war er stellvertretender Minister für Industrie, Wissenschaft und Technologien, 2004 bis 2012 war er Minister für Bildung und Wissenschaft. Er gilt als Mitglied der St.-Petersburg-Connection (St. Petersburger Putin-Clan. Auch „Piter-Clan“ genannt). Im März 2014 wurde er im Zuge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 von der US-Regierung der Specially Designated Nationals List hinzugefügt, d.h. seine Bankguthaben sind blockiert; US-Bürger dürfen keine Geschäfte mit ihm tätigen.

Die „Familie“

Hier handelt es sich um den Kreis der Verwandten, Funktionäre und Geschäftsleute rund um den ersten russischen Präsidenten Boris El‘cin.

Valentin Borisovič Jumašev

V. Jumašev ist ein russischer Journalist, Politiker und Immobilien-Entwickler, Schwiegersohn des verstorbenen ehemaligen Präsidenten Boris El‘cin und Mitglied seines inneren Zirkels.

Tatjana Borisovna Jumaševa (geb. El‘cina, in zweiter Ehe D‘jačenko)

T. Jumaševa ist eine Tochter des ehemaligen russischen Präsidenten Boris El‘cin, die lange Zeit eine wichtige Rolle in seinem Beraterstab spielte. Nach Abschluss des Studiums der Mathematik und Kybernetik an der Lomonosov-Universität arbeitete sie bis 1994 als Programmiererin in der Ballistikabteilung des Konstruktionsbüros „Saljut“. Sie war anfangs auch Beraterin von V. Putin, der sie 2000 entmachtete.⁷⁰¹ Es wurde ihr vorgeworfen, zur Amtszeit El‘cins gemeinsam mit Boris Berezovskij großen Einfluss auf die Politik ihres Vaters ausgeübt und westliche Geldhilfen veruntreut zu haben.⁷⁰²

Boris Abramovič Berezovskij

B. Berezovskij wurde als Sohn eines jüdisch-russischen Akademikerehepaars in Moskau geboren. Er studierte Elektrotechnik und mathematische Mechanik und schloss sein Studium 1973 an der Lomonosov-Universität Moskau ab. Er habilitierte sich 1983 über das Thema Entscheidungstheorie. Seit 1991 war er korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften.⁷⁰³ Nach seinem Studium arbeitete Berezovskij bis 1987 an verschiedenen Forschungsinstituten im Bereich Steuerung, Automatisierung und Managementsysteme. Seit 1973 arbeitete er mit dem Automobilkonzern AvtoVAZ zusammen. Mit Beginn der Perestrojka in der Sowjetunion stieg er in die Privatwirtschaft ein und gründete gemeinsam mit AvtoVAZ die Autohandelsfirma LogoVAZ und baute in Russland das größte Autohandelsnetz auf.

Im Oktober 1993 gründete er zusammen mit einigen AvtoVAS-Managern die „Allrussische Automobil-Allianz“ (Avtomobil‘nyj vserossijskij al‘jans / AVVA), mit deren Investorengeldern er wiederum bei der Privatisierung große Anteile von AvtoVAS für sich erwarb. Berezovskij verdiente viel Geld mit dem Import von Mercedes-Fahrzeugen nach Russland und als ein Mittelsmann für Autos des AvtoVAS-Konzerns.⁷⁰⁴ Seit 1994 beteiligte sich Berezovskij als Hauptaktionär am größten und flächendeckenden Sender Russlands ORT (Ostankino rossijskoe

⁷⁰¹ The Ice-Cold Strategy - TIME (5.3.2000, Zugriff 24.10.2023)

⁷⁰² Russland: Putin entlässt Jelzin-Tochter - DER SPIEGEL (3.1.2000, Zugriff 24.10.2023)

⁷⁰³ Березовский Б.А. - Общая информация (www.ras.ru) (25.03.2013, Zugriff 24.10.2023)

⁷⁰⁴ Obituary: Boris Berezovsky - BBC News 23.3.2013 (Zugriff 24.10.2023)

television) unterhielt. Im selben Jahr überlebte er in seinem Auto einen Bombenanschlag. Im darauffolgenden Jahr wurden im Zusammenhang mit der Ermordung des populären ORT-Direktors Vladislav Nikolaevič List'ev, der mit Berezovskij einen Konflikt über die Sendepolitik von ORT hatte, gegen ihn Ermittlungen angestrengt, die jedoch eingestellt wurden.

Im Wahlkampf 1996 unterstützte Boris Berezovskij – der inzwischen auch über Beteiligungen am Ölkonzern Sibneft und an der Fluggesellschaft Aeroflot verfügte – mit seinem Sender ORT und finanziellen Beiträgen maßgeblich die Wiederwahl von Boris El'cin zum Präsidenten Russlands. Er initiierte zu diesem Zweck die sogenannte „Sieben-Bankiers-Bande“ („Semibankirščina“), einen Zusammenschluss reicher Oligarchen, die mit Geld und „administrativen Maßnahmen“ den in Umfragen bei vier Prozent liegenden El'cin im zweiten Wahlgang noch einmal ins Präsidentenamt bekamen. In der Folge hatte Berezovskij während der zweiten Amtszeit des geschwächten El'cin großen Einfluss auf den Präsidenten. Er war eine der ganz wenigen Personen, die jederzeit Zugang zu ihm hatten, und er war mit El'cins Tochter Tatjana befreundet. Berezovskij verklagte das Magazin „Forbes“, weil es ihn als den Paten des Kremls bezeichnete. El'cin ernannte Berezovskij nach dem erfolgreichen Wahlkampf zum Vizepräsidenten des Nationalen Sicherheitsrates. Diese Funktion musste er jedoch wieder aufgeben, als er 1997 in den Verdacht geriet, illegale Bankgeschäfte in Tschetschenien zu tätigen. Ein neues Amt erhielt er 1998 als Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / GUS. Auch diesen Posten musste er wieder verlassen, als 1999 die russische Staatsanwaltschaft gegen ihn im „Fall Aeroflot“⁷⁰⁵ wegen illegaler Geschäftstätigkeiten und Geldwäsche ermittelte. Laut eigener Aussage war es Berezovskij, der den vermeintlich leicht manipulierbaren V. Putin 1999 ins Amt des Ministerpräsidenten gehievt und somit als Nachfolger für El'cin installiert hat. Nachdem aber Putin Ende 1999 das Präsidentenamt für den zurückgetretenen El'cin übernommen hatte, stellten sich für Berezovskij Probleme ein – wie für alle Oligarchen, die sich unter Präsident Putin nicht aus der Politik heraushielten. Zu Berezovskijs Firmenimperium gehörten inzwischen, nebst ORT, auch drei Tageszeitungen (darunter die „Nezavisimaja gazeta“ und der „Kommersant“) sowie der Fernsehkanal TW-6. In Konflikt mit Putin unter anderem wegen der Reform des Föderationsrats, wegen des Zweiten Tschetschenienkriegs und wegen des ungenügenden Krisenmanagements nach dem Untergang des U-Bootes K-141 Kursk geraten, trat Berezovskij im August 2000 zurück. Noch im selben Jahr ging Berezovskij ins Exil. Einige seiner Firmenbeteiligungen (darunter die Anteile an ORT, Aeroflot und Sibneft) verkaufte er an Roman Abramovič. Später wurde ihm in Russland Korruption und Geldwäsche vorgeworfen, im Vereinigten Königreich bekam er politisches Asyl. Von London aus versuchte Berezovskij Einfluss auf die Innenpolitik Russlands zu nehmen. In Russland existierte gegen ihn seit 2001 Haftbefehl wegen Unterschlagung bei einer seiner Finanztransaktionen zum Nachteil der Investoren. Nach der Verhaftung von Michail Chodorkovskij im Oktober 2003 stellte er sich hinter ihn und unterstützte Ivan Petrovič Rybkin bei der Präsidentschaftswahl 2004. Das hatte zur Folge, dass Berezovskij zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt wurde. Die Regierung warf ihm vor, für den Tod des im November 2006 vergifteten Putin-Gegners Aleksandr Valterovič Litvinenko verantwortlich zu sein. Auch für den Tod der Journalistin Anna Politkovskaja machte die russische Regierung Berezovskij verantwortlich. Im Juni 2006 rief Berezovskij zum Sturz der Regierung Putin auf. Damit handelte er sich eine Rüge des damaligen britischen Außenministers Jack Straw ein. Im April 2007 erhob die russische Generalstaatsanwalt Anklage gegen Berezovskij wegen illegaler Aneignung von 214 Millionen Rubel (6,2 Millionen €) der Fluggesellschaft Aeroflot Anfang der 1990er Jahre. In São Paulo wurde gegen ihn wegen mutmaßlicher Verwicklung in einen Geldwäscheskandal, diesbezüglich erließ ein brasilianisches Gericht im Juli 2007 einen Haftbefehl. Im August 2007 erging von einem Moskauer Gericht ein weiterer Haftbefehl: Berezovskij habe sich 1997 bei der russischen Bank SBS-Agro einen

⁷⁰⁵ "Fall Aeroflot": Russischer Sonderermittler Wolkow demnächst in der Schweiz - SWI swissinfo.ch (15. Juli 2000, Zugriff 23.10.2023)

Kredit über umgerechnet 9,4 Millionen Euro zum Kauf eines Hauses an der Côte d'Azur erschlichen.⁷⁰⁶ Nach seinem Tod erhob die russische Justiz Ansprüche auf das Vermögen des Verstorbenen, der sich Reichtümer illegal angeeignet haben soll und mehrfach in Russland in Abwesenheit verurteilt wurde.

Am 23. März 2013 wurde Berezovskij von einem Angestellten tot im Bad seines Hauses in Ascot gefunden. Die folgende gerichtliche Untersuchung und die rechtsmedizinischen Abklärungen gelangten im März 2014 zum Schluss, es sei nicht zweifelsfrei festzustellen, ob es sich um Selbstmord oder um ein Tötungsdelikt handele,⁷⁰⁷ einem nach britischem Recht so genannten „open verdict“, welches die Todesursache explizit nicht feststellt und so einen Verdacht bestehen lässt.

Aleksandr Stal'evič Vološin

Vološin absolvierte 1978 die Staatliche Universität für Verkehrswesen Moskau. Nach dem Studium arbeitete er einige Jahre in verschiedenen Positionen bei der Moskovskaja Železnaja Doroga. 1983 ließ sich Vološin in der Allunionsakademie für Außenhandel einschreiben, im Anschluss daran war er bis 1992 als leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereichsleiter und als stellvertretender Abteilungsleiter im Allunions-Forschungsinstitut tätig. Im November 1997 wurde Vološin zum Assistenten von Valentin Borisovič Jumašev (Schwiegersohn El'cins), dem Leiter der Präsidialverwaltung der Russischen Föderation ernannt. Weniger als ein Jahr später stieg er zum stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung. Auf Erlass von Boris El'cin wurde Vološin im März 1999 zum Chef der russischen Präsidialverwaltung berufen. Im Dezember desselben Jahres und im Mai 2000 bestätigte ihn V. Putin in seinem Amt. Von 1999 bis 2004 war Vološin Mitglied des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Laut dem Politologen Sergej Aleksandrovič Markov, von Vološin stamme die Idee der sogenannten „Gelenkten Demokratie“ (Upravljaemaja demokratija), wonach die politischen Probleme, die sich nicht demokratisch lösen lassen, „anders gelöst werden müssen“.⁷⁰⁸ Anfang der 2000er Jahre bezeichnete man Vološin daher als den „grauen Kardinal des Kremls“.⁷⁰⁹

Zwischen 1999 und 2008 hatte Vološin die Position des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der im Energiesektor tätigen Firmengruppe Unified Energy System inne. Nach deren Auflösung übernahm er den Vorstandsposten im Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft „Nornickel“.⁷¹⁰ Seit 2012 nimmt er eine führende Funktion im Vorstand des größten russischen Eisenbahn-Transportunternehmens Freight One ein.

Roman Arkad'evič Abramovič

Abramovič ist israelischer Herkunft. Seine Familie väterlicherseits stammte aus Belarus' und war nach der Oktoberrevolution nach Tauragė in Litauen ausgewandert. Nach der Annexion Litauens durch die Sowjetunion im Jahr 1940 wurde die Familie nach Sibirien deportiert, sein Großvater Nahim Abramovič starb im Gulag. Roman war 18 Monate alt, als seine Mutter Irina Michalenko an den Folgen einer heimlichen Abtreibung starb. Als er vier Jahre alt war, starb sein Vater Arkadij Abramovič (1937–1970) bei einem Bauunfall. Bis zu seinem achten Lebensjahr wuchs Abramovič bei einem Onkel väterlicherseits, Leib Abramovič, einem Ölingenieur in Uchta, auf und danach bei einem weiteren Onkel, Abraham, in Moskau. Am Moskauer Gubkin-Öl- und Gas-Institut studierte Abramovič Ingenieurwissenschaft. Während der Perestrojka gründete Abramovič als 21-jähriger Student das Unternehmen Ujut, das Produkte wie Gummienten und Fußbälle herstellte. Abramovič stieg in das Ölgeschäft ein, als er nach dem

⁷⁰⁶ [Mysteriöser Tod: Boris Beresowskis Spuren in der Schweiz](#) - 20 Minuten Aktualisiert 25. März 2013

⁷⁰⁷ [Polizei: Oligarch Beresowski starb durch Erhängen | tagesschau.de](#) (archive.org)

⁷⁰⁸ [Биография Александра Волошина - РИА Новости, 01.03.2020](#) (ria.ru)

⁷⁰⁹ <http://www.demos-center.ru/reviews/986.html>

⁷¹⁰ [Команда 2000: что стало с людьми, которые привели Путина к власти - Настоящее Время](#) (svoboda.org) (3.4.2018, Aufruf 25.10.2023)

Untergang der Sowjetunion zwischen 1993 und 1996 das Moskauer Büro des Schweizer Rohölhändlers Runicom leitete, über den er größere Ölgeschäfte mit Raffinerien abwickelte, vor allem mit der größten russischen Raffinerie im sibirischen Omsk. 1992 begegnete er erstmals Boris Berezovskij, dessen Kontakte zu Boris El'cin er sich zunutze machte. Mit ihm konnte er sich nach dem Zerfall der Sowjetunion ein weitverzweigtes Firmenimperium aufbauen, indem er ehemals staatliche Betriebe aufkaufte (z.B. Sibneft für etwa 250 Millionen Dollar). Zum Besitz der von ihm kontrollierten Holding Millhouse Capital gehörten schließlich 80 % von Russlands fünftgrößtem Ölkonzern Sibneft, 50 % des Aluminiumkonzerns RUSAL, 26 % der Fluggesellschaft Aeroflot und 37,5 % des Autoproduzenten Ruspromavto. Offenbar unter dem Eindruck der Verfahren gegen Michail Chodorkovskij verkaufte Abramovič nach und nach seine Anteile an russischen Unternehmen. Seine Aeroflot-Aktien verkaufte er im März 2003 an den russischen Staat. Die RUSAL-Anteile verkaufte Abramovič in zwei Schritten 2003 und 2004 an die Gruppe „Basovyj Element“ von Oleg Deripaska. Seine Mehrheit an Sibneft verkaufte er Ende 2005 mit sehr großem Gewinn, für 13 Milliarden Dollar an den halbstaatlichen Gaskonzern Gazprom.⁷¹¹ Westliche Banken gewährten Darlehen über zwölf Milliarden Dollar, etwa die Hälfte davon kam russischen Medienberichten zufolge vom niederländischen Institut ABN Amro und der Dresdner Bank.⁷¹²

Lange Zeit galt Abramovič als wichtigster Oligarch im Umfeld des damaligen Präsidenten V. Putin.⁷¹³ Er hat jeden Falls den Weg für den Machtwechsel von Ex-Präsident Boris El'cin zu Putin im Jahr 2000 mitbereitet. 2011 verklagte ihn Boris Berezovskij auf 5,6 Milliarden US-Dollar. Er warf seinem früheren Geschäftspartner vor, ihn beim Verkauf des Unternehmens Sibneft betrogen und ihn um seine Anteile gebracht zu haben. Am 31. August 2012 wurde Berezovskijs Klage von einem Londoner Gericht abgewiesen.⁷¹⁴

Der Herkunft seines Vermögens hat die BBC einen eigenen Beitrag gewidmet.⁷¹⁵ Demnach profitierte Abramovič finanziell von der Privatisierung einiger Unternehmen des Staates, kaufte günstig Unternehmen und veräußerte sie später mit Gewinn. Er profitierte auch von der Zerschlagung des Jukos-Konzerns.

Nachdem die britische Regierung im Zuge des versuchten Mordes an Sergej Skripal schärfere Kontrollen zum finanziellen Hintergrund von Investoren einführte, zog Abramovič seinen Antrag auf Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis in Großbritannien zurück und ließ sich in Israel nieder.⁷¹⁶ Ende 2021 erhielt er die portugiesische Staatsbürgerschaft aufgrund eines Gesetzes, wonach Portugal Menschen, deren jüdische Vorfahren im 15. Jahrhundert vertrieben wurden, die Staatsbürgerschaft gewährt. Die Umstände seiner Einbürgerung werden aktuell untersucht.⁷¹⁷ Seit Mitte März 2022 ist ihm die Einreise in das Vereinigte Königreich aufgrund von Sanktionen verwehrt. Abramovič lebt heute wieder in Moskau.

Sergej Viktorovič Pugačov

S. V. Pugačov Ist ein ehemaliges Mitglied des inneren Kreises von V. Putin. Seit 1992 baute er die Mežprombank (Internationale Industriebank) auf, die 2010 pleiteging. Der Bankrott der Bank, die während der Finanzkrise Staatskredite von über einer Milliarde US-Dollar erhielt, galt als einer der größten Finanzskandale Russlands.⁷¹⁸ Von 2001 bis 2011 vertrat er die

⁷¹¹ Rußland: [Gasprom kauft Sibneft für 13 Milliarden Dollar - Wirtschaft - FAZ](#) (28.09.2005, Zugriff 26.10.2023)

⁷¹² [„Markus Lanz“/ZDF zum Ukraine-Krieg: Schmutziges Geld im Fußball? Der Fall von Putin-Freund Abramowitsch \(merkur.de\)](#) (17.03.2022 Zugriff 26.10.2023)

⁷¹³ [BBC One - Panorama, Roman Abramovich's Dirty Money](#) (19.3.2022, Zugriff 26.10.2023)

⁷¹⁴ [Beresowski gegen Abramowitsch: Gericht weist Klage ab - DER SPIEGEL](#) (31.08.2012, Zugriff 26.10.2023)

⁷¹⁵ [BBC One - Panorama, Roman Abramovich's Dirty Money](#) (19.3.2022, Zugriff 26.10.2023)

⁷¹⁶ [Roman Abramovich posed threat to public security, Swiss police said | Roman Abramovich | The Guardian](#) (25.9.2018)

⁷¹⁷ [Sanktionen gegen Oligarchen: EU will Abramowitsch-Vermögen einfrieren - n-tv.de](#) (14.03.2022, Zugriff 26.10.2023)

⁷¹⁸ [Haftbefehl gegen Oligarchen Pugaschow annulliert - DER SPIEGEL](#) (27.12.2013, Zugriff 26.10.2023)

Republik Tuva im russischen Föderationsrat. Außerdem pflegte er enge Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche. Im Januar 2011 setzte er sich ins Ausland ab. Die russische Regierung beantragte im November 2014 einen Interpol-Haftbefehl gegen ihn.⁷¹⁹ Ein Londoner Gericht verhängte eine Vermögenssperre gegen ihn. Pugačov besitzt seit 2009 die französische Staatsbürgerschaft.⁷²⁰

*Michail Borisovič Chodorkovskij*⁷²¹

M. Chodorkovskij wurde als Sohn eines russisch-jüdischen-Chemikers und einer russisch-orthodoxen Chemikerin geboren. 1981 nahm er ein Chemiestudium am Chemisch-Technischen Mendeleev-Institut in Moskau auf, das er 1986 als Diplomchemiker und 1988 den Studiengang als Volkswirt am Moskauer Plechanov-Institut abschloss. Ursprünglich wollte Chodorkovskij in die Rüstungsindustrie eintreten, aber wegen seiner jüdischen Herkunft väterlicherseits konnte er diesen Berufswunsch nicht realisieren.⁷²² In der Sowjetunion gehörte Chodorkovskij zu jenen Kadern des Parteinachwuchses, welche die Phase der beginnenden Privatisierung zum eigenen Vorteil nutzen konnten. „Hier herrschte in den Übergangszeiten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Gesetz des Dschungels. Keiner wusste genau, welche Vorschriften noch galten – ich nutzte das aus“, erklärte er 2002 und beschrieb sich selber als „Räuberbaron“ in jenen Jahren.⁷²³

1989 übernahm Chodorkovskij den Vorsitz der „Kommerziellen Innovationsbank für wissenschaftlich-technischen Fortschritt“, einer der ersten Privatbanken Russlands, die mit dem Ziel gegründet wurde, Geldmittel für das „Zentrum für wissenschaftlich-technisches Schöpferum der Jugendstiftung für Jugendinitiative“ / NTTM zu beschaffen. 1990 kaufte diese Bank dem Exekutivkomitee des Moskauer Sowjets das NTTM ab und benannte es in Menatep-Invest um. Chodorkovskij war nun Generaldirektor dieses Unternehmens und ab 1991 Vorstandsvorsitzender. In der Gründerphase nach dem Untergang der Sowjetunion konnte die Menatep-Bank rasch an Bedeutung gewinnen, was Chodorkowski wiederum zu politischen Beziehungen in Regierungskreisen und im Umfeld des ersten russischen Präsidenten El'cin verhalf. 1992 wurde Chodorkovskij Mitglied im Beraterstab des russischen Premierministers und im März 1993 Stellvertretender Minister für Brennstoffe und Energie. 1993 bis 1994 war er auch Mitglied des „Rats für Industriepolitik“ bei der russischen Regierung, 1993 beteiligte er sich an der Finanzierung und Organisation des Wahlkampfes für Präsident Jelzin während der Parlamentswahlen am 12. Dezember 1993.

Am 30. März 1995 nahm Chodorkowski an der Kabinettsitzung teil, auf der erstmals das „Loans For Shares“-Programm vorgeschlagen wurde, in dessen Rahmen einige große Erdölunternehmen privatisiert wurden. Die Menatep-Bank konnte bei den Auktionen 1995/1996 45 % der Aktien des Mineralölunternehmens Yukos erwerben. Die wichtigste Transaktion gelang der Menatep-Bank durch ihre Tochtergesellschaft zur Aktienverwaltung Rosprom im Jahr 1995. Unter Leitung von Platon Leonidovič Lebedev, dem ehemaligen Vize-Vorstandsvorsitzenden von Yukos sicherte sich die Rosprom in einer Privatisierungs-Pfandauktion die Aktienmehrheit des vertikal integrierten Ölunternehmens Yukos für 309 Millionen Dollar und damit weit unter

⁷¹⁹ <http://www.interpol.int/notice/search/wanted/2014-58489> (Zugriff 26.10.2023)

⁷²⁰ AgoraVox (Frankreich): Verdächtigungen in Korruption, gerichtliche Ermittlungen, Verkauf von Familienwertsachen - das Pugačov-Fall vergiftet die Beziehungen Frankreichs und Russlands | 07.10.2022, InoSMI (inosmi.ru) (6.10.2020, Zugriff 26.10.2023)

⁷²¹ Vgl.: Gernot Erler: Der Fall Chodorkowski: Zur Tomographie eines politischen Konflikts. Microsoft Word - Erler_Chodork.doc (gernot-erler.de) Beitrag für Gabriele Gorzka - Peter W. Schulze (Hrsg.): Wohin steuert Russland unter Putin? – Der autoritäre Weg in die Demokratie. Frankfurt am Main - New York 2004

⁷²² Michail Chodorkowski - Munzinger Biographie (Aufruf 26.10.2023)

Keith Gessen: Cell Block Four: Khodorkovsky · LRB 25 February 2010 (Aufruf 26.10.2023)

⁷²³ Erich Follath: Wer ist Michail Chodorkowski? In: Michail Chodorkowski (Hrsg.): Briefe aus dem Gefängnis. Mit einem Essay von Erich Follath. München, 2011. S. 23–58, S.31 ff.

dem Marktwert des Unternehmens. Da die Menatep-Bank schon vorher die Hausbank von Jukos war und auch die Auktion selbst durchführte, hatte sie optimale Startbedingungen für den Erwerb der Aktien bzw. Insiderwissen. Einwände unterlegener Bieter blieben unberücksichtigt. Im April 1996 gab Chodorkovskij den Vorstandsvorsitz der Bank Menatep ab und wechselte in die Führung von Jukos, dem damals zweitgrößten russischen Ölkonzern. Bei den Präsidentschaftswahlen Mitte 1996 setzte er sich gemeinsam mit anderen Großunternehmern massiv für die Wiederwahl El'zins ein. Im Oktober 1996 wurde er Mitglied des „Konsultativrats für Bankwesen“ bei der russischen Regierung. Als sich Rosprom und Jukos 1997 zu einer Holding vereinigten, übernahm Chodorkovskij deren Führung als Vorstandsvorsitzender. Im November 1998 wurde er als Mitglied ins Kollegium des Energieministeriums berufen. Mit letzterem, das die Verteilung der Erdölexportquote neu regelte, geriet er im Oktober 1999 in Konflikt. Nachdem er in der Zeitung „Vedomosti“ erklärt hatte, dass die Bildung eines Reservefonds für die Erdölexportquote den Diebstahl fördere und es auch erlaube, Exportrechte ohne Kontrolle zu verteilen, verklagte ihn das Ministerium wegen Beleidigung.

Als Jukos-Vorstandsvorsitzender sorgte Chodorkovskij, der die Rubel-Krise von 1998 überstanden hatte, für größere Transparenz bei Jukos und legte die Anteilseigner offen. Er führte westliche Standards bei der Buchführung ein und erklärte „Ehrlichkeit, Offenheit und Verantwortung“ zum Leitmotiv. Durch diese Reformen reduzierte er die Produktionskosten um zwei Drittel und erreichte damit eine niedrigere Kosten-pro-Barrel-Quote als alle anderen russischen Ölfirmen. Bald darauf galt er als reichster Mann Russlands. Jukos wurde unter Chodorkowski zu einem der führenden russischen Rohstoffunternehmen. Chodorkovskij setzte zunehmend auf Corporate Governance, forderte das russische Unternehmertum auf, mehr Verantwortung zu übernehmen, und finanzierte auch soziale Vorhaben.

Chodorkovskij war stets bemüht, seinen Einfluss auf die russische Innenpolitik, den er seit den Zeiten der Semibankirščina hatte, weiter auszubauen. Er finanzierte Oppositionsparteien, wie 1999 zur Wahl der Duma die liberale Partei Jabloko, aber auch die Kommunistische Partei und die Regierungspartei Einiges Russland⁷²⁴ Eine Erklärung zur Unterstützung solch ideologisch unterschiedlicher Parteien liefert Ivan Gračov, ehemaliges Mitglied des Zentralrates der Partei Jabloko: „Erdöl-Lobbyisten kauften im Grunde genommen Jabloko, aber das bedeutet nicht, dass sie auch die Ideologie dieser Partei teilen. Das Ziel ist, über Jabloko Plätze in der Duma zu bekommen und eigene Leute dorthin zu schleusen, die die Interessen der Großindustrie vertreten werden.“⁷²⁵ Schließlich verdächtigte er die Regierung öffentlich der Korruption. Immer deutlicher stilisierte sich Chodorkovskij selbst als Mann des Westens. Er versuchte, US-Unternehmen an Yukos zu beteiligen: So führte er Verhandlungen mit den US-Ölkonzernen Exxon-Mobil und Chevron Texas über eine mögliche Beteiligung. 2002/2003 erreichte er erneut eine Steigerung der Förderungsleistungen von Yukos und brachte nun die Fusion mit Sibneft zustande.

Chodorkovskij war ein Kritiker der sog. Gelenkten Demokratie [Upravljaemaja demokratija] (und damit des russischen Präsidenten V. Putin). 2001 gründete er in London die „Open Russia Foundation“, Ziel und Motivation dieser Stiftung „ist der Wunsch, die Offenheit, das Verständnis und die Integration zwischen den Menschen in Russland und dem Rest der Welt zu fördern“⁷²⁶ Die Stiftung unterstützte insbesondere Lehrerbildung und kulturelle Aktivitäten. Chodorkovskij setzte sich in Regionen, in welchen Yukos arbeitete, für Bildungsprojekte ein. Die Stiftung in Russland wurde 2006 durch den russischen Staat geschlossen.⁷²⁷

⁷²⁴ [Andrew Wilson: "Political technology": why is it alive and flourishing in the former USSR? | openDemocracy](#) (17. 6. 2011, Zugriff 26.10.2023)

⁷²⁵ Viktor Timtschenko: Chodorkowskij. Legenden, Mythen und andere Wahrheiten. Herbig, München 2012, S. 262

⁷²⁶ [Vision for Russia \(khodorkovsky.com\)](#) 13.1.2014

⁷²⁷ [Russia Effectively Closes a Political Opponent's Rights Group - The New York Times \(nytimes.com\)](#) 18.3.2006 (Zugriff 27.10.2023)

Am 19. Februar 2003 gerieten Chodorkovskij und Putin vor laufenden Fernsehkameras über die Frage der Korruption heftig aneinander. Mit diesem Schlagabtausch begann das Drama Chodorkovskijs.⁷²⁸ Am 25. Oktober 2003 wurde er bei einem Zwischenstopp mit seinem Privatjet in Novosibirsk festgenommen und in Moskau inhaftiert. Wenig später erging ein Haftbefehl, wonach er durch Unterschlagung und Steuerhinterziehung am russischen Staat einen Gesamtschaden in Höhe von über einer Milliarde US-Dollar verursacht haben soll.⁷²⁹ In westlichen Medien wurde seine Verhaftung mit seinem pro-westlichen politischen Engagement in Verbindung gebracht; Chodorkovskij sei so in Konflikt mit der Regierung unter Präsident V. Putin geraten. Dieser hatte den Oligarchen zwar mehr oder weniger offiziell zugesichert, dass ihre zurückliegenden Gesetzesüberschreitungen während der „Raubritterphase“ der El‘cin-Ära nicht verfolgt würden – aber nur, wenn sie die politischen Interessen Russlands vertreten. Der Staatsanwalt forderte in der Folge eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren. Neun Jahre Haft in einem Straflager für Chodorkovskij und seinen Geschäftspartner Lebedev lautete im Mai 2005 schließlich das Urteil, unter anderem wegen schweren Betrugs und Steuerhinterziehung.⁷³⁰ Ein Revisionsgericht reduzierte im September 2005 die Strafe auf acht Jahre Haft.⁷³¹ Bereits 2004 hatten Chodorkovskijs Anwälte eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht. Sie warfen Russland vor, es habe aus politischen Motiven mit Chodorkovskij abrechnen wollen. Die vom Gerichtshof fast in vollem Umfang zugelassene Beschwerde⁷³² war teilweise im Zusammenhang mit der Festnahme, der Untersuchungshaft und ihrer gerichtlicher Prüfung erfolgreich, weil in verschiedenem Umfang das Verbot erniedrigender Behandlung und das Recht auf Freiheit verletzt worden seien; den Missbrauch des Strafverfahrens zu politischen Zwecken verneinte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 31. Mai 2011.⁷³³ Chodorkovskij erhielt Schadenersatz von 10.000 Euro und Prozesskostenerstattung von 14.500 Euro. Russland kündigte Berufung gegen das Urteil an. Nach seiner Verurteilung wurde er im Oktober 2005 in das sibirische Straflager JaG 14/10 (Ispravitel’noe učreždenie obščego režima JaG-14/10) in Krasnokamensk, im östlichen Länderdreieck Russland-China-Mongolei inhaftiert. Im Dezember 2006 wurde er in ein Untersuchungsgefängnis nach Čita verlegt. Chodorkovskij trat Ende Januar/Anfang Februar 2008 in einen Hungerstreik,⁷³⁴ der nach elf Tagen am 8. Februar 2008 sein Ziel erreichte, dem schwer kranken Untersuchungshäftling Vasilij Georgievič Aleksanjan, der zuletzt im Jukos-Vorstand Vizevorsitzender Chodorkowskis gewesen war, die nötige medizinische Behandlung zu verschaffen.⁷³⁵ Aleksanjan verstarb im Oktober 2011 40-jährig, drei Jahre nachdem er aus dem Gefängnis entlassen worden war, an den Folgen seiner AIDS-Erkrankung in seinem Haus in Moskau. Anträge Chodorkovskijs auf vorzeitige Entlassung lehnten die Gerichte im August und Oktober 2008 ab.⁷³⁶ Im Februar 2009 wurde Chodorkovskij von seinem Gefängnis in Sibirien nach Moskau gebracht, um sich weiteren Prozessen zu stellen. In einem Verfahren, das Anfang März 2009 begann, warf ihm und erneut auch Lebedev die Staatsanwaltschaft vor, in den Jahren 1998 bis 2003 Einnahmen von umgerechnet rund 20 Milliarden Euro unterschlagen zu haben.⁷³⁷ Das

⁷²⁸ Margareta Mommsen – Angelika Nußberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Rußland. München, 2007, S. 132,

⁷²⁹ [Michail Chodorkowski: Russischer Öl-Zar hinter Gittern - Wirtschaft | STERN.DE \(archive.org\)](#) (Zugriff 27.10.2023)

⁷³⁰ Dazu Kommentar von der AG Friedensforschung: [Chodorkowski zu neun Jahren Haft und Straflager verurteilt, 04.06.2005 \(Friedensratschlag\) \(ag-friedensforschung.de\)](#) (Zugriff 27.10.2023)

⁷³¹ [Acht Jahre Arbeitslager für Chodorkowski – DW – 23.09.2005](#) (Zugriff 27.10.2023)

⁷³² [Michail Chodorkowskis Beschwerde gutgeheissen | Der Bund 23.05.2009](#) (Zugriff 27.10.2023)

⁷³³ [HUDOC - European Court of Human Rights \(coe.int\)](#)

⁷³⁴ [Russland: Chodorkowski rechnet im Hungerstreik mit Putin ab - DER SPIEGEL](#) (07.02.2008, Zugriff 27.10.2023)

⁷³⁵ [Chronik: Vom Öl-Mogul zum Häftling | tagesschau.de \(archive.ph\)](#) (11.9.2012, Zugriff 27.10.2023)

⁷³⁶ [Häftling Nummer Eins \(fr.de\)](#) (29.01.2019, Zugriff 27.10.2023)

⁷³⁷ [Ex-Ölmagnat Chodorkowski droht neue Verurteilung – DW – 03.03.2009](#) (Zugriff 27.10.2023)

Moskauer Chamovniki-Gericht sprach die beiden im Dezember 2010 wegen Unterschlagung von 218 Millionen Tonnen Öl und Geldwäscherei schuldig. Sie wurden zu je sechs weiteren Jahren Haft verurteilt.⁷³⁸ Die Verteidigung hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Der Prozess gegen Chodorkovskij und Lebedev sowie das Urteil riefen laute internationale Kritik hervor.⁷³⁹ Am 14. Februar 2011 sorgte ein Interview für Aufsehen. Natalja Vasil'eva, eine Assistentin des Richters Viktor Danilkin, die während des Prozesses als Gerichtssprecherin diente, behauptete, Danilkin sei das Urteil von den russischen Behörden aufgezwungen worden. Vasil'eva zufolge entsprach das von Danilkin am Stadtgericht vorbereitete Urteil nicht den Erwartungen. Deshalb sei ihm vom Moskauer Zentralgericht ein anderes Urteil vorgelegt worden, das er habe verlesen müssen. Vasil'eva schildert im Interview detailliert, wie die politische Einflussnahme ausgesehen haben soll. Richter Danilkin bezeichnete die Äußerungen als Verleumdung. Das Moskauer Stadtgericht wies die Vorwürfe, das Urteil stamme nicht von Danilkin, zurück.⁷⁴⁰ Im Vorfeld der Urteilsverkündung hatte eine Äußerung von Ministerpräsident Putin für Wirbel gesorgt. Am 16. Dezember 2010, bevor das Urteil gesprochen wurde, sagte Putin in der Fragestunde einer Fernsehsendung, es sei davon auszugehen, dass „die Verbrechen von Herrn Chodorkovskij vor dem Gericht bewiesen wurden“. „Jeder Dieb muss ins Gefängnis“, sagte Putin. Chodorkovskijs Anwalt Jurij Markovič Šmidt kritisierte die „direkte Einmischung“ Putins in den Prozess, durch die Druck auf den Richter ausgeübt werde. „Das ist nach Artikel 17 der europäischen Menschenrechtskonvention verboten“, sagte Šmidt und kündigte an, dies in einer Klage vor dem europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorzubringen, sollte Chodorkovskij verurteilt werden.⁷⁴¹ Russlands Präsident Medvedev kritisierte Putin für dessen Äußerungen am Fernsehen indirekt: „Weder der Präsident noch ein anderer Beamter hat das Recht, seine Position in diesem Fall oder irgendeinem anderen Verfahren vor dem Urteilsspruch wiederzugeben.“⁷⁴² Am 24. Mai 2011 bestätigte ein Moskauer Berufungsgericht das Urteil der Vorinstanz, reduzierte aber die Gesamtstrafe um je ein Jahr. Als Begründung für die Reduktion der Strafe ging das Gericht von einer weit kleineren Menge Öl aus, die unterschlagen worden sei. Amnesty International erklärte Chodorkovskij und Lebedev nach Abschluss des Berufungsverfahrens zu gewaltlosen politischen Gefangenen (Prisoners of conscience).⁷⁴³ Ende Mai 2011 stellten Chodorkovskij und Lebedev einen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung mit der Begründung, sie hätten mehr als die Hälfte ihrer Haftstrafe verbüßt. Dieser Antrag wurde als formell unzureichend abgelehnt, worauf die beiden Inhaftierten einen zweiten einreichten. Noch bevor darüber entschieden wurde, wurde Chodorkovskij ins Straflager Nummer 7 im Kreis Segezja in der russischen Teilrepublik Karelien verlegt.

Die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte entschieden im Januar 2020 einstimmig, dass Russland „das Menschenrecht der Antragsteller auf einen fairen Prozess verletzt“ habe.⁷⁴⁴ Das Gericht stellte fest, dass Chodorkovskij und Lebedev wegen Handlungen verurteilt wurden, die keine Straftaten waren. Die Anerkennung eines solchen Verstoßes gegen Artikel 7 der Konvention bedeutet, dass das Urteil nichtig wäre. Der Autor des Berichts in der *Novaja gazeta* gab sich erstaunt, dass das Gericht trotz der Aussage „Wir müssen davon

⁷³⁸ <http://www.tagesschau.de/ausland/chodorkowski190.html> (31.12.2010, Zugriff 27.10.2023)

⁷³⁹ Kommentare zum Urteil: <http://www.tagesschau.de/ausland/chodorkowski180.html> 29.12.2010, (Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁰ Natalja WASSILJEWA – eine Pressesprecherin in Russland wird zur Whistleblowerin - antageslicht.de (aktualisiert:24.08.2015, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴¹ [Vorverurteilung: Putin spricht Chodorkowski in TV-Show schuldig - DER SPIEGEL](http://www.der-spiegel.de) (16.12.2010, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴² [Fall Chodorkowski: Medwedew distanziert sich von Putin - DER SPIEGEL](http://www.der-spiegel.de) (24.12.2010, Zugriff 27.10.2023)
⁷⁴³ <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/russian-businessmen-declared-prisoners-conscience-after-convictions-are-upheld-2011> (24 May 2011, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁴ [MDR.DE](http://www.mdr.de) (14.1.2020, Zugriff 27.10.2023)

ausgehen, dass das Verbrechen von Herrn Chodorkovskij vor Gericht bewiesen wurde“ von Präsident Putin, dies während laufender Verhandlung, nicht als politisch motiviert anerkannte.⁷⁴⁵

Am 18. Dezember 2013 verabschiedete das russische Parlament anlässlich des 20. Jahrestages der russischen Verfassung ein vom Kreml eingebrachtes Amnestiegesetz. Nachdem Präsident Putin nach der Pressekonferenz am 19. Dezember 2013 unabhängig davon auch Chodorkovskijs Begnadigung angekündigt hatte,⁷⁴⁶ wurde er nach einem ihm nahegelegten Gnadengesuch schon am folgenden Tag freigelassen⁷⁴⁷ und reiste nach Deutschland aus. Seit der Freilassung Chodorkovskijs erstellt Open Russia Berichte zum Zustand Russlands. Im Weiteren sucht sie Freiwillige zur Mitarbeit und Förderung von freien Wahlen oder unterstützt die Suche nach in der Ukraine gefallenen Russen.⁷⁴⁸ Chodorkovskij lebt heute mit seiner Familie in London. Seit Dezember 2015 fahndet die russische Justiz erneut nach ihm, nun wegen eines angeblichen Mordes am ehemaligen Bürgermeister der Stadt Neftejugansk im Jahr 1998.⁷⁴⁹

St. Petersburger Mafiosi

Ilja Traber

I. Traber ist ehemaliger U-Boot Soldat, handelte während der Perestrojka-Zeit mit Antiquitäten auf dem Schwarzmarkt. Er ist Mittelsmann zwischen Putins Sicherheitsbehörden und der Tambov-Mafia (Tambovskaja prestupnaja gruppirovka). Die Tambov-Bande ist eine einflussreiche Gruppierung der russischen Mafia, sie stammt aus Sankt Petersburg, wo sie in den 1990er-Jahren Bekanntheit erlangte. Nach Berichten des russischen Fernsehsenders Dožd' wird Ilja Traber als einer der Köpfe der Organisation vermutet. Über die Briefkasten-Firma „Fort“ soll außerdem der ehemalige Chef von Rosneft Eduard Chudajnatov involviert sein.⁷⁵⁰ Auch der St. Petersburger Geschäftsmann Vladimir Kumarin, der 1994 von V. Putin eine Lizenz zur Versorgung der Stadt mit Erdöl-Produkten erhalten hatte, gilt als eine Führungsfigur. Er wurde im Jahr 2007 in Russland verhaftet.⁷⁵¹ Neuer Kopf soll nun der Putin-Vertraute Gennadij Petrov sein.⁷⁵²

Vladimir Vladimirovič Kumarin

Kumarin ist Anführer der Tambov-Mafia, sog. „Nachtregent“ von St. Petersburg, Geschäftspartner von Traber.

Moskauer Mafiosi

Semjon Judkovič Mogilevič

S. Mogilevič ist jüdisch-ukrainischer Herkunft und einer der Anführer der zahlreichen Gruppierungen der russischen Mafia. Er wird vom FBI beschuldigt, eine führende Person der organisierten Kriminalität in Russland zu sein. Einem Bericht der Weltbank zufolge wird er

⁷⁴⁵ Ни справедливости, ни политики. Суд в Страсбурге вынес решение по жалобе Лебедева и Ходорковского — Новая газета (novayagazeta.ru) (15.1.2020 Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁶ Russland: Putin begnadigt Michail Chodorkowskij - Politik - SZ.de (sueddeutsche.de) (19. Dezember 2013, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁷ Chodorkowskij: Gnadengesuch ja, Schuldeingeständnis nein - Politik - SZ.de (sueddeutsche.de) (20. Dezember 2013, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁸ <https://openrussia.org/post/view/1772/> (1 April 2015, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁴⁹ Russland: Mordvorwurf gegen Michail Chodorkowski "eine Farce" - DER SPIEGEL (11.12.2015, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵⁰ Mafia-Kontakte eines Ex-Rosneft-Chefs? – DW – 25.08.2017 (25.08.2017, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵¹ Petersburger Pate: Jetzt sitzt Gevatter Wladimir im Knast - WELT (25.08.2007, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵² Neue Putin-Biografie: Geldwaschen am Komsomol-See - taz.de (Zugriff 27.10.2023)

verdächtigt ein Oberhaupt der russischen Solncevo-Bruderschaft [Solncevskaja bratva] zu sein. Mogilevič, so die Weltbank, habe ein Vermögen mit Waffenhandel, Erpressung und Prostitution aufgebaut. Der britische Journalist Luke Harding.⁷⁵³ schrieb 2011, Mogilevič besitze die Fähigkeit, die kompliziertesten Betrugssysteme zu seiner persönlichen Bereicherung zu nutzen, und sei einer der ersten gewesen, der die sich bietenden Möglichkeiten des Kapitalismus und des allmählichen Zusammenwachsens der kriminellen Welt mit der Politik in Russland erkannte. Mogilevič verfüge über ein unglaubliches Gespür und glänzendes Verständnis der globalen Wirtschaft, was ihm erlaubte, ein riesiges Vermögen von etwa 10 Milliarden Dollar zu erwerben. Seine kriminelle Karriere begann er in den 1970er Jahren in Kyjiv. Nach Akten der sowjetischen Miliz hatte er damals Verbindungen zum organisierten Verbrechen in Moskau gepflegt. Vor allem hatte er für die Ljubereckaja-Mafiagruppierung (so benannt nach der Stadt Ljubercy_in der Oblast Moskau) gearbeitet und sich mit kleineren Betrugsdelikten und Devisenhandel am Schwarzmarkt beschäftigt. Außerdem zog er Profit aus Bestattungsmodalitäten.⁷⁵⁴ Für seine kriminellen Machenschaften stand er in Kyjiv zwei Mal vor Gericht: Zum ersten Mal kam er 1973 wegen illegaler Devisengeschäfte für drei Jahre ins Gefängnis. Das zweite Mal wurde er 1977 wegen Betrugs für vier Jahre verurteilt.⁷⁵⁵

In den 1980er Jahren beteiligte er sich an organisatorischen Maßnahmen, um den sowjetischen Juden die Ausreise nach Israel zu erleichtern. Damals unterhielt die UdSSR keine diplomatischen Beziehungen mit Israel. Ein Visum konnte man nur über das niederländische Konsulat erhalten. Das Hauptproblem der auswandernden Juden war dabei, dass die sowjetischen Gesetze es verboten, Wertsachen (Gemälde, Schmuck etc.) und Geldmittel außer Landes zu bringen. Mogilevičs Betrugsschema sah vor, dass abends nach Geschäftsschluss ein Mitarbeiter des Konsulats, ein Strohmann von Mogilevič, die ausreisewilligen Juden in seinem Büro empfängt und ihnen anbietet, ihre Wertsachen und Gelder gegen eine Gebühr ihm zu überlassen und bei Ankunft in Israel wieder zu erhalten. Hunderte von jüdischen Emigranten vertrauten diesem Vorschlag und erkannten erst in Israel, dass sie einem Betrüger zum Opfer gefallen sind. Mit diesem Coup war Mogilevič, der persönlich nie in Erscheinung trat, sehr erfolgreich und verdiente große Summen.⁷⁵⁶

In den frühen 1980er Jahren schloss sich Mogilevič der Solncevskaja-Bruderschaft an. Seine Beziehung zu deren Anführern Sergej Michajlov und Viktor Averin waren von Angst, aber nicht von Unterwürfigkeit geprägt. Michajlov und Averin benutzten Mogilevič zur Durchführung verschiedener Finanztransaktionen.⁷⁵⁷ Mitte der 1980er Jahre verlagerte Mogilevič seinen Wohnsitz von Kyjiv nach Moskau. In den Jahren der Perestrojka gründete er zusammen mit Sergej Timofeev (Deckname: Silvestr), dem Anführer der Orechovskaja-Gruppierung, die sich 1989 mit der Solncevskaja Bratva verbündete⁷⁵⁸, in Moskau die Ölgesellschaft „Arbat International“. Das Öl wurde auf Schiffen, die bei der staatlichen Schwarzmeer-Seereederei gemietet wurden, in andere Länder transportiert.⁷⁵⁹

Sergej Anatol'evič Michajlov

S. Michajlov ist ein russischer Geschäftsmann und der mächtigste Pate des größten und einflussreichsten russischen kriminellen Syndikats „Solncevskaja Bratva“. Er ist besser bekannt unter seinem Spitznamen „Michas“. Als junger Mann machte Michajlov im Zentrum Moskaus

⁷⁵³ Luke Harding: Mafia State. How One Reporter Became an Enemy of the Brutal New Russia, London 2011

⁷⁵⁴ Семен Могилевич: миллиардер средней руки - Ведомости (vedomosti.ru) (28. 1. 2008, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵⁵ Дело Могилевича: черный Адам и бойня в Киеве - Расследования | Сегодня (segodnya.ua) (4.2.2014, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵⁶ Department of Justice, Federal Bureau of Investigation: Semion Mogilevich Organization. Eurasian organized crime, August 1996, S. 2–3 Datei:FBI Mogilevich.pdf – Wikipedia

⁷⁵⁷ Federico Varese: Mafias on the Move. How Organized Crime Conquers New Territories, Princeton University Press, Princeton 2013, S. 65 ff.

⁷⁵⁸ Могилевич — База «СПИСОК ПУТИНА» (spisok-putina.org) (Zugriff 27.10.2023)

⁷⁵⁹ Datei:FBI Mogilevich.pdf – Wikipedia (Zugriff 27.10.2023)

eine Ausbildung zum Oberkellner mit Englischkenntnissen im Hotel „Sovetskaja“, wo er nachher sechs Jahre lang seinen Beruf ausübte. In seiner Freizeit widmete er sich dem griechisch-römischen Ringen und war zu Sowjetzeiten in diesem Kampf- und Kraftsport Kandidat für den Meistertitel. 1984 wurde er im Alter von 26 Jahren wegen Versicherungsbetrugs zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Ende der 1980er machte Michajlov seine ersten Schritte als Unternehmer. Am Flughafen Moskau-Vnukovo handelte seine Kooperative mit Blumen und verschiedenen Bedarfsartikeln, und zwar neben den Verkaufsständen von Semjon Judkovič Mogilevič. Damals lernten sich die beiden späteren Mafiabosse kennen und freundeten sich an.⁷⁶⁰ Als erfolgreichem Kampfsportler und ehemaligem Gefängnisinsassen gelang es ihm, die Jugend von Solncevo um sich und seinen Sportkollegen Viktor Averin zu scharen. Zu einem treuen Begleiter wurde Evgenij Ljustarnov, der 1976 unter Mordanklage gestanden hatte, dann aber für unzurechnungsfähig erklärt und in die Freiheit entlassen wurde.⁷⁶¹ Michajlov begann Sportklubs zu gründen, indem er arbeitslose, aggressive junge Männer aus demselben Bezirk anwarb. Gemeinsam mit Averin gründete er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine neue kriminelle Gruppierung und nannte sie „Solncevskaja“ (nach dem Bezirk Solncevo). Angesichts der Bedrohung seitens einer tschetschenischen Gruppierung verbündete sich Michajlov 1989 mit Sergej Timofeev (Deckname Silvestr), dem Anführer der Orechovskaja Gruppierung, die hauptsächlich aus Sportlern und Ringern bestand.⁷⁶² Bis Ende der 1980er Jahre schützte und kontrollierte die Brigade mit ihren Anführern Michajlov, Averin und Timofeev bereits mehr als 20 Wirtschaftsunternehmen in Stadt und Oblast Moskau, darunter den ehemaligen Arbeitgeber Michajlovs – Hotel „Sovetskaja“.

Als Michajlov zusammen mit seinen Kumpanen Timofeev, Averin und Ljustarnov im Dezember 1989 wegen Erpressung von Geld und Autos der Marke Volvo verhaftet wurde, nannten die in diesem Fall aussagenden Zeugen 24 Unternehmen, die den „Schutz“ seiner Brigade genossen. Dazu zählten vor allem zahlreiche Restaurants, wie „Pokrovka“, „Olimp“, „Turist“, „Kometa“, „Aist“, „Nil“, „Jakor“. In einigen dieser Gaststätten lagerte die Brigade ihre Waffen. Von der Solncevskaja erpresst wurde der Vorsitzende der Kooperative „Fond“ Vadim Rozenbaum. Zunächst hatte Rozenbaum seinen Freund Arkadij Margolin gebeten, Leute zu finden, die ihn vor Racketeers schützen könnten. Margolin machte Rozenbaum mit den „Sportlern“ Michas, Avera und Silvestr bekannt. Rozenbaum gab später bei der Untersuchung an, dass bei ihrer ersten Begegnung die „Sportler“ kein Geld wollten, sondern eine Reise nach Westdeutschland sowie neue Pkw wie Volvo oder Mercedes-Benz. Rozenbaums deutscher Geschäftspartner Armen Heck besorgte für Michajlov und Averin, die extra nach Deutschland kamen, jeweils einen Volvo, und Rozenbaum zahlte dafür. Zwei Fahrzeuge waren allerdings eine zu geringe Bezahlung für die geleisteten Schutzdienste. So vergab Rozenbaum an Michajlov, Averin und Ljustarnov verschiedene fiktive Posten in seiner Kooperative und zahlte ihnen monatlich ein für damalige Zeiten sehr hohes Gehalt: Michajlov wurde Chef der Einkaufsabteilung, Averin stellvertretender Vorsitzender für Sport- und Gesundheitsfragen, Ljustarnov bevollmächtigter Direktor. In Wirklichkeit übten sie diese Tätigkeiten nicht aus. Für den tatsächlichen Schutz der Kooperative sorgten fünf Mitglieder der Solncevo-Bruderschaft, darunter Averins jüngster Bruder Aleksandr, und erhielten ebenso einen hohen Monatslohn von Rozenbaum. Timofeev verlangte von Rozenbaum auch einen PkV. Die kriminellen Machenschaften brachten Michajlov ein Jahr und acht Monate Untersuchungshaft ein, anschließend wurde der Fall Mangels an Beweisen geschlossen, weil die Zeugen bedroht worden waren und ihre zuvor gemachten Aussagen zurückzogen. Sie behaupteten, sie hätten ihre Aussagen auf Anweisung des Kooperationsbesitzers Rozenbaum getätigt. Bei mehreren Durchsuchungen wurden bei Michajlov

⁷⁶⁰ [Как живут авторитетные предприниматели – герои лихих 1990-х гг. - Ведомости \(vedomosti.ru\)](http://vedomosti.ru)

⁷⁶¹ [Жизнь солнцевского авторитета – Газета Коммерсантъ № 227 \(945\) от 07.12.1995 \(kommersant.ru\)](http://kommersant.ru) (7.12.1995, Zugriff 27.10.2023)

⁷⁶² Federico Varese: *Mafias on the Move. How Organized Crime Conquers New Territories*, Princeton University Press, Princeton 2013, S. 65 ff

verschiedene Berechtigungsscheine bzw. Ausweise vorgefunden z.B. einen Mitarbeiterausweis einer fiktiven Firma „Fond Armen Heck“, der dem Besitzer das Nutzungsrecht auf ein Fahrzeug der Marke Volvo erteilte. Michajlov ließ sich diesen Ausweis von einem Offizier des Presse-dienstes des Innenministeriums anfertigen, um für sich Kraftfahrzeugkennzeichen, mit denen Sonderrechte verbunden waren, beantragen zu können. Im November 1994 wurde die Wohnung von Michajlov erneut durchsucht und man fand zwei weitere Ausweise. Einer gewährte ihm uneingeschränkten Zugang zur Russischen Präsidialverwaltung (als Mitarbeiter) und der andere wies ihn als CNN-Korrespondenten aus. Zwischen 1991 und 1993 wurde Michajlov nicht strafrechtlich verfolgt. Er konnte in dieser Zeit die Einfluss-sphäre seiner Solncevskaja-Bruderschaft ausweiten und seine kriminellen Geschäfte legalisieren. Unter seiner unmittelbaren Beteiligung wurden verschiedene Firmen gegründet: „Maksim“, „SW-Holding“ und „Arbat International“ in Russland, „Magnex“ in Ungarn, „Arigon“ in England sowie „Empirebond“ in Israel. Im Herbst 1993 wurde Michajlov im Zusammenhang mit der Ermordung von Valerij Vlasov, Direktor des Spielkasinos „Valerij“, festgenommen. Es war ermittelt worden, dass alle prestige-trächtigen Spielbanken Moskaus unter der Kontrolle der Solncevskaja-Bruderschaft stünden. Michajlov wurde noch am Abend der Festnahme aus der Untersuchungshaft freigelassen, ihm folgten am nächsten Tag die anderen 12 Verdächtigen der Bruderschaft. Kurz nach diesem Vorfall verließ Michajlov im Dezember 1993 Russland und ließ sich in Israel nieder und erhielt die israelische Staatsbürgerschaft, blieb aber gleichzeitig russischer Staatsangehöriger. Er war zu jener Zeit mit einer russischen Jüdin verheiratet, von der er sich später scheiden ließ. Zum anderen war Michajlovs Mutter jüdisch, was ihm das Recht auf israelische Staatsbürgerschaft verlieh. Im Laufe der gerichtlichen Untersuchung im Zusammenhang mit Michajlovs Verhaf-tung 1996 in Genf stellten die Schweizer Behörden fest, dass Michajlov, um in Israel eingebürgert zu werden, eine Scheinehe mit Jelena Medvedovskaja eingegangen war. Gleichzeitig blieb aber Michajlov mit seiner Ehefrau Ludmila verheiratet. Noch während des Gerichtsprozesses in der Schweiz informierte das israelische Innenministerium Michajlov 1998 darüber, dass ihm die israelische Staatsbürgerschaft wieder entzogen wird.

In Israel wurde Michajlov Vorsitzender der internationalen NGO „Haus der Waisenkinder“, einer Non-Profit-Organisation, und betrieb zur selben Zeit nach Angaben seines Anwalts Pogamkov seine Geschäfte in Österreich, Belgien und den USA. In Belgien war Michajlov geschäftsführender Direktor des Unternehmens MAB International, das mit Gebrauchsgütern handelnde Firmen konsultierte.

1993 kamen Michajlov und Averin mit ihren Familien nach Wien, um dort eine Bleibe zu finden. Dort lebten ihre Familien bis 1995. Averins Kinder besuchten dort die Schule, während Michajlov für seine Kinder eine Gouvernante einstellte.

1996 emigrierte Michajlov in die Schweiz. Am 15. Oktober 1996 wurde er in Genf verhaftet. Seine Schweizer Konten mit mehreren Millionen Dollar wurden sofort eingefroren. Schon 1994 hatten die Schweizer Behörden eine Liste bestehend aus 300 in der Sowjetunion geborenen Personen erstellt, welche der engen Verbindungen mit der russischen Mafia verdächtigt wurden. Dieser Fall, über den sehr ausgiebig die wirtschaftsliberale russische Zeitung *Kommersant*⁷⁶³ berichtete, erregte in Russland und der Schweiz großes Aufsehen. Während der Untersuchungshaft saß Michajlov im Gefängnis Champ-Dollon im Kanton Genf. Der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation Jurij Il'ič Skuratov gestand, dass seinerzeit seine Untergebenen den Schweizer Behörden eine falsche Information über die kriminellen Aktivitäten Michajlovs zuge-spielt hatten. Darin hatte es geheißsen, dass Michajlov den russländischen Strafverfolgungs-behörden nicht bekannt war. Skuratov erklärte diesen Irrtum damit, dass die infrage kommen-den Kriminalakten aus dem Computersystem der russländischen Rechtsschutzorgane entfernt wurden.⁷⁶³ Michajlov war noch in weitere gerichtsanhängige Betrugsaffären involviert

⁷⁶³ *Михась – Газета Коммерсантъ № 1 (1183) от 31.01.1997 (kommersant.ru) (31.01.1997, Zugriff 20.10.2023).*

Vjačeslav Kirillovič Ivankov

Vjačeslav Ivankov war ein in Russland und den USA tätiger Boss der russischen Mafia und einer der bekanntesten „Diebe im Gesetz“ [Vory v zakone]. Die „Diebe im Gesetz“ sind nicht Mitglieder einer zusammengehörigen Organisation, sondern jeweils Anführer eines regionalen Verbands. Sein Spitzname Japončik („Kleiner Japaner“) wird auf seine asiatisch anmutenden Gesichtszüge zurückgeführt, könnte aber auch mit seinen Erfahrungen im Kampfsport zusammenhängen.

Evgenij Dvoskin

E. Dvoskin ist ein Mafioso aus Brighton Beach, berüchtigter „Schattenbankier“ Russlands, schleuste mit russischen Sicherheitsbehörden Dutzende Milliarden Dollar Schwarzgeld in den Westen.

Felix Sater (Feliks Michajlovič Šeferovskij)

F. Sater ist Dvoskins bester Freund, wichtiger Geschäftspartner der Trump Organisation, pflegte(e) Kontakte zum russischen Geheimdienst

Die besonderen Player

Vladimir Michajlovič Gundjaev (Metropolit Kyrill)

Gundjaev wuchs in einer Leningrader Priesterfamilie auf. Sein 1907 geborener Vater Michail, welcher aus einer mordwinischen Priesterfamilie aus der Region um Nižnij Novgorod stammt, musste nach seinem Theologiestudium ab 1934 drei Jahre im Kolyma-Gulag verbringen und wurde 1947 zum Priester und Diakon ordiniert. Seine 1909 geborene Mutter Raissa war Deutschlehrerin. Gundjaevs 1940 geborener, älterer Bruder Nikolaj trat 1965 in das Priesterseminar Leningrad ein und studierte später an der Geistlichen Akademie Leningrad weiter.

Nach weiteren Studien in Deutschland wurde er 1969 zum Priester geweiht und nach dem Studienabschluss 1970 Sekretär des Metropoliten Nikodim von Leningrad. Nikodim hatte bereits in den 1960er-Jahren die ökumenische Öffnung der russisch-orthodoxen Kirche gefördert. 1971 wurde Gundjaev zum Archimandriten erhoben und zum offiziellen Vertreter des Moskauer Patriarchats beim Weltkirchenrat bestellt. Er war seither aktiv beteiligt an den ökumenischen Aktivitäten der russisch-orthodoxen Kirche und ihr Hauptgestalter. Dazu gehört auch seine Mitarbeit in der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), in deren „Ausschuss zur Fortsetzung der Arbeit“ (AFA) er bei der IV. Allchristlichen Friedensversammlung 1971 in Prag gewählt wurde. 1972 wurde er Agent des KGB. 1972 wurde er Agent, später Offizier des KGB.⁷⁶⁴ Die Vergangenheit im sowjetischen Geheimdienst verbindet ihn mit dem russischen Präsidenten V. Putin. Unlängst ist erst bekannt geworden, dass Gundjaev in den 1970-er Jahren nach Quellen des Schweizer Bundesarchivs unter dem Decknamen Michajlov in Genf als Spion tätig gewesen ist.⁷⁶⁵ Dort vertrat er offiziell das Moskauer Patriarchat beim Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Laut unbestätigten Medienberichten soll er zudem ein auf vier bis acht Milliarden Dollar geschätztes Privatvermögen auf ausländischen Banken geparkt haben. Von Ende 1974 bis Ende 1984 war Gundjaev Rektor des Priesterseminars von Leningrad und der Theologischen Akademie.

⁷⁶⁴ [Russian Orthodox Church chooses between 'ex KGB candidates' as Patriarch \(thetimes.co.uk\)](https://www.thetimes.co.uk) (26.1. 2009 (Zugriff 29.10.2023))

⁷⁶⁵ Patriarch Kirill I. soll in der Schweiz für den KGB spioniert haben
<https://www.spiegel.de/panorama/patriarch-kirill-i-soll-in-der-schweiz-fuer-den-kgb-spioniert-haben-a-edc6c5bb-bb43-407f-bf32-fb5ad6d1f6dc> (6.2.2023)
<https://religion.orf.at/stories/3217538/> (6.2.2023)

Im März 1976 wurde er zum Bischof von Vyborg in der Diözese Leningrad gewählt. Am 26. Dezember 1984 wurde er zum Bischof von Smolensk und zum Administrator der Diözese Kaliningrad ernannt. 1988 wurde er Erzbischof, 1991 Metropolit. Seit November 1989 ist er zusätzlich Vorsitzender der Abteilung für externe Kirchenbeziehungen des Moskauer Patriarchats (dem Außenamt der russisch-orthodoxen Kirche) und damit zugleich ständiges Mitglied des Heiligen Synod der russisch-orthodoxen Kirche. Als Mitglied der Biblischen und Theologischen Kommission des Moskauer Patriarchats wirkte Gundjaev an den Vorbereitungen zum Moskauer Konzil im Jahre 2000 mit. Nach dem Tod von Patriarch Alexius II. wurde Metropolit Gundjaev am 6. Dezember 2008 von den sieben ständigen Mitgliedern des Heiligen Synod in geheimer Abstimmung zum Statthalter des Patriarchenamtes der Russisch-Orthodoxen Kirche gewählt. Er erhielt den Namen Kyrill I. Der Pomestnyj Sobor, das höchste Konzil der russisch-orthodoxen Kirche, an dem Vertreter aller Eparchien teilnahmen, wählte ihn am 27. Januar 2009 bereits im ersten Wahlgang mit 508 von 702 abgegebenen Stimmen zum 16. Patriarchen in der Geschichte der russischen Orthodoxie. Am 1. Februar 2009 wurde er in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale inthronisiert.

Als Leiter des Außenamtes der russisch-orthodoxen Kirche pflegte Metropolit Kyrill gute Kontakte zur römisch-katholischen Kirche und traf dreimal mit Papst Benedikt XVI. zusammen. Ökumenegegner innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche warfen ihm eine zu große Nähe zur römisch-katholischen Kirche vor. So wurde er dafür kritisiert, im Jahr 2005 Papst Benedikt XVI. nach dessen Papstwahl die Hand geküsst zu haben.⁷⁶⁶ Zuletzt ging Kyrill zunehmend auf Distanz zur römisch-katholischen Kirche und zur Ökumene. Kurz vor seiner Wahl zum Patriarchen schloss er Kompromisse mit anderen christlichen Konfessionen in Glaubensfragen ebenso aus wie gemeinsame Andachten. 2016 schloss er sich Putins Überzeugung an, dass das orthodoxe Christentum dem Islam näher stehe als der römisch-katholischen Kirche, da die Orthodoxie und der Islam an traditionellen Werten festhielten, die römisch-katholische Kirche hingegen nicht.

Kyrill ist ein entschiedener Vertreter für ein Festhalten am traditionellen Familienmodell. Im April 2013 kritisierte er den Feminismus in einer Erklärung scharf und bezeichnete ihn als ein „gefährliches Phänomen“, das Frauen lediglich eine Illusion von Freiheit in Aussicht stelle. Die Rolle der Frau sei stets nach innen konzentriert, beim Haushalt und den Kindern. Der Zerstörung der Familie folge hingegen unweigerlich die Zerstörung des Heimatlandes.⁷⁶⁷ In einer Predigt im Juli 2013 erklärte Kyrill die Legalisierung von „Homo-Ehen“ zu einem Anzeichen für den bevorstehenden Weltuntergang und rief dazu auf, alles zu tun, damit im „Heiligen Russland“ das Gesetz nie die Sünde unterstützt, was ein Prozess der Selbstzerstörung wäre.⁷⁶⁸

Im Juli 2023 sagte Kyrill, im Westen sei der Begriff der Sünde verschwunden, gutgeheißen werde dort eine „Variabilität menschlichen Handelns“. Das sei jedoch genau das, „was der Teufel will: die Konzepte von Gut und Böse durcheinanderbringen“. Russland dagegen sei „frei von diesem Teufelszeug, das zur Norm in den menschlichen Beziehungen erhoben“ werde. Er rief zum Kampf für Vaterland, Kirche und „die gesamte christliche Zivilisation“ auf. Für die Staatsorgane, Präsident Putin und die Armee müsse man beten, „damit wir unsere Positionen nicht aufgeben“, ansonsten stünde „das metaphysische Ende der Geschichte“ bevor, denn Russland befinde sich im Kampf gegen die „Weltherrscher der Finsternis“.⁷⁶⁹

⁷⁶⁶ <http://www.katholisch.de/Nachricht.aspx?NIId=275> (28.01.2009, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁶⁷ <http://www.deutsch-russische-nachrichten.de/2013/04/10/russischer-patriarch-kirill-frauen-sollten-sich-auf-familie-und-kinder-konzentrieren/> (10. April 2013, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁶⁸ <http://www.deutsch-russische-nachrichten.de/2013/07/23/homo-ehen-russischer-patriarch-sieht-weltuntergang-nahen/> (23. Juli 2013, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁶⁹ Putin und Kyrill: Gefährliche Freunde | ZEIT ONLINE (16. August 2012, Zugriff 29.10.2023)

Kyrill gilt als Verbündeter V. Putins. So bezeichnete er die Regentschaft Putins im Zuge der Präsidentschaftswahl in Russland 2012 als „Wunder Gottes“.⁷⁷⁰ Zudem rief Kyrill offen zur Wahl Putins auf.⁷⁷¹

Zu seinem 10-jährigen Amtsjubiläum schrieb „Republic.ru“: „In den letzten Jahren arbeitete der Patriarch mehr als Politiker denn als Hirte“. Zugleich hatte seine moralische Autorität laut einer Studie von 2014 auf einem Tiefstand von einem Prozent gelegen, gleichauf mit Ramzan Kadyrov und hinter Vladimir Vol'fovič Žirinovskij.⁷⁷² Kyrill habe seit Jahren nicht nur Hass auf den Westen gepredigt, sondern auch von den Gläubigen Loyalität gegenüber dem russischen Staat verlangt, so schrieb die NZZ 2022.⁷⁷³

Über Gundjaevs Reichtum wurde / wird Verschiedentliches spekuliert / berichtet. Bereits in den 1990er Jahren soll er im Namen der Kirche mit Zigaretten und Erdöl gehandelt haben, weshalb er von Kritikern auch als „Tabak-Patriarch“ bezeichnet wurde / wird. Sein privates Vermögen wird auf rund 4 Mrd. USD geschätzt. Zu seinen persönlichen Besitztümern soll auch eine Mercedes-Maybach-Luxuslimousine, etwa 20 Residenzen und die Jacht „Pallada“ gehören.⁷⁷⁴

Patriarch Kyrill hat nach der Anerkennung der Selbstständigkeit (Autokephalie) der Orthodoxen Kirche der Ukraine durch den Patriarchen von Konstantinopel diesem die Kirchengemeinschaft aufgekündigt und ihn der Kirchenspaltung bezichtigt. Bartholomaios I. hatte am 6. 1. 2019 die Orthodoxe Kirche der Ukraine als (von Moskau) unabhängige Kirche anerkannt.

Nachdem im Oktober 2019 auch das Oberhaupt der autokephalen orthodoxen Kirche von Griechenland, Erzbischof Hieronymos, Anfang November 2019 das Oberhaupt des Griechisch-Orthodoxen Patriarchats von Alexandria und ganz Afrika, Patriarch Theodoros II., und im November 2020 die orthodoxe Kirche von Zypern die Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkannt hatten, kündigte Kyrill auch ihnen die Gottesdienstgemeinschaft.

Während des russischen Überfalls auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 äußerte sich Kyrill I. mehrfach unterstützend zum russischen Angriff und zu Putins Politik und sprach in dieser Linie der Ukraine ihr Existenzrecht ab. In einer Sonntagspredigt am 6. März 2022 rechtfertigte er den Überfall mit der Begründung, Präsident Putin wolle die Ukraine vor Gay-Pride-Paraden schützen, und bezeichnete die Gegner Russlands als „Kräfte des Bösen“, womit Kyrill den Angriff Russlands „als einen metaphysischen Kampf des Guten (Russland) gegen das Böse“ sehe.⁷⁷⁵

Anfang April 2022 (da dauerte der Krieg gegen die Ukraine schon mehrere Wochen) sagte Kyrill: „Wir sind ein friedliebendes Land und ein sehr leidgeprüftes Volk, das so sehr unter Kriegen gelitten hat wie nur wenige europäische Völker. Wir haben keine Lust auf Krieg oder darauf, etwas zu tun, das anderen schaden könnte.“⁷⁷⁶ In einem Telefonat mit Papst Franziskus hatte Kyrill in einem 20-minütigen, vorgelesenen Monolog den Krieg gerechtfertigt und sprach beispielsweise über Flugzeiten von Raketen. Nachdem der Papst diese Episode in einem Interview erwähnte, war die ROK erbost, bestätigte aber „auf brillianteste Weise“ selber den Sachverhalt, so ein Kommentar auf fontanka.ru.⁷⁷⁷ Papst Franziskus habe nach Kyrills Kriegsfertigung gesagt: „Ich verstehe das alles nicht. Bruder, wir sind keine Beamten, wir sollen nicht die Sprache der Politik sprechen, sondern die Sprache Jesu.“ Auf die darauf folgende

⁷⁷⁰ <http://af.reuters.com/article/worldNews/idAFTRE81722Y20120208> (8.2.2012, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷¹ [Kirills Leidenschaft für Putin \(fr.de\)](#) (14.01.2019, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷² [Политический патриарх. Чего достиг и не достиг Кирилл за десять лет | Мнения | Republic](#)

⁷⁷³ [Putins Patriarch: Kirill predigt Hass im Namen des Friedens \(nzz.ch\)](#) (25.05.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷⁴ [Putins Hassprediger ist Milliardär - jetzt will ihm die EU den Geldhahn zudrehen - FOCUS online](#) (7.05.2023, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷⁵ [Ukraine-Krieg: Moskauer Kirchenoberhaupt rechtfertigt Angriff mit Homophobie \(fr.de\)](#) (07.03.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷⁶ [Патриарх Кирилл: «Мы миролюбивая страна». Глава РПЦ заявил, что Россия не стремится к войне - 3 апреля 2022 - Фонганка.Ру \(fontanka.ru\)](#) (3. 4. 2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷⁷ <https://www.fontanka.ru/2022/05/04/71307170/> (4.5.2022, Zugriff 29.10.12023)

Bemerkung, er sei doch nicht Putins Ministrant, habe die ROK nicht einmal reagiert, so ein dissidenter Diakon.⁷⁷⁸ Bei einem Gottesdienst am 25. September 2022 versicherte Kyrill den russischen Soldaten, dass ihnen im Falle ihres Todes alle Sünden vergeben würden, da der Tod „bei der Erfüllung der militärischen Pflichten“ mit dem Opfertod Jesu am Kreuz zu vergleichen sei.⁷⁷⁹ Andrij Mychalejko, ein renommierter Kenner der ukrainisch-russischen Beziehungen, weist darauf hin, dass Patriarch Kyrill sowohl russische Soldaten segne, die am Überfall Russlands auf die Ukraine mitwirkten, als auch dazu schweige, dass eben diese Soldaten bis Ende April 2022 bereits 36 Kirchengebäude der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Ukraine zerstört hätten.⁷⁸⁰

Im Juni 2022 verhängte das Vereinigte Königreich⁷⁸¹ und im Juli 2022 Kanada Sanktionen gegen Patriarch Kyrill. Als Grund wurde die anhaltende Unterstützung Kyrills für den Krieg Russlands gegen die Ukraine angegeben. Hintergrund sei die „Anfang Juni am Veto Ungarns gescheiterte Verhängung von entsprechenden Strafmaßnahmen gegen das Oberhaupt der ROK durch die Europäische Union“ gewesen. Die Sanktionen umfassen im Falle des Vereinigten Königreichs ein „Einfrieren von Vermögenswerten“, sie „verbieten britischen Staatsbürgern oder Unternehmen, dem Patriarchen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, zudem wurde gegen ihn ein Einreiseverbot verhängt.⁷⁸²

Evgenij Viktorovič Prigožin

Prigožin wurde am 1. Juni 1961 in Leningrad geboren. Seine Mutter arbeitete in einem Krankenhaus, sein Vater starb, als er ein Jahr alt war. Sein Stiefvater war wie sein Vater jüdischer Herkunft. Später besuchte Evgenij Prigožin eine Sportakademie. 1979 wurde er wegen Diebstahls von einem Gericht der Sowjetunion zu einer Bewährungsstrafe und zwei Jahre später wegen Raubüberfalls, Wohnungseinbrüchen und anderer Delikte, darunter Prostitution Minderjähriger, zu 13 Jahren Haft verurteilt. Er verbüßte neun Jahre seiner Strafe in einem russischen Straflager und wurde 1990 aus der Haft entlassen. Nach seiner Haftentlassung stieg er vom Hotdogverkäufer zum Betreiber des ersten Edelrestaurants in Sankt Petersburg auf, in einem Interview beschrieb er, sein Kontakt zu V. Putin habe bei einem Essen begonnen, bei dem er 2001 Putin und den französischen Präsidenten Jacques Chirac bewirtet hatte und dem russischen Präsidenten positiv aufgefallen war. Journalisten vermuten jedoch, dass Prigožin schon früher, in den 1990er Jahren, als er sich in der Sankt Petersburger Glücksspielszene betätigt hatte, auf V. Putin getroffen war, der eine Kommission zur Regulierung des Glücksspiels leitete.⁷⁸³ 2023 gab Putin an, Prigožin seit den frühen 1990er Jahren gekannt zu haben.⁷⁸⁴

Prigožin arbeitete sich zum Inhaber eines komplexen Firmen- und Beteiligungsgeflechts hoch, dessen Anteile häufig zwischen seinen Familienmitgliedern hin- und herbewegt wurden. Die Geschäfte seiner Unternehmen wurden von der in Sankt Petersburg registrierten Firma „Accent“ überwacht. Diese kontrollierte auch die Kunstgalerie seiner Mutter Violetta, seine Immobilien und die Firmen „M Invest“, an der Prigožin den Hauptanteil besaß, sowie „M Finans“, die wegen ihrer Verbindungen zur Gruppe Wagner unter Sanktionen steht. Beide Firmen waren in Operationen der Gruppe in Afrika verwickelt.

⁷⁷⁸ God save Kirill's integrity. While Pope Francis begs for peace, the Moscow Patriarchate strikes back against him (and against everyone!). An illustration of what the new Russian Orthodox Church language is made of and who is creating it — Новая газета Европа (novayagazeta.eu) (19.6.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁷⁹ Moskau: Patriarch: Gefallenen Soldaten werden Sünden erlassen - religion.ORF.at (26.9.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸⁰ Zerreißprobe: Die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine (evangelisch.de) (27.4.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸¹ UK government sanctions Russian Orthodox Church leader Patriarch Kirill | Catholic News Agency (16.6.2022, Zugriff 29.11.2023)

⁷⁸² Großbritannien verhängt Sanktionen gegen Patriarch Kyrill : idea.de (18.06.2022, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸³ Yevgeny Prigozhin: caterer to the Kremlin | openDemocracy (31.7.2014, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸⁴ Putin praises Wagner chief Prigozhin, a "man with a complex fate" | Ukrainska Pravda (24.8.2023, Zugriff 29.10.2023)

In den 2000er Jahren begann Prigožin mit dem Aufbau einer Kette von Schnellrestaurants. Mit der Catering-Sparte seiner Firma „Konkord“ bekam er jedoch zahlreiche öffentliche Aufträge, darunter die Lieferung von Essen an Schulen und Kindergärten in Sankt Petersburg sowie an die russischen Streitkräfte. Außerdem begann er Staatsbankette auszurichten.⁷⁸⁵ Er wurde daher auch als „Putins Koch“[oder „der Koch des Kreml“ bezeichnet. Prigožin selbst wies die vor allem im Westen verwendeten Spitznamen zurück: „Ich bin nicht Putins Koch, ich kann überhaupt nicht kochen!“⁷⁸⁶

Im Jahr 2016 legte der Oppositionelle Aleksej Navalnyj in einem Bericht dar, dass Prigožin von den Gesamtaufträgen des Verteidigungsministeriums Aufträge in Höhe von 23 Milliarden Rubel bekommen hatte. Vehikel dazu waren laut Navalnyj mehrere Unterfirmen, welche sich formal für die öffentlichen Ausschreibungen bewarben, in Wahrheit aber ein Monopol bildeten.⁷⁸⁷ Prigožin strengte verschiedene Klagen gegen Suchmaschinenbetreiber an, weil sie nach seiner Meinung der Verbreitung von „falschen Informationen“ über ihn Vorschub geleistet hätten. Nach Recherchen von Journalisten erwirtschafteten Prigožins Firmen u.a. durch den Bau von Kasernen, die Verpflegung von Soldaten sowie die Essensversorgung in Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern im Jahr 2022 umgerechnet etwa 52 Millionen Euro Gewinn.⁷⁸⁸

2023 berichteten verschiedene europäische Medien über geleakte Dokumente, dass eine Medienholding den Grundstein für seine folgenden Aktivitäten gelegt habe. So kontrolliere sie diverse russische Nachrichtenseiten, überregionale Medien, habe Militärblogger auf Telegram finanziert und umfasse auch den Podcast „Federal Agency News“(FAN)“.⁷⁸⁹ Prigožin wird die Verantwortung für mehrere Propagandaaktionen zugeschrieben, die allesamt zum Ziel hatten, die Regierung von Präsident Putin in einem positiven Licht darzustellen. So wird Prigožin als Eigentümer mit der „Internet-Forschungsinstitut“ (IRA) genannten Troll-Armee in Verbindung gebracht, einer Einrichtung, die putinfreundliche Propaganda im Internet verbreitet und zur Diffamierung von Putins Feinden beitragen soll.⁷⁹⁰

Am 16. Februar 2018 wurde Prigožin nach Ermittlungen des Sonderermittlers Robert Mueller in den Vereinigten Staaten von einer Grand Jury zusammen mit zwölf weiteren Russen wegen Wahleinmischung anlässlich der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten 2016 angeklagt.⁷⁹¹ Ebenfalls wurden dem von Prigožin gegründeten Konzern „Konkord“ mehrere Tarnfirmen zugeordnet, die der Troll-Armee „Patriot Media Group“ (PMG) zugerechnet werden.⁷⁹²

Anfang November 2022 – in der Endphase der (Halbzeit-)Wahlen in den Vereinigten Staaten – schrieb Prigožin auf Vkontakte bezüglich russischer Einmischung in US-Wahlen: „Wir haben uns eingemischt, wir tun es und wir werden es weiter tun.“⁷⁹³ Anfang 2023 gab Prigožin offiziell die Gründung und Leitung der Trollfabrik IRA zu, nachdem er von vielen internationalen Medien im Rahmen einer gemeinsamen Recherche zu Desinformation, Propaganda und Cyberangriffen kontaktiert worden war. In seiner Stellungnahme gab Prigožin außerdem zu, eine

⁷⁸⁵ [Russland - Wie mächtig ist Prigoschin? | tagesschau.de](#) (7.01.2023, Zugriff 23.10.2023)

⁷⁸⁶ [Ukraine-News: Wagner-Chef Prigoschin lobt Ukrainer in entfesseltem Interview | Tages-Anzeiger](#) (tagesanzeiger.ch) (1.6.2023, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸⁷ [Yevgeny Prigozhin, Russian Oligarch Indicted by U.S., Is Known as ‘Putin’s Cook’ - The New York Times](#) (nytimes.com) (16. Februar 2018, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸⁸ [Hoch dotierte Kreml-Verträge: Krieg in der Ukraine füllt Prigoschins Kassen - n-tv.de](#) (25.04.2023, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁸⁹ [Das geheime Imperium von Putins Söldner-Boss: Wagner-Gruppe \(t-online.de\)](#) (20.02.2023, Zugriff 2.9.10.2023)

⁷⁹⁰ [Yevgeny Prigozhin: caterer to the Kremlin | openDemocracy](#) (31.7. 2014, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁹¹ [Mueller klagt 13 Russen an \(faz.net\)](#) (16.02.2018, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁹² [Read the Special Counsel’s Indictment Against the Internet Research Agency and Others - The New York Times](#) (nytimes.com) (16.2.2018, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁹³ [Midterms 2022: Wladimir-Putin-»Koch« gibt russische Einmischung in US-Wahlen zu - DER SPIEGEL](#) (7.11.2022, Zugriff 29.11.2023)

weitere Trollarmee zu unterstützen, die sich als „Cyber Front Z“ bezeichnet und im Internet Desinformation über Kriegsverbrechen im Russisch-Ukrainischen Krieg betreibt.⁷⁹⁴

Ein besonderes Kapitel stellt im Lebenslauf Prigožins die Gruppe Wagner [Gruppa Vagnera] dar. Die paramilitärische Organisation Gruppe Wagner hat enge Verbindungen zum russischen Staat, wobei sie zur hybriden Kriegsführung und für verdeckte Operationen genutzt wird, um im Ausland, überwiegend in Asien und in Afrika, russische Interessen militärisch vertreten zu können und das alles, obwohl Privatarmeen, Söldnergruppen etc. nach der russischen Verfassung verboten sind. Ab etwa 2012 arbeiteten Prigožin und Dmitrij Utkin (Oberstleutnant der Reserve) an der Schaffung der privaten Sicherheits- und Militärorganisation Gruppe Wagner. Utkin, ein Bewunderer des „Dritten Reichs“ und Adolf Hitlers,⁷⁹⁵ führte den Kampfnamen Wagner, nach dem deutschen Komponisten Richard Wagner, den Hitler sehr schätzte. Die Gruppe Wagner war zumindest 2016 als Unternehmen in Argentinien registriert. Sie verfolgt keine klare ideologische Linie, Teile der Organisation Verbindungen haben jedoch Verbindungen zu Neonazis und Rechtsextremisten im Westen. Die Mannschaftsstärke wurde vor dem Aufstand auf ca. 37 000 Mann geschätzt. Prigožin persönlich rekrutierte im Namen der Gruppe Wagner in russischen Straflagern Gefangene für den Kriegseinsatz in der Ukraine (diese Aktion wurde auch im Fernsehen gezeigt⁷⁹⁶). Dabei versprach er denjenigen, die sich für den Einsatz entscheiden, eine Begnadigung, sofern sie sechs Monate an der Front überleben. Er stellte auch klar, dass die Entscheidung der Gefangenen für die Gruppe Wagner endgültig sei und dass sie, wenn sie sich an der Front befinden, nicht mehr umentscheiden könnten. All jene, die sich an der Front umentscheiden und doch nicht kämpfen wollen, würden als Deserteure von einem Exekutionskommando erschossen werden.⁷⁹⁷ Damit die Verurteilten als Mitglieder von Wagner in der Ukraine kämpfen können, werden sie zuvor von Präsident Putin begnadigt.

Besondere Brutalität ist der Fall des ehemaligen Strafgefangenen und im Sommer 2022 als Wagner-Söldner rekrutierten Russen Evgenij Nužin (ein verurteilter Mörder), der sich im September 2022 den Ukrainern ergeben hatte, nach Gefangenaustausch wieder zurück zur Wagner-Gruppe kam und wegen angeblichen Verrates von Wagner-Söldnern mit einem Vorschlaghammer hingerichtet wurde. kommentierte Prigožin dies im November 2022 mit den Worten: „Ein Hund empfängt den Tod eines Hundes [...] Nužin war ein Verräter.“⁷⁹⁸

Die Gruppe Wagner kämpfte seit 2022 gemeinsam mit den regulären russischen Streitkräften in der Ukraine. Sie betreibt im Interesse Russlands subversive Aktivitäten und verdeckte Militäroperationen in Afrika im Stile postkolonialer Interventionen zur Sicherung von Rohstoffen für Russland, usw. Sie finanziert sich durch ein intransparentes Netz von Unternehmen und Konzernen. Kämpfer der Söldnertruppe sollen auch in Armenien im Konflikt um Bergkarabach 2020 auf der Seite Armeniens gegen Aserbaidschan gekämpft haben, ebenso im Sudan⁷⁹⁹. Dabei sollen die Kräfte der Gruppe Wagner die Bedingungen für gute Geschäfte russischer Unternehmen gewährleisten und besonders Gold-, Uran- und Diamantminen schützen. V. Putin pflegte ein gutes Verhältnis zu Al-Bashir und bot sich als Schutzmacht gegen die USA an. Es sind auch Einsätze der Wagner-Truppe in der Zentralafrikanischen Republik, in Libyen, Mali, Mosambik u.a. dokumentiert. Es gibt Hinweise, dass sich Abteilungen der Gruppe Wagner in Madagaskar, Guinea, Guinea-Bissau, Angola, Kongo, Simbabwe befinden, wo sie unter anderem russische Unternehmen beschützen, die dort verschiedene Tätigkeiten von Bergbau bis Bau

⁷⁹⁴ [ZDB-Katalog - Suchergebnisseite: iss="2195-1349"](#) (16.2. 2023, Zugriff 29.10.2023)

⁷⁹⁵ [Putin's Not-So-Secret Mercenaries: Patronage, Geopolitics, and the Wagner Group - Carnegie Endowment for International Peace](#) (8.7.2019, Zugriff 31.10.2023)

⁷⁹⁶ [Video: Wagner-Chef rekrutiert im Gefängnis - news.ORF.at](#) (15.9.2022, Zugriff 31.10.2023)

⁷⁹⁷ <https://www.thedailybeast.com/prigozhin-is-using-africa-to-exploit-africas-anti-colonial-political-revolt> (9.9.2020 – 4.10.2023, Zugriff 31.10.2023)

⁷⁹⁸ [Ukraine und die Gruppe Wagner: Prigoschin wirbt Gefangene an \(nzz.ch\)](#) (17.9.2022, Zugriff 31.10.2022)

[Mord an russischem Deserteur - Die Vorschlaghammer-Methode | Cicero Online](#) (15.11.2022, Zugriff 31.10.2023)

⁷⁹⁹ [Söldner aus Russland: Wie die Wagner-Gruppe ihren Einfluss in Afrika ausweitet - DER SPIEGEL](#) (11.04.2023, Zugriff 31.10.2023)

betreiben. Eine Einheit soll auch in Venezuela (2019) tätig gewesen sein, um Staatspräsident Nicolás Maduro gegen die Opposition zu stützen.

2023 häuften sich jedoch die Konflikte zwischen Prigožin und dem Kreml durch harsche Kritik an Verteidigungsminister Sergej Šojgu und Generalstabschef Valerij Gerasimov hinsichtlich Kriegsführung, mangelnder Unterstützung, der hohen Zahlen an Verlusten udgl. Anfang Juni kündigte das Verteidigungsministerium an, alle Söller-Formationen in die regulären Streitkräfte zu integrieren, was Prigožins Machtbasis unmittelbar gefährdete. Am 23. Juni 2023 rief er zu einem Marsch nach Moskau auf – dem Aufstand der Wagner-Söldner. (Dazu siehe Kapitel „Aufstand der Wagner-Söldner und Prigožins Tod“). Am 23.8.2023 kam er unter nicht vollständig geklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz mit anderen führenden Vertretern der Truppe ums Leben.

Vačeslav Viktorovič Volodin

Volodin gilt als Wegbereiter für die ultrakonservative und autokratische Politik des Präsidenten V. Putin in dessen dritter Amtszeit und wird als „rücksichtslos“ eingeschätzt.⁸⁰⁰ Dabei wird er als möglicher Nachfolger Putins als Präsident gehandelt. Volodin absolvierte zunächst ein Studium am Institut für landwirtschaftliche Mechanisierung in Saratov, das er 1986 abschloss. 1990 wurde er in den Rat der Stadt Saratow gewählt. 1996 wurde er Vize-Gouverneur der Oblast Saratov; im selben Jahr verteidigte er an der St. Petersburger Akademie des Innenministeriums seine Dissertation. Ende 1999 wurde er erstmals als Abgeordneter in die Duma gewählt. Seit dem Jahr 2003 war er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Duma. 2003 wurde er erster stellvertretender Leiter der Fraktion der Partei Einiges Russland in der Duma; 2005 wurde er zum Generalsekretär dieser Partei gewählt. Im Februar 2006 gab die russische Zeitschrift „Finans“ Volodins Vermögen mit 2,7 Milliarden Rubel an und listete ihn auf Rang 351 der reichsten Männer Russlands. Am 21. Oktober 2010 wurde Volodin von Präsident Dmitrij Medvedev zum stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie zum Chef des Generalstabs der russischen Regierung ernannt. Am 27. 12. 2011 wurde er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung ernannt, 2012 wurde er zum Wirklichen Staatsrat 1. Klasse der Russischen Föderation befördert. Im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine 2014 wurde Volodin im Mai 2014 auf die Sanktionsliste der EU gesetzt. Er ist damit von einem Einreiseverbot und von der Sperrung eventueller Konten in der EU betroffen.⁸⁰¹ Im September 2016 wurde er auf Putins Empfehlung zum Sprecher der neu gewählten Duma gekürt. Er gilt als treuer Gefolgsmann Putins und als Verfechter eines harten Kurses. Auf seine Initiative geht etwa die Verabschiedung des sogenannten „Agentengesetzes“ im Jahr 2012, das die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in Russland einschränkt. Zudem wurden unter ihm die Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit weiter beschnitten und Befugnisse der Sicherheitsorgane ausgebaut.⁸⁰²

Nachdem am 24. Februar 2022 der russische Überfall auf die Ukraine begann, behauptete Volodin bei einer Rede im Parlament Nicaraguas, dieser Angriffskrieg wäre eine „friedensstiftende Operation“.⁸⁰³ Im April 2022 behauptete er, Russland hätte ein „Anrecht auf Schadenersatz“ wegen der verhängten Sanktionen. Er warf der westlichen Staatengemeinschaft vor, sie würde „Russland seiner Gasvorräte berauben“.⁸⁰⁴ Volodin, verkündete am 17. Mai 2022 während einer Sitzung des Parlaments, die „ukrainischen Nazi-Verbrecher“ sollten nicht gegen gefangene

⁸⁰⁰ [Wjatscheslaw Wolodin - Rücksichtsloser Pragmatiker - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#) (26. 9. 2016, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰¹ [Wjatscheslaw Wolodin: EU setzt Putin-Mitarbeiter auf Sanktionsliste - WELT](#) (12.05.2014, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰² [ZDB-Katalog - Suchergebnisseite: iss="0174-4917"](#) (Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰³ [Duma-Chef Wolodin: "Friedensstiftende Operation" \(kleinezeitung.at\)](#) (25. Februar 2022, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰⁴ [Russland-Ukraine-News am 20. April: Andrij Melnyk über Gespräch mit Saskia Esken - DER SPIEGEL](#) (20.4.2022, Zugriff 31.10.2023)

Russen ausgetauscht werden, ein entsprechender Beschluss solle vorbereitet werden. Volodin wurde in der Folge deutlicher: „Das sind Kriegsverbrecher und wir müssen alles tun, um sie vor Gericht zu stellen.“ Er forderte hierbei die Todesstrafe für die Gefangenen.

Im Juni 2022 schlug Volodin neue Anti-Homosexuellen-Gesetze vor. Er hatte von 2011 bis 2016 als Ideologe für die Kreml-Verwaltung gearbeitet und war damals der Hauptorganisator des Kampfes gegen die sogenannte „Schwulenpropaganda“. Auf seine Anregung hin verabschiedete die Duma 2013 ein Gesetz gegen Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen. Darin wurde jede Erwähnung von LGBT in Medien, in Filmen oder im Theater verboten.⁸⁰⁵ Im Januar 2023 schlug Volodin die Enteignung von Russen vor, die den Krieg in der Ukraine ablehnen.⁸⁰⁶ Im Mai 2023 forderte er die Bestrafung Polens für den „historischen Verrat“ an der Sowjetunion, der das Land seine Existenz zu verdanken habe, sowie die Zahlung von 750 Milliarden Dollar als Entschädigung für die sowjetischen Investitionen in der Volksrepublik Polen.⁸⁰⁷

Sergej Kužugetovič Šojgu

Šojgu, Sohn eines tuwinischen Vaters und einer russischen Mutter, ist von Beruf Bauingenieur. Nach Abschluss seines Studiums im Jahre 1977 arbeitete er zunächst in diesem Beruf, von 1988 bis 1989 war er Funktionär der KPdSU in Abakan (Südsibirien), von 1989 bis 1990 war er Inspektor des KPdSU-Bezirkskomitees von Krasnojarsk. 1990 wurde er nach Moskau berufen, wo er stellvertretender Leiter des staatlichen Komitees für Architektur und Baufragen der Russischen Föderation wurde. Von 1994 bis 2012 war er Minister für Katastrophenschutz der Russischen Föderation. Vom 2012 war er Gouverneur der Oblast‘ Moskau. Am 6. 11. 2012 wurde er Verteidigungsminister. Im Jahr 1999 erhielt er für seine Tätigkeit die höchste staatliche Auszeichnung „Held der Russischen Föderation“ und wurde zum Generaloberst und im Mai 2003 wurde zum Armeegeneral befördert. Ebenfalls 2003 trat er öffentlich für die Einführung einer Wahlpflicht ein. Er sprach sich dafür aus, denjenigen die russische Staatsbürgerschaft zu entziehen, die sich dreimal hintereinander nicht an den Wahlen beteiligen. Auf seine Initiative hin wurde im Jahr 2016 die Jugendorganisation Junarmija (Jugendarmee) gegründet. In seine Amtszeit als Verteidigungsminister fallen sowohl die militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine und die Annexion der Krim 2014 als auch das Eingreifen Russlands in den syrischen Bürgerkrieg auf Seiten des Assad-Regimes. Wegen der Intervention zugunsten der Separatisten im Donbass eröffnete die Ukraine 2014 ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn.

Am 24. Februar 2022 begann unter seiner Führung der russische Überfall auf die Ukraine. Unter seiner direkten Verantwortung als Verteidigungsminister wurden von den russischen Streitkräften zahlreiche, teils systematisch organisierte Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung und an ukrainischen Militärangehörigen begangen.

Ende Dezember 2022 wurde in deutschsprachigen Medien darüber berichtet, dass Šojgu ähnlich der Gruppe Wagner eine eigene Söldnertruppe unterhalte und im Krieg gegen die Ukraine einsetze.⁸⁰⁸ Am 21. Februar 2023 folgten Medienberichte darüber, dass Wagner-Chef Prigožin Šojgu Verrat vorwerfe, da seine Söldner Russland um Munition im Ukraine-Krieg anbetteln müssten und keine Luftunterstützung erhalten würden. Gleichzeitig zum Streit zwischen

⁸⁰⁵ [Russland - Druck auf Schwule und Lesben: Der zweite Krieg - Kolumne - DER SPIEGEL](#) (24.07.2022, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰⁶ [Liveblog: ++ IAEA-Chef reist erneut in die Ukraine ++ | tagesschau.de](#) (13.01.2023, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰⁷ [Szokujące słowa rosyjskiego polityka. Chce od Polski rekompensaty - Wiadomości \(onet.pl\)](#) (21. 5. 2023, Zugriff 31.10.2023)

⁸⁰⁸ [Konkurrenz zur Gruppe Wagner: Ukraine: Schoigu sendet eigene Söldner an die Front - n-tv.de](#) (28.12.2022, Zugriff 31.10.2023)

Prigožin und Šojgu lobte Ramzan Kadyrov die Gruppe Wagner und kündigte an selbst eine Söldnertruppe gründen zu wollen.⁸⁰⁹

Ramzan Achmatovič Kadyrov

Kadyrovs Vater war der frühere tschetschenische Präsident Achmat Kadyrov, der im Mai 2004 von politischen Gegnern bei einem Anschlag getötet wurde. Nach dem Tod seines Vaters avancierte Ramsan Kadyrov zur wichtigsten Figur in der tschetschenischen Politik. Er wurde zunächst Vize-Ministerpräsident und war in dieser Funktion für Sicherheitsfragen zuständig. Der Aufstieg zum Regierungschef folgte im März 2006. Seitdem erlebte Tschetschenien einen wachsenden Personenkult um Kadyrov. So steht z.B.: „Ramzan, wir sind stolz auf dich“ unter großflächigen Porträts, die über den Straßen Tschetscheniens angebracht sind. Ramzan Kadyrov erhielt im Dezember 2004 per Erlass des russischen Präsidenten Putin den Orden Held der Russischen Föderation. Ab März 2006 war er Premierminister der russischen Teilrepublik Tschetschenien. Die Handlungen von Kadyrov während des Tschetschenienkriegs werden von der Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker als Kriegsverbrechen eingeordnet.⁸¹⁰ Seine diktatorische Amtsführung ist unter Duldung der russischen Regierung geprägt von schweren Menschenrechtsverletzungen (z.B. gegen Homosexuelle in Tschetschenien), außergerichtlichen Tötungen, Folter von seinen Gegnern, Korruption und einem ausufernden Personenkult. Im März 2015 erhielt Kadyrov den russischen „Orden der Ehre“. Dies wurde im Westen teilweise als Geste der Versöhnung mit Moskau gedeutet, nachdem eine staatliche Untersuchung die Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemcov mit Tschetschenien in Verbindung gebracht hatte.⁸¹¹ Am 2. März 2007 wählte das tschetschenische Parlament ihn auf Putins Vorschlag zum Präsidenten des Landes. Seit Oktober 2022 ist er darüber hinaus Generaloberst der russischen Streitkräfte.⁸¹² Zudem befiehlt Kadyrov mit den „Kadyrovcy“ – entstanden 1994 als irreguläre Miliz, die von Achmat Kadyrov geführt wurde – eine verstärkte Division der russischen Nationalgarde.

Kadyrov erhält umfangreiche Unterstützung durch die russische Staatsregierung und Regierungspartei. Unterstützer waren zum Beispiel Armeegeneral Viktor Zolotov, einer der engsten Vertrauten Putins, und Vladislav Surkov, der zwischen 1999 und 2011 für die russische Innenpolitik verantwortlich war. Kadyrov bezeichnet sich als Muslim und als Anhänger eines sunnitischen Sufismus. Laut einer Zusammenstellung von Fakten durch Ilja Jašin (oppositioneller Politiker der Bewegung „Solidarnost“) verkündete Kadyrov im Jahr 2010, dass die Scharia über Russlands Gesetzen stehe und dass die Feinde des Islams beseitigt werden sollten.⁸¹³ Kadyrov behauptete, Ende 2010 hätten die Republikführung und die Geistlichen einen Sieg gegen den Wahhabismus in Tschetschenien errungen. Die Wahhabiten seien Feinde des Islam und würden den Weg in die Hölle gehen. „Die Jugendlichen haben das wahre Gesicht dieser radikal-islamischen Bewegung erkannt und wollen jetzt nicht mehr in die Reihen der Extremisten getrieben werden“, sagte Kadyrov.⁸¹⁴

Im September 2021 wurde Kadyrov bei den Parlamentswahlen nach offiziellen Ergebnissen mit 99,6 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Bei der unabhängigen Wählerinitiative Golos, der bedeutendsten Wahlbeobachter-NGO in Russland, gingen aber zu jener Parlamentswahl mehr als 4000 Beschwerden wegen Verletzungen des Wahlrechts bei der Stimmabgabe

⁸⁰⁹ [Lob für Wagner-Gruppe: „Putins Bluthund“ Kadyrow plant eine eigene Söldnertruppe \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de/politik/lob-fuer-wagner-gruppe-putins-bluthund-kadyrow-plant-eine-eigene-soeldnertruppe/20221031) (20.2.2023, Zugriff 31.10.2023)

⁸¹⁰ [Putin macht Kriegsverbrecher zum Präsidenten in Tschetschenien \(gfbv.de\)](https://www.gfbv.de/putin-macht-kriegsverbrecher-zum-praesidenten-in-tschetschenien) (16.2.2007, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹¹ [Tschetschenien: Putins starker Mann im Kaukasus | WOZ Die Wochenzeitung](https://www.woz.at/20150301-tschetschenien-putins-starker-mann-im-kaukasus) (März 2015, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹² [Ramsan Kadyrow: Putins wichtigster Verbündeter in Tschetschenien - BBC News](https://www.bbc.com/news/world-europe-55111111) (21.5.2020, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹³ [Ukraine-Krieg: Kadyrow wird befördert - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-kadyrow-wird-befoerdert-1.5000000) (6. Oktober 2022, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁴ http://de.rian.ru/security_and_military/20101227/257992792.html (27.12.2010, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁴Ebda.

ein.⁸¹⁵ Im Februar 2022, nach dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine, schickte Kadyrov einen Teil seiner Nationalgarde mit dem Auftrag in die Ukraine, den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj zu töten. Diese Einheit ist von ukrainischen Sicherheitskräften eliminiert worden.⁸¹⁶ Im Jahr 2015 schien nicht mehr klar, ob Kadyrov eine Garantie oder mehr eine Gefahr für die Sicherheit der Region darstellte. Kadyrov regierte immer selbstherrlicher und für den Kreml schwerer kontrollierbar. Seine Loyalitätsbekundungen können auch als Machtdemonstration gesehen werden; im Dezember 2014 erklärte er vor 20.000 bewaffneten Männern im Stadion von Groznyj: „Wir sind die Infanterietruppen Putins.“ Es gebe Aufgaben, die keine Luftwaffe, keine Marine, keine Armee und keine Nuklearwaffen bewältigen könnten, sondern nur Freiwillige.⁸¹⁷

Umar Israilov, ein 2004 nach Österreich geflohener Tschetschene, der gegen die Russen gekämpft hatte und anschließend in Kadyrovs Leibgarde diente, wollte sein Wissen über Kadyrovs Regime der Öffentlichkeit mitteilen und hatte dazu eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Der Klage legte er Zeugenprotokolle, Expertengutachten, Skizzen von Folterkellern und Fotos misshandelter Tschetschenen bei. Nach Angaben eines angeblichen Agenten Kadyrovs stand Israilov deshalb auf einer Liste mit 500 Personen, die im Auftrag von Kadyrov ermordet werden sollten. Im Januar 2009 wurde Israilov in Wien auf offener Straße getötet. Kadyrov hat stets bestritten, an dem Mord beteiligt gewesen zu sein. Die Existenz einer Todesliste hat er mehrfach öffentlich verneint – oder sie gar für „Schwachsinn“ erklärt.⁸¹⁸ Im März 2009 wurde Sulim Jamadaev, ein ehemaliger tschetschenischer General und einer der größten Kontrahenten Kadyrovs, auf einem Parkplatz eines wohlhabenden Stadtbezirks von Dubai erschossen. Seit 2002 war er Befehlshaber eines der berühmtesten Kampfverbände in Tschetschenien „Vostok“ („Osten“). Auf einer Versammlung im März 2008 warf Kadyrov der Einheit und ihrem Anführer Jamadaev die massenhafte Ermordung von Zivilisten vor. Kurze Zeit später setzte sich Jamadaev in die Vereinigten Arabischen Emirate ab und lebte dort einige Zeit unter einem falschen Namen.

Kadyrov wird von russischen Menschenrechtsorganisationen mit dem im Juli 2009 stattgefundenen Mord an der Menschenrechtsaktivistin Natalja Chussainova Ėstemirova in Verbindung gebracht. Vor ihrem Tod soll sie von staatlichen Stellen – auch von Kadyrov persönlich – bedroht worden sein. Ėstemirova hatte mehrfach kritische Stellungnahmen zu Kadyrov publiziert. Im Jahr 2020 gab es in mehreren EU-Ländern laut einem Bericht des deutschen BKA weitere Verfolgungen des Kadyrov-Regimes gegen Oppositionelle⁸¹⁹, darunter einen Mordversuch in Österreich.⁸²⁰

Am 25. Juli 2014 wurde Kadyrov im Zusammenhang mit der russischen Annexion der Krim auf die Sanktionsliste der Europäischen Union gesetzt und im Dezember 2017 vom US-Finanzministerium Kadyrov auf die sogenannte Magnitskij-Liste – ein 2012 beschlossenes Gesetz, welches ein Einreiseverbot für die USA und Einfrieren von sämtlichen Vermögenswerten für Personen vorsieht, denen die US-Regierung vorwirft, für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein. Amerikanischen Unternehmen und Bürgern ist in diesem Zusammenhang untersagt, etwaige Geschäfte mit dem tschetschenischen Präsidenten abzuwickeln.

Kadyrov ist mit Medni Kadyrova verheiratet, hat zwölf Kinder und hat – entgegen dem russischen Recht – eine Nebenfrau, Fatimá Chasueva. Er hatte sie im Jahr 2006 kennengelernt, als

⁸¹⁵ Parlamentswahl in Russland: Viele Stimmen für die Kommunisten – und massive Beschwerden - DER SPIEGEL (19.09.2021, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁶ Attentat auf Selenskyj wohl verhindert – tschetschenische Söldner machen Jagd (t-online.de) (2.3.2022, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁷ Kadyrows unheimlicher Schatten | NZZ (4.4.2015, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁸ Tschetschenen-Präsident: "Warum hätte ich Israilov töten | DiePresse.com (2.5.21009, Zugriff 1.11.2023)

⁸¹⁹ Ramsan-Kadyrow-Statthalter in Deutschland: Der Botschafter des Bösen - DER SPIEGEL (24.04.2021, Zugriff 1.11.2023)

⁸²⁰ Tschetschenen machen Jagd auf Kritiker – auch in Deutschland - DER SPIEGEL (16.04.2021, Zugriff 1.11.2023)

sie im Alter von 15 Jahren an einem Schönheitswettbewerb teilnahm. Sie besitzt (Stand Mai 2021) Immobilien im Wert von umgerechnet vier Millionen Euro.⁸²¹

Zu seinem 35. Geburtstag im Oktober 2011 veranstaltete Kadyrov eine Feier, die vom russischen Konzern AFK Sistema organisiert wurde. Hierbei traten unter anderem der Sänger Seal, die Violinistin Vanessa-Mae, die Schauspieler Kevin Costner, Jean-Claude Van Damme und Hilary Swank, die Tanztheatergruppe La Fura dels Baus sowie Mitglieder des Deutschen Fernsehballerets auf.⁸²²

Am Vorabend seines 40. Geburtstags fand ein Mixed Martial Arts-Turnier („Gemischte Kampfkünste“, MMA ist eine Vollkontakt-Kampfsportart) in Groznyj statt. Danach informierte Kadyrov die Welt auf Instagram über die Erfolge seiner Söhne. Der zehnjährige Achmat, der neunjährige Eli und der achtjährige Adam gewannen alle Kämpfe gegen Gleichaltrige. Dies führte zu Kritik, da es selbst im „Kampf ohne Regeln“ einige Regeln gebe, so der Vorsitzende des russischen MMA-Verbandes, der Sambo- und MMA-Kämpfer, mehrfache Meister Fëdor Eml'janenko. Sportler unter 21 Jahren müssten bei Wettkämpfen Helme und Schutzkleidung tragen, „ganz zu schweigen davon, dass Kinder unter zwölf Jahren nicht einmal als Zuschauer zugelassen sind. Aber hier schlagen sich Achtjährige vor begeisterten Erwachsenen.“⁸²³ Anfang Oktober 2022 kündigte Kadyrov an, seine drei minderjährigen Söhne Achmat (16), Eli (15) und Adam (14) als Kämpfer in den Krieg gegen die Ukraine schicken zu wollen. Sie seien von Jugend an im Kampf geschult und die Ankündigung sei ernsthaft gemeint und kein Witz. Als Vater unterstütze er den Wunsch der Jungen, für Russland zu kämpfen, und betrachtete den Kriegseinsatz als Gelegenheit für die Kinder, sich zu beweisen.⁸²⁴

⁸²¹ Diktatur in Tschetschenien - Freie Hand für Ramsan Kadyrov (deutschlandfunkkultur.de) (20.05.2021, Zugriff 1.11.2023)

⁸²² La Fura dels Baus participa en la fiesta del déspota líder checheno Kadírov « La Voz de Barcelona (vozbcn.com) (9.10. 2011, Zugriff 1.11.2023)

⁸²³ Kadyrow prahlt mit Kampfsport-Künsten seiner Söhne - Politik - SZ.de (sueddeutsche.de) (14.10. 2016, Zugriff 1.11.2023)

⁸²⁴ Chechen Leader Kadyrov Says Sending Teenage Sons to Ukraine War - The Moscow Times (3.10. 2022, Zugriff 1.11.2023)

Die Sache Viktor Fedorovyč Janukovyč

V. Janukovyč war die letzte politische Figur, die Russland noch in der Ukraine im Kampf um seine Interessen mobilisieren konnte. Er wurde jedoch von der basisdemokratischen Massenbewegung ins politische Out gedrängt, entmachtet, er floh, womit der Kreml weitgehend der Möglichkeit beraubt war, in Kyjiv ein ihm höriges bzw. von ihm abhängiges Regime zu installieren. Janukovyč und Russland fochten diese Entwicklung als „illegal“ an. Der Kreml qualifiziert(e) die Geschehnisse unbeirrbar als „Putsch“. Die politischen Auseinandersetzungen um seine Position und die Politik der Ukraine gegenüber Russland und der EU haben die ukrainische Zivilgesellschaft gestärkt und wichtige Grundlagen für den Weg in eine demokratische Zukunft des Landes gelegt. In den folgenden Ausführungen wird auf diese Problematik eingegangen.

Janukovyč stammt aus einer Arbeiterfamilie aus der Oblast Donec‘k; sein Vater, in Belarus‘ geboren, entstammte einer polnischen Familie aus Litauen. Nach frühem Tod seiner Mutter wuchs er bei seiner aus Warschau stammenden Großmutter auf. Seine Beziehung zum Vater wird nach dessen erneuter Heirat als kompliziert geschildert. Im Dezember 1967 und im Juni 1970 wurde Janukovyč einmal wegen Diebstahls und einmal wegen Körperverletzung zu Freiheitsstrafen verurteilt. 1969 arbeitete er zunächst als Gasinstallateur in der Metallfabrik seiner Heimatstadt, 1973 erwarb er einen Abschluss am dortigen Bergbau-Technikum. 1980 schloss er das Polytechnische Institut Donec‘k als Ingenieur für Maschinenbau/Mechanik ab. Er erwarb auch einen Abschluss der Ukrainischen Außenhandelsakademie als Magister für internationales Recht. Er setzte seine akademische Karriere fort mit dem Abschluss des Doktorates aus Wirtschaftswissenschaften. Er wurde sodann Professor und Ordentliches Mitglied der Akademie für Wirtschaftswissenschaften der Ukraine.⁸²⁵ Etwa 20 Jahre lang war er anschließend in Führungspositionen von Industrieunternehmen (wie im „Donbastransremont“, „Ukrvuhlepromtrans“), 1996 wurde er als stellvertretender Vorsitzender in die Donec‘ker Oblastverwaltung berufen. Vom 14. Mai 1997 bis November 2002 war er deren Vorsitzender sowie außerdem Abgeordneter im Donec‘ker Oblast‘-Parlament. Er bekleidet noch weitere öffentliche Ämter, u.a. war er bis 2005 Vorsitzender des Nationalen Olympischen Komitees der Ukraine.

Am 21. November 2002 wurde Janukovyč Ministerpräsident der Ukraine. Zur Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2004 trat er als Kandidat für das Amt des Präsidenten an. Am 21. November kam es zur Stichwahl zwischen ihm und Viktor Juščenko, der im September 2004 durch eine Dioxinvergiftung lebensgefährlich verletzt worden war. Janukovyč gewann diesen zweiten Wahlgang relativ knapp. Der Wahlsieg war jedoch von Wahlbetrugsvorwürfen überschattet, so dass nach den folgenden andauernden Massenprotesten (Orange Revolution) durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Kyjiv im Dezember die Stichwahl für ungültig erklärt und eine Wiederholung angeordnet wurde. Janukovyč akzeptierte diese Entscheidung und unterlag bei den erneuten Stichwahl am 26. Dezember 2002 mit 44,19% der Stimmen gegenüber Viktor Juščenko mit 51,99 %.

Bei der Parlamentswahl im März 2006 konnte Janukovyčs Partei der Regionen [ukr. Partija regioniv, russ. Partija regionov] überraschend eine relative Mehrheit von 186 der insgesamt 450 Sitze der Verchovna Rada für sich gewinnen, jedoch zunächst keine mehrheitsfähige Regierungskoalition bilden. Nachdem eine geplante Koalition aus dem von Präsident Juščenko geführten Bündnis „Unsere Ukraine“, dem Block Julija Tymošenko (BJUT) und der Sozialistischen Partei unter Oleksandr Moros im Juli durch den Rückzug der Sozialisten zerbrach, stiegen Janukovyčs Chancen auf das Amt des Regierungschefs. Präsident Juščenko erklärte nach einigem Zögern Anfang August seine Bereitschaft, ihn zum Ministerpräsidenten vorzuschlagen; die beiden Parteien der ehemaligen Gegner unterzeichneten ein Memorandum der

⁸²⁵ Curriculum vitae: Viktor Yanukovich (europa.eu) (Zugriff 3.11.2023)

„Koalition der nationalen Einheit“, am darauffolgenden Tag wurde seine Nominierung vom Parlament bestätigt.⁸²⁶

Als Ministerpräsident unter dem westlich orientierten Staatspräsidenten Juščenko trat Janukovyč gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine ein, jedoch sprach er sich für einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union aus und rückte somit teilweise von der engen außenpolitischen Orientierung an Russland ab. Den von Juščenko angestrebten Beitritt zur Nato lehnte die Partei der Regionen nicht mehr grundsätzlich ab.⁸²⁷

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl im September 2007 wurde Janukovyčs Partei zwar erneut stärkste Kraft, jedoch errangen die beiden gegnerischen Parteien der „Orangen Revolution“ überraschend eine knappe Mehrheit. Bei der Neuwahl des Staatspräsidenten Anfang 2010 setzte sich Janukovyč in der Stichwahl am 7. Februar 2010 mit 48,8 Prozent der Stimmen gegen Julija Tymošenko durch. Am 25. Februar 2010 wurde Wiktor Janukovyč als vierter Präsident der postsowjetischen Ukraine vereidigt.⁸²⁸ Mit Janukovyčs Amtsantritt erreichte die Korruption in der Ukraine neue Höhen. Janukovyč selbst vermehrte sein Eigentum und strebte eine vergleichbare Stellung an wie Putin oder andere Präsidenten-Oligarchen. Der Betrieb seiner Luxusvilla verschlang – nach Recherchen unabhängiger Medien – allein vier Millionen € pro Monat

Unerwarteter Weise erweiterte ein Urteil des ukrainischen Verfassungsgerichtes (Konstitucijnyj Sud Ukrainy) 2010 die Macht des Präsidenten beträchtlich und verschob die Ukraine in Richtung eines autoritären Systems mit der Begründung: Die seit 2004 im Gefolge der Orangen Revolution bestehende verfassungsrechtliche Beschränkung der Macht des Präsidenten zugunsten des Parlamentes sei ungültig, da sie nicht formell korrekt zustande gekommen sei. Darum gelte erneut die Verfassung in der Form vor ihrer Abänderung 2004. Der Präsident erhielt so direkten Zugriff auf die Regierung inklusive der Kabinettsbildung.⁸²⁹ Nach seinem Amtsantritt im Februar 2010 erklärte Janukovyč, die Ukraine wolle ein blockfreies Land sein und verstehe sich als „eine Brücke zwischen Russland und der EU“. Einer NATO-Mitgliedschaft erteilte er eine Absage.⁸³⁰

Die ukrainische Außenpolitik in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft wurde von politischen Beobachtern im Ausland oft als widersprüchlich bewertet. Im Zusammenhang mit dem Strafprozess gegen Julija Tymošenko setzte die EU die Unterzeichnung eines weitreichenden Assoziierungsabkommens mit der Ukraine vorläufig aus. Janukovyč sprach zu diesem Zeitpunkt von Interesse an einer „gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit“ im Rahmen der Zollunion mit Russland, im März 2013 erklärte er, ein rascher Beitritt der Ukraine zur Zollunion stehe nicht zur Debatte.⁸³¹ Währenddessen bekräftigte er in Wien den Willen seiner Regierung, an Europa „andocken“ zu wollen⁸³² die Ukraine ändere ihren EU-Kurs nicht; das Land strebe aber danach, dass seine nationalen Interessen berücksichtigt werden und zurzeit sei die Ukraine zum Abschluss des Assoziierungsabkommens aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht bereit.⁸³³ Janukovyč erklärte am 24. November 2013, niemand werde in der Lage sein, die Ukraine vom

⁸²⁶ [В ПАРЛАМЕНТІ СТВОРЕНО КОАЛІЦІЮ НАЦІОНАЛЬНОЇ ЄДНОСТІ / Українська правда \(archive.org\)](#) (Zugriff 3.11.2023)

⁸²⁷ [Die bitteren Früchte der orangenen Revolution \(deutschlandfunk.de\)](#) (6.4.2007, Zugriff 3.11.2023)

⁸²⁸ [Janukowitsch gewinnt Stichwahl - Wahlen : nachrichten, welt | euronews \(archive.org\)](#) (9.2.2007, Zugriff 3.11.2023)

⁸²⁹ [Ukraine: Präsident Janukowitsch erhält mehr Macht - DER SPIEGEL](#) (1.10.2010, Zugriff 3.11.2023)

⁸³⁰ [Ukraine: Janukowitsch kündigt West-Kurs an \(handelsblatt.com\)](#) (26.02.2010, Zugriff 3.11.2023)

⁸³¹ [Janukowitsch: Keine Rede von Sofortbeitritt der Ukraine zur Zollunion: Stimme Russlands \(archive.org\)](#) (4.3.2013, Zugriff 3.11.2023)

⁸³² [Janukowitsch: Keine Rede von Sofortbeitritt der Ukraine zur Zollunion: Stimme Russlands \(archive.org\)](#) (22.11.2013, Zugriff 3.11.2023)

⁸³³ [Staatspräsident Janukowitsch schließt Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU im Frühjahr 2014 nicht aus < Nachrichten < Startseite \(archive.org\)](#) (28.11.2013, Zugriff 3.11.2023)

europäischen Weg abzubringen.⁸³⁴ Die Aussetzung des Abkommens rief Demonstrationen und Proteste in der Ukraine hervor, die sich insgesamt gegen die Politik der Staatsführung richteten und den Rücktritt von Janukovyč forderten. Nach monatelangen und zum Teil gewalttätigen Protesten im Rahmen des Euromajdan unterzeichnete Janukovyč am 21. Februar 2014 mit der politischen Opposition des Landes eine Vereinbarung (über deutsche Vermittlung) über die Beilegung der Krise in der Ukraine, sie enthielt u.a. die Bildung einer Übergangsregierung sowie die Abhaltung einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl noch im Jahr 2014.⁸³⁵ Ein großer Teil der auf dem Majdan versammelten Aktivisten wie auch die militant und paramilitärisch auftretende Gruppe „Pravyj Sektor“ („Rechter Sektor“) lehnte das Abkommen allerdings klar ab und forderte den sofortigen Rücktritt Janukovyčs.⁸³⁶

Janukovyčs (unfreiwilliger) Abgang von der politischen Bühne – „Putsch“ oder nicht?

Die Lage eskalierte, Janukovyč verließ Kyjiv, am 22. Februar 2014 besetzten Demonstranten die Amtsräume und die Residenz des Präsidenten. Am selben Tag erklärte ihn das ukrainische Parlament (mit 328 von 450 Stimmen (72,89 %) im Zuge der Unruhen in Kyjiv aufgrund seiner Flucht für abgesetzt,⁸³⁷ was Putin als ungesetzlich qualifizierte.⁸³⁸ Eine Neuwahl zum Amt des Staatspräsidenten wurde für den 25. Mai 2014 angekündigt. Janukovyč erklärte hierzu am selben Tag in einem Fernseh-Interview, er sei weiterhin der Präsident der Ukraine. Einen Rücktritt von seinem Amt schloss er kategorisch aus und bezeichnete seine Gegner als „Banditen“.⁸³⁹ Es war juristisch umstritten, ob die Absetzung von Janukovyč mit der ukrainischen Verfassung vereinbar war.⁸⁴⁰ Es entspann sich eine juristisch interessante Debatte, in der sich auch westliche Experten zu Wort meldeten. Laut Artikel 108 sah die ukrainische Verfassung neben dem Tod des Amtsinhabers oder dessen Rücktritt nur die Absetzung aus gesundheitlichen Gründen oder im Zuge eines Amtsenthebungsverfahrens vor: Die Befugnisse des Präsidenten der Ukraine enden vorzeitig in folgenden Fällen:

- 1) Rücktritt;
- 2) Verhinderung der Amtsausübung aus gesundheitlichen Gründen;
- 3) Amtsenthebung in einem Amtsenthebungsverfahren;
- 4) Tod.

Eine Amtsenthebung kommt nach Artikel 111 bei Hochverrat und anderen schweren Verbrechen in Frage. Ein solcher Prozess wurde aber im Fall Janukovyč nicht durchlaufen. Der vom Parlament genannte Grund, dass er durch Verlassen des Landes seine Präsidentschaft verwirkt hätte, ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Der Artikel 111 beinhaltet folgende Bestimmungen: „Der Präsident der Ukraine kann wegen des Begehens von Hochverrat oder eines anderen Verbrechens vom Parlament der Ukraine in einem Amtsenthebungsverfahren vorzeitig des Amtes enthoben werden. [...] Zur Durchführung der Untersuchung bildet das Parlament der Ukraine eine nichtständige Untersuchungskommission, der ein Sonderstaatsanwalt und Sonderermittler angehören. [...]. Der Beschluss über die Amtsenthebung des Präsidenten der Ukraine im Amtsenthebungsverfahren wird vom Parlament der Ukraine mit der Mehrheit von

⁸³⁴ [Janukowitsch: Niemand wird Kiew vom europäischen Weg abbringen \(Zusammenfassung 23.20\) | Im post-sovjetschen Raum | RIA Novosti \(archive.org\)](#) (25.11.2013, Zugriff 3.11.2023)

⁸³⁵ [Ukraine: Janukowitsch verkündet Neuwahlen - DER SPIEGEL](#) (21.02.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸³⁶ [Abkommen in der Ukraine: Zum Frieden gezwungen - DER SPIEGEL](#) (21.02.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸³⁷ [Krim-Krise: Moskau begründet Militäreinsatz mit Janukowitsch-Bittbrief - DER SPIEGEL](#) (4.03.2014, Zugriff 2.11.2023)

⁸³⁸ [Ukraine-Faktencheck: Putin und der legitime Präsident - DER SPIEGEL](#) (6.03.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸³⁹ [Ukraine: Parlament setzt Janukowitsch ab - Timoschenko frei | tagesschau.de \(archive.org\)](#) (22.02.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁰ web.archive.org/web/20140319034331/http://blogs.telegraph.co.uk/news/peteroborne/100263469/william-hague-has-been-cavalier-with-the-facts-in-his-support-for-the-ukraine-rebels/ (12.3.2012, Zugriff 3.11.2023)

mindestens drei Vierteln der durch die Verfassung bestimmten Anzahl seiner Mitglieder nach der Prüfung der Sache durch das Verfassungsgericht der Ukraine und nach Erhalt seines Gutachtens bzgl. der Einhaltung des verfassungsmäßigen Verfahrens der Untersuchung und Behandlung des Amtsenthebungsverfahrens und des Gutachtens des Obersten Gerichts darüber, dass die Handlungen, deren der Präsident der Ukraine angeklagt wird, den Tatbestand des Hochverrats oder eines anderen Verbrechens erfüllen, gefällt.“

Ein solches Amtsenthebungsverfahren hätte nach der Verfassung von der Mehrheit der Abgeordneten der Verchovna Rada der Ukraine initiiert werden müssen. Zur Durchführung des Untersuchungsverfahrens müsste die Rada eine spezielle Untersuchungskommission auf Zeit einsetzen, die aus einem Spezialbevollmächtigten sowie speziellen Ermittlern besteht. Die Ergebnisse und Vorschläge der temporären Ermittlungskommission müssten in einer Sitzung der Verchovna Rada berücksichtigt werden. Gegebenenfalls würde diese dann mit wenigstens zwei Drittel ihrer Stimmen die Anklage des Präsidenten der Ukraine beantragen. Nachdem der Fall vom Verfassungsgericht der Ukraine überprüft und kommentiert und die Akten festgestellt worden wären, welche den Staatsverrat oder ein anderes Verbrechen des Präsidenten der Ukraine dokumentieren, müsste die Entscheidung über die Entfernung des Präsidenten der Ukraine aus seinem Amt im Wege des Amtsenthebungsverfahrens schließlich von wenigstens drei Vierteln der Abgeordneten getroffen werden. In der durch die Verfassung nicht abgedeckten, kurzfristigen Abstimmung hatte das Parlament nur eine Zustimmung von 72,89 % der Abgeordneten erreicht.

Rein juristisch war Janukovyč auch über die Entscheidung der Rada vom 23. Februar hinaus der rechtmäßige Präsident der Ukraine bis zur Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2014, die diese Frage obsolet machte.⁸⁴¹ Dagegen unterscheidet der Völkerrechtler Jasper Finke⁸⁴² wie auch Stefan Talmon⁸⁴³ in dieser Frage zwischen Verfassungsrecht und Völkerrecht, so Jasper Finke:⁸⁴⁴ „Es ist völlig unerheblich, ob Janukowitsch noch rechtmäßiger Präsident der Ukraine ist nach dem ukrainischen Verfassungsrecht. Denn hier greift der sogenannte Effektivitätsgrundsatz – das heißt, völkerrechtlich kommt es darauf an, ob die neue Regierung effektiv Herrschaftsgewalt in der Ukraine ausübt.“ Mit dem Wechsel des Innenministeriums⁸⁴⁵, des Geheimdienstes SBU⁸⁴⁶ und der Armee⁸⁴⁷ „auf die Seite des Volkes“ und der Opposition am 22. Februar, existierte keine effektive Herrschaftsgewalt Janukovyčs mehr. Claus Kreß, Direktor des Instituts für Friedenssicherungsrecht an der Universität Köln und Christian J. Tams sehen nur seltene Ausnahmen von dieser völkerrechtlichen Sicht auf einen faktischen Elitenwechsel: In jüngster Zeit habe die Staatengemeinschaft die Bereitschaft zu erkennen gegeben, von dem Effektivitätsprinzip eine eng umrissene Ausnahme zugunsten der Legitimität zu machen⁸⁴⁸

Am 24. Februar 2014 erklärte der Sprecher der Europäischen Kommission, die EU habe die Entscheidung des ukrainischen Parlaments, Janukowytsh seines Präsidentenamtes zu entheben, anerkannt.⁸⁴⁹ Am 27. Februar 2014 erhielt Janukovyč Asyl in Russland.⁸⁵⁰ Am 28. Februar

⁸⁴¹ [Ukraine-Faktencheck: Putin und der legitime Präsident - DER SPIEGEL](#) (6.03.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴² [Interview: "Putins Argumentation ist fadenscheinig" | tagesschau.de](#) (5.03.2014, Zugriff 43.11.2023)

⁸⁴³ [Interview mit Völkerrechtler: "Krim hat allein nichts zu entscheiden" | tagesschau.de](#) (7.03.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁴ [Russland - "Unzulässig nach der UN-Charta" \(deutschlandfunk.de\)](#) (7.03.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁵ [И.о. главы МВД Украины: Органы правопорядка перешли на сторону оппозиции - МК \(mk.ru\)](#) (22.02.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁶ [Десантники, разведчики и "Альфа" обещают служить народу | Украинская правда \(pravda.com.ua\)](#) (22.2. 2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁷ [Армия официально перешла на сторону народа — заявление | Факты ICTV \(fakty.com.ua\)](#) (22.2. 2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁴⁸ [Wider die normative Kraft des Faktischen | Internationale Politik](#) (4.5.2014, Zugriff 13.11.2023)

⁸⁴⁹ [web.archive.org/web/20140227150658/http://de.ria.ru/politics/20140224/267908593.html](#) (24/02/2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵⁰ [Janukowitsch erhält Schutz in Russland: Nato warnt vor Krim-Eskalation - n-tv.de](#) (27.02.2014, Zugriff 3.11.2023)

hielt er in Rostov am Don eine Pressekonferenz ab, in der er seine Sicht der Dinge schilderte.⁸⁵¹ Janukowytsch legte dar, dass und warum er sich weiter für den rechtmäßigen Präsidenten der Ukraine hielt. Er sei nicht „abgesetzt“ worden, sondern habe sich nach Drohungen gezwungen gesehen, das Land zu verlassen. Sobald seine persönliche Sicherheit gewährleistet sei, werde er in die Ukraine zurückkehren. Die von der Übergangsregierung vorgesehene Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 halte er für illegal und er werde nicht kandidieren. In der Ukraine hätten „junge Neofaschisten“ die Macht übernommen, es herrschten dort „Terror und Chaos“. Janukovyč machte vor allem die „unverantwortliche Politik“ des Westens für diese Entwicklung verantwortlich. Am 28. Februar 2014 ließ der Schweizer Bundesrat die Vermögenswerte von Janukovyč und seinem engsten Umfeld, darunter auch seinem Sohn Oleksandr, in der Schweiz sperren. Mit diesem Schritt soll das Risiko einer Veruntreuung von staatlichem ukrainischem Eigentum vermieden werden.⁸⁵² Banken in der Schweiz, die Gelder dieser Personen halten, müssen sie den zuständigen Behörden melden. Zugleich wurden in der Schweiz Ermittlungen wegen des Verdachts der Geldwäsche aufgenommen. Auch in Österreich wurden Konten von Janukovyč sowie von 17 Personen seines Umfeldes gesperrt. Gemäß russischen Angaben hatte er am 1. März 2014 einen Brief an den russischen Präsidenten geschrieben mit der Bitte, in der Ukraine militärisch einzugreifen. Der französische Botschafter im Sicherheitsrat sagte dazu, vielleicht sei der Brief kein Betrug, aber der (falsche) Präsident wäre es. Der ukrainische Botschafter stellte dazu klar, dass es keine nachträgliche Rechtfertigung für die russischen Truppen in der Ukraine gebe. Am 4. März 2014 erklärte der russische Präsident Putin auf einer Pressekonferenz, der legitime Präsident der Ukraine sei zwar „aus rein rechtlicher Sicht“ Janukovyč, allerdings glaube er nicht, dass dieser noch eine politische Zukunft habe. Am 6. März 2014 veröffentlichte der Rat der Europäischen Union mit seiner Verordnung (EU) Nr. 208/2014 vom 5. März 2014 die Liste der 18 Personen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen die EU zur Stärkung und Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine für zunächst ein Jahr einfriere. Diese Maßnahme zur Sicherung der Einziehung von Vermögenswerten der Personen, die als verantwortlich für Veruntreuung von staatlichem Vermögen der Ukraine identifiziert werden, richtete sich gegen den gestürzten Präsidenten, seine Söhne, einige Ex-Minister, hohe Beamte und mit ihnen verbundene Personen. Begründet wurde das mit in der Ukraine laufenden Ermittlungen gegen sie wegen Beteiligung an der Veruntreuung öffentlicher Gelder und ihres illegalen Transfers ins Ausland.⁸⁵³ In einer Erklärung am 11. März 2014 behauptete Janukovyč, dass hinter der ukrainischen Regierung eine Bande von Faschisten stehe, die Präsidentschaftswahl vom 25. Mai sei illegitim und illegal.

Janukovyč wurde wiederholt vorgeworfen, sich während seiner Amtszeit stark am ukrainischen Staat bereichert zu haben, der Historiker Andreas Kappeler nennt die Regierungszeit Janukovyčs eine „autoritäre Kleptokratie“. Die Einsetzung der Regierung Azarov sei zudem verfassungswidrig mit einer Mehrheit der Abgeordneten erfolgt anstatt mit einer Koalition der Fraktionen wie in der Verfassung verlangt und habe so das Ergebnis der Parlamentswahl verfälscht.⁸⁵⁴ Die BBC schätzte im Jahr 2018 den Diebstahl am ukrainischen Staat durch das Umfeld Janukovyčs auf 40 Milliarden US-Dollar.⁸⁵⁵ Andere Schätzungen gehen von bis zu 70 Milliarden US-Dollar aus.⁸⁵⁶ So hatte Janukovyč die in Novi Petrivci nördlich von Kyiv gelegene ehemalige Staatsresidenz Mežyhir'ja auf undurchsichtige Weise in sein Privateigentum überführt und luxuriös ausbauen lassen. Auch seine Familienangehörigen, insbesondere sein Sohn

⁸⁵¹ http://german.ruvr.ru/2014_02_28/Pressekonferenz-von-Viktor-Janukowitsch-9039/ (Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵² <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-52177.html> (28.2.2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵³ [EUR-Lex - 32014D0119 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](http://eur-lex.europa.eu/lexuris/ui.do?uri=CELEX:32014D0119:EN:EUR-Lex) (5. März 2014, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵⁴ Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München 2014, S. 297

⁸⁵⁵ [Potters Bar, Ukraine's stolen billions and the Eurovision connection - BBC News](http://www.bbc.com/news/world-europe-20180202-ukraine-billions-stolen) (2.2.2018, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵⁶ Serhii Plokyh: The Gates of Europe. A History of Ukraine. New York 2015, S. 338

Oleksandr, sind während seiner Amtszeit auf unklare Art zu einem erheblichen Vermögen gelangt.⁸⁵⁷ Medienberichten zufolge wurde das Vermögen von Oleksandr Janukovyč noch im Jahre 2012 auf etwa 100 Millionen US-Dollar und im Februar 2014 auf eine halbe Milliarde US-Dollar geschätzt.⁸⁵⁸ Er erklärte dazu wiederholt, dass der geschäftliche Erfolg seiner Firmen nicht dem Amt seines Vaters geschuldet sei. Im März 2022 nach dem russischen Überfall forderte der zu dem Zeitpunkt 71-jährige Janukovyč den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj zur Aufgabe auf.

⁸⁵⁷ Ukraine: Undurchsichtige Geschäfte von Präsident Wiktor Janukowitsch - DER SPIEGEL (12.05.2012, Zugriff 3.11.2023)

⁸⁵⁸ Janukowitsch geht es ans Geld – DW – 28.02.2014 (Zugriff 3.11.2023)

Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation vom 24.2.2022⁸⁵⁹

Address by the President of the Russian Federation
2022-02-24 06:00:00
The Kremlin, Moscow

President of Russia Vladimir Putin: Citizens of Russia, friends,

I consider it necessary today to speak again about the tragic events in Donbass and the key aspects of ensuring the security of Russia.

I will begin with what I said in my address on February 21, 2022. I spoke about our biggest concerns and worries, and about the fundamental threats which irresponsible Western politicians created for Russia consistently, rudely and unceremoniously from year to year. I am referring to the eastward expansion of NATO, which is moving its military infrastructure ever closer to the Russian border.

It is a fact that over the past 30 years we have been patiently trying to come to an agreement with the leading NATO countries regarding the principles of equal and indivisible security in Europe. In response to our proposals, we invariably faced either cynical deception and lies or attempts at pressure and blackmail, while the North Atlantic alliance continued to expand despite our protests and concerns. Its military machine is moving and, as I said, is approaching our very border.

Why is this happening? Where did this insolent manner of talking down from the height of their exceptionalism, infallibility and all-permissiveness come from? What is the explanation for this contemptuous and disdainful attitude to our interests and absolutely legitimate demands?

The answer is simple. Everything is clear and obvious. In the late 1980s, the Soviet Union grew weaker and subsequently broke apart. That experience should serve as a good lesson for us, because it has shown us that the paralysis of power and will is the first step towards complete degradation and oblivion. We lost confidence for only one moment, but it was enough to disrupt the balance of forces in the world.

As a result, the old treaties and agreements are no longer effective. Entreaties and requests do not help. Anything that does not suit the dominant state, the powers that be, is denounced as archaic, obsolete and useless. At the same time, everything it regards as useful is presented as the ultimate truth and forced on others regardless of the cost, abusively and by any means available. Those who refuse to comply are subjected to strong-arm tactics.

What I am saying now does not concern only Russia, and Russia is not the only country that is worried about this. This has to do with the entire system of international relations, and sometimes even US allies. The collapse of the Soviet Union led to a redivision of the world, and the norms of international law that developed by that time - and the most important of them, the fundamental norms that were adopted following WWII and largely formalized its outcome - came in the way of those who declared themselves the winners of the Cold War.

Of course, practice, international relations and the rules regulating them had to take into account the changes that took place in the world and in the balance of forces. However, this should have been done professionally, smoothly, patiently, and with due regard and respect for the interests of all states and one's own responsibility. Instead, we saw a state of euphoria created by the feeling of absolute superiority, a kind of modern absolutism, coupled with the low

⁸⁵⁹ „Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation“ 24.21.2022
<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

cultural standards and arrogance of those who formulated and pushed through decisions that suited only themselves. The situation took a different turn.

There are many examples of this. First a bloody military operation was waged against Belgrade, without the UN Security Council's sanction but with combat aircraft and missiles used in the heart of Europe. The bombing of peaceful cities and vital infrastructure went on for several weeks. I have to recall these facts, because some Western colleagues prefer to forget them, and when we mentioned the event, they prefer to avoid speaking about international law, instead emphasizing the circumstances which they interpret as they think necessary.

Then came the turn of Iraq, Libya and Syria. The illegal use of military power against Libya and the distortion of all the UN Security Council decisions on Libya ruined the state, created a huge seat of international terrorism, and pushed the country towards a humanitarian catastrophe, into the vortex of a civil war, which has continued there for years. The tragedy, which was created for hundreds of thousands and even millions of people not only in Libya but in the whole region, has led to a large-scale exodus from the Middle East and North Africa to Europe.

A similar fate was also prepared for Syria. The combat operations conducted by the Western coalition in that country without the Syrian government's approval or UN Security Council's sanction can only be defined as aggression and intervention.

But the example that stands apart from the above events is, of course, the invasion of Iraq without any legal grounds. They used the pretext of allegedly reliable information available in the United States about the presence of weapons of mass destruction in Iraq. To prove that allegation, the US Secretary of State held up a vial with white powder, publicly, for the whole world to see, assuring the international community that it was a chemical warfare agent created in Iraq. It later turned out that all of that was a fake and a sham, and that Iraq did not have any chemical weapons. Incredible and shocking but true. We witnessed lies made at the highest state level and voiced from the high UN rostrum. As a result we see a tremendous loss in human life, damage, destruction, and a colossal upsurge of terrorism.

Overall, it appears that nearly everywhere, in many regions of the world where the United States brought its law and order, this created bloody, non-healing wounds and the curse of international terrorism and extremism. I have only mentioned the most glaring but far from only examples of disregard for international law.

This array includes promises not to expand NATO eastwards even by an inch. To reiterate: they have deceived us, or, to put it simply, they have played us. Sure, one often hears that politics is a dirty business. It could be, but it shouldn't be as dirty as it is now, not to such an extent. This type of con-artist behaviour is contrary not only to the principles of international relations but also and above all to the generally accepted norms of morality and ethics. Where is justice and truth here? Just lies and hypocrisy all around.

Incidentally, US politicians, political scientists and journalists write and say that a veritable "empire of lies" has been created inside the United States in recent years. It is hard to disagree with this - it is really so. But one should not be modest about it: the United States is still a great country and a system-forming power. All its satellites not only humbly and obediently say yes to and parrot it at the slightest pretext but also imitate its behaviour and enthusiastically accept the rules it is offering them. Therefore, one can say with good reason and confidence that the whole so-called Western bloc formed by the United States in its own image and likeness is, in its entirety, the very same "empire of lies."

As for our country, after the disintegration of the USSR, given the entire unprecedented openness of the new, modern Russia, its readiness to work honestly with the United States and other Western partners, and its practically unilateral disarmament, they immediately tried to put the final squeeze on us, finish us off, and utterly destroy us. This is how it was in the 1990s and the

early 2000s, when the so-called collective West was actively supporting separatism and gangs of mercenaries in southern Russia. What victims, what losses we had to sustain and what trials we had to go through at that time before we broke the back of international terrorism in the Caucasus! We remember this and will never forget.

Properly speaking, the attempts to use us in their own interests never ceased until quite recently: they sought to destroy our traditional values and force on us their false values that would erode us, our people from within, the attitudes they have been aggressively imposing on their countries, attitudes that are directly leading to degradation and degeneration, because they are contrary to human nature. This is not going to happen. No one has ever succeeded in doing this, nor will they succeed now.

Despite all that, in December 2021, we made yet another attempt to reach agreement with the United States and its allies on the principles of European security and NATO's non-expansion. Our efforts were in vain. The United States has not changed its position. It does not believe it necessary to agree with Russia on a matter that is critical for us. The United States is pursuing its own objectives, while neglecting our interests.

Of course, this situation begs a question: what next, what are we to expect? If history is any guide, we know that in 1940 and early 1941 the Soviet Union went to great lengths to prevent war or at least delay its outbreak. To this end, the USSR sought not to provoke the potential aggressor until the very end by refraining or postponing the most urgent and obvious preparations it had to make to defend itself from an imminent attack. When it finally acted, it was too late.

As a result, the country was not prepared to counter the invasion by Nazi Germany, which attacked our Motherland on June 22, 1941, without declaring war. The country stopped the enemy and went on to defeat it, but this came at a tremendous cost. The attempt to appease the aggressor ahead of the Great Patriotic War proved to be a mistake which came at a high cost for our people. In the first months after the hostilities broke out, we lost vast territories of strategic importance, as well as millions of lives. We will not make this mistake the second time. We have no right to do so.

Those who aspire to global dominance have publicly designated Russia as their enemy. They did so with impunity. Make no mistake, they had no reason to act this way. It is true that they have considerable financial, scientific, technological, and military capabilities. We are aware of this and have an objective view of the economic threats we have been hearing, just as our ability to counter this brash and never-ending blackmail. Let me reiterate that we have no illusions in this regard and are extremely realistic in our assessments.

As for military affairs, even after the dissolution of the USSR and losing a considerable part of its capabilities, today's Russia remains one of the most powerful nuclear states. Moreover, it has a certain advantage in several cutting-edge weapons. In this context, there should be no doubt for anyone that any potential aggressor will face defeat and ominous consequences should it directly attack our country.

At the same time, technology, including in the defence sector, is changing rapidly. One day there is one leader, and tomorrow another, but a military presence in territories bordering on Russia, if we permit it to go ahead, will stay for decades to come or maybe forever, creating an ever mounting and totally unacceptable threat for Russia.

Even now, with NATO's eastward expansion the situation for Russia has been becoming worse and more dangerous by the year. Moreover, these past days NATO leadership has been blunt in its statements that they need to accelerate and step up efforts to bring the alliance's infrastructure closer to Russia's borders. In other words, they have been toughening their position. We

cannot stay idle and passively observe these developments. This would be an absolutely irresponsible thing to do for us.

Any further expansion of the North Atlantic alliance's infrastructure or the ongoing efforts to gain a military foothold of the Ukrainian territory are unacceptable for us. Of course, the question is not about NATO itself. It merely serves as a tool of US foreign policy. The problem is that in territories adjacent to Russia, which I have to note is our historical land, a hostile "anti-Russia" is taking shape. Fully controlled from the outside, it is doing everything to attract NATO armed forces and obtain cutting-edge weapons.

For the United States and its allies, it is a policy of containing Russia, with obvious geopolitical dividends. For our country, it is a matter of life and death, a matter of our historical future as a nation. This is not an exaggeration; this is a fact. It is not only a very real threat to our interests but to the very existence of our state and to its sovereignty. It is the red line which we have spoken about on numerous occasions. They have crossed it.

This brings me to the situation in Donbass. We can see that the forces that staged the coup in Ukraine in 2014 have seized power, are keeping it with the help of ornamental election procedures and have abandoned the path of a peaceful conflict settlement. For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain.

As I said in my previous address, you cannot look without compassion at what is happening there. It became impossible to tolerate it. We had to stop that atrocity, that genocide of the millions of people who live there and who pinned their hopes on Russia, on all of us. It is their aspirations, the feelings and pain of these people that were the main motivating force behind our decision to recognise the independence of the Donbass people's republics.

I would like to additionally emphasize the following. Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine, those who will never forgive the people of Crimea and Sevastopol for freely making a choice to reunite with Russia.

They will undoubtedly try to bring war to Crimea just as they have done in Donbass, to kill innocent people just as members of the punitive units of Ukrainian nationalists and Hitler's accomplices did during the Great Patriotic War. They have also openly laid claim to several other Russian regions.

If we look at the sequence of events and the incoming reports, the showdown between Russia and these forces cannot be avoided. It is only a matter of time. They are getting ready and waiting for the right moment. Moreover, they went as far as aspire to acquire nuclear weapons. We will not let this happen.

I have already said that Russia accepted the new geopolitical reality after the dissolution of the USSR. We have been treating all new post-Soviet states with respect and will continue to act this way. We respect and will respect their sovereignty, as proven by the assistance we provided to Kazakhstan when it faced tragic events and a challenge in terms of its statehood and integrity. However, Russia cannot feel safe, develop, and exist while facing a permanent threat from the territory of today's Ukraine.

Let me remind you that in 2000-2005 we used our military to push back against terrorists in the Caucasus and stood up for the integrity of our state. We preserved Russia. In 2014, we supported the people of Crimea and Sevastopol. In 2015, we used our Armed Forces to create a reliable shield that prevented terrorists from Syria from penetrating Russia. This was a matter of defending ourselves. We had no other choice.

The same is happening today. They did not leave us any other option for defending Russia and our people, other than the one we are forced to use today. In these circumstances, we have to take bold and immediate action. The people's republics of Donbass have asked Russia for help.

In this context, in accordance with Article 51 (Chapter VII) of the UN Charter, with permission of Russia's Federation Council, and in execution of the treaties of friendship and mutual assistance with the Donetsk People's Republic and the Lugansk People's Republic, ratified by the Federal Assembly on February 22, I made a decision to carry out a special military operation.

The purpose of this operation is to protect people who, for eight years now, have been facing humiliation and genocide perpetrated by the Kiev regime. To this end, we will seek to demilitarize and denazify Ukraine, as well as bring to trial those who perpetrated numerous bloody crimes against civilians, including against citizens of the Russian Federation.

It is not our plan to occupy the Ukrainian territory. We do not intend to impose anything on anyone by force. At the same time, we have been hearing an increasing number of statements coming from the West that there is no need any more to abide by the documents setting forth the outcomes of World War II, as signed by the totalitarian Soviet regime. How can we respond to that?

The outcomes of World War II and the sacrifices our people had to make to defeat Nazism are sacred. This does not contradict the high values of human rights and freedoms in the reality that emerged over the post-war decades. This does not mean that nations cannot enjoy the right to self-determination, which is enshrined in Article 1 of the UN Charter.

Let me remind you that the people living in territories which are part of today's Ukraine were not asked how they want to build their lives when the USSR was created or after World War II. Freedom guides our policy, the freedom to choose independently our future and the future of our children. We believe that all the peoples living in today's Ukraine, anyone who want to do this, must be able to enjoy this right to make a free choice.

In this context I would like to address the citizens of Ukraine. In 2014, Russia was obliged to protect the people of Crimea and Sevastopol from those who you yourself call „nats“. The people of Crimea and Sevastopol made their choice in favour of being with their historical homeland, Russia, and we supported their choice. As I said, we could not act otherwise.

The current events have nothing to do with a desire to infringe on the interests of Ukraine and the Ukrainian people. They are connected with the defending Russia from those who have taken Ukraine hostage and are trying to use it against our country and our people.

I reiterate: we are acting to defend ourselves from the threats created for us and from a worse peril than what is happening now. I am asking you, however hard this may be, to understand this and to work together with us so as to turn this tragic page as soon as possible and to move forward together, without allowing anyone to interfere in our affairs and our relations but developing them independently, so as to create favourable conditions for overcoming all these problems and to strengthen us from within as a single whole, despite the existence of state borders. I believe in this, in our common future.

I would also like to address the military personnel of the Ukrainian Armed Forces.

Comrade officers,

Your fathers, grandfathers and great-grandfathers did not fight the Nazi occupiers and did not defend our common Motherland to allow today's neo-Nazis to seize power in Ukraine. You swore the oath of allegiance to the Ukrainian people and not to the junta, the people's adversary which is plundering Ukraine and humiliating the Ukrainian people.

I urge you to refuse to carry out their criminal orders. I urge you to immediately lay down arms and go home. I will explain what this means: the military personnel of the Ukrainian army who do this will be able to freely leave the zone of hostilities and return to their families.

I want to emphasize again that all responsibility for the possible bloodshed will lie fully and wholly with the ruling Ukrainian regime.

I would now like to say something very important for those who may be tempted to interfere in these developments from the outside. No matter who tries to stand in our way or all the more so create threats for our country and our people, they must know that Russia will respond immediately, and the consequences will be such as you have never seen in your entire history. No matter how the events unfold, we are ready. All the necessary decisions in this regard have been taken. I hope that my words will be heard.

Citizens of Russia,

The culture and values, experience and traditions of our ancestors invariably provided a powerful underpinning for the wellbeing and the very existence of entire states and nations, their success and viability. Of course, this directly depends on the ability to quickly adapt to constant change, maintain social cohesion, and readiness to consolidate and summon all the available forces in order to move forward.

We always need to be strong, but this strength can take on different forms. The "empire of lies," which I mentioned in the beginning of my speech, proceeds in its policy primarily from rough, direct force. This is when our saying on being „all brawn and no brains” applies.

We all know that having justice and truth on our side is what makes us truly strong. If this is the case, it would be hard to disagree with the fact that it is our strength and our readiness to fight that are the bedrock of independence and sovereignty and provide the necessary foundation for building a reliable future for your home, your family, and your Motherland.

Dear compatriots,

I am certain that devoted soldiers and officers of Russia's Armed Forces will perform their duty with professionalism and courage. I have no doubt that the government institutions at all levels and specialists will work effectively to guarantee the stability of our economy, financial system and social wellbeing, and the same applies to corporate executives and the entire business community. I hope that all parliamentary parties and civil society take a consolidated, patriotic position.

At the end of the day, the future of Russia is in the hands of its multi-ethnic people, as has always been the case in our history. This means that the decisions that I made will be executed, that we will achieve the goals we have set, and reliably guarantee the security of our Motherland.

I believe in your support and the invincible force rooted in the love for our Fatherland.

Appell der Allrussischen Offiziersversammlung

Seit dem Überall auf die Ukraine reagiert der Machtapparat überaus sensibel auf kritische, abweichende Meinungsäußerungen, wozu auch sprachliche No Goes gehören, wie z.B. dass der Aggressionskrieg gegen die Ukraine nicht anders als „Spezialoperation“ [спецо́перация] bei drastischen Strafen bezeichnet werden darf, das Regime äußerst empfindlich gegen Kritik bzw. Herabwürdigung des Militärs reagiert. In diesem Kontext ist aber ein ungewöhnlich scharfer von Generaloberst i.R., Präsident der russischen Akademie für geopolitische Probleme und Vorsitzender der allrussischen Offiziersversammlung Leonid Grigor’evič Ivašov unterzeichneter mutiger Appell, bemerkenswert, in dem sich die Veteranen gegen einen Angriff Russlands auf die Ukraine wenden. Gleichzeitig fordern sie alle Bürger zum Widerstand gegen einen Krieg und Staatspräsident Wladimir Putin zum Rücktritt auf.⁸⁶⁰ Es folgt der Wortlaut dieses Appells.

„Appell der Allrussischen Offiziersversammlung an den Präsidenten und die Bürger der Russischen Föderation“

„Heute lebt die Menschheit in Erwartung eines Krieges. Ein Krieg bedeutet unweigerlich den Verlust von Menschenleben, Zerstörung, Leiden der großen Masse der Menschen, Zerstörung ihrer Lebensweise und Störung der Lebensgrundlagen von Nationen und Völkern. Ein großer Krieg ist eine große Tragödie, ein schweres Verbrechen. Zufälligerweise befindet sich Russland im Zentrum dieser drohenden Katastrophe. Und das vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte. Zuvor hatte Russland (die Sowjetunion) erzwungene (gerechte) Kriege geführt, und zwar in der Regel dann, wenn es keinen anderen Ausweg gab, wenn die vitalen Interessen des Staates und der Gesellschaft bedroht waren.

Und was bedroht heute die Existenz Russlands selbst, und gibt es solche Bedrohungen? Man kann argumentieren, dass die Bedrohungen tatsächlich vorhanden sind – das Land steht am Rande des Endes seiner Geschichte. In allen lebenswichtigen Bereichen, auch in der Demografie, ist ein stetiger Rückgang zu verzeichnen, und der Bevölkerungsschwund bricht Weltrekorde. Und die Verschlechterung ist systemischer Natur, und in jedem komplexen System kann der Zusammenbruch eines Elements zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen. Und dies ist unserer Meinung nach die größte Bedrohung für die Russische Föderation. Es handelt sich jedoch um eine innere Bedrohung, die vom Staatsmodell, der Qualität der Behörden und dem Zustand der Gesellschaft ausgeht. Und die Gründe für ihre Entstehung sind intern: die Lebensunfähigkeit des Staatsmodells, die völlige Inkompetenz und Unprofessionalität der Behörden und Verwaltungen, die Passivität und Desorganisation der Gesellschaft. In einem solchen Zustand wird ein Land nicht lange überleben.

Was die Bedrohungen von außen angeht, so sind sie durchaus vorhanden. Nach unserer Experteneinschätzung sind sie jedoch derzeit nicht kritisch und gefährden nicht unmittelbar die Existenz der russischen Staatlichkeit und ihrer vitalen Interessen. Im Großen und Ganzen ist die strategische Stabilität gewahrt, die Kernwaffen sind unter zuverlässiger Kontrolle, die NATO-Streitkräfte werden nicht aufgestockt, und es gibt keine bedrohlichen Aktivitäten. Daher ist die aufgeladene Situation um die Ukraine in erster Linie künstlich und dient einigen internen Kräften, einschließlich der Russischen Föderation, zum eigenen Vorteil. Infolge des Zusammenbruchs der UdSSR, an dem Russland (Jelzin) maßgeblich beteiligt war, wurde die

⁸⁶⁰ Manfred Quiring: Russland Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin 2022, S. 234

⁸⁶⁰ Roger Näbig: Hochangiger russischer Drei-Sterne-General a.D. Iwaschow plädiert gegen einen Einmarsch Russlands in die Ukraine. Konflikte&Sicherheit, 6.2.2022
<https://konflikteundsicherheit.wordpress.com/2022/02/06/hochrangiger-russischer-drei-sterne-general-russ>. Original: https://ooc.su/news/obrashhwniw_obshherossijskogo_officerskogo_sobranija (keine sichere Webseite!)

Ukraine ein unabhängiger Staat, Mitglied der UNO und hat gemäß Artikel 51 der UN-Charta das Recht auf individuelle und kollektive Verteidigung. Die russische Führung hat die Ergebnisse des Referendums über die Unabhängigkeit der DNR und der LNR noch immer nicht anerkannt, während sie auf offizieller Ebene, auch während des Minsker Verhandlungsprozesses, immer wieder betont hat, dass deren Gebiete und Bevölkerung zur Ukraine gehören. Außerdem wurde auf hoher Ebene wiederholt der Wunsch geäußert, normale Beziehungen zu Kiew aufrechtzuerhalten, ohne die Beziehungen zur DNR und LNR besonders hervorzuheben. Die Frage des Völkermords seitens Kiews in den südöstlichen Regionen wurde weder bei der UN noch bei der OSZE angesprochen. Damit die Ukraine ein freundlicher Nachbar Russlands bleibt, hätte ihr natürlich die Attraktivität des russischen Staatsmodells und Regierungssystems vor Augen geführt werden müssen.

Die Russische Föderation hat dies jedoch nicht getan, ihr Entwicklungsmodell und ihr außenpolitischer Mechanismus der internationalen Zusammenarbeit haben fast alle ihre Nachbarn verprellt, und nicht nur das. Die Übernahme der Krim und Sewastopols durch Russland und die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft diese Gebiete nicht als russisch anerkennt (und daher die große Mehrheit der Staaten der Welt sie immer noch als zur Ukraine gehörig betrachtet), zeigt deutlich das Scheitern der russischen Außenpolitik und die Unattraktivität der russischen Innenpolitik. Der Versuch, die Menschen durch Ultimaten und Gewaltandrohungen dazu zu bringen, die Russische Föderation und ihre Führung zu „lieben“, ist sinnlos und äußerst gefährlich. Die Anwendung militärischer Gewalt gegen die Ukraine würde erstens die Existenz Russlands selbst als Staat in Frage stellen und zweitens Russen und Ukrainer für immer zu Todfeinden machen. Drittens werden auf der einen wie auf der anderen Seite Tausende (Zehntausende) junger, gesunder Menschen getötet, was sich mit Sicherheit auf die künftige demographische Situation in unseren aussterbenden Ländern auswirken wird. Wenn dies geschieht, werden die russischen Truppen auf dem Schlachtfeld nicht nur ukrainischen Soldaten gegenüberstehen, unter denen sich viele russische Nachkommen befinden, sondern auch Soldaten und Ausrüstung vieler NATO-Länder, und die Mitgliedsstaaten der Allianz werden gezwungen sein, Russland den Krieg zu erklären.

Der türkische Staatspräsident Erdogan hat deutlich gemacht, auf welcher Seite die Türkei kämpfen wird. Und wir können davon ausgehen, dass die beiden türkischen Feldarmeen und die Flotte den Befehl erhalten werden, die Krim und Sewastopol zu „befreien“ und möglicherweise in den Kaukasus einzumarschieren.

Darüber hinaus würde Russland eindeutig als Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit eingestuft, mit schwersten Sanktionen belegt, aus der internationalen Gemeinschaft ausgestoßen und wahrscheinlich seines Status als unabhängiger Staat beraubt werden. Der Präsident, die Regierung und das Verteidigungsministerium können solche Konsequenzen nicht übersehen, sie sind nicht so dumm.

Es stellt sich die Frage: Was ist der eigentliche Zweck der Provokation von Spannungen am Rande eines Krieges und der möglichen Entfesselung von Feindseligkeiten großen Ausmaßes? Dass es dazu kommen wird, zeigt die Zahl und Zusammensetzung der von den Parteien aufgestellten Streitkräfte – mindestens hunderttausend Soldaten auf jeder Seite. Unter Entblößung seiner östlichen Grenzen verlegt Russland seine Truppen an die Grenzen der Ukraine. Wir sind der Meinung, dass die Führung des Landes, die erkannt hat, dass sie nicht in der Lage ist, das Land aus der Systemkrise zu führen, und dass dies zu einem Volksaufstand und einem Machtwechsel im Land führen könnte, mit Unterstützung der Oligarchie, der korrupten Beamten, der gekauften Medien und der Sicherheitsdienste beschlossen hat, eine politische Linie für die endgültige Zerstörung der russischen Staatlichkeit und die Vernichtung der einheimischen Bevölkerung des Landes zu forcieren.

Und der Krieg ist das Mittel zur Lösung dieses Problems, um ihre anti-nationale Macht noch eine Weile aufrechtzuerhalten und den dem Volk geraubten Reichtum zu bewahren. Wir können keine andere Erklärung annehmen.

Vom Präsidenten der Russischen Föderation fordern wir, die Offiziere Russlands, auf, seine verbrecherische Politik der Provokation eines Krieges, in dem die Russische Föderation allein gegen die vereinigten Kräfte des Westens stehen würde, aufzugeben, die Voraussetzungen für die praktische Umsetzung von Artikel 3 der Verfassung der Russischen Föderation [Wortlaut in der Fußnote] zu schaffen und zurückzutreten.

Wir wenden uns an alle Reservisten und pensionierten Militärangehörigen, an alle Bürger Russlands mit der Empfehlung, wachsam zu sein, sich zu organisieren, die Forderungen des Rates der Allrussischen Offiziersversammlung zu unterstützen, sich aktiv der Propaganda und der Entfesselung des Krieges zu widersetzen, einen internen Bürgerkrieg mit dem Einsatz von militärischer Gewalt zu verhindern.

Vorsitzender der Allrussischen Offiziersversammlung Generaloberst Iwashow L.G.“

Fußnote:

Artikel 3 Verfassung der Russischen Föderation

1. Der Träger der Souveränität und die einzige Quelle der Macht in der Russischen Föderation ist das multinationale Volk.
2. Das Volk übt seine Macht unmittelbar sowie über die staatlichen Organe und die Organe der örtlichen Selbstverwaltung aus.
3. Der höchste unmittelbare Ausdruck der Macht des Volkes sind das Referendum und die freien Wahlen.
4. Niemand darf die Macht in der Russischen Föderation an sich reißen. Machtergreifung oder Usurpation der Macht werden nach Bundesrecht geahndet.

Nach M. Quiring wurde der Appell im Internet veröffentlicht und „stand mindestens bis 10. März, fast sechs Wochen nach seinem Internetauftritt, noch immer auf der Webseite der Offiziersversammlung, Ivašov selbst war weiterhin in Freiheit. Diese für russische Verhältnisse ungewöhnliche Zurückhaltung gegenüber Unbotmäßigen spricht wohl für den starken Rückhalt, den die Offiziersversammlung in der aktiven Truppe hat. Repressionen gegen Veteranen könnten leicht zu Verstimmungen in der Armee führen, also wurde das Dokument totgeschwiegen.“⁸⁶¹.

⁸⁶¹ Manfred Quiring: Russland Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin 2022, S. 235

Anmerkungen zur Verfassung der Russischen Föderation

Die Verfassung der Russischen Föderation⁸⁶⁵ definiert Russland als einen demokratischen, föderalen republikanischer Rechtsstaat mit einem Grundrechtskatalog. Dieser beinhaltet u.a. politische und persönliche Freiheitsrechte (darunter Reisefreiheit, Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit), Menschenwürde, aktives und passives Wahlrecht, Gewerbefreiheit und Recht auf Eigentum, Recht auf Arbeit, Wohnung, auf Alterssicherung, Recht auf Gesundheitsversorgung und eine gesunde Umwelt u.a.

Die Russländische Föderation besteht heute aus 85 Föderationssubjekten, von dem jedes über eine eigene Exekutive verfügt, an deren Spitze je nach regionaler Verfassung ein Gouverneur, Präsident usw. steht, und eine gewählte Vertretungskörperschaft. Die politische Macht des Staates liegt beim Präsidenten, er bestimmt die Richtlinien der Politik, vertritt den Staat nach innen und außen, er ist auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Seine Funktionsperiode beträgt 6 Jahre (vor 2012 waren es 4 Jahre), er darf wieder gewählt werden. Eine weitere Verfassungsänderung (2020) erlaubt es Putin zu Wiederwahlen anzutreten und (theoretisch) bis 2036 im Amt zu bleiben. Im Vergleich zu den Befugnissen des Präsidenten sind die der Legislative beschränkt. Das Parlament – die Föderalversammlung – besteht aus zwei Häusern, der Duma und dem Föderationsrat [Sovet Federacii]. Die Duma (mit 450 Abgeordneten) wird alle fünf Jahre gewählt (vor 2011 waren es vier Jahre). Die Abgeordneten werden nach dem Verhältniswahlrecht über Parteilisten gewählt. Die Duma hat mit wenigen Ausnahmen (z.B. die Ernennung des Ministerpräsidenten) keinen direkten Einfluss auf die Exekutive, wohl aber auf die Gesetzgebung und den Staatshaushalt.

Das Oberhaus, der Föderationsrat, besteht aus 170 Vertretern, d.h. zwei aus jedem der 85 Föderationssubjekte. Das Verfahren zur Bildung des Föderationsrats wurde zuletzt 2012 novelliert – zugunsten der Machfülle des Präsidenten, der bis zu zehn Prozent der Mitglieder des Föderationsrates selbst ernennen darf.

Neben der Verfassungsänderung von 2020 wurde u. a. folgende Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen:

- Die russische Verfassung hat Vorrang vor dem Völkerrecht
- Minister, Richter, Regionalleiter dürfen zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit im Amt keine ausländische Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltserlaubnis besitzen.
- Minister, die Leiter von Strafverfolgungsbehörden sind, müssen vom Präsidenten in Absprache mit dem Föderationsrat ernannt werden.
- Bekenntnis zu Gott
- Definierung der Ehe als alleiniges Bündnis zwischen Mann und Frau
- Festschreibung der Geschichtsinterpretation durch das Verbot der Geschichtsfälschung

Angesichts der autokratischen Macht des Präsidenten kann die aktuelle russische Verfassung kaum als demokratisch sondern eher als postdemokratisch⁸⁶⁶ bezeichnet werden. Sie (und ihre ständigen Veränderungen) ist Ergebnis des Machtkampfes zwischen dem Präsidentenamt und dem Parlament. Die Position des Präsidenten ist mittlerweile durch die Konzentration der politischen Macht in der Hand des Staatsoberhauptes dermaßen abgesichert, dass eine effektive

⁸⁶⁵ Dietrich Frenzke: Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993. Eine texthistorische Dokumentation mit komparativem Sachregister. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, 1995
Конституция Российской Федерации — 15 лет спустя (17.01.23)

⁸⁶⁶ Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2000
Colin Crouch: Postdemokratie. Berlin 2008

Kontrolle durch das Parlament (oder das Volk z.B. durch demokratische Instrumente wie Volksinitiativen, Volksbegehren, udgl.) kaum mehr möglich ist.